Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung

Herausgegeben von E. Meynen/Berlin

in Verbindung mit

A. Brackmann/Berlin - H. Hassinger/Wien

Fr. Metz/Freiburg i. Br. - A. Rein/Hamburg

Br. Schier/Leipzig und R. Wittram/Posen

VII. Jahrgang Heft 4 Dezember 1943

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung

Schriftleitung: Prof. Dr. E. Meynen, Berlin C 2, Burgstr. 28 IV — Fernspr. 42 40 28

Manuskriptsendungen und Anfragen werden an die Schriftleitung erbeten. Nachdruck der Beiträge ist nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung gestattet

VII. Jahrgang · Heft 4 · Dezember 1943

Jährlich erscheinen 4 Hefte mit Kartenbeilagen und Bildern auf Kunstdruckpapier
Preis des Jahrganges 20,— RM., des einzelnen Heftes 6,— RM.
Postscheckkonto des Verlages: Leipzig 226

Inhalt von Heft 4:

	Seite
K. Walter-Stuttgart: Die Brüder Stöber und der alemannisch-schwäbische Kulturkreis	427
V. Paschinger-Klagenfurt: Die geographische Struktur Oberkrains in Sektorendarstellung. Mit 4 Abb.	439
W. Horwath-Kronstadt: Die Deutschordensburgen des Burzenlandes. Mit 10 Abb. und 1 Bildtafel	446
J. Kallbrunner-Wien: Die Planung der deutschen Siedlung im Banat unter Mercy und Maria Theresia	453
E. Sander-Berlin: Die Juden und das deutsche Heerwesen. III. Die Emanzipation. IV. Der Krieg 1914—1918 (Fortsetzung und Schluß)	459
R. A. Klostermann-Berlin: Deutsche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen (3. Folge)	502
A. Roth-Wien: Die Geschichtsschreibung Siebenbürgens	527

Neues Schrifttum

Zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte des Bistums Lebus (H. Ludat, Bistum Lebus. Studien zur Gründungsfrage und zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte seiner schlesisch-polnischen Besitzungen, Weimar 1942), besprochen von H. Schlenger-Breslau, z. Z. Wehrmacht	543
Der Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas 1814/15. Die europäischen Großmächte und die deutsche Revolution 1848—1851. (K. Griewank, Leipzig 1942 — A. Scharff, Leipzig 1942), besprochen von K. Utermann, Berlin	545
Bemerkungen zu einem Beitrag über die kroatischsprechende Bevölkerung in Niederdonau und Steiermark (Bogumil Andrašević, Die Burgenländer Kroaten. In: Jahrbuch des Osteuropa-Institutes zu Breslau (II). Breslau 1942), besprochen von H. Kunnert, Eisenstadt	549
Die Gründungshandfesten Lublins (E. Hoff, Lublins Gründungshandfesten zu deutschem Recht 1317/1342, Krakau 1942), besprochen von H. Zatschek, Prag	553

Bibliographie

Schrifttum über Mähren 1901—1942. Ein Ausschnitt. Von F. Koberg, Prag	554

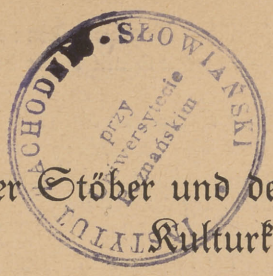
Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Reichsuniversität Volkspolitisches Institut Posen

D. 3190/70

962/K43

Dz 190
151



Die Brüder Stöber und der alemannisch-schwäbische Kulturkreis*)

Von Karl Walter, Stuttgart

1070

Als Johann Peter Hebel die Augen schloß, erschien im Unterhaltungsblatt der „Freiburger Zeitung" ein Gedicht in elsässischer Mundart, betitelt „Die Ill an die Wiese", in dem ein Straßburger Dichter mit tiefempfundenen Worten und in heißen Tränen seiner Trauer um den heimgegangenen, begabteren Mitstreiter Ausdruck verlieh. Es war der Notar Ehrenfried Stöber, der in Hebel sein Vorbild in der Mundartdichtung verehrte und dem um 2 Jahrzehnte älteren alemannischen Dichter seit 1807 freundschaftlich nahestand.

Wir wissen, daß es mannigfache persönliche Beziehungen waren, die Hebel in späteren Jahren, während seiner Karlsruher Zeit, mit dem alten Straßburg an der Ill verbunden haben. Aber auch am deutsch-literarischen Leben des Elsasses jener Zeit hat Hebel lebhaften und aktiven Anteil genommen. U. a. war er Mitarbeiter an Ehrenfried Stöbers seit 1805 erscheinendem „Alsatischen Taschenbuch" und später an der wenn auch nur kurzlebigen Monatsschrift „Alsa" des Straßburger Dichters.

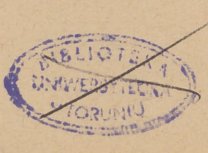
Es ist bis jetzt viel zu wenig darauf hingewiesen worden, daß Ehrenfried Stöber, den frühere Jahrzehnte gern als den Vertreter einer zwiespältigen Doppelkultur im Elsaß hinzustellen sich bemühten, als Vollelsässer sich ohne Einschränkungen zum alemannischen Lebensraum und Kulturkreis der Oberrheinlande bekannt hat und daß er darüber hinaus auch den Blick auf die weitere alemannisch-schwäbische Kulturgemeinschaft gerichtet hat. Durch Pfeffel mit Jacobi bekannt geworden, pflegte er häufig von Straßburg über Kolmar und Breisach nach Freiburg zu wandern und trauten persönlichen und literarischen Verkehr mit seinen oberrheinischen Freunden zu pflegen, zu denen neben Jacobi, Karl von Rotteck und Heinrich Schreiber auch der Freiburger Magistratsrat Franz Xaver Schnetzler gehörte, der Vater jenes Dichters August Schnetzler, mit dem die Söhne Ehrenfrieds, August und Adolf Stöber, eine Jahrzehnte währende Freundschaft schlossen.

Ehrenfried Stöber, der inmitten der drohenden Verwelschung der Straßburger Bourgeoisie die deutschen Gastspiele der „Freiburger Theatergesellschaft" in Straßburg mit schwungvollen Prologen begrüßte, der sich zeitlebens gegen den französischen Zentralismus in seiner Heimat und gegen die jakobinischen Forderungen um Preisgabe der deutschen Sprache und des deutschen Volkstums im Elsaß kräftig zur Wehr gesetzt hat, wählte als Bekenner der natürlichen Einheit der Oberrheinlande zum Leitspruch:

„Das Rheintal ist mein Vaterland,
Das Elsaß drin sein Diamant!"

Er hat als Elsässer sich über die Französische Revolution hinaus die Grundlagen des deutschen Volkstums gerettet, und, indem er sich der Ideen der Revolution bediente, seine Sprache und seine Sitten verteidigt. Und so finden wir auch in der nachnapoleonischen Zeit Ehrenfried Stöber überall da, wo es galt, das elsässische Kulturgut zu hegen und zu verteidigen. Er empfand wie kein zweiter damals, den Unsinn staatlicher Grenzen, wo es sich um gemeinsames Kulturgut handelte. Und als das zweite Kaiserreich daranging, das Land planmäßig seines Eigenlebens zu berauben und so rasch wie möglich zu entdeutschen, als die französische Machtpolitik es angesichts der Grenzlage des Landes und des erstarkenden deutschen Nationalgedankens für das geratenste hielt, das Elsaß so rasch wie möglich zu französieren, reifte bei

*) Nach einem Vortrag im Alemannischen Institut in Freiburg i. Br. am 28. Mai 1933.



Cz. 558.8
40012

Ehrenfried Stöber die elsässische Frage zum seelischen Problem; denn nun sah er die deutsche Sprache, die ganze große Kulturtradition des Elsasses und mit dieser das volkstümliche Eigenleben des Landes gefährdet.

Sein Blick für die geschlossene Einheit des Oberrheins und die hohe Kultur des alemannisch-schwäbischen Raumes hat bei Ehrenfried Stöber die Erinnerung an die stolzen Traditionen seiner Vaterstadt Straßburg und an die tausendjährige Überlieferung des Reichsgedankens wachgehalten. Zeitlebens bekundete dieser elsässische Föderalist und Autonomist ein warmes Gefühl für Deutschlands große Vergangenheit und seine eigene Zugehörigkeit zum deutschen Geistesleben. Das beweist ein Einblick in seine intimsten Äußerungen, seine Briefe, die er an Freunde in Baden und Württemberg richtete und die seine wahre Einstellung und Gesinnung deutlicher charakterisieren als die wohlerwogenen und für die Öffentlichkeit bestimmten Lippenbekenntnisse des im politischen Wechsel zu loyaler Haltung verpflichteten französischen Staatsbürgers.

Im Februar 1832 schreibt er z. B. an den fast gleichaltrigen Freiburger Historiker Karl von Rotteck: „Mir wird unsere Germania immer theurer und ich gedenke gern der Zeiten, in denen die alten Straßburger mit Würde die Reichsfahne trugen." Wenige Monate später spricht er in einem weiteren Briefe von Rottecks Vaterland, das auch er als das seinige betrachte. Und einige Monate vor seinem Tode, im März 1835, erinnert er bei der Übersendung des ersten Bandes seiner gesammelten Dichtungen Gustav Schwab und Wolfgang Menzel in Stuttgart an sein „treues Ausharren im deutschen Bruderbunde" und fügt dem Briefe an Menzel, den damals bedeutendsten Literaturkritiker, bedeutungsvoll hinzu: „Ich darf versichern, daß ich zur Erhaltunng deutschen Sinnes im Elsaß, in Beziehung auf Poesie und Literatur, seit meinen Jugendjahren das Meinige redlich beigetragen habe."

Bei der Einweihung von Ehrenfried Stöbers Denkmal auf der historischen Anhöhe von St. Gallen zu Straßburg hat ein Freund seiner Söhne in einem längeren Gedicht prophetisch in die Zukunft gewiesen:

„Du lebst, so lang die Sprache der Teutonen
In unsern schönen Alsa-Gauen lebt,
So lang noch Deutsche an dem Rheine wohnen,
Und Erwins Denkmal nach dem Himmel strebt!"

Heute ist die Zeit gekommen, das Schaffen dieses Mannes, der sich zu einer Zeit des allgemeinen Abfalls als ein treuer Eckart an die Schwelle Frankreichs stellte und wie ein Zaubersänger die französischer Kulturpropaganda zugänglichen Kreise im Elsaß zur deutschen Sprache und Literatur zurückführte und immer wieder an ihre Zugehörigkeit zum alemannischen Kulturkreis appellierte, ins rechte Licht zu rücken und Ehrenfried Stöber den gebührenden Platz in der oberrheinischen und alemannisch-schwäbischen Geistesgeschichte zuzuweisen! Wenn er auch nicht das Höchste geleistet hat, so war er doch — wie seine späteren Sangesgenossen in den „Deutschen Stimmen aus dem Elsaß" mit Recht hervorheben konnten — ein Vorbote jenes Frühlings, den seine beiden Söhne reich bekränzt ins Elsaß bringen sollten.

*

Als Ehrenfried Stöber im Dezember 1835 die Augen schloß, zählten seine Söhne August und Adolf 27 und 25 Jahre. Beide hatten Theologie studiert. Der ältere, August, strebte dem Lehramt zu, der jüngere, Adolf, dem Pfarramt. Aufgewachsen in den Anschauungen der Romantik, standen sie seit ihren Kindertagen mitten im elsässischen Sprachen- und Volkstumskampf. Hebels ernste Worte zur Sprachenfrage, die dieser im März 1806 an die Familie Schneegans in Straßburg gerichtet, waren auch der Leitstern in der Erziehung im Stöber-Hause. „Für Ihre Kinder" — so äußerte sich Hebel — „die Ihnen Gott erhalten möge, will ich eine gute Fürbitte einlegen. Lehren Sie zuerst die angeborne Muttersprache, und am liebsten im häuslichen heimischen Dialekt sprechen; mit der fremden ist's noch lange Zeit . . . Wollen Sie Ihre Söhne zu Franzosen machen, so ist nichts daran auszusetzen, daß Sie sie im ersten Jahre des Lebens schon durch die Sprache der Franzosen dazu einweihen. Sollen sie aber an Herz und Sinn wie Vater und Mutter werden, so ist das Französische nichts nutz dazu."

Als Zehnjähriger durfte August Stöber seine Eltern zur Kur nach Baden-Baden begleiten. Von hier aus unternahm er mit dem Vater einen Ausflug nach Rastatt und Karlsruhe, wo sie Hebel besuchten, der nachhaltiger als jeder andre Dichter auf den Knaben wirkte und diesen später in seinen eigenen dichterischen Arbeiten ermunterte. Noch kurz vor seinem Tode weilte Hebel im Stöber-Hause zu Straßburg. Vater Ehrenfried widmete dem verehrten Dichter seine „Geschichte und Charakteristik der schönen Literatur der Deutschen". Nach dem Tode Hebels schließt August Stöber seine „Erinnerungen und Fragmente zu einem Tagebuch" mit folgendem Eintrag: „Er lebt in meinem Herzen und wird ewig darin leben." Bis an sein Ende hat August Stöber diesen großen oberrheinischen Dichter in dankbarer, ehrfurchtsvoller Erinnerung behalten, und Hebels Gedichte und die Erzählungen seines „Schatzkästleins" haben ihn immer mächtig angeregt.

Mitbestimmend für diese Vorliebe der Stöber für den damals bedeutendsten Vertreter alemannischer Dichtung am Oberrhein war natürlich auch ihr blutmäßiges Ahnenerbe. Denn das Geschlecht der Stöber gehörte zu den alteingesessenen der freien deutschen Reichsstadt Straßburg und ist hier seit vier Jahrhunderten nachweisbar. Aus dem reichsstädtischen Bürgertum des 16. und 17. Jahrhunderts aufsteigend, nimmt es im 18. am geistigen und wissenschaftlichen Leben Straßburgs führenden Anteil und wird im 19. Jahrhundert Bannerträger des deutschen Gedankens in diesem gesegneten Lande. Neben Juristen- und Medizinerfamilien sind auffallend viele Angehörige des deutsch-lutherischen Protestantismus, der bekanntlich schon frühzeitig einer hemmungslosen Französierung des Landes gewisse Schranken gesetzt hat, mit dem Stöber-Geschlecht versippt. Die Mutter August und Adolf Stöbers aber, Luise Dorothea Küß, aus Rheinbischofsheim bei Kehl gebürtig, brachte zudem noch einen sehr wirksamen Bluteinschlag aus einer in Württemberg reich verzweigten Sippe, die dem schwäbischen Geistesleben schon manchen bedeutenden Vertreter gestellt hat — es sei nur der Epigrammatiker Friedrich Haug erwähnt. Denn ihre Mutter war eine Tochter des Hanau-Lichtenbergischen Kirchenschaffners der beiden Ämter Lichtenau und Willstätt: Johann Georg Haug, der einem Bürger- und Weingärtnergeschlecht der alten freien Reichsstadt Heilbronn am Neckar entstammte, das einen ähnlichen Aufstieg zu verzeichnen hat, wie das Geschlecht der Stöber in der freien Reichsstadt Straßburg.

Dieser blutmäßige Zusammenhang mit Schwaben mag nun auch die besondere Vorliebe der Brüder Stöber für die Vertreter der schwäbischen Dichtung: vor allem Uhland und Gustav Schwab, erklären.

Den stärksten, entscheidendsten Antrieb in ihrem Zugehörigkeitsgefühl zur oberrheinischen Kulturgemeinschaft erhielten die Brüder Stöber durch eine langjährige Freundschaft mit dem gleichaltrigen Freiburger Dichter August Schnetzler. Dieser in seinem engeren Heimatlande nur noch wenig genannte romantisch veranlagte Dichter und Journalist mit ausgeprägt volkstümlichem Empfinden, der als Herausgeber des ersten badischen Sagenbuches immerhin einen Anspruch auf ein ehrenvolles Andenken erheben darf, war der Sohn jenes Freiburger Magistratsrats Franz Xaver Schnetzler, mit dem Vater Ehrenfried Stöber durch Pfeffel und Jacobi befreundet wurde. Pfeffel war übrigens Pate von August Stöber, Jacobi Pate von August Schnetzler. Die Beziehungen zwischen den Freiburger und Straßburger Familien gestalteten sich um so herzlicher, als Franz Xaver Schnetzler seit 1808 mit einer Elsässerin aus dem Pfeffelschen Kreise verheiratet war.

Franz Xaver Schnetzler führte 28 Jahre hindurch bis zu seinem Tode im Jahre 1830 die Redaktion des mit der Freiburger Zeitung verbundenen „Freiburger Wochen- und Unterhaltungsblattes", in welches Ehrenfried Stöber lange Jahre poetische Beiträge und Straßburger Theaterbriefe einrückte. Von 1827—1831 erschienen im Freiburger Unterhaltungsblatt neben zahlreichen Beiträgen Ehrenfried Stöbers auch die ersten dichterischen Versuche seiner beiden Söhne. Auch August Schnetzler betätigte sich in jenen Jahren eifrig als literarischer Mitarbeiter an der vom Vater geleiteten Zeitschrift. Und so begegneten sich die jungen gleichaltrigen Dichter schon mit ihren ersten Gedichten auf gemeinsamem literarischem Boden, und nichts erscheint selbstverständlicher, als daß auch sie, nach dem Vorbilde ihrer Väter, eine freundschaftliche Annäherung erstrebten. „Unsre Paten Jacobi und Pfeffel" — so schreibt

August Stöber im März 1829 an den damals als Postpraktikant in Lahr tätigen August Schnetzler — „standen in einem so brüderlichen Verhältnis, das durch den süßen Umgang mit den Musen geknüpft und geheiligt wurde — warum sollten es nicht auch ihre Täuflinge? Unsre Väter, beide Schriftsteller, sind sich aufs Freundschaftlichste zugetan — warum sollten es nicht auch die Söhne sein?"

Die nun einsetzende, bis zum frühen Tode Schnetzlers im Jahre 1853 anhaltende Freundschaft hat in einem ausgedehnten Briefwechsel zwischen dem elsässischen Dichterbruderpaar und ihrem badischen Sangesgenossen ihren Niederschlag gefunden und das beiderseitige Schaffen jahrelang stark befruchtet. Ausführlich teilen sie sich zu Beginn der dreißiger Jahre ihre Ansichten über die zeitgenössische deutsche Dichtung mit, vor allem über Goethe, Uhland und Schwab; sie beurteilen gegenseitig ihre Gedichte und empfinden im Einklang ihrer Lieder auch den Gleichklang ihrer Herzen; sie reichen sich über die politischen Grenzen hinweg die Hände als Stammesbrüder der einen ungeteilten Landschaft zwischen Wasgau und Schwarzwald und begeistern sich immer wieder an dem Gedanken eines Zusammenschlusses elsässischer und badischer Dichter zu einem rheinischen Liederbunde. Zum ersten Male erklingt nun bei dem eben erst 20jährigen August Stöber jenes Lieblingsmotiv der Zusammengehörigkeit der beiden Rheinufer, das sich in immer neuen Varianten wie ein goldener Faden durch seine Gedichte der dreißiger und vierziger Jahre zieht. Am 1. Dezember 1829 schreibt er seinem Freunde Schnetzler: „Es lebe der Rheinische Liederbund! Wasgau und Schwarzwald! Straßburgs und Freiburgs Münster, und wieviel Gleiches und Verwandtes bindet uns nicht!" Vom Straßburger Münster aus überblickt er in einer Sternennacht die beiden Gebirge, die sich verwandt sind und sich vergeblich nacheinander sehnen:

„Ich steh so gern auf deinen Zinnen,
Du Tempelhaus, du Heimathaus!
Es geht des Herzens freudig Sinnen
Weit über Berg und Tal hinaus.

Da rollt mit seinen Wundersagen
Der alte, tatenvolle Rhein,
Die dunkelgrünen Wellen schlagen
Hochauf im goldnen Sonnenschein.

Der Wasgau schüttelt seine Eichen,
Der Schwarzwald rauscht im Tannenkleid;
Seid euch verwandt, und nimmer schweigen
Will eurer Sehnsucht tiefes Leid."

In einem andern Gedicht läßt Stöber das Münster, das am Tage still und verdrossen dasteht, bei Nacht mit dem Freiburger Münster geheime Zwiesprache halten und beide ihre Klagen über die traurige Gegenwart austauschen. Denn der Sternenglanz der Nacht verhüllt die Hoheitszeichen der fremden Macht. Trikolore und Schlagbäume sind verschwunden, der Wall deutscher Berge rechts und links vom Rheine beschließt sanft und unwandelbar die alemannische Senke. Der ihr entsprossene Mensch, der sinnend das Flußufer betrachtet, empfindet wieder naturgewollte, unlösliche Verbundenheit. Jahrhunderte der Trennung zerflattern wie ein Spuk vor dem warmen Gefühl der Einheit von Herz und Landschaft. Die Fesseln des Nur-Elsässischen, des rein Alsatischen, werden abgestreift, und schüchtern zwar, aber doch unmißverständlich wird aus elsässischem Munde die Wiederherstellung der alten Einheit als das „Heil" gefeiert.

Und in einem dritten Gedicht, betitelt „Der Wasgau zum Schwarzwald", begrüßen die Vogesen den Schwarzwald als Genossen und fordern die „zwischen drin im Land" Wohnenden auf, sich die Hand zu reichen:

„Ihr Schwarzwaldberge, wie so nah,
Wie ganz erschlossen liegt ihr da!
Ich seh auf euren lieben Höh'n
Die Schlösser alle leuchtend stehn.
Die Pfade seh ich durch den Wald,
Ahn' manche wandelnde Gestalt.

Inmitten rauscht der alte Rhein,
Der sagt: Ihr müsset Brüder sein!
Und schau ich euch ins Auge klar,
So find ich auch die Deutung wahr.
Ihr Menschen zwischen drin im Land,
So reicht euch denn die Bruderhand."

Aber ihr Dichten und Sehnen griff über den Oberrhein hinaus und fühlte sich dem ganzen alemannisch-schwäbischen Raum verpflichtet. In Schwaben fanden die Brüder Stöber ihre dichterischen Vorbilder: Ludwig Uhland und Gustav Schwab. Besonders die Nennung des Namens Uhland bedeutete für sie „Inhalt und Programm zugleich". Er verkörperte für sie die Welt, die ihre Wünsche und Ideale umspannte. Die Brüder Stöber sprechen vom „edlen Uhland", von seiner „altschwäbischen Einfachheit und Frische"; sie bezeichnen Gustav Schwab als ihren „geliebten Meister", beide als ihre „Lieblingsdichter". Sie verehren Wolfgang Menzel, den Stuttgarter Großmeister der literarischen Kritik, der von einem gefühlsbetonten völkischen Standpunkt aus die Veröffentlichungen elsässischer Dichter stets mit besonderem Wohlwollen behandelte. Sie folgen ihren schwäbischen Vorbildern in der Ablehnung des „Jungen Deutschland" und fühlen sich von der „wirklich schändlichen" Polemik Heines gegen Uhland, noch bevor sie dieselbe gelesen haben, selbst betroffen.

Als der 19jährige Adolf Stöber sich an Gustav Schwab wandte und ihn als Redakteur am Stuttgarter Morgenblatt für gebildete Stände um Aufnahme einiger Gedichte bat, bekennt er: „Schon seit mehr als acht Jahren, seitdem ich zum ersten Male von deutscher Poesie hörte, ist das Morgenblatt meine liebste literarische Zeitung. In ihm fand ich, besonders seitdem es Ihrer und Wolfgang Menzels Pflege anvertraut ist, am meisten Befriedigung. Ihm habe ich, nächst dem Studium Goethes und Uhlands, meine ästhetische Bildung zu verdanken." Sein Bruder August drückt sich kurz darauf ähnlich aus: „So wie ich zum Bewußtsein meines eigenen innern Lebens kam, war mein Blick mit freudigem Sehnen auf dies Blatt gerichtet . . . Ich darf es frei bekennen: dem Morgenblatt bin ich meine erste gesunde Ansicht von Poesie und Literatur überhaupt schuldig."

August Stöber, der im Frühling 1829 „mit vieler Liebe" die Geschichte des Elsasses studiert, „besonders in Rücksicht der Sagen, Legenden, Ritterfamilien und Dichtkunst", versichert seinem Freunde Schnetzler, daß er Uhland täglich lese und täglich mehr liebe. Adolf schreibt um die gleiche Zeit, daß, wenn er sich eine selige Stunde bereiten wolle, dies kaum besser geschehen könne, „als indem ich wieder einige der tausendmal gelesenen Lieder und Romanzen Uhlands recht durchfühle". Mit ihm wisse er sich näher verwandt als mit den Heroen der deutschen Dichtung, die er mehr bewundern als lieben könne. Uhland aber berühre wie mit magischem Hauche die Saiten seines Gemütes.

Und so beginnen die Stöber, im Sinne Uhlands und Schwabs sich mit der dichterischen Bearbeitung elsässischer Sagen als Vorarbeiten zu ihren „Alsabildern" zu beschäftigen, die sie einige Jahre später Gustav Schwab widmen; denn — so schreiben sie an Schnetzler — „es ist soviel und oft so poetischer Stoff da... Es fehlt aber dem Elsaß an einem Uhland und Gustav Schwab!" Jetzt erwacht ihr romantisches Empfinden!

Die Anregungen der schwäbischen Romantik zur Wiederbelebung des Volkstümlichen fanden aber nicht nur im Elsaß lebhaften Widerhall. Auch Schnetzler verfolgte die Tätigkeit der Stöber auf diesem Gebiet mit wachsender Begeisterung. Nach den „Alsabildern", die 1835 in Straßburg erschienen, erweiterte August Stöber diese Sammlung in den folgenden Jahren unter Einbeziehung auch badischer Sagen in seinem „Elsässischen Sagenbuch" zu einem volkstümlich gewordenen oberrheinischen Hausbuch. Bezeichnenderweise trug die Auflage, die für das Ausland bestimmt war, den Titel „Oberrheinisches Sagenbuch". — Als Seitenstück zu diesem 1842 in Straßburg erschienenen elsässischen oder oberrheinischen Sagenbuch Stöbers gab August Schnetzler im Jahre 1846 in Karlsruhe sein „Badisches Sagenbuch" in 2 Bänden heraus. Im Vorwort weist er darauf hin, daß der Entschluß zu diesem Werke durch das Erscheinen des „Oberrheinischen Sagenbuches" von August Stöber, „welches — wie Schnetzler hervorhebt — den reichen Sagenschatz der einen Hälfte des oberrheinischen Stromgebietes

in ziemlicher Vollständigkeit behandelt", hervorgerufen wurde und in ihm den Wunsch geweckt habe, „auch die andere Hälfte dieses unvergleichlichen Tales im vollen Märchen-Zauberglanze seines Sagenhortes leuchten zu lassen". Eine kritische Würdigung dieser von Schnetzler besorgten Sammlung steht noch aus. Die Feststellung jedoch bleibt bemerkenswert, daß die Anregung zu diesem ersten badischen Sagenbuch auf dem Umweg über das Elsaß aus Schwaben gekommen ist.

An den Schwaben entzündete sich auch die Liebe und Begeisterung der Stöber und ihrer elsässischen Freunde für Deutschland, so daß August Stöber, als er sich im Juli 1836 auf der Heimreise von Stuttgart befindet, während eines Aufenthaltes bei Verwandten in Pforzheim von hier aus an Gustav Schwab schreibt: „Ich kann den lieben deutschen Boden nicht verlassen, ohne Ihnen nochmals meinen Gruß davon zuzurufen . . . Ach, daß wir Elsässer noch immer nur als Gäste und Fremdlinge ins alte Vaterland pilgern dürfen — aber nein:

Da, wo die deutsche Zunge klingt
Und Gott im Himmel Lieder singt —
Da ist das deutsche Vaterland!"

Durch Gustav Schwab, mit dem vor allem Adolf Stöber in regem Gedankenaustausch stand, wurden die Namen der beiden Brüder bis in die Nord- und Ostmarken Deutschlands getragen; nicht nur als Mitarbeiter am „Morgenblatt", sondern auch durch ihre Beiträge in dem von Chamisso und Schwab seit 1833 gemeinsam herausgegebenen und in Leipzig erscheinenden „Deutschen Musenalmanach".

Die literarischen Wallfahrten zwischen dem Elsaß und Schwaben häufen sich in den dreißiger und vierziger Jahren. Die Stöber besuchen ihre schwäbischen Meister in Stuttgart, in Tübingen und Gomaringen. Uhland und Schwab erwidern die Besuche. Uhland weilt vor allem 1846 in Mülhausen, besucht von hier aus Rappoltsweiler und seine Schlösser und wird später Ehrenmitglied jener deutsch-literarischen Gesellschaft der Stöber, die unter dem Namen „Concordia" im damals ganz französisch eingestellten Mülhausen die Pflege deutscher Literatur bis zum Kriegsjahre 1870 fortführte. Durch Schwabs Schillerbiographie wurde das Verständnis der Stöber für Deutschlands klassischen Dramatiker geweckt. Und als im Jahre 1859 die Wogen der Begeisterung an Schillers 100. Geburtstag so hoch gingen — da war es nicht in Weißenburg, wo einst Otfried gelebt, nicht in Straßburg, der Geburtsstadt so vieler Dichter, nicht in Schlettstadt, dem einstigen Hochsitz humanistischer Bildung, auch nicht in Kolmar, der Vaterstadt Pfeffels, sondern in der rauchgeschwärzten Industriestadt des Oberelsasses, wo das deutsche Elsaß, durch August Stöber und seinen Freund Friedrich Otte angeregt, im Verein mit Schweizern und Franzosen den deutschen Genius feierte; ja, dieser Mülhauser Schillerfeier des Jahres 1859 kommt die Bedeutung zu, die einzige größeren Stils in ganz Frankreich gewesen zu sein.

Aber auch die Freunde der Stöber zog es immer wieder nach Schwaben. Friedrich Otte wird gar nicht müde, die schwäbischen Dichter zu besuchen und in seinem „viel geliebten Schwabenland deutsche Luft einzuatmen". Der Straßburger Archivar Ludwig Schneegans fühlt sich Uhland ebenfalls in inniger Verehrung verbunden. Alfons Hartmann aus Mülhausen, Sohn jener literarisch feingebildeten Frau Sophie Hartmann-Baumgartner, die uns als Stifterin der elsässischen Rosen in Uhlands Garten in Tübingen bekannt wird, führt seine „rührende Anhänglichkeit an Deutschland" vor allem nach Weinsberg, wo er von der Familie Justinus Kerners als „Sohn" und „Bruder" geliebt wird. Und schon den 20jährigen Straßburger Drechsler und Dichter Daniel Hirtz, der auf seiner Fußwanderung durch die blühenden Gefilde Württembergs im Juni 1823 nach Stuttgart kommt, beseligt hier ein „heimatliches Gefühl", das er sonst in keiner Stadt, weder früher noch später, empfunden: „Es kam mir — schreibt er in seinen Reiseerinnerungen — alles so heimisch und bekannt vor, daß ich jeden Augenblick erwartete, einen lieben Bekannten oder Verwandten anzutreffen, der mich willkommen heißen und freundlich die Hand mir entgegenreichen werde."

*

Im März 1838 versandten August und Adolf Stöber die erste Ankündigung der „Erwinia", die als „Blatt zur Belehrung und Unterhaltung in Verbindung mit Dichtern und Schriftstellern aus Deutschland, der Schweiz und des Elsasses" bezeichnet wird. Zum ersten Male also dehnen die Brüder ihre Bestrebungen nicht nur auf die oberrheinische und alemannisch-schwäbische Kulturgemeinschaft aus, sondern auch auf den oberrheinischen Charakter der deutschen Schweiz. Wir werden sehen, wie August Stöber später vor allem die geistigen Bande zu einigen führenden Vertretern der Stadt Holbeins immer enger geknüpft hat. Im Vordergrunde stand natürlich der Wunsch, mit der Erwinia dem Elsaß ein rein deutschsprachiges Organ zu schaffen. „Es soll euch Deutschen — schreibt Stöber an Schnetzler — wahrlich nicht ganz einerlei sein, ob das Elsaß nach und nach ganz französisch werde, oder ob noch dafür getan werde, den alten einheimischen deutschen Sinn drin wach zu erhalten." Und weiter: „Das Elsaß muß deutsch fortgebildet werden, wenn ihm irgend noch ein Heil blühen soll!" — Immer deutlicher sehen wir während der dreißiger Jahre die bewußte Scheidung zwischen Elsässern deutschen und denen französischen Kulturbekenntnisses sich anbahnen. Zur selben Zeit, in der der französische Staat sich anschickt, langsam aber rücksichtslos die Kehle des Elsasses zu umspannen, bereit, das deutsche Wort zu erdrosseln, folgen wir einer Gruppe heimattreuer Elsässer, in denen sich der unbeugsame deutsche Volkswille zur Wehr setzt und die sich unerschrocken zu Deutschland als ihrer geistigen Heimat bekennen. Eduard Reuß, der berühmte Straßburger Theologe, trat in einer der ersten Nummern der „Erwinia" auf den Plan, um in seinem Aufsatz „Wir reden deutsch!" sein politisches Glaubensbekenntnis erschütternd zum Ausdruck zu bringen. Und wenige Wochen später schreibt Reuß in der Vorrede zu den Gedichten des Straßburger Drechslermeisters Daniel Hirtz: „Wir reden deutsch, heißt ja nicht bloß, daß wir unsere Muttersprache nicht abschwören wollen, sondern es heißt, daß wir in unserer ganzen Art und Sitte, in unserm Glauben, Wollen und Tun deutsche Kraft und Treue, deutschen Ernst und Gemeingeist, deutsche Uneigennützigkeit und Gemütlichkeit bewahren und als ein heiliges Gut auf unsre Kinder vererben wollen. Das ist unser Patriotismus! Auf beiden Rheinufern wohnt für uns nur ein Volk! Schlachten und Welthändel können es zersplittern und durch Zollhäuser und Schlagbäume trennen, aber die Herzen scheiden sie nicht."

In solcher Kampfstimmung versichert August Stöber seinen Freund Schnetzler: „Wir wollen als Elsässer unseren deutschen Charakter behalten — und sollten die Welschen darüber des Teufels werden!" Und nun ertönen aus dem Erwinia-Kreis von allen Seiten jene schönen kulturpolitisch bedeutsamen Gedichte, in denen die innige Verbundenheit mit der andern Rheinseite zum Ausdruck kommt, und die immer wieder das silberne Band des Stromes besingen, der die Lande am Oberrhein zu einer Einheit zusammenschließt.

Nach Empfang der Gedichte von Daniel Hirtz mit dem zündenden Vorwort von Eduard Reuß schreibt Adolf Stöber Mitte Oktober 1838 an Hirtz: „Laßt uns zusammenhalten gegen die antideutschen Bestrebungen der Franzosentümler, die gerade heutzutage mehr als je sich zudringlich und anspruchsvoll gebärden."

Aber trotz aller Bemühungen Stöbers, seine deutsch-elsässischen Literaturbestrebungen auch über dem Rheine zur Geltung zu bringen, vollzog sich das Schaffen dieser Elsässer sozusagen unter Ausschluß der deutschen Öffentlichkeit. Es fehlte leider in Deutschland damals jedes Interesse für den Sprachenkampf der Elsässer und auch das breite deutsche Lesepublikum. Und im Elsaß begeisterte sich die Bourgeoisie an den Romanen von Sand und las die Gedichte Lamartines. — Im Dezember 1839 ging die Zeitschrift „Erwinia" ein. Trotz ihrer kurzen Lebensdauer hat sie eine in der heimatlichen Literaturgeschichte nicht wegzudenkende Bedeutung erlangt. In einer Zeit fortschreitender Französierung des Bürgertums mit dem Zweck restloser Assimilierung hat sie sich unbeirrbar zum deutschen Vätererbe bekannt und zur Besinnung auf die deutsche Kultur aufgerufen.

Keiner hat den Dank Deutschlands diesen elsässischen Dichtern gegenüber schöner zum Ausdruck gebracht als Gustav Schwab, der am ersten Weihnachtstage des Jahres 1839 von Stuttgart aus an Adolf Stöber die Worte richtete:

„Ihr treuen deutschen Elsässer verdient allerdings auf alle Weise, daß man Eure Gesinnungen und Leistungen ehrt!"

Den stärksten Zusammenschluß oberrheinischer Dichter und Schriftsteller mit Einschluß von Mitarbeitern aus dem alemannisch-schwäbischen Bereich und aus der deutschen Schweiz erreichte August Stöber in seinen „Elsässischen Neujahrsblättern", deren 1. Band 1843 in Straßburg herauskam, während die Jahrgänge 1844—1848 in Basel erschienen. Stöber nahm damit von Mülhausen aus, wo er seit 1842 lebte, eine auch von seinem Vater schon gepflegte würdige elsässische Sitte wieder auf, in Neujahrsveröffentlichungen den Freunden der Literatur die Gaben heimatlichen Schrifttums ins Haus zu schicken und mit diesen Heimatbotschaften den Pariser Verwelschungsbestrebungen entgegenzutreten.

Neben August Stöber zeichnete als Mitherausgeber Georg Zetter, bekannt als Dichter und Publizist unter dem Namen Friedrich Otte. Geborener Mülhauser, entstammte er einer alteingesessenen Familie, die der Stadt Mülhausen am Ende des 17. Jahrhunderts schon einen Bürgermeister gestellt hatte, besuchte das zu jener Zeit weithin berühmte Pestalozzi-Institut Lenzburg im Aargau, war in der Schweiz zum Bewußtsein seiner Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft erwacht und wurde der Schwiegersohn des Mülhauser Pfarrers und Lokalhistorikers Matthias Graf.

Umgeben vom „dicksten, ledernsten Philistertum", inmitten der Dampfatmosphäre der oberelsässischen Industriestadt, deren Handel sich damals ganz nach dem Westen wandte, und wo die französische Kulturpropaganda sich besonders rührig entfaltete, sammelten Stöber und Friedrich Otte rasch einen Kreis von Gesinnungsfreunden um sich, deren Verdienste um die Erhaltung des deutschen Elementes in Mülhausen von der Nachwelt dankbar anerkannt werden müssen. Im Mai 1844 schreibt Friedrich Otte an den Schweizer Dichter Karl Rudolf Tanner, Präsident des Obergerichts in Aarau: „Unser Unternehmen ist ein echt vaterländisches. Die Idee, die demselben zugrunde liegt, ist: zur Aufrechterhaltung der deutschen Sprache im Elsaß unser Scherflein beizutragen und das jüngere, im Elsaß aufwachsende Geschlecht mit den Dichtern der Gegenwart näher bekanntzumachen; es ist ein freier, den heimischen Interessen gewidmeter Sprechsaal, aus dem alles französische und verkehrte Wesen streng verbannt ist." Im „Wanderer in der Schweiz", der in Basel herauskam, betont deshalb der Luzerner Dichter Pfyffer zu Neueck in einer Besprechung der Elsässischen Neujahrsblätter für 1843, daß die Veröffentlichung neben der rein literarischen auch eine nationale Bedeutung habe: „Indem die Herausgeber dadurch der deutschen Literatur im Elsaß ein Organ gründen — so sagt Pfyffer zu Neueck —, beurkunden sie gleichzeitig, daß dies schöne Land, wenn auch gegenwärtig eine französische Provinz, dennoch durch das Band einer innigen Sympathie mit allen, welche deutsch sprechen und deutsch denken, verbunden bleibt." Wilhelm Wackernagel gegenüber spricht Stöber Ende 1843 einen immer wieder auftauchenden Lieblingsgedanken aus, daß es vielleicht nicht unzeitig wäre, bei einem etwaigen Eingehen der Elsässischen Neujahrsblätter ein „Oberrheinisches Jahrbuch" für den deutschen Oberrhein, und zwar für Baden, die Schweiz und das Elsaß berechnet, zu gründen: „So hätte doch dieser Landteil — meint Stöber — ein Vereinsorgan, in Ermangelung einer sonstigen literarischen Zeitschrift, welche nicht verwirklicht zu werden scheint."

Aber auch Schwaben, das soll nicht unerwähnt bleiben, wurde in den „Elsässischen Neujahrsblättern" berücksichtigt. Uhland und Schwab vermittelten Mitarbeiter. Und so begegnen wir Namen wie Wilhelm Ganzhorn, dem Verfasser des zum Volkslied erkorenen „Im schönsten Wiesengrunde", Theobald Kerner, dem Sohne des bekannten Weinsberger Dichters, Hermann Kurz, der schon als Mitarbeiter der „Erwinia" in Erscheinung trat, und Karl Mayer in Tübingen, dem besonderen Freunde Uhlands.

Doch die Mitarbeit aus der Schweiz herrschte vor, und zwar mit einigen gewichtigen Vertretern. So der Basler Germanist Wilhelm Wackernagel, mit dem August Stöber jahrelang in freundschaftlicher und wissenschaftlicher Verbindung stand und der den Mülhauser Gymnasialprofessor in den 50er Jahren vergebens nach Basel zu ziehen versuchte; ferner der Basler Theologieprofessor und Lyriker Karl Rudolf Hagenbach, der Basler Historiker Balthasar Reber, einer der begabtesten Schweizer Dichter seiner Zeit und zugleich einer der deutschesten in Neigung und Gesinnung, und Friedrich von Tschudi in Lichten-

steig, der jüngere Bruder des Buchhändlers Iwan von Tschudi in St. Gallen, der später Stöbers „Sagen des Elsasses" in Verlag nahm. Über eine nur lokalgeschichtliche Bedeutung hinausgehoben wurden die „Elsässischen Neujahrsblätter" jedoch durch die Mitarbeit des Volksschriftstellers Jeremias Gotthelf, der schon im Mai 1844 aus Lützelflüh bei Bern an August Stöber schrieb: „Mit wahrer Freude habe ich schon lange dem geistreichen deutschen Leben im Elsaß zugesehen und mich daran erbaut." Es spricht für die gesunde, aus tiefster Verbundenheit mit der deutschen Volksseele seiner Heimat emporsteigende Urteilskraft August Stöbers, daß er die kommende Bedeutung dieses schweizerischen Dorfpfarrers vorausahnte und ihn wiederholt zur Mitarbeit an seinen „Elsässischen Neujahrsblättern" zu gewinnen wußte. Gotthelf selbst hat dem Versuche Stöbers, der deutschen Sprache und Dichtung im Elsaß wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen, seine volle Anerkennung und Unterstützung gezollt —, eine Tatsache, die in der elsässischen Geistesgeschichte bisher nicht bekannt war. Noch ein Jahr vor seinem Tode schreibt Gotthelf an Stöber: „Sie erhalten das deutsche Leben im Elsaß, und dieses deutsche Element ist denn doch das vorherrschende."

Auch nach dem Eingehen der „Elsässischen Neujahrsblätter" in den Stürmen des Jahres 1848 blieb August Stöber mit seinen schweizer Freunden in regem geistigem Austausch. Seit 1850 gab er das Jahrbuch Alsatia heraus, das bis 1876 in 11 Bänden erschienen ist; eine für die Kulturgeschichte des Elsaß bedeutsame Veröffentlichungsreihe, die den Beginn der grundsätzlichen Erfassung und Behandlung der elsässischen Volkskunde darstellt. Schon 1853 schreibt er an Jakob Grimm, daß er für dieses Unternehmen „von Deutschland und der Schweiz der Mithülfe gar sehr" bedürfe. Und wiederum standen ihm Basler Freunde wie Dr. Bischoff, Jakob Mähly, Wilh. Wackernagel und Karl Ludwig Roth zur Seite, um dieses elsässische Werk der „Alsatia" aufzurichten. Und sie hatten auch ein Recht dazu. Denn der Name des mit Stöber eng befreundeten Dr. Bischoff von Basel ist der eines der drei schweizer Deputierten, die im Jahre 1870 in das belagerte Straßburg einzogen, um Frauen und Kinder abzuholen.

Der „Basler Anzeiger" hebt, nachdem August Stöber auf Fürsprache Wilhelm Wackernagels zum Ehrenmitglied der Historischen Gesellschaft Basel ernannt worden war, im März 1858 in einer Besprechung der „Alsatia" hervor, daß dieses Jahrbuch alljährlich „das glänzendste Zeugnis deutschen Lebens und deutschen Sinnes in Wissenschaft und Kunst" im Elsaß ablege. „Es ist", so heißt es in diesem Bericht weiter, „als wollten die wackeren Vorkämpfer der angeführten Richtung in jenem Landstrich ihn geistig wieder zurückerobern und das Glied wieder anfügen an den Stamm, von dem es durch den Machtspruch der Ereignisse einst losgerissen worden ist."

*

August und Adolf Stöber sind zeitlebens die Verfechter einer geschlossenen Einheit des alemannischen Kulturschaffens mit Einschluß der deutsch-schweizerischen Dichtung geblieben. Immer wieder kreisten ihre Gedanken, Wünsche und Hoffnungen zwischen der Doppelkette Schwarzwald und Vogesen und um die Silberader des Rheins.

Was ergibt sich daraus für ihre Haltung zum deutschen Problem? Wie war ihre Einstellung zur erwachenden deutschen Reichsgesinnung?

Bis zum Jahre 1870 steht bei den Brüdern Stöber und ihren Gesinnungsfreunden ein loyales politisches Franzosentum einem seit 1830 immer kräftiger ertönenden kulturellen Bekenntnis zum deutsch-alemannischen Volkstum, zur deutschen Sprachgemeinschaft, gegenüber, für die Adolf Stöber auch einmal den Ausdruck „Volksgemeinde" findet.

Mehr konnte von den Elsässern damals nicht erwartet werden in einer Zeit, in der keine Hoffnung zu dem Glauben berechtigte, daß das in Trümmer gegangene Reich der Deutschen so bald wieder einig, daß das Elsaß überhaupt noch einmal zu Deutschland kommen würde.

Schon im Juni 1831, als die Brüder in Straßburg mit einer Reihe von flüchtigen Vertretern der deutschen Einheitsbewegung, die mit den unzulänglichen Mitteln des französischen Liberalismus ihr Ziel niemals erreichen konnten, bekannt wurden, entschlüpft Adolf Stöber in einem Briefe an Schnetzler die aufschlußreiche Bemerkung: „Das Schriftstellern für die Einheit Deutschlands, so groß und heilig auch diese Sache ist, geht doch zu sehr ins Blaue hin-

aus!" Im Hinblick darauf, daß in Frankreich die letzten Reste feudaler Kleinstaaterei endgültig überwunden sind, gibt August Stöber fünf Jahre später im Vorwort zu seinem „Erinnerungsbüchlein für fremde und einheimische Freunde des Straßburger Münsters" einem um das Elsaß werbenden überrheinischen Freunde die Antwort: „Du kommst aus dem Lande der unzähligen Kronen und Krönlein. Schau auf Deines Deutschlands zerrissene Landkarte und der Völker zerrissenes Herz und mute uns nicht zu, etwa ein neues Steinchen oder Ringlein zu bilden zu den Sigmaringlein und Liechtensteinchen... Werde Du mit den Deinen erst eins und groß und stark — dann komm und sag Deinen Spruch!"

Im allgemeinen also bestand damals in diesen so betont deutschen Elsässern ein Wunsch nach politischem Anschluß an Deutschland noch nicht, das in jenen Zeiten freilich auch nur ein geographischer Begriff war. Des äußeren Verbandes bedurfte es für sie nicht, allerdings nur so lange, als der innerliche Zusammenhang durch das „volksgeistige Leben" — wie sich Adolf Stöber einmal ausdrückt — bestand und bestehen durfte.

Daß die Vorliebe zu dem angestammten Deutschtum die Brüder jedoch zur Selbstbesinnung anregte, drückt Adolf Stöber in Hebels „Rheinländischem Hausfreund" für 1885 deutlich genug aus: „Unsere Begeisterung für Frankreichs Freiheitsmission — so schreibt er da — wurde durch manch bittere Enttäuschung bald gar sehr herabgestimmt", während August Stöber schon 1844 einem Darmstädter Freund, August Nodnagel, gegenüber sich also vernehmen läßt: „Um gerecht zu sein, bekenne ich recht gerne, daß sich die äußern Verhältnisse des Elsasses unter Frankreichs milder Regierung aufs Glücklichste gestaltet haben — aber was ist damit getan, wenn bei alledem das Herz verkümmert und in fremder Zwangsjacke einherstolpern muß?"

Deutschland also blieb ihr geistiges und kulturelles Mutterland; hier lagen die starken Wurzeln ihrer Kraft. Karl Goedeke, einer derjenigen, die für die eigentümliche, geschichtlich bedingte Mentalität der Elsässer im vorigen Jahrhundert am meisten Verständnis aufbrachte, hebt deshalb immer wieder die „historische und nationale Bedeutung" der Dichtungen jener Elsässer hervor. Und kein Geringerer als Georg Büchner aus Darmstadt, mit dem die Brüder Stöber auch befreundet waren, kommt zu einer ähnlichen Bewertung der „Alsabilder" Aug. Stöbers, die nach Büchner einen von jenen „seltenen Versuchen" darstellen, „die noch manche Elsässer machen, um die deutsche Nationalität Frankreich gegenüber zu wahren und wenigstens das geistige Band zwischen ihnen und dem Vaterlande nicht abreißen zu lassen".

Wenn auch ihr leidenschaftliches Bekenntnis zur deutschen Sprachgemeinschaft in der Unsicherheit und Gequältheit jener Jahrzehnte, in denen der Kampf um Deutschlands Gestaltung die Seelen selbst der besten Deutschen zerriß, nicht zur vollen Entfaltung eines Bekenntnisses zur deutschen Staatsgemeinschaft gelangen konnte, so betonten die Brüder Stöber doch bei jeder Gelegenheit ihre Verbundenheit mit allem, was deutsche Zunge spricht und deutschen Blutes ist. Der Besuch der Frankfurter Germanistenversammlung im Jahre 1846 regte Adolf Stöber zu jenen bekenntnishaften drei Gedichten: „Preis der deutschen Sprache", „Germanias Bild" und „Die Germanisten im Kaisersaal zu Frankfurt" an, die unter der gemeinsamen Überschrift „Für Deutschland — Von einem Elsässer" im Januar 1847 im „Stuttgarter Morgenblatt" erschienen, und von denen das dritte mit der darin ausgesprochenen Sehnsucht nach dem berufenen Führer eines geeinten Deutschland prophetisch in die Zukunft wies.

Auch zwischen 1848 und 1870 haben die Stöber immer wieder ihre Zugehörigkeit zur deutschen Sprachgemeinschaft betont und dabei langsam auch den Weg zur deutschen Volksgemeinschaft gefunden. Adolf Stöber, der sich gerne in der deutschen Schweiz aufhielt, gab 1850 und 1857 zwei Gedichtsammlungen, „Reisebilder aus der Schweiz" und „Neue Reisebilder aus der Schweiz" heraus, die nicht nur die Naturschönheiten der Alpenwelt dichterisch verklären, sondern auch zum Künder seines echten deutschen Empfindens werden. In der letztgenannten Sammlung steht ein Gedicht „Der Bernardinopaß", das einen sinnigen Vergleich zwischen dem deutschen und dem „welschen" Wesen, wie sich Stöber ausdrückt, anstellt. Beide verhalten sich nach dem Dichter zueinander wie sich die Natur diesseits des St. Bernhards zur Natur jenseits der Berge verhalte. Hier Innigkeit und Tiefe, dort berauschender Duft südlicher Vegetation, feenhafte Gärten, aber auch — Sirokkoluft; hier Ernst und Fröm-

migkeit, dort Glut und Leidenschaft. Kein Wunder, daß sich der Dichter, seines elsässischen Ursprungs bewußt, nach der deutschen Seite hingezogen fühlt:

„Denn unter sinnenden Germanen,
Da ist mein Herz erst ganz daheim,
Kein welscher Handkuß ist so bieder
Wie deutscher Handschlag und Willkomm —
O säh' ich, statt des Glutblicks, wieder
Ein deutsches Auge, blau und fromm!"

Als im Jahre 1870 das Kriegswetter über das Elsaß hereinbrach, hatten die Stöber längst die Lebenshöhe in ihrem Schaffen erreicht. Sie waren bereits sechzig Jahre alt geworden, als ihre Heimat mit dem Deutschen Reiche vereint wurde. Offen gaben sie ihrer freudigen Zuversicht, daß nunmehr das Deutschtum der Elsässer gerettet sei, Ausdruck, mahnten gleichzeitig aber auch zur Versöhnung und Milde. Ungeachtet aller Schmähungen und Drohungen, die ihnen das einbrachte, verleugneten sie auch in dieser schweren Zeit den deutschen Charakter ihres Landes und seiner Bewohner nicht. Über alle Wirrnisse ihrer Zeit hinweg trugen sie in ihrem Blute als Vätererbe die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Reiches der Deutschen, das für sie als Elsässer die Voraussetzung fruchtbarer, schöpferischer Arbeit als Teil eines starken Ganzen war.

Ihr alter Freund Gustav Mühl, der spätere Straßburger Bibliothekar, schrieb am 1. Dezember 1870 übervollen Herzens an August Stöber: „Am 27. August verließ ich mit meiner Frau, und die Kinder an der Hand, nur mit dem Wichtigsten und Notwendigsten versehen, die brennende Stadt [Straßburg] und erreichte zuletzt den lieben Zufluchtsort Herrenalb . . . Mein lieber Schiltigheimer Landsitz ward gräßlich von den Geschossen verheert. Und doch rufe ich in freudigem Hochgefühle aus: Deutschland über alles! Sei gesegnet, liebes herrliches deutsches Mutterland!"

*

Auch als Präsident des Mülhauser reformierten Konsistoriums mahnte Adolf Stöber nach dem Frankfurter Frieden zu Gehorsam und Treue gegenüber der neuen Obrigkeit. Die „Elsässer Liga", die gerade von Mülhausen aus den Wiederanschluß an Frankreich erstrebte, und die deshalb den Elsässern eine vollständige Enthaltung von jeder deutsch-freundlichen politischen Betätigung und die Option für Frankreich predigte, besudelte daraufhin die Ehre Adolf Stöbers in der übelsten Weise. Da schrieb er für seine Landsleute eine politische Flugschrift mit dem Titel: „Einfache Fragen eines elsässischen Volksfreundes." Anonyme Drohbriefe, die ihn in der rohesten Weise beschimpften und ihm vorwarfen, „Frankreichs Brot gegessen und doch dem lutherischen Preußen gedient zu haben", störten ihn in seiner aufrechten Haltung nicht.

In dieser Schrift wirft Adolf Stöber die Frage auf, ob es denn nicht eines Elsässers und seines biederen Charakters würdig sei, wenn er sich ohne feindselige Hintergedanken, ehrlich und aufrichtig, dem Deutschen Reiche anschließe, das doch immer seine „geistig-sittliche Nährmutter" gewesen sei; wenn er mit Entrüstung die Aufwiegler von sich weise, die aus dem Elsaß ein „welsches" Venetien, einen Herd der Verschwörung machen möchten. Mit der Veröffentlichung seines bekannten Gedichtes „Elsaß — ein Venetien?", in dem er zum Schluß ausruft:

„Nicht länger sollt ihr unser Volk verwelschen!
Wir sind der alten Mutter Söhn' aufs neue!
Ihr schwören wir nicht Haß, nein — ew'ge Treue!"

habe er im Namen der elsässischen Ehrlichkeit und Offenheit protestieren wollen gegen den Versuch, Geheimbündlerei im Elsaß einzuführen und der deutschen Nation, „deren edelste Söhne — wie er sagt — uns die Bruderhand reichen", versichern wollen: daß es auch Elsässer „von altem Schrot und Korn" gebe, welche die dargebotene Hand ergreifen, „eingedenk des gemeinsamen Ursprungs und Volkstums der Stämme rechts und links vom Rheinstrom". Auch sein Herz wäre in der Jugend geteilt gewesen zwischen Frankreich und Deutschland, indem es

jenem als Bürger, diesem aber als deutschgeartetes Volkskind anhing. „Lag etwas Befremdliches — so fährt er fort — in dieser Teilung des Herzens", so sei er nicht selbst schuld daran gewesen. Aber Deutsch sei seine Muttersprache, in ihr wurde er erzogen, in ihr habe er den größten Teil seiner Studien gemacht, in ihr habe er fast alle seine Reden während einer langjährigen Amtsführung gehalten. So habe er, wie viele seiner Landsleute, von Jugend auf in einer wesentlich deutschen geistigen Atmosphäre gelebt und gewebt. Könne man es ihm da verargen, wenn er, nachdem das politische Band mit Frankreich gelöst sei, dieses Deutschland nicht von sich stoße als ein fremdes und unbekanntes, wenn er vielmehr in ihm das Vaterland seiner Vorfahren erkenne, wie auch seine eigene geistige Nährmutter und die des größten Teiles des Elsässer Volkes? Er bezeichnet es als heilige Pflicht jedes Elsässers, unablässig hinzuwirken auf die Aussöhnung zweier großer Völker, die, anstatt einander zu zerfleischen, vielmehr einander lieben sollten, und schließt mit einem Fingerzeig in die deutsche Zukunft des Elsasses: „Herzlos hat man die geistige Bildung ganzer Geschlechter dem verfehlten System der Entdeutschung geopfert. Die Zeit wird kommen, wo unser Volk seinen geistigen Gewinn selbst erkennen und schätzen wird!"

*

Gerade nach 1870, wo es, wie heute, galt, das Leben und Wesen im Elsaß wieder aufzufrischen, wo es sich darum handelte, die allenthalben nur verschütteten Kanäle deutsch-elsässischen Volkstums freizulegen, war die Tätigkeit der Brüder Stöber doppelt willkommen zu heißen. Wenige haben damals den oberrheinischen, alemannischen Raum geistig und seelisch so durchdrungen wie sie; wenige haben dieses oberrheinische Land zeitlebens so als Einheit gesehen, wenige seine mannigfache Vielheit so erfaßt wie sie.

Wenn nach dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870 noch zahlreiche Überreste bewußten und unbewußten Deutschtums im Elsaß vorhanden waren, so muß dies zum großen Teile ihrer Einwirkung zugeschrieben werden. Ihr Werk war gemeinalemannisch im oberrheinischen Raume und mußte daher auch gemeindeutsch wirken. Nach einem schönen Worte Josef Nadlers bezeichnen der Schwarzwald Peter Hebels und das Elsaß August Stöbers die Schwelle, auf der einander zwei brüderliche Stämme mit einem Willen begegnen.

Die Gegenwart hat deshalb alle Ursache, das Andenken der Stöber, dieser durch und durch deutschgesinnten Elsässer, in Ehren zu halten!

Die geographische Struktur Oberkrains in Sektorendarstellung

Von Viktor Paschinger, Klagenfurt

Mit 4 Abbildungen

Mit der Angliederung von Oberkrain (ca. 3200 km²) ist das zweitgrößte alpine Becken (650 km² auf reichsdeutschem Boden) in die Grenzen des Reichsgaues Kärnten einbezogen worden. Durch die wenn auch nicht so geschlossene Umwallung, durch die zentripetale Entwässerung, durch die dem Drautale parallele Richtung des Savetales, in seinen klimatischen Verhältnissen, in der Verteilung der Besiedlung und in wirtschaftlichen Grundlagen weist es mancherlei Ähnlichkeiten mit Altkärnten auf. Aber die Lage an der Südseite der Alpen und die Erstreckung nahe an die Karstgrenze heran, die Vorherrschaft des Kalkes in den Gebirgen und in den Schotterfluren des Beckens, die Nachbarschaft klimatisch und floristisch (mediterran und illyrisch) verschiedenartiger Gebiete bringt doch eine Reihe von besonderen Merkmalen hervor, die an die Fülle der Landschaften des großen Reiches eine neue, eigenartige reiht; eine übersichtliche Darstellung der geographischen Struktur dürfte daher von Interesse sein.

Wenn es sich also um einen Überblick in großen Zügen handelt, so kommen als wesentliche Merkmale der geographischen Struktur auch nur jene in Betracht, die für ein Alpenland überhaupt kennzeichnend sind. Das sind vor allem die Höhen, die in Oberkrain einen breiten Gürtel zwischen 230 m Seehöhe am Ausgang des Savetales aus dem Lande und 2860 m im Triglavstock umfassen. Die Reliefenergie ist aber in dem aus Triaskalken aufgebauten Gebiete kräftiger als in Altkärnten, der Gegensatz der hohen Umrahmung zum Senkungsbecken schärfer, dessen Gegebenheiten überdies in flach ansteigenden Sohlen- und Kerbtälern bis ins Herz des Gebirges getragen werden. Die ausgedehnten Hochplatten (Pokluka, Jelovza), die zwischen den Julischen Hochalpen und ihren Vorlagen, zwischen den Steiner Alpen und den Savezügen vermitteln (Velika planina, Menina), sind charakteristisch für das Ausgehende der Alpen gegen den Karst. Ist die auf engen Raum zusammengedrängte Fülle der Reliefformen an sich schon mannigfaltiger als im alpinen Draulande, so sind um so bedeutender ihre Wirkungen als Grenzgürtel von Klimaten und Floren, für die sie Einzugstraßen und Sperren darstellen. Der gewaltige Regenstau in den Hochalpen Oberkrains, die Ausbildung eines sommerlichen Wärme-, eines winterlichen Kältebeckens mit Temperaturumkehr, das Auftreten zahlreicher illyrischer Pflanzen bis in die Talwurzeln hinein und über die Pässe in die Nachbargebiete hinüber, mitten durch alpine Florengaue, sind Beispiele für die Bedeutung des Reliefs am Alpensaume.

Der aus Verebnungen großen Ausmaßes hervorgegangene etagenförmige Aufbau des Reliefs ist in Oberkrain insofern von größerem Einfluß auf die Art der Bodenbedeckung, als die Steilhänge der Stufen anbau- und nichtanbaufähige Flächen, in den größeren Höhen Wald oder Weide von der Felsflur scharf trennen. Zum alpinen Ödland, das im ganzen Gebirgsrahmen, namentlich in den Julischen Alpen, ein beträchtliches Areal einnimmt, schlagen wir zur Vereinfachung der Darstellung die sonst steuerfreien Flächen und Bauflächen, die überhaupt nur einen ganz geringen Anteil ausmachen. Die das Landschaftsbild Oberkrains beherrschende Bodennutzung ist der Wald, der, so mannigfach seine Zusammensetzung — Nadelwälder der höheren Niveaus, Buchenmischwälder der mittleren, subillyrische Laubwälder im Süden, Föhrenwälder im Becken — auch sein mag, mit Ausnahme des Zeiergebietes geschlossene Komplexe bildet und keiner der zahlreichen, gut in sich geschlossenen Teillandschaften fehlt. Die Almen nehmen so geringe Flächen ein und gehen so wenig über die Waldgrenze (1600—1800 m) hinaus, daß sie ohne weiteres mit den ausgedehnten Hutweiden und Wiesen als Kulturgattung „Grasland" zusammengefaßt werden können. Auf Acker- und Gartenland entfallen, selbst im Becken, auf-

Abb. 1. Oberkrain: Maßstabgetreue Sektorendarstellung

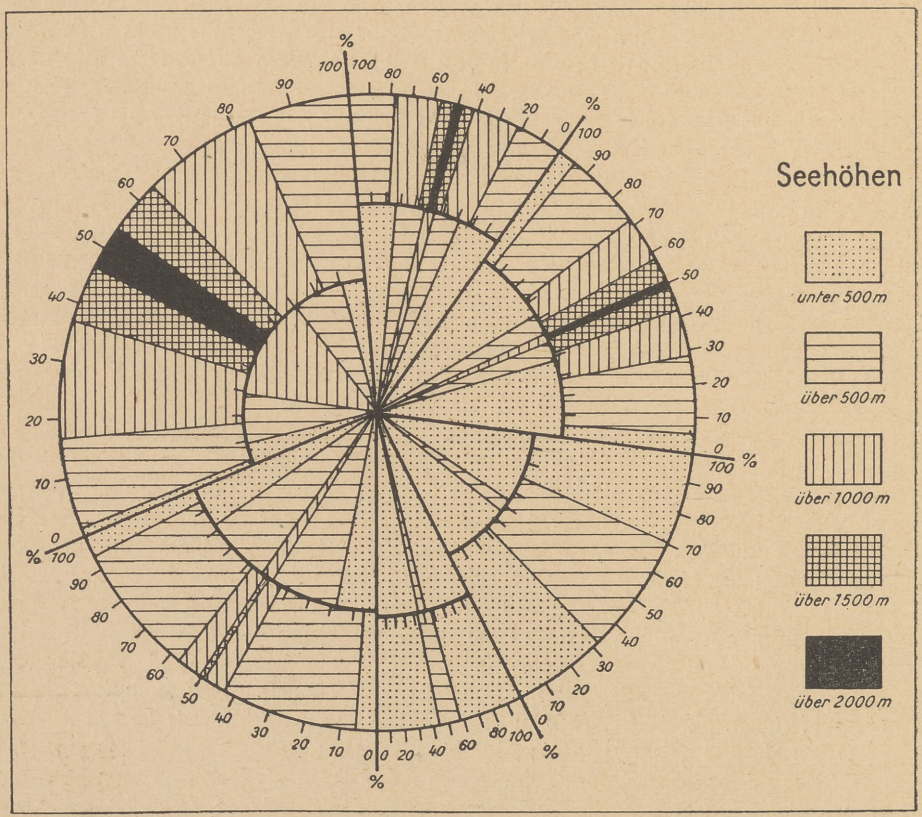


Abb. 2. Oberkrain: Diagramm der Seehöhe

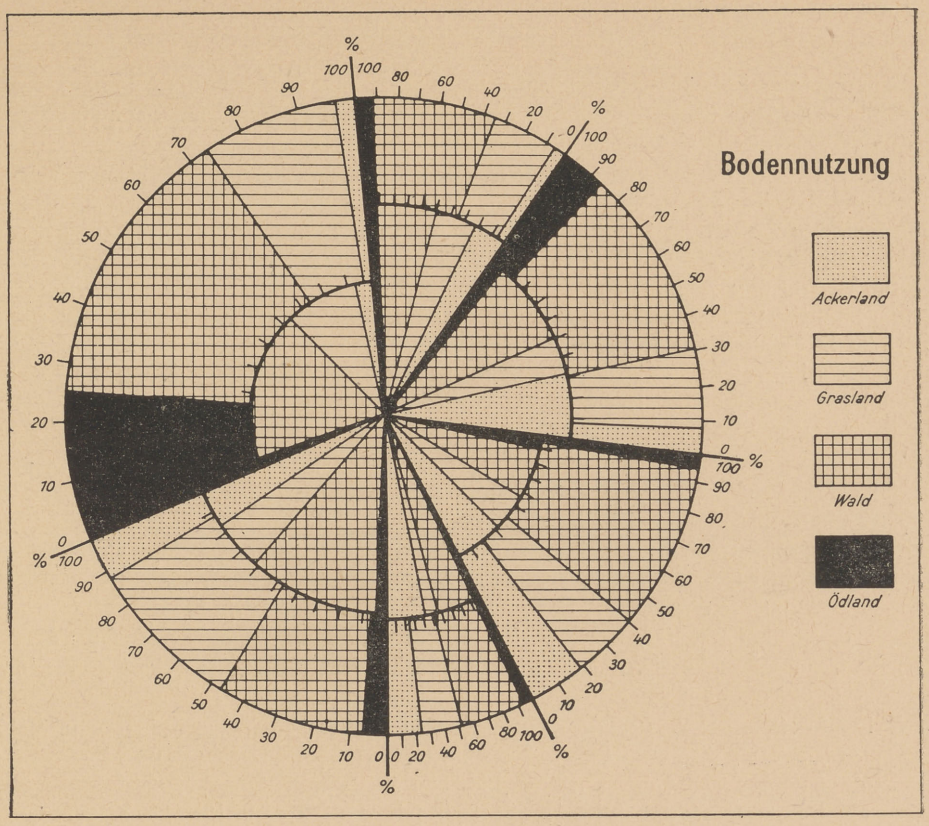


Abb. 3. Oberkrain: Diagramm der Bodennutzung

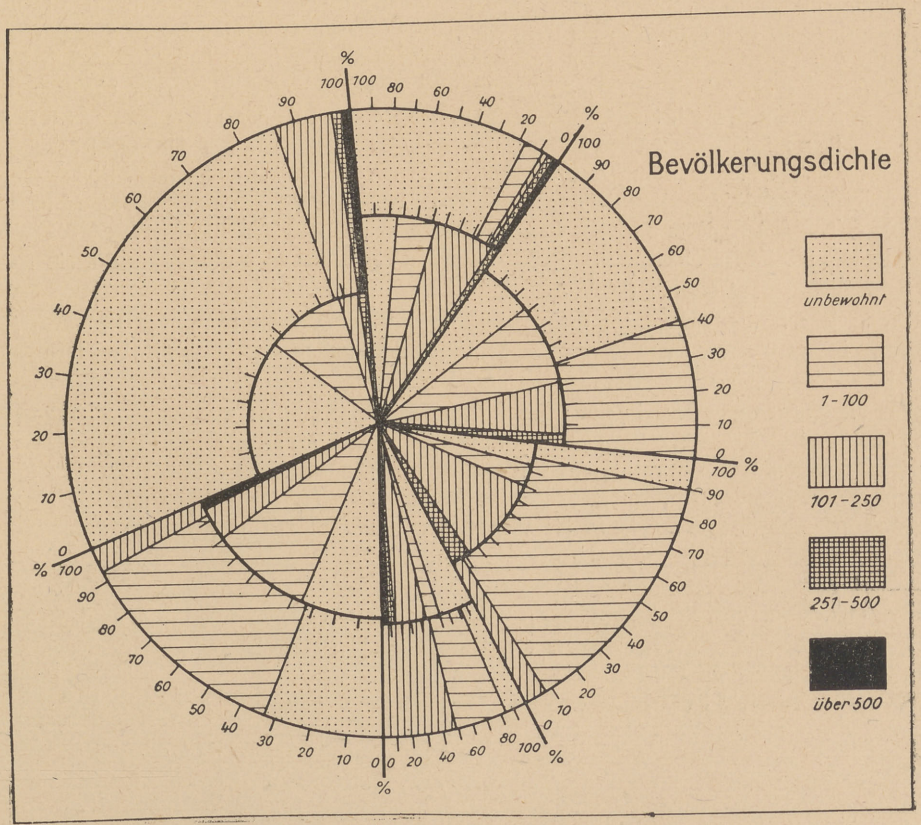


Abb. 4. Oberkrain: Diagramm der Bevölkerungsdichte

fallend geringe Anteile; das klimatisch begünstigte Oberkrainer Becken hat mit 24 v. H. des Gesamtareals eine etwas kleinere Ackerfläche als das nicht nur von Wald, sondern auch von namhaften Seeflächen durchsetzte Klagenfurter Becken.

Aus den großen Anteilen von Ödland, Wald und Grasland erklärt sich die überraschende Ausdehnung der siedlungsleeren Flächen, die in Abschnitten des Gebirgsrahmens, besonders in den Julischen Hochalpen, kaum irgendwo am Alpenrande übertroffen wird. Dazu tritt als besondere Eigenart die scharfe Trennung gut und schwach besiedelter Räume, die im allgemeinen mit dem Beckenrande zusammenfällt, nicht minder das vereinzelte Auftreten eng begrenzter Siedlungsmassierung in mehreren Gebirgstälern. Die betonte Abhängigkeit, in der sich die Besiedlung in einem Lande so kräftiger Reliefenergie und so beherrschender Bodenbedeckung von den natürlichen Verhältnissen befindet, macht die Bevölkerungsdichte ebenfalls zu einem Merkmal der geographischen Struktur des Landes.

Eine graphische Darstellung der Flächenanteile der obengenannten Strukturmerkmale ermöglicht am besten die übersichtliche Erfassung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Die Vorteile einer solchen Veranschaulichung zeigen schon Diagramme, die sich ergeben, wenn in einem Koordinatensystem die Grenzgürtel eines Raumes (Absziſſen) mit den zugehörigen Flächenanteilen von gewissen Strukturmerkmalen (Ordinaten) zu einer Kurve, also einem summarischen Querschnitt durch den Raum, verbunden werden[1]. Es ist nur ein Schritt weiter, wenn hier — meines Wissens erstmalig — eine flächenhafte Darstellung versucht wird, die die Strukturerscheinungen nicht nur nach ihrem zahlenmäßigen Wert, sondern auch nach ihrer örtlichen Lage veranschaulicht. Vom diagrammatischen Radius geht man zur zugehörigen geometrischen Fläche über; diese kann nur der Kreis sein.

Mittelpunkt dieses der Landesfläche entsprechenden Kreises ist der aus der Ziehung gleicher Grenzfernen auf der Karte ermittelte Schwerpunkt der Fläche; für Oberkrain ist er die Ortschaft Naklas an der Save, 5 km nordwestlich von Krainburg, womit die Bedeutung dieses Raumes als Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum seit dem frühen Mittelalter rein lagemäßig erklärt werden kann. Von diesem zentralen Raum strahlen nun 6 charakteristische Teillandschaften aus, die entsprechend ihrer Fläche im Kreis als Sektoren mit verschieden großen Zentriwinkeln erscheinen. Als Teillandschaften wurden ausgeschieden: 1. der massige nordwestliche Vorsprung, umfassend die Julischen Hochalpen, die ihnen vorgelagerten Hochplatten der Pokluka und Jelovza, die westlichen Karawanken und die Radmannsdorfer Bucht, in der sich die Haupttäler des Nordwestens, Wurzener und Wocheiner Tal vereinigen (NW.); 2. die mittleren Karawanken mit ihrem Vorland bis an die Save und die untere Kanker (N); 3. die Steiner Alpen mit ihrem Vorland im Tucheiner und Feistritztale, mit dem Quellgebiet der Pschata keilförmig bis in die Krainburger Gegend reichend (NO); 4. die Savezüge mit der Feistritz- und Pschataebene, die nordwestlich der Inselberge nahe an die zentrale Landschaft herantritt (SO); 5. das Oberkrainer Tiefland von Krainburg abwärts beiderseitig der Save bis zu deren Eintritt in das Littaier Bergland (S); 6. das Gebiet der beiden Zeierflüsse, das mit einer Stufe die Save bei Naklas erreicht (SW).

Da in jede Teillandschaft ein Stück des Oberkrainer Beckens fällt, sind sie durch Kreisbögen in innere Sektoren und die dazugehörigen Sektorenringe derart geteilt, daß ihre Flächen dem jeweiligen Anteil am Becken und an der Umrahmung entsprechen.

Für die Abgrenzung der einzelnen Teillandschaften, ihre inneren und äußeren Räume wurden, schon aus Gründen der einfacheren statistischen Verarbeitung, die Gemeindegrenzen herangezogen[2]; davon wurde nur bei einigen ausgesprochenen Exklaven (Gemeinden Höflein und Jauchen) oder aus der Notwendigkeit der Aufteilung in die Sektoren (Gemeinde St. Georgen) Abstand genommen. Immerhin ist die Begrenzung der Teillandschaften durch natürliche Gegebenheiten bestimmt.

---

[1] V. Paschinger, Die Kärntner Grenze in Diagrammen. In: Kartograph. u. schulgeogr. Zeitschr. 1922, S. 72; derſ. Die Karawanken als Strukturgrenze. In: Deutsche Hefte zur Volks- u. Kulturbodenforschung. 1932, S. 130.

[2] Krajevni leksikon Dravske banovine (Ortslexikon der Draubanschaft). Laibach 1937.

Jeder Sektor erhält seine Hundertteilung, in die die Strukturmerkmale nach ihrem prozentualen Anteil eingetragen werden und, nebeneinandergereiht, die Gesamtfläche des Sektors ergeben. Da aber die Sektoren maßstäblich den Teillandschaften entsprechen, lassen sich auch die absoluten Werte der Teilsektoren planimetrieren oder nach Zentriwinkel und Radius errechnen. Die vorliegende Darstellungsart vereinigt die absolute und relative Verteilung der Strukturmerkmale in einem Bilde.

Die Darstellung muß für sich sprechen und die Möglichkeit struktureller Auswertung bieten, daher im folgenden nur einige besonders bezeichnende Erscheinungen und Beziehungen erörtert werden.

1. In der Darstellung des Reliefs sind die Stufen von je 500 m wie die Höhenschichten einer Karte ineinander angeordnet. Das Oberkrainer Becken fällt durch die hohen Anteile der Stufe unter 500 m Seehöhe aus der Umrahmung deutlich heraus. Im nordwestlichen Sektorenring ist sie nur mit 1 v. H. (Wocheinertal), im nördlichen überhaupt nicht, selbst im Nordost- und Südwestrahmen nur mit 10 v. H. (enge Kerbtäler) vertreten. Im südöstlichen und südlichen Rahmen, wo sie 60 bzw. 84 v. H. einnimmt, ist sie beträchtlich durchbrochen, wenn auch nur durch die Stufe von 500—1000 m. Diese ist charakteristisch für den ganzen Südwestsektor, der sich schon im schematischen Bild als ein ziemlich geschlossenes Hügelland mit vielen Verebnungen und kleinen Kuppen darstellt. Im Hochgebirgsrahmen des nördlichen Halbkreises bleibt diese Stufe gegenüber den höheren zurück, aber in den Steiner Alpen (NO) deutet ihr starkes Hervortreten auf die niedrigeren Vorlagen an Kanker und Neul hin, aus denen sich das Gebirge scharf emporhebt. Im Hochgebirgsrahmen liegt der größere Teil der Flächen über 1000 m, namentlich im Nordwestsektor (66 v. H. der Fläche), worin sich die Ausdehnung der Hochplatten spiegelt; selbst in die Radmannsdorfer Bucht greift diese Stufe mit 43 v. H. ein, während sonst ihr Anteil in den inneren Sektoren sehr gering ist. Was in den südöstlichen Kalkalpen über 1500 m Seehöhe liegt, ist im allgemeinen schon Hochgebirge; im Triglavgebiet gehören ihr $^1/_4$ der Fläche an, in den Karawanken und Steiner Alpen je $^1/_5$. Der steile Aufbau und die Ausbildung schmaler Kämme zeigen sich in dem verhältnismäßig geringen Anteil der Flächen über 2000 m, die selbst in den Julischen Hochalpen nicht 10 v. H. erreichen. Von besonderer Bedeutung für das Relief ist der Sprung in der Höhenentwicklung zwischen dem Gebirgsrahmen und dem Becken. Er ist im nordwestlichen und südwestlichen Sektor nur unbedeutend, so daß die Radmannsdorfer Bucht ihrem Relief nach mehr als ein Voralpenraum denn als Teil des Oberkrainer Beckens, das Gebiet zwischen Zeier und Save als allmählich austönendes Hügelland erscheint. Im Nord- und Nordostsektor aber knicken die Höhenstufen zwischen Umwallung und Becken scharf ab; es äußert sich hier im Relief wohl der Savebruch, wenn im Nordsektor 100 v. H. zu 46 v. H., im Nordosten 90 v. H. zu 25 v. H. über 500 m Seehöhe liegen. Im Südosten und Süden zeigt sich der Einbruch des Krainer Senkungsfeldes, in dem die erhaltengebliebenen Inselberge den geringen Anteil der inneren Sektoren am niedrigen Berglande mit sich bringen.

Für das Gelände ist der Nord-Süd-Durchmesser eine entschiedene Trennungslinie; er trennt das massig entwickelte, bis in die Kernlandschaft vorstoßende Berg- und Hügelland des Westens vom gebirgsumrahmten, gegen Südosten geöffneten Becken im Osten.

2. Bei der Bodennutzung zeigt sich ein Zusammenhang mit den Höhenschichten schon dadurch, daß das Ödland im Becken nur ganz geringe Anteile, im Gebirgsrahmen aber sehr bedeutende hat, und zwar fast flächengleich mit der Höhenstufe über 1500 m. Beherrscht wird das Strukturbild durch die Ausdehnung des Waldes, der in jedem Ring- und Innensektor größere Anteile hat als die anderen Bodennutzungsflächen. Im Nordwestsektor hat der Wald absolut seine größte Ausdehnung, relativ aber bleibt er infolge des stärkeren Anteiles des Ödlandes mit 49 v. H. gegenüber dem Rahmen im Norden (58 v. H.), Nordosten (57 v. H.) und Südosten (54 v. H.) zurück, überragt selbst den Anteil im niedrigen Bergland des Südwestens (40 v. H.) nur wenig. Charakteristisch ist ferner, daß der Wald in den inneren Sektoren der Westhälfte, also in den Gebirgsvorlagen, größere Anteile hat (60 v. H.) als im Hochgebirgsrahmen. Aber selbst im Becken bleibt der Waldanteil nicht viel hinter dem des Rahmens zurück, er nimmt also auch Flächen der untersten Höhenstufe ein. Durch seinen tatsächlichen und verhältnismäßigen Waldreichtum ist Oberkrain ein ausgesprochenes Waldland.

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA ZBIORY ZABYTKOWE

In allen Ringsektoren nimmt das Grasland sehr namhafte Areale ein, im Verhältnis überragt es aber die Anteile in den inneren Sektoren nur wenig; in der Radmannsdorfer Bucht ist es mit 80 v. H. stärker als im Gebirgsrahmen entwickelt. Im Becken greift es, wie der Wald, auch in die untersten Höhenstufen hinein. Am stärksten ist sein Anteil im Berglande des Südwestens (42 v. H.), wo es sogar den Waldanteil übertrifft, ein Hinweis auf die Kulturenverteilung im benachbarten Karst, wie es folgende Übersicht kennzeichnet:

	Ackerland	Grasland	Wald	unproduktiv
	v. H. der Gesamtfläche			
Lavanttal, Zentralalpen.	20	31	48	1
Zeiergebiet, Karstgrenze.	12	42	40	6
Kreis Gottschee, Karst	11	50	37	2

Die Anteile des Ackerlandes gehen in den Sektorenringen mit Ausnahme des Südens und Südostens nicht über 10 v. H. hinaus. Die Ebenheiten des Kerngebietes äußern sich in einer sprunghaften Zunahme der Feldflächen gegenüber den Randgebieten; vom Süden bis zum Nordosten liegen die Anteile zwischen 30 und 40 v. H., und nur hier kann von einem Ackerbaugebiet gesprochen werden; aber eine Bindung an die Höhenstufen besteht für die Verbreitung des Grablandes nicht, insbesondere ist die unterste Stufe keineswegs ausgenutzt. Nur im großen Überblick kann man sagen, daß der Westen Oberkrains mehr Grundlagen für die Viehzucht, der Osten für den Ackerbau bietet. Aus der flächenhaften Verteilung ergibt sich aber, daß in ganz Oberkrain eine vom Relief wenig abhängige Mengkultur betrieben wird.

3. Als ein besonderes Merkmal der Besiedlungsverhältnisse ist die Bevölkerungsdichte anzusprechen, die in diesem Gebirgslande nur auf die bewohnten Flächen bezogen werden kann. In Gebieten, in denen, wie im ganzen Süden, der Wald in kleine Flächen aufgelöst ist, wird es immer eine gewisse Gefühlssache sein, was als unbewohnt zu gelten hat. Es hängt von der Entfernung der nächsten Siedlungen, gewerblicher Anlagen, der Verkehrswege am Waldrande ab, wieweit dieser in die bewohnte Fläche einbezogen werden kann. Auch ausgedehnte Hutweiden müssen auf diese Weise behandelt werden. Mindestens verbürgt aber die Grenzziehung durch einen und denselben Bearbeiter eine völlige Vergleichbarkeit. Da die Bevölkerungsdichte im ganzen genommen größer als sonst in einem Alpenlande ist, bezeichnet die erste Stufe (bis 100 Bewohner auf den Quadratkilometer) eine vergleichsweise dünn verteilte, die zweite Stufe (101—250) eine mittlere, die dritte Stufe (251—500) eine dichte, die vierte Stufe (über 500) eine meist in geschlossenen Siedlungen enggedrängte Bevölkerung.

In den Sektorenringen sind die unbewohnten Räume sehr ausgedehnt; in den Julischen Hochalpen sind 86 v. H., in den Karawanken 81 v. H., in den Steiner Alpen 58 v. H. unbewohnt; in diesen Hochgebirgen greifen die unbesiedelten Räume noch weit in die Höhenzone von 500 bis 1000 m herab, was bei der niedrigen Lage der Siedlungsgrenze (Pokluka 1000 m, Steiner Alpen schattseitig 850 m, Wochein 550 m) ohne weiteres verständlich ist. Dagegen ist ein Parallelismus mit den siedlungsfeindlichen Bodennutzungen Wald und Ödland kaum zu beobachten; im Nordwesten und Norden umfaßt das unbesiedelte Areal auch noch einen Teil des Graslandes, während andererseits in den Hügellandschaften des Südostens und Südwestens ein namhafter Teil der Waldflächen durch ganze Ketten von Lichtungen als besiedelt gelten muß. Wieder ist der Sprung der unbesiedelten Flächenanteile von den Sektorenringen zu den inneren Sektoren sehr groß, namentlich in den Karawanken und Steiner Alpen, wo die Ebenheiten des Beckens unmittelbar an das Hochgebirge stoßen, während im Südwesten ebenso ein allmählicher Übergang vor sich geht wie bei den Chören des Geländes und der Landnutzung. Daß im Süden und Südosten die inneren Sektoren größere Anteile der unbesiedelten Flächen aufweisen als die Randgebiete, ergibt sich aus der Ausdehnung der Föhrenwälder der Krainburger Ebene und der Sumpfwiesen an der Pschata. Die Flächen dünner Bevölkerung sind in den durchaus mit ländlichen Siedlungen besetzten Sektorenringen des Südwestens und Südostens am stärksten entwickelt, hier sogar mit 82 v. H.; in den Steiner Alpen geht die Dichte

über die unterste Stufe nicht hinaus, während sie im nordwestlichen Sektorenring überhaupt fehlt, wo die Besiedlung lediglich auf die Täler beschränkt ist. Hier setzt gleich die mittlere Bevölkerungsdichte wie im Südsektor, als verbreitetste ein. Deutlich ist der Zusammenhang dieser Stufe mit den Ackerbauflächen in allen Innensektoren. Die Anteile der hohen Bevölkerungsdichtestufen fehlen keinem Sektor; sie sind überall Ausdruck von engbegrenzten Industriegebieten (Aßling, Vigaun, Krainburg, Neumarktl-Stein, Laibacher Vororte). Im Bilde der Bevölkerungsdichte ist der bezeichnende Durchmesser aus der Nord-Süd- in die West-Ost-Richtung verschoben, d. h. daß das Relief ausschlaggebend ist.

Im Überblick gliedern sich die geographischen Strukturmerkmale durch den Nord-Süd-Durchmesser in eine westliche Hälfte von überwiegendem Urland, in eine östliche von vorwiegendem Kulturland; durch den West-Ost-Durchmesser in eine nördliche Hälfte oasenhafter, aber dichter Besiedlung und eine südliche von geschlossener, aber dünner Besiedlung. In kulturgeographischer Hinsicht unterscheiden sich daher die Nordwest- und Südostgebiete am meisten. In ihrer Resultierenden, dem Savetal, ist die Wirtschafts- und Verkehrsspannung am stärksten; an ihr liegen die Siedlungen von größerer als nur örtlicher Bedeutung: Aßling, Veldes, Krainburg, Laak, die Laibacher Vorortsiedlungen und Littai. In diese Richtung fällt schon im 10. Jahrhundert die „via Chreinariorum" und der durch Jahrhunderte vielbenutzte Weg über den Wurzenpaß zum Kärntner Verkehrsknoten Villach, in neuerer Zeit der schräge Durchgang durch die Ostalpen Laibach—Aßling—Salzburg—München und die Savetallinie nach Agram. Diese Sammelachse führte auch seit der Landnahme von Kärnten durch die Bayern deutsche Herrschaften und Siedler in das Saveland, weltliche und geistliche, auf die die alten Bergbaue und Hausgewerbe zurückgehen, deren Zahl, Bedeutung und spätere Fortentwicklung zu neuzeitlichen Industrieunternehmungen Oberkrain zu einem deutschen Kulturboden machten.

Die Deutschordensburgen des Burzenlandes

Von Walter Horwath, Kronstadt

Mit 10 Textabbildungen und 1 Bildtafel

Im Ordens- und Burgenschrifttum Deutschlands ist es fast unbekannt, daß der Deutsche Ritterorden, bevor er nach Preußen kam, 14 Jahre (1211—1225) im Burzenlande, in der Südostecke Siebenbürgens war[1]. Hier bauten die Ritter „fünf Häuser", wie das alte Ordenskopialbuch sagt, oder „fünf feste Plätze" (quinque castra fortia), wie es die Bulle des

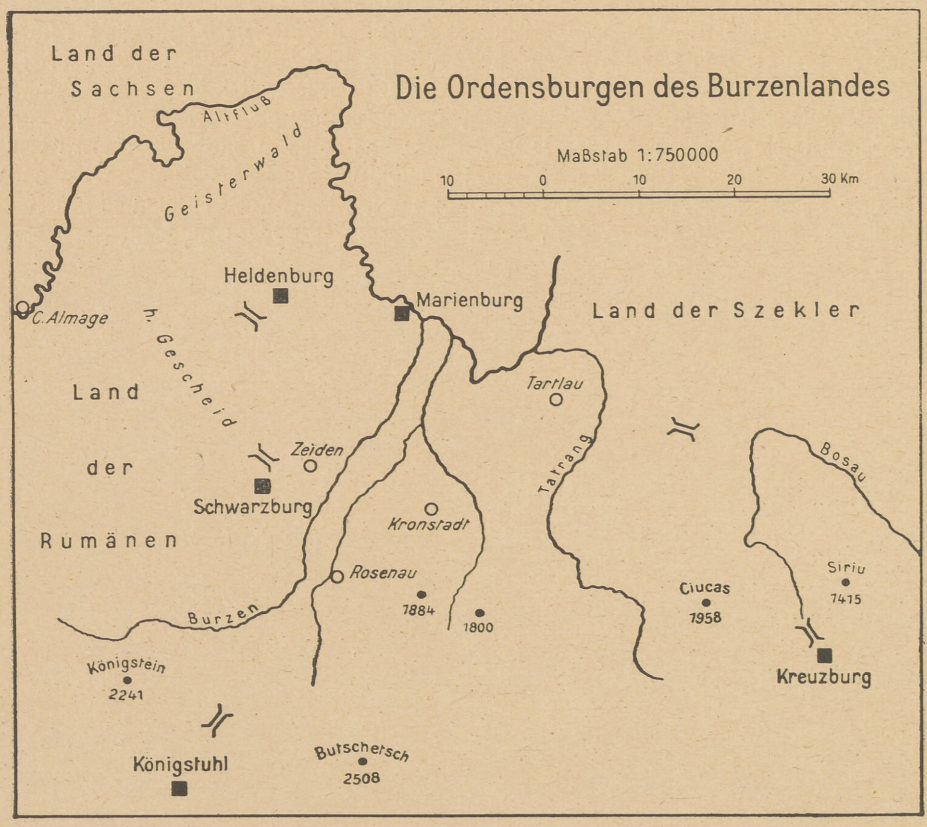


Abb. 1

Papstes Gregor IX. aus dem Jahre 1231 betont. Außerdem errichteten sie im Lande der Kumanen, also jenseits der Karpaten, eine sehr starke Burg, das „castrum munitissimum", wie die Urkunde aus dem Jahre 1222 sie nennt.

Dieser Ritterorden wurde im Jahre 1211 durch den ungarischen König Andreas II. (1205—1236) gerufen, der ihm das unbewohnte Burzenland (terra deserta et inhabitata), um das Land gegen die Einfälle der heidnischen Kumanen zu schützen, vergabte. Das Vergeben größerer Ländereien an deutsche Siedler war hier in Siebenbürgen nichts Ungewöhnliches.

[1] Neuerdings ausführlicher behandelt für Leser aus dem Reich in: Ostdeutsche Monatshefte, Jg. 1926 (VII), Heft 3, S. 225ff., durch G. Rösler, Der Deutsche Ritterorden im Burzenlande.

Bild 1. Ordensburg Marienburg

Bild 3. Ordensburg Heldenburg

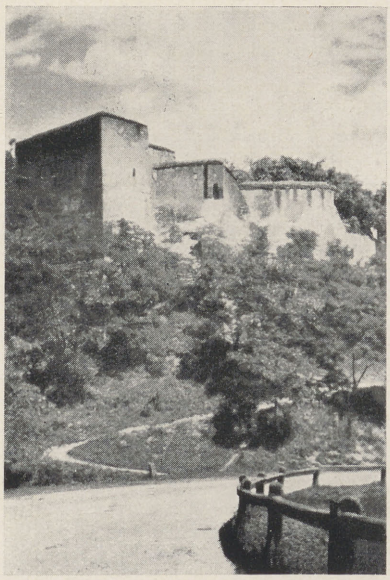


Bild 2. Ordensburg Marienburg

Bild 4. Ordensburg Schwarzburg
(Freilegung der Grundmauer)

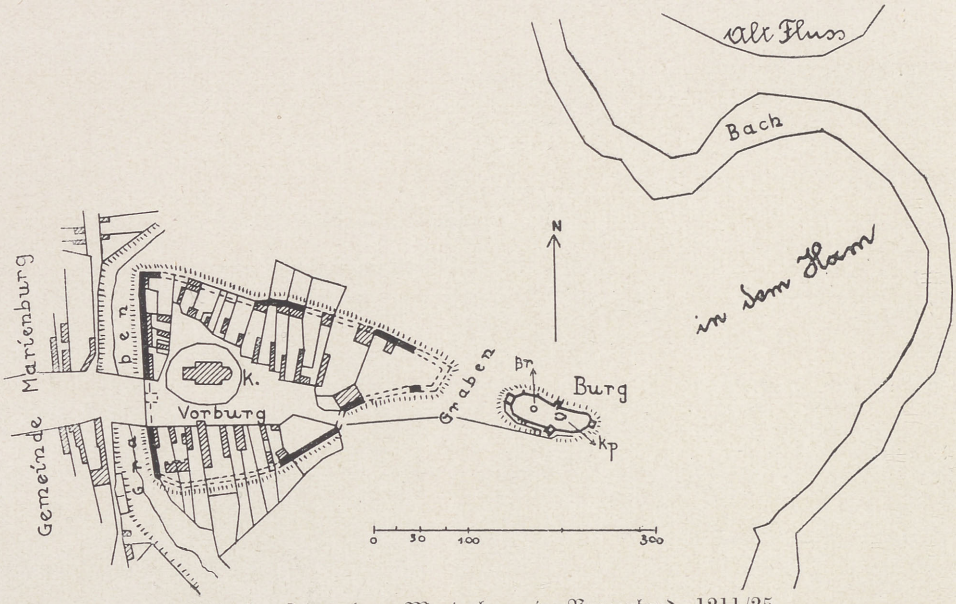


Abb. 2. Ordensburg Marienburg im Burzenland, 1211/25

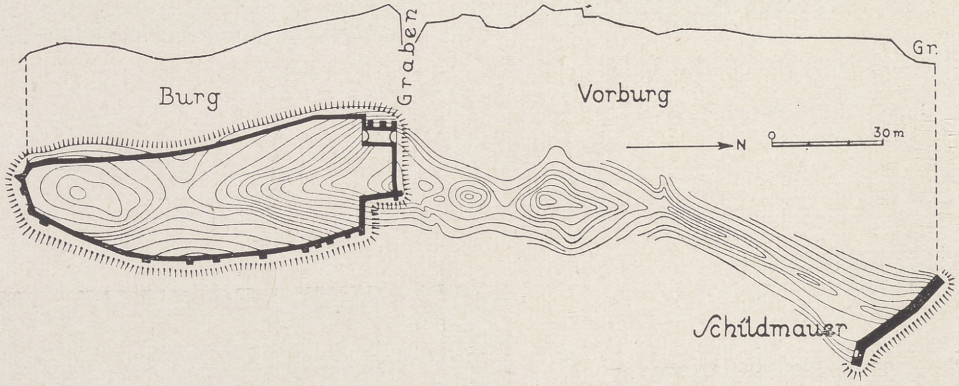


Abb. 3. Ordensburg Schwarzburg im Burzenland, 1211/25

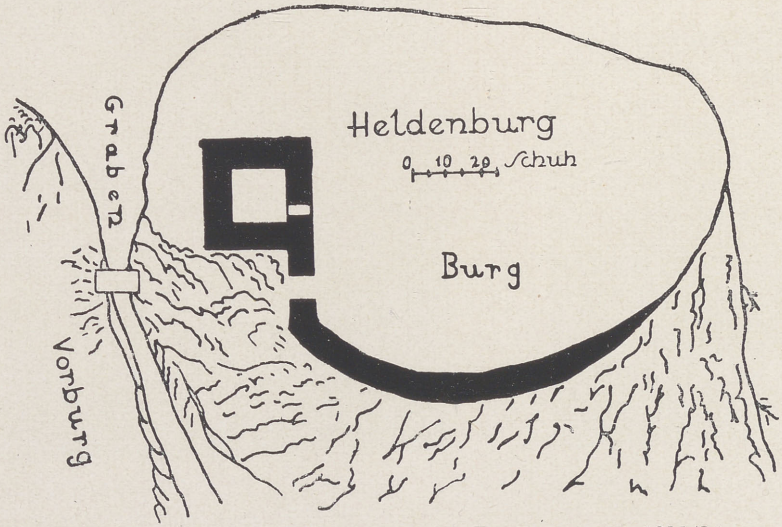


Abb. 4. Ordensburg Heldenburg im Burzenland, 1211/25

Hatte doch schon der ungarische König Geisa II. (1141—1161) im Westen des Burzenlandes, jenseits des Altflusses, deutsche Siedler, die „Siebenbürger Sachsen", angesiedelt. Der Ritterorden erhielt das Gebiet zwischen der königlichen Burg „Castrum Almage" und Altfluß bis an die Karpaten, zwischen dem Lande der Sachsen, Rumänen und Szekler (Abb. 1).

In der Schenkungsurkunde aus dem Jahre 1211 wurde die Bauerlaubnis nur für Holzburgen erteilt („contra cumanos castra lignea . . ."); erst im Jahre 1222 konnte der Orden auch Steinburgen bauen („contra cumanos castra et urbes lapideas construere . . .") deren kümmerliche Reste bis auf den heutigen Tage erhalten geblieben sind. Diese fünf Burgen waren: die Marienburg, Schwarzburg, Heldenburg, Kreuzburg und die Burg bei Rucăr (auch Königsstuhl genannt). Sehen wir uns diese Burgen etwas näher an[2].

1. Eins war sicher, daß die sog. Ruine Marienburg (Abb. 2) nur eine Ordensburg sein konnte, da bekanntlich die hl. Maria, nach der die Burg benannt wurde, die Schutzheilige des Ordens war. Wir haben hier die „Ur-Marienburg" vorliegen (innen 80 m lang, 20—30 m breit), die dann später am Ufer des Rogatflusses in viel größerem Ausmaße und viel prunkvoller wieder auferstanden ist. Die Ur-Marienburg liegt auf einem mit Sümpfen und Bächen umgebenen Hügel, der die äußerste Spitze eines Bergrückens bildet, das das Burzenland gegen Norden abschließt. Die Burg wurde durch einen Graben von der Vorburg, und die durch einen anderen tiefen Graben von der Siedlung getrennt. Nur durch Überwindung beider Gräben war die Burg einnehmbar, da sie sonst durch Sümpfe und Wasserläufe gut geschützt war. Eine kleine Kapelle (Kp.), die inzwischen abgetragen wurde, war das einzige Steingebäude des Burghofes. Alle übrigen Bauten dürften aus Holz gewesen sein. Eine Vertiefung im Hofe deutet die Stelle an, wo einst der Brunnen war (Br.). Vier mächtige Türme, von denen der Nordturm abgetragen wurde, flankieren die Ringmauer. Vor dem Haupteingang sind noch die Reste eines Zwingers mit Torturm vorhanden. Die Burg stand mit einer Mauer, die über den Graben zur Vorburg führte, ähnlich wie es bei der Ordensburg Fellin oder Wenden in Livland der Fall war, mit der Vorburg in Verbindung. Heute ist diese Vorburg mit Bauernhäuser bebaut. Inmitten steht die große frühgotische Pfeilerbasilika der Gemeinde (K.). Die Marienburg ist die einzige Burganlage des Ordens, die in der Ebene lag. Sie dürfte, ihrer zentralen Lage entsprechend, der Sitz des Ordens gewesen sein.

2. Die Schwarzburg bei Zeiden (Abb. 3) liegt auf einer über 100 m hoch aus der waldigen Umgebung hervorragenden Kammspitze. Es sind nur noch die Grundmauern, die ich im Jahre 1926 mit Hilfe der Zeidner deutschen Jugend freigelegt habe, vorhanden. Durch ihre Lage beherrschte sie den westlichen Paßweg, der über das hohe Gescheid in das Land der Rumänen (terra Bissenorum et Blaccorum) und in das Land der Sachsen führte. Sie ist innen 80—90 m lang und 20—30 m breit. Da die Kammnase auf drei Seiten sturmfrei ist, hatte diese Burg nur einen Torturm. Die 150 m lange, schmale und felsige Vorburg besitzt bloß eine über einem Graben erbaute 40 m lange Schildmauer. Die West- und Ostseite der Vorburg dürfte als Palisadenwand aus Holz und Erde ausgebaut gewesen sein.

3. Den Übergang über den Geisterwald überwachte die auf einer flachen etwa 100 m hohen Felsnadel erbaute Heldenburg (Abb. 4). Sie ist etwa 40 m lang und 30 m breit. Auf drei Seiten sturmfrei, hängt sie bloß durch einen in den Felsen gehauenen Graben mit der Vorburg zusammen. An dieser einzigen gefährdeten Stelle hatte die Burg neben dem Tor einen mächtigen Turm, der noch als Ruine steht. Die Vorburg weist keine Mauerreste auf, dürfte also bloß mit Erdwall und Holzpalisaden eingefriedigt gewesen sein.

4. Die Kreuzburg (Abb. 5) liegt am weitesten entfernt, den Tatarenpaß in 1100 m Höhe sperrend, auf einem waldlosen flachen Kamm zwischen dem Cincaș- und Siriugebirge. Nur schwache Reste der Grundmauer sind noch vorhanden. Ich hatte sie im Sommer 1928, das Castrum munitissimum suchend, entdeckt. Durch Beherrschung dieses Passes konnten die Kumanen nicht mehr über Tartlau ins Burzenland einfallen. Ihr Grundriß zeigt ein verschobenes Viereck mit Wehrtürmen an den vier Ecken. Ihre Innenlänge ist 85 m bei einer Breite von 30—40 m. Am merkwürdigsten ist der turmähnliche Wehrbau an der Südostecke,

[2] Ausführlich behandelt in E. Jekelius, Die Dörfer des Burzenlandes, Verlag Burzenländer sächs. Museum, Kronstadt 1929, von wo die Grundrisse entnommen sind.

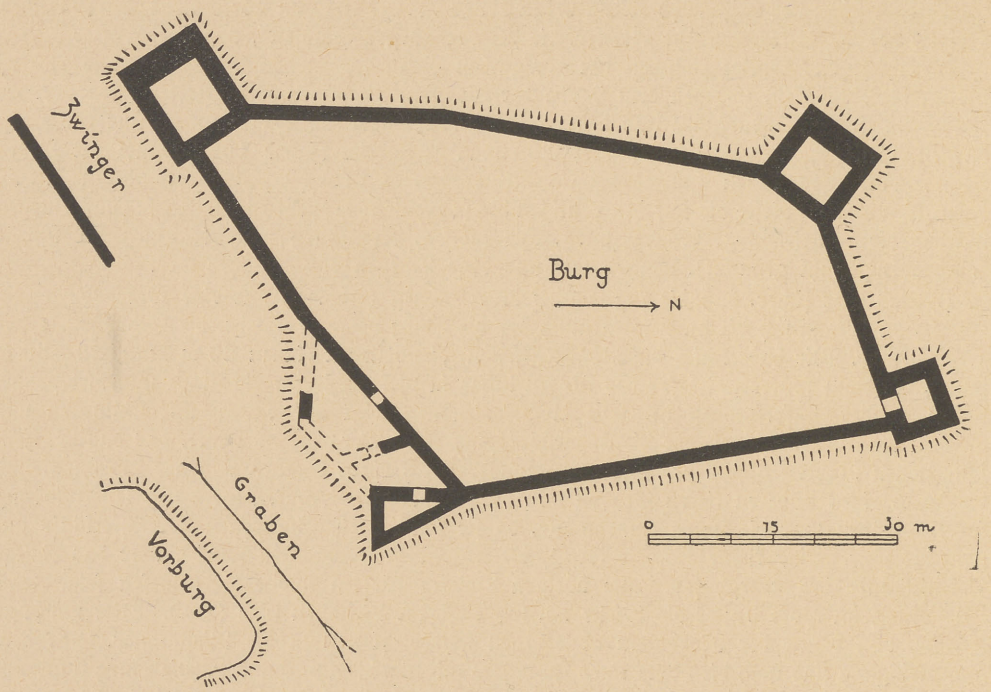


Abb. 5. Ordensburg Kreuzburg im Burzenland, 1211/25

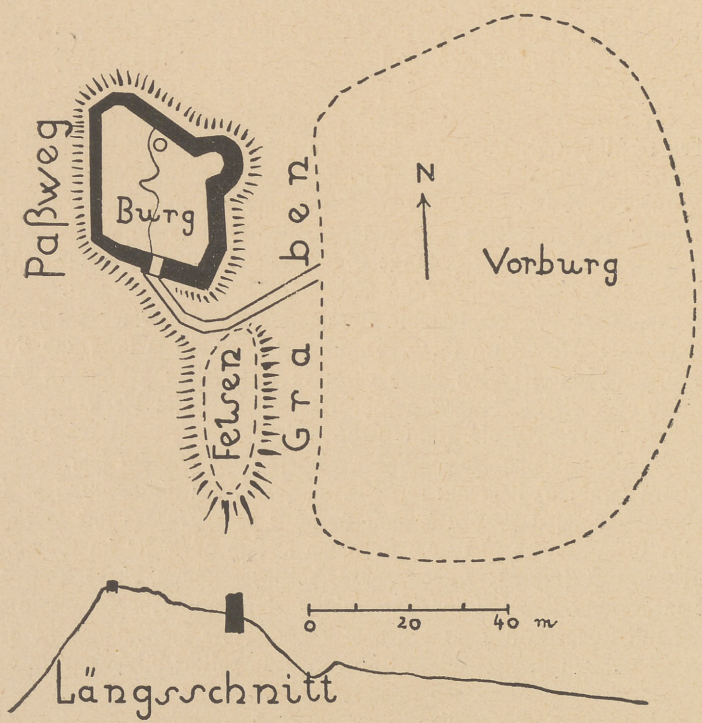


Abb. 6. Ordensburg bei Rucăr im Burzenland

von dem bloß das Erdgeschoß noch teilweise vorhanden ist. Er dürfte ein mehrgeschossiges Wehrgebäude gewesen sein, von dem man vielleicht mittels einer Zugbrücke auf die mauerlose Vorburg gelangen konnte. Diese Burg ist die einzige, die in den Schenkungsurkunden des Ordens namentlich als „Cruzeburg" erwähnt wird.

5. Die fünfte Burg, „Königsstuhl" oder die Burg beim Dorfe Rucăr (Abb. 6) genannt, sperrte den Törzburgerpaß, der zwischen dem Königstein- und Butschetschgebirge eingebettet liegt. Die Burg stand über einer tiefen Felsenschlucht, durch die sich der Paßweg durchzwängen mußte. Sie mißt innen nur 45 m in der Länge und 25 m in der Breite. Die Ringmauer ist teilweise noch bis auf 2—3 m Höhe erhalten. Dafür war die flache, mauerlose Vorburg viermal größer. Die Burg hatte gegen die Vorburg zu, an der Nordostecke, einen runden, vorspringenden Turm. Vor ihm im Hof sind die Reste einer Zisterne vorhanden.

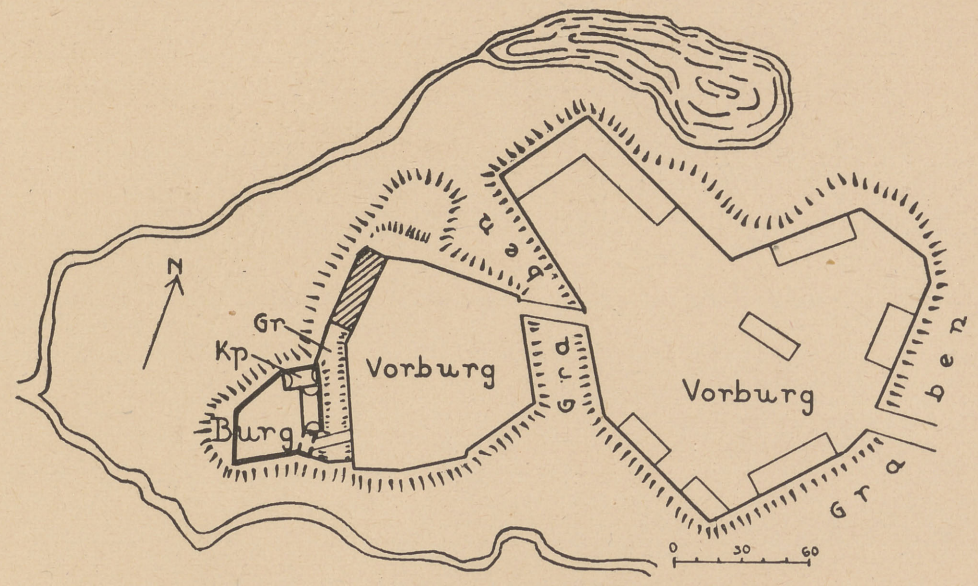


Abb. 7. Ordensburg Engelsburg in Preußen, 1230/60

6. Das Castrum munitissimum ist uns bis jetzt leider nur aus den Urkunden bekannt. Bei dieser starken Burg, die im Lande der Kumanen erbaut wurde, hatten die Deutschritter die Kumanen so geschlagen, daß sie sich mit Weib und Kind taufen ließen. Darauf wurde hier ein katholisches Bistum — das Milkower Bistum — gegründet. Als Anerkennung dieser Siege vergabte der ungarische König Andreas II. das Land der besiegten Kumanen zwischen Donau und Burzenland dem Orden. Leider konnte er seine segensreiche Tätigkeit nicht lange entfalten. Streitigkeiten, die zwischen dem Orden und der ungarischen Krone ausgebrochen waren, zwangen ihn, im Jahre 1225 das Land zu verlassen. Die Deutschritter ließen sich dann, dem Rufe des Herzogs von Masowien folgend, im Juli 1226 im Kulmerland nieder.

Wenn wir die in Preußen gegründeten Burgen[3] mit denen im Burzenlande gebauten vergleichen, so können wir bei ihnen eine gemeinsame Zweiteilung der Baugestaltung feststellen. Alle Burgen bestanden nämlich aus der Hauptburg und aus der Vorburg (aus einer oder mehreren), die voneinander durch einen Graben getrennt waren. Die Hauptburg lag am äußersten Ende der Burganlage, die gewöhnlich den sturmfreiesten Platz einnahm. Die Vorburgen,

[3] M. Oehler, Gesch. d. Deutschen Ritterorden, Bd. I, Elbing 1908. — K. H. Clasen, Entwicklung, Ursprung u. Wesen der Deutschordensburgen. Im Jahrb. f. Kunstwissenschaft v. E. Gall, 1925, Heft 1, S. 1—37; derſ., Die mittelalt. Kunst im Geb. d. Deutschordensstaates Preußen, Bd. I, Königsberg 1927, S. 187 ff., von wo die Grundrisse der Burgen aus Preußen übernommen wurden. — Bodo Ebhardt, Wehrbau Europas im Mittelalter, Bd. I, Berlin 1939, S. 478 ff.

wieder durch Gräben und Wälle voneinander getrennt, nahmen den Platz an der Angriffsseite der Hauptburg ein, so daß sie erst durch die Besetzung dieser vorgelagerten Vorburgen eingenommen werden konnte, z. B. Engelsburg (Abb. 7), Roggenhausen (Abb. 8), Balga (Abb. 9) usw.

Was die Hauptburg anbelangt, so konnte sie vieleckig, dem Boden angepaßt (ältere Bauform) oder viereckig (neuere Bauform) sein.

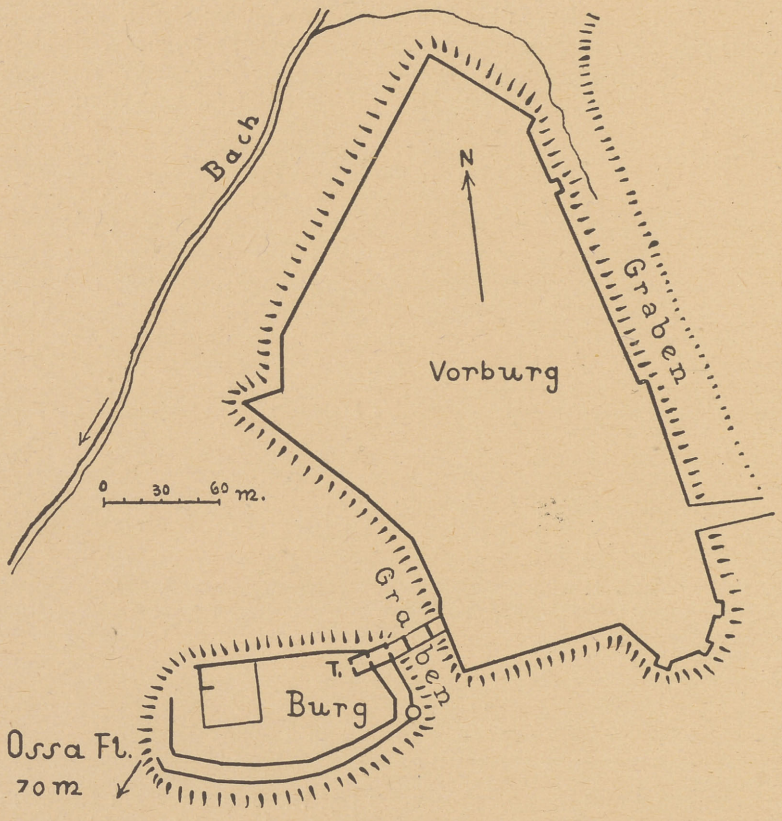


Abb. 8. Ordensburg Roggenhausen in Ostpreußen, 1230/60

Im Burzenland, Syrien (Montfort, Abb. 10) und in Preußens erster Bauzeit (1230 bis 1260) war die ältere Bauform angewandt worden. K. H. Clasen, der Rostocker Ordinarius für Kunstgeschichte prägte den Namen: „Abschnittbefestigung". Er betonte, daß „wir es hierbei mit dem Prinzip einer Befestigungsweise zu tun haben, die in der Verteidigungskunst aller Zeiten und Völker vorkommt. Und doch überwiegt diese Form der Burganlage in keinem andern Land so sehr wie in Preußen. Auch bedeutet die Häufung der Vorburgen und ihre konsequente Verwendung als vorgeschobene Befestigung eine Art, die ebenfalls in anderen Ländern seltener auftritt". Am stärksten sehen wir dieses Prinzip angewandt bei der Ordensburg Fellin und Wenden in Livland aus dem Jahre 1237, wo je 3 Vorburgen vorgebaut waren.

Diese Vorburgen dürften im Burzenland nur mit Erdwällen und Palisaden umfriedigt gewesen sein. Bei der Schwarzburg finden wir teilweise statt Erde und Holz schon eine steinerne Schildmauer und bei der Marienburg einen steinernen Mauerring um die Vorburg gezogen. Beide Mauern scheinen aber erst im Laufe der Geschichte aufgeführt worden sein.

In den Hauptburgen des Burzenlandes sind uns keine gemauerten Gebäude, außer der Kapelle in Marienburg, überliefert worden. Die Hauptburgen in Preußen aus der ersten

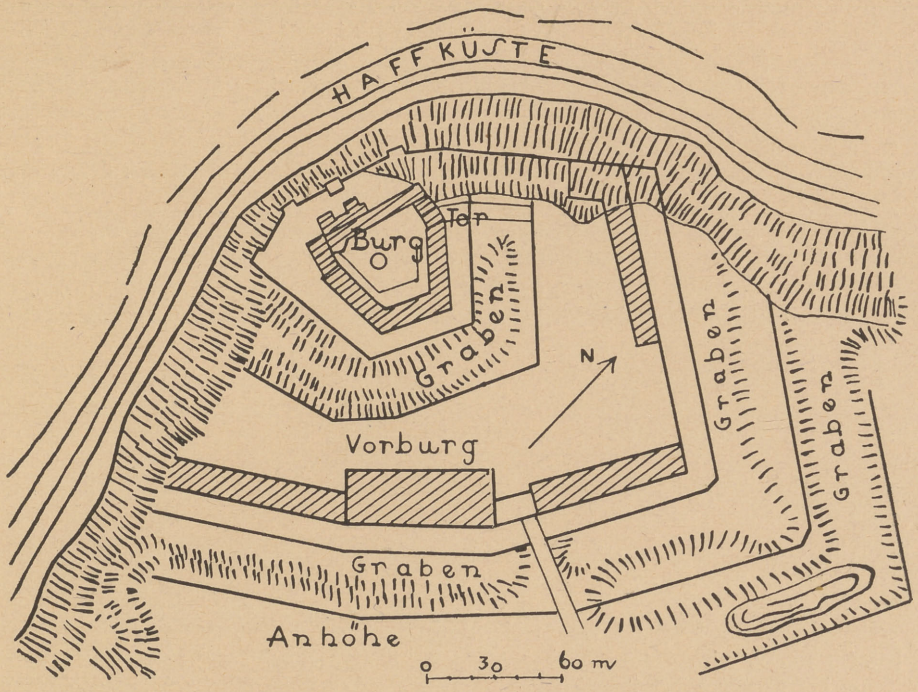


Abb. 9. Ordensburg Balga in Ostpreußen, 1230/60

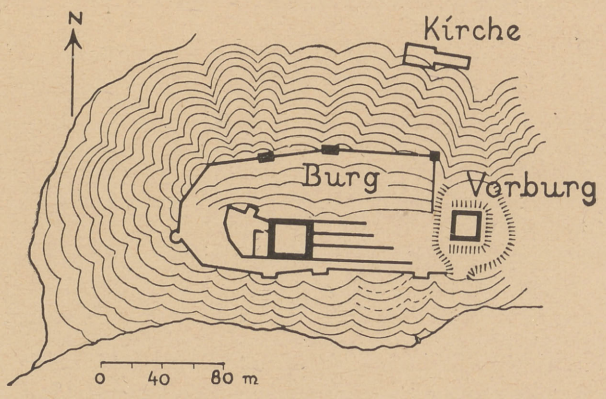


Abb. 10. Ordensburg Montfort in Syrien, 1228

Bauzeit (1230—1260) besaßen dagegen entlang der Mauer schon Bauten aus Ziegel oder Stein. So z. B. die Burg Roggenhausen ein größeres Viereckhaus, die Burg Engelsburg eine Kapelle und ein gewölbtes Gebäude, die Burg Balga entlang den Mauern kreuzgewölbte Räume für Kapelle, Remter und Kapitelsaal. Auch die Burg Montfort in Syrien (1228) hatte mitten in der Hauptburg (also nicht an der Burgmauer angebaut) kreuzgewölbte Steingebäude.

Erst nach den sechziger Jahren des 13. Jahrhunderts beginnen die Burganlagen des Ordens in Preußen die rechteckige Bauform der typischen Ordensburgen, die durch die Vierzahl der Häuser (Kapitelsaal, Remter, Dormitorium und Gästehaus) bedingt war, anzunehmen. Diese

Burganlage war in Preußen, nach K. H. Clasen, durch die leichtere Anordnung der Vierzahl der Ordenshäuser im Lande selbst und nicht aus Italien oder Südfrankreich entlehnt, entstanden. Wie diese Anordnung der Holzhäuser in den Burzenländer Ordensburgen durchgeführt war, werden wir, da wir weder schriftliche noch mündliche Überlieferungen besitzen, schwer feststellen können.

Über die Bauentwicklung der Ordensburgen hatte in der letzten Zeit Oberbaurat Dr. Bernhard Schmid am 19. Oktober 1941 in Marienburg einen Vortrag gehalten[4]. Leider wurden auch hier die Ordensbauten im Burzenlande nicht berücksichtigt. Doch was Schmid über die Burgen in Preußen sagt, kann vollinhaltlich auch für die im Burzenland gelten.

So sind sie, mit Ausnahme der Marienburg, alle Grenzburgen, die die Paßübergänge in das vergabte Land sperrten. Die Burg auf dem Berge ist hier also entscheidender gewesen wie in Preußen. Sie ist auch hier „den Erfordernissen der Landschaft anpassend, der schöpferischen Kraft der Baumeister folgend in immer neuerer Formgestaltung" auf den Bergeshöhen erbaut worden. Man kann also auch im Burzenland nicht sagen, daß der Orden einen Typus herausgebildet und den dann angewandt hätte. Es läßt sich nur die Zweiteilung durch Gräben in Vor- und Hauptburg, wie später in Preußen und Sirien, schon hier im Burzenlande feststellen.

Die Entwicklungsstufe im Burgenbau Preußens, nach Schmid, von Erdwerken und Holzhäusern zu Steinmauern und Ziegelbauten war im Burzenland sogar urkundlich bestätigt. Denn erst mit dem Jahre 1222 durfte der Orden auch Steinburgen bauen. Leider wurde diese Entwicklung im Jahre 1225 jäh unterbrochen. So sind, wie es uns die vorhandenen Ruinen bestätigen, bloß die Hauptburgen in Stein erbaut worden, in denen die Wohnhäuser noch in Holz errichtet wurden. Dagegen waren die Vorburgen noch mit Erde und Holz umfriedigt. Ziegelbauten waren nirgends vorhanden. Die Schildmauer bei der Schwarzburg und die Ringmauer der Vorburg der Marienburg, sind, wie ich es schon vorher betonte, als spätere Zubauten zu betrachten.

[4] B. Schmid, Die Burgen des Deutschen Ordens in Preußen. Deutsches Archiv f. Landes- und Volksforschung, Jg. VI, Heft 1, S. 74—96.

Die Planung der deutschen Siedlung im Banat unter Mercy und Maria Theresia[1])

Von Josef Kallbrunner, Wien

Einem Versuch, die Planung der deutschen Kolonisation im Banat durch die Kaiserin Maria Theresia zu kennzeichnen, hat ein knapper Hinweis auf die geschichtlichen Voraussetzungen dieser bedeutsamen Tat voranzugehen. Man muß sich in Erinnerung bringen, daß die Wiener kaiserliche Regierung schon bald nach dem zweiten vergeblichen Versuch der Osmanen, Wien zu gewinnen (1683), der bekanntlich den Auftakt zur Wiedereroberung Ungarns von den Türken gegeben hat, eine starke deutsche Einwanderung nach Ungarn in Gang gebracht hatte. Daß man das deutsche Element unter den Siedlern bevorzugte, hatte neben kultur- und wirtschaftspolitischen auch innenpolitische Gründe, da man die Deutschen nach Charakter und Art für staatspolitisch brauchbarer und tragfähiger hielt als das unruhige zu Aufständen geneigte Ungarnvolk. Damals sind die donauschwäbischen Sprachinseln in Westungarn, in den Ofner Bergen und in der Tolnau und Baranya entstanden. Träger und Nutznießer dieser Kolonisation sind die privaten Grundherren, kaiserliche Generale, Kirchenfürsten und königstreue Magnaten, an die die Kammer das neuerworbene Land in großen Herrschaften verschenkt oder um eine Anerkennungssumme verkauft hat.

Als nach dem glücklichen Türkenkrieg von 1716/18, der seinen Höhepunkt in der berühmten Schlacht bei Belgrad fand, nun auch das letzte noch türkisch gebliebene Stück von Ungarn, das Land zwischen Maroſch, Theiß und Donau, nach seinem Hauptort das Banat von Temeschwar genannt, wieder zum Reich der Habsburger kam, erhoben sich von verschiedenen Seiten Stimmen, die für eine Sonderstellung des neugewonnenen Gebietes eintraten. Militärisch-politische aber auch fiskalische Gründe, ließen es einer Reihe von Räten des Kaisers, deren Wortführer kein geringerer als der große Prinz Eugen selbst war, geboten erscheinen, das Banat nicht wieder an den ständischen madjarischen Komitatsadel hinzugeben, sondern als Kron- und Kammerdomäne dem unmittelbaren Einfluß der Wiener Zentralbehörden vorzubehalten. Diese haben in dem ihrem Einfluß ganz und gar offenstehenden Lande in voller Ausnutzung der ihnen vorbehaltenen grundherrlichen Rechte durch eine eindringliche, den Forderungen des Wirtschaftsgeistes ihrer Zeit vollaufgeschlossenen Verwaltung den günstigsten Einfluß auf die Entwicklung des Reichslandes genommen. Das war um so eher möglich, als der erste Gouverneur des Landes, Feldmarschall Graf Mercy, ein Verwaltungstalent von ansehnlichen Maßen war.

Die deutsche Kolonisation schien ihm wie im ganzen Südosten so insbesondere hier an der Grenze der abendländischen Christenheit nicht nur als politisch dringend geboten, sondern auch als kulturell-wirtschaftliche Notwendigkeit. So hat er schon in den ersten Jahren seines Regimes in das dünnbevölkerte Land — es kamen 2—3 von den 80 000 Menschen der rumänisch-serbischen Einwohnerschaft auf den Quadratkilometer — 20 000—25 000 deutsche Kolonisten gerufen, nicht nur um zu „peuplieren", sondern noch mehr um zu kultivieren und durch ihr Vorbild beispielhaft zu wirken. Das Bild, in dem sich die deutsche Besiedlung im damaligen Banat darstellt[2], läßt doch auch den Plan, den Mercy mit seiner Verteilung der Siedler im Lande ver-

[1] Vgl. Ernst Schimscha, Technik und Methoden der Theresianischen Besiedlung des Banats. Veröffentlichungen des Wiener Hofkammerarchivs IV.

[2] Siehe die von K. Schünemann entworfenen Karten der deutschen Besiedlung des Banats unter Karl VI. und Maria Theresia im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums I. S. 222 und 225.

folgte, erkennen. Es sollen die Grenzlinien im Norden und Süden des Landes durch deutsche Siedlungen gefestigt werden, besonders in dem der Feindesgrenze nahen Süden eine starke deutsche Siedlung um Weißkirchen und Werschetz geschaffen werden. Im Osten lehnt sich diese Siedlung an das Gebirge und erhält in den von Mercy mit deutschen Bergleuten aus Oberungarn und den Alpenländern zu rasch erreichter Bedeutung gebrachten Produktionsstätten der Bergwerksorte (Orawitza, Dognatschka u. a.) ihre Verankerung. Die Verbindung zwischen dem Norden und Süden und deren Festungen — von Szegedin bis Arad im Norden und Pantschowa bis Orschowa im Süden — stellt eine auf Temeschwar gestützte Etappenlinie dar, der die deutschen Siedler die nötige politische Verläßlichkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewährleisten.

Glücklich und geschickt war Mercy auch in der Gewinnung der Siedler. Die Werbung war sparsam, ohne großen Apparat. Der Transport bewegt sich im Rahmen der ungarischen Privatkolonisation, in der Mercy wurzelte. Die Ansiedlungsbedingungen waren viel weniger entgegenkommend als die späteren theresianischen, denn sie gewährten nur den Grund und gaben dem Kolonisten im selbstgebauten und auf seine Kosten eingerichteten Haus einige Freijahre von Zins und Robot. Eine gute Auswahl der Siedler, die dann nicht wie später beim System der Vorschüsse für den Hausbau und die Einrichtungsbeschaffung durch Schulden gehemmt war, eine straffe militärische Zucht und die stark wirksame selbsttätige Auslese, die eben nur die Tüchtigen vorwärtskommen ließ, scheinen sich bewährt zu haben. Denn vielfach und weithin auch in der privaten Kolonisation genießt die Mercysche Siedlung besten Ruf.

Bald nach dem Tode des ersten Kolonisators des Banats — Mercy fiel 1734 in Italien — brach 1737 jener unglückliche Türkenkrieg aus, in dem der Kaiser Serbien und die kleine Walachei wieder verlor. Das Banat selbst wurde Etappe und Kriegsschauplatz. Die blühende deutsche Siedlung im Süden des Landes wurde zum größten Teil von den Türken zerstört. Die deutschen Siedler fliehen, soweit sie nicht niedergehauen werden, nach den Siedlungen im Norden des Landes, wo noch ein guter Teil an den verheerenden Seuchen, die in den überfüllten Dörfern ausbrechen, stirbt. Die Siedlung im südlichen Flachland aber hat nach dem Verlust Serbiens ihr schützendes Vorfeld für immer verloren. Besser übersteht den Türkensturm das Deutschtum der Bergorte, das zu Beginn der großen theresianischen Kolonisation (1763) die am stärksten deutschbesiedelten Bezirke aufweist. So wird denn bei Wiederaufnahme einer stärkeren Kolonisation nach dem großen Kriege, den Maria Theresia in den Jahren 1740—1748 um den Bestand ihres Reiches ausfechten mußte, der Norden des Landes, zumal das Gebiet im Festungsdreieck Szeged, Temeschburg, Arad, die sog. Haide, das eigentliche Siedlungsland für die Deutschen.

Die durch die deutsche Kolonisation im Banat bedingte und mit ihr Hand in Hand gehende kulturelle Aufbauarbeit setzt 1748, nach dem Aachener Frieden, wieder ein. Ihr stärkster Förderer ist unter stetiger Anteilnahme der Kaiserin der Präsident der Banater Hofkommission in Wien, Graf Ferdinand Kollowrat. Er veranlaßt die Werbung und Ansiedlung mehrerer tausend Kolonisten aus dem Reich und Lothringen. Bald nach seinem 1751 erfolgten Tode ist diese frühe theresianische Kolonisation abgebrochen. Immerhin hat sie die alten deutschen Dörfer aus der Mercy-Zeit und das noch 1734 begründete Mercydorf nahe der Hauptstadt aufgefüllt und eine neue große deutsche Siedlung, Neu-Beschenowa, auch nahe Temeschwar, geschaffen. Interessant und wichtig auch zum Verständnis der späteren Vorgänge ist der Grund für das zeitige Abebben dieser kolonisatorischen Welle: Er liegt, so widersinnig das im dünnbevölkerten und weiträumigen Lande klingen mag, im Mangel an Ansiedlungsgründen. Es ist nämlich der fette, durch allmähliche Entsumpfung gewonnene fruchtbare Boden der „Haide" schon von einem anderen Unternehmen besetzt. Dieses Land ist in riesigen, von wuchernden Gräsern bewachsenen Steppen, die man Prädien nannte, an eine Kompanie reicher Viehhändler, griechischer und serbischer Nationalität, verpachtet. Diese Kompanie betreibt hier eine ungeheuer extensive, mit dem Boden wüstende, von keinerlei Hemmungen und Bedenken beschwerte Zucht und Mast von Großvieh für den Export nach dem Westen. Dieser Betrieb bringt den „Prädianten" bei einem Mindestmaß an Mühe reichsten Gewinn und läßt die habsüchtige Gesellschaft vom Anfang an alles anstellen, um die Abtrennung von Dorfgründen für die deutsche Ansiedlung vom Prädienboden zu hintertreiben. So bilden sich schon im Ablauf der Kol-

lowratischen Kolonisationsepoche um 1750 zwei Parteien in der Landesadministration. Die eine tritt unter Hinweis auf die von der deutschen Kolonisation im Laufe der Zeit zu erwartende Melioration des Landes und den damit zu erwartenden unvergleichlich höheren Ertrag im Sinne der Kaiserin und Kollowrats für diese ein, während die andere mit Berufung auf die mühelos eingehende Prädienpacht und den Viehzoll gegen die Besetzung der Steppen mit deutschen Kolonisten ist. Als Kollowrat stirbt, und der Präsident der Administration in Temeschwar, Engelshofen, der siedlungsfeindlichen Partei beifällt, vermag diese zu obsiegen, und die Ansiedlung wird abgebrochen.

Die Wiederaufnahme der Werbung und Seßhaftmachung deutscher Einwanderer erfolgt erst nach dem Siebenjährigen Krieg. Unter dem energischen Antrieb der neuen großen zentralen Beratungsstelle für alle Betreffe der innern Politik, des populationsfreundlichen Staatsrates und unter lebhafter aktiver Anteilnahme der Kaiserin, die neben den wirtschaftlichen auch religionspolitische Ziele durch Ansetzung von deutschen Katholiken unter den nichtunierten Rumänen und Serben verfolgte, setzt der Siedlerzug ins Banat 1763 wieder ein. Zuerst sind es die abgedankten soldatischen Heimkehrer des Siebenjährigen Krieges, auch preußische Kriegsgefangene, die diesen Zug einleiten. 1764 folgen, durch neueinsetzende Werbungen im Reich gewonnen, von einem in größerem Stil organisierten und finanzierten Transportwesen befördert, bäuerliche Einwanderer aus dem Westen und Süden des Reiches, Lothringens und Luxemburgs. Damit setzt eigentlich erst so recht der große theresianische Schwabenzug, der bis 1771 währte, ein.

Vorerst freilich folgen die Banater Stellen den Anweisungen der Krone und Wiens nur zögernd. Besonders ist die erste Epoche der großen theresianischen Siedlung, die Jahre 1763 bis 1765, durch die den ausdrücklichen Weisungen der Kaiserin widersprechende behutsame Freilassung des Prädienlandes von der deutschen Siedlung gekennzeichnet. Mit alleiniger Ausnahme des auf Prädiengrunde 1765 begründeten deutschen Dorfes Billed, gab sich die Banater Administration alle Mühe, ohne neue Dorfgründungen mit Zusiedlungen zu den alten Dörfern auszukommen. Diese Zusiedlungen waren oft recht umfänglich und vergrößerten die alten Dörfer in manchen Fällen um hunderte von Häusern. Den Platz gewann man in vielen Fällen durch Verschiebungen rumänischer Dorfbewohner in neue national einheitliche Dörfer. Das war bei der ungeheuren Primitivität dieser Wohnstätten weder allzu schwierig noch kostspielig. Mit dem Bautempo dieser Zusiedlungen war man den Ansprüchen ziemlich gerecht geworden, auch wirkte es sich späterhin günstig aus, daß die Kolonisten mehr als später mit eigenen Mitteln bauten und sich weniger mit Vorschüssen belasteten. In der Siedlungsform zeigen die Zusiedlungen naturgemäß eine gewisse Anpassung an die vorhandenen Siedlungen (Gutenbrunn), während Billed schon ganz die schematische Regelmäßigkeit der späteren Neusiedlungen zeigt.

Schließlich aber haben die Zusiedlungen auch bei ökonomischerer Ausnutzung des vorhandenen Landes, die immerhin schon so stark war, daß man an Stelle von früher zwei walachischen nun drei deutsche Siedler setzte, den verfügbaren Boden außerhalb der Prädien erschöpft. Auch die herrschende Mehrheit der Temeschwarer Administration mußte sehr gegen ihren Willen und ihre Bequemlichkeit nun, da die Wiener Stellen auf einer kräftigen Fortführung der deutschen Ansiedlungen bestanden, auf Beschaffung weiteren Kolonisationsbodens bedacht sein. Um die Prädien, deren Schonung die Kompanie mit allen möglichen, auch unsauberen Mitteln durchzusetzen erpicht war, unberührt zu lassen, schlug die Administration in Wien vor, nunmehr im östlich der Haide gelegenen Bergland durch Abschiebung der dort wohnenden Rumänen für die deutschen Kolonisten Raum zu schaffen. Für diesen Plan glaubte man verschiedene Gründe ins Treffen führen zu können: Eine höhere, sumpffreie und daher gesündere Lage, eine für die Kolonisten weniger eintönige, abwechslungsreichere Gegend, geeignet zum Weinbau, für den wohl die Deutschen nicht, aber die Rumänen oder Serben geschickt wären, die Möglichkeit eine Kette von Siedlungen zwischen den Festungen Arad und Temeschwar zu schaffen, steuerpolitische Momente u. a. Dabei wurden die Aussichten auf den zu befürchtenden Rückgang in der ganzen Viehproduktion des Banats bei Einschränkung des Prädiensystems weidlich übertrieben, die sich gut entwickelnde rationellere Viehhaltung der deutschen Kolonisten einfach verschwiegen.

Nun gab es aber in der Banater Administration doch auch eine siedlungsfreundliche Partei, deren tatkräftiger Wortführer der Administrationsrat von Hildebrand war. Er kennzeichnete in seinen Ausführungen die ganze Unwirtschaftlichkeit der Prädienwirtschaft, setzte sich für die Gründung einer kompakten Masse deutscher Dörfer im Prädiengebiete, von deren deutschen Einwohnerschaft er sich natürlich eine viel bessere Ausnutzung des fetten Landes durch Ackerbau und Viehzucht versprach als durch die Kompanien. Er wies aber auch auf die doch nicht unbeträchtlichen Kosten der Verschiebung der Rumänen aus dem Bergland und darauf hin, daß deren Dörfer zur Aufnahme deutscher Kolonisten ganz ungeeignet seien. Sein letztes und stärkstes Argument war schließlich der Hinweis auf die bekannte Tatsache, daß sich Maria Theresia wiederholt für die Verwendung der Prädien für die deutsche Siedlung ausgesprochen hatte.

Es ist eine für die deutsche Kolonisation des Banats entscheidende Tatsache, daß Hildebrand im Sommer 1766 zum leitenden Beamten der „Impopulationsdirektion" berufen wurde. Hat er doch, bis er zum Spätherbst 1768 den Intrigen seiner Gegner zum Opfer fiel, in rastloser Arbeit die Großdörfer Hatzfeld, Sakelhausen, Csatad (Lenauheim), Groß-Jecsa, Grabaz und Bogarosch, auf Prädiengrund in der Haide gelegen, und noch Schöndorf und das kleinere Engelbrunn im Bergland aufgebaut und damit dem Kolonistenzustrom aus dem Reich Raum geschaffen. Gewiß war seine Bauweise rasch und flüchtig, freilich auch nicht teuer. Er hat die neuangekommenen Kolonisten in einer knappen, aber doch nicht schlecht organisierten billigen Gemeinwirtschaft verpflegt, hat ihre Arbeitskraft mit drakonischer Strenge in den Dienst des Aufbaus der Dörfer gespannt. Daß die sanitären Verhältnisse in der Haide nicht günstig waren, ist nicht zu bestreiten und drückt sich in einer beträchtlichen Sterblichkeit der Kolonisten aus. Aber einen ungeheuren Vorteil hatte doch seine Kolonisationsweise, sie bot die Sicherheit einer zeitgerechten Unterbringung großer Mengen von Kolonisten und vermied so die unheilvollen Stauungen, die in den nächsten Jahren soviel Schaden angerichtet haben.

Vielleicht ist hier der Platz, ein Wort über die Verteilung und Anlage der Siedlungen im Lande zu sagen. Gewiß hat diese Planung im Lande sehr stark unter dem Mangel gelitten, daß es zur Zeit der Kolonisation noch keine genaue Karte gab. Die Vermessung und Mappierung des Banats ist erst ein Werk, das während der Kolonisation und in den Jahren nachher bewältigt wurde. So mußte man denn die Einteilung treffen, so gut es eben ging und für die Auswahl des Platzes des Dorfterrains waren die Nähe eines fließenden Wassers, einer Straße, die Sicherheit vor Überschwemmungen, der Grundwasserspiegel u. a. maßgebend. Die Größe des Dorfterrains richtete sich nach der Zahl der Haushalte, die man unterbringen wollte. Auch hier ist es übrigens kennzeichnend, daß Hildebrand, das Prädienland nicht schonend, den Großdorftyp mit 200 und mehr Haushalten bevorzugte, während sein Nachfolger Neumann einen Kleindorftyp mit durchschnittlich weit unter 100 Nummern wählte. Die Zuteilung der Gründe an den einzelnen Haushalt erfolgte nach mancherlei Versuchen in drei verschiedenen Größen, so daß es ganze, halbe und Viertelbauern gab. Ein ganzer Bauer erhielt 24 Joch Ackerland, 6 Joch Wiese, 6 Joch Weide und 1 Joch Hausgrund, insgesamt also 37 Joch oder etwas über 21 ha Grund. Auch für Handwerker, Dorfgeistliche, Schulmeister u. a. galten einheitliche Maße bei der Grundzuteilung. Um das Dorfterrain lag die gemeinsame Hutweide der Gemeinde. Daran schließen sich die Ackergründe in drei Breiten, wobei in jeder Breite der einzelne Bauer ein Drittel seiner Felder zugeteilt hatte, was wieder Raum für Brache und Fruchtwechsel ließ.

Einheitlich in fast allen Fällen war die städtebauliche Planung der Dorfanlagen. Die streng quadratische oder rechteckige Fläche des Dorfterrains durchschneiden vollkommen rechtwinkelig und in gleichen Abständen die Straßen. Im Mittelpunkt des Hauptstraßenkreuzes steht die Kirche. Die Plätze für den Pfarrhof, die Schule und den Gasthof sind in der Planung vorgesehen; in jeder Straße sind einige öffentliche Brunnen. Die Straßen sind aus Gründen der Feuersicherheit — um das Überspringen von Feuersbrünsten von einer Straßenseite auf die andere zu hindern — sehr breit, die Hauptstraßen an die 40, die Nebenstraßen etwa 15 m. So entsteht auch hier der für die Siedlungen Osteuropas so kennzeichnende Eindruck der weiten, von Kot oder Staub bedeckten Spuren aller Art zerwühlten und niederen Häuschen umstandenen Hauptstraße. Die einzelne Hofstelle, das Grundelement der Planung des Dorfes, weist eine Breite von 23 bis 29 m und eine Tiefe von 143 bis 190 m auf. Ansehnliche Zwischenräume

zwischen den Hofstellen und zweckmäßige Anordnung der Nebengebäude sollen auch hier wieder die Ausbreitung von Feuersbrünsten verhindern.

Die deutsche Kolonisation im Banat ist auf dem System der naturalen Vorschüsse des Staates an die Kolonisten aufgebaut. Umsonst gab der Staat grundsätzlich den Boden und das Baumaterial. Die Kosten des Hausbaues und der Ausstattung der Wirtschaft wurden vorgeschossen. Freilich wurde in Wirklichkeit vieles nicht zurückgezahlt. Die Art der Häuser war nach Preis und Wert sehr verschieden. Es gab in den Großdörfern Hildebrands, bei scharfer Heranziehung der Kolonisten zur Mitarbeit, Häuser, die nicht viel über 40 fl. kosteten, während die allerdings besser gebauten Häuser der späteren Periode an die 200 fl. und mehr verbrauchten. Auch die Ausstattung der Wirtschaften mit Vieh und Gerät, man gab in der Regel zwei Pferde oder Ochsen und eine Kuh mit Kalb und ziemlich ausreichendes Gerät, war nicht gleich. Die Ungleichheit der für die einzelnen Wirtschaften auflaufenden Kosten wurde noch durch die vielen bald nötig gewordenen Reparaturen, durch Nachschaffung von durch Diebstahl oder Seuchen zugrundegegangenem Vieh u. a. erhöht. Durchschnittlich hat man errechnet, daß eine Wirtschaft mit Haus, Ausstattung und Kosten gemeinnütziger Einrichtungen auf 350 fl. kam und der entsprechende Kostenaufwand für die theresianische Kolonisation an die zwei Millionen Gulden betrug.

Die Intrigen, die Hildebrand in seiner aufrichtigen und mühevollen Amtierung von Anfang an seitens der Temeschwarer Administration zu ertragen hatte, führten schon 1767 zur Einsetzung einer Untersuchungskommission, gegen die er sich aber zu halten vermochte. Als er freilich dann das Unglück hatte, daß die von ihm gegen seine bessere Einsicht auf Wunsch der Siedler an einem ungünstigen Ort gebaute Siedlung Szakelhausen einer Überschwemmung zum Opfer fiel und er durch sein Säumen in der Rechnungslegung sich eine weitere Blöße gab, wurde seine Lage immer gefährdeter. Entscheidend ungünstig für ihn wurde freilich ein anderer Umstand: Als Kaiser Josef im Sommer 1768 das Banat besuchte, machte er auf diesen durch seine anmaßende Art und seinen rasch durchschauten Versuch, die Dinge nach der Art des Russen Potemkin günstiger darzustellen als sie waren, einen so schlechten Eindruck, daß er ihn bald darauf fallen ließ.

An seine Stelle trat nun zuerst der seit 1767 im Banat tätig gewesene ungarische Hofkammerrat Kempelen als Einrichtungskommissär. Unter seinem Schutze begann der Lippaer Salzeinnehmer Neumann, der schon unter Hildebrand die Dörfer Engelbrunn und Schöndorf im Bergland aufgestellt hatte, seine Tätigkeit als Baumeister. Er stellte im Jahre 1769, in dem die Einwanderung sehr schwach war, das von Hildebrand begonnene Dorf Bogarosch fertig und vollendete die letzte Zusiedlung zu einem alten Dorf in Facset im Gebirge. Neumann baute solide, aber viel langsamer und teurer als Hildebrand. Die alten Pläne Hildebrands, 2000 Familien im Jahre anzusiedeln, wurden in Temeschwar mit Genugtuung als abgetan betrachtet, freilich ohne zu berücksichtigen, daß damit auch das von der Kaiserin selbst erwünschte Ansiedlungsausmaß nach Tempo und Umfang gefallen war. Für das Jahr 1770 plante man die Erstellung von drei Dörfern und gab dafür drei Prädien frei, während man alle übrigen verpachtete. Der Planung aber entsprach keineswegs eine wirkliche Vorbereitung, auch nur an Bereitstellung von Baustoffen und Lebensmitteln.

Das Jahr 1770 aber war ein großes Hungerjahr in Europa, und die einmal angelaufene Auswanderung nahm gerade in diesem Jahr ein ungeahntes Ausmaß an. Schon 1769 war man mit den endgültigen Unterbringungen im Rückstand geblieben und hatte zu Einquartierungen schreiten müssen, was bei der Beschränktheit des Raumes in den Häusern an sich eine mißliche Sache war und noch durch Verpflegungsschwierigkeiten erhöht wurde. Bereits im Mai 1770 waren nicht weniger als 900 Familien neu angekommen, während Neumann damals und noch lange von 600 zu erbauenden Häusern sprach. Während die Zahl der unterzubringenden Familien schon im Juni 3000 betrug, ging es mit der Häuseraufstellung langsam weiter, besonders weil es an Holz und Stroh gebrach. Kempelen hatte schon im Sommer dem Banat den Rücken gekehrt, Neumann arbeitete in seinem gemächlichen Zeitmaß weiter und brachte es bis zum Winter auf 400 Häuser. Tausende von Familien mußten in die bereits bestehenden Orte gezwängt werden. Die Verpflegungsschwierigkeiten wuchsen um so mehr, als man von dem immerhin ausreichenden Verpflegungs- und Wirtschaftssystem Hildebrands, der auf den

werdenden Dorfstellen eine Gemeinwirtschaft in Verpflegung und Bestellung der Felder eingerichtet hatte, gebrochen hatte, um zu individuelleren Maßnahmen und Einschränkungen überzugehen, die sich gar nicht bewährten. Mangelhafte und unzulängliche Ernährung, durch schlechte Zuteilung, den Mangel an Koch- und Backstellen verursacht, verschlechterten den Gesundheitszustand, der durch die Sumpfluft auf den Prädien und das schlechte Trinkwasser an sich übel genug war, ins Katastrophale. Ausbrechende Seuchen wüteten in den überladenen Dörfern ganz entsetzlich.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß man in Wien dem Drängen des entsetzten Kempelen nachgab und im Februar 1771 die Weisungen zur Einstellung der Kolonistenwerbungen erließ. Neumann hatte zwar 1770 an sieben Dorfstellen — Klein-Jecsa, Heufeld und Mastort im Temescher, Marienfeld und Albrechtsflur im Csanader und Blumenthal und Segenthau im Lippaer Distrikt — zu bauen begonnen, aber nichts fertiggebracht. Von den 1144 Häusern, die für den Sommer 1771 fertigzustellen waren, sind nur 670 wirklich unter Dach gekommen, so daß damals noch hunderte von Familien, die seit dem Frühjahr 1770 auf die Ansiedlung sehnsüchtig warteten, einquartiert waren.

Da hat man sich in der höchsten Not noch einmal des Mannes erinnert, der einst großen Anforderungen Genüge getan hatte, und im Spätsommer 1771 Hildebrand zurückgerufen. Er hat auch, nun mit einem ausreichenden Stab von Mitarbeitern versehen, das in ihn gesetzte Vertrauen nicht getäuscht. Die im Sommer 1772 fertiggewordenen Neumannschen Planungen (die welsch-französischen Prädiendörfer Charlville, Seultour und St. Hubert im Csanader Wiesenhaid und Kreuzstätten, und die sieben Kleinsiedlungen im Berezovatal) und die zwei neuen Hildebrandschen Großdörfer Triebswetter und Gottlob sowie das kleinere Ostern genügten, die noch vorhandenen Kolonistenfamilien aufzunehmen.

Bei der Wertung der theresianischen deutschen Kolonisation im Banat wird man zuerst feststellen müssen, daß diese Kolonisation nicht planmäßig durchgeführt werden konnte, so daß die Absicht der Kaiserin, 20 000 Familien mit 80 000 Köpfen anzusiedeln, nur etwa zur Hälfte (11 000 Familien mit 42 000 Köpfen) verwirklicht wurde. Daß es trotz der ungeheuren Behinderung durch die schlechten sanitären Verhältnisse, der Entferntheit des Kolonisationslandes, den Mangel an Baustoff (Holz) u. a. möglich gewesen wäre, das Programm zu erfüllen, hat die Tätigkeit Hildebrands gezeigt. Uneinigkeiten in den maßgebenden Beamtenkörpern, Mangel an Vorbereitung, das als durchaus abwegig erkannte Vorschußsystem und schließlich begreiflicher Mangel an Erfahrung in einem zum erstenmal versuchten unendlich schwierigen staatlichen Unterfangen lassen den verlustreichen Ablauf dieser am Plan gemessen nicht ganz geglückten Kolonisation erklärlich erscheinen. Es wäre indessen ganz falsch, die theresianische Kolonisation nur unter diesen Gesichtspunkten zu beurteilen. Man muß auch darauf sehen, wie glückhaft die Entwicklung dieser unter tausend Nöten, Mühen und Opfern entstandenen deutschen Kolonien sich gestaltet hat, welch reichen Kulturboden diese aus der wirtschaftlichen und sozialen Enge ihrer in trostlose Kleinstaaterei zerfallenen Heimat weggezogenen deutschen Auswanderer aus der sumpfigen Steppe heraus nicht nur dem Habsburgerreich, sondern auch sich und einer in die breite Wohlhäbigkeit erwachsenden, in triebkräftigen Tochtersiedlungen sich ausbreitenden Nachkommenschaft geschaffen haben.

Wenn auch der ganz große schon zeitbedingte Unterschied, der zwischen der theresianischen Kolonisation und den Umsiedlungen der Jetztzeit sich ergibt, nach Voraussetzungen, Absichten und Umfang ein ungeheurer ist, wird doch auch für den heutigen Siedlungstechniker eine Betrachtung seiner frühen Vorläufer nicht ohne Interesse und Belehrung sein.

Die Juden und das deutsche Heerwesen

Von Erich Sander, Berlin

(Fortsetzung)

III. Die Emanzipation

Das 19. Jahrhundert bringt den Juden die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung. Damit wird ihre Stellung zum Heerwesen eine andere. Denn nun verlangt der Staat, daß sie gleich den anderen Bürgern ihrer militärischen Dienstpflicht Genüge leisten. Da ihr rassischer Charakter aber gerade das ablehnt, geraten sie in einen Zwiespalt; sie können einerseits die persönliche Dienstpflicht nicht ablehnen, denn dann würden sie auf die soeben errungene Gleichstellung verzichten, andererseits können sie sie charaktermäßig nicht erfüllen. Das führt zu ungesetzlicher Drückebergerei. Da nun aber der Soldat in Preußen und dann in Deutschland den ersten Stand bildet, so mindern die Juden ihre gesellschaftliche Stellung von sich selbst aus, wenn sie sich davon ausschließen. Sie haben aber immer das Bestreben, sich in den ersten Stand zu drängen. So ergibt sich, daß der Jude unter rassenmäßiger Ablehnung des Waffendienstes doch Soldat wird, und zwar gerade die gehobenen Kreise, und möglichst in den besten Regimentern, wie z. B. Walther Rathenau bei den Gardekürassieren sein Jahr abdiente. Zu Hilfe kam ihnen dabei die Einrichtung des Einjährig-Freiwilligen. Diese Institution wird von ihnen nicht unter dem Gesichtspunkt erhöhter Verpflichtung angesehen, sondern nur darauf hin, daß sie die Unbequemlichkeiten des Dienstes auf ein Minimum verringert und mit den Annehmlichkeiten des Zivillebens verbindet. So will er auch Reserveoffizier werden. Dabei werden die Waffengattungen bevorzugt, bei denen nach ihrer Meinung das Dasein am angenehmsten ist, also Kavallerie und Artillerie, für die Fußtruppen besteht geringe Neigung. Und wenn der Sohn Offizier wird, dann will die Tochter ebenfalls in diese Kreise hinein, was nur durch eine Heirat geschehen kann. Ist der Partner womöglich noch vom Adel, dann ist alles Wünschenswerte erreicht. Es ist klar, daß es nicht gerade die besten Elemente des Offizierstandes waren, die sich zu einer Heirat mit einer Jüdin hergaben.

Aus dem Rassengemisch, das auch eine ganze Menge nordischer Keime enthält, können sich von Zeit zu Zeit auch kämpferische Naturen ausmendeln. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch Juden finden, die gute Soldaten abgeben, ohne daß dadurch die Haltung des Judentums als Ganzes berührt wird. Kennzeichnend aber ist es, daß diese Figuren schon frühzeitig herangezogen werden, um nachzuweisen, daß in den Kämpfen für das Vaterland sich die Juden in gleicher Weise wie die übrigen Staatsbürger beteiligt und dieselben, wenn nicht größere Blutopfer gebracht hätten.

Trotz dieser äußerlich positiven Einstellung zum Wehrdienst lehnt das Judentum alles Soldatische ab. Eine dauernde Hetze gegen alles, was Militär heißt, entsteht. Das Ziel dieses Kampfes ist die Vernichtung des Heeres. Das kann in zwiefacher Weise geschehen. Entweder man schafft das stehende Heer überhaupt und gänzlich ab. Damit wäre die gesellschaftliche Vormachtstellung des Offizierstandes gebrochen und damit würde der Druck vom Juden genommen, der ihn aus Gründen der Gleichstellung immer wieder zwang, Soldat zu werden. Auch die Machtstellung des Staates wäre erschüttert. Wo das zu erreichen nicht möglich ist, wird versucht, eine moralische und geistige Abneigung gegen das Soldatentum zu erzeugen. Das geschieht auf verschiedenen Wegen. Zuerst direkt durch Reden, Zeitungsartikel u. ä. Dann weiter versteckt im Schrifttum, in illustrierten Zeitschriften, vor allem in den Witzblättern.

Diese Art ist besonders gefährlich, weil der Leser häufig gar nicht merkt, worum es sich handelt. Ebenso vielseitig sind die Mittel. Der Soldat wird als minderwertig hingestellt, er sei nur eine Drohne im Staatshaushalt, die große Ansprüche mache und viel Kosten verursache, aber nichts leiste. Der Offizier arbeite überhaupt nicht, außerdem sei er geistig zurückgeblieben und moralisch nicht ganz einwandfrei. Jedenfalls sei jeder geistig höher Stehende zu schade für den Dienst im Heere und nur solche, die keine andere Möglichkeit, etwas zu werden, hätten, müßten Soldat werden. Es ist klar, daß durch diese Art gerade die Wehrfreudigkeit des kleinen Mannes arg gefährdet wurde; denn er wollte ja nicht für geistig rückständig gelten und glaubte seine Fortgeschrittenheit am bequemsten dadurch unter Beweis zu stellen, wenn er den Waffendienst ablehnte. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß zahlreiche Führer der Linksparteien dem Judentum zugehörten. Wehrfeindlich zu sein wurde zum Parteiprogramm, hieß für den Anhänger denken wie seine Führer; das konnte ihn nur seelisch erheben. Man erkennt das Gefährliche dieser Art Hetze, die, je versteckter sie war, desto verhängnisvoller wurde.

Soviel über die Einstellung zum Heere. Als Heereslieferanten kommen sie in Preußen-Deutschland nur in beschränktem Maße in Frage, weil hier die staatlichen Waffenfabriken die Heeresversorgung übernommen hatten. Auch beim Finanzieren spielten sie keine größere Rolle. Preußen und dann Deutschland hat seine Anleihen immer ohne große Schwierigkeiten untergebracht und war nie von der Gnade jüdischer Bankiers abhängig, die ihm Anleihen verweigern konnten oder diese nur zu Bedingungen auflegen wollten, die dem Staat schädlich waren.

Endlich darf die Tätigkeit der jüdischen Abgeordneten nicht außer Betracht gelassen werden. Dadurch, daß das Parlament das Recht der Bewilligung der nötigen Gelder auch für das Heer bekommen hatte, hatte es praktisch die Kontrolle über die Stärke und Ausrüstung erhalten und konnte sich in alles, was auf die Armee Bezug hatte, einschalten. Damit war eine neue Gelegenheit für die oben gekennzeichnete Tätigkeit geschaffen, gegen die die Regierung um so wehrloser war, als eine Abwehr auch der ungerechtfertigsten Anwürfe sofort als ein Angriff auf die Freiheit des Parlaments und des Volkes gedeutet wurde.

Wenn es trotz der Stärke der jüdischen Position zu keinen größeren Erfolgen gekommen ist, so ist schuld daran der gesunde Sinn des deutschen Volkes und die damit verbundene instinktmäßige Ablehnung des Fremdrassigen. Sie äußert sich in der Bewegung des Antisemitismus, der weite Teile unseres Volkes erfaßte. Seine Wirkung ist tiefer, als gewöhnlich angenommen wird, weil auch sehr viele Arbeiter zwar offiziell als Anhänger der Linksparteien philosemitisch erschienen, in Wirklichkeit aber das jüdische Wesen doch ablehnten.

In Österreich bleibt die Entwicklung in denselben Bahnen wie im 17. und 18. Jahrhundert. Das führt zu einem erhöhten jüdischen Einfluß in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung. Die Verschiedenheit der Entwicklung in beiden Staaten, die sich schon in der Form des Hofjuden gezeigt hatte, besteht weiter und hält sich bis zum Zusammenbruch. Daher erscheinen auch wesentlich mehr Juden im Offizierstand, als Heereslieferanten und Geldgeber, so daß letztere oft genug die Hand an der Gurgel des Staates hatten.

In der Behandlung werde ich mich, um nicht allzu breit zu werden, auf Preußen und Österreich beschränken; die deutschen Kleinstaaten werden nur gelegentlich herangezogen werden. Das ist berechtigt, denn die Entwicklung ähnelt sich immer mehr der preußischen an, so daß andere Ergebnisse nicht zu erwarten wären.

*

Die Gleichstellung der Juden erfolgte nicht plötzlich. Schon zur Zeit Friedrichs des Großen und Josephs II. sind Emanzipationsbestrebungen im Gange, die in Preußen bei der bekannten Einstellung des Königs ergebnislos sind, in Österreich zum Toleranzedikt von 1781 führen. Anreger und Vorwärtstreiber sind dabei die Juden, die immer wieder an die einzelnen Staatsmänner herantreten, um die Gleichstellung zu erreichen. Wie sie sich diese vorstellen, dafür ist die Entwicklung in Preußen ein schönes Beispiel. Sogleich nach dem Tode Friedrichs II. unternehmen sie die ersten Schritte und erreichen, daß im Oktober 1787 eine „Juden-Reform-Kommission" eingesetzt wurde. Eine Instruktion bestimmte die Punkte, nach denen sie ihre Ar-

heit gestalten sollte, unter anderen auch den über die Heranziehung zum Wehrdienst. Am 10. Juli 1788 hatte sie ihre Arbeit vollendet und überreichte dem König und dem Generaldirektorium ihre Vorschläge, die einen großen Teil der jüdischen Wünsche erfüllten. Aber die jüdischen Generaldeputierten nahmen dagegen Stellung. „Insbesondere lehnen sie es ab, eine Erklärung wegen der Übernahme der Enrollementspflicht für ihre Kommitenten abzugeben. Diese würden ihnen mit Recht den Vorwurf machen, sie hätten sich für ihre Nachkommen Rechte und Freiheiten auf ihre Kosten erworben und wären dadurch an ihnen zu Verrätern geworden. Um den Widerstand der Juden gegen die Übernahme der Heerespflicht richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß eine allgemeine Wehrpflicht damals nicht bestand ... und der Kriegsdienst von den Landeskindern für eine schwere Last, nicht aber für eine Ehrenpflicht angesehen wurde. Ganze Städte ....., ferner bestimmte Personenkreise ..... waren vom Enrollement gänzlich befreit. Und man betrachtete diese Freiheit als ein wertvolles Vorrecht."[1] Also weil die Dienstpflicht eine schwere Last ist, lehnen sie die Juden ab, und weil einzelne Personengruppen und Berufe davon befreit sind, müssen auch die Juden dieses Vorrecht genießen. Und der jüdische Historiker findet das noch im Jahre 1912 ganz richtig. Man sieht, es liegt den Juden gar nicht an einer Gleichstellung mit Übernahme aller Pflichten, sondern sie wollen unter die Privilegierten gerechnet werden und deren Vorrechte für sich in Anspruch nehmen. „Nicht nur gleichberechtigt müßten wir sein, sondern sogar bevorrechtigt", bekannte Dr. Bernhard Sohn. Das beweist auch der weitere Verlauf der Behandlung der Judenfrage. Da sie die Vorschläge der königlichen Kommission ablehnen, machen die Generaldeputierten „privatim" in Hinsicht der Wehrpflicht folgenden Vorschlag: Sie wollen „dem Enrollement nach Kantongesetzen unterworfen sein, doch mit der Vergünstigung, bis zur vierten Generation inklusive für die Befreiung von derselben ein Äquivalent nach dem Beispiel der Mennoniten erlegen zu dürfen"[2]. Die Militärbehörden lehnen dann eine Verwendung der Juden im Heeresdienst von sich aus ab, weil sie für den Militärdienst nicht brauchbar gemacht werden könnten. Daher nimmt sie das Kantonreglement vom 12. Februar 1792 ausdrücklich von der Wehrpflicht aus[3].

Die Berechtigung zum Dienst mit der Waffe erhalten sie durch das Gesetz betr. die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in den preußischen Staaten[4]. Es werden aber keineswegs alle erfaßt, sondern nur „die in unsern Staaten jetzt wohnhaften mit General-Privilegien, Naturalisations-Patenten, Schutzbriefen und Konzessionen versehenen Juden und deren Familien sind für Einländer und Preuß. Staatsbürger zu achten". Es folgen dann in §§ 2 und 3 die Voraussetzungen, die die Juden zu erfüllen haben, um das Staatsbürgerrecht zu erwerben und § 6 faßt noch einmal zusammen, daß diejenigen, die die Vorschriften aus §§ 2 und 3 nicht erfüllen, als fremde Juden angesehen und behandelt werden. § 31 verbietet endlich fremden Juden, „in den hiesigen Staaten sich niederzulassen". Die letztere Bestimmung ist nicht gerade neu. Jeder Staat und jede Stadt erläßt in dem Augenblick, in dem sie Juden aufnehmen, Vorschriften gegen den Aufenthalt der unvergleiteten, und überall müssen diese dauernd wiederholt werden, ein Zeichen, daß sie stets umgangen worden sind. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Juden in den politisch unklaren Verhältnissen im Anfang des 19. Jahrhunderts mehr um die Gesetzesbestimmungen gekümmert haben als in den früheren Jahrhunderten, d. h. wir müssen außer der Zahl der Privilegierten noch eine große Menge ansetzen, denen zwar der Aufenthalt verboten war, die aber trotzdem im Lande wohnten. Das gilt für alle Staaten. Ihre Zahl läßt sich nicht schätzen. Die Tatsache ist aber wichtig. Die jüdischen Schriftsteller haben es sich nämlich angelegen sein lassen, statistisch nachzuweisen, daß die Beteiligung der Juden an den Freiheitskriegen prozentual wesentlich größer gewesen ist als die der anderen Staatsbürger. Mitunter hat man den Eindruck, daß die Juden den Freiheitskampf überhaupt allein geführt und gewonnen haben. „Es ist bekannt und schon oft betont worden, wie die im Übermaß ein-

[1] * Ismar Freund, Die Emanzipation der Juden in Preußen, Berlin, 1912, Bd. I, S. 51.

[2] * Freund, Emanzipation, I, S. 52.

[3] Eugen Frauenholz, Entwicklungsgeschichte des deutschen Heerwesens, Bd. IV, Das Heerwesen in der Zeit des Absolutismus, München 1940, S. 309ff.

[4] Gesetzessammlung für 1812, S. 17.

gehenden Reklamationen zeigten, daß zum Eintritt in die Landwehr im allgemeinen in Preußen damals wenig Lust vorhanden war. Auch hier in Brandenburg war der Eifer im allgemeinen nicht sehr groß. Nur die jüdischen Waffenfähigen der Stadt machten eine rühmliche Ausnahme."[5] Ein Abgeordneter des rheinischen Landtages versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß „sechstausend Israeliten in den Freiheitskriegen gefallen seien"[6] Das würde voraussetzen, daß wenigstens 60 000 Juden den Krieg fechtend mitgemacht hätten. Das preußische Korps Blüchers war demgegenüber 25 000 Mann stark, das Bülows 6500[7]. Man sieht, nach jüdischen Angaben war für die Preußen überhaupt kein Platz. Diese jüdische Behauptung wird gewissermaßen bewiesen auf zweierlei Weise. Einmal werden die Heldentaten einzelner jüdischer Soldaten breit dargestellt. Zum andern wird die Zahl der Freiwilligen lobend hervorgehoben. Von den Juden der Freiheitskämpfe hätten sich 77 v. H. freiwillig gemeldet und nur 23 v. H. seien ausgehoben worden[8].

Um auf den letzten Punkt zuerst einzugehen, so beruhen diese Zahlen auf Schätzung. Nachgewiesen sind in den Jahren 1813 bis 1815 343 Juden, davon 263 freiwillig eingetreten, 80 ausgehoben. Nach diesen bekannten Zahlen sind dann 731 jüdische Kriegsteilnehmer errechnet worden[9]. Diese Zahl kann stimmen, aber auch nicht. Zu unterstellen, daß nun auch die Hundertzahl stimmen muß, ist zum wenigsten gewagt. Ferner dienen die Freiwilligen in den Jägerbataillonen, in denen der Dienst wenn nicht leichter, so doch angesehener war. Der Eintritt in diese Truppenteile ist also mit bedingt aus dem Streben, den besten Kreisen der Nation gleichgeachtet zu werden. Dieser Gesichtspunkt muß bei der Wertung der Freiwilligkeit in Rechnung gestellt werden. Um aber ein klares, einwandfreies Bild zu gewinnen, muß von der Zahl der Juden insgesamt und ihrem Verhältnis zu den anderen Bürgern ausgegangen werden. Auch dann enthalten die Zahlen noch einen Fehler zugunsten der Juden, weil nur die vergleiteten statistisch erfaßbar sind, das fluktuierende jüdische Element aber fehlt. Zahlenmäßig ist das recht erheblich. Im Jahre 1837 werden z. B. in Preußen gezählt: Juden mit Staatsbürgerrecht, bisher Vergleitete: 102 917; Juden ohne Staatsbürgerrecht, d. h. solche, denen der Aufenthalt eigentlich verboten war: 80 662; also über $^4/_5$ der berechtigten Juden. Man muß mithin bei allen Berechnungen diese Juden miteinbeziehen. Denn sie haben auf das Staatsbürgerrecht verzichtet, weil sie die damit verbundenen Pflichten nicht übernehmen wollten. Sie werden auch von anderen Staaten nicht erfaßt.

Das vorausgeschickt, soll nun die Teilnahme der Juden in den Kriegen und im Frieden betrachtet werden. Für Preußen fehlen für das Jahr 1813 genauere Angaben. Doch für das Jahr 1816 haben wir solche; da nicht anzunehmen ist, daß sich die Verhältnisse in diesen drei Jahren wesentlich verschoben haben, mögen diese zugrunde gelegt werden. Danach waren unter 10 349 031 Einwohnern 123 938 Juden, das sind 1,2 v. H.[10] Das militärische Aufgebot betrug 6 v. H. Demnach hätten 7434 jüdische Soldaten am Kriege teilnehmen müssen. Stellt man in Rechnung, daß das Preußen, das in den Freiheitskampf zog, nur die Hälfte seiner Einwohner hatte, errechnet man dementsprechend die Zahl der Juden auf 61 969, dann hätten diese 3718 Soldaten stellen müssen. Tatsächlich waren es 731, „eine Zahl, welche eher zu hoch als zu niedrig erscheint"[11]. Sie haben also im günstigsten Falle nur ein Fünftel von dem geleistet, was sie hätten leisten müssen. Zwar sucht die Vossische Zeitung vom 19. November 1843 die Zahlen des Militärwochenblattes als unglaubwürdig hinzustellen, aber der Gegenbeweis ruht auf sehr schwachen Füßen. Verfasser behauptet, in einem Jägerdetachement seien 30 Juden gewesen; er kann aber nur 20 aufzählen, „die Namen einiger anderen (Pseudo-Christen) zu nennen, verbietet mir die Diskretion". Angenommen, die Angaben seien völlig wahr, so ist damit gar nichts bewiesen. Daß die Jäger bevorzugt waren, ist oben dargelegt, und dann kann

[5] * A. Ackermann, Geschichte der Juden in Brandenburg a. H., Berlin 1906, S. 108.

[6] Allgemeine Preußische Zeitung, 7. 8. 1843.

[7] Colmar Freiherr v. d. Goltz, Kriegsgeschichte Deutschlands im 19. Jh., Berlin 1914, Bd. II, S. 648.

[8] * Juden als Soldaten = Die Juden in Deutschland, Bd. II, Die Juden als Soldaten, hrsg. von dem Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin, Berlin 1896, S. 5, Anm.

[9] Militärwochenblatt, Jg. 27, 4. 11. 1843, S. 347.

[10] Institut zum Studium der Judenfrage, Die Juden in Deutschland, München 1935, S. 22.

[11] Militärwochenblatt, Jg. 27, 1843, S. 347.

ein einzelnes Detachement nicht zur Grundlage der Berechnung gemacht werden, wenn das Wochenblatt 134 Formationen heranzieht. Der Gegenbeweis muß also als mißlungen betrachtet werden.

Nun zu den Friedensverhältnissen. Im Jahre 1837 dienten in Preußen bei einer Einwohnerzahl von 13 883 612 Seelen 137 081 Mann. Das sind 1 v. H. der Bevölkerung[12]. Juden gab es mit Staatsbürgerrecht 102 917, ohne solches 80 662. Danach hätten wenigstens 1029 Juden dienen müssen, wenn nur die berücksichtigt werden, die das Staatsbürgerrecht besaßen, bei der Gesamtzahl sogar 1835. Tatsächlich sind in den Jahren 1816 bis 1842 im ganzen nur 3314 Juden Soldat gewesen, das sind im Jahresdurchschnitt 127, als Höchstzahl werden 334 angegeben. Das ist ein verschwindender Teil. In der Hundertzahl waren Soldaten:

von Juden mit Staatsbürgerrecht im Durchschnitt	0,1 v. H.
von den Juden mit Staatsbürgerrecht höchstens	0,3 v. H.
von den Juden insgesamt im Durchschnitt	0,07 v. H.
von den Juden insgesamt höchstens	0,1 v. H.
von der übrigen Bevölkerung	1,0 v. H.

Ursprünglich war die allgemeine Wehrpflicht nicht auf die Juden der neuerworbenen Provinzen ausgedehnt worden. Hier zahlten sie vielmehr Rekrutengelder. Als ihnen dann durch Verordnung vom 1. Juni 1833 der Eintritt in das Heer gestattet wurde, machten sie davon keinen Gebrauch, sondern zahlten lieber nach wie vor[13].

Auf ihre Beteiligung an den Freiheitskriegen können sich die Juden wirklich nicht berufen, um ihre Gleichwertigkeit nachzuweisen. Daß sie höher liegt als im Frieden, ist selbstverständlich. Um diese Tatsache sind auch die jüdischen Schriftsteller nicht herumgekommen. Die Schuld trägt daran nach ihrer Meinung natürlich nicht der Jude, sondern der christliche Staat, der sie jahrhundertelang eingepfercht gehalten und ihnen damit die Möglichkeit genommen hätte, sich ebenso körperlich zu entwickeln wie die übrigen Bevölkerungsteile. Die Entwicklung der nächsten 26 Jahre widerlegt diese Behauptung. Das Bild ändert sich auch nicht, dadurch, daß einzelne Juden sich im Kampfe bewährt und Auszeichnungen erworben haben. Auch eine Jüdin, Esther Manuel soll den Feldzug als Wachtmeister beim 2. Landwehr-Ulanen-Regiment mitgemacht und das Eiserne Kreuz erhalten haben[14]. All das kann aber das Urteil über die ablehnende Haltung des Gesamtjudentums nicht wankend machen.

Nicht anders sieht es im Jahre 1870/71 aus. Es zogen ins Feld 33 101 Offiziere und 1 113 254 Mann. Das sind bei 40 Millionen Einwohnern 2,8 v. H. Nach jüdischen Angaben haben 4492 jüdische Soldaten am Feldzuge teilgenommen[15]. Deutschland hatte rund $^1/_2$ Millionen Juden. Also zogen von der jüdischen Bevölkerung nur 0,9 v. H. in den Krieg. Daß das Verhältnis sich zugunsten der Juden verbessert hat, ist ein Ergebnis der allgemeinen Wehrpflicht, die die Juden schärfer heranzog auch gegen ihren Willen. Auch wurden diesmal mehr Soldaten in der Heimat und weniger an der Front gebraucht. Insgesamt waren für Front und Heimat 1 494 412 Soldaten und Offiziere eingezogen, das sind 3,7 v. H. der Bevölkerung[16]. Das ist natürlich nicht die Höchstleistung wie in den Freiheitskriegen, denn eine solche kann ein Volk nur in Zeiten der höchsten Not tätigen. Wenn der jüdische Anteil nur 0,9 v. H. beträgt, so widerlegt diese Zahl erstens noch einmal die schon oben zurückgewiesene Behauptung jüdischer Schriftsteller von der Schuld des Staates an der geringen Wehrfähigkeit der Juden und zweitens den von jüdischer Seite verbreiteten Satz, daß „bei ehrlicher Beurteilung die Juden ungefähr eine ebenso große Anzahl von Kriegern gestellt haben wie die übrige Bevölkerung“[17].

---

[12] J. G. Hoffmann, Die Bevölkerung des Preußischen Staates, Berlin 1839, S. 288.

[13] * Juden als Soldaten, S. 9.

[14] Vossische Zeitung vom 9. 12. 1815. * Juden als Soldaten, S. 4.

[15] * Juden als Soldaten, S. 34.

[16] J. Scheibert, Der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland in den Jahren 1870/71, Berlin 1895, S. 295.

[17] * Die Juden im Heer, hrsg. vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Berlin o. J. (1909), S. 36.

Um 1800 werden also die Juden zum zweiten Male in der deutschen Heeresgeschichte wehrpflichtig. Im Mittelalter konnten sie diese Verpflichtung bald wieder abstoßen, weil das Recht des Stadtherren die Quelle dieser Pflicht war, deren Umfang also in dessen Belieben stand. Im 19. Jahrhundert forderte zwar der König gleichfalls als absoluter Herr die allgemeine Wehrpflicht von den Untertanen. Da der Verbindlichkeit, den Staat zu verteidigen, niemand, der dessen Schutz genießt, sich entziehen kann, werden alle Feuerstellen kantonpflichtig[18]. Die Erklärung der Menschenrechte, wonach alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, fand aber auch in Deutschland Anerkennung. So wurde die Dienstpflicht ein Ausfluß des Staatsbürgerrechtes. Ein Verzicht auf jene hätte also auch eine Minderung des letzteren unbedingt zur Folge gehabt. Zerstörte die erste Wehrhaftmachung die völkischen Grundlagen des Waffenrechtes, so kann bei der Emanzipation hiervon keine Rede sein, weil der Begriff des Untertanen wie der des Staatsbürgers von vornherein auf eine völkische Grundlage verzichtet hatte. Er betrachtet den einzelnen Menschen nicht in seinem Verhältnis zum Volk, sondern nur in dem zum Staat und Fürsten. Eine Verschiebung der Rechtsgrundlagen fand also nicht statt, sondern in dem Augenblick, in dem der Jude staatsbürgerliche Rechte bekam, mußte er ohne weiteres auch die staatsbürgerlichen Pflichten übernehmen. Während des 19. Jahrhunderts ging man auch nicht von der staatsbürgerlichen Grundlage ab, erst das Jahr 1935 setzte dafür die völkische ein. Den Juden wurde damit das Recht wie die Pflicht zum Waffendienst nicht entzogen, sondern infolge des veränderten rechtlichen Unterbaues kann ein Wehrdienst für sie nicht in Frage kommen.

Bevor nun die Entwicklung in Preußen-Deutschland weiter verfolgt wird, soll ein Blick auf die Stellung der Juden in Österreich geworfen werden. Hier werden sie im Jahre 1788 wehrpflichtig. Ursprünglich war geplant, sie „zu dem Fuhrwesen, dann zu der Artillerie als Stückknechte zu verwenden"; dann folgte noch in demselben Jahre der Erlaß, daß sie „gleich den Christen konskribiert" werden sollten. Nur die Wiener tolerierten Juden bleiben weiterhin befreit[19]. Dagegen wird Sturm gelaufen, wie in Preußen. Innerhalb ihrer Rasse suchen die bessergestellten den persönlichen Dienst auf die ärmeren Genossen abzuwälzen. So bitten die tolerierten Juden in Wien unter dem 13. März 1809 um eine Änderung der Konskriptionsordnung. Sie wurden bisher nach den Konskriptionsnummern ihrer Häuser ausgehoben; aus jedem Hause mußte also eine bestimmte Zahl junger Männer dienen. Das behagt ihnen nicht. Sie wollen „eine ihrer Familienzahl angemessene und verhältnismäßige Zahl von Rekruten" stellen, die Leute aber selbst aussuchen „aus anderen jüdischen Individuen". Als Grund gaben sie an, daß der Staat nicht geschädigt werde, da er ja dieselbe Anzahl von Rekruten bekäme; die Juden seien aber am besten in der Lage, die geeignetsten Leute auszuwählen. Daß den Tolerierten sehr viel an dieser Regelung lag, beweist der Zusatz, daß sie bereit seien, die ausgewählten Leute auf eigene Kosten zu equipieren und zu erhalten[20]. Sie müssen also sehr große Angst vor der Waffe gehabt haben. Hierzu kommt folgendes: „Die jüdischen Familien seyen in Zahl der Kinder und Mitglieder zwey- und dreymal größer als die christlichen, weil sie sich nur selten trennten ..... nur die männliche Populazion sey es, welche zur Militärdienstpflicht konkurriren und in Anschlag gebracht werden könne." Den Unterschied zwischen Familien und männlichen Einzelpersonen gibt die Tabelle[21]:

Populazion des männl. Geschlechtes		Familien	
Christen	Juden	christliche	jüdische
3272538	186738	2348832	87563

[18] Reglement vom 12. 2. 1792 bei Eugen von Frauenholz, das Heerwesen in der Zeit des Absolutismus, Entwicklungsgeschichte des deutschen Heerwesens, IV, München 1940, S. 309 ff.

[19] * Gerson Wolf, Wie wurden die Juden in Österreich militärpflichtig? In: Wiener Jahrbuch für Israeliten 5628 (1867—1868), S. 61 ff.

[20] * Pribram, Urkunden, II, Nr. 333, S. 179ff. = Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien, hrsg. von A. F. Pribram, Wien 1918.

[21] * Pribram II, Nr. 306, S. 110; vgl. dazu auch Nr. 268, S. 21—30.

Man sieht, wie vorteilhaft die Juden bei einer Berechnung nach Familien abschneiden. Die jüdische männliche Bevölkerung beträgt 5,7 v. H., die jüdischen Familien sind nur 3,7 v. H. der christlichen. Bei der Aushebung nach Familien würden sie fast die Hälfte weniger zu stellen haben als bei der nach der Zahl der Männer. Wenn die Juden aber die erstere zu erreichen suchen, dann ist das ein Zeichen, wie sie sich von der Wehrpflicht zu drücken versuchten. Mußten sie dann wirklich dienen, dann benutzten sie jede Gelegenheit, alle äußeren Kennzeichen des Soldatenstandes abzulegen. Daher muß den beurlaubten Soldaten verboten werden, während ihres Urlaubes jüdische Tracht zu tragen oder sich Bart und Kopfhaar nach jüdischer Sitte wachsen zu lassen. Der Urlaub zu ihrer „Nation" sollte überhaupt eingeschränkt werden, da die Regierung von dem Zusammensein mit anderen Juden nichts Gutes erwartete[22].

Die Abneigung gegen die persönliche Wehrpflicht, die sich in den angeführten Vorschlägen äußert und die wir schon bei den Verhandlungen über die Emanzipation in Preußen kennengelernt haben, zeigt sich auch in den anderen Staaten. Als in dem damals bayrischen Tirol am 17. Februar 1808 die Dienstpflicht eingeführt wird, wird diese sogleich mit der Ablösungsmöglichkeit durch Geld verknüpft. Die Juden haben 9 Mann zu stellen, macht 1665 Gulden. Durch den Erlaß vom 20. Juli 1808 werden aber Menschen verlangt, nicht Geld. Wer also von den Juden persönlich dienen wollte, hätte die Gelegenheit dazu; sie stellen aber einen Ersatzmann, den sog. Einsteher. Um eine betrügerische Schädigung desselben zu verhüten — eine solche muß also vorgekommen sein — muß die ihm versprochene Summe bei der Behörde deponiert werden. Um dem einzelnen die Aufbringung des nötigen Geldes zu erleichtern, schaffen sich die Juden eine Art Versicherung gegen die Militärpflicht; sie gründen einen Verein, der seinen Mitgliedern die Kosten für den Einsteher abnimmt. Diese Vereinsgründung beweist besser als alles andere, wie wenig die Juden gewillt waren, die Lasten, die jeder Staatsbürger tragen mußte, zu übernehmen[23].

Dieselben Verhältnisse finden sich in Württemberg. In der Verordnung vom 4. Juni 1808 wird zwar im § 5 bestimmt, daß ihre Söhne der Konskription nach vollem Untertanenrecht unterworfen seien, ebenso wie sie die Quartierlasten usw. übernehmen müssen. Im § 15 wird dann die Sache eingeschränkt, indem gestattet wird, sich durch eine vorgeschriebene Summe loszukaufen. Auch hier werden nur die Schutzjuden erfaßt. Sobald sie aus dem Schutz austreten, erlischt die Verpflichtung[24].

Typisch jüdisch ist es, daß die hier geschilderte Drückebergerei nun mit allen Mitteln beschönigt und mit patriotischen Phrasen verbrämt wird, so daß sie schließlich als ein Ausfluß besonderer vaterländischer Gesinnung und als ein Opfer der Juden für Volk und Staat erscheint. Im Freiheitskrieg sollen die schon erwähnten Juden von Hohenems zwei Mann stellen. Das tun sie nicht, sondern „aus der treuen und untertänigsten Anhänglichkeit für König und Vaterland" schicken sie zwei Ersatzleute als sog. Freiwillige zu den Landhusaren und rüsten sie auf ihre Kosten aus. Sie zahlen: 1. das Pferd und die Montur, 2. ein Handgeld von 40 Gulden, 3. eine Zulage für die beiden Husaren von 4 bis 6 Kronen für die Dauer des Krieges. Endlich zahlen die beiden Juden, die in den Krieg hätten ziehen müssen, noch 500 bzw. 400 Gulden besonders. Letzterer Umstand und die Höhe der Summe beweist, daß die ganze Angelegenheit von den Juden betrieben wurde, um ihre Leute vom Wehrdienst frei zu bekommen, nicht aus Opferwillen und Einsatzbereitschaft. Die einleitende Phrase ist unwahr und hat nur den Zweck, den wahren Beweggrund zu verbergen[25].

Das ist eine gewissermaßen gesetzlich gestattete Drückebergerei. Daneben tritt die Schiebung. „Aus Anlaß eines speziellen Falles ist man in die Kenntnis eines Mißbrauchs gelangt, welcher in Beziehung auf die Militärwidmung der israelitischen Bevölkerung von bedeutendem Interesse ist und zu seiner Hintanhaltung genaue Direktiven notwendig macht. Um sich nämlich der Militärpflicht zu entziehen, trachten viele, sich Urkunden zu verschaffen, wodurch sie an

---

[22] * Pribram Urkunden II, Nr. 312.

[23] * Tänzer, Tirol, S. 226 = A. Tänzer, Geschichte der Juden in Tirol und Vorarlberg. Teil 1 u. 2. Geschichte der Juden in Hohenems, Meran 1905.

[24] * A. Tänzer, Geschichte der Juden in Württemberg, Frankfurt 1937, S. 16.

[25] * Tänzer, Tirol, S. 201.

einem Ort ihre Ansässigkeit und an einem anderen ihre Tolerierung erweisen können. Von diesen zwei Begünstigungen machen dieselben nun nach den jeweiligen Umständen Gebrauch und beziehen sich, wenn einer ihrer Söhne in dem einen Orte dem Militär gewidmet werden soll, auf ihre Tolerierung in dem anderen; und im Gegenteil, wenn dieser Sohn in dem anderen Ort gefordert wird, auf ihre Ansässigkeit in dem ersten, wodurch die konskribierenden Obrigkeiten irregeführt und viel der Militärwidmung gesetzlich unterworfene Juden derselben entgehen." [26] Dem braucht nichts hinzugefügt werden. Andere benutzen ihre rassischen Verbindungen, um zu verschwinden. So gehen sehr viele aus Böhmen und Mähren nach Wien und tauchen hier unter. Der Judenkommissar will dagegen einschreiten und sie ausheben, findet aber keine Unterstützung bei der Regierung, die ihre Zustimmung versagt [27]. Erst am 16. August 1796 erhält er die Erlaubnis, fremde Juden, die sich in der Leopoldstadt aufhalten, zum Militär auszuheben, soweit sie tauglich und ohne Beschäftigung sind [28]. Der letzte Satz macht das Vorausgehende fast illusorisch, denn irgendeine Beschäftigung ließ sich ja immer nachweisen, zumal die Juden nie ängstlich waren, wenn es galt, dem Staat und seinen Beamten etwas vorzumachen.

Nun führen die Juden allerlei Gründe an, um ihr Verhalten zu begründen und als berechtigt erscheinen zu lassen. Da ist zuerst das religiöse Moment. „Bei den unvermeidlichen Kollisionen zwischen dem Dienst und den jüdischen Zeremonialvorschriften muß das Gewissen des gläubigen Juden in Konflikt kommen." Bei gesetzlich gefordertem Kriegsdienst wären nach dem Gutachten orthodoxer Rabbiner die jüdischen Ritualgesetze kein Hindernis, wohl aber bei einem freiwilligen Eintritt, d. h. auch dann, wenn das Gesetz eine Ablösung durch Geld gestattet und der Jude keinen Gebrauch von dieser Möglichkeit machen würde. Dann bringt er sich ohne Not in die Lage, gegen die Satzungen seines Glaubens zu sündigen [29].

Diese Unterscheidung ist spitzfindig und innerlich unwahr. Zuerst, wann und wo wurde je Rücksicht auf die Bedenken der anderen Religionen genommen. Zweitens dienen sehr viele Juden als Einjährig-Freiwillige und wollen Reserveoffizier werden. Beides ist genau so freiwillig wie das Dienen anstatt der Geldzahlung; aber kein Jude hat je daran gedacht, auf diese Berechtigung zu verzichten; er diente lieber freiwillig ein Jahr als unter gesetzlichem Zwang zwei. Religiöse Bedenken hat dabei kein einziger gehabt. Selbst die Religion benutzen die Juden als Vorwand, wenn es ihnen dadurch möglich wird, sich von einer unangenehmen Pflicht zu drücken. Übrigens wurden die jüdischen Soldaten zu ihrem Gottesdienst genau so kommandiert und hingeführt, wie die der christlichen Konfessionen. Auf die zukünftigen Rabbiner nimmt man noch besondere Rücksicht. Seit 1870 genießen sie auf Intervention des Vorstandes der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde alle Vergünstigungen, welche nach dem Wehrgesetz den katholischen Theologen gewährt wurden, einschließlich der Schüler des Breslauer jüdisch-theologischen Seminars und der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin [30].

Als zweiten Grund für ihre soldatische Minderleistung geben die Juden an, daß sie tatsächlich die Gleichstellung nicht erreicht hätten, denn sie könnten nicht in gleichem Umfange Offizier werden wie die christlichen Soldaten. Daß das gleichfalls ein Scheingrund ist, ergibt sich aus folgendem: „In Frankreich, wo den Juden das Avancement unbedingt offensteht, wird von dem Recht der Stellvertretung so häufig Gebrauch gemacht, daß nur die unbemittelten Juden zum Eintritt in das Heer kommen, während die bemittelten die Stellvertretung wählen, häufig auch die Wohltätigkeit der reicheren Juden für die ärmeren zur Beschaffung der nötigen Mittel der Stellvertretung wirksam in Anspruch genommen wird." [31]

Auch in Österreich waren die Juden bessergestellt als in Preußen. Nach dem Militärstatistischen Jahrbuch für Österreich-Ungarn wuchs der Anteil der jüdischen Soldaten ständig, so daß er im Jahre 1890 mit 3,9 v. H. fast die Hundertzahl der jüdischen Einwohner mit

---

[26] * Pribram, Urkunden, II, Nr. 416, S. 402.
[27] * Pribram, Urkunden, II, Nr. 282, S. 57.
[28] * Pribram, Urkunden, II, Nr. 285, S. 59.
[29] * Juden als Soldaten, S. 9.
[30] * Gerson Wolf, Geschichte der Juden in Wien (1156—1876), Wien 1876, S. 191.
[31] Denkschrift des Ministers des Innern über die Ausdehnung der Militärpflicht der Juden; von 1847; * Juden als Soldaten, S. 9.

4,5 v. H. erreicht hat. Aber wie verteilen sie sich auf die einzelnen Waffengattungen. Im Jahr 1892 dienen:

in der Sanitätstruppe	9,5 v. H.	Juden
in den Militärverwaltungsanstalten	6,5 v. H.	„
in den Militärverpflegungsanstalten	6,1 v. H.	„
in sonstigen Heeresanstalten	4,5 v. H.	„
in den Militärbildungsanstalten	4,5 v. H.	„

Dann kommen erst die für den eigentlichen Kampf bestimmten Truppenteile: Infanterie 4,1, Feldartillerie 3,9, Festungspioniere 3,5, Kavallerie 2,1, Jäger 2,0, Pioniere 1,4 v. H.[32]. Also die Zahl der Juden in den nicht kämpfenden Formationen überschreitet die Hundertzahl der jüdischen Einwohner um ein bedeutendes, während sie bei den anderen dahinter zurückbleibt. Damit schneidet der Jude aber in der Endsumme verhältnismäßig günstig ab:

	Soldaten überhaupt	Juden	Hundertzahl
Kampftruppen	954154	34851	3,6
andere Formationen	89718	4608	5,1
Gesamtzahl	1043872	39459	3,8

Da die Zahl der Juden 4,5 v. H. der christlichen Bevölkerung beträgt, fehlen bei den Kampftruppen fast 1 v. H. Die Zahl würde wahrscheinlich noch größer sein, wenn alle Juden sich ihren Truppenteil aussuchen könnten. Also erfreulicher wird das Bild auch da nicht, wo die Juden alle Rechte, auch das, Offizier zu werden, erlangt haben. Ihre Abneigung gegen den Waffendienst tritt hier genau so zu Tage wie in Preußen.

Nun zu den Beförderungsverhältnissen. In Österreich sind die Juden immer befördert worden, so daß im Jahre 1894 bei 4,5 v. H. jüdischer Bevölkerung 8,1 v. H. jüdische Offiziere vorhanden waren[33]. In Preußen geht die Entwicklung nicht gradlinig. Während der Freiheitskriege sind von 125 namentlich nachweisbaren Kriegsteilnehmern 19 zu Offizieren befördert worden, das wären 15,2 v. H., eine verhältnismäßig sehr hohe Zahl. Auch wenn angenommen wird, daß dies die einzigen wären, so ist das Verhältnis zu 731 jüdischen Soldaten hoch, 2,6 v. H. Erklärlich wird dieser Umstand, wenn man folgendes berücksichtigt. Nur ein kleiner Teil der vorhandenen Juden zog in den Krieg. Das waren natürlich diejenigen, die militärische Neigungen zeigten. Solche brechen immer wieder hervor, denn naturgemäß ist in dem Rassenbrei, den das Judentum darstellt, eine ganze Menge nordischen Blutes vorhanden, das sich immer wieder ausmendelt. Dieser Umstand erklärt auch, daß sich jüdische Soldaten tapfer gehalten und das Eiserne Kreuz erhalten haben.

Nach den Freiheitskriegen werden die Juden nicht mehr zu Offizieren befördert. Heißt es schon im § 9 des Edikts vom 11. März 1812: „Inwiefern Juden zu anderen öffentlichen Bedienungen und Staatsämtern zugelassen werden können, behalten wir uns vor, in der Folge der Zeit gesetzlich zu bestimmen", so wurde 1816 der Grundsatz aufgestellt, daß der Jude, solange er Jude bleibt, „keine Stellung im Staat einnehmen kann, in welcher er als Repräsentant der Regierung über christliche Staatsbürger gebieten würde". Durch die Kabinettsordre vom 30. Juni 1822 wird dann klar und eindeutig festgelegt, daß Juden „immer nur als gemeine Soldaten eintreten, und in dieser Qualität der allgemeinen Pflicht genügen, auf Beförderung in höhere Militär-Chargen aber keinen Anspruch haben"[34]. Ebenso stand ihnen ein Anspruch auf Versorgung im Staatsdienst nicht zu[35]. Auch in Österreich sind „Unteroffizieren und Soldaten mosaischen Glaubens Zivilstaatsbedienstungen nicht zu verleihen". Die Verfügung vom 19. Dezember 1853, nach der ausgediente Soldaten und Unteroffiziere bei der Einstellung

[32] * Juden als Soldaten, S. 113.

[33] * Pribram, Urkunden, II, S. 464, vom 27. 8. 1815 (5. 10. 1834). * Juden im Heer, S. 65. * Juden als Soldaten, S. 113ff.

[34] * Freund, Emanzipation, S. 236.

[35] * J. Heinemann, Sammlung der die religiöse und bürgerliche Verfassung der Juden betr. Gesetze, Berlin 1835, S. 422, Nr. 42.

in den Zivildienst besonders berücksichtigt werden sollen, findet also auf die Juden keine Anwendung[36]. In Preußen bleibt dieser Zustand bis 1850 bestehen. Durch die Verfassung vom 31. Januar 1850 werden die Juden in jeder Beziehung rechtlich gleichgestellt. „Die öffentlichen Ämter sind unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich (Art. 4). Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse (Art. 12). So waren es im Jahre 1870/71 120 jüdische Reserveoffiziere, die den Krieg mitgemacht haben, d. h. 2,4 v. H. der jüdischen Soldaten[37]. Für die Christen ist das Verhältnis 33 101 Offiziere zu 1 113 254 Soldaten, d. h. 2,9 v. H. Der Unterschied beträgt mithin nur 0,5, d. h. es wurden tatsächlich fast ebensoviel jüdische Soldaten zu Offizieren befördert wie christliche. Von einer „Zurücksetzung, die damals die Juden erfahren haben" zu sprechen, wie es der Abgeordnete Gothein in der angeführten Reichstagssitzung getan hat, ist also zum wenigsten leicht übertrieben. Wenn der Jude damit nicht zufrieden war, so ist das nur ein Beweis dafür, daß er immer etwas Besonderes haben muß. Man muß annehmen, daß die Verhältnisse zwischen 1850 bis 1880 ähnlich denen des Krieges gewesen sind, daß also Juden in derselben Weise befördert worden sind wie Christen. Um diese Zeit erscheinen auch die ersten aktiven Offiziere, zum Teil in hohen Stellungen. Eduard Moritz von Fließ, 1820 beim 3. Husaren-Regiment eingetreten, wird Kommandeur des 2. Husaren-Regiments, dann Generalmajor und 1866 Generalleutnant[38]. Friedrich von Uckro wird Flügeladjutant des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach, Hans von Bleichröder wird auf besonderen Wunsch Kaiser Wilhelms I. bei den Bonner Königsulanen eingestellt[39]. Wenn das auch nicht alle Juden sein mögen, die Offizier geworden sind, so muß doch festgestellt werden, daß ihre Zahl nicht sehr groß gewesen ist, eine Überfremdung des deutschen Offizierskorps auf diese Weise also nicht zu befürchten war.

Dieses wehrt sich gegen das Eindringen der Fremden, was es um so leichter konnte, als es sich durch Wahl ergänzte. So kommt es, daß seit 1880 jüdische Soldaten nur noch selten befördert wurden. Dabei handelt es sich sowohl um Offiziere des aktiven Heeres wie des Beurlaubtenstandes. Unterstützt wurde diese Einstellung durch die Kabinettsordre vom 29. März 1890 über den Offiziersatz. „Neben den Söhnen meiner braven Offiziere und Beamten erblicke Ich die Träger der Zukunft Meines Heeres auch in den Söhnen solcher ehrenwerter, bürgerlicher Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und *christliche* Gesittung gepflegt werden." Zwar wurde durch eine andere Kabinettsordre (1909)[40] angeordnet, daß auf das Glaubensbekenntnis bei der Wahl der Offiziere keine Rücksicht genommen werden dürfe; aber es ist klar, daß dadurch die Einstellung des Offizierskorps nicht gewandelt wurde. Natürlich liefen die Juden und ihre Anhänger dagegen Sturm. In Zeitungen, Flugschriften, öffentlichen Versammlungen wurde gegen das angebliche Unrecht vorgegangen, und jede Verhandlung über den Etat des Kriegsministers brachte eine Fülle von Beschwerden[41]. Der Verband Deutscher Juden und der Verein zur Abwehr des Antisemitismus sammelten Material, um die Klagen quellenmäßig und statistisch zu unterbauen. Sie gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß jeder jüdische Einjährig-Freiwillige ohne weiteres Reserveoffizier werden mußte, und wenn er das Ziel nicht erreichte, ihm durch seine Vorgesetzten Unrecht geschehen sei.

Die antijüdische Bewegung, die durch das Offizierkorps geht, findet die Unterstützung der Regierung, zum wenigsten die des Kriegsministers und des Kaisers. Daß letzterer auf der Seite seiner Offiziere stand, geht daraus hervor, daß es immer möglich gewesen ist, jüdische

---

[36] Kais. Erlaß vom 24. 9. 1858 im * Wiener Jahrbuch für Israeliten 5628 (1867/68), S. 65.

[37] Abgeordneter Gothein in der Reichstagssitzung vom 10. 2. 1910 in: * Max J. Loewenthal, Das jüdische Bekenntnis als Hinderungsgrund bei der Beförderung zum preußischen Reserveoffizier, Berl. 1911, S. 116.

[38] Bogislav von Kleist, Die Generale der Königl. Preuß. Armee von 1840—1890, Hannover 1891, S. 33. Peter Deeg, Hofjuden, hrsg. von Julius Streicher, Nürnberg 1938, S. 233.

[39] Deeg, Hofjuden, S. 237; 437.

[40] * Juden im Heer, S. 54.

[41] Vgl. dazu * Loewenthal, Bekenntnis, der einen Auszug aus den Reichstagsreden von 1904 bis 1910 bringt.

Elemente fernzuhalten. Und daß die verschiedenen Kriegsminister nicht gewillt waren, nachzugeben, ersieht man aus der Behandlung, die solche Beschwerden des Parlaments erfuhren. Das Material nimmt der Minister zur Kenntnis, verspricht alles zu untersuchen und Verstöße gegen die Verfassung abzustellen, dann wird bei den betr. Dienststellen angefragt; deren Bescheid lautet natürlich so, daß ein Verstoß gegen die Gesetze sich nicht finden ließ, und damit war die Sache gewöhnlich erledigt. Nur das eine erreichen die Juden, daß immer wieder von der Regierung erklärt wird, daß der Jude wegen seiner Eigenschaft als Jude nicht von der Beförderung ausgeschlossen werden darf. Außerdem wird ihnen bescheinigt, daß sie gute Soldaten seien. „Ich habe nicht gehört, daß sie schlecht dienen. Gegen die jüdischen Soldaten ist nichts zu sagen, und ich bin der Überzeugung, daß sie auch tatsächlich ihre Schuldigkeit im Frieden tun und sie auch im Kriege tun würden.“[42] So weit war das Heer doch in die Abwehrstellung gedrängt worden. Die geschichtliche Bedeutung dieses Zustandes liegt darin, daß die antijüdische, oder wie man damals sagte, die antisemitische Bewegung an einer so geachteten Institution, wie das Heer es war, einen starken Rückhalt fand. Die Worte eines Lagarde u. a. bekamen eine ganz andere Stoßkraft, wenn sie an einer Stelle im Staate in die Wirklichkeit umgesetzt wurden; wenn es eine Stelle gab, in der das Geld nicht das allein Ausschlaggebende war. Wieder wird das Heer zum Träger des deutschen Gedankens. Diese antijüdische Einstellung wird in zivilen Kreisen besonders von der deutschen Studentenschaft getragen, während die Menge der Arbeiter und der Intellektuellen sich höchstens zu einem latenten Antisemitismus bekennt. In den offiziellen Parteiprogrammen wird stets die Gleichberechtigung der Juden anerkannt. „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen“, sagt Bebel einmal.

So sehr also die Haltung des Offizierskorps anzuerkennen ist, so muß doch in zwiefacher Hinsicht eine Einschränkung gemacht werden. Einmal handelt es sich nur um das königlich preußische Offizierkorps, während in anderen Bundesstaaten, besonders in Bayern, eine wesentlich judenfreundlichere Einstellung Platz griff. Das ist in der geschichtlichen Entwicklung begründet; in den kleineren Staaten haben die Juden ihres Geldes wegen von jeher eine ganz andere Rolle gespielt als in Preußen. Von jüdischer Seite wird Bayern geradezu als das Idealland hingestellt, so daß es sich gegen die Anschauung wenden mußte, als ob im bayrischen Heere jeder Jude eo ipso Offizier werden könne[43]. Das zweite ist, daß nur die jüdische Religion bekämpft wurde, nicht die jüdische Rasse. Sobald der Jude sich taufen ließ, konnte er befördert werden, ja es kamen Fälle vor, daß er aufgefordert wurde, zum Christentum überzutreten, um so allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen[44]. Damit setzt sich das Offizierkorps in Widerspruch zu dem im Volke lebenden echten Antijudaismus, der den Juden seiner Rasse wegen ablehnt. „Wir wollen ein Volksheer haben und können es selbstverständlich nur sein, wenn diejenigen, die dieses Volksheer führen, auch der indogermanischen Rasse, dem deutschen Volke angehören ..... Wir erwarten von unserem Offizierkorps, daß es sich diese fremdrassigen Elemente der Juden innerhalb seiner Kreise vom Leibe halten möge.“[45]

Leider war das nicht der Fall. Durch zwei Kanäle drang jüdisches Blut auch hier ein. Der eine war der hier soeben dargelegte Übertritt zum Christentum, der zweite, gefährlichere, die Heirat mit getauften Jüdinnen. Bei der Wertung dieser Tatsache darf nicht nur das Offizierkorps in Betracht gezogen werden; denn jeder Soldat, der jüdisches Blut in den Adern hatte, brachte jüdische Anschauungen in das Heer. Im Deutschen Reich wächst die Zahl der Mischehen: 1901: 658, 1905: 805, 1910: 986, 1913: 1081; die Zahl der Ehen insgesamt: 1901: 468 329, 1905: 485 906, 1910: 496 396, 1913: 513 283; in der Hundertzahl: 1901: 0,14; 1905: 0,18; 1910: 0,19; 1913: 0,2[46]. Diese Zahlen sind nicht richtig. Die Rassenfrage war in ihrer Bedeutung zwar von einzelnen erkannt worden, zu einer

---

[42] Kriegsminister von Einem in der Reichstagssitzung vom 23. 3. 1905 bei * Loewenthal, Bekenntnis, S. 76.

[43] * Loewenthal, Bekenntnis, S. 133.

[44] * Loewenthal, Bekenntnis, S. 71, 107.

[45] Abgeordneter Bindewald in der Reichstagssitzung vom 30. 3. 1908, in: * Loewenthal, Bekenntnis, S. 94.

[46] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

amtlichen Anerkennung gelangte sie aber erst seit 1933. Daher gehen alle Statistiken von der Religion aus und verzeichnen zwar die Ehen zwischen Christen und Juden, aber untersuchen nie, ob sich unter den Christen getaufte Juden befanden. Wenn also der erbadlige Herr von Fließ die ebenso adlige Therese von Schönfeld heiratet, so erscheint das als eine rein christliche Ehe. Dabei ist der eine der Nachkomme des Hofjuden Beer-Fließ und seine Frau die des Moses ben Salomon Dobruschka. In diesem Fall ist kein Schaden geschehen, weil die Ehe tatsächlich rassisch einwandfrei war, beide Teile waren Juden. Aber wenn der Freiherr von Mayer-Ketschendorf oder der Freiherr von Löbenstein-Aigenhorst eine Christin heiraten, dann sind das reine Mischehen, die in keiner Weise in den Statistiken erscheinen[47]. Für den Adel lassen sich einige Fälle klar stellen, für die bürgerlichen Familien wird wohl nie Klarheit erbracht werden.

Eng mit der Frage der Mischehen ist die der unehelichen Kinder verbunden. Deren Zahl wächst natürlich mit der Zunahme der Bevölkerung absolut, aber auch im Verhältnis steigt die Zahl von 8,66 auf 9,1 v. H. Hier läßt sich überhaupt nicht übersehen, wie weit fremdes Blut beim Vater in Frage kommt. Aber wer die Einstellung der Juden zu den blonden Mädchen und die Verhältnisse in den Großstädten kennt, weiß, daß eine große Zahl der unehelichen Kinder Halbjuden gewesen sind. Das geht bis in die höchsten Gesellschaftskreise[48].

Taufen, Mischehen, uneheliche Kinder sind die Kanäle, durch die viel jüdisches Blut in das Heer gelangt, zum größten Teil unbewußt. Die Blutmischung hat eine Aufnahme jüdischer Anschauungen und jüdischer Lebenshaltung zur Folge. Auch hier bei der bekannten Einstellung unserer Offiziere in verhältnismäßig geringem Maße, aber vorhanden ist eine solche doch. Sie muß erwähnt werden, weil sie unter vielen anderen mit ein Grund für die Ereignisse von 1918 ist. Vielleicht ist die Abkehr von der altpreußischen Einfachheit, die noch unter Wilhelm I. der natürliche Lebensstil war, ein Zeichen der Zeit und eine Eigentümlichkeit reich gewordener Enkel. Aber daß deren Grundlage die Anbetung des Geldes ist und daß letztere eine typisch jüdische Eigenschaft ist, kann wohl keiner leugnen, ebensowenig wie den Umstand, daß die Sucht nach Genuß, die dann die üblen Erscheinungen in der Etappe zeitigte, auf der Überschätzung des Materiellen beruht. Zwar stieß das Offizierkorps alle aus, die durch „unehrenhaftes Schuldenmachen" die Standesehre verletzten. Wenn aber der betreffende sich durch eine Heirat mit der Tochter des getauften Kommerzienrates sanierte, dann war die Sache in Ordnung. Dabei wurde übersehen, daß der Keim des Übels in keiner Weise getroffen war.

Schlimmer als dies ist die Tatsache, daß jüdische Anschauungen pazifistischer, antimilitaristischer und antimonarchischer Art in das Heer eindrangen. Sie durften sich nicht offen äußern. In den Mannschaftsstuben fanden regelmäßig Revisionen statt, bei denen nach verbotenem Schrifttum geforscht wurde, und in den für Soldaten erlaubten Bierlokalen durften Zeitungen der oben gekennzeichneten Art nicht ausliegen. Aber erreicht wurde dadurch nichts, oder nur das eine, daß der Soldat sich zwei Jahre lang ausschwieg, um sich dann nach seiner Entlassung einer Linkspartei anzuschließen. Die geistige Einstellung des Reservemannes konnte überhaupt nicht beeinflußt werden. Aber auch in Offizierskreisen müssen solche Zersetzungserscheinungen vorhanden gewesen sein. Bis 1914 wurden solche Elemente ausgeschaltet. Daß sie aber vorhanden waren, beweist das Auftreten eines Mannes wie des ehemaligen Obersten Gädke, der judenfreundliche und militärfeindliche Artikel im Berliner Tageblatt schrieb, um ein Beispiel anzuführen. Nach 1918 wird der Kreis der Abgefallenen größer, und das ist ein Beweis dafür, daß Gedanken pazifistischer und antimonarchischer Art schon während der Vorkriegszeit gehegt wurden; denn so plötzlich konnten sie sich sonst nicht entwickeln und zur Reife kommen. Aber betont muß werden, daß es sich hier um Außenseiter handelt und daß die Masse der Offiziere intakt war und auch nach dem Zusammenbruch den alten Geist bewahrt hat und ihm treu geblieben ist, so daß das 100 000 Mann Heer ein Hort vaterländischer Gesinnung und soldatischer Haltung werden konnte.

Wurde hier der Angriff des Judentums abgewehrt, so läßt sich das leider von den Reservisten nicht sagen. Hier war schon vor 1914 viel Fremdes eingesickert, zum Teil dem betreffenden

[47] Deeg, Hofjuden, S. 233, 234, 236; dort mehr Beispiele.
[48] Deeg, Hofjuden, S. 234.

völlig unbewußt. Mit folgenden Mitteln bearbeitete das Judentum den Deutschen: Theater, Zeitung, besonders die Illustrierten und die Witzblätter, Literaturerzeugnisse, wissenschaftliche Abhandlungen, Reichstags- und Wahlreden. Über den Anteil der Juden an den einzelnen Erscheinungen braucht nichts gesagt zu werden, er ist bekannt genug. Aber die Art der Anwendung muß gekennzeichnet werden. Am gefährlichsten ist wohl die Ausnutzung des belletristischen Schrifttums zu einer antisoldatischen Propaganda und zwar deshalb, weil sie so versteckt war. Der Berliner hat dafür ein treffendes Wort, er sagt, sie machen das Heer madig. Diese Art beginnt mit der Emanzipation. So schreibt Heinrich Heine um 1850: Wie geht's in Berlin den Leutenants / Der Garde? Haben sie noch ihre Arroganz / Und ihre geschnürte Taille? / Schwadronieren sie noch von Kanaille?

In diesen vier Zeilen erscheinen die Offiziere als innerlich hohle, nur auf Äußerlichkeiten bedachte Menschen; die Form Leut-e-nants zieht den Stand ins Lächerliche; er wird in Gegensatz zur Kanaille gesetzt, d. h. dem von den Leutenants als minderwertig geachteten, deshalb aber gerade wertvolleren Volksteil. In der Wortauswahl hört man das Rätseln heraus. Dazu kommt die flüssige Form. Die Verse fallen leicht ins Ohr, man behält sie schon nach dem einmaligen Lesen; sie lassen sich also leicht zitieren. Diese sprachliche Gewandtheit ist in der Regel auch den anderen jüdischen Erzeugnissen eigentümlich, ebenso die witzelnde Form[49]. Heine ist der Dichter der Lorelei, seine Werke fanden sich in vielen Hausbibliotheken. Man las ihn, und wer auch seine Tendenz ablehnte, konnte sich eines vergnügten Schmunzelns doch nicht enthalten darüber, daß er es den Leutenants ordentlich gegeben hat. Bei klar denkenden Menschen konnte kein Schaden angerichtet werden, aber Jugendliche und solche mit begrenzter Urteilskraft waren doch sehr gefährdet. Aber schließlich war Heines Einstellung klar und eindeutig ausgesprochen. Ihr zur Seite tritt eine andere Art, die nicht so ehrlich ist,. Ein Beispiel. „Ich bin mit der Vorliebe für den Soldatenstand geboren ..... Ich wurde Hauptmann bei der Schutztruppe ....., bin bei den Gefechten am Waterberg verwundet worden ..... Unsere jungen Herren fand ich so ohne jede Herzlichkeit, daß sich einem der Gaumen zusammenzog, wenn man mit ihnen redete. Immer bloß aufs Elegante versessen, geschniegelt wie die Reitpferde und trocken wie Stiefelsohlen. Keiner, der aus eigenem was vorstellte, erst durch sein Geld oder sein Amt oder seine Orden."[50] Der Mann, der hier seine Erlebnisse erzählt, wird vom Verfasser als einwandfrei soldatisch-eingestellt geschildert; ja noch mehr, er hat sich im Felde bewährt, was damals nur wenigen vergönnt gewesen war. Sein Urteil wird also als völlig objektiv dem Leser suggeriert. Wie lautet es? Keine Persönlichkeit, alles hohl, auf Äußerlichkeiten versessen. Dann erzählt er eine Ehebruchsgeschichte: Ein Major, „er gehörte zu jenen Offizieren vom alten Schlage, die durch Rauheit und martialisches Auftreten an verjährte Verdienste erinnern und den Mangel an gegenwärtigen verdecken wollen", heiratet eine ausgesprochene Kokotte, die auch nach der Ehe ihren Beruf nicht aufgibt und dabei doch die erste Dame des Städtchens ist. Sie verdreht dem Berichter so den Kopf, daß er schließlich den Major ermordet, nach der Tat von ihr abgewiesen sich dem Gericht stellt. Durch die oben gekennzeichnete Einleitung erreicht Wassermann, daß nicht nur der Anschein der Wahrhaftigkeit und Objektivität erweckt wird, sondern darüber hinaus, daß die Erzählung als typisch gewertet wird. Daher auch die allgemein gültigen Urteile. So sieht also das gefeierte Offizierkorps aus, das verlangt von unseren Söhnen unbedingte Unterordnung und ist selbst völlig verrottet. Der erste Stand wird so zum minderwertigsten. Daß durch solche Erzählungen die selbstverständliche Achtung, die ein Volk dem Stand, der es im Ernstfall führen soll, schuldet, untergraben und stark geschwächt wird, wenn nicht gänzlich vernichtet, ist klar. Die Wirkung in die Breite kann man sich ausmalen, wenn man bedenkt, daß die Novelle in einer Sammlung erschien, in der der Band eine Mark kostete und die auf allen Bahnhöfen und Zeitungsständen gekauft werden konnte. Dazu das Urteil der Presse: „Diese Novellen sind belletristische Kunstwerke von einer so feinen und sicheren Arbeit, wie wir in der heutigen deutschen Literatur nicht viele besitzen. Wie hier alles in den Verhältnissen abgewogen ist, wie anmutig und doch streng die

---

[49] * Heinrich Heine, Die Menge tut es, in Letzte Gedichte. Sämtl. Werke, Bd. XI.

[50] * Jakob Wassermann, Der niegeküßte Mund. Treunitz und Aurora, Bekenntnisse eines Offiziers. Fischers Bibliothek zeitgenössischer Romane, 3. Reihe, 12. Bd., Berlin o. J., S. 83, 85, 86.

Linie fließt, wie das Zierrat sich verteilt, Licht und Schatten sich verhalten — alles das verrät einen in Deutschland sehr seltenen Kunstverstand und ungemein viel Talent."[51] Man beachte das Zusammenarbeiten von Presse und Verfasser. Wer dann solches las und in der Auslage den Band für billiges Geld fand, kaufte dieses „Kunstwerk", und wenn er nicht sehr kritisch eingestellt und hellen Kopfes war, wirkte das Gift, ohne daß er etwas ahnte. Weitere Käufer lockte der verheißungsvolle Titel „Der niegeküßte Mund" an. So werden solche Erzeugnisse mit Leichtigkeit unter das Volk gebracht.

Eine weitere Art wirkt durch eingestreute Zwischenbemerkungen, die an und für sich nichts mit der Sache zu tun haben, sondern nur den Zweck verfolgen, den Soldatenstand in Mißkredit zu bringen, lächerlich zu machen und seine Träger als geistig zurückgeblieben hinzustellen. Dabei wird gleichzeitig erreicht, daß der Leser sich diesem Stande an Geistesschärfe überlegen fühlen und infolge davon dann das Soldatwerden als einen Abstieg empfinden soll. In seinem Roman Barbara läßt Franz Werfel einen Journalisten, Ronald Weiß, auftreten. Er schreibt für die bedeutendsten deutschen und österreichischen Zeitungen. Bei Kriegsausbruch werden ihm von allen Seiten die glänzendsten Angebote gemacht. „Er lehnt alles schlankweg ab, denn ihm war es darum zu tun, den Krieg als Infanterist, als Grabensoldat zu erleben, mehr aus Gründen der journalistischen Erkenntnis n a t ü r l i c h als aus patriotischem Pflichtgefühl."[52] Hätte Werfel das eine Wörtchen „natürlich" fortgelassen, so wäre Ronald Weiß als eine nach der Meinung des Verfassers minderwertige Type erschienen. Das Wort entschuldigt den hochstehenden Menschen, daß er sich so minderwertigen Diensten hingibt, aber da er ja ein geistiges Interesse hat, kann man ihm verzeihen, daß er in den Graben gegangen ist. „Patriotisches Pflichtgefühl" ist für diese Krone der Menschheit natürlich viel zu belanglos, als das man sich davon bestimmen lassen könnte. Gleichzeitig wird der Mensch, der aus Vaterlandsliebe und Pflichteifer handelt, als dumm, als Herdentier hingestellt, der sich von „verbrauchten Ehrbegriffen" leiten läßt, die so gar nicht mehr zum Fortschritt der neuen Zeit passen. Schließlich will sich aber doch kein Mensch selbst für einen Trottel halten. Man sieht, wie geschickt die jüdischen Literaten arbeiten. Dabei kann er dann noch seine Geistigkeit und seinen Witz glänzen lassen. Die Ersatzkadres, „diese rührigen Fabriken zur Erzeugung von Blutfutter"; „die Falle des Krieges". Auf einem Transport entfliehen zwei Deserteure; ihre Kameraden können „den Ausdruck verbissenen Triumphes nicht verhehlen. Befriedigter Sklavenstolz bewundert die Kühnheit der Mitsklaven, die ihre Ketten zerbrochen hatten". Die beiden Deserteure sind die einzigen Gesunden, „die zum vernunftmäßigen Handeln den wahren Mut haben." Der Vergleich des Soldaten mit einem bissigen Köter; „der Laie vergißt, daß die Munitionsindustrie ein Recht darauf hatte, daß die von ihr hervorgebrachten Güter konsumiert würden"; „Krieg, Militär, Verwundung und ähnliche Schweinereien"[52]. Oft wird man philosophisch: „Es liegt im Wesen jedes Krieges, daß er unaufhaltsam zum Annexionskrieg wird. Zu allen Zeiten lassen sich die Generale nicht gern im Kriegführen stören; zu selten für ihren Geschmack erweisen ihnen die Völker diese gute Gelegenheit, darum je länger, je lieber."[53] Wohlverstanden, das ist eine Blütenlese aus Erzeugnissen der Unterhaltungsliteratur. Solche Bemerkungen werden noch gefährlicher und in ihrer Wirkung verhängnisvoller, wenn der Name des Verfassers nicht andeutet, daß es sich um Juden handelt. Deshalb schreiben viele unter einem Decknamen.

Über die Haltung der jüdischen Zeitungen braucht nichts gesagt zu werden. Doch folgendes darf noch erwähnt werden. Auch hier tarnt der Jude gern seine wahre Einstellung. Daher konnte der Abgeordnete Dr. Müller-Sagan von einer „gutgesinnten Presse vom Schlage des Berliner Tageblattes" sprechen[54]; ohne Widerspruch befürchten zu müssen. Wie es in Wirklichkeit um diese Zeitungen aussieht, mögen folgende Beispiele zeigen. Das Berliner Tageblatt will vortäuschen, als ob es Heldentum und soldatische Einsatzbereitschaft hochschätzt. Daher

---

[51] Die Zeit, Wien 1900, S. 27.

[52] * Franz Werfel, Barbara oder die Frömmigkeit, Berlin-Wien 1929, S. 217, 223, 231, 233, 235, 323, 370, 511.

[53] * Stefan Zweig, Marie Antoinette, S. 519.

[54] * Loewenthal, Bekenntnisse, S. 77. Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1934, S. 266.

druckt es ein Gedicht ab: Der alte Soldat an Liliencrons Grab. Soldatenspiel, Soldatenhieb, Soldatenlied, Soldatenlieb / Soll stets zusammengehn. / So könnt ihr vor dem toten Mann, der das mit Wort und Schwert getan, / Mit Ehren einst bestehen.

Aber das ist nicht die wahre Gesinnung. Die zeigt sich vielmehr in folgenden Aufsätzen. „Die schwäbische Kaiserparade. Man ist durchaus nicht so einfältig im Schwabenland, daß man eine große Truppenübung, bei der fünf Korps zusammengezogen werden, für überflüssig halten würde. Aber man denkt, das wäre genug, und man vermag nicht einzusehen, warum eine Woche vor Beginn des Kaisermanövers die Hauptstadt Württembergs eine solche Einquartierungslast fünf Tage lang erhalten soll. Einzig allein wegen eines schwäbischen Parademarsches vor dem Kaiser ..... Man glaubt gar nicht, welchen Grad von Begeisterung für die Kaiserparade in Großstuttgart herrscht." Das ist ganz echt. Natürlich müssen große Übungen sein, nur der als nutzlos hingestellte höfische Prunk einer Kaiserparade wird bekämpft. Wenn nun Unzufriedenheit entsteht, sind eben der Kaiser und die Generale daran Schuld. Über militärische Reformen in Frankreich wird berichtet. Schon die Überschrift zeigt, daß es sich um etwas Gutes handelt. Lobend wird hervorgehoben, daß das neue Gesetz eine erhebliche Einschränkung der Leutnants und Unterleutnants bringen soll. Ein nachahmungswertes Beispiel! Daß weiter für die Ernennung der Juden zu Offizieren Propaganda gemacht wird, ist selbstverständlich. Gädke, früher Oberst und Kommandeur des Feldartillerieregiments 41, schreibt über den Rücktritt des Kriegsministers von Einem: „Das gleiche Versagen gegenüber den Klassen- und Konfessionsunterschieden. Während er erklärte, daß in der Konfession kein Hindernis liegen dürfe, fügte er gleich mit bedauerndem Achselzucken hinzu, daß er kein Zwangsmittel gegen die Offizierskorps zur Verfügung habe ..... Beim Duellunwesen ist alles beim Alten geblieben. Der Offizier, der sich nicht duelliere, könne im Heere nicht geduldet werden, weil er die Standesanschauungen verletze. Wir wissen, daß nach wie vor im Namen der Standesehre noch immer gesündigt wird gegen alles, was uns heilig, anständig, ehrenhaft erscheint." Sehr vorteilhaft ist es, wenn man für solche Artikel einen Offizier gewonnen hat. Damit wird der Eindruck erweckt, als ob jeder rechtlich denkende Mensch auf seiten des Tageblattes stehen müsse, um Mißstände, die auch von Offizieren erkannt werden, ausrotten zu helfen. Das Eintreten für Recht und Gerechtigkeit, für Menschenrechte und die Reichsverfassung ist ein beliebter Vorwand, hinter den man die wahren Absichten verbergen kann. Die Militärbehörde „geht es nichts an, ob ein Offizier des Beurlaubtenstandes sozialdemokratisch spricht, schreibt, wählt oder agitiert, so lange er sich nicht strafbar macht. Die Gebietiger des Heeres versetzen selbst zahme Gemüter durch ihre Schroffheit, ihre Übergriffe, ihre absolutistische Mißachtung der Gesetze in Erregung. Der gegenwärtige Zustand, der die Rechte des Reichstages, die bürgerliche Freiheit und oft die Ehre der Bewohner dieses Landes gleichmäßig bedroht". Ebenso werden die Grundlagen jeder soldatischen Haltung, Tapferkeit, Vaterlandsliebe lächerlich gemacht und als nicht erwünscht, für das deutsche Volk sogar oft als schädlich hingestellt. „Die Ostmarkenpolitik der preußischen Regierung hat uns bei einer Verschärfung aller Gegensätze im Osten, bei einer beispiellosen nationalen Verhetzung der Bevölkerungsgruppen und der Ansiedlung von 14000 Kolonisten nur eine Bloßstellung vor der ganzen Kulturwelt eingebracht." Für die Notwendigkeit, den deutschen Osten durch deutsche Bauern zu sichern, hat das Berliner Tageblatt kein Verständnis. Das ist ihm ein überspannter Nationalismus, dessen sich der Kulturmensch schämen müsse.

Besonders widerlich wird diese Haltung, wenn sie in der Erzählung, unter dem Strich erscheint. Am Schluß einer Erzählung „Die Hochtour". „Als Held hatte sich der Sänger in diesem Augenblick nicht bewährt. Aber schließlich, ist man nicht lieber für fünf Minuten ein Feigling als für immer ein toter Mann?" Auch gibt man sich gern wissenschaftlich: „A. Cimber, Die Entseelung des Waffenhandwerks. Zur Psychologie des Militarismus. Das Geschäft des Soldaten besteht darin, den komplizierten Mordapparat in die richtige Funktion zu bringen. Der Kampf ist für den einzelnen das Morden aus dem Hinterhalt geworden. Nicht die ausbrechende Kraft und der blind wagende Mut retten das Leben, sondern die auf Deckung spähende Ohnmacht und die zagende Vor- und Umsicht. Vom Marschieren ist zu sagen, daß es den individuellen Potenzen nicht die mindeste Betätigung bietet, vielmehr psychologisch gesprochen, dem Soldaten eine gewisse Passivität und Wurschtigkeit anerzieht. Es liegt etwas

Tückisches, Feiges, Hinterhältiges in dem Schießen. Das Pferd ist dasjenige Wesen, welches in das reglementarisch disziplinarisch minutiös geregelte Leben des modernen Soldaten ein Stück Seele, ein Stück Menschlichkeit, hineinbringt." Die wissenschaftlich anmutende Überschrift will zeigen, daß hier irgendeine Voreingenommenheit angeblich nicht herrscht, sondern daß der Verfasser ganz objektiv untersucht. Wenn er dann zu solchen Ergebnissen kommt, dann liegt das in der Sache begründet. Die zwangsläufige Folgerung: geht nicht zu dieser stumpfsinnigen, geisttötenden Einrichtung, vor allem nicht zu der Infanterie, die liest man zwar zwischen den Zeilen, aber der Verfasser zieht sie nicht, ist also auch nicht dafür verantwortlich zu machen, wenigstens nicht nach seiner Meinung.

Muß denn überhaupt ein Heer da sein? Müssen dafür Unsummen ausgegeben werden? Panzerkreuzer oder Brot? Das englisch-deutsche Freundschaftskomitee sieht, wie das ganz verständlich ist, das Anwachsen der Ausgaben für die deutsche Seerüstung mit Bedauern. Ihm antwortet das deutsch-englische: „Wir ermessen vollkommen, daß jeder Krieg, auch der glücklichste, ein nationales Unglück ist. Wir sind eins in der Erkenntnis, daß die Unsummen, welche die Rüstungen zu Wasser und zu Lande verschlingen, große sich immer steigernde Lasten den beiden Völkern auferlegen, die kaum mehr zu tragen sind, weshalb auch wir eine Herabminderung der Rüstungen freudig begrüßen würden." Dazu die Schriftleitung: „Hoffentlich gewinnen die vernünftigen Ansichten in England und Deutschland immer mehr Anhang."

Als vom Reichstag die neue Steuergesetzgebung angenommen ist, erscheint eine halbseitige Anzeige. In ganz großen Buchstaben: „Die neuen Reichssteuern", darunter etwas kleiner: „für Tabak, Beleuchtungsmittel, Zündwaren, Branntwein, Parfümerien erlangen binnen kurzem Wirksamkeit. Um den Bedarf rechtzeitig zu decken, offerieren wir zum Teil zu Extrapreisen". Unterschrift Kaufhaus des Westens. Rechtzeitig heißt natürlich vor Eintritt der Wirksamkeit. Einige Preise aus der folgenden Liste seien hergesetzt: Pommeret & Co: 3,25 M.; Henessy... 7,50 M.; Stonsdorfer (Körner) 1,25 M.; Goldwasser (Lachs) 2,05 M.; Deutscher Kognak 0,95; Berliner Getreidekümmel 1,10 M. Damit vergleiche man die heutigen Preise. Ein Grund zum Klagen war also wirklich nicht vorhanden, selbst wenn der Berliner Getreidekümmel auf 1,50 M. gestiegen wäre. Aber man kann so ganz harmlos gegen die Vorlage hetzen, obwohl oder vielleicht auch weil durch sie die Bezüge der Soldaten erhöht werden sollten.

Zum Schluß noch ein besonders feiner Trick, der in Deutschland immer zog, das Ausland kam zu Wort. „Ein hier weilender Engländer schreibt uns: der diensttuende Beamte fragt mich in dem überall bekannten Unteroffizierston..... da im Lande Preußen St. Bureaukratius vom Militärpaß ebensowenig zu trennen ist wie die Biene vom Honig." Unteroffizierston, Militärpaß, wie lächerlich das alles. Der freie Engländer kennt so etwas nicht, aber die dummen Deutschen, die noch immer keine wahren Demokraten geworden sind, sondern sich nach wie vor unter der Fuchtel beugen und dabei noch stolz sind, den bunten Rock tragen zu dürfen.

Wenn hier das Berliner Tageblatt ausführlicher behandelt worden ist, obgleich die Art seines Wirkens vielleicht schon bekannt ist, so aus dem Grunde, weil es die Zeitung war, die im Auslande am meisten gelesen wurde. Von der Wirkung auf dieses könnte man absehen, aber auch die reisenden Deutschen bekamen oft keine andere Zeitung in die Hände, so daß sie auch gegen ihren Willen sich der Gefahr der Infizierung aussetzen mußten. Im übrigen ist das hier Gegebene nur eine kurze Blütenlese aus zwei wahllos herausgegriffenen Wochen[55]. Es ist leicht auszumalen, was da im Laufe eines Jahres an Hetzereien gegen Heer und Soldatentum geliefert wurde. Und das war eine „militärfromme" Zeitung. Was ausgesprochen militärfeindliche sich leisteten, braucht nur ausgedeutet zu werden. Ergänzt wird das Bild durch Witze und Erzählungen in den illustrierten Beilagen. Der Ulk, das Beiblatt zum Berliner Tageblatt, der Wahre Jakob, Simplizissimus, auch die Lustigen Blätter, um nur einige zu nennen, verfolgen in Wort und Bild dieselbe Tendenz. Sie waren in ihren Wirkungen vielleicht noch furchtbarer, weil ihre Einstellung nicht so eindeutig herauskam und weil sie auch gern in Kreisen gelesen wurden, die ihrer Weltanschauung nach die linksstehenden politischen Zeitungen ab-

[55] * Berliner Tageblatt, 38. Jg., 1909, 2. 8.; 13. 8. 12. 8.; 1. 8.; 17. 8.; 12. 8.; 16. 8.; 9. 8. im Beiblatt der Zeitgeist; 9. 8.; 5. 8.

lehnten. Für den Feind waren alle diese Erzeugnisse ein gefundenes Fressen. Seine Propaganda konnte überall in der Welt zeigen: so minderwertig ist der deutsche Militarismus auch in den Augen der Deutschen, so sehr sehnt sich das deutsche Volk nach Befreiung. Von sich aus brauchten unsere Gegner nichts hinzuzutun; in Deutschland wurde ihnen genügend Material geliefert. Das haben sie auch weidlich ausgenutzt. Ebenso konnten sie auf deutsche Äußerungen gestützt, ihren Kampf zur Vernichtung Deutschlands vor der Welt als einen Krieg zur Befreiung des deutschen Volkes hinstellen. Soweit ich sehe, ist diese Materie noch nicht genügend durchforscht und dargestellt. Eine Monographie über dieses Thema wäre aber sehr erwünscht.

Zu dieser geistigen Hetze gesellt sich in rechtlicher Hinsicht das Bestreben, die Grundlage der Disziplin zu zerstören dadurch, daß dem Heere die Gerichtsbarkeit genommen wird. Da aber in dieser Sache Erfolge erst im Kriege und nach dem Zusammenbruch errungen wurden, möge sie weiter unten im Zusammenhang behandelt werden.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß es sich die jüdische Presse und das jüdische Schrifttum stets angelegen sein ließ, als Gegenstück zu dem von ihnen als leicht verblödet und degeneriert geschilderten Soldaten den Juden als den wahren Kulturträger und seine geistigen und moralischen Qualitäten als denen der Arier weit überlegen hinzustellen. Auch hier teils in offener, teils in versteckter Form. Die politische Tagespresse, soweit sie unter jüdischer Leitung steht oder von jüdischem Gelde unterstützt wurde, schreibt ganz offen: „Das (judenfreie) Reserveoffizierkorps ist schuld daran, daß unser ganzer Beamtenstand zu leiden hat; weil dieses Reserveoffizierkorps in einem gewissen Verhältnis zu dem Militär steht, das hat uns geradezu in unserer Kultur zurückgebracht.“ [56] Als Tarnung muß man es werten, wenn Dr. A. Landsberger eine Rundfrage veranstaltet über die Wirkung des Zionismus bzw. der Assimilation. Er gibt den Anschein, sine ira et studio vorzugehen: „Um ein objektives, klares und ungefärbtes Bild zu erhalten, durfte ich mich bei der Auswahl der Personen, an die ich mich wandte, nicht von Sentiments leiten lassen.“ Er gibt das Buch auch nicht selbst heraus, sondern als solcher zeichnet Werner Sombart. Im Jahre 1912 erschien dann schon die zweite Auflage. Wer es also in die Hand nahm, mußte glauben, ein wissenschaftlich einwandfreies Werk vor sich zu haben. Darin schreibt Heinrich Mann: „Nicht der Jude ist verloren, der sich totschießt, weil er nicht Reserveleutnant wird, sondern auch der, der es wird; denn für ihn ist es zu Ende mit dem Zwang, Geist zu haben, mit dem Zwang, den Geist wenigstens zu lieben und ihn bei seinem „Wirtsvolk“ geltend zu machen. Was aber soll, wenn auch die Juden versagen, aus einem „Wirtsvolk“ werden, das schon jetzt an geistiger Unterernährung krankt? Wenn kein Jude mehr das öffentliche Leben ein wenig geistiger macht, und keine Jüdin mehr die Liebe? Die Folgen der vollständigen Assimilierung und die der Trennung wären gleich schauderhaft.“ [57] Solche Äußerungen sind für das Judentum besonders wertvoll. Seine Kulturhöhe im Gegensatz zur deutschen wird stark betont, die Formulierung ist ein wenig witzelnd, das zweimalige Setzen der Ausführungsstriche bei Wirtsvolk bringt diesen Ausdruck in Mißkredit und schließlich die Verknüpfung mit der Liebe, der die Jüdin einzig und allein Sinn und Inhalt geben kann. Und ganz besonders: Heinrich Mann ist kein Jude. Seine Bemerkungen sollen also nach der Absicht Landsbergers, völlig objektiv erscheinen, und der Deutsche täte gut daran, wenn er sich zu solch geistig wertvollen Ansichten durchkämpfen würde. Wenn er es aber nicht tut, so zeigt er eben, daß er selbst bei mildernden Umständen als geistig unterernährt gewertet werden müßte. Solche Auslassungen sind mit Geld gar nicht zu bezahlen, sie fördern das Judentum in einer Weise, wie es reine Juden gar nicht tun könnten. Wer dann zur Abwehr das Wort Judengenosse dieser Art entgegenschleuderte, mußte befürchten, von allen Seiten lächerlich gemacht zu werden. Über Heinrich Mann selbst ist wohl kein Wort mehr nötig.

Unterstützt wird dieser Kampf des Judentums gegen alles Soldatische durch eine Zeitströmung, die Entwicklung zur Demokratie, die von den Juden restlos ausgenutzt wurde. Das Offizierkorps stand infolge seiner konservativen Einstellung dieser Strömung konträr gegenüber, und das wurde als reaktionär und volksfeindlich ausgelegt. Nahrung fanden solche An-

[56] * Loewenthal, Bekenntnis, S. 75.

[57] Werner Sombart, Judentaufen, München 1912, S. 5; 69.

würfe in der Tatsache, daß es stark exklusiv war. Nicht nur die einzelne Persönlichkeit wurde gewertet, sondern auch die Familie und sein Beruf. Zwar schrieb das Wehrgesetz vom 9. Februar 1813 vor, daß „jeder im Militärdienst Angestellte ohne Unterschied des Standes und Vermögens nach seinen Fähigkeiten und nach seinem Betragen zum Offizier oder Unteroffizier befördert werden" sollte[58]. Aber in der Praxis wurde doch allerlei Rücksicht auf Vermögen, Stand der Eltern usw. genommen, und aus dem Mannschaftsstande ist überhaupt niemand befördert worden. Daß einzelne Regimenter ein rein adliges Korps hatten, kommt hinzu. Da hakte die jüdische Gegenpropaganda ein, indem sie die Weigerung, Juden zu Offizieren zu machen, als reaktionäre, antidemokratische Einstellung wertete, was übrigens nicht einmal so falsch war. So machte sich der Jude zum Vorkämpfer dieser demokratischen Zeitströmung und erntete dafür den Beifall und die Unterstützung der Linksparteien. „Den demokratischen Grundsätzen würde es entsprechen, wenn der Offizier von den Mannschaften gewählt würde. Aber daß das Offizierkorps sich durch Zuwahl ergänzt, das ist gerade das Gegenteil von demokratisch, das kann man höchstens als oligarchisch bezeichnen, und vielleicht ist dem Herrn Kriegsminister der Unterschied zwischen Demokratie und Oligarchie bekannt. Aber es ist eigentlich das rückständigste und mittelalterlichste Wesen, was wir haben. Es ist ein rein ständisches, zünftlerisches Prinzip, das Prinzip der Kaste, und die Kaste steht dem demokratischen Prinzip am schroffsten gegenüber."[59]

Schließlich konnte man die Hetze sogar noch als aus der Fürsorge für Volk und Heer geboren hinstellen. Es fehlten nämlich bereits im Jahre 1909 im Heere 295 Assistenzärzte und über 900 Offiziere. Man weiß ein sehr einfaches Mittel, diese Lücken auszufüllen, „wenn man konfessionelle Gegensätzlichkeiten und Vorurteile zurückstellen möchte. Vorurteile müssen an sich bekämpft werden; wenn diese Vorurteile aber dazu führen, daß die Gesundheitspflege in unserem Heere darunter leidet, so haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu fordern, daß diesen Vorurteilen mit aller Energie entgegengetreten und recht bald Abhilfe nach dieser Richtung gebracht werde"[60]. Also der Jude als Retter der deutschen Wehrmacht. Und wie schon oben bei Heinrich Mann erwähnt, wieder braucht er selbst nicht die Finger zu rühren, das fällt ihm alles in den Schoß durch seiner Freunde Arbeit. Nicht uninteressant ist dabei, daß der Abgeordnete Kopsch Rektor einer Berliner Volksschule war. Man kann sich einen Begriff davon machen, wie hier die Kinder erzogen wurden und mit welcher geistigen und moralischen Einstellung sie zum Heere kamen.

Damit sind wir schon bei der Behandlung der Judenfrage durch die Wissenschaft angelangt. Hier sind es drei Zweige, die judenfördernd wirken. Das ist die materialistische Geschichtsauffassung, dann die neu aufkommende Soziologie, beide von Juden begründet, und Juden als ihre namhaftesten Vertreter zeigend, und endlich die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Wirtschaftskunde.

Begründer der materialistischen Geschichtsphilosophie ist Karl Marx[61]. Es soll hier natürlich keine Darstellung davon gegeben, sondern nur die für Heer und Soldatentum wichtigen Sätze in Erinnerung gebracht werden. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Proletarier aller Länder, vereinigt euch. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiterarmeen, so daß das Heer in Zukunft nicht bloß verzehrt, wie früher, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltungskosten betragen. Das zur Zeit bestehende Heer ist eine unproduktive Angelegenheit, die nur Geld kostet, das der Arbeiter aufbringen muß. Sein eigentlicher Zweck ist nicht der Kampf gegen den äußeren Feind, denn der Proletarier hat einen solchen nicht, im Gegenteil, er will in allen Staaten den Frieden. Im Verhältnis zu anderen Reichen stört das Heer allein schon durch seine Existenz den Weltfrieden. Es zu bekämpfen wird mithin zur sittlichen Pflicht. Im eigenen Staat verhindert die Armee die Eroberung der politischen Macht durch das

[58] Gesetz-Sammlung für die kgl. preußischen Staaten 1813, S. 13.

[59] Abgeordneter Gothein in der Reichstagssitzung vom 17. 3. 1910; * Loewenthal, Bekenntnis, S. 129.

[60] Abgeordneter Kopsch am 19. 3. 1909; * Loewenthal, Bekenntnis, S. 99.

[61] Forschungen zur Judenfrage, Sitzungsberichte der Münchener Arbeitstagungen des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Bd. II. S. 143.

Proletariat. Sie ist eine Einrichtung der Bourgeoisie und wird zum Träger des Klassenkampfes, denn sie gibt der unterdrückenden Schicht die Möglichkeit, die Unterdrückten weiter zu beherrschen und auszubeuten. Daß die Idee des Klassenkampfes allein schon das Vertrauen zu den Vorgesetzten zerstören mußte, wird deutlicher, wenn man bedenkt, daß in diesen in erster Linie der Vertreter der unterdrückenden Klasse gesehen werden, während der Soldat selbst der unterdrückten angehört. Ideelle Gründe, Soldat zu sein, gibt es für den Proletarier nicht. Ein Vaterland kennt er nicht. Da auch die Familie eine Einrichtung der ausbeutenden Klasse ist, von dieser zusammen mit dem Eigentum geschaffen, so hat der Proletarier keinerlei Verpflichtung, sich für deren Erhaltung, noch dazu im Waffengang, einzusetzen; im Gegenteil, Abschaffung der Familie ist ebenso Ziel der Unterdrückten wie die des Eigentums. Damit werden der Wehrmacht die moralischen Grundlagen genommen. Der Proletarier befindet sich in einem „allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staates". Wer also diese bekämpft oder sabotiert, hilft dem Proletariat in seinem Kampf gegen das historisch gewordene Unrecht für das Recht. Es kam vor, daß Rekruten aus keinem anderen Grunde desertierten, als weil sie nicht Soldat werden wollten, einfach aus Prinzip. Wenn die Lehre des Materialismus keine größeren Folgen hatte, so lag das daran, daß sich der soldatische Geist unseres Volkes nicht so schnell ausrotten ließ. Besondere Bedeutung gewann die Lehre dann in der Kriegszeit. Hier führte sie nicht nur zur Verweigerung der Kredite, sondern diese Handlung wurde als gutes Recht hingestellt. „Die Bewilligung der Kredite ist ein politischer Akt, den wir der Regierung gegenüber zu vollziehen haben. Wir haben kein Vertrauen zu der Politik der Regierung, deshalb haben wir die Kredite abgelehnt und werden sie weiter ablehnen!" [62] Mehr über die Gefährlichkeit der marxistischen Lehre zu sagen, ist überflüssig. Dabei sind diese Thesen nicht eine Angelegenheit weltfremder Gelehrter, sondern von vornherein für die Menge bestimmt und unter das Volk gebracht worden. Daß dieses vieles noch dazu falsch verstand und verkehrt auffaßte, erhöhte das Gefahrenmoment.

So wirkte vieles zusammen, dem Deutschen die Freude am Soldatenleben zu nehmen und die Grundlagen des Heeres zu zerstören. So lange nun das Reich gesund war, sind nennenswerte Erfolge nicht sichtbar geworden. Zwar kamen Fälle vor, daß sich die Leute freuten, wenn sie nicht zu dienen brauchten, oder daß sie der Hoffnung lebten, nicht eingezogen zu werden, sobald sie dann aber Soldat waren, kam die deutsche kampfesfrohe Grundlage wieder zum Durchbruch. Aber was dann, wenn einer nicht zu dienen brauchte? Oder wenn er nach der Entlassung wieder in solche Gedankengänge eintauchte? Dann konnte der fremde Geist weiterwirken und hat das auch getan. Wenn im Jahre 1914 fast sechs Millionen wehrfähiger Deutscher ihrer Wehrpflicht nicht Genüge geleistet hatten, dann war das nicht nur eine materielle Schädigung der Kampfkraft, sondern zugleich eine Schwächung des Wehrwillens unseres Volkes. Von dieser Seite betrachtet, wird erst die ganze Größe der Gefahr deutlich. Die Augusttage 1914 trieben das in die Versenkung, aber nur vorübergehend. Sobald es militärische Krisen gab, mußte diese Bewegung erneut erwachen und zum Durchbruch kommen. Da war jeder Versuch der Bekämpfung zu spät. So hat sich der Zusammenbruch 1918 in geistiger Beziehung lange vorbereitet.

Soweit über den Einfluß des Judentums in geistiger und moralischer Beziehung. Wir kommen zu den wirtschaftlichen Fragen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist hier das Bild noch ziemlich klar. Jüdisches Kapital spielt in Preußen keine andere Rolle wie unter Friedrich dem Großen und seinen Vorgängern. Einzelne Geschäfte kamen natürlich vor, ohne daß es den Juden gelingt, sich in den Vordergrund zu drängen. Schon äußerlich erkennt man das daran, daß das Haus Rothschild in Berlin keinen Fuß fassen kann. Wenn die Firma Bleichröder hier seine Geschäfte besorgt, so ist das nur ein schwacher Ersatz. Auch in Hinsicht der Heereslieferungen verhält sich das wie früher. Erst in der zweiten Hälfte tritt ein fühlbarer Wandel ein insofern, als es den Juden gelingt, Boden zu gewinnen. Aber das muß von vornherein betont werden, von einer eigentlichen Herrschaft des jüdischen Kapitals kann keine Rede sein, so sehr auch einzelne Juden oder Judengruppen sich hervortun. Deutlicher wird deren

[62] Abgeordneter Haase am 19. 7. 1917, zitiert nach Wilhelm Dittmann, Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918, Berlin 1926, S. 42.

Stellung in Preußen-Deutschland, wenn zum Vergleich die Verhältnisse in Österreich herangezogen werden.

Als Bismarck die Leitung des preußischen Staates übernahm, geschah das in betontem Gegensatz zur Volksvertretung. Kampf um die Macht zwischen Krone und Volk. Zweihundert Jahre früher hieß es Kampf zwischen Fürst und Ständen. Verweigerten damals die Stände dem Fürsten das Geld für das Heer, so macht das jetzt das Parlament. Das hatte für den organisierten Staat des 19. Jahrhunderts zunächst keine Folgen; die Steuern wurden zwar nicht bewilligt, aber eingezogen wurden sie auf jeden Fall, da der Staat ihre Eintreibung in die Hand bekommen hatte, ihm mithin nicht mehr das Corpus der Stände, sondern der einzelne gegenübertrat, der natürlich keine Möglichkeit hatte, auch nur den geringsten Widerstand zu leisten. Das ging aber nur, solange Frieden herrschte. Kam es zu außenpolitischen Verwicklungen, so trat dem Ministerpräsidenten die Volksvertretung als geschlossenes Ganzes gegenüber. Sie verweigerte ihm die Kriegskredite, und damit war er am Ende seiner Macht. Er konnte auf eigene Gefahr Geld borgen, aber wer sollte einem Staat Gelder kreditieren, die nicht vom Landtag bewilligt worden waren. Der Geldgeber lief dabei Gefahr, daß seine Forderungen nicht anerkannt wurden. Zu dem ist es nicht deutsche Art, einerseits Bismarcks Politik zu bekämpfen, andererseits ihm die Mittel, sie durchzuführen, hinten herum zu verschaffen. Da also das deutsche Kapital sich weigerte, dem Fürsten zu helfen, mußte das der Jude tun. Genau besehen, kam dieser hierzu überhaupt nicht in Frage. Was die politische Einstellung anbelangt, so sind die jüdischen Finanzkreise stets liberal-demokratisch. Von einem Volldemokraten aber zu verlangen, daß er es einem „Junker" ermöglicht, die nach der Meinung der Demokraten so verhängnisvolle Politik zu verwirklichen, ist eigentlich undenkbar. In der Konfliktszeit wird der Widerspruch noch krasser, denn ein Bismarck ohne Geld hätte sein Amt niederlegen müssen. Man hätte also auf diese Weise den erwünschten Rücktritt erzwingen können. Aber man hat doch geholfen. Gerson Bleichröder sprang ein. Zwar hatten die Rothschilds in Wien, Paris und London gegen den Krieg gearbeitet und versucht, „den Abenteurer und Briganten Bismarck" zur Ruhe zu bringen. Da dieser aber unbeirrt seinen Weg ging, läßt sich Bleichröder das gute Geschäft nicht entgehen und finanziert gegen den Willen der anderen Finanzjuden den Krieg. So kam es zu der Verbindung Bismarck-Bleichröder. Da sie einmal bestand, finanzierte letzterer auch den Krieg 1870/71. Das ist ganz die Form des Hofjuden preußischer Prägung. Deshalb wird der Jude auch zu der Behandlung der finanziellen Fragen beim Friedensschluß hinzugezogen. Hier schalten sich bei der Festsetzung der Kriegsschuld beide ein, Bleichröder auf der deutschen, Alfons Rothschild auf der französischen Seite. Der Lohn bleibt nicht aus. Am 8. März 1872 wird Bleichröder in den Adelsstand erhoben[63]. Er bleibt der Bankier Bismarcks; für die Belange des Heeres kommt er aber ebensowenig wie andere Juden in Betracht.

Als Heereslieferanten spielen die Juden in Preußen-Deutschland keine große Rolle. Die staatlichen Fabriken und die großen Waffenschmieden sorgen dafür, daß die Bedürfnisse der Wehrmacht unabhängig von der Judenschaft befriedigt werden[64]. Das hatte zweierlei Vorteil. Einmal hatten die staatlichen Betriebe die Möglichkeit, die Preise zu kontrollieren, so daß eine Übervorteilung des Staates auf ein Minimum beschränkt wurde, wenn andere Firmen herangezogen werden mußten. Zweitens wandte sich die Heeresverwaltung beim Ankauf meistens direkt an den Erzeuger, und das waren in den wenigsten Fällen Juden, denen blutmäßig nicht so sehr die Produktion als vielmehr der Handel lag. Gegen Ende des Jahrhunderts trat allerdings eine Verschiebung ein, die in der allgemeinen Wirtschaftsform begründet war (vgl. unten). Doch konnten auch Zeiten kommen, in denen man auf fremde Betriebe zurückgreifen mußte, weil die Leistungsfähigkeit der normalerweise Verpflichteten nicht ausreichte. So soll die Umbewaffnung des Heeres mit Gewehren vom Modell 1888 möglichst schnell durchgeführt werden. Daher wird am 24. Dezember 1888 mit der Firma Ludwig Löwe & Co. ein Vertrag über die Lieferung von 300 000 Gewehren zu 49,50 M. das Stück abgeschlossen. Dazu kommen Nachtragsverträge über weitere 125 000 zum Preise von je 52,50 M. Eine Modelländerung benutzte die Firma, um den Preis für alle Gewehre auf 54 M. für das Stück heraufzu-

[63] Deeg, Hofjuden, S. 428, 430, 434, 436, 418.

[64] Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet vom Reichsarchiv, Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Band I, Berlin 1930, S. 383 ff.

schrauben[65]. Bei der Herstellung kam es zu ziemlichen Unregelmäßigkeiten; auch bei der Abnahme sind Betrügereien vorgekommen, so daß bei einer zwölftägigen Übung von 939 Gewehren 520 schadhaft wurden. Also das bekannte Bild: Der Preis wird in die Höhe getrieben und schlechte Ware geliefert. Das ist nichts Neues und brauchte eigentlich nicht erwähnt werden. Neu aber ist das, was folgt. Ein Reichstagsabgeordneter, Rektor Hermann Ahlwardt, faßt das Material über diese Angelegenheit in einer Denkschrift zusammen und veröffentlicht es. Das bringt ihm eine Anklage wegen Beleidigung des Inhabers Löwe und eines Direktors, des Oberstleutnants Kühne, ein. In seinem Plädoyer muß der erste Staatsanwalt zugeben, „daß Unregelmäßigkeiten und Pflichtwidrigkeiten in der Löweschen Fabrik bei der Herstellung der Gewehre vorgekommen seien", aber, so fährt er fort, „das Unbeteiligtsein und das Uninteressiertsein der Herren Löwe und Kühne bei den Pflichtwidrigkeiten unterliegt gar keinem Zweifel. Die Meister hatten ein Interesse an diesen Pflichtwidrigkeiten, Löwe und Kühne gar keins. Für eine betrügerische Absicht von Löwe und Kühne hat die Verhandlung gar keinen Anhalt gegeben". Auch in der Urteilsbegründung gibt der Gerichtshof zu, daß Unregelmäßigkeiten in der Fabrik vorgekommen seien, aber „Herr Löwe hat nach der Ansicht des Gerichtshofes von diesen Dingen sicher keine Ahnung gehabt..... Der Gerichtshof hat es aber nicht für erwiesen erachtet, daß Oberstleutnant Kühne absolut keine Kenntnis von den Unregelmäßigkeiten gehabt hat. Der Gerichtshof muß dahingestellt sein lassen, daß Direktor Kühne von diesem oder jenem Kenntnis gehabt hat". Obgleich also alles dies von Gerichts wegen zugegeben wird, wird Ahlwardt wegen Beleidigung von Löwe und Kühne zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, wobei als erschwerend angerechnet wird, daß er für die Löweschen Gewehre „den scheußlichen Namen Judenflinten" gefunden hat[66]. Also: die Beschuldigungen beruhen zwar auf Wahrheit, aber Rektor Ahlwardt hätte sie nicht sagen dürfen, also ist er schuldig, nicht die, die sich solche Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Wie kann es zu solchem Urteil kommen? Schuld daran trägt einmal das formale römische Recht. Selbstverständlich ließ sich nicht nachweisen, daß Löwe und Kühne absichtlich schlechte Gewehre geliefert oder Durchsteckereien absichtlich geduldet hätten. Das zweite ist, daß nach dem Recht für die Aktiengesellschaften keiner die Verantwortung zu tragen hatte. Löwe hat sich um die kaufmännischen Belange zu kümmern, also geht ihn alles andere nichts an. Daß aber die Betrügereien im Ausgabenkonto erschienen, davon brauchte der jüdische Herr keine Ahnung zu haben. So lange reell gearbeitet wurde, gab es 25 Pfennige für das Gewehr; dann wurden Unregelmäßigkeiten, das sog. Drücken, gestattet, und der Lohn sank auf 14 Pfennige. Löwes Verteidiger erklärt dazu; „Der Lohn wurde von den Meistern festgesetzt; die Herren Löwe und Kühne haben nichts davon gewußt. Es widerlegt sich damit die Behauptung, Löwe und Kühne hätten einen Lohnsatz gegeben, bei dem unreell gearbeitet werden mußte". Ob Löwe auch von nichts gewußt hätte, wenn die Sache umgekehrt gewesen wäre, d. h. der Lohn von 14 auf 25 Pfennige erhöht worden wäre, diese Frage stellt das Gericht gar nicht. Wäre das geschehen, dann hätte sich gezeigt, daß der Leiter der Firma doch recht gut in seinem Betriebe Bescheid gewußt hätte. Man weiß nicht, was man mehr bewundern muß, die jüdische Frechheit, die mit solchen Argumenten arbeitet oder die Naivität des Gerichtes, die derartiges billigt[67]. Das dritte endlich ist das Eindringen jüdischer Juristen in unsere Rechtspflege und damit zusammenhängend das Breitmachen philosemitischer Anschauungen in diesen Kreisen. Zum Teil waren diese im Gesetz verankert, nach dem die Aufreizung zum Klassenhaß unter besondere Strafe gestellt wurde. Antisemitische Strömungen waren nicht gesellschaftsfähig, wurden lächerlich gemacht und als volksschädlich hingestellt. Das gibt der Vorsitzende des Gerichtes selbst zu: „Wenn wir in Berlin hundert Ahlwardts hätten, so könnte sich kein Mensch mehr auf die Straße wagen, so groß wäre die Unsicherheit." Das ist eine Wirkung der oben geschilderten Bearbeitung unseres Volkes.

Im Anschluß an diese Angelegenheit mag noch ein weiteres erwähnt werden. Zuerst war der Firma Löwe & Co. zur Pflicht gemacht worden, die Herstellung der Gewehre geheimzuhalten. Trotzdem wurden drei Gewehre aus der Löweschen Fabrik von der Polizei gefunden.

---

[65] Der Judenflintenproceß, Sonderabdruck der Neuen Deutschen Zeitung, Leipzig 1893, S. 3, 130.
[66] Judenflintenproceß, S. 129, 130, 151, 152. [67] Judenflintenproceß, S. 84, 152.

Von dieser Sache will Isidor Löwe nichts gewußt haben, sie vielmehr erst durch die Untersuchung erfahren haben. Nach der Aufhebung der Geheimhaltung werden Gewehre an das Ausland verkauft. Das Recht dazu wird vom Präsidenten anerkannt. „Nach der Aufhebung der Geheimhaltung hatte die Fabrik ja freie Hand, überall hin zu verkaufen." Aber die Firma hat nach ihrer Meinung außerordentlich fair gehandelt, denn wenn sie auch vollständig kriegsbrauchbare Gewehre geliefert haben will, so waren diese doch aus den Teilen hergestellt, die von der Prüfungskommission nicht abgenommen worden waren[68]. In Wirklichkeit schädigt man Deutschland, indem man die Bewaffnung seiner Infanterie dem Auslande zugänglich macht, und betrügt dabei doch den Abnehmer, indem man schlechte Ware liefert. Aber man tut völlig harmlos. Daß es den Feindstaaten auch auf die Kenntnis des Materials ankommen kann, ist klar; wesentlicher aber ist ihnen aber doch die Konstruktion. Daß diese auch durch Gewehre zweiter Güte verraten wurde, davon hatte das kindliche Gemüt keine Ahnung. Daß solche Handlungsweise als Landesverrat bezeichnet wird, das verstehen die harmlosen Juden einfach nicht. Das Schlimmste ist hierbei aber nicht deren Einstellung, die ist nicht neu, sondern die der deutschen Juristen, die völlig auf seiten der Juden stehen und einen Mann verurteilen, weil er solche jüdischen Machenschaften mit dem richtigen Namen bezeichnet hat. So zeigt dieser Prozeß mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit jüdische Anschauungen in unser Volk und unser Heer eingedrungen waren. Das einzig erfreuliche dabei ist, daß nur selten jüdische Firmen mit Waffenlieferungen bedacht wurden.

Bei Lieferungen anderer Art konnten sie nicht in gleicher Weise übergangen werden. Das hatte in folgendem seinen Grund. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzogen sich in der Güterproduktion zwei Wandlungen. Zuerst der Schritt von der Manufaktur zur Fabrik. Damit wuchs der Geldbedarf und mit diesem für den Juden die Möglichkeit, sich einzuschalten. Dadurch bahnt sich die zweite an, die Kommerzialisierung, sowohl auf dem Gebiete der Güterproduktion wie des Gütertransportes. Damit löst sich die Erzeugung von besonderen Fachkenntnissen und gleichsam vom Erzeuger und wird gleichfalls zum Handel. „Wir können uns nicht vorstellen, daß Alfred Krupp anderes als Gußstahl, Borsig anderes als Maschinen herstellten. Wenn Rathenau, Deutsch, Berliner, Arnold, Friedländer, Ballin morgen ihre Stellungen untereinander vertauschten, würde ihre Leistungsfähigkeit nicht sehr beträchtlich verringert werden. Weil sie Händler sind, ist ihr zufälliges Tätigkeitsfeld gleichgültig."[69] Die äußere Form der jüdischen Beteiligung in der Industrie geben die neuaufkommenden anonymen Aktiengesellschaften, bei denen nur Eingeweihte wußten, wie weit jüdisches Kapital beteiligt war. Mit Hilfe dieser Gesellschaften und der Banken gelang es den Juden, sich überall einzuschalten und in vielen Fällen auch da maßgeblichen Einfluß zu gewinnen, wo das äußerlich nicht in Erscheinung trat.

Im Jahre 1907 waren im Deutschen Reich in Handel und Verkehr 8 278 239 Menschen tätig, davon 313 176 Juden, d. h. 3,8 v. H.[70] Im allgemeinen Metallhandel sind 70,5 v. H. in jüdischen Händen, im Eisen- und Schrotthandel 44 v. H.[71]. Die Beteiligung in den Aktiengesellschaften zeigt folgende Übersicht[72].

Branche	Hundertsatz der jüdischen Direktoren	Hundertsatz der jüdischen Aufsichtsräte
1. Leder- und Kautschukindustrie	31,5	28,6
2. Metallindustrie	25	30,7
3. Elektrische Industrie	23,1	26,8
4. Textilindustrie	13,5	13,5
5. Chemische Industrie	13	22,8
6. Montanindustrie	12,8	23,9
7. Maschinenindustrie	12,2	21,4

[68] Judenflinten, S. 22, 24.

[69] Werner Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig 1911, S. 132 f.

[70] * Julius Rotholz, Die deutschen Juden in Wort und Bild, Berlin 1925, S. 13.

[71] * Dr. Alfred Marcus, Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden, Berlin 1931, S. 33, 38.

[72] Sombart, Wirtschaftsleben, S. 135.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine zusammenfassende Darstellung der Beteiligung der Juden am Wirtschaftsleben in Deutschland fehlt, die Zahlen also ungenau sind, und daß zweitens die nackten Zahlen keinen Aufschluß über den Einfluß geben[73]. Von letzterem bekommt man einen ungefähren Eindruck, wenn folgende Tatsachen herausgestellt werden. Emanuel Friedländer & Co. ist eine der größten Kohlenhandelsgesellschaften und beherrscht weite Gebiete des Kohlenabsatzes. Die Gebrüder Gans kontrollierten die Höchster Ehrlich-Hata-Werke und die J. G. Farbenfabriken[74]. Dazu kommt die unsichtbare Beherrschung des Wirtschaftslebens durch die Banken. Waren doch hier über die Hälfte der Privatbanken, und darunter die größten, in jüdischen Händen, und bei der anderen Hälfte war gleichfalls jüdisches Kapital, wenn auch in geringerem Maße beteiligt.

Bei diesen Verhältnissen ist es klar, daß auch das Heer Lieferungen von jüdischen Firmen beziehen mußte. Daß dabei Unregelmäßigkeiten vorkamen, ist klar, ebenso wie es nicht erwähnt zu werden braucht, daß die Inhaber der betr. Firmen durch Orden, Titel, Adelsverleihungen ausgezeichnet wurden. Im großen und ganzen aber wurde ihr Geschäftsgebahren hinreichend kontrolliert. Das war unangenehm, deshalb hält man sich zurück. Trotz seiner Bedeutung für die fernöstlichen Kolonien und die dort stationierten Truppen wird der Postdampferverkehr nach Ostasien von der Hapag und dem Bremer Lloyd nur kurze Zeit gemeinsam betrieben. Dann tritt Ballin hiervon zurück, weil er die Bedingungen aus dem Vertrage mit dem Reich als hemmend empfindet. Auch die Truppentransporte anläßlich des Hereroaufstandes übernimmt er nicht. Das ist alles zu umständlich und bringt zu wenig Geld. Verpflichtungen dem Volke und dem Heere gegenüber bestehen für Ballin nicht. So wird die gesamte Tonnage der Hamburg-Amerika-Linie dem Heere entzogen. Wenn man also die Gesamtentwicklung in wirtschaftlicher Hinsicht, soweit das Heer in Frage kommt, betrachtet, so muß festgestellt werden, daß ein überragender jüdischer Einfluß nicht vorhanden war, sondern daß bis zum Jahre 1914 die Juden in Schranken gehalten wurden. Beweis hierfür ist allein schon der Umstand, daß das Haus Rothschild schon im Jahre 1887, nur 17 Jahre nach der Reichsgründung, zur Schließung des Stammhauses in Frankfurt a. M. schreiten mußte. In London, Paris, Wien übte es nach wie vor, vielleicht sogar in verstärktem Maße seinen Einfluß aus. Man müßte eigentlich annehmen, daß das neue Reich mit seinen wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten gerade der richtige Boden für Geldgeschäfte gewesen wäre, daß also für das Frankfurter Haus eine Zeit der Hochkonjunktur hätte kommen müssen, zumal Bismarck kein grundsätzlicher Gegner des jüdischen Kapitals war. Aber das gerade Gegenteil trat ein. Frankfurt wurde stillgelegt. Ein Beweis, daß die Rothschild einsahen, daß für sie wie im alten Preußen, so im neuen Deutschland kein Platz war[75].

Die Entstehung des Krieges 1914/18 wird unter anderem so erklärt, daß das jüdische Kapital ein Kesseltreiben gegen Deutschland angezettelt habe. „Wie ja auch im Frieden und während des Krieges die jüdische Börsen- und Marxistenpresse den Haß gegen Deutschland planmäßig schürte, solange bis Staat um Staat die Neutralität aufgab und unter Verzicht auf die wahren Interessen der Völker in den Dienst der Weltkoalition eintrat.“[76] In England betreibt Ernst ben Jakob Cassel die Einkreisung. Seinen „internationalen Finanzbeziehungen ist es nicht zuletzt mit zuzuschreiben, daß der Ring der Feindstaaten um Deutschland immer dichter und dichter wird“[77]. Die Aufgabe Italien auf die Feindseite zu ziehen, übernimmt Padova, der römische Rothschildagent. „Als es um eine Anleihe bittet, setzt er den Abfall vom Dreibund zur Bedingung.“ Das „Anschüren der russischen Dampfwalze ist Sache des Hauses Rothschild“. Es hilft auch mit, das Bündnis mit Rußland zusammenzufügen. „Die Stellung der Londoner Rothschilds zu der Frage einer englisch-französisch-russischen Annäherung ist von erheblichen Interesse. Aus sozialen Gründen sind sie uns im allgemeinen nicht be-

[73] Sombart, Wirtschaftsleben, S. 134ff.
[74] Deeg, Hofjuden, S. 230, 357.
[75] * Ignaz Balla, Die Rothschilds, Berlin 1912, S. 254. Deeg, Hofjuden, S. 419.
[76] Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1934, S. 703. Völkischer Beobachter vom 12. 5. 1943.
[77] Vgl. hierzu den Aufsatz von Eugen Mündler, Juden herrschen über England, Völkischer Beobachter, Berliner Ausgabe, 3. 5. 1943.

sonders günstig gesinnt."[78] Das geschieht, obwohl man von der Friedensliebe des Deutschen Kaisers überzeugt ist. „Bei allem muß der die Einkreisungspolitik gegen Deutschland hinter den Kulissen mitleitende Schwager der Rothschilds zugestehen, er wisse recht wohl, daß Kaiser Wilhelm II. für England ein wahrer Freund sei und sich als solcher in loyalster und korrektester Weise bewährt habe."[79] Der oben dargelegte Umstand, daß es den Juden trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Herrschaft auch in Preußen-Deutschland zu erringen, würde ihren Haß gegen das Reich erklären[80]. Die geschichtliche Bedeutung der skizzierten Entwicklung hätten wir also darin zu sehen, daß dieselbe eine wesentliche Kriegsursache zeigt, dergestalt, daß das Judentum mit Waffengewalt zu erreichen suchte, was ihm durch andere Mittel zu gewinnen versagt blieb. Ziel war dabei, vor allem das Heer zu beseitigen, weil dieses der Träger des Widerstandes war.

Mit dem einzelnen Soldaten kommt der Jude jetzt nicht mehr in Berührung. Gewiß mögen Militäreffektengeschäfte, Schneidereien u. ä. auch in jüdischen Händen gewesen sein. Eine besondere Rolle haben sie aber nicht gespielt. Anders ist das Verhältnis zum einzelnen Offizier. Hier ist es der Beruf des Geldverleihers. In diesen Fragen besteht zwischen Deutschland und Österreich kein Unterschied. Das Leihgeschäft ist ja seit jeher die vornehmste Tätigkeit der Juden gewesen. Im 19. Jahrhundert entwickelt sich davon eine neue Abart. Die gesellschaftliche Stellung, die auch der junge Offizier einnahm, und das sehr bescheidene Einkommen, das er hatte, standen in keinem Verhältnis zueinander und machten einen Zuschuß nötig. Es ist klar, daß sehr viele damit nicht auskamen. Da wurden Schulden gemacht. Das konnte nicht gefährlich werden, solange es sich in bescheidenen Grenzen hielt, was fast immer der Fall war, wenn die Gläubiger Lieferanten waren. Schlimm wurde die Sache erst, als sich jüdische Geldleute einschalteten, deren Spezialität es war, den Offizieren Geld gegen Wechsel vorzustrecken. Das wurde dann noch jüdisch gehandhabt. Im Anfang machte man die Sache dem betr. Offizier leicht und bequem, um dann immer erpresserischer vorzugehen. Sudermann prägt für diese Geschäftsleute den treffenden Namen Gurgler. Häufig bekamen die Schuldner nicht einmal bares Geld, sondern als Gegenwert irgendwelche Industrieerzeugnisse geliefert, die der Jude mit dem üblichen Vorteil erst in Geld umsetzen mußte. Viele Existenzen wurden auf diese Weise vernichtet. Und wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß Leichtsinn und Verschwendungssucht einen großen Teil Schuld daran haben, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Möglichkeit, sich leicht Geld zu beschaffen, in vielen den Gedanken, Schulden zu machen, erst aufkommen ließ. Vielleicht verlor das Heer und der Offizierstand in den Ausgeschiedenen nicht allzuviel, aber ihr Ansehen im Volk wurde dadurch doch untergraben. Besonders schlimm, wenn solche vernichteten Existenzen ins Ausland gingen; dann schmälerten sie dort die Wertung des deutschen Soldaten.

Auch in Deutschland versuchten sich die Juden in die Politik einzuschalten. Soweit die allgemeine innere oder äußere in Frage kommt, soll von einer Behandlung abgesehen werden, nur soweit sie sich mit der Gestaltung des Kriegswesens befaßten, muß ihre Tätigkeit beleuchtet werden. Da ist in erster Linie Albert Ballin, der Beherrscher der Hamburg-Amerika-Linie zu nennen. Als Tirpitz daran geht, die deutsche Kriegsflotte zu schaffen, steht Ballin zuerst auf seiner Seite. Der Grund ist klar; der Kaiser wollte die Flotte, also wollte sie auch Ballin. Es ist dieselbe Einstellung, wie sie sich bei den Hofjuden des 18. Jahrhunderts findet. Von der Notwendigkeit einer starken Kriegsflotte für Deutschland ist er nicht durchdrungen. Deshalb ist er jederzeit bereit, sie zu opfern. In den Unterhaltungen mit seinem englischen Freunde Ernest Cassel, dessen Deutschfeindlichkeit bereits erwähnt ist, tritt zuerst der Gedanke einer Beschränkung des Flottenbauprogramms auf. Ballin nimmt sofort den Gedanken auf und gewinnt Bülow für ihn[81]. Tirpitz blieb fest; wenn er auch eine Verständigung mit England

[78] Bericht des Botschafters in Paris, Fürst von Radolin, an den Reichskanzler, Grafen von Bülow vom 18. 5. 1903. Große Politik XVII, S. 584.

[79] Deeg, Hofjuden, S. 467, 458, 460. Egon Caesar Conte Corti, Das Haus Rothschild und seine Blüte, Leipzig 1928, S. 470.

[80] Corti, Rothschild, S. 485.

[81] Große Politik der europäischen Kabinette, 15. 7. 1908. Peter Franz Stubmann, Ballin, Leben und Werk eines deutschen Reeders, Berlin o. J. (1926), S. 100, 175, 185, 243.

nicht ablehnte, so dürfe diese doch nicht auf Kosten der deutschen Sicherheit gehen[82]. Die jüdische Nachkriegsliteratur hat die Sache natürlich so dargestellt, als ob es den beiden „gescheiten Juden" hätte gelingen können, „ohne falsches Pathos und ohne echtes Pathos als zwei gewichtige Geschäftsleute die Sache in Ordnung zu bringen"[83], und man in Deutschland nur auf die beiden hätte hören müssen. Aber der „spornende Admiral" hat verhindert, daß der Kaiser die richtige Entscheidung treffen konnte. Einen zweiten Versuch in derselben Richtung machte dann Ballin noch einmal am 29. Januar 1912. Die Einleitung war schon echt jüdisch. Er ließ sich beim Kaiser melden, der den Eindruck hatte, als ob es sich um eine verspätete Geburtstagsgratulation handele. Angenommen, kam er nach kurzem Glückwunsch zur Hauptsache, er habe seinen Freund Cassel aus England mitgebracht, der dem Kaiser eine Verbalnote über die Beschränkung des Flottenbaues überreichte. Gleichzeitig kündete er den Besuch eines englischen Ministers an; es handelt sich um den Kriegsminister Haldane. Treiber in dieser Angelegenheit ist Ballin, der auf Wunsch Bethmanns und Kiderlens wieder nach London geht, um mit Churchill und Cassel zu verhandeln[84]. Diese Geschäftigkeit Ballins wäre noch tragbar, wenn es sich wirklich um einen Menschen mit Charakter gehandelt hätte. Aber selbst seine jüdischen Lobredner müssen zugeben, „daß Ballin, aus Überzeugung und Interesse pazifistisch, sich dennoch in den Dienst der kaiserlichen Gefühle stellte, die er mißbilligte"[85]. Das ist typisch für den Mann und die Rasse. Er will es mit dem Kaiser nicht verderben, aber auch nicht mit England. Ihm schwebte wohl eine Stellung vor, wie sie die Rothschilds in Frankreich und England einnahmen, nach deren Pfeife Minister und Regenten tanzen mußten[86]. Aber dafür war Deutschland nicht das geeignete Objekt.

Wenn man die Entwicklung in Preußen-Deutschland im 19. Jahrhundert überblickt, so zeigt sich, daß den Juden zwar einzelne Vorstöße gelingen, daß aber von einem überragenden Einfluß oder gar einer Herrschaft des jüdischen Kapitals in Heeressachen, auch in wirtschaftlichen, keine Rede sein kann. Sombart behauptet, daß das Heer maßgebend zur Entstehung des Kapitalismus beigetragen hat. Versteht man unter Kapitalismus die Wirtschaftsform, in der das Kapital der bewegende Motor, das Herrschaftsinstrument der Wirtschaft wird, dann ist die preußisch-deutsche Heereswirtschaft zweifellos nicht kapitalistisch gewesen; die habsburgische dagegen immer. Zur Bildung größerer Vermögen mag das Heer beigetragen haben, schon dadurch, daß viele Verbraucher an einer Stelle zu einer Zeit auftreten. Aber diese haben dem Heere gedient und sind nicht sein Herr geworden. Das ist ein Unterschied, und das ist wichtig.

In Österreich liegen die Verhältnisse ganz anders. Daß den Juden keine Schwierigkeiten gemacht wurden, in den Offiziersstand und die obersten Gesellschaftsschichten einzudringen, ist schon oben dargelegt. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist ihre Lage viel günstiger. Die finanzielle Herrschaft, die die Rothschilds in Österreich ausüben, gehört nur zum Teil hierher, denn sie liegt mehr auf politischem als auf militärischem Gebiet[87]. Daß sich aber beide nie ganz trennen lassen, ist auch klar. So möge erwähnt werden, daß es im Jahre 1830, als in Folge der Julirevolution ein Krieg drohte, es die Rothschilds waren, die auf die führenden Staatsmänner, besonders auf Metternich, einen Druck zur Erhaltung des Friedens ausübten; ebenso wie ein militärisches Einschreiten Habsburgs im Jahre 1831, anläßlich der belgischen Revolution von ihnen verboten wurde. Da England und Frankreich auf der Seite Belgiens standen, hätte die Intervention zum Kriege geführt, und dieser wieder die Geschäfte der Rothschilds erheblich gestört. „Es gibt keinen Krieg, meine Söhne geben kein Geld dazu her", sagte ihre alte Mutter Gutula[88]. Hier gingen einmal die Interessen der Völker und Juden konform, aber man

[82] Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 133, 177 ff.

[83] * Emil Ludwig, Wilhelm der Zweite, Berlin 1926, S. 278 ff.

[84] Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus dem Jahren 1878—1918, Leipzig-Berlin 1922, S. 122. Tirpitz, Erinnerungen, S. 185.

[85] * Ludwig, Wilhelm II., S. 403.

[86] Deeg, Hofjuden, S. 328 ff., 334, 342. Corti, Rothschild, S. 23. Vgl. auch meinen Aufsatz, Der Zusammenbruch Frankreichs im Jahre 1940, der demnächst in Wissen und Wehr erscheint.

[87] Deeg, Hofjuden, S. 324.

[88] * Balla, Rothschilds, S. 68, 268.

erkennt auch, daß, wie sie in der Lage waren, einen Krieg zu verhindern, sie genau so, wenn ihre Geschäfte es verlangten, einen solchen arrangieren konnten. Das haben sie in Frankreich und Spanien auch getan. Das bedeutet einen Höhepunkt in der Abhängigkeit eines großen Staates vom jüdischen Kapital. Selbstverständlich versucht der Habsburgerstaat sich von dieser Vormundschaft freizumachen. Zweimal geschieht das in größerem Ausmaße; einmal im Jahre 1830, zum zweiten Jahre 1855; beide Versuche scheitern[89]. Das ist lehrreich, denn man erkennt die Fortschritte, die die Macht des jüdischen Kapitals in den letzten hundert Jahren gemacht hat. Klebte in der Glanzzeit des Hofjudentums der jüdische Einfluß an der einzelnen Person, dem Minister oder dem Fürsten, so ist er jetzt unpersönlicher geworden und erfaßt den Staat in seiner Gesamtheit. Wechselten in den früheren Jahrhunderten ziemlich willkürlich judenfreie und judenfreundliche Zeiten ab, so ist jetzt das Verhältnis konstant; auch ein Wechsel in der Leitung vermag die Juden nicht mehr aus einem Staate herauszudrängen. Nicht daß sie wendiger geworden wären, das waren sie immer, aber sie sind jetzt dem Staate verbunden, nicht mehr der Einzelperson. Das zeigt sich in Spanien, Italien, ebenso wie in Frankreich und Österreich. So bleibt in finanziellen Angelegenheiten der Habsburger Staat abhängig. Wenn wirklich der Einfluß des einen Juden beschränkt wird, so tritt dafür ein anderer an seine Stelle; zu einer Befreiung kommt es nicht. Im Gegenteil. Mit Hilfe ihrer Kapitalien können sie in den Warenhandel eindringen. Unterstützt wird das durch die geschichtliche Entwicklung der Monarchie. In den neuerworbenen Gebieten hatten sich die Juden Vorrechte und Monopole erworben. Diese wurden ihnen bei der Angliederung belassen[90]. So wurde ihnen der Getreidehandel in einem Teile der Erbländer erlaubt. Damit bekommen sie die Möglichkeit, die Militärverpflegung zu pachten, zuerst in den gestatteten Provinzen, dann in den übrigen. Damit haben sie im Verpflegungswesen eine ähnliche Stellung erlangt, wie sie Oppenheimer gehabt hat.

Völlig in jüdische Hände kommen die Eisenbahnen. Ihre Bedeutung für das Heer braucht nicht klargelegt zu werden. Im Jahre 1835 bat Rothschild um ein Privileg für einen Bahnbau von Bochnia, südöstlich Krakau, über Mährisch-Ostrau nach Wien. Schon im nächsten Jahre, am 17. Februar 1836 erhält ein zweites jüdisches Bankkonsortium unter Führung des Freiherrn Georg von Sina ein anderes „ausschließendes Privilegium" für eine Eisenbahn von Wien nach Raab; „in der Absicht ihrer weiteren Fortführung bis zum Adriatischen Meer". Im Jahre 1845 bauen dann die Rothschilds die ungarische Zentralbahn. Die Notlage der k. k. Monarchie während des Krimkrieges nutzt weiter das schon erwähnte Konsortium Sina-Eskeles-Pereira aus, um sich unter dem Namen k. k. privilegierte österreichische Staatseisenbahngesellschaft in den Besitz des größten Teiles der Staatsbahnen zu setzen. Dem Staate hatte der Bau 94 Millionen gekostet, die jüdische Gesellschaft zahlte dafür 77 Millionen. Im Anschluß an dieses Geschäft entbrannte ein Kampf zwischen den beiden jüdischen Gruppen um den Besitz der Südbahnen und der lombardisch-venetianischen Bahnen, die in den Besitz der Rothschilds übergingen[91]. Nun läßt sich nicht leugnen, daß sich die Juden dadurch, daß sie den Bau von Eisenbahnen angeregt und durchgeführt haben, ein Verdienst um Österreich-Ungarn erworben und die wirtschaftliche Entwicklung durch Schaffung neuer Verkehrsmittel gehoben haben. In militärischer Hinsicht haben sie dem Staat nicht nur die Möglichkeit eines schnellen Aufmarsches gegeben, sondern auch die Nachschubfrage wesentlich erleichtert. Doch darf dabei nicht übersehen werden, daß die Abhängigkeit von fremdem Kapital auch eine Gefährdung der militärischen Belange in sich schloß. Die Bahnen wurden nach kapitalistischen Gesichtspunkten gebaut und betrieben. Rentierten sie sich nicht, stellten sie den Betrieb ein, wie das, um ein Beispiel anzuführen, im Jahre 1874 die Leoben-Vordernberger und die Braunau-Straßwalcher Bahn taten[92]. Ebenso unterblieben in Zeiten wirtschaftlicher Depression die Neuanlagen von Bahnen, auch wenn sie hinsichtlich der Landesverteidigung notwendig waren. Als die Anlage der strategisch wichtigen Bahn Tarnopol-Klausenburg gefordert wurde, um

---

[89] Deeg, Hofjuden, S. 320, 425.

[90] * Pribram, Urkunden II, Nr. 357, Nr. 422.

[91] Corti, Rothschild, S. 102, 110, 382, 384, 393. Deeg, Hofjuden, S. 376 ff.

[92] Geschichte der Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie, hrsg. vom Österreichischen Eisenbahnbeamten-Verein, Wien 1898, Bd. I, S. 87, 220, 221.

gegen einen Vorstoß der Russen gesichert zu sein, fand sich keine Gesellschaft, die sie übernehmen wollte, weil sie in der Anlage zu teuer und in der Verwaltung unrentabel wäre. Allenfalls war man für die Linie Przemysl-Dolina zu haben, die billiger zu bauen und wirtschaftlicher in der Verzinsung war, aber an strategischer Bedeutung hinter der zuerst genannten Strecke weit zurückblieb. Hier wird also die Herrschaft des jüdischen Kapitals über die Eisenbahnen zu einer Gefahr für die Sicherheit des Landes[93].

Auch bei der geschichtlichen Beurteilung darf die Tat nicht allein gewertet werden, die Motive müssen ebenso in Rechnung gestellt werden. Als solche kommt aber bei dem Eintreten der Rothschilds für den Bahnbau nur die Sucht, Geld zu verdienen, in Betracht. Eisenbahnaktien waren ein willkommenes Spekulationsobjekt. Man vergleiche nur die Einstellung eines Friedrich List mit der der Rothschild, Eskeles usw., und der Unterschied tritt in seiner ganzen Größe zutage. Auf der einen Seite die genial schöpferische Persönlichkeit, die ganz bewußt Werte schaffen will, auf der anderen der Geldmacher, der trotz allen Reichtums und aller wirtschaftlichen Macht nicht über das Niveau des Schacherjuden hinauswachsen kann.

Neben der Hoffnung, ein gutes Geschäft zu machen, war für die Anlage von Bahnen das Bestreben maßgebend, die Kohlen- und Erzabfuhr schnell und sicher zu gestalten. Hand in Hand mit dem Bahnprojekt geht nämlich die Erwerbung von Kohlen- und Eisenlagern. Das war schwierig, denn den Juden war es verboten, Fabriken anzulegen und Bergbau zu betreiben[94]. Also mußte das Gesetz geändert werden. Rothschild machte ein entsprechendes Gesuch, was ihm dann für seine Person genehmigt wurde. So weit reichte allerdings seine Macht nicht, den Juden insgesamt die Erlaubnis zu verschaffen, sich in die Montanindustrie einzuschalten. Der Kaiser war nur „geneigt, den Betrieb des Bergbaus auf Steinkohlen und damit verwandte Produkte einzelnen Israeliten zu gestatten“[95], und zwar auch nur dann, wenn „von den die Befreiung nachsuchenden Individuen die Erwerbung besonderer Verdienste um Allerhöchst ihre Staaten nachgewiesen werden“ kann[96]. So kommen die Eisenwerke im Mährischen Becken und die Kohlenwerke in Dalmatien in Rothschilds Hände. Damit kann er den größten Teil der Kohlen- und Eisenproduktion kontrollieren. Das bedeutet völlige Abhängigkeit der Waffen- und Munitionsfabrikation, die auch durch die Errichtung staatlicher Fabriken nicht gelockert wurde, um so weniger, als die Staatsbetriebe infolge des chronischen Geldmangels der Monarchie und des gemütlichen Geschäftsganges selbst häufig genug auf das jüdische Kapital angewiesen waren.

Ergänzend tritt endlich der Bau von Dampfschiffen und die Gründung einer Dampfschifffahrtsgesellschaft hinzu. Im Jahre 1835 wird mit Rothschildschem Geld der Österreichische Lloyd gegründet. Hierfür gilt das oben über die Eisenbahnen Gesagte. Insofern besteht ein Unterschied, als die Geschichte des Lloyd in den ersten Jahren das typisch Jüdische schärfer hervortreten läßt. Er geriet in Schwierigkeiten. Sofort wendet sich Salomon Rothschild an Metternich, um Staatsgelder in das Unternehmen hineinzuziehen, d. h. eigentlich will er ja die Gelder geben und auch den Überschuß einkassieren, aber das Risiko soll der Staat übernehmen. Das wird selbst für Metternich zu viel, obgleich er von den Juden abhängig ist. Nur ein bevorzugtes Pfandrecht erlangt der Finanzmann. Militärisch hat diese Gründung eine geringe Bedeutung, doch konnten im Ernstfalle die Fahrzeuge als Hilfsschiffe für die Kriegsmarine in Frage kommen, wie sie im Frieden und im Kriege für den Transport kriegswichtiger Erzeugnisse und Rohstoffe wichtig waren. Daß aber die Juden ihre Schiffe keineswegs immer zur Verfügung stellten, beweist das oben geschilderte Verhalten Ballins.

Auch im 19. Jahrhundert gehen also Österreich und Deutschland verschiedene Wege. Während in Österreich das Judentum sich im Heere immer mehr ausbreitet, geht in Preußen nach einem verhältnismäßig kurzem Aufstieg der jüdische Einfluß wieder stark zurück. Nach der Reichsgründung dehnt sich die preußische Einstellung weiter aus und erfaßt auch die anderen

---

[93] Österreichische Militärische Zeitschrift, hrsg. von V. R. v. Streffleur, X. Jahrgang, 1. Bd., S. 243.

[94] * Pribram, Urkunden, Bd. II, S. 479.

[95] * Pribram, Urkunden, Bd. II, Nr. 486 vom 30. 6. 1840. Corti, Rothschild, S. 242.

[96] * Pribram, Urkunden, Bd. II, Nr. 357, Nr. 422.

Bundesstaaten. Völlig einheitlich wird die Haltung aber nicht. So nimmt das bayrische Heer immer noch Juden in sein Offizierskorps auf. Daher wurde von jüdischen Kreisen Bayern als das Vorbild hingestellt, so daß ein jüdischer Großkaufmann sagen konnte: „Wenn ich meinen Sohn nach Bayern tue, dann wird er Reserveoffizier, denn in Bayern werden alle Juden Reserveoffiziere." Diese Ansicht war so verbreitet, daß amtlich dagegen Stellung genommen werden mußte. „In Bayern werden ‚die' Juden ebensowenig Reserveoffiziere wie ‚die' Christen, sondern einzelne Juden, die genau alle Bestimmungen erfüllten, die Qualifikation zum Reserveoffizier erhielten und dann von den Offizieren ihres Bezirkskommandos gewählt wurden, sind in Bayern Reserveoffiziere geworden."[97] In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Stellung der Juden nicht eindeutig. Während sie in der freien Wirtschaft stark gewinnen, macht sich das Heer immer selbständiger. Das ist einmal in der weltanschaulichen Einstellung des Offizierskorps begründet, zum anderen in einem Wandel, den die Kriege des 19. Jahrhunderts in wirtschaftlicher Beziehung durchmachen. „Bis zum Jahre 1914 entbehrt das Verhältnis von Kriegführung und Wirtschaft jeder Problematik. Die zu lösenden Finanzierungs-, Verpflegungs- und sonstige Wirtschaftsaufgaben waren ausschließlich Fragen organisatorischer und verkehrstechnischer Natur."[98] In Österreich haben sie wie früher auch in wirtschaftlicher Hinsicht fast die Herrschaft.

IV. Der Krieg 1914—1918

Im August 1914 ging eine Welle der Begeisterung durch das deutsche Volk und trieb die Jugend zu den Fahnen. Zwar wurden alle Volksklassen davon ergriffen, die Führung lag aber unbestritten bei der akademischen Jugend. Das waren aber gerade die Kreise, denen die Juden gleichwertig sein wollten. Also durften sie sich nicht ausschließen. Nun ging zweifellos ein Teil von ihnen freiwillig und gern mit. Das hat zwei Gründe. Einmal konnten sich aus dem Rassengemisch auch kriegerische Naturen ausmendeln, wie schon oben erwähnt. Zum andern hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Wandlung innerhalb des Judentums vollzogen, die dessen Einheit sprengte. Von den nationalen hatten sich die Assimilierten getrennt. Sie wollen das Aufgehen in das Wirtsvolk und stellen „die nationale Liquidation" als die notwendige und letzte Phase in der jüdischen Volksgeschichte dar. Sie wollen von einer Gemeinsamkeit der Schicksale der Juden nichts wissen, wollen vielmehr Deutsche, Franzosen, Engländer, Amerikaner sein. Träger dieser Bewegung ist die jüdische Plutokratie[99]. So wird die Sache von der jüdischen Seite gewertet. Tatsächlich lösen sich aber auch die Assimilierten nicht restlos von ihrem Volke, was schon daraus zu erkennen ist, daß auch sie „ihren Betätigungseifer auf Palästina richten" und die jüdische Ansiedlung dort zu fördern suchen. Aber zugegeben muß doch werden, daß sich in diesen Kreisen eine ganze Menge befanden, die für Deutschland kämpfen wollten. Die gingen also von sich aus. Aber auch die anderen mußten sich national betätigen, denn sonst gaben sie ja ihren Gegnern Recht, die immer die Abneigung der Juden gegen den Waffendienst betont hatten. Das durfte auf keinen Fall geschehen. Also mußte man Soldat werden. Von einer kämpferischen Begeisterung kann dabei keine Rede sein. Die Lehre der Thora, daß der Krieg verwerflich, daß er eine Strafe Gottes für die Sünden des Volkes ist, wird beibehalten. Er ist „ein hemmendes Moment der Höherentwicklung der Menschheit. Wer im Leben einen Sinn findet, der über das irdische Leben hinausweist, dem muß der Krieg als etwas Verwerfliches erscheinen. Ist die Sittlichkeit, das Gute, die Gerechtigkeit der Sinn und der Zweck des Daseins, so muß der Krieg als der Ausdruck des Bösen, Ungerechten, Unmoralischen angesehen werden. Die Teilnahme am Kriege ist sehr geeignet, den einzelnen zu verrohen und in ihm das Gefühl für Recht und Sittlichkeit, für Güte und Menschenliebe abzustumpfen, ja zu ertöten"[100]. Diese Blütenlese zeigt, daß die

[97] * Loewenthal, Bekenntnis, S. 133.

[98] Hellmer, Kriegsführung und Wirtschaft in den Kriegen des 19. Jahrhunderts und im Weltkrieg. Militärwissenschaftliche Rundschau, Jahrgang 3 (1938), S. 254.

[99] * Die Juden im Kriege, Denkschrift des Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale Zion an das Internationale Sozialistische Bureau, 2. Aufl., den Haag 1917, S. 31f., 38f.

[100] * Der Krieg und wir Juden, Lamms Jüdische Feldbücherei, Nr. 1. Berlin 1915, S. 21ff., 37.

jüdische Auffassung der deutschen völlig wesensfremd ist, daß die Juden mit einer ganz anderen Einstellung in das Feld zogen als die deutschen Soldaten. Der Gegensatz konnte nie überbrückt werden. Wichtiger als diese bekannten Tatsachen ist die Form, in der solche Gedanken veröffentlicht wurden, nämlich in einem kleinen Heftchen, das bestimmt war, an die Front geschickt zu werden. Man kann sich leicht ausmalen, wie durch solche Lektüre der an und für sich schon geringe Kampfeseifer der jüdischen Soldaten eine weitere Schwächung erfuhr. Da die Sehnsucht nach Lektüre an der Front sehr groß war, kamen diese Bücher auch in deutsche Hände. Hier mußten sie zersetzend wirken.

Nach dem Kriege ist von dem Kampf der Juden viel hergemacht worden. Daher ist eine Überprüfung nötig. Bei Ausbruch des Krieges zählte die Bevölkerung des Deutschen Reiches 67 790 000 Seelen; davon wurden 12 500 000 eingezogen, d. h. 19,9 v. H. Juden lebten in Deutschland 620 000, davon eingezogen 100 000, d. h. 16,1 v. H. Es fehlen also bei den Juden fast 4 v. H. Nun zieht man jüdischerseits von der oben genannten Zahl 65 000 Ausländer ab. Dazu liegt keine Berechtigung vor. Waren diese nämlich echte Ausländer, d. h. solche, die die Staatszugehörigkeit eines fremden Staates besaßen, dann hätten sie für ihren Staat kämpfen müssen. Waren es aber Menschen ohne Staatsangehörigkeit oder solche, die sich bei uns aufhielten, um den Verpflichtungen an den Heimatstaat zu entgehen, so sind sie ein Beweis dafür, daß der Jude sich vom Kriegsdienst drücken wollte. Außerdem müßte man, wollte man diese absetzen, die deutschen Juden im Auslande dafür in die Endzahl einsetzen. Aber selbst bei der für die Juden günstigsten Berechnungsart kommt man nur auf 17,3 v. H. der jüdischen gegen fast 20 v. H. der Gesamtbevölkerung[101]. Gefallen und ihren Wunden erlegen sind 1 880 000 insgesamt, davon 10 172 Juden[102]. 13,5 v. H. der christlichen Kriegsteilnehmer gegen 10,17 v. H. der jüdischen, oder 2,7 v. H. der christlichen Bevölkerung gegen 1,5 der jüdischen[103]. Dieser Berechnung sind die von jüdischer Seite errechneten Zahlen zugrunde gelegt. Man könnte also höchstens einwenden, daß sie für diese zu günstig seien. Trotzdem bleiben die Opfer der jüdischen Einwohnerschaft fast um die Hälfte gegenüber denen zurück, die die christlichen Staatsbürger gebracht haben. Man hätte also allen Grund, bescheiden zu sein. Das vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten herausgegebene Gedenkbuch kommt nun zu etwas anderen Ergebnissen. Erstens einmal wird dort die Zahl der Juden in Deutschland im Jahre 1914 mit 555 000 angegeben gegen 620 000 bei Segall und die Zahl der Gefallenen auf 12 000. Daraus würden folgende Hundertzahlen folgen: Kriegsteilnehmer 18 v. H. der jüdischen Bevölkerung, von den Kriegsteilnehmern gefallen 12 v. H., von der jüdischen Bevölkerung 2,16. Damit käme man den Hundertzahlen der übrigen Bevölkerung schon näher. Die namentliche Liste des Bundes der Frontsoldaten bringt aber einschließlich Elsaß-Lothringen und Posen 10 623 Namen, zu denen 325 hinzukommen, die nach dem Waffenstillstand an ihren Wunden verstorben sind. Der Zentralnachweis für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau konnte davon nur 10 060 und 112 Namen identifizieren, so daß die Zahl 10 172 als die Höchstzahl angesehen werden muß. Damit kommen wir aber wieder zu den zuerst errechneten Sätzen:

	Soldaten überhaupt	Juden	Hundertsatz
Eingezogen	12500000	100000	0,8
Gefallen	1880000	10172	0,5

Der Hundertsatz der jüdischen Bevölkerung betrug 0,95.

Nirgends vollbringen die Juden also dieselbe Leistung wie die übrige Bevölkerung, und wenn auch die Summe der Kriegsteilnehmer beinahe der richtigen Verhältniszahl entspricht, so betragen doch die Blutopfer nur die Hälfte der Bevölkerungszahl. Das ist ein Beweis dafür, daß sie sich in Stellungen befunden haben, die weniger gefährlich waren, also in der

101 * Jakob Segall, Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914—1918, Berlin 1922, S. 11.

102 * Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppe 1914—1918, hrsg. vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Berlin 1932, S. 419 ff.

103 * Segall, S. 31.

Etappe oder in der Heimat. Schließlich handelt es sich aber nicht darum, daß die vorgeschriebene Zahl den grauen Rock trägt, sondern der Einsatz soll derselbe sein. Das ist nicht der Fall, das haben die jüdischen Statistiker selbst nachgewiesen. Was sie an Gründen anführen, dieses Manko zu erklären, ist nicht stichhaltig. Das Volk hat mit seiner Wertung völlig recht, wenn es behauptet, daß die Juden sich vom Kriege gedrückt hätten.

Von Anfang an wurde von deutscher Seite auf diesen Umstand hingewiesen. Die amtlichen Stellen aber wiesen solche Beschuldigungen zurück. „Es wurde durch anonyme Zuschriften an der Tüchtigkeit und Verläßlichkeit der Soldaten jüdischer Konfession gezweifelt und der schwere Vorwurf erhoben, daß viele von ihnen Mittel und Wege wüßten, sich dem Dienst an der Front zu entziehen. Diese Anschuldigungen sind durchaus unbegründet." Juristisch nachweisen ließen sich solche Behauptungen in den seltensten Fällen. Der Einsender konnte also nicht mit einer Bestrafung der Juden rechnen, sondern mußte vielmehr eine Strafverfolgung wegen Aufreizung zum Rassenhaß und „konfessioneller Unduldsamkeit" erwarten. Daher die Anonymität der meisten Zuschriften. Den erwünschten Erfolg hatten sie nicht. Im Gegenteil, sie bestätigten den Juden nur amtlich, „daß unsere jüdischen Soldaten sich bemühen, hinter ihren christlichen Kameraden an Vaterlandsliebe, Opferwilligkeit und Tapferkeit keineswegs zurückzustehen"[104]. Gleichzeitig entfalten die Juden eine umfangreiche Propaganda, ihre Verdienste in das rechte Licht zu setzen. In Wien wurde, um nur ein Beispiel anzuführen, eine besondere Zeitschrift, das Jüdische Archiv, gegründet, deren Aufgabe es sein sollte, „für ewige Zeiten festzustellen, nicht nur die hervorragenden Leistungen unserer Soldaten auf den Schlachtfeldern, sondern auch unsere rückhaltlose patriotische Treue, die sich als Faktor von wirklich staatserhaltendem Werte erwiesen hat"[105]. Gute Dienste als Händler, Spione, durch Befreiung von Kriegsgefangenen und deren Betreuung und Versorgung mit Lebensmitteln, als Mittelsmänner für die verschiedensten Aufträge haben die Juden den Zentralmächten in Rußland geleistet[106]. Das geschah nicht aus reiner Liebe zu Deutschland oder Österreich, vielmehr spielte die Absicht, Geld zu verdienen, eine große Rolle. Daher ist ihre Stellung nicht eindeutig. „Sie beunruhigen die Bevölkerung mit allerlei Schreckensnachrichten, damit sie von den Bauern um einen geringen Preis das Getreide erhalten können. Sie betreiben auch Schmuggelhandel."[107] Zu den dargebotenen Hilfen trug auch der Haß gegen Rußland viel bei. Daß sie es dort nicht besonders gut gehabt hatten, ist bekannt. Während des Krieges verschärft sich das, denn die Russen warfen ihnen Spionage, Brotwucher, Preistreiberei, Landesverrat, Abwertung des Rubelkurses vor und trafen dementsprechende Gegenmaßnahmen[108]. Diese Verhältnisse im Osten färbten natürlich auf die anderen Kriegsteilnehmer ab. So empörten sich englische Zeitungen gegen das Benehmen der Juden, amerikanische über das der Russen; aber daraus nun auf eine starke antisemitische Welle in den Ententeländern oder auf eine Deutschfreundlichkeit der dortigen Juden schließen zu wollen, ist völlig abwegig.

Mehr als der Kampf mit der Waffe lag den Juden die Betätigung hinter der Front. Da ist es die jüdische Intelligenz, die Schriftsteller und Gelehrten, die sich aus den oben dargelegten Gründen in die Heimatfront einreihen. Alle Theater, die jüdischen in erster Linie, bringen Stücke, die den Soldaten verherrlichen, die Gassenhauerdichter singen von Krieg und Sieg, in den Zeitungen erscheinen Erzählungen und Gedichte ernsten und heiteren Inhalts, die das Kriegserlebnis den Lesern nahebringen wollen. Das bekannteste ist Ernst Lissauers Haßgesang gegen England. Fast täglich wurden Feldpostbriefe mit Erlebnissen von der Front abgedruckt. Die illustrierten Zeitschriften, die Witzblätter, alle haben nur ein Thema: den Schneid und die Tapferkeit des deutschen Soldaten, die Verlogenheit, Hinterhältigkeit und Minderwertigkeit unserer Feinde. Zum Teil waren solche Sachen außerordentlich volkstümlich und in aller Hände, wie die Kriegsberichte Lausikoffs an seinen Freund Grandebouche, die Karl

---

[104] Bekanntmachung der 6. Infanterie-Brigade in Landau, Jüdisches Archiv, Nr. 1 (1915), S. 23.

[105] * Jüdisches Archiv, Nr. 1 (1915), S. 1.

[106] * Jüdisches Archiv, Nr. 4, 5 (1916), S. 2ff.

[107] Interview des Generalgouverneurs Baron von Diller mit einem Berichterstatter des Budapester Blattes A Vilag vom 4. 2. 1916, zitiert nach Denkschrift Poale Zion, S. 97.

[108] * Jüdisches Archiv, Nr. 8, 9 (1917).

Ettlinger unter dem Namen Karlchen in der Münchener Jugend veröffentlichte. Sie wurden dauernd erweitert, schließlich auch in Buchform herausgegeben und behielten ihre Beliebtheit während des ganzen Krieges. Übrigens ist Karl Ettlinger einer von den wenigen, die es wirklich ehrlich meinten. Die Hochschulen veranstalteten Kriegsvorträge, bei denen die jüdischen Gelehrten nicht hinter ihren christlichen Kollegen zurückblieben. Die Zeit vor 1914 scheint vergessen zu sein und alles, was von jüdischer Seite gegen den Krieg geschrieben worden war. Man soll nicht sagen, daß alles sei von der Regierung mehr oder weniger verlangt worden. Es war durchaus freiwillig. Denn die Staatsaufsicht konnte sich im günstigsten Falle negativ auswirken, indem sie das Drucken antisoldatischer Bücher verhinderte, nie aber in dem Sinne, daß sie das Erscheinen kriegsbejahender Werke anordnete. Und doch waren in dieser Beziehung die jüdischen Verleger auf der Höhe. Als Beispiel sei der Verlag Ullstein & Co. in Wien-Berlin angeführt. Eine kleine Auswahl besonders charakteristischer Werke: Die Romane von Rudolf Straß, Das deutsche Wunder, das die Erhebung im August 1914 schildert, Das freie Meer, in dem die Verlogenheit der Engländer aufgedeckt wird, Der eiserne Mann, der den fanatischen Haß der Franzosen gegen alles Deutsche zum Thema hat, in Auflagen bis 100 000. Weiter eine Sammlung, „Männer und Völker", die durch ihr Format und ihren niedrigen Preis für die Front bestimmt war, in denen Gelehrte von Ruf Übersichten über die Entwicklung der Feindländer gaben. Andere, wie der Globusverlag, bringen Jugendschriften, Im Granatfeuer oder mit ähnlichen Titeln, die die heranwachsende Generation zum Heldentum erziehen wollen. Die Kunstverleger bringen zu Dutzenden Bilder vom Kaiser, Hindenburg und den erfolgreichen Heerführern. Man konnte sich in Kriegsbejahung gar nicht genug tun. Den Höhepunkt dieser ganzen Art bildet wohl eine kleine Flugschrift, in der ein russischer Jude das Hohelied des preußischen Militarismus singt[109]. Aber die Sache war ebensowenig echt wie das Hindrängen in die Kompanien; das beweist der weitere Verlauf.

Es war eine Ausnutzung der Konjunktur. Denn das war klar; der Krieg war eine nicht wiederkehrende Gelegenheit, gute Geschäfte zu machen. Eins von diesen Geschäften war der Handel mit Wehrwillen und Kampfbegeisterung. Zuerst auch das einzige. Die Kriegsfinanzierung, mit der Rothschild und Bleichröder 1866 und 1870 so schön verdient hatten, fiel aus. Die Kriegsanleihen waren eine Sache des Volkes und des Staates. Sie wurden nicht in der alten Art bei den Banken aufgelegt, die sie dann bei der Bevölkerung unterbrachten, sondern der Staat wandte sich direkt an das Volk, ohne Vermittlung. Mit den kleinsten Beträgen beteiligten sich die Volksgenossen; bei der sechsten Kriegsanleihe waren es über vier Millionen, die bis 200 Mark zeichneten[110]. Eine eigentliche Propaganda wurde bei den ersten Anleihen auch nicht betrieben, die Reichsbank beschränkte sich auf die Bekanntgabe der Anleihebedingungen[111]. Man brauchte nicht einmal die Banken zum Einzahlungsgeschäft; Sparkassen und Postanstalten nahmen die Zeichnungen und Einzahlungen entgegen[112]. Sonstige Geldgeschäfte, wie der Agiohandel mit Goldmünzen wurden verboten; die Börse geschlossen. Als ein nichtamtlicher Börsenverkehr sich zu entwickeln drohte, unterband der Bundesrat Mitteilungen über Preise von Wertpapieren. Die Goldklausel bei der Zahlung von Zinsen und bei Rückzahlungen geliehener Gelder wurde aufgehoben[113]. So wurden gerade die Geschäftszweige, die das eigentliche Betätigungsfeld der Juden gewesen waren, fast gänzlich ausgeschaltet. War für große Spekulationsgeschäfte mithin kein Raum, so sah es mit den Heereslieferungen im Anfang auch böse aus. Das Heer versuchte die nötigen Bedarfsgüter in eigenen Werkstätten herzustellen. Wo diese nicht ausreichten, hatte man schon im Frieden mit bestimmten leistungsfähigen Firmen Verträge abgeschlossen und so für die Befriedigung eines stoßartig einsetzenden Massenbedarfes Sorge getragen[114]. Außerdem hatte man gleichfalls

[109] * N. Goldmann, Der Geist des Militarismus, in: Der Deutsche Krieg, Politische Flugschriften, hrsgb. von Ernst Jäckh, 52. Heft, Berlin 1915.

[110] Arthur Dix, Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Leipzig 1920, S. 223.

[111] Die Reichsbank 1901—1925, Berlin o. J., S. 81 ff.

[112] Karl Helfferich, Der Weltkrieg, Berlin 1919, Bd. II, S. 145.

[113] Reichsbank, S. 59, 79.

[114] Der große Krieg 1914—1918, hrsg. von M. Schwarte, 9. Bd., Die Organisation der Kriegführung, S. 127, 131, 155, 147. (Zitiert: Schwarte, Krieg.) Helfferich, Weltkrieg, Bd. II, S. 119 ff.

schon im Frieden Ausrüstung, Bewaffnung und Bekleidung für alle Wehrpflichtigen bereitgelegt[115]. Auch der Handel mit der Truppe des Feldheeres wurde dadurch ausgeschaltet, daß der Generalintendant die Zulassung von Zivilmarketendereien hinter der Front ganz allgemein verbot[116]. Wo Privatfirmen herangezogen werden mußten, war die Verdienstmöglichkeit beschränkt, weil neben dem festen Preis für die Fertigwaren auch Mindestlöhne für die Arbeiter festgesetzt worden waren, eine Regelung, die an die unter Friedrich Wilhelm I. erinnert[117]. Die Juden waren über die staatlichen Eingriffe nicht sehr entzückt. Sie machten Umstände, „da die kaufmännische Organisation dadurch beinahe unmöglich ist, daß die Vertreter der Regierung die Dispositionen beständig wieder an sich rissen“[118]. Unter kaufmännischer Organisation haben wir wohl in erster Linie die Preisregelung zu verstehen. Selbst der schrankenlose Handel mit dem Auslande wurde durch die Reglementierung und Zentralisierung der Ein- und Ausfuhr sowie durch eine Devisenregelung stark eingeengt[119]. Im großen und ganzen versprach der Krieg mithin den Juden anscheinend nichts.

Wo sich die Gelegenheit zu Geschäften bot, wurde sie gierig ergriffen, und die jüdische Art trat dann unverschleiert zutage. Das zeigte sich zuerst bei der Beschaffung von Pelzen. Das Heer hatte im Frieden keinen Vorrat gestapelt. Jetzt sollten innerhalb von vier Monaten 233 000 Stück geliefert werden. Die Nachfrage hatte ein stetiges Steigen der Preise zur Folge. Im Frieden waren 45 Mark als Preis festgesetzt worden, jetzt stieg dieser in kurzer Zeit bis auf 130 Mark. Man wußte, daß das Heer nicht warten konnte und glaubte es daher in der Hand zu haben. Doch die Bekleidungsabteilung setzte von sich aus als Höchstpreis 90 Mark fest; konnten dafür die nötigen Mengen nicht beschafft werden, dann sollten warmgefütterte Tuchmäntel bereitgestellt werden. Und es ging. Über acht Millionen Mark wurden dadurch eingespart[120]. Diese Preistreiberei war eine jüdische Mache; denn der Handel mit Rauchwaren war zum größten Teil in jüdischen Händen[121].

Es sah also im Anfang des Krieges keineswegs günstig für die Juden aus. Ihre traditionellen Gewinnmöglichkeiten waren beschnitten, statt dessen mußten sie auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht ins Feld ziehen. Da kam ihnen die geographische Lage Deutschlands und die hierauf beruhende englische Blockade zu Hilfe. Beides bedingte einen Mangel an Rohstoffen und bald auch, durch den Mangel an Arbeitskräften hervorgerufen, eine Verknappung aller anderen Waren und damit deren Verteuerung. Das Problem wird also doppelt: Beschaffung der Rohstoffe und die Frage der Preisgestaltung.

Es ist bekannt, daß schon am 8. August 1914 die Kriegs-Rohstoff-Abteilung im Kriegsministerium gegründet wurde. Das war die wirtschaftliche Mobilmachung, natürlich in dem Rahmen, den man 1914 für nötig hielt, denn die Erfahrungen der Jahre 1914 bis 1918 fehlten ja noch, und in den früheren Kriegen des 19. Jahrhunderts hatte es keine Wirtschaftsprobleme gegeben. Der Sohn des Gründers der AEG., Dr. Walter Rathenau, nimmt das Verdienst in Anspruch, die Gründung der KRA. angeregt zu haben. Das ist insofern richtig, als er es gewesen ist, der im Kriegsministerium den allerletzten Anstoß gegeben hat. Der Gedanke selbst stammt nicht von ihm. Ein Maschinenbauingenieur der AEG., Wichard von Moellendorf, hatte schon Ende Juli die amtliche Bewirtschaftung der Rohstoffe verlangt und solche Gedanken dem Direktor vorgetragen[122]. War von Moellendorf durch die Praxis angeregt worden — die AEG. hatte nämlich selbst für den Frieden zu geringe Kupfervorräte — so hatten schon lange vor ihm andere auf Grund wissenschaftlicher, histo-

---

115 Reichsarchiv, Weltkrieg, Kriegsrüstung, Bd. I, S. 223 ff., S. 394.

116 Schwarte, Krieg, Bd. II 9, S. 66.

117 Vgl. Teil II, S. 349.

118 * Albert Ballin an Ernst Francke vom 11. 11. 1914, zitiert nach Stubmann, Ballin, S. 256.

119 Helfferich, Weltkrieg, Bd. II, S. 202 ff., 205, 213.

120 Schwarte, Krieg, Bd. 9, S. 159 f.

121 Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 451, Heft 5, S. 23 f.

122 Kurt Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung im Weltkriege, Hamburg o. J. (1936), S. 35 ff.

rischer Studien die gleichen Forderungen aufgestellt[123]. Prof. Dr. Riesser, Dr. Voelcker, Arthur Dix u. a. hatten in Büchern, Aufsätzen und Zeitungsartikeln auf die Gefahren der Blockade hingewiesen und verlangt, daß von amtlicher Seite Maßnahmen dagegen getroffen würden. Rathenau steht also auf den Schultern seiner Vorgänger. Und daß es ihm so leicht gemacht wurde, daß Falkenhayn so bereitwillig auf seine Pläne einging, so daß man umgehend zur Gründung der KRA. kam, ist auch das Verdienst anderer. „Walter Rathenau hätte niemals die Rohstoffversorgung zu organisieren vermocht, wenn die Väter des Zollvereins, die List, Eichhorn, Motz und Maßen, nicht schon 80 Jahre vorher damit begonnen hätten, das deutsche Volk für den Kollektivismus zu erziehen. Die Organisationsformen, die dieser dann während des Krieges geschaffen hat, sind im tiefsten Sinne des Wortes antijüdisch." [124] Anders ausgedrückt, Rathenau traf auf das nötige Verständnis, weil es sich wieder einmal darum handelte, die deutsche Wirtschaftsform zu verwirklichen. Unjüdisch ist die Durchführung, weil die Rohstoffgesellschaften, die als Selbstverwaltungskörper der Industrie neben die KRA. traten, als gemeinnützige Anstalten auf jeden Verdienst verzichteten, vielmehr alles, was über die Betriebskosten verdient wurde, nach Beendigung des Krieges der Reichskasse zur Verfügung zu stellen hatten. Nur die kleineren durften statutengemäß vier oder fünf vom Hundert Dividende zahlen. Auch war das Ausschütten von Tantiemen an Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder verboten[125]. Es bleibt also für Rathenau nur übrig, daß er den Schritt beim Kriegsminister unternommen und die letzte direkte Anregung zur Ausführung gegeben hat. Das ist wenig, und dieses Verdienst soll ihm nicht geschmälert werden. Ob es aber zu solchen Lobeshymnen berechtigt, wie sie Lujo Brentano anstimmt, ist doch wohl zweifelhaft[126].

Die KRA. war aber nur der Kopf. Sie und die Rohstoffgesellschaften wandten sich nicht direkt an den Erzeuger, sondern kauften durch Mittelsmänner. Und das war die große Gelegenheit; der Jude erkannte sie sofort und schaltete sich zwischen Erzeuger und Verbraucher, in diesem Falle dem Heere, ein[127]. In Menge entstanden neue Firmen, die ohne Sachkenntnis nur an der Vermittlung verdienen wollten. Dadurch wurden die Urstoffe verteuert, ohne daß der Erzeuger oder das Heer einen Vorteil davon gehabt hätte[128]. Man hat diese Art das „Rathenausche Verschachtelungs-System" genannt[129]. Möglich war es, weil die Personalpolitik der Kriegsgesellschaften die Juden bevorzugte und in die maßgebenden Stellen nur Juden brachte. Da diese bestimmten, was und bei wem gekauft werden sollte, wurden vornehmlich jüdische Firmen für den An- und Verkauf bestimmt. So entsteht der Kettenhandel, bei dem eine Sache durch viele Hände geht[130]. Das entspricht durchaus der jüdischen Wirtschaftsauffassung[131]. Daher hat die Judenschaft diese Art auch so gefördert. Die Spalten der jüdischen Zeitungen öffneten sich jedem Schieber. In fünf Tagen des Juni 1916 inserierten im Berliner Tageblatt 233 Lebensmittelhändler, von denen nur 25 schon im Oktober 1915 mit der gleichen Ware gehandelt hatten, die übrigen waren erst neu hinzugekommen. 86 waren

---

123 Rießer, Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung, Jena 1909. Voelcker, Die deutsche Volkswirtschaft im Kriegsfalle, Leipzig 1909. Arthur Dix, Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 40. Derf., Volkswirtschaftliche Kriegsvorsorge, in: Vierteljahrshefte für die Truppenführung und Heereskunde, 1913. Derf., Wirtschaftskrieg, S. 161. Reichsarchiv, Kriegsrüstung, I, S. 335, 341.

124 * Marcus, Krise, S. 149.

125 Kurt Wiedenfeld, Rohstoffversorgung, Berlin 1917, S. 6. Skalweit, Kriegsernährungswirtschaft, S. 173.

126 Lujo Brentano, Walter Rathenau und seine Verdienste um Deutschland, München o. J. (1922). Über Rathenau vgl. Walter Frank, Walter Rathenau, in Forschungen zur Judenfrage, Sitzungsberichte der Münchener Arbeitstagungen des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland. Bd. II.

127 Schwarte, Krieg, Bd. 9, S. 129f., 160f.

128 Helfferich, Weltkrieg, Bd. II, S. 134. Otto Armin, Die Juden in den Kriegsgesellschaften, München 1921, S. 23, 33.

129 Armin, Kriegsgesellschaften, S. 10.

130 Armin, a. a. O., S. 12f.; 40ff.; 30.

131 Sombart, Wirtschaftsleben. S, 132.

im Adreßbuch und im Fernsprechverzeichnis überhaupt nicht aufzufinden[132]. Der Jude empfand diese Art als die einzig richtige. Daher konnte Karl Oppenheimer die Ausführungen in der Presse über den Kriegswucher als gefährliche Schwätzerei bezeichnen und vor einer Wucherpsychose warnen. Aber ganz rein war auch hier die Freude nicht; einmal bestanden die Heereswerkstätten weiter und paßten sich sehr bald den Kriegsbedürfnissen an, zum zweiten übernahm das Heer die wirtschaftliche Ausbeute der besetzten Gebiete selbst und schaltete alle kapitalistischen Verdienstmöglichkeiten aus. Weiter wandte sich der Kriegsausschuß der deutschen Industrie gegen das Schieberwesen; doch verdarb die Um-jeden-Preis-Politik des Kriegsamtes wieder sehr viel[133]. Dieses befand sich allerdings in einer Zwangslage, weil es bei der knappen Zeit und der Schnelligkeit, mit der alles erledigt werden mußte, nicht möglich war, den „gerechten" Preis zu errechnen. Dazu kommt, daß für viele Dinge Ersatzstoffe geschaffen werden mußten, bei denen die Preisfestsetzung überhaupt problematisch wurde. Aber verzichten auf sie konnte man nicht. Da wird dann das Schieberwesen gleichsam amtlich anerkannt. „Unwirtschaftlichkeit — wie zu schneller Verschleiß oder höherer Preis — ist kein stichhaltiger Grund für die Ablehnung des Ersatzrohstoffes", heißt es in einer Verfügung des Kriegsministeriums[134]. Auch die Beschlagnahme der Waren und die Festsetzung von Höchstpreisen konnte keine Besserung bringen. Die Juden haben jede statistische Erhebung über ihren Anteil an dieser Entwicklung unterdrückt; daher wird sich dieser ziffernmäßig kaum feststellen lassen. Das ist auch nicht so wichtig. Denn nachdem einmal der Anfang gemacht worden war, wurde die ganze Wirtschaft, ob sie wollte oder nicht, in diesen Kreis hineingezogen. Widerstand, den einzelne Firmen zu leisten versuchten, wurde glatt überrannt[135].

Für die Preisgestaltung war von Bedeutung, daß zuerst eine Regelung des Arbeitseinsatzes fehlte, vielmehr völlige Freizügigkeit herrschte. Das führte zur Steigerung der Löhne. Die Unternehmer konnten diese in jeder Höhe zahlen, denn die Lohnsteigerung wurde nicht von ihnen getragen, sondern vom Staat[136]. Damit gab man zwar der Industrie einen Anreiz zur Produktion, züchtete aber auch unberechtigte Verdienstmöglichkeiten. Diese waren um so größer, als Preisfestsetzungen und Beschlagnahme nicht Hand in Hand gingen, sondern die erstere nachhinkten. So entstanden die großen Überverdienste nicht der Kriegsgesellschaften, sondern der ihnen nachgeordneten Instanzen[137]. Der Weg zum Verdienst war also indirekt. Die Kriegsgesellschaften entschieden, von wem gekauft werden sollte und setzen die Preise fest. Weiter entschied die KRA., welche Mengen als Fertigwaren im Handel gekauft, welche durch die betr. Kriegsorganisationen an die Industrie zur Anfertigung gegeben werden sollten[138]. So konnte der Heereslieferant entstehen, dessen Verdienstmöglichkeiten für unbeschränkt galten. Letzteres um so mehr, als die Kriegsorganisationen immer mehr die staatlichen Beschaffungsstellen verdrängten. Im Jahre 1917 hatte die Wumba, d. h. das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt, folgende Gegenstände zu besorgen: Sättel, Geschirre, Gewehrriemen, Lanzenschuhe, Ledertaschen, Riemenzeug für die Pferdeausrüstung, Schanzzeugtaschen, Laternen jeder Art, Speisenträger, Kochkessel, Kardätschen, Gewehröl, Abessinierbrunnen, Kabel für Schwachstrom, Fahrräder, Hufbeschlaggerät, Schlitten, Handwagen, Fernrohre, Entfernungsmesser, M.-G. mit Zubehör, Zeltstangen, Flammenwerfer, Munition und Nahkampfmittel. Ferner werden Tischler-, Klempner- und alle übrigen handwerksmäßigen Arbeiten von ihr vergeben. Im Jahre 1915 war die Beschaffung dieser Sachen noch zum größten Teil durch die Feldzeugmeisterei oder die Intendanturen vorgesehen[139]. Die Wumba sei hier nur als ein Beispiel er-

---

[132] A. Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart 1927, S. 123, Anm. 11. Aumin, Kriegsgesellschaften, S. 27 ff.

[133] Dix, Wirtschaftskrieg, S. 321, 337. Skalweit, Kriegsernährungswirtschaft, S. 122, 218.

[134] Verzeichnis der Beschaffungsstellen (Einkaufstellen) des Heeres und der Marine, Berlin 1917, S. 4.

[135] Dix, Wirtschaftskrieg, S. 321.

[136] Carl Krämer, Kredit — Volkswirtschaft — Staat, VII, Die Kriegsfinanzierung und die Banken, Sparkasse 1937, S. 229. Helfferich, Weltkrieg, II, S. 275.

[137] Wiedenfeld, Organisationen, S. 48.

[138] Beschaffungsstellen 1917, S. 3, Nr. 4.

[139] Man vergleiche die Verzeichnisse der Beschaffungsstellen des Heeres und der Marine aus den Jahren 1915 und 1917.

wähnt; andere Beschaffungsämter traten ihr zur Seite. Auch hier läßt sich der Anteil der Juden nur dadurch ungefähr feststellen, wenn man weiß, welche Wirtschaftsgebiete vorwiegend in jüdischen Händen waren. Aber auch hier ist der Umstand wichtiger, daß das Heer in seiner Wirtschaftsführung von der alten Art immer mehr abgegangen und zu den entgegengesetzten Anschauungen gekommen war. Von der altpreußischen Sparsamkeit, die sich noch 1914 nachweisen läßt, von dem Argwohn, ob auch der Staat nicht um einen Pfennig zu teuer kaufe, ist nichts mehr zu spüren. Ein völliger Wechsel war eingetreten. Das ist um so bedauerlicher, als vor dem Kriege das Heer beinahe die einzige Stelle war, wo die Wirtschaftsführung noch nicht der jüdischen Auffassung unterlegen war. Daran ist nicht nur der Rohstoffmangel schuld, der hätte sich auch mit der alten Form überwinden lassen, soweit das überhaupt möglich war. Größeren Anteil daran trägt das rechtzeitige Einschalten der Judenschaft, zuerst der Pelzjuden; das war wieder möglich, weil in der Zivilwirtschaft das jüdische Kapital sich eine entscheidende Stellung erworben hatte. Damit wird die Entwicklung der Heereswirtschaft von 1914—1918 gleichzeitig zu einem Teil der deutschen Geistesgeschichte, in der der Kampf des jüdischen Geistes gegen den deutschen in Erscheinung tritt.

Ebenso große Möglichkeiten, Geld zu machen, lagen auf dem Gebiete der zivilen Wirtschaft. Äußerlich gesehen gehört diese Frage nicht in die vorliegenden Betrachtungen. Doch waren durch die Blockade die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung so belastet, daß Heer und Heimat eine Einheit bildeten, die immer enger wurde, je mehr der Krieg an Totalität gewann. Das Heer wird durch die zivile Wirtschaft in zwiefacher Weise betroffen. Einmal dadurch, daß es der Heimat immer schwerer wird, eine Ergänzung für Ernährung und Bekleidung der Soldaten zu geben. Die von den einzelnen Familien wie von den verschiedensten Vereinigungen ins Feld geschickten Liebesgaben, deren Bedeutung sowohl in materieller Hinsicht als auch für die seelische Haltung des Soldaten nicht zu gering eingeschätzt werden darf, hörten bald auf. Zweitens wirkte auf die Haltung des Soldaten zermürbend, zu wissen, daß die Angehörigen am Nötigsten Mangel litten, weil das Einkommen mit den Preisen nicht Schritt hielt. Also ist die Gestaltung der Gesamtwirtschaft von fundamentaler Bedeutung für das Heer. Wenn auch die Regierung sich Mühe gab, durch eine Preispolitik vorzubeugen, so konnte sie dieser Entwicklung nicht Herr werden, weil sie die Wirtschaftsmoral nicht ändern konnte. So blüht der Schleichhandel. Das ist das eigenste Gebiet des Judentums, und hier hat es sich auch ausgetobt. Aber auch hier ist es nicht möglich, ziffernmäßig seinen Anteil festzustellen; denn irgendwelche Unterlagen hierfür gibt es natürlich nicht. Selbst die Akten der Gerichte erteilen darüber keine Auskunft, denn es wurden nur wenige gefaßt. Aber daß ihr Anteil recht erheblich war, geht daraus hervor, daß diese Art des Handels in ihrem Rassencharakter begründet ist.

Das Reichsamt des Innern versuchte möglichst viel Waren aus dem Auslande zu bekommen. Die Maßnahmen, die vor Kriegsausbruch getroffen worden waren, führten zu keinem Erfolg. Auf Vorschlag Albert Ballins wurde dann in den ersten Augusttagen 1914 der „Reichseinkauf" gegründet, für den die Hamburg-Amerika-Linie Einkäufe im Auslande tätigen sollte. Später wurde er dann nach Berlin verlegt, um eine Zusammenfassung der Einkaufstätigkeit zu erreichen. Gleichzeitig wurde er in eine G. m. b. H. mit der Bezeichnung Zentral-Einkaufs-Gesellschaft umgewandelt. Die ZEG. ist noch in aller Erinnerung; weitere Ausführungen erübrigen sich also[140]. Damit kam der größte Teil des deutschen Innen- und Außenhandels in jüdische Hände. Rathenau mit der KRA. und Ballin mit der ZEG. kontrollieren die gesamte Wirtschaft. Ihre Stellung unterscheidet sich kaum noch von der, die einst Oppenheimer und Wertheimer am Wiener Hof eingenommen hatten. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß auch in den nachgeordneten Stellen die Juden eine bevorzugte Rolle gehabt haben. Die ärgsten Zeiten des Hofjudentums scheinen so zu neuem Leben erwacht zu sein.

Da die gesamte Wirtschaft Deutschlands von den Kriegsmaßnahmen erfaßt wird, läßt sich der Anteil der Juden daran leicht berechnen; man vergleiche nur die oben gegebene Übersicht über einige wenige Teilgebiete. Was aber diese Aufstellung nicht gibt, ist der tatsächliche Einfluß, weil die Juden es immer verstanden haben, wie schon erwähnt, statistische Erhebungen zu

[140] Bernhard Huldermann, Albert Ballin, Oldenburg-Berlin 1922, S. 310 ff.

vereiteln. Es hat wohl kaum einen Juden gegeben, der nicht sein Vermögen im Kriege erheblich vergrößert hat; viele haben es sogar erst durch die Kriegsnöte gemacht. Das ist dieselbe Erscheinung, die schon im 30jährigen Kriege festgestellt worden ist, den die jüdischen Vermögen auch sehr gut überstanden haben.

Bisher war immer nur vom gesetzmäßigen Handel die Rede. Ebensogroß ist die Beteiligung der Juden am ungesetzlichen. Ist es doch bei dem Bestreben, Geld zu machen, oft genug zu ausgesprochenen Verbrechen gekommen. So haben einzelne Juden selbst den Feindstaaten aus den knappen Beständen Deutschlands Lebensmittel geliefert. Allerdings gelang es ihnen auch, aus dem Auslande Waren nach Deutschland zu bringen. Das ging durch ihre rassischen Verbindungen, während den deutschen Firmen nichts geliefert wurde[141].

Hatte es also im Anfang den Anschein gehabt, als ob der Jude ausgeschaltet bleiben würde, so hat sich das Bild bald geändert, so daß fast von einer Monopolstellung der jüdischen Händler gesprochen werden muß. Für Preußen-Deutschland bringt mithin der erste Weltkrieg insofern etwas Neues, als die Vormachtsstellung des jüdischen Kapitals, die bisher für die Heereswirtschaft vermieden worden war, sich jetzt durchsetzt.

Einschneidender aber war die Durchdringung der deutschen Wirtschaft mit jüdischem Geist und die völlige Umkehr der Wirtschaftsmoral. Daß das während des Existenzkampfes des deutschen Volkes geschah, ist besonders verhängnisvoll. Denn dadurch und nur dadurch entstand der Bruch zwischen Heer und Heimat, der sich nicht mehr überbrücken ließ.

Am Schluß des zweiten Teiles ist schon darauf hingewiesen worden, daß sich unter dem Einfluß des Judentums eine neue Wirtschaftsauffassung hinsichtlich der Heeresbedürfnisse gebildet hatte. Sie sah im Soldaten und im Kriege nur ein Spekulationsobjekt, eine Möglichkeit, schnell und viel Geld zu machen und betrachtete Heereslieferungen jeder Art nur unter dem Gesichtspunkte des Verdienens. Demgegenüber stand eine andere, die dem Soldaten gab, was er brauchte, weil er es brauchte. Die Sueben treffen Vorsorge, daß für die ausziehenden Krieger von den Zurückgebliebenen Lebensmitteln bereitgestellt würden, Heinrich I. läßt die anderen für den Mann in der Burg sorgen, der Nürnberger Magistrat zwingt die Bürger Vorräte für die Versorgung der Stadt im Kriege anzulegen, Friedrich Wilhelm I. fordert Naturallieferungen für seine Soldaten, das Kriegsleistungsgesetz vom 13. Juni 1873 übernimmt diese Verpflichtung auch für die Bürger des neuen Reiches. Überall liegt derselbe Gedanke zugrunde, daß nämlich die Heimat verpflichtet ist, für den Krieger wirtschaftlich aus Selbstverständlichkeit zu sorgen, ohne Anspruch auf pekuniäre Gegenleistung. Wenn auch letztere Einschränkung sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten ließ, so blieb doch das Prinzip gewahrt, und die Preise waren sehr niedrig gehalten. Diese Einstellung könnte man die deutsche nennen. Alfred Marcus definiert den Unterschied so: „Der Jude hat innerhalb der deutschen Wirtschaft individualistisch gedacht und gearbeitet und kollektivistisch theorisiert, während umgekehrt das deutsche Wirtschaftsdenken in der Theorie liberal-individualistisch war und in der Praxis zum Kollektivismus hinstrebte.“[142] Wenn man unter Kollektivismus den gemeinen Nutzen versteht, wäre der Unterschied durchaus richtig gekennzeichnet. Die deutsche Auffassung geht jetzt fast restlos verloren, und zwar nicht nur für die Kriegs-, sondern auch für die folgende Friedenszeit. Angebahnt wurde diese Entwicklung schon im 18. Jahrhundert für die Heereswirtschaft, im zivilen Wirtschaftsleben macht sie sich im 19. Jahrhundert breit, ohne die Herrschaft an sich reißen zu können; beide Einstellungen bestanden nebeneinander. Jetzt wird die Wirtschaft jüdisch. Das ist viel schlimmer, als wenn ein paar Juden sich auf Kosten des Volkes bereichert hätten.

Mit der Grundauffassung vom Wesen der Wirtschaft ändert sich die Wirtschaftsmoral. Das Geldverdienen wird zum alleinigen Sinn, die Art zur Nebensache. „Die Konjunktur, wißt ihr, die muß der Händler benutzen. Soviel wie möglich verdienen, wißt ihr, das muß der Kaufmann. Geschäft ist Geschäft, versteht ihr.“[143] Sombart nennt das die Kapitalisierung der gesamten Wirtschaft, auch der Industrie. Der Begriff des gerechten Preises verschwindet, an seine Stelle

---

[141] Armin, Kriegsgesellschaften, S. 23, 64.

[142] * Alfred Marcus, Die wirtschaftliche Krise des deutschen Juden, Berlin 1931, S. 149.

[143] Ferdinand Avenarius im Kunstwart, zitiert nach Skalweit, Kriegsernährungswirtschaft, S. 121.

tritt die Lehre, an jeder Sache so viel zu verdienen, wie das nur eben möglich ist. Das ist die Geschäftsmoral der Juden. Sie gewinnt jetzt die Herrschaft und wird so selbstverständlich, daß Firmen, die sich gegen eine Übervorteilung bei Heereslieferungen wenden und eine Verteuerung der gelieferten Waren ablehnen, daß diesen Firmen die höheren Preise geradezu aufgezwungen werden. So sehr hatte die jüdische Sittlichkeit die deutsche verdrängt. Auch die Käufermoral sinkt bis zum Nullpunkt und erfaßt auch solche Kreise, die sonst dem jüdischen Wesen völlig fernstehen. Herr von Oldenburg-Januschau erklärt ganz öffentlich: „Wen geht es etwas an, wenn ich Gänse für 20 Mark kaufe oder für Lupinen 60 Mark bezahle..... Ich will es haben, weil ich glaube, daß es mir nützt, und ich noch mehr geschädigt werde, wenn ich es nicht habe.“ [144] Das ist der krasseste Individualismus. Dabei ist das merkwürdige, daß die Berechtigung dieser Auffassung nur für wirtschaftliche Angelegenheiten gefordert und schließlich auch anerkannt wird. Herr von Oldenburg-Januschau würde sich keinen Augenblick bedacht haben, an die Front zu gehen, obgleich dort doch eine wesentlich größere persönliche Schädigung zu erwarten stand. Diese Auffassung nimmt schließlich vom ganzen Volke Besitz, ohne sie wäre der Schleichhandel gar nicht möglich gewesen. Die Verweigerung des Waffendienstes wurde als Fahnenflucht gewertet. Daß das deutsche Volk in den Jahren 1914—1918 nicht den Begriff der wirtschaftlichen Fahnenflucht hat schaffen können, ist die Schuld der Juden, deren Wirtschaftsmoral dessen Bildung verhindert hat. Aber fast noch gefährlicher als die Verjudung der heimischen Wirtschaft war der Umstand, daß der Schiebergeist des Kriegsgewinnlers auf die Etappe übergriff, vor allem auf die belgische, aber auch auf die rumänische und polnische. So entstand der Gegensatz zwischen Offizier und Mann mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen [145].

Im Beginn dieses Abschnittes ist dargelegt worden, wie der jüdische Intellektualismus zuerst in Kriegsbejahung machte. Auch das änderte sich bald. Es erhob sich eine pazifistische, antimilitaristische Welle. Ihre Darstellung kann kurz abgemacht werden. Es sind dieselben Formen, die sich schon vor 1914 haben nachweisen lassen. In Zeitungsaufsätzen, Reden, Bildern und Witzen der illustrierten Wochenschriften, in Erzählungen, Romanen erscheinen defaitistische Gedanken. Sie wenden sich zuerst gegen den Krieg an sich (vgl. das oben über Lamms Feldbücherei Gesagte). Das war um so wirkungsvoller, als dadurch eine natürliche Kriegsmüdigkeit unterstützt wurde, die beinahe zwangsläufig bei längeren Kriegen eintritt, in denen das Volk als Heer beteiligt ist, in denen also die Väter und Söhne lange Zeit vom heimatlichen Herd entfernt sein müssen. Anstatt diese Erscheinung, die bei der Kriegslage nur zu einem bösen Ende führen konnte, zu bekämpfen, wurde noch Öl ins Feuer gegossen. Ein Beispiel sei der Roman der Clara Cohn, geb. Viebig. Töchter der Hekuba (Clara Viebig selbst nicht Jüdin, aber mit einem Juden verheiratet). Wehleidig wird hier die Not der Frauen breitgetreten, die schwere Arbeit oder das Anstehen nach Lebensmitteln, die ersten Frauenrevolten, der Kummer und Gram um die Gefallenen, die Sorge um die Angehörigen an der Front; Kriegsmüdigkeit überall. Ein junger, kriegsgetrauter Offizier schreibt seiner Frau: „Wäre es doch ein Mädchen, dann braucht es wenigstens nicht in den Krieg.“ [146] Gewiß gibt es dort auch Figuren, die gegen diese Stimmung angehen, wie die Generalin oder die junge Frau des genannten Leutnants, die sieben Söhne haben will als Soldaten für den Kaiser, aber der Gesamteindruck wird dadurch weder verwischt noch gemildert. Adolf Bartels lehnt die gegebene Bewertung ab; aber er muß doch einräumen, daß ein „wütender Haß gegen das Ungeheuer, den Krieg“ das ganze Buch durchzieht, so daß „der oberflächliche Beurteiler es flaumacherisch schelten wird“. Aber die meisten Leser sind doch solche oberflächlichen Beurteiler, und wie wenige hatten in den Kriegsjahren die innere Sammlung, sich so in die Lektüre eines Romans zu vertiefen, daß sie den ersten Eindruck überwinden konnten [147]. Nach meinen Aufzeichnungen habe ich das Buch in einer Frontbücherei am Damenweg gekauft, Weihnachten 1917. So weit drang das Gift nach vorn. Die Möglichkeit, solche Bücher in der Heimat zu erwerben genügte aber, die Widerstandskraft bei Heer und Heimat zu schwächen. Damit wurde dem Zusammenbruch vorgearbeitet.

[144] Tag, Nr. 448 vom 1. 9. 1916. Ekalweit, Kriegsernährungswirtschaft, S. 136, 221.
[145] Dix, Wirtschaftskrieg, S. 187.
[146] Clara Viebig, Töchter der Hekuba. Ein Roman aus unserer Zeit, Berlin 1917, S. 294.
[147] Adolf Bartels, Geschichte der deutschen Literatur, 18. Aufl. Berlin 1942, S. 597.

Schlimmer waren die Werke Walter Rathenaus. Zwar das Wort, „wenn der Kaiser als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor gezogen wäre, an diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren", ist erst in seinem Werk „Der Kaiser" 1923 gedruckt worden; aber es ist klar, daß er diesen Gedanken nicht plötzlich gefaßt hat, sondern sich in ähnlicher Weise auch schon früher geäußert hat. Von vornherein ist er von dem für Deutschland unglücklichen Ausgang des Krieges überzeugt, sagt das auch und lehnt die große Zeit als innerlich unwahr ab. „Kein Schlagwort ist so elend Lügen gestraft worden, wie das von den sittlich und geistig regenerierenden Kräften des Krieges, wie das von der großen Zeit." Daß er der Rassenmischung das Wort redet, soll nur am Rande vermerkt werden. Nur durch die Mischung der Rassen können Höchstleistungen wie die eines Phidias oder Lionardo da Vinci hervorgebracht werden. Daher sollen die Juden Deutsche werden[148]. Das wird damit begründet, daß keiner von uns den Taciteischen Germanen abstamme, also durch die Aufnahme der Juden in den Volkskörper nur eine geschichtliche Entwicklung weitergetrieben und vollendet würde, die schon seit 1000 Jahren und länger sich angebahnt hätte. Doch dann die Kehrseite. Die Juden sollen auch Juden bleiben, d. h. die Internationalität und das Fremdrassige behalten und bewahren. Wie sich das mit dem Deutschwerden vereinigen soll, die Frage stellt Rathenau nicht. Ähnliche Gedanken entwickelt Wassermann in seiner Schrift „Mein Weg als Deutscher und Jude"[149]. Dabei galt Rathenau als der Leiter nicht nur der AEG., sondern auch der Kriegsrohstoffabteilung. Er war also selbst scheinbar ein Beispiel dafür, daß man gleichzeitig ein guter Deutscher und ein guter Jude sein konnte. Allerdings wird dieser Assimilierungsprozeß von der Mehrzahl der Juden abgelehnt und bekämpft; er werde nicht von der Menge der Juden gefordert, sondern nur von der jüdischen Plutokratie, „die durch gleichartige gesellschaftliche Betätigung sowie durch internationale Verbindungen organisatorischer Natur" geeinigt sei[150]. Als ein Vertreter dieser Plutokratie ist auch Rathenau zu werten, und wenn er sich dabei als guter Deutscher gebärdet und seine zersetzenden Lehren in dieser Eigenschaft ins Volk bringt, so ist das verhängnisvoller, weil sie durch die einflußreiche Stellung des Mannes unterstützt werden.

Das ist die Wirksamkeit des literarischen Juden. Ihr zur Seite tritt das politische Judentum. Das Ziel beider ist dasselbe: Vernichtung des preußischen Militarismus. In der Durchführung unterscheiden sie sich. Ist die erste Art selbst in der Form unwahr und verlogen, so zeigt die zweite dafür eine desto größere Offenheit. Ihre Mittel sind die politischen Parteien der Sozialdemokratie und des Freisinns. Sie setzt sofort mit Beginn des Krieges ein. Schon am 3. August 1914 verlangte Kautsky in der Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Partei Stimmenenthaltung bei der Bewilligung der Kriegskredite, weil die Kriegsschuldfrage noch nicht geklärt sei. Bei der Abstimmung innerhalb der Fraktion sind von 78 Abgeordneten 14 gegen die Bewilligung. Wenn das auch eine „ausgesprochene Minderheit" ist, so sind es doch immerhin 17. v. H., und das will etwas besagen in den Augusttagen des Jahres 1914. Ihre Führer: Kautsky, Rosa Luxemburg, Liebknecht, Franz Mehring, Haase, die Mehrzahl Juden[151]. Sie betreiben ganz offen den Aufruhr, Kautsky nimmt die Verbindung mit Lenin, Trotzki, Sinowjew auf, Liebknecht reist in Europa umher und erzählt den Neutralen und den Feinden, daß ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten den Krieg ablehnten, weil Österreich und Deutschland die Schuld am Kriege trügen. Rosa Luxemburg und Liebknecht wenden sich schon Weihnachten 1914 mit dieser These direkt an die Labour Leader[152]. Zur Ablehnung jeder Verteidigungspflicht kommt seit 1915 der bewußte Kampf gegen den deutschen Sieg, der nach den Ansichten Rosa Luxemburgs und Ecksteins die schwerste Gefahr für die sozialistische Bewegung sei. Andere sind vorsichtiger; sie benutzen die Friedenssehnsucht als Vorwand. „Wir müssen

148 * Walther Rathenau, An Deutschlands Jugend, 1918, S. 88. * Kurt Sternberg, Walther Rathenau, der Kopf, Berlin-Grunewald 1924, S. 28, 97, 18, 116, 24.

149 Forschungen zur Judenfrage, Sitzungsberichte der Münchener Arbeitstagungen des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland, Bd. I.

150 * Denkschrift Poale Zion, S. 31 ff.

151 Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg, Leipzig 1928, S. 7 ff.

152 Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 11.

uns heute darüber klar sein, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungemein schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt."[153] Es kommt zu Handlungen offenen Landesverrats, wie in der Rede Haases vom 21. März 1916. Gleichzeitig setzt bei dem Heer, der Flotte, und der Arbeiterschaft eine lebhafte Propaganda für den Umsturz ein, die nach der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stärker und zielbewußter wird. Auf dem Gründungsparteitag in Gotha taucht der Plan auf, die Gewerkschaften in den politischen Streik zu hetzen, was dann auch im April 1917 geschah. Hierbei gründen die Leipziger Metallarbeiter unter Führung Lipinskis und Liebmanns zum ersten Male einen Arbeiterrat nach russischem Muster. In demselben Jahre kommt es zur Meuterei in der Marine; auch diese bewußt von der U. S. P. gefördert. Hetzer waren Wilhelm Dittmann, Haase, Luise Zietz, Dr. Südekum, Bernstein. Streik und Meuterei brachen zusammen, aber die zersetzende Propaganda hörte nicht auf; die Regierung wagte nicht, gegen die eigentlichen Führer vorzugehen. Die Waffe war ihr aus der Hand geschlagen worden dadurch, daß die Aufhebung des Kriegszustandes erreicht worden war und die Strafen für Landesverrat eine wesentliche Milderung erfahren hatten. Das Nähere darüber ist weiter unten im Zusammenhang mit dem Kampf um die Militärgerichtsbarkeit behandelt. So blieb der offene Landesverrat ungestraft, und nur wenige nachgeordnete Matrosen konnten zur Rechenschaft gezogen werden. Ledebour, Herzfeld, Zubeil, Liebknecht, Eisner, Cohn können ihre Tätigkeit weiter ausüben. Fast ungehindert hetzen sie die Gewerkschaften in den Streik, um die Frühjahrsoffensive 1918 unmöglich zu machen. Die Soldaten werden aufgefordert, den Stellungsbefehlen nicht Folge zu leisten, organisierte Fälschungszentralen versehen die Deserteure mit Pässen und ähnliches. Der Enderfolg, Streiks, Revolten in der Marine, in der Etappe, endlich im Heer ist bekannt. Der Anteil des Judentums an dieser Entwicklung tritt klar zutage, wenn man die führenden Namen betrachtet; die meisten von ihnen waren Juden. Die Hetze gegen das Heer war seit der Emanzipation immer ihre Spezialität gewesen. Im Jahre 1918 wird erreicht, was man seit hundert Jahren erstrebt hat. Neu ist dabei, daß der offene Widerstand, die Revolte, als Mittel benutzt wird. Der Gedanke scheint von den russischen Revolutionären übernommen zu sein. Daher wehrten sich auch deutsche Juden, wie Landsberger, dagegen, ohne doch das Ziel abzulehnen.

Im Reichstag teilten sie ihre Macht mit dem Zentrum; so trifft die Verantwortung für die verhängnisvolle Friedensresolution vom 19. Juli 1917 sie nur zum Teil. Direkt in die Angelegenheiten der Kriegführung mischt sich Ballin ein. Seine Stellung entspricht der der Gesamtjudenschaft. Im Anfang alldeutsch. Deutschland müsse heraus aus dem nassen Dreieck. Nach dem Kriege wollte er das Wort nicht wahrhaben. Seine Anhänger interpretieren es weg; er selbst rückt davon ab; vor allem lehnt er es ab, daß er damals noch an den Sieg geglaubt habe. „Dieses unselige Wort war kein Ausdruck solcher Zuversicht. Es war lediglich ein berechnendes Wort und hätte nie ausgesprochen werden dürfen." Während er aber dies Wort der Öffentlichkeit übergibt, um „unsere Stimmung zu unterstützen, die Englands aber zu beeinträchtigen", wendet er sich gegen das Einsetzen der Hochseeflotte. „Ich hoffe, liebe, verehrte Exzellenz, daß Sie die Flotte nicht einsetzen werden", schreibt er am 1. Oktober 1914 an Großadmiral von Tirpitz, „die Flotte ist in meinen Augen nie etwas anderes gewesen, und darf nichts anderes sein, wie die unerläßliche Reserve einer gesunden Weltwirtschaft"[154]. In diesen Worten zeigt sich der Unterschied zwischen dem Denken des Ariers und des Semiten. Letzterer braucht die Flotte für den Handel; also kein militärisches Risiko, durch das dieser eventuell gefährdet werden könnte. Im Jahre 1917 führt er seinen „Titanenkampf" gegen den U-Bootkrieg, gegen „verfahrene, umnebelte Geister, faule Statistiker, verbrecherische Lippendiener und blindwütige Gewaltmenschen". Gleich darauf sehen wir sein „opportunistisches Nachgeben", er billigt das uneingeschränkte Einsetzen der U-Boote. Bei dieser schwankenden Haltung ist er von seiner Unübertrefflichkeit überzeugt, so daß er es gar nicht verstehen kann, daß er nicht mit dem Kaiser unter vier Augen verhandeln soll. Schon im Anfang 1917 ist er revolutionslüstern. „Wird der Friede nicht von den Machthabern gemacht, so machen die Völker ihn. Der Zustand wird selbst für diese Lämmerherde nicht länger erträglich." Dabei

[153] Vorwärts, vom 6. 11. 1917.

[154] Huldermann, Ballin, S. 327.

steht er innerlich wenigstens zur Hälfte auf seiten unserer Feinde. „Die Antwortnote Wilsons an den Papst (September 1917) enthält manch gutes Wort"; Wilsons Note vom Oktober 1918 findet er „nicht so schlimm"[155]. Selbst mit der Absetzung des Kaisers als einer ganz selbstverständlichen Sache hat er sich schon Anfang Oktober abgefunden. Die bescheidenen Kriegsziele Bethmann-Hollwegs sabotiert er bereits 1915. „Die Freiheit der Meere will er haben. Was heißt das? Im Frieden ist das Meer immer frei und im Kriege wird es immer von der stärksten Flotte beherrscht werden." Daß so etwas ein deutscher Reeder schreiben kann, wäre unverständlich, wenn man nicht bedenkt, daß Ballin sehr enge Bindungen zu England hatte. Acht Monate früher aber hat er einen Frieden auf den Status quo als für uns wertlos abgelehnt[156]. Bei den Verbindungen Ballins mit Leuten der Wirtschaft und der Politik und dem Einfluß, den er auf Grund seiner Stellung ausübte, war sein Wirken für Deutschland von Bedeutung. Man kann nicht sagen, daß viele der zitierten Stellen sich in Privatbriefen fänden. Solche Äußerungen kommen doch an die Öffentlichkeit und üben dort ihre Wirkung aus. Sie arbeiteten mit, das Vertrauen zu der Anordnung der Heeresleitung zu zerstören. Auch die Wirtschaftsmaßnahmen kritisiert er abfällig. Da Ballin keineswegs der kluge Kopf war, als der er von jüdischer Seite gern gerühmt wird, sondern in seinem Urteil schwankend und unklar, in seinen Entscheidungen von Opportunismus beeinflußt wurde, so konnte sich sein Besserwissen nur zersetzend auswirken.

Ins Gebiet der Politik, aber eng mit dem Kriege zusammenhängend, ist die Frage der polnischen Juden. Hier meldete die Judenschaft frühzeitig ihre Ansprüche an. Schon im August 1915 verlangte die Jüdisch Sozialistische Arbeiterpartei Poale-Zion Österreichs „nicht nur bürgerliche Gleichberechtigung, sondern auch volle politische Gleichstellung und freies Selbstverwaltungsrecht in nationalen Angelegenheiten". Diese Forderung geht von der Weltjudenschaft aus, die am 6. Mai durch eine Volksversammlung im Cooper-Union-Saal in New York eine Resolution angenommen hatte, die den gleichen Inhalt hatte. Im Dezember desselben Jahres wendet sich die Zentrale der genannten Organisation in den Haag gegen die Regelung, die die Mittelmächte in Polen getroffen hatten, da die jüdischen Belange durch sie nicht genügend berücksichtigt worden seien. Im Juli/August 1916 wird schließlich ein Entwurf für ein Gesetz der nationalen Selbstverwaltung für die jüdischen Minderheiten in Polen vorgelegt[157]. Zweierlei zeigt sich in dieser Aktion. Einmal der Zusammenhang der gesamten Judenschaft auch während des Krieges, eine Verbindung, die sich über alle Völker erstreckt. Mit Schrecken sieht man, daß es kein Mittel gibt, dieses Zusammenarbeiten zu stören oder gar zu vernichten. Zum anderen, daß das Judentum die eigenen Belange so weit in den Vordergrund schiebt und deren Berücksichtigung durch die Kriegführenden so selbstverständlich verlangt, daß es wagt, eine Änderung der erlassenen Gesetze zu fordern. Dabei vergißt es gänzlich, daß es diesen Mächten eben erst die Befreiung von zwei Millionen Juden von der russischen Knute verdankt. Von einer Zufriedenheit mit dem Erreichten findet sich keine Spur, im Gegenteil, die Ansprüche wachsen mit dem Erlangten.

Kurz möge noch auf die Haltung der Judenschaft in Österreich während des Krieges eingegangen werden. In der Stellung zum Kriege an sich zeigen sich keine Unterschiede zu den Juden in Deutschland. Auch das Kriegsgewinnlertum, sei es als Heereslieferant, sei es als Schleichhändler, ist dasselbe. Darüber hinaus haben aber die österreichischen Juden noch einen besonderen Verdienst eingeheimst. Die Kriegsanleihen wurden auch in Österreich von der breiten Masse getragen. Während aber in Deutschland ein Abschöpfen des nicht verbrauchten Einkommens stattfand, ist das in der habsburgischen Monarchie nicht der Fall. Vielmehr müssen die Österreicher Aktien und andere wertvolle Papiere verkaufen, um ihrer vaterländischen Pflicht zu genügen. Sie geben also hochwertige Güter ab, um dafür Kriegsanleihe einzutauschen. Jene wurden von den Banken aufgefangen, während diese die gezeichnete Kriegsanleihe möglichst abzustoßen suchten, oft sogar gegen den Willen der Regierung. Die so gewonnenen Werte bedeuteten für die Banken einen erheblichen Gewinn, nicht nur rechnungs-

---

[155] Stubmann, Ballin, S. 282f., 287, 268.
[156] Stubmann, Ballin, S. 262, 258.
[157] * Denkschrift Poale-Zion, S. 81ff., 103ff.

mäßig, sondern auch dadurch, daß ihre Kontrolle über die Wirtschaft wesentlich verstärkt wurde[158].

Auch der schnelle und frühe Zusammenbruch der österreichischen Währung geht zum großen Teil auf das Konto der Judenschaft. Die Regierung wagte nicht, Goldsammlungen gegen Entgelt nach dem Beispiel Deutschlands durchzuführen, ebensowenig wie sie den Entschluß aufbrachte, die industrielle Produktion zu beschränken und zu zwangsweiser Ablieferung vorzugehen. Schuld daran trug die Rücksicht auf die Industrie, vor allem auf die Wiener. Diese war aber schon im Frieden zum größten Teil in jüdischen Händen. So wuchsen die finanziellen Schwierigkeiten; man versuchte ihrer Herr zu werden, indem man von der Heeresverwaltung eine Herabsetzung der Kriegsausgaben verlangte, also gerade das zu tun, was das Verkehrteste war und unbedingt zum Zusammenbruch führen mußte[159].

Die Stellung der Judenschaft während des ersten Weltkrieges zum Heer faßt die bisherige Entwicklung in nuce zusammen. Man sieht bei dem einen Teil das Mitspielenwollen; bei dem anderen die Ablehnung alles Soldatischen und das Bekämpfen des Heeres als der Organisation, die den Juden am meisten konträr ist; drittens bei allen die Sucht, die günstige Gelegenheit eines Krieges, viel Geld zu verdienen, restlos auszunutzen. Neu in dieser Beziehung, daß sich das auch mit vaterländischer Gesinnung machen ließ. Während der zweiten Hälfte tritt eine Wandlung ein. Die Kriegsgegner gewinnen die Oberhand und bleiben schließlich allein übrig, so daß am Ende das Judentum wieder geschlossen in seinem Kampf gegen das Heer dasteht und sich Unterschiede nur in der Wahl der Mittel feststellen lassen. Weiterhin finden sich die beiden Entwicklungsreihen, die sich in den Zeiten des Hofjudentums in Österreich und Preußen herauskristallisiert hatten, zusammen, so daß von nun an dieselben Verhältnisse im ganzen deutschen Gebiet herrschen. Sachlich bedeutet das die Vormachtstellung der Juden, die am Ende des Krieges auf der Höhe ihrer Macht angelangt sind. Der Krieg ist der Vater aller Dinge, auch der jüdischen Hegemonie.

Nach dem Zusammenbruch handelt es sich darum, die gewonnene Stellung auszubauen und zu befestigen. Gefährlich kann aber nur der soldatische Geist werden. Also muß der Kampf gegen diesen und gegen seinen vornehmsten Träger das Hunderttausend-Mann-Heer weitergeführt werden. „Weg mit der Reichswehr", fordert der Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Rosenfeld[160]. Das war deutlich, und es war ein Jude, der es gesagt hat. Konnte es nicht sofort erreicht werden, so sollte die Reichswehr wenigstens innerlich so ausgehöhlt werden, daß sie auch den letzten militärischen Wert verlor. Deshalb Auflösung der Disziplin, was man durch Zerstören der Militärgerichtsbarkeit zu erreichen hoffte. Der Kampf um deren Beschränkung geht seit der Gründung des Reiches, doch war bisher nie der Gedanke einer völligen Abschaffung und einer Unterstellung des Soldaten unter die Zivilgerichte aufgetaucht. Allerdings zeigt sich im militärischen Strafrecht seit 1900 eine unangebrachte Milde[161]. Das war eine Zeitströmung, die aus dem liberalen Geist geboren war, in ihren letzten Wurzeln auf die Anschauungen der französischen Revolution von 1789 zurückging. Bedenklicher wird die Sache erst im Kriege. Im Anfang kam man allerdings mit den milden Gesetzen aus. „Nach den Ereignissen des Juli 1917 mußte aber diesem dauernden Verlangen nach Milderung aus Gründen der Staatserhaltung ein unbedingter Halt geboten werden."[162] Das geschah aber nicht. Im Gegenteil, ein weiterer Rückzug trat ein. Am 31. Juli 1914 war das ganze Reich in Kriegszustand erklärt worden. Am 25. April 1917 wurde dann dieser Zustand

---

[158] Egon Scheffer, Das Bankwesen in Österreich, Wien 1924, S. 314 ff.

[159] Alexander Popovicz, Das Geldwesen im Kriege, hrsg. von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Wien 1925, S. 149, 167 ff.

[160] Wilhelm Scheidemann, Der Kampf um die Militärgerichtsbarkeit, Diss. jur. Göttingen 1927. S. 62.

[161] Heinrich Dietz, Einführung in die Militärstrafgerichtsordnung, Berlin 1935, S. 13 ff. Zeitschrift für Wehrrecht, I (1936/37), S. 24.

[162] Der große Krieg, hrsg. von M. Schwarte, 10. Bd., Die Organisationen der Kriegführung; Heinrich Dietz, Das Militärstrafrechtswesen im Kriege, S. 121. U. Stock, Über Militärstrafrechtspflege im Kriege, Zeitschrift für Wehrrecht, II (1937/38), S. 356 ff.

durch Reichsgesetz aufgehoben und die Anwendbarkeit der Kriegsgesetze sehr eingeengt[163]. Zwar bezog sich diese Regelung auf das Reichsgebiet; doch sind die nachteiligen Folgen für das Heer nicht zu übersehen, wie oben gezeigt wurde. Auch für die am Feinde stehenden Truppen setzte die Verwässerung ein. Gerade für die Verbrechen, die gar nicht streng genug geahndet werden können, wurden durch das Gesetz vom 25. April 1917 die Strafen gemildert, für Fahnenflucht im Komplott, erschwerter Ungehorsam, Widersetzlichkeit, Tätlichkeiten gegen Vorgesetzte, Aufwieglung, Aufruhr[164]. Wieviel hierbei auf Rechnung jüdischer Umtriebe kommt, läßt sich aus den Verhandlungen des Reichstages ersehen. Ausführlicher sprechen in der ersten Beratung für das Zentrum Fehrenbach, weiter Davidsohn und Landsberger. Dem letzteren ging die Vorlage noch nicht weit genug; Davidsohn verlangte die Abschaffung der „veralteten Todesstrafe" überhaupt nach dem Beispiel Rußlands. Der Abgeordnete Stadthagen rühmt sich, daß auf sein Betreiben „der Stein ins Rollen" gebracht worden war[165]. Die zweite und dritte Beratung des Gesetzes am 30. März 1917 wird außer dem Berichterstatter von Landsberger und Stadthagen bestritten. Sie verlangten einen weiteren Abbau. Der Paragraph, der wiederholte und leichtfertige, auf unwahre Behauptungen gestützte Beschwerden bestrafen wollte, sollte aufgehoben werden; ferner sollte den Soldaten ein Wiedervergeltungsrecht gegen Vorgesetzte eingeräumt werden[166]. Die Anträge wurden abgelehnt. Sie zeigen aber, ebenso wie der Umstand, daß die Verhandlungen im Reichstag fast nur von jüdischen Abgeordneten bestritten wurden, daß die treibende Kraft Juden sind, und daß diese das Gesetz vom 25. April 1917 nur als Abschlagszahlung betrachten, obgleich es schon die Axt an die Wurzel aller Disziplin legte.

Einen weiteren Erfolg in dieser Hinsicht konnten sie durch das Gesetz vom 25. Juli 1918 buchen. Danach konnte statt auf strengen Arrest auf mittleren erkannt werden bei Achtungsverletzung unter dem Gewehr, Gehorsamsverweigerung und Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft. Auch hier sprechen wieder die jüdischen Abgeordneten, Cohn, Davidsohn, Bernstein, ein gewichtiges Wort. Doch zeigen die Beratungen im Juni und Juli 1918 insofern ein anderes Bild, als jetzt den Juden in den Polen, vor allem durch Korfanty, ein wertvoller Bundesgenosse erwächst. Wenn in den Verhandlungen im Reichstag die Juden sich so hervorheben, so dürfen sie nicht als Sprecher einer Partei gewertet werden, deren Ansichten sie vertreten, sondern weil die betr. Partei sich völlig in jüdischen Gedankengängen bewegt, hat sie die Juden als Redner vorgeschickt. Beschämend bleibt es aber doch, daß im deutschen Reichstag die Beurteilung und Bewertung der wichtigsten Fragen in die Hände jüdischer Abgeordnete gelegt wird.

Die Revolution brachte eine kurze Unterbrechung der Militärrechtspflege, die aber schon am 5. Dezember 1918 durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten wieder in Gang gebracht wurde. Dann aber ging der Tanz in der Nationalversammlung los: Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Unterstellung der Soldaten bei allen Vergehen unter die zivilen Gerichte. Die bisherigen Darstellungen heben die Gegner der Militärgerichtsbarkeit nicht genügend heraus; dadurch tritt das Rassischfremde dieser ganzen Angelegenheit nicht klar genug in Erscheinung. Man kann in dieser Frage direkt von einer Vergewaltigung des deutschen Geistes durch den Juden sprechen. Für die Abschaffung traten ein: Rosenfeld, Dr. Cohn, Herzfeld, Davidsohn, Katzenstein, Landsberger, Falk, Radbruch, Henke, Waldstein. Fast durchweg jüdische Namen. Selbst die Reichsregierung läßt sich durch einen Juden, Dr. Preuß, vertreten, der natürlich gleichfalls für die restlose Abschaffung eintritt[167]. Wenn für Scheidemann die Rede des Abgeordneten Falk „der typische Beweis ist, mit welcher Unwissenheit gerade diese

[163] Glahn, Der Kampf um die Militärgerichtsbarkeit in den Jahren 1919/20, Zeitschrift für Wehrrecht, I (1936/37), S. 464. Reichsgesetzblatt S. 1579.

[164] Rehdans-Dombrowski-Kersten, Das Recht der Wehrmacht, Berlin 1938, S. 239. Dietz, Disziplinarstrafordnung für das Heer, Leipzig 1942, S. 30.

[165] Verhandlungen des Reichstages, XIII. Legislaturperiode, Bd. 309, Berlin 1917, S. 2688ff.

[166] Reichstag, S. 2882.

[167] Verhandlungen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, 53, 70. Sitzung, Bd. 330, 98. Sitzung, Bd. 333, 162. Sitzung. Scheidemann, Militärjustiz, S. 48ff., 55ff.

Fragen behandelt werden“ [168], so wird das durch die Herkunft Falks geklärt, dem es ebensowenig wie seinen Rassengenossen daran lag, sachliche Gründe vorzubringen, sondern dem es in erster Linie darauf ankam, die Disziplin zu lockern und dadurch die oben gekennzeichneten Ziele zu erreichen. Was die Juden in der Nationalversammlung predigten, brachten die jüdischen Zeitungen in populärer Form in das Volk. An der Spitze das Berliner Tageblatt, das Hamburger Echo und natürlich die Freiheit, um ein paar Beispiele anzuführen. Daß das Ziel der jüdischen Hetzer erreicht wurde, braucht nicht gesagt zu werden, wenn man die politische Macht berücksichtigt, die das Judentum in der Novemberrepublik hatte. Mit dem 1. Oktober 1920 wird das Her den zivilen Gerichten unterstellt, auch für rein militärische Verfehlungen. Über die militärischen Belange hinaus ist das Abschaffen der Militärgerichtsbarkeit auch vom völkischen Standpunkt zu bedauern, denn es wurde damit das letzte Gericht, in dem Berufsgenossen urteilten, abgeschafft. Das Heer wehrte sich gegen solche Machenschaften; da die Ablehnung aus einer geistigen Einstellung herauswuchs, konnte das Schlimmste verhindert werden.

Aber nicht nur das Heer allein sollte getroffen werden, vielmehr ließ sich das Judentum die Vernichtung des soldatischen Geistes angelegen sein, überall da, wo er sich im Volke zeigte. So ging der jüdische Vizepolizeipräsident in Berlin rücksichtslos gegen die Mensuren der Waffenstudenten vor, weil er in ihnen mit vollem Recht eine Äußerung des Kampf- und Wehrwillens sah.

Im Schrifttum, der Kunst, der Wissenschaft machen sich pazifistische antimilitaristische Tendenzen völlig unverhüllt breit. Das Wort vom „Felde der Unehre“ ist bekannt. Der jüdische Regisseur Piscator ließ in einer Aufführung der Räuber Stahlhelme und andere Symbole des Soldatentums auf den Müllhaufen zusammenkehren. Die Räuber selbst erschienen dabei im feldgrauen Rock, liederlich in der Haltung. Arnold Zweig schreibt die widerlichen Bücher vom braven Soldaten Schwaijk. Stefan Zweig bringt im „Zwang“ den Nachweis, daß der geistig Hochstehende erst „genesen“ ist, wenn er den Stellungsbefehl zerrissen hat, erst dann „schwang sich ihr Herz hinein in die ewige Freiheit der Dinge, erlöst von der Wirrnis der Worte und der Menschen Gesetz“. — „Ich will, will, will die Wahrheit sagen, ich will sagen: Militär und Krieg sind die albernste, schamloseste, dümmste Gemeinheit der Welt“, schreibt A. M. Frey in den „Pflasterkästen“. Diese Auswahl ließe sich beliebig fortsetzen.

Das waren alles Juden; war wirklich einmal ein Deutscher dabei, so verschwinden diese aber in der Menge der Artfremden. Und das war das Gute. Denn im Gegensatz zu Frankreich fand diese antisoldatische, krieg- und kampfablehnende Bewegung letzten Endes in dem deutschen Volke nur geringen Widerhall. Im Gegenteil. Alle Parteien schufen sich militärische Organisationen. Und während die Führer im Reichstag das Heer abschaffen wollten und in ihren Zeitungen gegen den Militarismus hetzten, durchzogen die militärischen Formationen von „Rot-Front“ in soldatischer Ordnung die Straßen. Den Widerspruch, der darin lag, fühlten die wenigsten. Er wird verständlich, weil die rassische Unterlage der Hetzer eine ganz andere war als derer, die aufgehetzt werden sollten. Jene brauchten also nur beseitigt zu werden, und das Fundament für einen Wiederaufbau trat wieder zutage.

---

[168] Scheidemann, Militärjustiz, S. 51, Anm. 1.

Deutsche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen

Von R. A. Klostermann, Berlin

3. Folge*

15. Eine Künstlerhilfe in Posen

Im Jahre 1918 entstand in Posen eine Vereinigung, die in der Form eines durchgegliederten und ausbaufähigen Vereins sich etwa nach dem Vorbild der bekannten Hufelandschen Stiftungen darum bemühte, die sozialen Schäden der Zeit auf dem Gebiete der Kunst wirkungsvoll auszugleichen. Dieser von zwei Posener Ärzten unternommene Versuch, inmitten des Krieges vom deutschen Osten her eine Hilfs- und Unterstützungsaktion großen Stils in die Wege zu leiten, die nicht nur der Provinz Posen, sondern ganz Deutschland, womöglich auch den mit Deutschland verbündeten Mächten zugute kommen sollte, muß in seiner Motivierung und Zielsetzung heute wieder besonders interessieren.

Nach einem vom Regierungspräsidenten in Posen eingeforderten Bericht des dortigen Polizeipräsidenten vom 3. September 1918 (J. Nr. 3163/18 P)[1] ist die Gründung aus der Kriegslage erwachsen: die Tatsache, daß Künstler aller Art während der ganzen Kriegsjahre ihre Kräfte für die Betreuung in den Lazaretten unentgeltlich zur Verfügung gestellt und somit viel zur Hebung der Stimmung beigetragen haben, sowie der Gedanke, daß nach Beendigung des Krieges infolge der Wirtschaftslage ein Niedergang von Kunst und Künstlern zu erwarten sei, haben die Vereinigung entstehen lassen. Sie sollte den Zweck haben, „in durchgreifender Weise die gesamte Künstlerschaft und damit die Kunst zu fördern, zur Unterstützung der Bemühungen des Staates, die geistige und seelische Front draußen und daheim zu stärken, wie auch der nach dem Kriege drohenden Verflachung und Vermaterialisierung des Volkes im Interesse von Staat und Kirche entgegenzuwirken". Es gelang binnen kurzem, mit Hilfe einer ansehnlichen Geldstiftung in Höhe von 50 000 Mark und einer Übereignung eines größeren Grundstückes auf dem Sachsberg in Adelsbach in Schlesien der neuen Vereinigung eine gesunde Existenzgrundlage zu schaffen. — Nunmehr konnte sie sich zum Ziel setzen, in erster Linie kriegsbeschädigte und durch den Krieg in Not geratene Maler, Bildhauer, Dichter, Musiker und Bühnenkünstler ohne Unterschied der Konfession, Nationalität und anderer Erwägungen zu unterstützen, und zwar

1. durch kostenfreie befristete Unterbringung in Erholungsheimen,
2. durch einmalige Geldunterstützung zur Behebung einer augenblicklichen Notlage,
3. durch tunlichst kostenlosen ärztlichen, zahnärztlichen und juristischen Beistand und Rat,
4. durch Arbeitsvermittlung und Arbeitszuweis, Ehrenpreise, Ehrenhonorare usw.

Die Vereinigung, die volkstümlichen Charakter haben und sich über ganz Deutschland und die mit ihm verbündeten Staaten erstrecken sollte, fand ihre Förderer in der rheinisch-westfälischen und der oberschlesischen Großindustrie sowie in der Berliner Hochfinanz. Organisatorisch gliederte sie sich in ein Ehrenpräsidium, einen Verwaltungsrat, ein Kuratorium, in Bezirksausschüsse und vorläufige Vertreter in Städten, in denen später Orts- und Heimatsausschüsse vorgesehen waren. An der Verwaltung waren hauptsächlich Persönlichkeiten aus Regierungskreisen und hervorragende Gestalten aus dem Kunstleben beteiligt.

Es ist erstaunlich, daß ein derartig weitgreifender Arbeitsplan in seinem Ursprungsland, der Provinz Posen, organisationsmäßig zunächst noch nicht sehr weit gediehen war. Das lag

* Siehe Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 5. Jg. (1941), S. 375—392 und S. 614—638.

[1] Vgl. Reichsarchiv Posen, Regierungsakten Posen, Nr. 9982.

vielleicht in der Hauptsache an überwiegend äußerlichen Gründen, am Mangel geeigneter Kräfte, denen man die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen konnte. Vielleicht ließ auch die Notwendigkeit, von Posen aus eine Organisation ins Leben zu rufen, die sich über ganz Deutschland erstreckte, die eigenen Erfordernisse in der Provinz vor den allgemeinen Aufgaben zurücktreten. Erst im September 1918 sollte hier begonnen werden, das Versäumte nachzuholen.

Der Stiftung ist durch die Ungunst der Verhältnisse bei nahem Kriegsende eine Wirkung im großen sicher versagt geblieben. Zudem wäre wohl auch mit den Mitteln der damaligen Zeit an eine wesentliche, ins Gewicht fallende Unterstützung kriegsbeschädigter Künstler als der Grundidee der Vereinigung kaum zu denken gewesen. Wir sind heute geneigt, den Sinn derartiger privater Fürsorge überhaupt in Frage zu stellen und die Vereinigung notleidender Kreise für die Aufgabe des Staates und der Partei zu halten, die ohne Entfaltung eines doch nur zufällig zusammengestellten Hilfsapparates ganz andere Erfolge erzielen. Trotzdem bleibt es lehrreich, den von Posen ausgehenden Versuch kennenzulernen, eine leistungsfähige allgemeine deutsche soziale Hilfsorganisation für Künstler zu schaffen.

16. Die Südamerikanische Siedlungsgemeinschaft in Bromberg

Nach Beendigung des Weltkrieges und der Errichtung eines selbständigen, unabhängigen Polens begann in den abgetrennten deutschen Gebieten Westpreußens und Posens eine systematische Verdrängung des Deutschtums in allen seinen Lebenserscheinungen, die in ihren Auswirkungen einer modernen Völkerwanderung gleichkam [2]. Der neue polnische Staat, der aus der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg geboren war, erwuchs im unversöhnlichen Gegensatz zum früheren Deutschen Reich und bemühte sich von der ersten Stunde an, unter dem Schein des Rechtes und im willkürlichen Verfahren das kulturell bedeutende und wirtschaftlich starke Deutschtum in Posen und Westpreußen auszuschalten und sich in den Besitz des Landes zu setzen, das deutscher Aufbauwille erst zu voller Blüte entwickelt hatte. Durch diesen Zwang der Ereignisse mußte das Deutschtum, das in den unmittelbar dem Weltkrieg folgenden Jahren einen Rückhalt an der Heimat nicht finden konnte, dem äußeren Druck vielfach nachgeben und sich eine Existenz in dem Vaterland oder anderen Gastländern suchen. Es lag dabei in der Natur der Sache, daß gerade die Gebiete des neuerstandenen Polen, die die stärkste deutsche Bevölkerung aufzuweisen hatten, besonders heftig unter den Zwangsmaßnahmen des Versailler Polenstaates zu leiden hatten. Wenn auch die Statistik der Abwanderung z. B. für den Bezirk Bromberg und Pommerellen erst mit Januar 1920 einsetzt und man daher einen beträchtlichen Teil der bereits vorher abgewanderten deutschen Bevölkerung zahlenmäßig nicht erfassen kann [3], ergeben doch die Berechnungen und vergleichenden Zusammenstellungen aus den amtlichen und privaten Zählungen der Jahre 1910, 1921 und 1926, daß gerade eine Stadt wie Bromberg mit 63 276 Personen die höchsten absoluten Verluste durch Abwanderung der deutschen Bevölkerung aufzuweisen hat [4].

In dieser Lage hat die deutsche Bevölkerung Brombergs — zumeist ohne Stütze und Hilfe von außer her — zusehen müssen, wie sie dem unerträglichen Druck des polnischen Staates auf die Dauer ausweichen konnte und sich eine neue Existenz begründete. Da das nach dem Weltkrieg ohnmächtig darniederliegende Deutschland kaum imstande war, die auf diese Weise zurückflutenden Massen in sein Wirtschaftsleben aufzunehmen, kam gerade auch die Abwanderung nach den neuen Erdteilen Amerika und Südamerika stark in Betracht.

Im Unterschied zu kostspieligen und unsicheren Einzelaktionen abwandernder Deutscher und mancher Schwindelunternehmen, die sich die allgemeine Notlage und das vorhandene Interesse zur eigenen Bereicherung zunutze machen wollten, vertrat die Südamerikanische Siedlungsgemeinschaft in Bromberg wirklich ernsthaft die Belange ihrer Mitglieder. In einem Propagandaflugblatt konnte sie eindringlich auf die vielen Vorteile hinweisen, die ihre Organisation

[2] Vgl. zum Ganzen Hermann Rauschning, Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik. Berlin 1930.

[3] Die polnische Statistik hat die Abwanderungszahlen der deutschen Bevölkerung nicht veröffentlicht.

[4] Vgl. die Berechnung bei H. Rauschning, a. a. O., S. 338 ff.

den deutschen Auswanderern bot[5]: danach gewährte die Bromberger Gesellschaft in erster Linie ein gutes, bebauungsfähiges Land zu außerordentlich billigem Preise, das vielleicht sogar kostenlos vermittelt werden konnte. Durch gemeinsame Anschaffung des lebenden und toten Inventars, durch Bereitstellung von Zuchtvieh und Sämereien sollten die Preise ebenfalls wie die Überfahrt selbst billigst gehalten werden. Die Gemeinschaft sorgte dafür, daß die Auswanderer möglichst viel Umzugsgepäck mit auf den Dampfer nehmen konnten und stand ihnen bei der Überweisung der Barmittel nach Argentinien mit Rat und Tat zur Seite. Vom vereinbarten Sammelpunkt ab leitete und beriet sie alle Teilnehmer hinsichtlich der Verschiffung, der Überfahrt und der Einführung in die neue Heimat. Sie bereitete auch alles Notwendige vor, um den Auswanderern in der neuen Heimat und auf ihrer Scholle unmittelbar nach der Ankunft eine angemessene Unterkunft und Verpflegung sicherzustellen, bei der Überfahrt für geselligen Anschluß und sittlichen Halt zu sorgen. Bei dem Aufbau der Siedlung und der Nutzbarmachung des Grund und Bodens war die Betreuung durch die Südamerikanische Siedlungsgemeinschaft ebenso vorgesehen wie man etwa plante, die Heranbildung der Jugend, religiöse Bedürfnisse, Geburtshilfe, Sanitätswesen zu pflegen und zu fördern, Sprach- und landwirtschaftliche Kurse abzuhalten und die Verbindungen mit der alten Heimat zu unterhalten. Im Gegensatz zu anderen ähnlichen Gesellschaften, die ihrem Charakter nach als Erwerbsgesellschaften in der Hauptsache Gelder verdienen wollten, selbst im Lande blieben und nur die Auswanderer hinausschickten, glaubte die Südamerikanische Siedlungsgesellschaft durch die Tatsache, daß die leitenden Persönlichkeiten ihrer Organisation mitauswanderten, daß sie die besten Vorkenntnisse und Beziehungen zu einflußreichen amtlichen und privaten Personen besaßen, eine Garantie für die Einlösung ihrer Versprechungen geben zu können, vor Enttäuschungen und Überraschungen zu schützen und allen Mitgliedern eine gesicherte Zukunft zu gewähren.

Am 11. Januar 1920 berief die Südamerikanische Siedlungsgemeinschaft in Bromberg eine Versammlung ein, die infolge des wirkungsvollen Flugblattes bis auf den letzten Platz besetzt war[6]. Der Versammlungsleiter kennzeichnete die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, begründete den Zwang der Ab- und Auswanderung, betonte die Schwierigkeiten einer Einzelauswanderung und hob demgegenüber die Vorteile einer gemeinschaftlichen Übersee-Siedlung hervor. In einer Art Rechenschaftsbericht konnte über die vorbereitenden Arbeiten der Siedlungsgemeinschaft folgendes gesagt werden: bei der Auswahl des Siedlungsgebietes sei die Entscheidung nicht ohne weiteres auf Argentinien gefallen, denn auch Chile, Brasilien und Paraguay seien sehr stark in Frage gekommen. Nach gewissenhaften Erkundungen und der Durcharbeitung des einschlägigen Schrifttums habe man sich dann jedoch für Argentinien entschieden, weil hier die Einwanderungsbedingungen am günstigsten lägen. In nähere Auswahl käme der mittlere Teil Argentiniens mit seinem gleichmäßigen Klima und fruchtbaren Boden. Für die geplante Siedlung seien Parzellen in der Größe von 300—4000 Morgen vorgesehen, so daß man bei einer Beteiligung von 100 Ansiedlern etwa 200 000 Morgen benötige; ein Landkomplex, der bereits sichergestellt sei. Angaben über den Charakter der Siedlung, die je nach den Barmitteln des einzelnen Siedlers eine kombinierte Acker- und Viehwirtschaft darstellen sollte, über ihre Anlage und die erforderlichen Bauten wurden durch sorgfältig entworfene Karten und Pläne veranschaulicht, die die innere Gesundheit des Unternehmens und die Sicherheit auf Erfolg unter Beweis stellten. Nach ausführlichen Darstellungen über allgemein interessierende Wirtschafts- und Siedlungsfragen in Argentinien, die ängstliche Gemüter auch hinsichtlich einer angeblichen Indianergefahr, Raubtierplage und ähnlicher Märchen beruhigte, sowie einer Anzahl praktischer Winke wurde vorgeschlagen, auf gemeinsame Kosten eine Kommission nach Argentinien zu entsenden, die mit der dortigen Regierung in Verhandlungen treten, die erforderlichen Beziehungen anknüpfen und der Gemeinschaft bei der Auswanderung alle im erwähnten Flugblatt angekündigten Vorteile und Vergünstigungen ver-

[5] Vgl. das Flugblatt „Welche Vorteile bietet Ihnen als Auswanderer die ‚Südamerikanische Siedlungsgemeinschaft' in Bromberg?". Vorhanden in dem Verbandsarchiv des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart.

[6] Vgl. den Versammlungsbericht der Südamerikanischen Siedlungsgemeinschaft in Bromberg, in dem Verbandsarchiv des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart.

schaffen sollte. Die Versammlung sprach sich für die schnellste Entsendung der Kommission aus, und nach Besprechung des Arbeitsplanes dieser Kommission wurde die Versammlung nach einer Verhandlungsdauer von über fünf Stunden geschlossen.

17. Der Bauernverein in Fordon und Umgebung

Der Bauernverein in Fordon, einer am linken Weichselufer gelegenen Stadt im Kreise Bromberg, gehört zu den typischen Organisationen, in denen der deutsche mittlere und kleine Grundbesitz im ehemaligen Polen zu einer Interessengemeinschaft im engen landschaftlich gebundenen Rahmen zusammengefaßt wurde[7]. Der erste uns zur Verfügung stehende Bericht über das Vereinsjahr 1928 umfaßt gleichzeitig einen Überblick über die ganze Wahlperiode und gibt unter Vermeidung genauerer Daten die Entwicklung der letzten Jahre wieder[8]. Wir erfahren daraus, daß der Verein am 5. März 1923 neu ins Leben gerufen wurde, daß zunächst aber nur wenig Getreue seinem Aufruf zur ersten Generalversammlung der Nachkriegszeit gefolgt waren. Wenig später schon, am 22. März 1923, beschloß der Bauernverein von Fordon und Umgebung, sich an die größere und starke „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" (abgekürzt: Welage) anzuschließen, die als Dachorganisation der kleinen deutschen örtlichen Vereine diente. Dieser Anschluß brachte den Bauern Fordons eine Anzahl Neues und Beachtenswertes; mancher Landwirt, der eine landwirtschaftliche Schule nicht hatte besuchen können, ergänzte hierbei viele Lücken seines Berufswissens und seiner Allgemeinbildung. Als eine Hochwasserkatastrophe im Jahre 1924 die Ernte teilweise vernichtete, erwies sich von neuem der Vorteil des Anschlusses an die deutsche „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft". Sie brachte Fordon die opferwillige Unterstützung anderer Vereine, vor allem des Nachbarvereins Mirowice-Friedingen, es wurden Saatgetreide und auch Futtermittel gespendet und manche Not gelindert. Als einige Elemente, die für das Vereinsleben kein Verständnis aufbrachten, die gemeinsame Arbeit und die Aufwärtsbewegung zu stören suchten, wurden sie mit Stimmenmehrheit aus dem Verein ausgeschlossen und auf diese Weise für die innere Geschlossenheit der Gemeinschaft gesorgt. Im übrigen konnte man neben der ständigen Verbindung mit dem Kreisvorsitzenden der Bauernvereine mehrere gesellige Veranstaltungen und Ausflüge, eine Wiesenschau, Flurschau und Blütenschau sowie den Besuch von zwei Obstausstellungen in Bromberg buchen, die den Mitgliedern des Bauernvereins zu Fordon und Umgebung eine Reihe von Diplomen und Preisen sicherte. Auf dem Gebiet der Schädlingsbekämpfung wurden durch Vorträge und Aufklärungsarbeiten positive Erfolge erzielt.

Im Januar 1929 stieg die Anzahl der Mitglieder auf 63 Personen. In gleichen Bahnen entwickelte sich das Vereinsleben auch im Jahre 1929. Eine Blütenfahrt nach Niederstrelitz und Bösendorf gewährte manchen nachhaltigen Eindruck, ein geplanter Obstmarkt konnte infolge des allzu strengen Winters nicht mit Obst beschickt werden. Im Jahre 1930 fand außer der Generalversammlung ein Filmabend und eine gesellige Zusammenkunft statt; Vorträge wurden über Ziele und Leistung der Landwirtschaft, über Frühjahrsbestellung und Saatenpflege, über Aufzucht des Rindviehs und über die Herbstbestellung gehalten. Im weiteren wurde eine Erntefest veranstaltet und ein von dem Fordoner Gesangverein „Eintracht" in Brakemünde angesetztes Sängerfest besucht. Ein von der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft vorgeschlagener Koch- und Wanderlehrkursus kam infolge mangelnder Beteiligung nicht zustande. Der Jahresbericht 1931 weiß von einer stark besuchten Generalversammlung mit einem Vortrag über Testamente und Steuerfragen, von einem lebhaften Stiftungsfest, einer Schlittenpartie in die weitere Umgebung, von Vorträgen über Gartenbau, Obstverwertung und Verpackung, über das Gespenst der Wirtschaftskrise, einen Lichtbildervortrag über eiweißhaltige Futtermittel und ein fröhliches Erntefest zu berichten. Am Ende des Jahres 1931 betrug die Zahl der Mitglieder 70 Personen.

---

[7] Vgl. Auszüge aus dem Protokollbuch des Bauernvereins Fordon und Umgebung 1923—1932, vorhanden in dem Verbandsarchiv des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart.

[8] Weitere Einzelheiten des Vereinslebens kann man aus der „Deutschen Rundschau" und dem „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt" Posen entnehmen.

18. Der Deutsche Stipendienverein in Ostrowo

Während die Polen in dem unterirdischen und offenen Nationalitätenkampf in den Ostgebieten frühzeitig die ungeheure Bedeutung einer vorbildlichen Erziehung und Ausbildung der Jugend im völkischen Sinne eingesehen hatten und aus diesem Grunde eine ganze Reihe stattlich dotierter bekannter Unterstützungsvereine ins Leben riefen, die der polnischen Jugend neben der beruflichen Bildung die Treue zu ihrem Volkstum ans Herz legten [9], hatte es lange Zeit ähnliche Einrichtungen von deutscher Seite nicht gegeben, die der Notlage der deutschen Jugend in Posen hätte steuern und die etwa den älteren polnischen Organisationen als Gegengewicht hätten dienen können.

Erst verhältnismäßig sehr spät kam die Begründung eines deutschen Stipendienvereins in Ostrowo zustande, der, soweit ersichtlich, der einzigste deutsche Verband mit gleicher Zielsetzung im Osten bleiben sollte. Nach seinen vom 25. Juni 1907 datierten Satzungen hatte er seinen Sitz in Ostrowo und umfaßte in seinem Wirkungskreis die gesamte Provinz Posen. Der Zweck des Vereins bestand darin, evangelisch-deutschen jungen Leuten beiderlei Geschlechts, welche in dem Bezirk des Vereins wohnhaft waren, zur Ermöglichung einer guten Ausbildung und eines besseren Fortkommens angemessene Unterstützungen zu gewähren. Die Mittel des Vereins sollten, wie es bei damaligen auf rein privater Initiative beruhenden Gründungen und sozialen Hilfsorganisationen üblich war, einerseits durch Mitgliedsbeiträge und andererseits durch Stiftungen aufgebracht werden.

Die Verwaltung des neuen Unternehmens war zwischen einem Vorstand, einem Kuratorium, der Mitgliederversammlung und einzelnen Kreis- und Ortskomitees verteilt, wie es den Bedürfnissen der Praxis am meisten entsprach. Der Vorstand, der für drei Jahre amtierte und der bei Bedarf bis auf neun Personen vergrößert werden konnte, setzte sich aus sechs Mitgliedern, einem Vorsitzenden, Schriftführer, einem Schatzmeister und drei Beisitzern zusammen, die Stellvertreter der erstgenannten Mitglieder waren. Der Vorstand sollte nur aus männlichen Personen bestehen, die in der Provinz Posen tätig und mindestens ein halbes Jahr Mitglied des Vereins waren. Der Vorsitzende mußte nach den Statuten stets ein anerkannt deutschgesinnter evangelischer Geistlicher sein, die Mitglieder wurden zum Teil vom Vorstand, zum Teil auf Vorschlag des Kuratoriums von der Mitgliederversammlung gewählt. Der Vorsitzende, bzw. sein Stellvertreter, hatte den Verein gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, die Vereinsgeschäfte selbständig zu führen und die Sitzungen des Vorstandes, des Kuratoriums und der Mitglieder einzuberufen. Das Kuratorium, dem sämtliche Ehrenmitglieder und immerwährenden Mitglieder angehörten, hatte unter anderem die Aufgabe, den Vorstand in Vereinsangelegenheiten zu unterstützen, den alljährlichen Bericht des Vorstandes über Entlastung der Kassenverwaltung entgegenzunehmen und war berechtigt, sich in seinen Sitzungen vom

[9] Der älteste und bekannteste polnische Unterstützungsverein war der im Jahre 1841 begründete Marcinkowski-Verein in Posen. Er zählte um 1909, als der deutsche Stipendienverein in Ostrowo seine ersten Erfolge erzielte, 6588 Mitglieder, verfügte über 107107,72 Mark jährliche Einnahme, besaß einen Eisernen Fonds in Höhe von 1514720,83 Mark und gewährte Stipendien in der Gesamthöhe von 94223 Mark, wovon für Hoch- und Fachschulen 30965 Mark, für praktische Berufe 37415 Mark und für höhere Schulen 25848,50 Mark entfielen; die Zahl seiner Stipendiaten betrug 523 Personen. Daneben gab es einen polnischen „Verein zur unterrichtlichen Beihilfe für lernende Mädchen", der — im Jahre 1870 geschaffen — 2600 Mitglieder umfaßte, eine jährliche Einnahme von 23794 Mark aufwies und einen Eisernen Fonds in Höhe von 70754,18 Mark besaß; er führte in der gleichen Zeit 125 Stipendiatinnen, denen er Gelder in Höhe von 11287 Mark zukommen ließ. Der im Frühjahr 1907 gegründete polnische „Verein für Unterrichtshilfe" (Pomoc naukowa) für Schlesien besaß 138 Mitglieder und 4200 Mark jährliche Einnahmen; sein Eiserner Fonds betrug 25102 Mark, die Gesamtsumme seiner Stipendien 4045 Mark. Der am 9. Januar 1909 in Wanne in Westfalen gegründete polnische Verein „Zgoda" war mit einem Stammkapital von 20000 Mark für polnische Arbeiterkinder im Ausland bestimmt, während der am 28. Februar 1909 geschaffene Verein „Bruderhilfe" für junge polnische Kaufleute zu sorgen hatte. Außer zahlreichen polnischen Berufsorganisationen, die mehr oder weniger alle ihre Mittel auch zur Heranbildung der Jugend einsetzten, sei hier etwa noch genannt der „Stanislaus-von-Zoltowski-Stipendienfonds für junge Studierende", der ein Kapital von 15992,05 Mark besaß und der „Dr.-Szymanski-Fonds für junge Handwerker", dessen Kapital auf 70000 Mark geschätzt wurde.

Vorstand über die allgemeine Vereinstätigkeit unterrichten zu lassen; es trat jährlich mindestens einmal zusammen. Die Mitgliederversammlung wurde vierteljährlich zur Entgegennahme des Jahres-, Kassen- und Rechenschaftsberichtes, zur Vornahme der erforderlichen Wahlen und zu sonstigen, die Angelegenheiten des Vereins betreffenden Beratungen und Beschlüssen einberufen. Außerordentliche Mitgliederversammlungen mußten mindestens von zwanzig Mitgliedern beantragt werden. Zur Entlastung des Vorstandes wurden in den zum Bezirk des Vereins gehörigen Kreisen einzelne Kreiskomitees und — je nach Bedarf — in größeren Orten noch besondere Orts- oder Lokalkomitees eingesetzt, die die Verpflichtung hatten, die Interessen des Vereins nach Möglichkeit zu fördern, teilweise die Einziehung der Mitgliedsbeiträge zu übernehmen, zu prüfen und dem Vorstand mit ihrem Votum einzureichen, die in ihrem Bezirk wohnenden Darlehns- und Unterstützungsempfänger zu überwachen, zu pünktlicher Abführung der Erstattungsbeiträge anzuhalten und ihnen zwecks besseren Fortkommens mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. Der Vorsitzende eines solchen Komitees sollte in der Regel ein evangelischer Geistlicher sein, die Zahl seiner Mitglieder sich nach dem Bedarf richten. Für eine fruchtbare Zusammenarbeit der verschiedenen Organe wurde durch regelmäßig anberaumte Besprechungen Sorge getragen. Die Bewilligung von Unterstützungen erfolgte bei dem Verein entweder in der Form zinsfreier, später zurückzahlbarer Darlehen oder — unter ganz besonderen Umständen — in der Form einmaliger Beihilfen in geringer Höhe. Da die Verleihung von Stipendien auch heute nicht nur zu Zwecken der Weiterbildung, sondern auch zur Entlohnung angewiesener Arbeiten vielfach benutzt wird, sei hier noch auf die näheren Bedingungen eingegangen, unter denen der Deutsche Stipendienverein in Ostrowo damals seine Stipendien verlieh. Der Stipendiat hatte durch Abgabe einer schriftlichen, nötigenfalls von seinen Eltern oder von seinem Vormund mitunterzeichneten Erklärung zunächst die Verpflichtung zu übernehmen, das Stipendium, sobald die Verhältnisse es erlaubten, spätestens aber nach Ablauf von 10 Jahren, zurückzuzahlen. Bei Nachweis der Bedürftigkeit konnte die Rückzahlungsfrist des Darlehens verlängert werden, bei Tod des Stipendiaten wurde ganze oder teilweise Erstattung des Stipendiums durch zahlungsfähige Verwandte oder Angehörige erwartet. Im weiteren verpflichtete sich der Stipendiat, durch Zahlung des statutenmäßigen Beitrags dem Verein später als Mitglied dauernd anzugehören, seinen Wohnsitz nach Möglichkeit in der Provinz Posen zu nehmen und nach Kräften für die Hebung des Vereins und der deutsch-nationalen Sache einzutreten. Die Bewilligung einmaliger Unterstützungen (Geld, Kleidung, Bücher) geschah nur in Ausnahmefällen. Eine Verpflichtung zur Rückzahlung bestand hier nicht, wurde aber bei Besserung der Verhältnisse erwartet. Als Grundbedingung für die Gewährung von Stipendien oder einmaliger Unterstützungen galten sittliche Würde und anerkannte evangelisch-deutsche Gesinnung der Antragsteller. Bei der Verteilung der Unterstützungen sollten alle Stände und Berufsklassen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht bedacht werden, falls sie die anderen Bedingungen erfüllten.

Nach dem ersten für das Jahr 1907 erstatteten Bericht[10] waren die Anfangsschwierigkeiten, die sich gerade in finanzieller Hinsicht einem derartigen Unternehmen entgegenstellten, bald überwunden. Der Verein zählte 47 Ehrenmitglieder und 53 Mitglieder, außer einem Sparkassenbuch mit einem Betrag von 1672,— Mark, einer Hypothek in der Höhe von 5000,— Mark und einem Landbesitz in Ostrowo im Werte von 10 000,— Mark betrug der Kassenbestand 930,75 Mark, so daß der Verein noch im Gründungsjahr selbst an sieben junge Leute ein Stipendium von je 100,— Mark auszahlen konnte. Es galt nunmehr, durch geschickte Werbetätigkeit die Vereinsmittel so weit zu erhöhen, daß sie immer mehr den eigentlichen Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung in der Provinz Posen entsprachen und gegenüber den polnischen Konkurrenzunternehmen auch wirklich zur Geltung kamen. Das war, solange der Verein lediglich auf die Hilfsbereitschaft und die Einsicht privater deutscher Kreise angewiesen war, natürlich nicht einfach, und so blieben denn auch Enttäuschungen über zu hoch gespannte Hoffnungen — namentlich in den ersten Jahren des Bestehens — nicht aus. In dem Bericht des Jahres 1909 konnte man zwar nicht die gewünschten Erfolge buchen, wohl aber einen gewissen Fortschritt erkennen. Es gelangten 6 Stipendien zu je 100,— Mark zur Verteilung. Der Plan, neue

[10] Vgl. die Satzungen und Jahresberichte des Deutschen Stipendienvereins in Ostrowo in dem Verbandsarchiv des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart.

Vereine gleichen Charakters in Westpreußen und im Norden der Provinz Posen zu gründen, mußte dagegen vorerst vertagt werden, und das war im Hinblick auf die umfassende Tätigkeit der polnischen Unterstützungsvereine auf die Dauer kaum zu ertragen. Mußte der Verein doch überzeugt sein, daß „sich hier ein großer Kampf abspielt und wir bis jetzt die Unterliegenden sind" [11]. Wenn man auch ferner auf Erfolge, wie sie die gegnerische Seite aufzuweisen hatte, nicht zählen konnte, so war doch die Arbeit nicht vergeblich geleistet und durfte man hoffen, in jedem Jahr ständig voranzukommen. War es doch beabsichtigt, im Laufe der Zeit einen großen deutschen Verband herzustellen, der im engen Anschluß an den Evangelischen Bund und den deutschen Ostmarkenverein aus Männern und Frauen bestand, die von besonderer Liebe zur evangelischen Kirche und dem deutschen Vaterland erfüllt den Zwecken des Vereins rückhaltlos dienten. Während im Jahr 1910 Stipendien in Höhe von 1100,— Mark verteilt wurden, entnehmen wir aus dem Jahresbericht von 1912, daß sich das Kapital des Vereins von 22 731,47 Mark auf 26 151,78 Mark vergrößerte, wozu noch 6200,— Mark an verliehenen Stipendiengeldern kamen. Die Zahl der unterstützten Stipendiaten wurde auf 17 Personen erhöht, eine Werbereise brachte den Zuwachs von 100 neuen Vereinsmitgliedern. Besonderer Dank wurde dem Evangelischen Bund und dem Deutschbund für tatkräftige Hilfe ausgesprochen. Nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten bedrohte der Ausbruch des Weltkrieges die Existenz des Vereins. Wenn auch das Barkapital inzwischen auf 31 437,70 Mark angestiegen war und mit den ausstehenden Stipendien 45 187,70 Mark betrug, so war doch der eigentliche Sinn des sozialen Unternehmens durch den Zwang der Ereignisse zur Zeit nicht mehr durchzuführen und im gewissen Sinne überholt. Die dreißig Stipendiaten, die der Verein zählte, kämpften fast alle an der Front, einige waren dem ersten Jahresbericht nach im Kriege bereits gefallen. Nach dem letzten Bericht (1915) zählte der Deutsche Stipendienverein in Ostrowo 51 Ehrenmitglieder und 432 gewöhnliche Mitglieder.

19. Der Hilfsverein Deutscher Reichsangehöriger in Lodz-Litzmannstadt

Der 1906 gegründete Hilfsverein Deutscher Reichsangehöriger verfolgte nach seinen im Dezember 1917 neugedruckten Statuten den Zweck, notleidende deutsche Reichsangehörige zu unterstützen, und erstreckte seine Tätigkeit auf das Gebiet des früheren zaristisch-russischen Gouvernements Petrikau und Kalisch. Der Sitz des Vereins befand sich in Lodz, seine Zeitdauer war unbeschränkt. Der Verein besaß das Recht, zur Verstärkung seiner Mittel Familienabende, Theatervorstellungen und Konzerte zu veranstalten, und bestand aus einem Hauptverein, in den nur männliche Mitglieder aufgenommen wurden, und aus einer Frauenabteilung. Mitglied des Vereins konnte jede, dem Deutschen Reich angehörige, unbescholtene Person ohne Unterschied des Geschlechts werden, in die Verwaltung des Vereins konnten jedoch nur männliche Mitglieder gewählt werden, die auch allein das Stimmrecht in den Hauptversammlungen besaßen. Die Hauptversammlung, die alljährlich oder im Bedarfsfall unabhängig davon nach Ermessen der Verwaltung einberufen wurde, hatte die Aufgabe, die Vorstandsmitglieder zu wählen, die Abrechnung der Verwaltung zu überprüfen, den Vereinshaushalt festzustellen, die Beschlüsse der Verwaltung zu bestätigen und die Entscheidung der Frage über Auflösung des Vereins und die endgültige Abwicklung seiner Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Die Verwaltung bestand aus 21 Mitgliedern, die im Notfall aus 10 alljährlich gewählten Ersatzmännern zu ergänzen waren. Die Verwaltungsmitglieder wurden auf drei Jahre mit der Führung des Vereins betraut; jährlich schied ein Drittel von ihnen aus, um neuen Kräften den Platz freizumachen. An Ämtern waren vorhanden: ein erster und zweiter Vorsitzender, ein Kassenwart und dessen Stellvertreter, ein oder mehrere Schriftführer und ein Ökonom. Die Bildung von Arbeitsausschüssen zu Vereinszwecken war vorgesehen. Nach dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1910 konnte man im großen und ganzen auf einen normalen Verlauf der Vereinstätigkeit zurückblicken, die immer mehr Anerkennung fand. Die Mitgliederzahl stieg von 378 Personen im Jahre 1909 auf 446 im Jahre 1910. Die russische Regierung erteilte die Erlaubnis, die Wirksamkeit des Vereins auch auf das Gebiet des Gouvernements Petrikau

[11] Vgl. Jahresbericht des Deutschen Stipendienvereins zu Ostrowo 1909.

und Kalisch auszudehnen. Die vom Verein in der Berichtszeit veranstalteten patriotischen Feiern und geselligen Zusammenkünfte waren gut besucht.

Ein Zeichen für die innere Notwendigkeit des Vereins war es, daß in den folgenden Jahren an ihn immer größere Anforderungen gestellt wurden und die Unterstützungssumme fast um das Doppelte stieg. Infolgedessen mußte man bemüht sein, größere Einkünfte zu erlangen und die Zahl der Mitglieder bedeutend zu erhöhen. Leider unterbrach der Weltkrieg auch hier die gesunde Entwicklung: während der Verein kurz vor Ausbruch des Krieges 500 Mitglieder zählte und Einnahmen und Ausgaben sich in üblichen Bahnen bewegten, wurde im August 1914 der allergrößte Teil der Vereinsmitglieder ins Innere Rußlands verschickt. Unterstützungen konnten nur in äußersten Notfällen erfolgen. Im September 1914 wurde das Eigentum des Hilfsvereins Deutscher Reichsangehöriger von den russischen Behörden beschlagnahmt, Bücher und Schriften verbrannt, Einrichtungsgegenstände fortgeschafft, Bilder und Büsten vernichtet. Wenn auch die Kassenbücher und Mitgliederlisten erhalten blieben, so hat der Verein doch damit eine schwere Einbuße erlitten, die er bei einem Schadensanspruch auf 2095 Rubel veranschlagte und von der er sich nicht so leicht erholen konnte. Es war klar, daß nach diesen Erlebnissen das Vereinsleben gänzlich darniederliegen mußte. Erst nach der Rückkehr mehrerer Mitglieder konnte an eine Wiederaufnahme der Tätigkeit gedacht werden. Unter Beteiligung von 30 Mitgliedern beschloß man im August, aus dem Vereinsvermögen 8750 Rubel für verschickte Reichsdeutsche zu zahlen. Als später die Mittel immer geringer wurden, wurden Unterstützungen nur noch an Reichsdeutsche gewährt, die in Lodz ansässig waren. Auch die Frauenabteilung, die im Jahre 1915 52 Mitglieder aufwies, konnte sich nach der Lage der Dinge nur wenig entwickeln. Sie mußte sich darauf beschränken, „verschiedene, in der Stille geübte Werke der Nächstenliebe auszuüben". Im 10. Lebensjahr des Vereins, 1916, entfaltete sich das Leben wieder reger. Man beschloß einen Betrag für die 4. deutsche Kriegsanleihe im März 1916 zu zahlen und dem Deutschen Verein für Lodz und Umgebung geschlossen beizutreten [12]. Da das gesellschaftliche Leben zur Kriegszeit mehr oder weniger ruhte, baute man die Hilfstätigkeit nach verschiedenen Richtungen aus. Es galt in erster Linie, den Mitgliedern des Vereins wirtschaftliche Erleichterungen zu bringen, aber auch außerhalb des Vereins stehenden Landsleuten zu helfen. So wurde eine Stellenvermittlung und ein Wohnungsnachweis eingerichtet, die Beschaffung von Kohle in die Hand genommen. In 93 Fällen wurden an in russischer Gefangenschaft lebende Mitglieder Unterstützungen in der Höhe von 2032,53 Rubel gezahlt, an den Hauptausschuß in Berlin eine Gefangenenspende überwiesen. Während die Hauptabteilung 461 Mitglieder besaß und zu 16 Vereinssitzungen zusammenkam, konnte die Frauenabteilung auf 26 Neuaufnahmen und auf 78 Mitglieder ansteigen. Ihre Hauptbeschäftigung bestand in der Aufnahme von Nähabenden, in denen aus gespendetem oder gekauftem Material Kleidungsstücke für Bedürftige hergestellt wurden.

Im Jahre 1917 machte sich die Abwesenheit vieler Mitglieder und der niedrige Kassenstand bei allen Unternehmen des Vereins unangenehm bemerkbar. Mit Hilfe einiger Veranstaltungen, eines Familienabends, Unterhaltungsabende, Kinderfeste und Wohltätigkeitsbasare, suchte der Verein seine geringen Mittel zu vergrößern und erzielte dabei auch eine Einnahme von 13 339,47 Mark. Der Verein erwirkte für eine Reihe seiner Mitglieder eine beschleunigte Aushändigung erforderlicher Reisescheine und ließ sich die Betreuung deutscher Kriegsgefangener weiter angelegen sein. Hier wurde vor allem durch die Vermittlung des Briefverkehrs zwischen in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen und den in Lodz weilenden Angehörigen und Freunden viel Segen gestiftet. Im ganzen wurden 240 derartige Nachrichten und Verbindungen hergestellt, was bei Würdigung der schwierigen Verhältnisse eine erstaunliche Leistung bedeutete. Daneben lief die Stellenvermittlung und der Wohnungsnachweis weiter. Die Unterstützungstätigkeit wurde erst gegen Jahresende wieder in größerem Umfang aufgenommen. So wurden in 17 Fällen an in russischer Gefangenschaft lebende Mitglieder die Gesamtsumme von 571,32 Mark gezahlt, Unterstützungen am Ort in Höhe von 2850 Mark gewährt, Kriegs-

[12] Vgl. Deutsche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen, Nr. 7, Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Jg. 5, 1941, S. 389—392.

anleihe weiterhin gezeichnet. Die veränderten politischen Verhältnisse machten eine Umgestaltung der Satzungen notwendig; insbesondere mußte man nach Neuordnung der einzelnen Paragraphen die Genehmigung der Satzungen durch die Behörde bewirken, was auf Schwierigkeiten stieß, da im September 1914 alle früheren Urkunden des Vereins durch Feuerschaden vernichtet waren. Gegen Jahresende zählte der Hilfsverein deutscher Reichsangehöriger 454 Mitglieder. Es ist anzunehmen, daß der Verein nach dem unglücklichen Kriegsende von den polnischen Behörden aufgelöst wurde [13].

20. Die Gewerkschaft christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Lodz-Litzmannstadt (Textilarbeiter)

Gegenüber den älteren polnischen politischen Parteien und Berufsverbänden, die sich den Kampf gegen das Christentum und gegen den deutschen Arbeiter zum Ziel setzten, gab es keine starke deutsche Organisation, die dazu imstande gewesen wäre, die deutsche Arbeiterschaft im Industriebetrieb von Lodz und seiner nächsten Umgebung gegen die vorhandenen Strömungen in Schutz zu nehmen und beruflich sowie außerberuflich zu betreuen. Die bereits bestehenden deutschen Berufsvereine, die auch in dieser Arbeit abgehandelt wurden, konnten niemals größeren und allgemeineren Ansprüchen genügen, und so kam man überein, um die Genehmigung eines neuen deutschen Berufsverbandes nachzukommen, der am 12. April 1907 unter dem Namen „Gewerkschaft Evangelischer Textilarbeiter" vom Generalgouverneur in Warschau anerkannt wurde [14].

Am 21. Mai 1907 fand die erste konstituierende Generalversammlung der Gewerkschaft statt, die von über sechshundert deutschen evangelischen Männern und Frauen besucht war. Ziel und Zweck des neuen deutschen Berufsverbands wurde in Satzungen niedergelegt, die sich im allgemeinen an die der christlichen Gewerkschaften Deutschlands anschlossen und später im Laufe der Entwicklung mehrfache Änderungen erfuhren. Nach dem im Jahre 1926 erfolgten Neudruck der Statuten [15] — ein Exemplar aus der Gründungszeit hat sich bisher nicht gefunden — bezweckt der Verband, den moralischen und materiellen Stand der Arbeiter der Textilindustrie zu fördern, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder auf legalem Wege und gemäß christlicher und nationaler Grundsätze zu schützen. Diese Ziele sollte die Gewerkschaft erreichen durch:

1. die Verbreitung allgemeiner und fachlicher Aufklärung unter den Verbandsmitgliedern,
2. die Pflege der Einheitlichkeit der Organisation,
3. das Streben zur Erwirkung des möglichst höchsten Lohnes, entsprechend dem Wert der geleisteten Arbeit,
4. das Streben zum Erlangen von Arbeitsbedingungen, die der menschlichen Würde entsprechen und die körperlichen und geistigen Interessen der Arbeiter gewährleisten,
5. die Erteilung von gesetzlichen Unterweisungen und Schutz in allen gesetzlich begründeten Streitfragen, die aus den Verordnungen über den Schutz und die Versicherung des Arbeiters hervorgehen, sowie die Vertretung der Mitglieder vor den Gerichten und Versicherungsinstanzen, bei den Arbeitgebern und Arbeitsinspektoren, auf Grund besonderer Vollmachten,
6. die Errichtung von Lesehallen und Büchereien,
7. die Führung von Fachstatistiken,
8. die Errichtung und Leitung von Arbeitsvermittlungsbüros,
9. die Erteilung von Unterstützungen in Fällen von Arbeitslosigkeit, Ausstand, Krankheit, Tod und Arbeitsmangel.

---

[13] Vgl. die einzelnen Jahresberichte in dem Verbandsarchiv des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart. Dort ist auch eine Mitgliederliste vorhanden, die den Stand vom 25. Juni 1918 aufweist.

[14] Vgl. „Zehn Jahre Arbeit der Gewerkschaft christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Königreich Polen 1907—1917". Lodz-Litzmannstadt 1917, 32 S.

[15] Statuten des Berufsverbandes der Christlichen Textilindustrie-Arbeiter der Polnischen Republik „Gewerkschaft". Lodz-Litzmannstadt 1926.

Nach diesen Statuten konnte jeder ordentliches Mitglied des Verbandes ohne Unterschied des Geschlechtes werden, der in der Textilindustrie oder in verwandten Fächern gegen tägliche, wöchentliche oder monatliche Entlohnung arbeitete. Die Verwaltung des Verbandes wurde von neun Vorstandsmitgliedern geführt, die für die Dauer eines Jahres die Entwicklung des Verbandes überwachte, ihn nach außen vertrat, das Kassenwesen und alle wichtigen Verbandsgeschäfte in Händen behielt. Daneben gab es Filialverbände, die eine besondere Verwaltung besaßen, oder — falls ihre Mitgliederzahl zu gering war — Vertrauensmänner, die die Verbindung mit der Hauptverwaltung aufrechterhielten. Alle übrigen Bestimmungen lassen sich aus dem Vereinswesen und dem Vereinsgesetz deuten.

Derartig ins einzelne gehende, ausgearbeitete Statuten hat die Gewerkschaft natürlich nicht von Anfang an besessen, da sie unter ganz anderen politischen Bedingungen unter russischer Oberhoheit ins Leben trat und ihre Mitglieder zunächst lediglich in den Kreisen der Textilindustrie in Lodz suchte. Aus den ersten Zusammenkünften können wir schließen, daß man die Vereinsgeschäfte in deutscher Sprache führen wollte und frühzeitig an die Begründung von Ortsgruppen in anderen Hauptpunkten der Textilindustrie ging. So begann man Ortsgruppen in Zgierz, Tomaschow, Pabianitz, Konstantynow, Alekſandrow, Tschenstochau und in Zawiercie ins Leben zu rufen; in anderen Orten wie in Warschau, Kalisch und Leßlau hinderte der deutsche Charakter der Gewerkschaft eine weitere Ausdehnung [16]. Die Geschäftsführung wurde zunächst von einer Hauptverwaltung geleistet, die drei Mitglieder aus Lodz-Litzmannstadt und fünf Mitglieder aus anderen Ortsgruppen zusammenführte, die rechtliche Vertretung der Gewerkschaft in die Hände eines Rechtsanwaltes gelegt. Als Verbandsorgan sollte die Zeitschrift „Die Gewerkschaft" über alle Berufsfragen und allgemeine Probleme unterrichten, die allerdings zumal in der ersten Zeit ihres Bestehens manche Krise erlebte und zu Beginn des Weltkrieges ihr Erscheinen einstellen mußte. Von der Gründung der Gewerkschaft an wurde ihr sozialer Charakter durch die Schaffung verschiedener Hilfskassen stark betont: es wurde frühzeitig eine nach Jahren der Mitgliedschaft und nach Klassen gestaffelte Krankenunterstützung eingeführt, die gleichzeitig auch als Arbeitslosenversicherung bis auf dreizehn Wochen gezahlt wurde, eine Fürsorgeeinrichtung für Wöchnerinnen getroffen, eine Sterbekasse und für den Notfall eine Streikunterstützung vorgesehen. Die Einrichtung einer Invalidenkasse wurde von einer Abstimmung in den einzelnen Ortsgruppen abhängig gemacht.

Nach den ersten erfolgreichen Jahren konnte das Tätigkeitsfeld der Gewerkschaft bedeutend erweitert werden; unter Änderung der ursprünglichen Grundsätze sollte der Wirkungsbereich der Gewerkschaft auf das ganze Königreich Polen ausgedehnt werden und alle christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen. Die Gewerkschaft sollte nunmehr auch katholische deutsche Bevölkerungskreise in ihre Reihen aufnehmen und damit den rührigen polnisch-katholischen Berufsverbänden entgegenwirken. Dementsprechend entfiel der ursprüngliche Titel und wurde in die Bezeichnung „Gewerkschaft christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Königreich Polen" umgewandelt [17], die Hauptverwaltung im Hinblick auf die Erweiterung des Arbeitsfeldes auf 18 Mitglieder verstärkt, sowie Zahlstellen und Ortsgruppen an allen Plätzen eröffnet, an denen zehn oder mehr Mitglieder wohnhaft waren. Da man mit den organisatorisch wenig durchgebildeten Verwaltungskräften nicht auszukommen schien, beschloß man, sich um einen auswärtigen Referenten zu bemühen oder einen ausländischen Gewerkschaftler für den Posten eines ständigen Sekretärs zu gewinnen. Daneben begann man, Flugblätter in großer Auflage zu drucken, die aufklärend und werbend wirken sollten, und die Verbindungen mit der Außenwelt gelegentlich des in Zürich tagenden Kongresses der christlichen Gewerkschaftsführer aufzunehmen, die in den einzelnen Ortsgruppen entstehenden Konsumvereine moralisch und wirtschaftlich zu stärken. Im September 1908 wurde die Arbeitslosenunterstützung, ein notwendiges Gebot der Stunde, durchgehend nach Klassen und Zahl der Mitgliedsjahre erhöht. Im Oktober 1908 war man nach Rückfrage bei den einzelnen Ortsgruppen entschlossen, eine Invalidenunterstützung einzuführen: hatte doch die Abstimmung mit 80 v. H. positiver Äußerungen eine derartige

[16] Vgl. „Zehn Jahre Arbeit", a. a. O.

[17] Vgl. Protokollbuch der Hauptverwaltungssitzungen vom 5. Oktober 1908 und „Protokollbuch der Generalversammlungen und des Konsumvereins Hoffnung" vom 6. März 1910.

Einrichtung wünschenswert erscheinen lassen. Die neueingeführte Invalidenkasse war auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufgebaut und sah bei niedrigen wöchentlichen Beiträgen von 5 Kopeken eine Unterstützung der Invaliden nach Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses vor, die nach der jeweilig geleisteten Anzahl von Wochenbeiträgen eine Rente von 4—6 Rubel bis an das Lebensende zubilligte und rückwirkend vom Beginn des Jahres 1908 einsetzte[18].

Ein im März 1909 eingebrachter Antrag, eine polnische Gruppe in der Gewerkschaft zu gründen, wurde nach längerer Diskussion abgelehnt, und nach Jahresfrist im April 1910 einstimmig beschlossen, überall dort in Polen Ortsgruppen ins Leben zu rufen, wo sich deutschsprechende Arbeiter befänden. Freilich hat dann diese entschiedene deutsche Haltung der Gewerkschaft den nachhaltigen Haß der russischen Behörde und nationalpolnischer Kreise zugezogen. Die Gewerkschaft, die auf dem Gebiet der heißumstrittenen Lohnfragen ein dankbares Tätigkeitsfeld vorfand, und bereits umfassende Vorarbeiten für einen authentischen Überblick über den allgemeinen Stand der Löhne durch Versendung von dreißigtausend Fragebogen geleistet hatte sowie eine wirksame Agitation gegen den durch die Wirtschaftskrise bedingten Lohnabzug mit Hilfe von Flugblättern und Werbematerial verschiedenster Art in die Wege leitete, hätte unter normalen Bedingungen alle noch nicht organisierten Arbeiter in ihre Reihen gezogen und sicher eine gesunde Entwicklung genommen. Die russische Regierung ließ jedoch den deutschen Sekretär der Gewerkschaft — angeblich wegen Anberaumung einer Versammlung ohne vorherige Genehmigung der Polizei — verhaften und gab ihn erst später auf den Druck der deutschen Behörden wieder frei. Dieser Vorfall genügte, um für die Neubesetzung des Postens einen russischen Untertanen vorzuschreiben und die Führung der Bücher in russischer Sprache zu verlangen. Wenn auch durch diese und andere Mittel der deutsche Charakter der Gewerkschaft nicht unterdrückt werden konnte, so war der doch dadurch erlittene Schaden nicht gering. Es erfolgte der Austritt vieler Mitglieder, in völkischer Hinsicht bildete sich eine „Art polnisch-deutsch-russisches Gemisch" heraus, das für die deutschen Arbeiter während der Erstarkung der polnischen Arbeiterbewegung gefährlich wurde, und zeitweise sank der Verband zu einer bloßen Unterstützungskasse herab.

Bei Ausbruch des Weltkrieges mußte man infolge der allgemeinen Kriegswirren und des Stillstandes im Geschäftsleben die Tätigkeit der Gewerkschaft bis auf weiteres unterbrechen, da sich die Verwaltung außerstande sah, ohne feste Einkünfte Unterstützungen zu zahlen. Die Akten und Geschäftsbücher wurden in der Bank Lodzer Industriellen untergebracht. Immerhin verblieb man auch jetzt nicht untätig. Infolge der Einberufungen zum Heeresdienst und der Abwanderung zahlreicher Arbeitskräfte nach Deutschland suchte man neue Verwaltungskräfte heranzuziehen und schuf einen Ehren-Beirat, der bei wichtigen Entschlüssen sein Gewicht in die Wagschale werfen sollte. Man bestrebte sich, die Jugend für die Gewerkschaft zu gewinnen, behandelte die Stellung der Frauen in der Arbeiterbewegung und wollte ein soziales Hilfsprogramm in die Wege leiten. Aber erst nach Einzug der deutschen Truppen in Lodz konnte an eine wirksame Kriegswohlfahrtspflege gedacht werden: man sorgte jetzt für die Verteilung von billigem Brot, für die Eröffnung einer Milch- und Teehalle, suchte den Bezug von Kohlen zu regeln, schuf billige Küchen für notleidende Mitglieder der Gewerkschaft, eröffnete eine Arbeitsvermittlungsstelle und unentgeltliche Schreibstube und organisierte eine „Deutsche Selbsthilfe", die vornehmlich für Arbeiter und Handwerker bestimmt war[19]. Neben großzügigen Stiftungen für Kriegswaisenhäuser, Kinderasyle und die Armen der Gemeinde traten wieder organisatorische Fragen in den Vordergrund. Man war in der Zwischenverbandskommission zur Verhandlung mit anderen Verbänden bei den Stadtwahlen in Lodz beteiligt, beriet gemeinsam mit der Pastorenschaft von Lodz und Umgebung über die zukünftige Arbeit der Gewerkschaft, beschloß, Aufklärungsabende einzurichten und beriet mit dem Verein deutschsprechender Meister und Arbeiter über eine eventuelle Verschmelzung und die Regelung von Unterstützungsangelegen-

[18] Vgl. die Statuten der Kasse im Protokollbuch der Hauptverwaltungssitzungen vom 26. Oktober 1908 und 2. Juni 1910.

[19] Vgl. den Nachweis der Kriegsleistung in der Schrift „Zehn Jahre Arbeit der Gewerkschaft christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Königreich Polen", S. 29 und 32.

heiten. Das Reformationsfest im Jahre 1917 beging man mit einem Festvortrag über „den sozialen Luther" und sorgte noch vor Kriegsende für eine Teuerungszulage der Angestellten.

Als dann das unglückliche Kriegsende herannahte, mußte die Gewerkschaft Verbindung mit dem Arbeiterrat suchen und über den Zusammenschluß mit einem christlichen polnischen Arbeiterverband beraten. Trotzdem vergaß man auch jetzt nicht die Aufgaben, die der Gewerkschaft als deutscher Organisation gestellt waren: so erklärte man sich grundsätzlich einverstanden mit den Kundgebungen der deutschen Vereinigungen in Polen, wie sie in der Deutschen Post und in der Neuen Lodzer Zeitung am Sonntag, den 17. November 1918 veröffentlicht wurden, so forderte man durch Verteilung von Handzettel die deutschsprechenden Rückwanderer auf, sich an die christlichen Gewerkschaften in Deutschland anzuschließen, so war man etwa an der Gründung und an der Tätigkeit des deutschen Hilfsausschusses für die Wolgadeutschen wesentlich beteiligt. Bei einer Umbenennung des Vereins und einer Änderung seiner Statuten legte man entschieden Wert darauf, die Bezeichnung „christlich" weiterhin im Namen zu führen und im Rahmen des neuerstandenen polnischen Staates die alten Aufgaben nach Möglichkeit weiterzuverfolgen. Dazu gehörte die Festsetzung neuer Unterstützungssätze, die Anwerbung von Mitgliedern, die Gründung neuer Ortsgruppen und eine verstärkte Tätigkeit des Arbeitsvermittlungsbüros, eine lose Verbindung mit den polnischen Fachverbänden, aber auch z. B. ein scharfer Protest gegen den polnisch gesinnten Generalsuperintendenten Bursche. Im Dezember 1927 ging man noch einmal an eine Neugestaltung der Statuten, die unter Wegfall der Bezeichnung „Textil" und „Beruf" eine Aufnahme sämtlicher Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre fachliche Vorbildung vorsah. Demnach hieß es in der Neufassung: „Der Verband bezweckt den moralischen und materiellen Stand der Arbeiterschaft zu fördern, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder auf legalem Wege und gemäß christlicher Grundsätze[20] zu schützen", als weitere Ziele des Verbandes wurde die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift, die Errichtung einer Sterbekasse zur gegenseitigen Unterstützung und die Eröffnung einer Genossenschaft verkündet. Der Verband bestand nunmehr aus ordentlichen und fördernden Mitgliedern: ordentliches Mitglied konnte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin werden, der oder die in der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft, dem Transportwesen und in anderen Berufen tätig war und gegen tägliche, wöchentliche oder monatliche Entlohnung arbeitete.

Unter diesen Gesichtspunkten versuchte die Gewerkschaft, im neuen Polenstaat unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen ihre Mitglieder beruflich und kulturell zu betreuen und weiterzubilden. Die kurzen Niederschriften in den Protokollbüchern der einzelnen Verwaltungsorgane zeigen, mit welcher peinlichen Gewissenhaftigkeit man allen Notständen nachging und wie sehr man darauf bedacht war, die Aufgabe auf dem schwer zu haltenden Posten der Zentralstelle wie der einzelnen Ortsgruppen zu erfüllen. Noch kurz vor Ausbruch des Krieges wurde am 23. Juni 1939 im Verlaufe der deutschfeindlichen Ausschreitungen, die unter Anleitung des polnischen Westmarkenverbandes und unter Beteiligung von Angehörigen aller polnischen politischen Parteien stattfanden, auch das Heim der deutschen Gewerkschaft in Pabianitz demoliert und außer der Einrichtung — wie aktenmäßig festgelegt — auch das Kassen- und Protokollbuch der Ortsgruppe sowie die Mitgliederbücher, Aufnahmelisten und anderes Material zerstört oder gestohlen.

21. Der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband in Bielitz

Der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband mit dem Sitz in Bielsko-Bielitz (abgekürzt D. H. J. V.) erstreckte nach den Statuten seine Tätigkeit auf das Gebiet der ehemaligen polnischen Wojewodschaften Schlesien und Krakau, wobei vorgesehen war, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen dieselbe auch auf andere Nachbargebiete auszudehnen. Der Verband bezweckte den Zusammenschluß der Handels- und Industrieangestellten auf christlicher Grundlage zur gemeinsamen Vertretung ihrer beruflichen Anliegen und zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Zur Erlangung dieser Ziele dienten:

1. Verhandlungen und Verträge mit den Unternehmern oder ihren Verbänden,
2. Arbeitsniederlegung, wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen,

[20] Das Wort „national" kam gleichfalls in Wegfall.

3. Zusammengehen mit anderen Arbeitnehmern zur Wahrung gemeinsamer Belange,
4. Einwirkung auf die Gesetzgebung, auf alle zuständigen Behörden, Körperschaften, Vereine, Personen, auf die Presse und andere Organe der öffentlichen Meinung im Sinne der auf Standestagungen gefaßten Entschlüsse,
5. Bildungsmittel aller Art,
6. Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Wahrung der Interessen der Mitglieder verstand man dahin, einerseits auf die Gesetzgebung über Arbeitszeit, Urlaub, Sonntagsruhe, Angestelltenversicherung, Altersversorgung, Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitsgerichte und Kündigungsschutz einzuwirken und überhaupt die Belange der Berufsorganisation bei Behörden, öffentlichen und nichtöffentlichen Körperschaften, bei der Presse und den Arbeitgebern etwa im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Verträge, mit Rechtsberatung und Rechtsschutz zu vertreten. Im weiteren war satzungsgemäß vorgeschrieben, von Unternehmern oder Unternehmerverbänden Zuwendungen jeder Art abzulehnen. Parteipolitische und konfessionelle Bestrebungen waren innerhalb des Verbandes von vornherein ausgeschlossen, und dieser grundsätzlichen Einstellung ist der Verband auch in späteren Jahren treu geblieben. Der Verbandsvorstand setzte sich aus dem Obmann, dem Obmannstellvertreter und höchstens sieben weiteren Vorstandsmitgliedern zusammen. Auf Vorschlag des Obmannes konnte die Zahl der Vorstandsmitglieder durch die Hauptversammlung der Mitglieder auch vermindert werden, jedoch nicht unter fünf Personen sinken. Der Obmann oder dessen Stellvertreter vertrat den Verband in allen Angelegenheiten nach außen und hatte für den ordnungsmäßigen Gang der Verbandsarbeiten Sorge zu tragen. Der Obmann wurde wie die anderen Mitglieder des Vorstandes durch die Hauptversammlung auf zwei Jahre, später auf ein Jahr gewählt, wobei mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen zur Wahl erforderlich waren. Der Vorstand, dem die üblichen Pflichten eines Vereinsvorstandes oblagen, war bei Anwesenheit von fünf Mitgliedern beschlußfähig. Die Hauptversammlung, an der alle Mitglieder teilnehmen konnten, in der aber nur die ordnungsmäßig bestellten und persönlich anwesenden Vertreter der verschiedenen Ortschaften stimmberechtigt waren, trat in der Regel einmal zusammen, um die inneren Angelegenheiten des Verbandes zu erledigen, den Jahresbericht und die Abrechnung zu bewilligen, und war — ordnungsmäßig einberufen — ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vertreter beschlußfähig.

Auch die Wohlfahrtseinrichtungen waren bereits im Statut festgelegt. Danach erteilte der Verband seinen Mitgliedern kostenfrei Rat und Auskunft in allen Rechtssachen, die das Angestelltenverhältnis oder Ansprüche aus einer öffentlichen rechtlichen Alters- oder Invaliden-, Kranken- oder Unfallversicherung oder einer gesetzlichen zugelassenen Ersatzeinrichtung betrafen. Langjährigen Mitgliedern wurden bei Rechtsstreitigkeiten auch die Gerichtskosten vom Verband aus bestritten. Um Mißbräuchen von vornherein einen Riegel vorzuschieben, waren die Mitglieder dem Verband für alle Nachteile haftbar, die ihm aus unrichtigen Angaben beim Rechtsschutz erwachsen konnten. Daneben gab es eine kostenfreie Stellenvermittlung, die allen stellungslosen Mitgliedern im Bedarfsfall Auskunft über ihm bekannte Firmen und deren Arbeitsverhältnisse erteilte. Bei Auflösung des Verbandes, wozu ein Beschluß drei Viertel aller stimmberechtigten Mitglieder erforderlich war, sollte die letzte Hauptversammlung das Verfügungsrecht über das Verbandsvermögen besitzen, das aber keinen anderen Zwecken als der Wohlfahrt der Mitglieder zugute kommen durfte. Zu diesen Statuten wurden besondere Ausführungsbestimmungen erlassen, die Beitragsfragen und Wiederaufnahmebedingungen klarstellten. Hier wurden auch die Grundsätze und Vorschriften für die Gewährung von Stellungslosenunterstützungen nach Personenkreis und Geltungsbereich, in ihren Voraussetzungen, nach Höhe und Dauer sowie nach Familienstand aufgestellt. Die dort eingefügte Tabelle zeigt eine stufenförmige Steigerung der Unterstützungszahlungen, die nach der Länge der Mitgliedszeit die Höhe und Dauer der Unterstützung wie folgt festlegt[21]:

---

[21] Vgl. dazu auch das Flug- und Werbeblatt „Tretet ein in den Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Sitz Bielitz".

Mitgliedsjahre	Beitragsstufe 1		Beitragsstufe 2		Beitragsstufe 3	
	Monatliche Unterstützung	Unterstützungsmonate	Monatliche Unterstützung	Unterstützungsmonate	Monatliche Unterstützung	Unterstützungsmonate
2	25,—	6	15,—	6	10,—	6
6	40,—	6	25,—	6	15,—	6
10	50,—	9	30,—	9	20,—	9
15	60,—	11	40,—	11	25,—	11
20	75,—	12	50,—	12	30,—	12
25	90,—	12	60,—	12	40,—	12

Außer dieser Stellenlosenunterstützung waren dem Verband noch eine Altersfürsorge und eine Sterbekasse angegliedert. Die monatliche ausgezahlte Altersunterstützung setzte unmittelbar nach Vollendung des 65. Lebensjahres ein und wurde allen Mitgliedern gewährt, die 30 Jahre dem Verbande angehörten. Sie unterblieb jedoch, solange das betreffende Mitglied vom Verband aus Stellenlosenunterstützung erhielt.

Die Sätze dieses Altersgeldes betrugen:

nach Vollendung des 30. Mitgliedsjahres Sfr. 60,—,
„ „ „ 35. „ „ 66,—,
„ „ „ 40. „ „ 72,—,
„ „ „ 45. „ „ 78,—,
„ „ „ 50. „ „ 84,—.

An Hinterbliebene solcher Mitglieder, die nicht in den Genuß der Altersunterstützung gelangt waren, wurde auf Antrag ein Sterbegeld gezahlt, das nach zehnjähriger Mitgliedschaft 240 Sfr., nach fünfundzwanzigjähriger Mitgliedschaft 600 Sfr. betrug.

Später — auf einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung vom 23. April 1937 — beschloß man eine Statutenänderung des Verbandes, die die Umformung der ursprünglichen ungenau formulierten Satzung in bestimmt umschriebene Paragraphen beabsichtigte. Hier ging es hauptsächlich darum, alle geistigen Arbeitnehmer (Angestellte), gleichgültig ob sie in Handel und Gewerbe, in der Industrie, in den freien Berufen, Bankunternehmen oder anderen Wirtschaftszweigen tätig waren, zusammenzuschließen und die Möglichkeit einer Gründung von Ortsgruppen in dem von der Behörde bereits genehmigten Tätigkeitsbereich zu erwägen.

Am 17. April 1931 fand in Bielitz die Gründungsversammlung des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes statt. Der Tagesordnung gemäß wurde ein kurzer geschichtlicher Überblick über die deutsch-christliche Angestelltenbewegung im Gebiet von Bielitz-Biala geboten und sodann die Gründung des Verbandes angezeigt, der als gewerkschaftliche Interessenvertretung der deutschen christlichen Handels- und Industrieangestellten auf Grund des Bescheides der polnischen Polizeidirektion Bielsko (L 482/25, 372a) vom 16. März 1931 von der polnischen Wojewodschaftsbehörde bereits genehmigt worden war. Nach der Wahl des Vorstandes und seiner Stellvertretung erfolgte eine allgemeine Aussprache über die Gegenwartsprobleme der deutschen Angestelltenschaft in Polen, wobei besonders auf die politische und wirtschaftliche Lage des Deutschtums in Polen eingegangen wurde. Von der Verbandsleitung wurde neben einer ausführlichen Darstellung der Bestrebungen des Verbandes nachdrücklich hervorgehoben, daß der Verband statutengemäß über den Parteien stünde und mit den anderen Angestelltenverbänden in seiner Zielsetzung übereinstimme. Nach einem Vortrag über die soziale Schutzgesetzgebung der Angestellten und einer Ansprache des als Gast erschienenen Vorsitzenden der Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten Oberschlesiens, dessen Ausführungen werbend für die Idee des Zusammenschlusses in der Angestelltenorganisation wirkten, wurde die Gründungsversammlung geschlossen.

Diesen Anfängen entsprechend wurde in der ersten Vorstandssitzung über den inneren Ausbau des neu ins Leben gerufenen Verbandes beraten, die Veröffentlichung von Artikeln in der Presse ins Auge gefaßt und die Aufnahme einer systematischen Werbetätigkeit beschlossen, Dinge, die auch recht bald in die Tat umgesetzt wurden. Der Verband übernahm nunmehr in ge-

regelter Arbeit die berufsmäßige und kulturelle Betreuung seiner Mitglieder. Es wurden in den Monatsversammlungen Vorträge über aktuelle Wirtschafts- und Gewerkschaftsfragen und über einen sozialen Wohnungsbau für Angestellte des Bielitzer Bezirkes gehalten, den die Unternehmerin, die Pensionsanstalt in Königshütte, infolge der Kostenfrage später allerdings zurückstellen mußte. Um den stellungslosen Berufskollegen in ihrer Not helfen zu können, wurde ein allgemeines, nach dem Einkommen gestaffeltes Notopfer eingeführt. Infolge dieser segensreichen Tätigkeit gestaltete sich der erste Rechenschaftsbericht auf der Hauptversammlung des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes in Bielitz, von dem ein Auszug in der Beskidenländischen Deutschen Zeitung, in der Schlesischen Zeitung sowie in der Ostschlesischen Post vom 26. Januar 1932 erschien, zu einem eindrucksvollen Gesamtbild. Die Berichte der einzelnen Sachwarte weisen auf eine vorbildliche Zusammenarbeit und eine rege Verbandstätigkeit hin, die sich trotz der allgemein schweren Wirtschaftskrise machtvoll entfaltet hatte. Die Monatsversammlungen waren meist gut besucht und gaben durch belehrende Vorträge über Standesfragen, Berufswissen und soziale Gesetzgebung manche wertvollen Anregungen. Eine eigene Jugendgruppe veranstaltete wöchentlich Heimabende, Ausflüge und Wanderfahrten in die nähere und weitere Umgebung der Ortsgruppe. In der Berufsausbildung wurde ein längerer Lehrkursus für neuzeitlichen Briefwechsel, Einzelvorträge und Vortragsreihen über Kaufmannsbildung, allgemeines Reklamewesen und Werbung durch die Zeitungsanzeige, Plakat- und Werbebrief, neuzeitliche Geschäftsführung, über Papier und Papiererzeugung, über Drucktechnik sowie Vorträge aus verschiedenen Wissensgebieten zur Förderung der Allgemeinbildung eingerichtet und gut besucht. Gegen Ende des Berichtsjahres wurde eine Scheinfirma ins Leben gerufen, um der kaufmännischen Jugend in einem Übungskontor Gelegenheit zu geben, sich in allen Fragen der Theorie und Praxis zurechtzufinden. Neue Lehrkurse sollten die erworbenen Erfahrungen nutzen und die Arbeitsgebiete noch weiter ausbauen.

Im zweiten Verbandsjahr wurde der beschrittene Weg fortgesetzt. So wurde ein Vortrag über das Angestelltenrecht gehalten und von dem Kreisjugendführer über den jugendlichen Menschen, seinen Entwicklungszustand und unsere Erziehungsaufgabe gesprochen, im Jubiläumsjahr eine Goethefeier mit einem Festvortrag über den deutschen Goethe veranstaltet, der viele Einzelheiten und Richtigstellungen über den „in Volkstumsfragen oft mißverstandenen großen Dichter" brachte. Ein Vortrag über eine Reise nach Sowjetrußland vermittelte den Eindruck, daß uns dies Land „immer fremd und geheimnisvoll bleiben wird". Wenig später dienen „Bilder aus dem heutigen Sowjetrußland" zur Aufklärung über das sog. Sowjetparadies. Die Jugendgruppe nahm in der Berichtszeit einen ungeahnten Aufschwung. Vorträge und Lehrgänge vermittelten berufliches und allgemeines Wissen. Neben der im vorigen Jahr zu Übungszwecken gegründeten Scheinfirma wurde ein ähnliches Bankunternehmen aufgezogen, das die Fachkenntnisse und gleichzeitig den Sparsinn der Jugendlichen weiterbildete. Neben der Pflege des deutschen Liedes und zahlreichen Veranstaltungen, die die jungen Menschen mit der schönen Heimat bekannt machten, traten Kurse in Lackschrift und Stenographie, wurde eine Schachabteilung eingeführt, so daß man wohl mit Recht sagen konnte, daß nirgends so viel zur Ausbildung der Jugend getan wurde wie in unserem Verband. In der Folgezeit wurde die mangelhafte Ausbildung und Schulung in den Fortbildungsschulen scharf kritisiert und Vorschläge zur Besserung des tiefen Bildungsstandes im Lehrlingswesen gemacht sowie die wichtigsten Gesetze der Angestelltenschutzgesetzgebung, die Anordnung des Pensionsgesetzes, das Arbeitsgesetz vom 1. April 1933, die Änderung des Arbeitszeitgesetzes und die Urlaubsgesetzerläuterung vom 20. März 1933 durchberaten [22]. Dabei wurden auch die deutschen Arbeitnehmer in Vorträgen als Glied der Volksgemeinschaft gewürdigt und der Anteil der deutschen kaufmännischen Angestelltenschaft im Rahmen der Gemeinschaft von Staat und Volk hervorgehoben. Auch ein ausführlicher Vortrag über Wesen und Werden der Deutschen Arbeitsfront war geeignet, Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln.

Auf der dritten Generalversammlung am 19. Januar 1934 blickte man daher mit Genugtuung auf die Arbeit im verflossenen Jahr zurück und durfte mit den besten Hoffnungen in das neue Geschäftsjahr eintreten. Im ganzen wurden 12 Vorträge über kaufmännische

[22] Vgl. Polnische Gesetze und Verordnungen. Posen 1933.

Wissensgebiete, 15 über allgemeines Wissen, 9 über Sprachen und Volkstum, 3 über soziale und gewerkschaftliche Fragen gehalten. Der Kursleiter hatte 5 Besprechungen mit seinen Mitarbeitern in Arbeitsgemeinschaftsabenden. An 23 Abenden wurde die Ausbildung an der Scheinfirma durchgeführt, 17mal kam die Musikabteilung zu Proben zusammen, Kurzschrift- und Plakatschriftkurse wurden wie in vergangenen Jahren abgehalten, ein Berufswettkampf, der die Teilnehmer vor schwierige kaufmännische Aufgaben stellte, befriedigend gelöst. Zwanzig Skifahrten und fünfzehn Wanderungen, Turnstunden und „Bunte Abende" fanden in der Berichtszeit statt, wobei man auch den Weg in die breitere Öffentlichkeit fand. Gewiß eine beachtliche Leistung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage, in der sich das Deutschtum in diesen Krisenjahren befand! — Im neuen Berichtsjahr wurde zunächst über die Abänderung im Angestelltenversicherungsgesetz vom Mai 1934 referiert und im September 1934 über die beabsichtigte Änderung debattiert, die eine bedeutende Verschlechterung der Lage darstellte. Wenn auch die Arbeit des Verbandes unter der Arbeitslosigkeit und der dadurch aufgetretenen niedergedrückten Stimmung der Angestelltenschaft sehr zu leiden hatte, konnte er in der erprobten Zusammenarbeit mit der ihm nahestehenden „Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten" in Kattowitz manchen Erfolg für sich buchen, bestrebt sein, fernab von politischem Tagesstreit eine ideale Berufsinteressengemeinschaft zu bilden, und schließlich im Industriegebiet von Bielitz-Biala weiter an Boden gewinnen. In der Jugendgruppe wurden 19 Berufsbildungsvorträge, 18 allgemeine Vorträge, 1 Weihnachtsfeier und 2 sachliche Zusammenkünfte veranstaltet, 13 Fahrten unternommen, 15 Turnstunden abgehalten sowie wöchentliche Kurzschrift- und Plakatschriftkurse durchgeführt, zahlreiche Musikabende eingerichtet und die Scheinfirma wie im Vorjahre weitergeführt [23].

Im Zeichen der starken geistigen Verbindung mit dem neuen Deutschland hielt man Referate über die Wirtschaftsführung und Gefolgschaft in Deutschland, über deutsche Männer als Schöpfer der oberschlesischen Industrie, wobei besonders Friedrich Wilhelm Redens [24] und Karl Godullas gedacht wurde. Weiter hielt man etwa Vorträge über Gemeinnutz oder Eigennutz, über den Existenzkampf des deutschen Privatbeamten um seinen Arbeitsplatz in Oberschlesien. In dem schweren Ringen, in das sich der volksdeutsche Arbeiter und Angestellte bei den systematisch von polnischer Seite erfolgten Massenentlassungen versetzt sah, erwartete der Deutsche in Polen vergeblich Hilfe von den Vertretern der deutschen Parteien und sah oft voller Mißmut und Verzweiflung, wie durch die Eigensucht der deutschen Parteien die Existenz der deutschen Volksgruppe in Polen immer mehr gefährdet wurde. Immerhin konnte der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband im Gegensatz zu einer anderen deutschen Neugründung ähnlichen Charakters seine Stetigkeit und Zielsicherheit bewahren, im Rahmen seiner Statuten hier warnend eingreifen und für Abstellung mancher Übelstände sorgen, wenn er sich bewußt war, immer nur eine verhältnismäßig kleine Schar von Mitgliedern sein eigen zu nennen. In dem verschärften Kampf, den die jüdischen und polnischen Arbeitgeber gegen jeden deutschen Angestellten führten, galt es, alle Kräfte zu entfalten und zu Höchstleistungen zu steigern. So wurde die Werbetätigkeit noch intensiver gestaltet, die Vortragsfolgen sorgfältig auf die Bedürfnisse der deutschen Minderheit in Polen und ihre Probleme ausgerichtet, das neue Schulgesetz für Fachschulen in Polen und seine Auswirkung auf die deutsche Bevölkerung durchgesprochen, für die Reinheit der deutschen Sprache eingetreten. Die Bestrebungen, die deutsche Angestelltenschaft in dieser Organisation zu einen und zu führen, konnte mit der ursprünglichen Fassung der Statuten nie ganz erreicht werden, und so schritt man im April 1937 an eine Statutenänderung des Verbandes, der nunmehr alle geistigen Arbeitnehmer (Angestellte), gleichgültig, ob diese in Handel und Gewerbe oder in der In-

---

[23] Vgl. den gedruckten Arbeitsplan des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes Bielitz für das Winterhalbjahr 1934/35.

[24] Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 27, 1888. Über Karl Godulla vgl. die Biographie von Robert Kurpiun in „Schlesische Lebensbilder", Bd. 3, 1928, S. 190—194, und Emil Drobny, Die Familie Godulla, in der polnischen Zeitschrift „Zaranie Śląskie" (Schlesisches Morgenrot), Jg. 11, 1935, S. 179—181. Weiteres Schrifttum bei H. Bellée, Oberschlesische Bibliographie, 2 Bde. Leipzig 1938.

dustrie oder in freien Berufen, ob sie in Bankunternehmen oder anderen Wirtschaftszweigen tätig waren, in seine Gemeinschaft aufnehmen sollte. Damit im Zusammenhang wurde der Antrag gestellt, die Gründung von Ortsgruppen (oddziały) in dem von den polnischen Behörden bereits genehmigten Wirkungsbereich vorzunehmen.

In dem Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1937 konnte man auf sieben Monatsversammlungen, darunter eine Generalversammlung, zurückblicken und auch in Hinblick auf die Vortragstätigkeit und die Abhaltung von Lehrkursen über Buchhaltung, Korrespondenz, Plakat- und Kurzschrift das rege Vereinsleben hervorheben. Gegenüber der Bielitzer Kaufmannschaft, die auf die Öffnung der Geschäfte an einem Feiertag, den 5. Dezember, drang, blieb der Verband mit seinen Vorstellungen beim Magistrat siegreich. Bei der Bildungsarbeit bestrebte man sich nach wie vor, in Sorge um den deutschen Kaufmannsnachwuchs der Jugend ein sicheres Fundament für den Kampf im Leben und im Beruf mitzugeben und damit ein Stück Volkstumsarbeit zu leisten, wie sie idealer nicht gedacht werden konnte[25]. Insgesamt wurden 54 Kursabende abgehalten.

In einem Rückblick auf das Geschäftsjahr 1937 konnte man somit feststellen, daß manche Erfolge erreicht waren und daß neben der hier schon mehrfach charakterisierten hauptamtlichen Betreuung der Mitglieder viel zur Einigung der deutschen Angestelltenschaft in Polen geschehen sei. Man fühlte sich bald stark genug, folgende Entschließung zu beantragen, die einstimmig angenommen wurde:

„Die heute (18. Februar 1938) zur ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes erschienenen Angestellten beschäftigen sich mit der gegenwärtigen Lage der Angestellten im Bielitz-Bialaer Industrierevier und erklären hiermit: sie verlangen von den zuständigen behördlichen Stellen:

1. das Weiterbestehen des Arbeitsgerichtes in Bielitz,
2. die Mitwirkung bei Abschluß von Kollektivverträgen zwecks gerechter und sozialer Reglung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

Die Versammelten erklären die Bereitwilligkeit, mit den anderen Angestelltenorganisationen dieses Industriebezirkes an der Verwirklichung der Forderungen mitzuarbeiten. Sie richten auf diesem Wege an alle deutschen Angestellten des Teschener Teiles der Wojewodschaft Schlesien und der Wojewodschaft Krakau den Appell, dem deutschen Angestelltenverband beizutreten, um in dieser Gemeinschaft mit allen zur Verfügung stehenden Kräften für die brennenden Lebensfragen der Angestellten jetzt und in Zukunft einzutreten."

Im Rahmen der kürzlich erfolgten Neuorientierung des Verbandes wurde die Erweiterung der Satzung zur Aufnahme weiblicher Angestellten besprochen, Vorträge über Weltkapitalismus, Weltwirtschaftskrise und nationalen Sozialismus gehalten und „Neues aus der Sozialversicherung" bekanntgegeben. So unterstützte man auch durch wohldurchdachte Aktionen die Tätigkeit der deutschen Theatergesellschaft, die sich darum bemühte, ein von jüdischem Einfluß freies deutsches Theater zu erhalten. Immerhin machten sich die Zeiten der Krise doch so weit bemerkbar, daß man in einer offenen Aussprache vom September 1938 zur Erwägung stellte, ob der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband als solcher bestehen bleiben sollte. Nach reiflicher Überlegung beschloß man, den Verband in seiner alten Form weiterbestehen zu lassen, da die Zeit für eine derartige Änderung noch nicht reif sei. Zur Durchführung lang gehegter Verbandspläne, die sich auf ein ständiges Sekretariat und eine Belebung der Werbetätigkeit erstreckten, ging man Verbindungen mit dem deutschen Fußballklub „Sturm" und der „Gewerkschaft deutscher Arbeiter" in Bielitz ein, mit denen man auch einen starkbesuchten Gemeinschaftsabend unter dem Leitspruch „Arbeit und Frohsinn" veranstaltete. Als Neuerung führte man für die Mitglieder eine wöchentlich abzuhaltende Sprechstunde ein, richtete einen Lehrgang über den Bewerbungsbrief des Angestellten ein und veranstaltete einen weiteren Buchungskursus. So liefen im Jahre 1938 insgesamt drei Lehrgänge, und wurden

[25] Vgl. Bericht über die Bildungsarbeit im Jahre 1937 (Maschinenschrift) . . . „Denn nicht das wird das stärkste Volk sein, das seiner Notleidenden in vorbildlicher Weise gedenkt, sondern das Volk, das Großes zu vollbringen in der Lage ist; dessen Leistung also die der anderen Völker überragt."

5 Monatsversammlungen, 1 Jahreshauptversammlung und die übliche Weihnachtsfeier veranstaltet. Im einzelnen wurden auf dem Gebiet des Bildungswesens 53 Kursabende angesetzt, von denen 28 Abende auf den Lehrgang für Einheitskurzschrift, 20 Abende auf den Unterricht in Plakatschrift und 5 Abende auf den Lehrgang über den Bewerbungsbrief entfielen. Der Rechtsschutz für Angestellte wurde von Mitgliedern reichlich in Anspruch genommen.

Zur Erziehung eines fachlich durchgebildeten und konkurrenzfähigen Nachwuchses wurde noch zuletzt der Gedanke eines Leistungswettkampfes stark propagiert und durchgeführt.

Am 1. Mai 1939 schloß der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband mit der ihm schon längere Zeit nahestehenden Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten Oberschlesiens, Sitz Kattowitz eine Vereinbarung, nach der unser Verband bei Wahrung seiner Selbständigkeit eine Verbindung mit der genannten Berufsvereinigung in ideeller und organisatorischer Hinsicht einging. Danach erklärte sich die Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten in Kattowitz bereit, dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband in Bielitz in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung beizustehen, die sich auf die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Schutz- und Arbeitsgesetzgebung der Angestellten, die Lehrlingsfürsorge sowie das Fortbildungsschulwesen der Lehrlinge erstreckte. Zu diesem Zwecke sollte die Gewerkschaft in Kattowitz Bildungsmaterial zur Verfügung stellen, für die Abwicklung des Arbeitsplanes Sorge tragen und auch ihre Monatsschrift „Der Monatsweiser" den Mitgliedern des Bielitzer Verbandes zukommen lassen. In organisatorischer Beziehung wurde vereinbart, die Mitgliedsbeiträge bis auf einen bestimmten Hundertsatz für laufende Unkosten nach Kattowitz abzuführen, wovon im Bedarfsfall Sonderausgaben für Wohlfahrtseinrichtungen, Rechtsschutz, Stellenlosenunterstützung, Sterbegeld usw. bestritten werden konnten.

Im Sommer 1939, in dem sich immer klarer die kommenden Ereignisse abzeichneten, versuchte der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband, gemeinsam mit der Gewerkschaft deutscher Arbeiter in Polen und dem Verband deutscher Angestellten in Polen beim Landesleiter der Jungdeutschen Partei in Polen den Massenentlassungen deutscher Arbeitskräfte in Polen entgegenzuwirken; man mußte aber seine Machtlosigkeit gegenüber der polnischen Willkür eingestehen. Es kam zur kriegerischen Auseinandersetzung: nach der Eingliederung in das Großdeutsche Reich hatte der Verband seine hohe Aufgabe erfüllt und ging in die Gesamtorganisation aller schaffenden Deutschen, in die Deutsche Arbeitsfront, auf. In einer letzten Hauptversammlung vom 25. November 1939 zog man dann den Schlußstrich unter eine Entwicklung, wie man sie im Endergebnis sich nicht besser wünschen konnte.

Über die Entstehung und Weiterbildung der Jugendgruppe beim Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband gibt außer gelegentlichen schon erwähnten Notizen des Hauptverbandes das Zunftbuch der Jugendgruppe Auskunft, das in künstlerischer Ausgestaltung mit Zeichnungen und Photos von Heimabenden, Monatsversammlungen und frohen Fahrten berichtet.

22. Der Verein „Arbeiterheim" in Alt-Bielitz

Am 19. Mai 1928 wurde der Verein gegründet, der mit einem Vorstand von neun Mitgliedern und sechs Ersatzmännern sowie einer dreiköpfigen Revisionskommission das Ziel verfolgte, für die arbeitende Bevölkerung in Alt-Bielitz ein eigenes Arbeiterheim zu erbauen [26]. Dementsprechend hatte bereits das vorbereitende Komitee, das der Gründung des Vereins voranging, ein passendes Grundstück für den Verein ausgesucht und käuflich erworben. Zur Gründungsfeier wurden alle Organisationen und Kulturvereine der Arbeiterschaft eingeladen, wie denn der Verein „Arbeiterheim" in der ganzen Zeit seines Bestehens mit einer Anzahl deutscher Vereine liiert gewesen ist. Die stärkste Verbindung scheint dabei mit dem Arbeitergesangverein „Gleichheit" in Bielitz vorzuliegen, mit dem er vielfach die gleichen Vorstandsmitglieder hatte [27].

Durch Schenkungen und Leihgaben ähnlicher Vereine unterstützt und durch gute Sammelergebnisse finanziell erstarkt, konnte man an die Einfriedung und Bepflanzung des zukünftigen Bauplatzes gehen und einen Schuppen für das bereitgestellte Inventar des Vereins errichten.

---

[26] Vgl. Protokollbuch 1928—1939.

[27] Vgl. Protokollbuch des Arbeitergesangvereines „Gleichheit" in Bielitz 1932—1939.

Da der Verein relativ klein war — die Zahl seiner Mitglieder scheint über dreißig nicht herausgekommen zu sein — mußte man sich bemühen, durch Sammlungen, Veranstaltungen von Volksfesten und durch Gebühren für zeitweise Überlassung des Platzes die erforderlichen Barmittel in die Hand zu bekommen. Die anhaltende Wirtschaftskrise bewirkte, daß sich die Leistungen des Vereins in geringen Grenzen bewegten, und man mehr an die Erhaltung des bisher Erreichten, als an die Verwirklichung des eigentlichen Zieles denken konnte, ein Arbeiterheim für Alt-Bielitz zu schaffen. Wenn der Verein auch somit seinen eigentlichen Zweck in den Jahren seiner Tätigkeit bis zum Jahre 1939 nicht hatte erreichen können, so hat er doch durch die Entfaltung eines gewissen Geselligkeitslebens und durch seine Verbindung mit anderen deutschen Ortsvereinen wie dem Arbeitergesangverein „Gleichheit", dem deutschen Schulverein oder dem Arbeiterkonsumverein in Bielitz an dem Zusammenhalt deutscher Bevölkerungskreise unter polnischer Herrschaft mitgewirkt und ist in regelmäßigen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen nach besten Kräften seinen Aufgaben nachgegangen. Er bildet ein Beispiel für viele deutsche Gründungen im ehemaligen Polen, die sich gleiche und ähnliche Ziele gesetzt hatten.

23. Der Bund der christlichen Deutschen in Galizien, Lemberg

Während das Deutschtum im ehemaligen Polen eine genügende Anzahl politischer, wirtschaftlicher und kultureller Vereine und Verbände besaß, die ihre Mitglieder in staatlicher, beruflicher und wirtschaftlicher Stellung im fremden Land schützen konnten, gab es in Galizien bis in die neueste Zeit außer einigen Geselligkeits- und Sportvereinen, die allerdings an dieser Stelle eine übergeordnete Rolle spielten, keine starke Schutzorganisation der Deutschen. Und gerade hier schien eine solche berechtigt und dringend geboten: das Deutschtum, das hier seit dem ersten Ansiedlungspatent vom 1. Oktober 1774 und dem Kolonisationswerk Josefs II. angesetzt war[28], wurde in seiner späteren Entwicklung vielfach feindlichen Einflüssen preisgegeben, die die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Sprachenrecht annullierten, das Deutschtum polonisierten und in einer politischen Entrechtung verharren ließen.

Durch diese völkische und politische Not getrieben, beschloß das in Galizien verstreut lebende Deutschtum[29], sich aus Selbsterhaltungstrieb zu einer starken Schutzorganisation zusammenzuschließen. In einer Vorversammlung am 8. Juli 1907 und einer konstituierenden Hauptversammlung, die am 21. September 1907 in Lemberg stattfand und von 400 Männern besucht war, wurde die Gründung Tatsache[30]. Nach den von der Behörde genehmigten Satzungen war der Bund ein nichtpolitischer Verein, hatte seinen Sitz in Lemberg und verfolgte das Ziel, das Stammesbewußtsein, das geistige und wirtschaftliche Wohl der Deutschen in Galizien zu fördern. „Christlich" nannte sich der Bund, weil er alle deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Konfession zu einer gemeinsam ausgerichteten deutschen Schutzarbeit für die allgemeinen völkischen, geistigen und wirtschaftlichen Belange vereinigen wollte, ohne politische und religiöse Fragen zu berühren. Darüber hinaus wurde das Wort „christlich" aber auch ähnlich wie bei anderen deutschen Organisationen in Polen aus dem Grunde in den Vereinsnamen aufgenommen, „damit die Ansicht, das Deutschtum in Galizien werde nur von Juden gebildet (!), in bezug auf den ‚Bund' nicht Platz greife"[31]. Das Ziel des Bundes sollte erreicht werden:

[28] Vgl. F. Seefeld, Quellenbuch der deutschen Ansiedlung in Galizien unter Kaiser Josef II., Plauen i. V. 1935, und L. Schneider, Das Kolonisationswerk Josefs II. in Galizien, Leipzig 1939.

[29] Über die Geschichte des Deutschtums in Galizien vgl. vor allen R. F. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, Bd. III, Gotha 1911, das vom Bund herausgegebene Werk „Das Deutschtum in Galizien, seine geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Lage", Lemberg 1914, und den vielseitigen Artikel „Galizien" im „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums", Bd. III, Breslau 1938. Eine Sammelbesprechung über das Schrifttum zur Geschichte des Deutschtums in Galizien von Irmtraut Lindeck im Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Jg. 4 (1940), S. 641—654.

[30] Vgl. die Satzungen und Jahresberichte des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien" in dem Verbandsarchiv des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart; die Satzungen des Bundes sind auch in dem Werk „Das Deutschtum in Galizien", S. 141, veröffentlicht.

[31] So formuliert im dritten Jahresbericht des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien, Lemberg 1909.

1. durch Anbahnung und Erhaltung inniger Fühlung unter den Stammesgenossen[32], durch Pflege geselligen Verkehrs, deutscher Kunst und Wissenschaft, durch Abhaltung nichtpolitischer Versammlungen (auch Wanderversammlungen), durch Vorträge und sonstige Veranstaltungen,
2. durch Errichtung von deutschen Lesehallen, Volksbüchereien und Gastwirtschaften in den deutschen Vereinshäusern, durch Herausgabe und Verbreitung deutscher Druckschriften und Zeitungen,
3. durch Förderung und Gründung von Vereinigungen zur Hebung der deutschen Landwirtschaft, deutschen Gewerbefleißes und Handels; durch Gründung und Förderung von deutschen Schulen,
4. durch Unterstützungen verarmter, hilfsbedürftiger und würdiger Stammesgenossen.

Die Mittel für den Verein sollten durch Gründungsbeiträge, durch Erhebung regelmäßiger Mitgliederbeiträge sowie durch freiwillige Spenden, Schenkungen, Stiftungen, durch Erträge von Veranstaltungen und Unternehmungen des Vereins und der von ihm herausgegebenen Druckschriften bereitgestellt werden.

„Gründer" des Vereins konnte jeder Deutsche (auch Frauen), wirkliches Mitglied jeder christliche Deutsche (auch Frauen) werden; Personen, die sich um das Deutschtum in Galizien oder um den Bund hervorragende Verdienste erworben hatten, sollten auf Vorschlag des Vorstandes von der Vollversammlung zu Ehrenmitgliedern erhoben werden. Während Rechte und Pflichten der Mitglieder sinngemäß verteilt waren, wurden die Vereinsangelegenheiten durch den Vorstand, die Vereinsversammlungen und durch ein Schiedsgericht geregelt. Der Vorstand bestand aus 20 Mitgliedern, von denen mindestens zehn ihren Wohnsitz am Hauptort des Bundes, also in Lemberg, haben sollten. Sie wurden von der Hauptversammlung gewählt und bestimmten ihrerseits den Obmann des Vereins und die beiden Stellvertreter, die den Bund in allen Vereinsangelegenheiten nach außen vertraten. Dem Vorstand fiel die Aufgabe zu, Versammlungen aller Art einzuberufen, gesellige Zusammenkünfte zu veranstalten, Mitglieder aufzunehmen und auszuschließen, das Vereinsvermögen zu verwalten, die Jahresberichte zu verfassen und zu erstatten, sowie die Gründung von Zweigvereinen vorzunehmen. Die ordentliche Vollversammlung entschied über die vom Vorstand oder von den Mitgliedern eingebrachten Anträge, nahm die Wahl des Vorstandes vor, legte die Jahresbeiträge fest, nahm die Jahresberichte entgegen und ernannte die Ehrenmitglieder. Das Schiedsgericht war für Streitigkeiten unter den Mitgliedern des Vereins und für Streitfälle zwischen den Mitgliedern und dem Vorstand bestimmt und setzte sich aus je zwei Schiedsrichtern der beiden Parteien und einem fünften Vereinsmitglied zusammen, der als Obmann fungierte. Bei freiwilliger Auflösung des Bundes sollte sein Vermögen einem deutschen Verein zugute kommen, den die Vollversammlung zu bestimmen hatte, bei behördlicher Auflösung sollte der letzte Vorstand mit unbedingter Stimmenmehrheit über die Verwendung des Vereinsvermögens Anweisungen treffen.

In einem „Anhang" zu den Satzungen des Bundes waren nähere Bestimmungen über die Gründung von Ortsgruppen und Zweigvereine getroffen, die durch Ortsausschüsse von mindestens sechs, höchstens zwölf Personen verwaltet unter ständiger Kontrolle des Hauptvereins standen. Der innere Aufbau und Zweck der Zweigvereine war ganz nach den Bestrebungen des Lemberger Bundes ausgerichtet.

In der Gründungsversammlung kamen die Motive für den dringlichen Zusammenschluß aller deutschen Kräfte in Galizien eindrucksvoll zu Gehör. Die entscheidenden Ausführungen des Vorsitzenden seien darum an dieser Stelle wiedergegeben[33]:

„... Einen Bund der christlichen Deutschen in Galizien wollen wir heute gründen. Welchen Zweck soll er verfolgen? Er will für die nationale und für die wirtschaftliche Hebung des deutschen Volkes in Galizien eintreten, er will um uns Deutsche alle hierzulande, ohne Unterschied des Glaubens, das einigende Band schlingen, so daß wir uns nicht wie bisher fremd gegenüberstehen, sondern daß wir uns fühlen als ein einig Volk von Brüdern, zugehörig zum

[32] Statt „Stammesgenosse" würde man heute „Volksgenosse" sagen.
[33] Vgl. „Das Deutschtum in Galizien", S. 145.

großen, ruhmreichen deutschen Volke. Wir schreiben nicht den Kampf gegen die anderen Nationalitäten dieses Landes auf unsere Fahne, unser Bund verfolgt keine politischen Ziele, und Religion und Politik sind von vornherein ausgeschlossen. Wir begrüßen es gewiß mit herzlicher Freude, wenn wir sehen, wie die anderen Nationen dieses Landes alles tun, um an der nationalen und wirtschaftlichen Hebung ihres Volkes mit vereinbarten Kräften zu arbeiten. Wir begrüßen es mit Freude, wenn wir schon im kleinsten ruthenischen oder polnischen Dorfe eine nationale Lesehalle oder einen ähnlichen Verein finden, der für die nationale und wirtschaftliche Hebung seines Volkes zu arbeiten berufen ist. Aber wir wollen auch dasselbe uns gebührende Recht haben, wir wollen es nicht mehr selbst mit Füßen treten, sondern uns treu und fest zusammenschließen, um deutscher Kultur, deutscher Art und deutscher Sitte auch in unserem Lande Ehre zu machen. Wir wollen deutsch sein und deutsch bleiben..."

Ein anderes Moment wurde in einer weiteren Ansprache betont:

„... Die Gründung unseres Vereins kann nichts anderes sein, als wahre Liebe zu unserem Volke; Liebe, die nicht besteht in schönen Worten oder in Gedanken, sondern Liebe, die besteht in Taten. Das braucht unser deutsches Volk, das brauchen unsere armen Kolonien. Als vor einigen Jahren hier in Lemberg eine Versammlung stattfand, um zur mächtig anschwellenden Auswanderungsbewegung Stellung zu nehmen, da haben wir damals eine Resolution angenommen und geschworen: so verlockend auch die Briefe für die Auswanderung sein mögen, so schwierig auch die Verhältnisse hier geworden sind, wir wollen doch hier aushalten und die väterliche Scholle nicht verlassen. Wir schwuren damals, treu zu bleiben der väterlichen Sprache und Art, die wir von unseren Vätern ererbt haben und wie es jedes Volk tut, das Charakter hat. Ich wünsche deshalb, daß der edle Geist, der den Gründungsausschuß belebt hat, stets alle Mitglieder belebt[34] ...

Nach dem ersten Jahresbericht konnte der Bund christlicher Deutschen in Lemberg allen Anfeindungen der deutschfeindlichen polnischen Presse zum Trotz[35], die in der Gründung nur einen hakatistischen Verein im Solde Preußens sahen, seine Tätigkeit erfolgreich aufnehmen. Durch die Arbeit des Vorstandes, der sich aus allen Berufsschichten des in Galizien ansässigen Deutschtums zusammensetzte, und durch die Werbung eifriger Mitglieder gelang es sehr bald, viele deutsche Gemeinden bis auf den letzten Mann der neuen Organisation zuzuführen. So gehörten bereits im Gründungsjahr 72 deutsche Gemeinden mit 2072 Mitgliedern aus Galizien dem Bund an, 188 Mitglieder befanden sich außerhalb Galiziens. Nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten, die im Mangel eines geeigneten Geschäftsführers und eines brauchbaren Vereinslokals bestanden, entwickelte der Bund eine rege Geschäftstätigkeit, die in der Erledigung von über fünfhundert Geschäftsstücken in der Zeit bis Ende 1907 ihren Ausdruck findet. Die bereits bestehenden in- und ausländischen deutschen Vereine begrüßten nicht nur freudig die Neugründung[36], sondern suchten wie etwa der deutsche Schulverein in Wien durch aktive Teilnahme an den Zielen des Bundes mitzuwirken. Hierdurch erstarkt, konnte der Bund christlicher Deutschen in Galizien an die Gründung von Ortsgruppen und Zweigvereinen gehen und ist bald eine starke Stütze des Deutschtums geworden[37]. Die ersten Ortsvereine wurden in Rosenberg-Szczerzec, in Stanislau, in Brigidau und in Neu-Sandez geschaffen und dabei manche Erfahrungen für den weiteren Ausbau der Bundestätigkeit gesammelt. Wenn sich auch die Unterstützung zur Linderung wirtschaftlicher Not vorerst in geringen Grenzen bewegen mußte, plante man zur Erweiterung des Wirtschaftsprogramms die Gründung einer deutschen Zentralkasse und nahm die Förderung deutscher Schulen als eines der wichtigsten Erfordernisse mit allem Nachdruck auf.

---

[34] Vgl. „Das Deutschtum in Galizien", S. 146.
[35] Vgl. Kaindl, a. a. O., S. 166.
[36] Vgl. die zahlreichen Zeugnisse im Werk „Das Deutschtum in Galizien", S. 146.
[37] Vgl. ebendort S. 178—179; Kaindl, a. a. O., S. 166 ff.

Von großer Bedeutung für die Tätigkeit des Bundes war die Tatsache, daß er schon kurz nach seiner Gründung in dem wöchentlich in Lemberg erscheinenden „Deutschen Volksblatt in Galizien", ein ursprünglich selbständiges, vom Bunde unabhängiges, politisches Blatt fand, das als Sprachrohr des Deutschtums in Galizien die Bestrebungen des neuen Vereins auf das entschiedenste förderte und in vielen Aufsätzen der Geschichte einzelner deutschen Siedlungen nachging. Wieweit diese Zeitung sich von vornherein das Programm einer deutschen Schutzarbeit zu eigen gemacht hatte, läßt sich aus dem Leitaufsatz „Was wir wollen" in der ersten Nummer erkennen [38]:

„Jeder Deutsche soll im ‚Volksblatt' mitteilen und lesen können, was sich in den Siedlungen Gutes und Böses ereignet; jeder Deutsche soll seinem Stammesgenossen, dem großen deutschen Volk, sein Wohl und Wehe bekanntgeben können. Wir wollen damit den Gemeingeist, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Interesse für den anderen erwecken.

Wir wollen für unsere Rechte, für die Sprache unserer Stammesgenossen eintreten, ohne im geringsten gegen den andersprachigen Nachbarn aufzutreten. Wir wollen unseren Nachbar überzeugen, daß wir zu ihm nur als gute Freunde, als Meister gekommen sind, die ihm schon viel Gutes erwiesen haben.

Wir wollen nie das religiöse Gefühl eines Stammesgenossen antasten, auf Grund des Glaubens machen wir keinen Unterschied, denn wir sind ein Stamm, ein Volk von Brüdern und Schwestern.

Wir wollen jederzeit für jeden Kleinmütigen und Schwachen eintreten, wir wollen es jeden fühlen lassen, daß er nicht allein und nicht verlassen dasteht, daß für ihn alle seine Brüder einstehen.

Wir wollen dem Landwirt anregend und belehrend an die Hand gehen, zur Verschönerung und zur Hebung des Besitzstandes der deutschen Siedlungen anregen und dadurch zur Hebung der Heimatliebe beitragen.

Wir wollen unsere Stammesbrüder im Festhalten an ihren ererbten reichen Gütern, der deutschen Sitte und Sprache, bestärken, Angriffe auf unser deutsches Volkstum abwehren und den großen Wert der deutschen Sprache und Sitte durch belehrende Artikel erläutern. Wir wollen dadurch das deutsche Volksbewußtsein, die Liebe zum deutschen Volkstum heben.

Wir wollen Käufe und Verkäufe, deutsche Stellen und Geschäfte von Deutschen zu Deutschen unentgeltlich vermitteln. Kurz, wir wollen unsere ganze Kraft für das Wohl des deutschen Volkes in Galizien einsetzen, damit es nicht von hier flüchten muß, wenn es sein Heiligstes auf Erden, sein deutsches Volkstum, bewahren will."

Die Entwicklung des Bundes dürfte auch weiterhin befriedigend genannt werden: es war nach dem Bericht für 1908 tatsächlich gelungen, das Volksbewußtsein bei den Deutschen in Galizien bedeutend zu heben und zu stärken. Ohne größere Erfolge wäre auch der Ausbau der Organisation nicht zu erklären gewesen: im zweiten Jahr seines Bestehens zählte der Bund bereits Ortsgruppen in Alzen, Augustdorf, Baginsberg, Biala, Bredtheim, Brigidau, Broczkow, Boryssau, Dobrzanica, Dornfeld, Einsiedel, Engelsbrunn, Falkenstein, Gelsendorf, Grabowce, Hartfeld, Heinrichdorf, Hohenbach, Kaiserdorf, Konopkowka, Kranzberg, Landesstreu, Lemberg, Lindenfeld, Ludwikowka, Machliniec, Mariahilf, Mikulsdorf, Mierow, Muzykowice, Neu-Burzyce, Neudorf, Neuhof, Neu-Sandez, Padew, Pöchersdorf, Reichenbach, Rosenberg-Szczerzec, Rosenberg, Sapiezan, Schönanger, Schönthal, Sewerynowka, Sitauerowka, Slawitz, Stadlo, Stanislau, Stryj, Theodorshof, Ugartsthal, Weinbergen, Wiesenberg und Wygoda, im ganzen 62 Ortsgruppen, die teilweise noch in Ortsgruppen für Frauen und Mädchen und solche für Männer zerfielen. Gegen Ende des Jahres 1908 besaß der Bund 52 „Gründer" und 3502 wirkliche Mitglieder. In der Berichtszeit wurde hauptsächlich die Förderung des deutschen Schulwesens in Galizien in Angriff genommen und versucht, namhafte Unterstützungen für diesen Zweck auch anderenorts freizubekommen. Zur Ausbildung eines tüchtigen Lehrerstabes und zur Unterstützung deutscher Lehrer an den Volksschulen deutscher Sied-

[38] Vgl. „Deutsches Volksblatt in Galizien", Lemberg, 18. August 1907; „Das Deutschtum in Galizien", Lemberg 1914, S. 153f.

lungen in Galizien war eine Stiftung geplant, die jedoch infolge der zu schwachen finanziellen Hilfskräfte vorerst noch nicht ins Leben gerufen werden konnte. Zur wirtschaftlichen Stärkung deutscher Siedlungen trug die Begründung von Raiffeisenkassen in 15 Siedlungen wesentlich bei. In volkspolitischer Hinsicht erfüllte der Bund in der systematischen Beseitigung weitverbreiteter irriger Vorstellungen von den deutschen Siedlungen in Galizien und der Korrektur falscher Resultate bei den Volkszählungen der Jahre 1890 und 1900 wichtigste Aufgaben[39]. In enger Zusammenarbeit mit allen Schutzvereinen Deutsch-Österreichs vermittelte der Bund auch die Inanspruchnahme der deutschen Rechtsschutzstelle und vertrieb einen eigenen Bundeskalender, der Unterhaltung und Belehrung bot und die jüdischen und polnischen Kalender aus dem Gebrauch bringen sollte[40].

Die ungewöhnlich schnelle Ausbreitung des Vereins brachte es mit sich, daß man in weiser Beschränkung zunächst nicht mehr so sehr an die Begründung neuer Ortsgruppen als an die Belebung und Erhaltung bereits bestehender Ortsgruppenvereine ging. Diesen Zielen diente die Einstellung eines Wanderlehrers, der im Jahre 1909 81 Reisen durchführte und 45 Vorträge über Zweck und Ziele des Verbandes sowie über wirtschaftliche und völkische Fragen hielt. Als Erfolg durfte der Bund gegen Jahresende 64 „Gründer", 4526 Mitglieder und 76 Ortsgruppen, darunter eine akademische in Wien, sein eigen nennen. Die Tätigkeit des Vereins bestand neben der allgemeinen Betreuung und Hebung des Deutschtums vor allem in der weiteren Unterstützung deutscher Schulen, in der Gründung von 21 Raiffeisenkassen, in der Vermittlung beim Ankauf von Kunstdünger und landwirtschaftlichen Maschinen, in einer kostenlosen Stellenvermittlung für Handwerker und Arbeiter. Mit dem Landwirtschaftlichen Verband Schlesiens in Bielitz wurde die Verbindung zum Ankauf und Vertrieb landwirtschaftlicher Artikel aufgenommen und zur Verbesserung des Wirtschaftslebens die Gründung einer eigenen deutschen Volksbank in Galizien vorgesehen.

Aber auch sonst verstand es der Bund, die politischen Belange der deutschen Volksgruppe in Galizien zu vertreten. Am 28. Oktober 1909 richtete man an den Statthalter Michael Bobrzyński, der sich besonders als polnischer Historiker einen Namen gemacht hat, eine Deputation, die eine Denkschrift überreichte; in dieser Denkschrift war die Forderung aufgestellt, die deutsche Bevölkerung in irgendeiner Form im künftigen Landtag entsprechend zu berücksichtigen. Wenn auch frühere Versuche, anläßlich der Reichsratswahlen für die Stadt Biala und die deutschen Kolonistengemeinde einen besonderen deutschen Wahlkreis zu schaffen, an dem Widerstande des Polenklubs im österreichischen Wahlkreis scheiterten, soll die persönliche Vorsprache beim Statthalter ihren Eindruck wenigstens nicht verfehlt haben. Trotzdem scheint es infolge der geringen Zahl der Deutschen und der zerstreuten Lage ihrer Siedlungen nicht gelungen zu sein, weder für den Reichsrat noch für den galizischen Landtag einen Abgeordneten zu gewinnen[41].

Im Jahre 1910 bewegte sich der Verein weiter auf aufsteigender Linie. Es wurden acht neue Ortsgruppen in Galizien gebildet und zur Entfaltung einer stärkeren Werbetätigkeit ein zweiter Wanderredner eingestellt. Als Neuorganisation wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, der die Aufgabe hatte, verwickelte juristische, wirtschaftliche und schultechnische Fragen in wöchentlichen Sitzungen zu erledigen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Schulverein in Wien konnten bei der Betreuung des Schulwesens und der Lehrerschaft gute Erfolge erzielt, die Entwicklung der Raiffeisenkassen durch neue Gründungen in neuen Ortschaften weitergefördert werden. Bei der Ausübung volkswirtschaftlicher Schutzarbeit auf dem Gebiet des deutschen Gewerbewesen, das infolge sozialpolitischer Mißverhältnisse unter der deutschen Bevölkerung in Galizien völlig abgestorben war, harrte eine Fülle vordringlicher Arbeiten für den Verein. Zur Bewältigung dieser Aufgaben trat der Bund der Allgemeinen Deutschen Arbeitsvermittlungszentrale in Wien bei und unterhielt Verbindungen mit ähnlichen deutschvölkischen Ar-

[39] Vgl. auch Kaindl, a. a. O., S. 127, 173.

[40] Vgl. Kalender des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien 1909, später „Bundeszeitweiser" genannt.

[41] Vgl. „Das Deutschtum in Galizien. Seine geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Lage". Lemberg 1914, S. 138.

beiterschutzvereinen in Schlesien und Mähren. Wenig später konnte bereits eine Anzahl deutscher Lehrlinge in deutschen Fabriken und gewerblichen Betrieben untergebracht werden, um dort eine ordentliche Fachausbildung zu erhalten und vor der drohenden Entdeutschung bewahrt zu werden. Zur Heranbildung eines tüchtigen Handwerkerstandes sollten weitere Maßnahmen, wie die Gründung einer deutschen Gewerbeschule in Galizien, ergriffen werden. Alles das geschah unter dem Leitgedanken, daß „das Deutschtum in Galizien das Los des Deutschtums des 12. bis 16. Jahrhunderts in Polen nicht teilen will und wird" [42].

Der fünfte Jahresbericht ergab die Gelegenheit, einen Blick auf die Vergangenheit zu werfen und sich die erreichten Ziele vor Augen zu führen. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich in den ersten fünf Jahren des Bestehens des Bundes folgendermaßen:

Jahr	Ortsgruppen	Mitglieder	Gründer
1907	6	1106	31
1908	62	3502	52
1909	76	4526	64
1910	84	4554	80
1911	94	5148	92

In fünf Jahren rastloser Tätigkeit wurden fünfzehn Schulen mit vierundzwanzig Klassen errichtet. Der Bund erhielt von sich aus fünf Lehrer und unterstützte in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Schulverein in Wien zweiundfünfzig Schulen. Dreihundertvierzig Stellen verschiedenster Berufsarten wurden vermittelt, und damit hauptsächlich der arbeitenden deutschen Bevölkerung mancher Dienst erwiesen. Im Jahre 1911 wurden über fünfzig Gemeinden in Galizien besucht, die Raiffeisenkassen und die Schultätigkeit weiterentwickelt sowie zur besseren Organisierung und leichterem Überblick des weiten Wirkungsfeldes Bundessekretäre eingestellt. Zur Förderung der Bundesbestrebungen und zur Aussprache mit anderen deutschen Vereinen und Verbänden, die gleichfalls Volkstumsarbeit leisteten, wurden seit dem Jahre 1911 Karpatentagungen veranstaltet [43].

Das Jahr 1912 brachte im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben Galiziens mancherlei Schwierigkeiten, die sich auch auf die Tätigkeit des Vereins hemmend auswirken mußten. Dennoch gelang es, dem Bund vier neue Ortsgruppen zuzuführen und das Schulwesen weiter zu fördern, das nach der Forderung des Vereins der privaten Fürsorge enthoben und künftig der Verwaltung der galizischen Landesbehörde unterstellt werden sollte. Während die Lehrlingsausbildung in größerem Umfang weitergeführt und die Stellenvermittlung auf eine breitere Grundlage gestellt wurde, griff man auch gleichzeitig neue Fragen auf: hier handelte es sich vor allem darum, Probleme der deutschen Besiedlung in Galizien zu lösen und für die Zukunft eine weise Besiedlungspolitik zu treiben. Es galt, die zerstreut wohnenden und in ihrem Volkstum gefährdeten Deutschen Galiziens zu sammeln, in geschlossenen deutschen Siedlungen unterzubringen und für eine gesicherte wirtschaftliche und nationale Existenz Sorge zu tragen. Nebenbei mußten Mittel zur Zurückhaltung der starken Auswandererbewegung in Galizien gefunden werden, wenn nicht wertvollste Kräfte dem dortigen Deutschtum verlorengehen sollten [44]. Hier suchte man durch zahlreiche aufklärende Artikel im deutschen Volksblatt erfolgreich entgegenzuwirken. Desgleichen übernahm es der Bund, eine Karte mit der Darstellung des galizischen Deutschtums in seiner geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung erstmalig herzustellen, die wohl am eindringlichsten von der Stärke der deutschen Volksgruppe und ihrer kulturellen Leistung Zeugnis ablegen konnte [45].

---

[42] Vgl. „Vierten Jahresbericht des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien". Lemberg 1910.

[43] Vgl. „Das Deutschtum in Galizien", S. 190f.

[44] Vgl. Kaindl, a. a. O., S. 190f.

[45] Damit ist wohl die von Josef Schmidt entworfene „Deutsche Siedlungskarte von Galizien" gemeint, die im Juni 1908 in zweiter Auflage, und 1913 in dritter Auflage erschien · vgl. „Das Deutschtum in Galizien. Seine geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Lage, hrsg. vom „Bund der christlichen Deutschen in Galizien", Lemberg 1914, S. 155, und die dort im Anhang beigegebene, von R. A. gezeichnete Karte „Deutsche Siedlungen in Galizien", 1913.

In Ermangelung eines geeigneten Wanderlehrers mußte die Werbearbeit zeitweise aussetzen. Um unter diesen Umständen den Überblick über das weitverzweigte Verbandsgebiet nicht zu verlieren, ging man an die Einführung einer Gaueinteilung, die für die Schutzarbeit des Bundes mehrere kleine Gaugebiete vorsah. Allerdings gestaltete sich die Auswahl und Gewinnung der erforderlichen Gauobmänner und Vertrauensleute zuweilen recht schwierig, da das Deutschtum in Galizien schon damals unter dem Mangel geeigneter Führerpersönlichkeiten zu leiden hatte. Bis zum Jahre 1914 war der Bund christlicher Deutschen auf 104 Ortsgruppen mit 4000 (?) Mitglieder angewachsen[46]), die eine erstaunliches Maß von Arbeit hinter sich brachten. Wie der Weltkrieg die Tätigkeit des Vereins zunächst unterband, so machten auch später die Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern und zwischen Polen und Bolschewiken in den Jahren 1919—1921 die Wiederaufnahme der Arbeit völlig unmöglich. Erst in dem Jahre 1922 erfolgte eine Neubelebung des Bundes, der die Verbindungen mit dem übrigen Polen und Wolhynien aufnahm, um dann im März 1923 erstmalig wieder eine von über 700 Teilnehmern in Lemberg veranstaltete Hauptversammlung einzuberufen. Am 24. März 1923 wurde der Bund von der polnischen Polizeidirektion in Lemberg wegen angeblicher Überschreitung seiner satzungsgemäßen Tätigkeit und wegen des Verlustes der rechtlichen Grundlagen seines Bestandes aufgelöst. Der im Jahre 1925 begründete Verband deutscher Katholiken in Kleinpolen hat dann die Arbeit des Bundes fortzusetzen versucht, wenn er auch selbst einen andersartigen Charakter aufwies.

Durch seine Geschichte hat der Bund der christlichen Deutschen in Galizien zur Genüge gezeigt, daß er dazu imstande war, die vordringlichsten Aufgaben des dortigen Deutschtums zu fördern und unter besseren Bedingungen einer glücklichen Lösung entgegenzubringen. Daß die Arbeit des Bundes trotz allen Schwierigkeiten und Rückschlägen niemals umsonst geleistet worden ist, wird man gerade heute um so eher einsehen, in einer Zeit, in der Galizien wieder deutschem Einfluß und deutschem Aufbauwillen offensteht.

Schluß folgt.

---

[46] Vgl. die Angaben im Artikel „Galizien" des Handwörterbuches des Grenz- und Auslandsdeutschtums", Bd. III, Breslau 1938, und das Verzeichnis in dem Werk „Das Deutschtum in Galizien". Lemberg 1914, S. 160.

Die Geschichtsschreibung Siebenbürgens[1)]

Von Alfred Roth, Wien

Die siebenbürgische Geschichtsschreibung wird von Rumänen, Madjaren und Deutschen wahrgenommen. Jedes der beteiligten Völker stellt in seinen Arbeiten natürlich sich selbst in den Vordergrund. Daher haftet jeder siebenbürgischen Geschichtsschreibung auch völkischer Verteidigungswille an.

Der noch mittelalterliche Ständestaat Siebenbürgen erfuhr durch Kaiser Joseph II. eine revolutionäre Umgestaltung. Als Kaiser Leopold I. nach dem kurzen umstürzlerischen Zwischenspiel seines Bruders an die Neuordnung Ungarns und Siebenbürgens schritt, schlug damit die Geburtsstunde der modernen siebenbürgischen Geschichtsschreibung. Die historischen Nationalitäten gingen an die Erforschung ihrer Geschichte, um ihre Rechtslage bei der Neuordnung historisch zu unterbauen. Damals legte der Göttinger Gelehrte A. Schlözer mit den Kritischen Sammlungen zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen in den Jahren 1795—1797 den Grundstock der deutschen Geschichtsschreibung in Siebenbürgen.

Die Rumänen erstrebten für sich die durch die Reformen Kaiser Josephs II. errungenen Vorteile bei der Neuordnung unter Kaiser Leopold zu bewahren. In diesem Sinne reichten sie 1792 ihren Supplex Libellus Valachorum[2] ein, in dem sie als Nachfolger der römischen Kolonisten Kaiser Trajans, also als die Urbewohner Siebenbürgens, vollständige staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit den übrigen Völkern Siebenbürgens verlangten. Diese Schrift wurde zum Anlaß einer emsigen Forschung auf dem Gebiete der rumänischen Frühgeschichte.

Die Wissenschaftler eines jeden Volkes scharen sich um völkisch bestimmte wissenschaftliche Institute. Als im ungarischen Vormärz die Madjarisierung Fortschritte machte, entstand zum Schutze des Deutschtums und seiner Stärkung aus dem Bewußtsein der Tradition 1841 in Hermannstadt der „Verein für siebenbürgische Landeskunde“[3]. Viele Generationen haben sich in seinen Reihen der Erforschung des Deutschtums in Siebenbürgen gewidmet. Seine Arbeit ist vor allem in den 50 Bänden seines „Archives“[4] und in seiner Zeitschrift[5], die 64 Jahrgänge umfaßt, enthalten. 1942 ist eine Änderung eingetreten. Der Landeskunde-Verein ist dem Forschungs-Institut der deutschen Volksgruppe in Rumänien eingegliedert worden[6]. Diesem Institut sind führungsmäßig auch das „Baron Brukenthalische Museum“ und das „Siebenbürgisch-sächsische Nationalarchiv“ angeschlossen. Auch die Stadtarchive von Kronstadt und Bistritz sind für die Geschichte Siebenbürgens von großer Bedeutung.

Das wichtigste madjarische Institut ist die Siebenbürgische Museumsgesellschaft, die seit 1859 besteht und in seiner Zeitschrift „Erdély Muséum“[8] (Siebenbürger Museum) ein beacht-

---

[1] Siebenbürgen ist deutscher Volks- und Kulturboden. Seine deutschen Volksinseln, die Durchdringung mit deutscher Kultur und Zivilisation im ungarischen Mittelalter und seine Zugehörigkeit zur Habsburger Monarchie in der Neuzeit rechtfertigen eine Besprechung seiner landeskundlichen Erforschung der letzten Jahre. Dabei sind nur die bedeutendsten Werke ausgewählt worden.

[2] Supplex Libellus Valachorum. Klausenburg 1791. Vgl. Teutsch, F., Geschichte der Siebenbürger Sachsen, Hermannstadt 1907, Bd. 2, S. 323.

[3] F. Teutsch, Geschichte der Siebenbürger Sachsen, Bd. 3. Hermannstadt 1926, S. 177.

[4] Archiv des Vereines für siebenbürgische Landeskunde. Hermannstadt, Bd. 50, 1940.

[5] Siebenbürgische Vierteljahresschrift, hrsg. von Karl Kurt Klein. Hermannstadt, Jg. 54, 1934, Jg. 64, 1942. Vorher Korrespondenzblatt des Vereins für siebenbürgische Landeskunde. Hermannstadt 1876—1933.

[6] Alfred Roth, Das Forschungsinstitut der Deutschen Volksgruppe in Rumänien. In: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa, Jg. 6, 1942, S. 208 ff.

[8] Erdély Muzéum (Siebenbürgisches Museum), Jg. 47, 1942.

liches Sprachrohr besitzt. 1929 beging das Szekler Nationalmuseum das 50jährige Jubiläum[9]. — Ein weiterer Mittelpunkt der madjarischen Forschung in Siebenbürgen war vor dem Weltkrieg die Universität Klausenburg[10], die ihre Tätigkeit in diesem Sinne nach dem Rückfall an Ungarn im August 1940 wieder aufgenommen hat. Zur Ausrichtung der madjarischen Volksforschung in Siebenbürgen ist an der Klausenburger Universität das „Siebenbürgische wissenschaftliche Institut"[11] unter Leitung von Professor L. Tamás geschaffen worden.

Die rumänische Forschung konzentriert sich um das „Institut für nationale Geschichte" der rumänischen Klausenburger Universität mit dem Sitz in Hermannstadt, das unter der Leitung des fleißigen Forschers Professor Lon Lupaş steht. Seit 1922 gibt es ein Jahrbuch[12] und eine Schriftenreihe[13] heraus, die laufend Artikel und Buchbesprechungen zur siebenbürgischen Geschichte bringen. Sehr aktiv ist seit 1919 die rumänisch gewordene Klausenburger Universität selbst[14]. Die rumänische Geschichtsschreibung in Siebenbürgen hat sich ihren betonten Kampfcharakter auch nach 1918 bewahrt[15].

Den besten, wenn auch sehr kurzen Einblick in den Ablauf der siebenbürgischen Geschichte bietet uns heute Friedrich Müller-Langenthal in seinem Lehrbuch der rumänischen Geschichte[16]. Vom selben Verfasser stammt auch ein kurzer Überblick über die Geschichte der Siebenbürger Sachsen[17]. Eine ausführliche Behandlung derselben gibt Friedrich Teutsch in seiner vierbändigen Sachsengeschichte[18]. Unter die Handbücher ist auch die zweibändige Geschichte der evangelischen Kirche in Siebenbürgen[19] von Friedrich Teutsch zu rechnen.

Von madjarischer Seite hat sich nach dem Weltkrieg L. Szadécki[20] mit einer Synthese über die Geschichte der Szekler in Siebenbürgen versucht. Bald folgte ihm H. Márczáli[21] mit einer Geschichte ganz Siebenbürgens. Professor Jon Lupaş[22] hat 1937 ein Buch über die Geschichte der Vereinigung aller Rumänen herausgebracht. Es behandelt in verständlicher Weise das

---

[9] Vilmos Csutak, Emlékkönyv a székely nemzeti muzéum ötvenéves jubiléumára. Klausenburg 1929. Besprochen in An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 5, 1928—1930, S. 599—600.

[10] Kristof György, Tudományos Intezetek Erdélyben 1919-ig (Wissenschaftliche Institute in Siebenbürgen bis 1919). In: Erdély Muzéum (Siebenbürgisches Museum), Jg. 47, 1942.

[11] Az Erdély Muzéum Egyesület (Der Siebenbürgische Museumsverein). In: Kisebbségi Körlevél (Minderheitenrundbrief), Budapest, Jg. 6, Mai 1942.

[12] Anuarul Institutului de Istorie Nationale din Cluj (Jahrbuch des Institutes für Nationale Geschichte in Klausenburg), Bd. 7, 1938.

[13] Biblioteca Institutului de Istoria Nationala (Bibliothek des Institutes für Nationale Geschichte). Klausenburg 1923 ff.

[14] J. Grăciun, Activitatea ştiinţifică la Universitatea Regele Ferdinand I din Cluj in primul deceniu (1920—1930) (Die wissenschaftliche Aktivität auf der Universität König Ferdinand I. aus Klausenburg im ersten Jahrzehnt, 1920—1930). Klausenburg, „Cartea Românească", 1936, 321 S.

[15] A. Lăpedatu, Istotiografi aromână ardeleană în legătură cu desfăsurarea vietii politice a neamului românesc de peste Carpaţi. Cuvânt rostit in sedinţa solemnă dela 2. 6. 1923 . . . cu răspuns de Ioan Bianu. Bukarest, Cultura Naţionala, 1923, 40 S., Academia Română, Discursuri de recepţiune, Rumänische Akademie, Aufnahmereden 55.

[16] Friedrich Müller-Langenthal, Geschichte Romäniens. Hermannstadt, Krafft, 1921.

[17] Friedrich Müller-Langenthal, Die Geschichte unseres Volkes. Hermannstadt, Krafft & Drottleff, o. J.

[18] Georg und Friedrich Teutsch, Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk, Bd. 1, bis 1699. 4. Aufl. Hermannstadt, Krafft & Drottleff, 1925, 610 S.; Bd. 2, 1700—1815, Hermannstadt, Krafft, 1907, 467 S.; Bd. 3, 1816—1868. Hermannstadt, Krafft, 1910, 523 S.; Bd. 4, 1868 bis 1919, Hermannstadt, Krafft & Drottleff, 1926, 424 S.

[19] Friedrich Teutsch, Geschichte der evangelischen Kirche in Siebenbürgen, 2 Bde. Hermannstadt, Krafft, 1921—1922, 600 u. 645 S.

[20] Lajos Szadécki, A Székely nemzet története és alkotmánya (Die Geschichte und die Verfassung der Szekler Notian). Budapest, Franklin Társulat, 1927, 400 S. Bespr. in: A. Inst. de Ist. Nat., Bd. V, 1928—1930, S. 628—633.

[21] Henrik Mšrczáli, Erdély története (Geschichte Siebenbürgens). Budapest 1935, 276 S. Bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat. Bd. 6, 1931—1935, S. 648—650.

[22] Jon Lupaş, Istoria Unirii Românilor (Geschichte der Vereinigung der Rumänen), hrsg. v. Fund. Principele Carol, Bukarest, Luceafărul 1937 (?), 407 S.

Zusammenwachsen der rumänischen Nation seit 1600. Weitgehend berücksichtigt werden die Siebenbürger Rumänen auch in den zwei eben erschienenen großen Synthesen der rumänischen Geschichte von C. Giurescu[23] und N. Jorga[24], dessen Werk auch in französischer Sprache[25] verlegt ist. Die beste Zusammenfassung der so eifrigen madjarischen Forschung über die Geschichte der Siebenbürger Rumänen bietet das 1942 erschienene Werk von L. Gáldi und L. Makkai, „Geschichte der Rumänen"[26], das vorher in madjarischer Sprache erschienen war[27].

Die bedeutendste Aktenpublikation der letzten Zeit über Siebenbürgen hat E. Lukinich[28] geleitet. Sie faßt alle Urkunden zur Geschichte der Rumänen in Siebenbürgen im Mittelalter zusammen. Bisher sind die Urkunden bis zum Jahre 1400 veröffentlicht. Eine Fortsetzung des Werkes ist geplant[29]. Gustav Gündisch[30] hat den 4. Band des Urkundenbuches zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen für die Jahre 1416—1437 im Auftrage des Landeskunde-Vereines bearbeitet. Urkunden aus dem Hermannstädter Archiv über Beziehungen dieser Stadt zum Fürstentum der Walachei im 15. und 16. Jahrhundert hat S. Dragomir[31] veröffentlicht. Bezug auf die siebenbürgische Geschichte hat auch die Familienkorrespondenz König Ferdinands I. von Habsburg, die von W. Bauer und L. Lacroix[32] herausgegeben wird. Eine weitere umfassende Aktenveröffentlichung über Siebenbürgen veranstaltet Andreas Veress[33]. Sie hat heute 10 Bände erreicht und bringt Material zur gesamten rumänischen Geschichte aus allen Wiener Archiven. Das Siebenbürgenbuch des Jesuiten A. Possevino und andere italienische Dokumente aus dem 16. Jahrhundert über italienische Beziehungen zu Siebenbürgen hat 1931 G. Bascape[34] herausgegeben. Jon Lupaş illustriert seine vielseitige Forschung zur siebenbürgischen Geschichte mit Urkundenausgaben. Ein Band über das 16. und 17. Jahrhundert[35] und der Anfang mit den rumänischen Chronisten und Historikern aus dem 18. Jahrhundert[36] liegen bisher vor. 1941 hat in Budapest eine große Veröffentlichung zur

[23] Constantin Giurescu, Istoria Românilor (Geschichte der Rumänen), bisher 2 Bde. Bukarest, Fund. ptr. Literatură şi Artă „Regele Carol II.", 1937.

[24] Nicolae, Jărga, Istoria Românilor. Vol. I—X (Die Geschichte der Rumänen). Bd. 1—10. Bukarest, „Datina", Valeni de Munte, 1936—1939.

[25] N. Jorga, Histoire des Roumains et de la Romanité orientale, 10 Bde. Bukarest, Rumänische Akademie, 1937—1940.

[26] L. Gáldi, L. Makkai, Geschichte der Rumänen, hrsg. v. Ostmitteleuropäische Bibliothek, 36 Bp., Edmund Stemmer, 1942, 488 S.

[27] L. Gáldi, L. Makkai, Románok története (Geschichte der Rumänen). Budapest, Ungarische Historische Gesellschaft, 1941.

[28] E. Lukinich, Documenta Historiaa Valachoram. In: Hungaria illustrantia. Ostmittelruop. Bibl. Nr. 29. Budapest, Stemmer, 1940.

[29] Jon Moga, Die Rumänen in Siebenbürgen, in den ungar. Urkunden des Mittelalters, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 6, 1942, S. 98—113.

[30] G. Gündisch, Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen, Bd. IV (1416—1437). Hermannstadt 1937, X, 726 S., 6 Abb., bespr. in: An. Inst. de Ist. Nas., Bd. 7, 1936—1938, S. 743 bis 744.

[31] Silviu Dragomir, Documente nouă privitoare la relaţiile Tării Româneşti cu Sibiu in sec. XV şi XVI (Urkunden über die Beziehungen zwischen der Walachei und Hermannstadt im 15. u. 16. Jhd.), bespr. in: An. Inst. de Isv. Nat., Bd. IV, 1926-1927, S. 3—79.

[32] Korrespondenzen österr. Herrscher. Die Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 2, 2. Hälfte: Familienkorrespondenz 1529 u. 1530. Bearb. von Wilhelm Bauer und Robert Lacroix (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs). Wien, A. Holzhausens Nachf., 1938, 330 S.

[33] Andrei Veress, Documente privitoare la istoria Ardealului, Moldovei şi Ţării Româneşti (Urkunden zur Geschichte Siebenbürgens, der Moldau u. d. Walachei), bisher 10 Bde. Bukarest, Cartea Românasca, 1929 ff.

[34] Giacomo, Bascape, Le relazioni fra l'Italia e la Transilvania nel secolo 16.Note e documenti, Roma Publicazioni dell Istituto per l'Europa Orientale, II/20, Rom, Anonima Romana Edotoriale 1931, 198 S.

[35] J. Lupaş, Documente istorice Transilvane (Siebenbürgische Geschichtsdokumente), Bd. 1599 bis 1699. Klausenburg, Cartea Românesca, 1940.

[36] J. Lupaş, Cronicari şi istorici români din Transilvania. Şcoala ardeleana. Vol. I—II (Rumän. Geschichtsschreiber u. Historiker aus Siebb. Die siebb. Schule, Bd. 12). Craiova, Scrisul Românesc, 1933.

neuzeitlichen Geschichte Siebenbürgens begonnen. In der Reihe „Erbe Siebenbürgens“ [37] werden zeitgenössische Dokumente aller Art, auch Tagebücher und ganze Schriften gedruckt. Von Franz Babinger liegen 2 Neuherausgaben von Tagebüchern nach Konstantinopel vor, des Fugger-Agenten Dernschwamm [38] aus dem 16. und des schwedischen Gesandten Hiltebrandt [39] aus dem 17. Jahrhundert, die beide auf ihren Reisen durch Siebenbürgen gekommen sind, vor.

In das 19. Jahrhundert hinein führt die Ausgabe sämtlicher Schriften Stephan Ludwig Roths [40], die Otto Folberth veranstaltet und insgesamt 8 Bände umfaßt. Die rumänische Forschung beschäftigt sich viel mit den Ereignissen der Jahre 1848/49. Stephan Manciulea [41] hat auch eine Aktenpublikation über diese Frage herausgebracht. M. Popescu [42] veröffentlicht Dokumente zur siebenbürgischen Geschichte in der Zeit des Bachschen Absolutismus.

Mit Siebenbürgen befassen sich laufend vor allem folgende Zeitschriften: Seit 1942 erscheint die „Deutsche Forschung im Südosten“ [43]. Sie hat die Aufgabe der früheren Siebenbürgischen Vierteljahrsschrift übernommen und ihr Interessengebiet betont auf alle deutschen Siedlungen Rumäniens erweitert. Auf rumänischer Seite ist die umfassendste Zeitschrift das Jahrbuch des Klausenburger Instituts für nationale Geschichte [41]. Mit Siebenbürgen beschäftigen sich auch die Zeitschriften „Revista Istorică Română [45] (Rumänische Historische Zeitschrift) und die Annalen der Rumänischen Akademie [46]; mit Siedlungsgeschichte befassen sich vor allem die „Arbeiten des geographischen Institutes in Klausenburg“ [47]; die Sprachgeschichte pflegt die „Dacoromania“ [48]. Außer diesen seien hier die beiden wichtigsten wissenschaftlichen Provinzzeitschriften erwähnt, die „Ţara Bârsei“ [49] (Das Burzenland) in Kronstadt und die „Archiva Someşeană“ [50] (Samoscher Archiv) in Naszod [50].

In madjarischer Sprache beschäftigt sich vor allem die schon erwähnte „Erdély Muséum“ (Siebenbürgisches Museum) [51] mit siebenbürgischen Belangen. Die Zeitschrift der Ungarischen Historischen Gesellschaft „Századok“ (Jahrhunderte) [52] hat immer Artikel und vor allem Buch-

[37] Erdély öröksége (Das Erbe Siebenbürgens), hrsg. v. L. Szabó und L. Makkai, Budapest, Franklin-Gesellschaft, 1942 ff.

[38] Hans Dernschwamm, Tagebuch einer Reise nach Konstantinopel, hrsg. v. F. Babinger, Leipzig, Duncker und Humblot, 1922.

[39] Conrad Jakob Hiltebrandt, Dreifache schwedische Gesandtschaftsreise nach Siebenbürgen, der Ukraine u. Constantinopel (1656—1658), hrsg. v. Franz Babinger. Leiden 1937, 259 S.

[40] Stephan Ludwig Roth, Gesammelte Schriften, 8 Bde, hrsg. v. Otto Folberth, Hermannstadt, Krafft & Drottleff, 1927—1939, bespr. von Fittbogen in: Südostdeutsche Forschungen. München, Jg. 4, 1939, S. 753/54.

[41] Ştefan Manciulea, Scrisori şi acte privitoare la mişcarea revoluţionară a Românilor din Ardeal şi Ungaria in 1848/49 (Din arhiva lui Ladislaus Csányi). Briefe und Urkunden über die revolutionäre Bewegung der Rumänen in Siebenbürgen und Ungarn in den Jahren 1848/49 (Aus den Archiven Ladislaus Csanyis). Bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat. Bd. IV, 1926-27, S. 251—286.

[42] M. Popescu, Documente inedite privitoare la istoria Transilvaniei între 1848—1859 (Unveröffentlichte Akten zur siebenbürgischen Geschichte 1848—1859). Bukarest, Aşezamânt Brăţianu, 1929.

[43] Deutsche Forschung im Südosten, hrsg. v. G. Gündisch. Hermannstadt, Jg. 1, 1942.

[44] S. Anm. 12.

[45] Revista Istorică Română (Rumänische Historische Zeitschrift)., hrsg. v. C. Giurescu. Bukarest, Jg. 10, 1940.

[46] Analele Academiei Române. Memoriile Secţiniui istorice (Annalen der Rumänischen Akademie, Denkschriften der historischen Abtl.), Folge 3, Bd. 1, 1918 ff. Bukarest.

[47] Lucrările Institutului de Geografie al Universiţatii din Cluj (Travaux de l'Institut de Geographie de l'Université de Cluj, Roumanie), Bd. 6, 1936—1938. Klausenburg, Cartea Românească, 1938.

[48] Dacoromania, hrsg. v. S. Puşcariu. Klausenburg, Jg. 10, 1941.

[49] Ţara Bârsei (Das Burzenland). Kronstadt, Jg. 1—12, 1926—1938.

[50] Arhiva Someşeană Revistă istorică-culturală (Archive aus dem Samoschtal), (Geschichtlich-kulturelle Zeitschrift). Naszod, Nr. 4—22, 1926—1937, bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat. 6, 1931 bis 1935, S. 766—768.

[50a] Revue de Transylvanie, hrsg. v. S. Dragomir. Klausenburg, Bd. 6, 1942.

[51] S. Anm. 8.

[52] Századok (Jahrhunderte), hrsg. v. Ungarische Historische Gesellschaft. Budapest, Jg 76, 1942.

besprechungen aus dem Gebiete der siebenbürgischen Geschichte gebracht. Größere Bedeutung kommt den Ungarischen Jahrbüchern[53] in Berlin und dem Archivum Europae Centro-Orientalis[54] in Budapest zu. Im Deutschen Reiche haben die Zeitschriften Südostforschungen[55] in München, die Leipziger Vierteljahresschrift[56] und das Deutsche Archiv für Landes- und Volksforschung[57] Siebenbürgen in ihr Arbeitsgebiet aufgenommen.

Das Handwörterbuch für das Grenz- und Auslanddeutschtum[58] ist in 3 Bänden bisher bis zum Buchstaben M erschienen. Sehen wir also von dem Siebenbürgischen Lexikon[59] ab, so müssen wir uns an mehrere Nachschlagewerke um Auskunft wenden. In der bis 1939 in 8 Bänden erschienenen Bibliographie Balkanique[60] von Savadjian in Paris ist Siebenbürgen im Rahmen Rumäniens mitberücksichtigt. Lückenlos erfaßt ist das Schrifttum über Siebenbürgen von 1916—1936 in der großen Siebenbürgen-Bibliographie von Joachim Cracium[61]. Für 1923/24 hat derselbe auch eine Gesamtbibliographie der rumänischen Geschichte in dem Jahrbuch des Instituts für nationale Geschichte in Klausenburg[62] gearbeitet. Dort hat auch Hermann Hienz[63] eine Bibliographie deutscher Werke über Siebenbürgen zusammengestellt. Die dreibändige ungarisch-rumänische Bibliographie hat Andreas Veress[64] geschaffen. Am wertvollsten für die siebenbürgisch-deutsche Wissenschaft ist die umfassende Bibliographie zur Volks- und Heimatkunde der Deutschen in Rumänien von Hermann Hienz[65] mit seinen 4537 Nummern.

G. Lajos und F. Miklos[66] haben in 3 Jahrgängen das gesamte madjarische Schrifttum in Siebenbürgen von 1926—1928 erfaßt. Schriften über rumänische Volkskunde in Siebenbürgen hat für 1919—1939 Pavelescu[67] gesammelt.

*

Und nun die einzelnen Fragen in zeitlicher Folge: Die Stein- und Kupferzeit Siebenbürgens hat 1933 Hermann Schroller[68] synthetisch behandelt. Umfassender ist das Werk

---

[53] Ungarische Jahrbücher, hrsg. v. Jul. v. Farkas. Berlin, Leipzig, W. de Gruyter, Jg. 22, 1942.

[54] Archivum Europae Centro-Orientalis, hrsg. v. E. Lukinich. Budapest, Jg. 7, 1941.

[55] Südostforschungen, hrsg. v. F. Valjavec. München, Jg. 6, 1941.

[56] Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, hrsg. v. G. Stadtmüller. Leipzig, Jg. 6, 1942.

[57] Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung, hrsg. v. E. Meynen. Berlin, Jg, 6, 1941.

[58] Handwörterbuch für das Grenz- u. Auslanddeutschtum, hrsg. v. Carl Petersen, 3 Bde. (bis M). Breslau, Hirt, 1933 ff.

[59] Kálmán Osyat, Erdély Lexikon (Lexikon Siebenbürgens). Großwardein 1928.

[60] Bibliographie Balkanique, hrsg. v. Leon Savadjian, Bd. I, 1920. Paris ff.

[61] J. Crăciun, Bibliographie de la Transylvanie 1916—1936. In: Revue de Transylvanie. Klausenburg, 3, 1937, S. 3—336.

[62] J. Crăciun, Bibliographie 1921/22. In: Anuarul Cluj, Bd. 2, 1923, S. 407—505. Bibliographie 1923/24. In: Anuarul Cluj., Bd. 3, 1924/25, S. 775—927.

[63] Hermann Heinz, Deutsche Werke über rumänische Länder, 1919—1924. In: Anuarul Institutului de Istorie Națională din Cluj (Jahrbuch des Institutes für Nationale Geschichte in Klausenburg), 3, 1924/25, S. 931—988.

[64] Andrei Veress, Bibliografia română-ungară. Românii in literatură ungară și Ungurii in literatura română (Rum.-Ungar. Bibliographie. Die Rumänen in der ungar. Literatur u. die Ungarn in der rumän. Literatur). Bukarest, Cartea Românească, 1931—1935, 3 Bde.

[65] Hermann Hienz, Quellen zur Volks- u. Heimatkunde, der Siebenbürger Sachsen. Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien, hrsg. v. Rudolf Spek, Bd. 1. Leipzig, S. Hirzel, 1940, XVIII, 301 S.

[66] Lajos György, Az erdélyi magyar irodalom bibliográphia (Die Bibliographie des siebenb. ungar. Schrifttums), Bd. I (1919—1924). Klausenburg 1926, 58 S., Bd. II (1925), Klausenburg 1927, 26 S. Bd. III (1926), Klausenburg 1928, v. F. Miklos.

[67] Gh. Pavelescu, Etnografie românească din Ardeal 1919—1939 (Rumän. Volkskunde in Siebenbürgen 1919—1939). In: Gând Românesc 7, 1939, 449—462.

[68] Hermann Schroller, Die Stein- u. Kupferzeit Siebenbürgens. Berlin, Gruyter 1933.

Vasile Pârvans[69], der in seiner „Getica" eine umfassende Frühgeschichte Daziens, in deren Mittelpunkt Siebenbürgen steht, geschaffen hat. Seine Forschungsergebnisse hat V. Pârvan auch englisch[70] zusammengefaßt veröffentlicht. Er vertritt die Theorie, die Masse der Dazier habe sich mit den kolonisierenden Römern ganz vermischt. So gelangt er zu einer dazisch-römisch-rumänischen Kontinuität von über 3000 Jahren. Andreas Alföldi[71] führt demgegenüber aus, wie weitgehend die Römer die angetroffenen Dazier vernichtet hätten. Der Schneckenberg-Kultur bei Kronstadt widmet A. Prox[72] eine Studie. Um die Gesamtschau germanisch-deutscher Kontinuität in Siebenbürgen bemüht sich Fritz Roth[73]. In diesen Rahmen gliedert er auch die Ergebnisse seiner Grabungen bei Kelling[74] in Südsiebenbürgen ein. Gustav Kisch[75] beleuchtet mit philologischen Hinweisen dieselbe Frage.

Die rumänische Wissenschaft bemüht sich vor allem um die Erforschung der Römerherrschaft in Dazien. Die rege Frucht dieser Bemühungen enthält eine Bibliographie von Daicovici und Macrea[76] für die Jahre 1920—1935 im Klausenburger Jahrbuch für klassische Studien. In einem in französischer Sprache geschriebenen, zusammenfassenden Buche tritt C. Daicovici[77] entschieden für die weitgehende Latinisierung Daziens ein[77a]. A. Alföldi[78] sucht dem entgegenzutreten, doch sprechen die gewichtigen Forschungsergebnisse von Karl Patsch[79] für das Nachwirken der Romanisierung in Dazien.

Von den germanischen Stämmen der Völkerwanderungszeit haben sich die Gepiden am längsten in Siebenbürgen aufgehalten. C. Diculescu[80] hat versucht, ihre Verschmelzung mit den schon romanisierten Daziern aufzuzeigen. Aus beiden Völkern seien die Rumänen entstanden, wobei den Gepiden die Funktion der Franken im Falle der Franzosen zugewiesen wird. J. Kniezsa[81] hat diese Theorie widerlegt. Auch für die Szekler[82] sind die Gepiden als Urväter in Anspruch genommen worden. Gegen beide Szekler-Theorien wendet sich Fritz Schuster[83] mit Grund.

[69] Vasile Pârvan, Getica. O protoistorie a Daciei (Getika. Eine Frühgeschichte Daziens). In: Analele Academici Române (Annalen der Rumän. Akademie), Mem. Sect. Ist. Folge 3, Bd. 3. Bukarest, Cultura Națională 1925, 850 S.

[70] Vasile Pârvan, Dacia, an outile of the early civilizations of the Carpatho-Danubian coutries. Cambridge, University Preß, 1928, 214 S.

[71] Andreas Alföldi, Dákok és Romaiak Erdélyben (Daker und Römer in Siebenbürgen). In: Szazadok (Jahrhunderte), Jg. 74, 1940, S. 129—180. Derselbe, Die Daker und Römer. In: Siebenbürgen. Budapest 1940, S. 41—47.

[72] A. Prox, Die Schneckenbergkultur, Kronstadt, Museumsverlag 1941.

[73] Fritz Roth, Nordische Baukunst im vor- und frühgeschichtlichen Südosteuropa. In: Deutsche Forschung im Südosten. Hermannstadt, Jg. 1, 1942, S. 17—32.

[74] Fritz Roth, Ergebnisse der Grabung von Kelling. In: Volk im Osten, 1932, S. 14—28.

[75] Gustav Kisch, Germanische Kontinuität in Siebenbürgen. Vom Leben und Wirken der Romanen, II/12. Leipzig, Gronau 1936.

[76] C. Daicoviciu u. Macrea, Contribuții la bibliografia Daciei Romane 1920—1935 (Beiträge zur Bibliographie des römischen Dazien). In: Anuarul Institutului de Studii, Clasilci. Jg. II, 1933 bis 1935, S. 259—283.

[77] Constantin Daicoviciu, La Transylvanie avant les Romains, 1938.

[77a] Constantin Daicoviciu, Problema continuității în Dacia (Die Frage der Kontinuität). In: An. de Științe Clasice 3, 1940, S. 234—239.

[78] A. Alföldi, A gót mozgalom és Dacia feladása (Die Bewegungen der Goten und das Verlassen Daziens). Budapest 70, 70 S.

[79] Carl Patsch, Beiträge zur Völkerkunde von Südosteuropa. 1. Die Völkerschaft der Agathyrsen, S. 69—77. 2. Banater Sarmaten, S. 181—216. In: Anzeiger der Wiener Akademie, 1925, 62. Jg., bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat. Bd. IV, 1926/27, S. 456—458.

[80] C. Diculescu, Die Gepiden, Forschungen zur Geschichte Daziens im frühen Mittelalter und zur Vorgeschichte der Rumänen. Leipzig, Kabitzsch 1922, 262 S.

[81] Istvan Kniezsa, Zur Frage der gepidisch-rumänischen Symbiose. In: Archivum Europae Centro-Orientalis, 3, 1937, S. 208—227.

[82] Istvan Kniezsa, Gepidak vóltak-e a székelyek (Waren die Szekler Gepiden?) SA. aus: Magyar Csaladtörténeti Szemle (Ungarische familiengeschichtliche Rundschau) 1939, VII—VIII.

[83] Fritz Schuster, Die Gepiden-Rumänen-Theorie. In: Siebenbürgische Vierteljahresschrift 1937. Derselbe, Die Gepiden-Szekler-Theorie in: Siebenbürgische Vierteljahresschrift 1937.

Die Frage nach der Urbewohnerschaft Siebenbürgens ist noch immer nicht ganz geklärt. Die Rumänen sowie die Madjaren beanspruchen die Priorität für sich. Da die Quellen versagen, um dieses eindeutig zu beweisen, sind auch eine Reihe von Hilfswissenschaften herangezogen worden. Eine besondere Rolle für die siebenbürgische Frühgeschichte kommt aus diesem Grunde der Sprachwissenschaft zu. Die ortsnamenkundlichen Arbeiten von Walter Scheiner[84], Gustav Kisch[85], Otto Liebhardt[86] und J. Kniezsa[87] haben heute ermittelt: neben einer ganz alten Ortsnamenschicht sind die meisten siebenbürgischen Ortsnamen slawischer Herkunft. Auf sie lagert sich eine madjarische Schicht. Dann erst folgen eine deutsche und zuletzt eine rumänische. Nur für das siebenbürgische Erzgebirge hat Ernst Gamillscheg[88] einzelne Reste römisch-rumänischer Kontinuität nachgewiesen.

Einen ins einzelne gehenden Bericht über den Stand der Sprachgeschichte verdanken wir Matthias Friedwanger[89]. In den Dienst der rumänischen Frühgeschichte stellt S. Puşcariu seinen großen rumänischen Sprachatlas[90], von dem bisher 2 Bände erschienen sind. Die Frage der Wlachen hat zuletzt D. Crânjala[91] behandelt. Lange nahm die rumänische Geschichtsschreibung jeden Walachen auf der Balkanhalbinsel und dem ganzen Südosteuropa bis nach Mähren hinein als Rumänen in Anspruch. Überzeugend hat nun Crânjala gezeigt, daß „Wlache" in erster Linie nomadisierender Hirte bedeutet, also nicht mit Rumäne identisch ist. Nur wo der Wlache auf völkisch-rumänischem Gebiet auftritt, ist er Rumäne, auf slawischem Gebiet aber entsprechend ein slawischer Hirte, so z. B. in der mährischen Walachei. Dasselbe hat Konrad Schünemann[92] für den Ausdruck „Blaci et pastores Romanorum" des anonymen Notars festgestellt. Auch nach seiner Erklärung bedeutet Wlache nomadisierender Hirt und nur die Beifügung pastores Romanorum kennzeichnet die Wlachen in Pannonien als rumänischer Volkszugehörigkeit.

In der alten Streitfrage über den anonymen Notar ist in der letzten Zeit eine interessante Meinung vorgetragen worden. Lange haben die Madjaren versucht, die Glaubwürdigkeit dieses Chronisten herabzusetzen, um dadurch dessen Aussagen über die Rumänen in Siebenbürgen im 10. Jahrhundert zu entkräften. In der Klebelsberg-Festschrift versucht Emil Jakubovich[93] den anonymen Notar zu rehabilitieren. Mit Freude verzeichnen die Rumänen, daß damit auch die Aussage desselben über die Rumänen in Siebenbürgen wieder an Bedeutung gewinnt[93a].

Archäologie und Philologie sprechen dafür, daß sich nur römische Reste auf dem Boden Daziens erhalten haben. Unzweideutig nachgewiesen aber ist eine starke rumänische Zuwanderung nach Siebenbürgen im 13. bis 15. Jahrhundert. Schon 1916 hatte Karel Kadlec[94]

[84] Walter Scheiner, Die Ortsnamen im mittleren Teile des südlichen Siebenbürgens. SA. aus Balkan-Archiv. Leipzig, Bd. 2, 1926, 172 S.

[85] Gustav Kisch, Siebenbürgen im Lichte der Sprache. Ein Beitrag zur Geschichte der Karpathenländer. In: Archiv d. Ver. f. siebb. Landeskunde, Neue Folge 43. Hermannstadt 1929, S. 33—328.

[86] Otto Liebhardt, Die Ortsnamen des Szeklergebietes in Siebenbürgen. In: Balkan-Archiv 3, 1927, S. 1—96.

[87] Istvan Kniezsa, Ungarns Völkerschaften im 11. Jh. Ostmitteleurop. Bibliothek Nr. 16. Budapest, E. Stemmer, 1938.

[88] Ernst Gamillscheg, Über die Herkunft der Rumänen, Jb. d. Preuß. Akademie. Berlin, Bd. 20, 1940, S. 7—34.

[89] Matthias Friedwanger, Über die Sprache und Heimat der Rumänen in ihrer Frühzeit. Sonderdruck aus Zeitschrift für romanische Philologie, Bd. 54, 1934, S. 641—715. Halle, Niemeyer, 1934.

[90] Atlasul Linguistic Român (Rumän. Sprachatlas), hrsg. v. S. Puşcariu u. Sever Pop, Klausenburg, Cartea Românească, Bd. 1, 1938, Bd. 2, 1940.

[91] Crânjala Dimitru, Rumunske vlivy Karpatech se zelastnim zrotelem k Moravslemu valašsku (Les influences Roumains dans les Carpathes en tenante specialement compte de la Valachie de Moravie). Prag, Orbis 1938, 563 S.

[92] Konrad Schünemann, Die „Wlachen". In: Ungarische Jahrbücher. Budapest, Jg. 6, 1927, S. 454 ff.

[93] Emil Jakubovich, P. Mester, Adalékok az Anonymus kerdéshez. Der Magister P. (Beiträge zur Frage Anonymus) i. d. Klebelsberg-Festschrift. Budapest 1925.

[93a] Bespr. in An. Inst. de Ist. Nat. Bd. V, 1928—1930, S. 633—635.

[94] Karel Kadlec, Valasi a Valaske pravo v zemich slovanskych a uherskych s uvodem povajacim prehled theorii o vznihu rumunskeho noroda (Die Walachen und das walachische Recht in den sla-

darauf hingewiesen, daß im ius valachicum eine Art Kolonistenrecht zu sehen sei. Auf Grund der neuen Dokumentensammlung[95] zeichnen Gáldi und Makkai[96] nun ein anschauliches Bild der rumänischen Zuwanderung nach Siebenbürgen in dem späten Mittelalter. Nach ihrer Auffassung kam der erste Strom der Rumänen über die Fogoraścher Karpaten nach Südsiebenbürgen unter der Führung von Knesen herein. Eine zweite Welle strömte aus dem Nordosten in den nördlichen Teil Siebenbürgens, von Wojwoden geführt, ein. Bald wurde aus der rumänischen Führerschicht der Knesen und Wojwoden ein Adel, der die Masse des Rumänentums in den Zustand der Hörigkeit herabdrückte.

L. Tamás[97] bemüht sich mit allen Mitteln, die Kontinuitätstheorie der Rumänen zu widerlegen. In einer Besprechung seines Buches ist Ernst Gamillscheg[98] gegen ihn aufgetreten. Das Standardwerk zu dieser Frage ist seit 1928 das Buch über die Herkunft der Rumänen von Alexander Philippide[99], der eine Zuwanderung der Rumänen vom Süden der Donau annimmt. Die Forschungen zur albanischen Frühgeschichte von Georg Stadtmüller[100] geben neue Anhaltspunkte für die Erforschung der Frühgeschichte des rumänischen Volkstums.

*

Den kirchlichen und politischen Aufbau Siebenbürgens im Mittelalter schildert quellenkritisch begründet Herbert Schönebaum[101]. J. Lupaş[102] untersucht die geschichtlichen Tatsachen Siebenbürgens im 12. bis 16. Jahrhundert und weist dabei vor allem darauf hin, daß die Einrichtung des Wojwodates als eine slawisch-rumänische Einrichtung gewertet werden müsse. Konrad Schünemann[103] umreißt in einem anregenden Artikel die Stellung des Südostens in der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Kolonisation. Über die Frage der Herkunft der Siebenbürger Sachsen faßt Rudolf David[104] alle bisher in der Geschichtsschreibung lautgewordenen Meinungen anschaulich zusammen. Die Ursache für die Fortdauer der Siebenbürger Sachsen bis zum heutigen Tage liegt in dem Zusammenschlußrecht der einzelnen Kolonistengemeinden in Siebenbürgen zu eigenen Verwaltungs- und Kircheneinheiten[105]. Diese rechtsgeschichtlichen Gegebenheiten, das Werden und die Entwicklung der siebenbürgisch-sächsischen Gebietseinheiten, behandelt Georg Müller[106] in seinen vielen rechtshistorischen Untersuchungen. Als Grundlage

---

wischen und ungarischen Ländern. Eine Mitteilung, die einen Überblick über die Theorie und die Entstehung des rumän. Volkes gibt). Prag, Böhmische Akademie, 1916, 528 S.

[95] S. Anm. 28.

[96] A. Fekete-Nagy, L. Gáldi, L. Makkai, Zur Geschichte der ungarländischen Rumänen. Budapest 1941, Ostmitteleurop. Bibl. 29 A.

[97] Lajos Tamás, Romains, Roumains et Valaques dans l'histoire de la Dacie Trajane. In: Archivum Europae Centro-Orientalis, Bp., Jg. I, 1935, S. 1—96, Jg. 2, 1936, S. 46—83 u. 245—374.

[98] Ernst Gamillscheg, Zur Herkunftsfrage der Rumänen, Schriften der preuß. Akademie, Berlin 5, 1940, S. 1—21.

[99] Alexandru Philippide, Originea Românilor (Die Herkunft der Rumänen), Bd. I, Ce spun isvoarele istirice, Iasi, Viata Romaneasca, 1925, XL, 889 S., Bd. II, Ce spun limbile română şi albaneză, Iaşi, Viata Românească, 1927, 829 S.

[100] Georg Stadtmüller, Forschungen zur albanischen Frühgeschichte. In: Archivum Europae Centro-Orientalis, Bd. 7, 1941.

[101] Herbert Schönebaum, Der politische und kirchliche Aufbau Siebenbürgens bis zum Ende des Arpadenreiches. In: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, Jg. II—III, 1937—1938.

[102] J. Lupaş, Realităţi istorice în Voevodatul Transilvaniei din sec. al XII—XVI (Geschichtliche Tatsachen in Siebenbürgen aus dem 12.—16. Jh.). In: Anuarul Inst. de Ist. Nat., Bd. 7, 1936 bis 1938, 1—85.

[103] Konrad Schünemann, Die Stellung des Südostens in der Geschichte der Kolonisation.

[104] Rudolf David, Die Frage der Herkunft der Siebenbürger Sachsen, SA. aus „Der Beruf", 1936.

[105] Joseph Deér, Die Rechtslage der Sachsen. In: Siebenbürgen. Budapest 1940, S. 104.

[106] Georg Müller, Die sekundären Siedlungen in Siebenbürgen. In: Korrespondenzblatt d. Verein. f. Siebb. Landeskunde Hermannstadt, Jg. 52, 1929, S. 161—208. Derselbe, Die Gräven, in Teutsch-Festschrift, Hermannstadt 1930, S. 101—178. Derselbe, Die deutschen Landkapitel in Siebenbürgen und ihre Dechanten. In: Archiv d. Verein. f. siebb. Landeskunde. Hermannstadt, Bd. 48, 1934.

der siebenbürgisch-sächsischen Entwicklung ist der Freibrief König Andreas' II. von Ungarn vom Jahre 1224 bekannt. Diese Urkunde und andere für die sächsische Geschichte bedeutende Dokumente sind von Josef Schiopul[107] der Unechtheit verdächtigt worden. Georg Müller[108], Aurel Sacerdoțeanu[109] und Franz Michaelis[110] haben nachgewiesen, wie unstichhaltig die Angriffe Schiopuls sind.

Der Rechtshistoriker Georg Müller[111] hat auch grundlegende Untersuchungen zur Geschichte der Rumänen in Siebenbürgen beigetragen. Mit Einzelfragen beschäftigt sich A. Doboși[112], indem er die Frage des Schaf-Fünfzigstels als eine für die Rumänen kennzeichnende Steuerabgabe untersucht. Erwähnt sei ferner die Studie Jon Mogas[113] über den Stuhl von Săliște. Als falsch hat Georg Müller den Vergleich der Szeklerorganisation mit den sächsischen Stühlen durch Hans Connerth[114] bezeichnet.

Der ungarische Staat hat 1867 die siebenbürgisch-sächsische Selbstverwaltung aufgelöst und aus den zurückbleibenden Gütern eine Kulturstiftung mit dem Namen „Sächsische Nations-Universität" geschaffen. Das Gesetz über diese Kulturstiftung sah seine Verwaltung durch Abgeordnete aller Bewohner auf dem Gebiete der früheren sächsischen Selbstverwaltung vor. Dadurch bekamen die Rumänen, die unter den Sachsen wohnen, Anteil an der Kulturstiftung. 1934 hat der rumänische Staat die Kulturstiftung Nationsuniversität mittels Gesetz zwischen der deutsch-evangelischen und rumänisch-orthodoxen Kirche in Siebenbürgen aufgeteilt. Gelegentlich dieser Regelung erschien von rumänischer Seite eine Studie, die nachweisen sollte, wie unbegründet und anmaßend der sächsische Anspruch auf die Kulturstiftung Nationsuniversität gewesen sei[115]. Eine entsprechende historisch objektive Antwort hat Friedrich Müller-Langenthal[116] erteilt.

Anfang des 15. Jahrhunderts beginnen die Türkeneinfälle nach Siebenbürgen. Die ersten Einfälle hat quellenkritisch Gustav Gündisch[117] zuletzt behandelt. Mit den Türkeneinfällen fällt in Siebenbürgen die Reformation zusammen. Dazu kommt, daß nach der Schlacht von Mohács und dem dadurch verursachten Untergang des Königreiches Ungarn Siebenbürgen ein selbständiges Fürstentum wird, das durch zwei Jahrhunderte in der türkischen Machtsphäre ver-

---

Derselbe, Die Grafen des Mediascher Provinzialverbandes. In: Archiv d. Ver. Bd. 34, 1907. Derselbe, Die Grafen des Kronstädter Distrikts. In: Archiv d. Verw., Bd. 42, 1924. Derselbe, Die sächsische Nationsuniversität. In: Archiv d. Ver., Bd. 44, 1928.

[107] Josif Schiopul, Diploma Andreiană din 1224 și alte diplome falșe sau falș interpretate (Der andreanische Freibrief v. 1224 und andere falsche oder falsch ausgelegte Urkunden). Klausenburg 1934.

[108] Georg Müller, Ist das Andreanum von 1224 eine Fälschung? In: Siebb. Vjschr. 1935, S. 112 bis 131.

[109] Sacerdoțeanu Aurel, Andreanum și alte acte (Das Andreanum und andere Urkunden). Tara Barsei 1936.

[110] Franz Michaelis, Deutschsiebenbürgische Geschichtsfragen im Spiegel der „Dacia Istorică", SV. 1938, S. 260—262.

[111] Georg Eduard Müller, Die mittelalterlichen Verfassungs- und Rechtseinrichtungen der Rumänen des ehemaligen Ungarn. Hermannstadt 1938, 47 S., bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat. Bd. 7, 1936—1938. S. 727.

[112] Al. Dobosi, Datul Oilor (quinquagesima vium). Un capitol din istoria economica a Românilor din Transilvania (Die Schafsteuer. Ein Kapitel aus der Wirtschaftsgeschichte der Rumänen in Siebenbürgen). Bukarest, Imdr. Nat. 1937, 96 S.

[113] Jon Moga, Marginea. Ducatul Amlașului și scaunul Săliștei („Die Grenze", Herzogtum Hamlesch und Stuhl Säliste). SA. Festschrift Lupaș, Bukarest, Impr. Nat, 1942.

[114] Hans Connerth, Die Stuhlsverfassung im Szeklerlande und auf dem Königsboden bis zum Ende des 15. Jhs. Beilage zum Hermannstädter Gymnasialprogramm 1905/06, 51 S.

[115] Joan Fruma, Problema Universității Săsești și a instituției celor sapte Juzi (Das Problem der sächsischen Universität und der Sieben Richter). Hermannstadt, „Cartea Românească", 1935, 110 S.

[116] Friedrich Müller-Langenthal, Die geschichtl. Rechtsgrundlagen der „Sächs. Nationsuniversität" in Siebb. und ihres Vermögens. München 1938, Auszug aus „Südostdeutsche Forschungen", Jg. 2, 1937.

[117] Gustav Gündisch, Die Türkeneinfälle in Siebenbürgen bis zur Mitte des 15. Jh. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Berlin, Jg. 2, 1938.

bleibt. Mit den Kämpfen um die Entstehung des selbständigen Siebenbürgen befaßt sich in eingehender Weise Roderich Gooß[118]. Das Leben des ersten siebenbürgischen Fürsten Johann Sigismund Zápolyai behandelt Koloman Szentmártoni[119]. Über die Verfassung Siebenbürgens mit seinen drei bevorrechteten Nationen und vier rezipierten Kirchen befaßt sich Nikolaus Erdes[120]. Dem größten Fürsten des 16. Jahrhunderts, Stephan Barthory, der zugleich König von Polen war, hat die ungarische Akademie in Zusammenarbeit mit der polnischen eine Monographie[121] gewidmet.

Ein bedeutender Vertreter des Humanismus in Siebenbürgen ist der Bischofsvikar von Weißenburg, Adrian Wolphard, gewesen. Sein Bild hat Johanna v. Ernußt[122] zuletzt klargelegt. Grundlegend für die siebenbürgische Geschichte im Zeitalter der Reformation ist noch immer das Werk von Johannes Höchsmann[123]. Im Mittelpunkt der Reformation bei den Siebenbürger Sachsen steht Johannes Honter. Schon lange ist eine Monographie über diese historische Erscheinung notwendig. Doch erschien erst 1935 ein Werk von Karl Kurt Klein[124] über ihn, das uns, auch ohne eine darstellende Monographie zu sein, in der Honterrusforschung ein gutes Stück vorwärtsbringt. Als zusammenfassende Darstellung über Honter und seine Bedeutung ist am wichtigsten der Vortrag Friedrich Müller-Langenthals über ihn[125].

Unter den vielen Angriffen der Rumänen auf die Geschichte der Siebenbürger Sachsen aus nationalistischem Grunde sei an dieser Stelle auf die Stellungnahme Jon Lupaş[126] über die Geschichte Hermannstadts als Zentrum des rumänischen Lebens in Siebenbürgen verwiesen. Abgesehen von der Antwort, die ihm Friedrich Müller-Langenthal[127] erteilt hat, steht in letzter Zeit das deutsche Städtewesen in Siebenbürgen überhaupt zur Untersuchung. Weiten Raum hat Georg Müller[128] der verfassungsrechtlichen Stellung der siebenbürgisch-deutschen Städte in seinem letzten großen Werk über die Rechtsgeschichte der Deutschen in Siebenbürgen gewidmet. Über die Entdeutschung Klausenburgs hat Grete Lang[129] eine eigene Monographie vorgelegt.

*

---

[118] Roderich Gooß, Die Siebenbürger Sachsen in der Planung deutscher Südostpolitik. = Volkstum im Südosten, hrsg. v. Otto Brunner. Wien, Adolf Luser, 1940, 443 S.

[119] Kálmán Szentmártoni, János Zsigmond erdély fejadelem élet-és jellenrajza (Das Leben und der Charakter des siebenbürgischen Fürsten Johann Sigismund). Szekély-Kereſtur 1934, 357 S.

[120] Miklos Erdes, Erdélyi három nemzete és nágy vallása autonomiájának története (Die Geschichte der Autonomie der 3 Nationen und 4 Kirchen in Siebenbürgen). Budapest 1935.

[121] Etienne Barthory, Roi de Pologne, Prince de France, hrsg. ung. u. poln. Akademie. Krakau 1935.

[122] Johanna v. Ernußt, Adrianus Wolphardus. In: Értekezések a magyarországi latinság köreböl (Mitt. über d. Latinität v. Ungarn), 1939, 73 S.

[123] Johann Höchsmann, Siebenbürgische Geschichte im Zeitalter der Reformation. In: Archiv d. Verein. f. siebenbürgische Landeskunde. Hermannstadt 1900 (?), 35, S. 336—384, 414—522, 36, S. 5—239.

[124] Karl Kurt Klein, Der Humanist und Reformator Johannes Honter. = Schriften der Deutschen Akademie München. Hermannstadt 1935.

[125] Friedrich Müller-Langenthal, Vortrag über Johannes Honterus. In: Schule und Leben, Jg. 1933/34, Heft 2 u. 3.

[126] J. Lupaş, Sibiu ca centru al vieţii româneşti din Ardeal (Hermannstadt als Zentrum des rumän. Lebens in Siebenbürgen). In: An. Inst. de Ist. Nat. Bd. V, 1928—1930, S. 35—63.

[127] Friedrich Müller-Langenthal, Jon Lupaş, Pressepolemik über die Geschichte der Stadt Hermannstadt. In: Siebb.-dtsch. Tageblatt Nr. 18526 v. 16. Jan. 1936 und Universul, Jg. 52, Nr. 42 v. 12. Febr. 1936.

[128] S. Anm. 179.

[129] Grete Lang, Die Nationalitätenkämpfe in Klausenburg im ausgehenden Mittelalter. Die Entdeutschung einer mittelalterlich-deutschen Stadt des Südostens. Veröffentlichungen des Südostinstitutes München, 23. München, Max Schick, 1941, 73 S.

Gehen wir zu der rumänischen Geschichte in der Neuzeit über; Stephan Bezdechi[130] und Jon Lupaș[131] behandeln den Erzbischof von Gran, Nikolaus Olachus, der rumänischer Herkunft ist, in zwei Studien und nehmen ihn ganz für das Rumänentum in Anspruch. Themen aus der rumänischen Kirchengeschichte behandeln auch Stephan Lupșa[132], der die Beziehungen der Siebenbürger Rumänen zum Katholizismus bis in das 16. Jahrhundert untersucht, und Lucian Predescu[133], der Diacon-Coresi, dem Verfertiger der ersten rumänischen Bücher in Kronstadt, eine Studie widmet. Auf der anderen Seite stehen die Bemühungen der Madjaren, ihren Einfluß auf die Kirche der Rumänen im Reformationszeitalter aufzuzeigen. Zur Frage haben Stephan Juhász[134] und Emerich Révész[135] Stellung genommen. — Die leuchtendste Gestalt der rumänischen Geschichte in der Neuzeit ist der Woiwode Michael der Tapfere, der um das Jahr 1600 eine Vereinigung der Fürstentümer Moldau, Walachei und Siebenbürgen vorübergehend hergestellt hat. Um dieser Tat willen verherrlichen die Rumänen in ihm den ersten Vereiniger. So sind ihm neben den beiden Biographien von N. Jorga[136] und P. Panaitescu[137] auch einzelne Teiluntersuchungen aus der Zeit seiner Herrschaft in Siebenbürgen gewidmet. J. Crăciun[138] behandelt die siebenbürgischen Landtage unter seiner Herrschaft und S. Dragomir[139] das Grabmal des Wojwoden in der Kathedrale von Weißenburg.

Im 17. Jahrhundert kam dem siebenbürgischen Fürstentum als einem Verbündeten der protestantischen Mächte gegen das katholische Habsburg machtpolitische Bedeutung zu. Doch sahen die siebenbürgischen Fürsten dieser Zeit ihre Aufgabe nicht in dem Religionskampf gegen Habsburg, sondern in dem Versuch, das Fürstentum Siebenbürgen zu einem Kristallisationspunkt eines neuen ungarischen Staates werden zu lassen. Gestützt auf die Biographie des Fürsten Gábor Bethlen von Julius Szekfü[140], behandelt Maja Depner[141] in einer trefflichen Arbeit über das Fürstentum Siebenbürgen dessen Funktion im 17. Jahrhundert gegen Habsburg. Dem Fürsten Gábor Bethlen ist auch eine Biographie Alexander Makkais[142] gewidmet. Rezső Lovas[143] beschäftigt sich in einer Studie mit der Auseinandersetzung zwischen den Sachsen und dem Fürsten Gabriel Bathory.

Im Jahre 1699 ging Siebenbürgen aus der Macht der Türken in die Hand der Habsburger über. Damit treten große Wandlungen in dem Lande ein. Die Dynastie versuchte das

[131] J. Lupaș, Doi umaniști români în sec. al XVI-lea (Zwei rumän. Humanisten im 16. Jh.). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. IV, 1926/27, S. 337—364.

[132] Stefan Lupșa, Catolicismul și Românii din Ardeal și Ungaria până la anul 1556 (Der Katholizismus und die Rumänen in Siebenbürgen und Ungarn bis z. Jahre 1556). Czernowitz 1929.

[133] Lucian Predescu, Diaconul Coresi. Bukarest 1933.

[130] Stefan Bezdechi, Nicolae Olahus, Primul umanist de origine română (Nikolaus Olachus. Der erste Humanist rumän. Abstammung). Gorj 1939, 123 S.

[134] Stefan Juhász, A reformácio az erdélyi románok között (Die Reformation bei den siebb. Rumänen). Klausenburg 1940.

[135] Imre Révész, A reformácio az erdély oláhok között (Die Reformation bei den siebb. Rumänen). Debrezin 1938.

[136] N. Jorga, Istoria lui Mihai Viteazul (Die Geschichte Michaels des Tapferen). Bukarest, Druckerei des Ministeriums f. Nationale Verteidigung, 1935, 1. Be., 301 S., 2. Bd., 227 S.

[137] P. Panaitescu, Mihai Viteazul (Michael d. Tapfere). Bukarest, Fund. Regele Carol I., 1936, 269 S.

[138] Ioan Crăciun, Dietele Transilvaniei ținute sub domnia lui Mihai Viteazul (Die siebb. Landtagsversammlungen während der Herrschaft Michaels d. Tapf.). In: An. Inst. de Ist. Nat. VII, 1936—1938, S. 620—640.

[139] Silviu Dragomir, Mormântul lui Mihai Viteazul și vechea Catedrală dela Alba Iulia (Das Grabmal Michaels d. Tapf. und die alte Kathedrale von Karlsburg). In: Acad. Rom. Mem. Sect. Ist., Serie III, XXI, 1939, S. 483—498.

[140] Gyula Szekfű, Gábor Bethlen, Budapest 1929.

[141] Maja Depner, Das Fürstentum Siebenbürgen im Kampf gegen Habsburg. Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen, Bd. 4. Stuttgart, W. Kohlhammer, 1938, XV, 331 S.

[142] Sándor Makkai, Ergyedül. Bethlen Gábor lelki arcza (Allein. Seelisches Porträt Gabriel Bethlens). Klausenburg 1929.

[143] Rezső Lovas, Báthory Gábor és a Szászok (Gabriel Báthory und die Sachsen). Veröffentlichungen des hist. Semin. d. Debrecziner Stephan-Tisza-Universität 8. Debrezin 1940, 53 S.

Los der hörigen Rumänen zu heben. Eine Darstellung der rumänischen Frage in Siebenbürgen im 18. Jahrhundert gibt Andreas Toth[144]. Sein Landsmann Ladislaus Gáldi[145] weist in einer Studie darauf hin, welchen Einfluß der ungarische Humanismus auf das Denken der Rumänen gehabt habe. Durch die kirchliche Union sind viele siebenbürgische Rumänen dem katholisch westlichen Kulturkreis erschlossen worden. Auf dem Weg über Budapest, Wien und Rom wurden sie auf ihre römische Abkunft aufmerksam. Nun nehmen die Ungarn das Verdienst für sich in Anspruch, den erwachenden Rumänen das erste geistige Rüstzeug in dem Kampfe für deren politische Erhebung geliefert zu haben. Die Geschichte der kirchlichen Union behandelt in einem zweibändigen Werk, als Befreiung der Rumänen auf kirchlichem Gebiet gesehen, S. Dragomir[146]. Zu dieser Frage bedarf es einer weiteren Erforschung auf Grund der Wiener Archive. Wie fruchtbar eine solche Arbeit wäre, zeigt die Bekanntmachung einzelner Urkunden durch Helmuth Klima[147].

Mit der siebenbürgischen Wirtschaftsgeschichte befaßt sich J. Moga[147a] in rumänischer und französischer Sprache. Ebenso wichtig wie die Kirchen-Union war für die Rumänen in Siebenbürgen auch die Einrichtung der Militärgrenze durch die Habsburger. Im Tale von Rodna in Nordost-Siebenbürgen wurde ein rumänisches Militärgrenzgebiet geschaffen. Virgil Sotropa[148] hat seine Zeitschrift „Archiva Someşeană“[149] (Samoscher Archiv) und viele eigene Artikel der Erforschung der Geschichte des Grenzregimentes der Naßo gewidmet. J. Martian[150] beschreibt die Errichtung des Regimentes, Stephan Manciulea[151] behandelt die rumänischen Grenzregimenter in Siebenbürgen und im Banat und ihr Verhalten im Jahre 1840. A. Marchescu[152] beschreibt 1941 die Vermögensgemeinschaft des 1856 aufgelösten Banater rumänischen Grenzregimentes.

Eingehend hat sich die neueste rumänische Geschichtsschreibung mit dem siebenbürgischen Bauernaufstand von 1784 befaßt. Es liegen zu dieser Frage Arbeiten von Jon Lupaş[153], D. Prodan[154], Miron Constantinescu[155] und Virgil Şotropa[156] vor. Der Aufstandsführer

[144] Andreas Toth, Az erdély román kérdés a 18-században (la question roumaine de Transylvanie au 18-e siècle). Budapest, Studium 1938.

[145] Ladislao Gáldi, L'Influsso dell' Umanésimo unghurese sul pensiero rumeno. Budapest, Athenaeum 1940.

[146] Silviu Dragomir, Istoria desrobirii religioase a Românilor din Ardeal in sec. XVIII. (Die Geschichte der religiösen Befreiung der siebb. Rumänen im 18. Jh.), Bd. 2. Hermannstadt 1930.

[147] Helmuth Klima, Die Union des siebb. Rumänentums und der Wiener Staatsrat im theresianischen Zeitalter. In: Südostdeutsche Forschungen. München, Jg. 6, 1941, S. 249—256.

[147a] J. Moga, Politica economică austriacă şi comerţul Transilvaniei în veacul XVIII (Die österr. Wirtschaftspolitik u. d. Handel in Siebb. im 18. Jh.). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 7, 1936—1938, S. 86—165. — L'orientation économique de la Transylvanie. In: Rev. de Transylvanie, 1940, Nr. 1, S. 73—106.

[148] Virgil Şotropa, Zavera din 1821 şi regimentul năsăudean (Die Empörung v. 1821 u. d. Naszoder Regiment). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. IV, 1926/27, S. 135—146. — Revolutia districtului nasaudean 1755—1762. In: Arhiva Someseana, Nr. 22, 1937, S. 1—177, Nr. 23, 1938, S. 261—444.

[149] S. Anm. 50.

[150] J. Martian, Ţara Năsăudului înainte de instituirea regimentului de grăniceri (Das Nösnerland vor Errichtung d. Grenzregimentes). Nasaud, Tip. Cultura, 1933, 48 S., 2 K.

[151] Stefan Manciulea, Regimente grănicereşti din Ardeal şi Banat la 1840 (Grenzer Regiment aus Siebo. u. Banat i. J. 1840). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. V, 1928—1930, S. 431—447.

[152] Antoniu Marchescu, Grănicerii banaţeni si comunitatea de avere (Die Banater Grenzer und ihre Vermögensgemeinschaft). Karansebesch, Diözesandruckerei 1941.

[153] Jon Lupaş, Răscoala tăranilor în Transilvania 1784 (Der Bauernaufstand in Siebenbürgen 1784). Biblioteca Istorica Astra. Klausenburg 1934.

[154] D. Prodan, Răscoala lui Horia in comitatele Cluj si Bihor (Der Aufstand Horias in den Komitaten Klausenburg und Bihor). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 7, 1936—1938, S. 223—411.

[155] Miron Constantinescu, Cauzele răscoalei lui Horia. Incercare de sociologie istorică (Die Ursachen des Aufstandes Horias. Der Versuch einer geschichtlichen Soziologie). Bukarest, Biblioteca economică, 1940, 47 S.

[156] Virgil Şotropa, Contribuţii la istoria revoluţiei lui Horia (Beiträge zur Geschichte der Revolution Horias). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 7, 1928—1930, S. 159—174.

Horia berief sich bei der Aufwiegelung seiner Bauern auf die humanitäre Politik Kaiser Josephs II., dessen Beziehungen zum Aufstand ebenfalls Jon Lupaș[157] behandelt. Die Gestalt des Kaisers ist überhaupt von großer Bedeutung, weswegen das Klausenburger Jahrbuch für nationale Geschichte der neuesten Monographie des Kaisers von Ernst Benedikt[158] eine ausführliche Besprechung widmet.

Für das 19. Jahrhundert ist die Veröffentlichung der Schriften Stephan Ludwig Roths in 8 Bänden von Otto Folberth[159] schon erwähnt worden. Dieser befaßt sich in einem Vortrag mit den Beziehungen Stephan Ludwig Roths zu dem rumänischen Volke[160]. Weitgehendes Interesse haben auch die Ereignisse der Jahre 1848/49 gefunden. Kleinere Arbeiten darüber haben J. Lupaș[161], J. Gyalokay[162], Alexander Marcu[163], S. Dragomir[164], Ernest Armeanca[165] und R. Rosetti[166] beigetragen. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich mußten sich die Rumänen des heftigen Angriffs des madjarischen Staatsvolkes auf ihr Volkstum erwehren. Ihren Vorkämpfern aus dieser Zeit haben G. Bogdan-Duica[167], Coriolan Suicu[168], J. Georgescu[169], J. Lupaș[170] Darstellungen gewidmet. Jon Lupaș[171] beschäftigt sich 1926 mit der rumänischen Journalistik in Siebenbürgen im 19. Jahrhundert.

Das Zeitalter des Absolutismus in Ungarn von 1849—1865 wird von Albert Berzeviczy[172] dargestellt; über den Landtag in Hermannstadt von 1863/64 handelt Nikolaus Mester[173]. Auf die Werbung durch das rumänische Altreich bei den siebenbürgischen Rumänen vom Ende

---

157 Jon Lupaș, Impărătul Iosif II și răscoala țăranilor din Transilvania (Kaiser Joseph II. und der Bauernaufstand in Siebb.). In: Analele Academiei Române, 1915.

158 Ernst Benedikt, Kaiser Joseph II. (1741—1790). Mit Benutzung ungedruckter Quellen. Wien, Gerold, 1936, bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 7, 1936—1938, S. 7.

159 Otto Folberth, Stefan Ludwig Roth si raporturile lui cu Românii (Stefan Ludwig Roth und seine Beziehungen zu den Rumänen). Bukarest, Süd-Osteuropäisches Inst., 1939, 18 S.

160 S. Anm. 10.

161 J. Lupaș, Traugott Binder despre mișcările revoluționare din Ardeal 1848 (Traugott Binder über die revol. Bewegungen in Siebenbürgen von 1848). In: An. Inst. d. Ist. Nat., Bd. V, 1928 bis 1903, S. 478—483.

162 J. Gyalokay, Az erdélyi hadjarat (Der siebenbürgische Feldzug) 1849. Budapest 1938, 167 S.

163 Alexander Marcu, O legiune italiană în Transilvania (1849) (Eine ital. Legion in Siebenbürgen, 1849). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 6, 1931—1935, S. 421—442.

164 S. Dragomir, Avram Jancu. Klausenburg 1924. — Derselbe, Ioan Buteanu, prefectul Zarandrului în anii 1848/49 (Joan Buteanu, Präfekt d. Sarandergebietes in den Jahren 1848/49). Bukarest 1928, bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. V, 1928—1930, 600—601.

165 Ernest Armeanca, Insemnările unui tribun din 1848/49 (Aufzeichnungen eines Volksredners von 1848/49). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 6, 1931—1935, S. 514—520. Klausenburg, Cartea Românească, 1936, VI, 843 S.

166 R. Rosetti, Un episod din anii 1848/49 în Transilvania. Apărarea Munților Apuseni în primăvara și vara anului 1849 (Eine Begebenheit aus den Jahren 1848/49 in Siebenbürgen. Die Verteidigung der westsiebb. Gebirge im Frühjahr u. Sommer 1849). In: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. IV, 1926/27, S. 81—126.

167 G. Bogdan-Duica, Viața și ideile lui Simeon Bărnuțiu (Leben und Ideen des Simeon Bărnuțiu). Bukarest 1942.

168 Coriolan Suicu, Corespondența lui Ioan Maniu cu Simion Bărnuțiu 1851—1864 (Die Korrespondenz J. Manius mit Simion Bărnuțiu 1851—1864). Blaj-Blasendorf 1929, bespr. in: An.: Inst. de Ist. Nat., Bd. 6, 1931—1935, S. 614/15.

169 J. Georgescu, Dr. Jon Rațiu. Hermannstadt 1928. Derselbe, George Pop de Băsești. 1925.

170 Jon Lupaș, Mitropolitul Andrei Șaguna (Metropolit A.Ș.). Hermannstadt, 1. Aufl., 1909, Anm.: prämiiert v. d. Rumän. Akademie.

171 Jon Lupaș, Contribuțiuni la istoria ziariștilor români ardeleni (Beiträge zur Geschichte der rumän. siebb. Schriftleiter). Hermannstadt 1926.

172 Albert Berzeviczy, Az abszolutiszmus kora Magyarországon 1849—1865 (Die Epoche des Absolutismus in Ungarn 1849—1865), Bd. I, 1922 u. Bd. 2, 1925. Budapest, Franklin, bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 5, 1928—1930, S. 589—591.

173 Miklos Mester, Az autonom Erdély és a román nemzetiségikövetelesek az 1863/64 évi Nagyszebeni országgyülésen (Das selbständige Siebenbürgen und die nationalen Ansprüche der Rumänen auf dem Landtag von Hermannstadt von 1863/64). Budapest 1936, 285 S.

des vorigen Jahrhunderts geht Nora Polonyi ein[174]. In derselben Zeit mußte das Deutschtum ebenfalls mit dem madjarischen Staatsvolk kämpfen. Seine politischen Bestrebungen der Zeit hat Isolde Schmidt[175] in ihren Beiträgen zur Geschichte des südostdeutschen Parteiwesens mitberücksichtigt. Ein wichtiger Beitrag zu ihrer Geistesgeschichte ist die Untersuchung von Karl Kurt Klein[176] über die deutsche Dichtung in Siebenbürgen.

*

An dieser Stelle muß die Besprechung einzelner Werke, die jeweils die Geschichte eines Volkes in Siebenbürgen im Laufe eines längeren Zeitabschnittes betreffen, nachgeholt werden. Über den Handel der Siebenbürger Sachsen hat Otto Fritz Jickeli[177] eine anschauliche Monographie geschrieben. Albert Arz von Straußenburg[178] schenkte uns eine Arbeit über die historischen Wappen der ehemaligen sächsischen Gebietskörperschaften. Der Rechtshistoriker Georg Müller[179] hat in seiner neuesten Arbeit über die Stühle und Distrikte der sächsischen Nationsuniversität sein Lebenswerk, das in vielen einzelnen Studien enthalten ist, noch einmal zusammengefaßt. Besondere Erwähnung verdient auch seine Verwaltungskarte[180] von Siebenbürgen, in die er später auch die kolonisationsrechtlichen Gesichtspunkte nachgetragen hat. Nicht geringere Bedeutung hat der von Julius Bielz[181] zusammengestellte Porträtkatalog der Siebenbürger Sachsen. Eine neue Arbeit hat Walter Horvath[182] den Siebenbürger Kirchenburgen gewidmet, in der er die Beziehungen zu den nordischen Burgen aufzeigt. Erwähnung verdient auch das Heftchen der Blauen Bücher „Siebenbürgen und seine Wehrbauten“[183], in dem Hermann Phleps über die Baugeschichte der Burgen berichtet. Von kulturhistorischem Interesse ist die Untersuchung Richard Schullers[184] über die Stellung des evangelisch-sächsischen Pfarrers. Weitgehende Berücksichtigung findet das Schrifttum der Siebenbürger Sachsen in der Literaturgeschichte des Deutschtums im Ausland von Karl Kurt Klein[185]. Hermann Tontsch[186] hat zum 400jährigen Bestehen der seinerzeit von Johannes Honterus gegründeten Druckerei in Kronstadt eine Festschrift herausgebracht. In einer Dissertation versucht Antonia Wolpert[187]

---

[174] Nora Polonyi, A „Liga Culturala“ és az erdély román nemzetiségi törekvések (Die „Liga Culturala“ und die völkischen Bestrebungen der Rumänen). Budapest 1939.

[175] Isolde Schmidt, Beiträge zur Geschichte des südostdeutschen Parteiwesens 1848 bis 1914. Veröffentlichungen des Südostinstituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München. Nr. 17 u. 19. München, Verlag Max Schick, 1939, IV, 149 S.

[176] Karl Kurt Klein, Die dtsch. Dichtung in Siebenbürgen im Ausgang des 19. u. 20. Jh. Schriften d. Inst. f. d. Grenz- u. Auslanddtscht. an der Universität Marburg, 3. Jena, Gustav Fischer, 1925, 178 S.

[177] Otto Fritz Jickeli, Der Handel d. Siebenbürger Sachsen in seiner gesch. Entwicklung. 39.

[178] Albert Arz v. Straußenburg, Die hist. Wappen d. ehemal. siebenb.-sächs. Gebietskörperschaften. Arch. d. Vereins f. siebenb. Landeskunde, Bd. 49. Hermannstadt 1938.

[179] E. Georg Müller, Stühle und Distrikte als Unterteilungen der siebenb. deutschen Nationsuniversität 1141—1876. Schriftenreihe der Deutschen Volksgruppe in Rumänien. Hermannstadt, Krafft & Drottleff, 1941, 402 S.

[180] Derselbe, Siebenb. Stühle, Distrikte und Komitate vor 1848. Maßstab 1 : 3000000. Wien, Militärgeogr. Inst. 1914, mit Nachträgen von 1916 u. 1922.

[181] Julius Bielz, Porträtkatalog der Siebenbürger Sachsen. Hermannstadt 1936, 100 S. Archiv d. Vereins für siebenb. Landeskunde, Bd. 49.

[182] Walter Horvath, Siebenbürgisch-sächsische Kirchenburgen. Hermannstadt, 2. Auflage, 1940.

[183] Hermann Phleps, Siebenbürgen und seine Wehrbauten. „Die Blauen Bücher“. Leipzig, Langewiesche 1941.

[184] Richard Schuller, Der evang. sächs. Pfarrer in seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung. 1930.

[185] Karl Kurt Klein, Literaturgeschichte des Deutschtums im Ausland. Schrifttum und Geistesleben der deutschen Volksgruppen im Ausland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Leipzig 1939, XIV, 475 S.

[186] Hermann Tontsch, Die Honteruspresse in 400 Jahren. Festschrift der Buchdruckerei Johannes Götts Sohn. Kronstadt, 1933, 113 S., bespr. in An. Inst. de Ist. Nat, Bd. 6, 1931—1935, S. 605 bis 609.

[187] Antonia Wolpert, Das siebenbürgisch-sächsische Volk im Spiegel seines heimatlichen Schrifttums. Deutsche Forschung, Abt. Volkslehre u. Gesellschaftskunde, 14. Berlin, Junker & Dünnhaupt 1940, 64 S.

das Bild des siebenbürgisch-sächsischen Volkes auf Grund seines Schrifttums zu zeichnen. 1926 ist eine Volkskunde der Siebenbürger Sachsen von Adolf Schullerus[188] erschienen. Mit der Frage des Unterganges ursprünglich deutscher Siedlungen und der Selbstbehauptung des Deutschtums in Siebenbürgen befaßt sich 1931 Heinrich Siegmund[189]. Alfred Csallner[190] faßt in einer Broschüre die Ergebnisse der volksbiologischen Forschung bei den Siebenbürger Sachsen zusammen und behandelt deren Auswirkung auf das Leben dieser deutschen Volksgruppe.

Mit dem madjarischen Zeitungswesen Siebenbürgens bis zum Ausgleich befaßt sich György Kristof[191]. 1937 ist von madjarischer Seite von K. Sulica[192] eine Arbeit über den madjarischen Einfluß auf die rumänische Kunst und Wissenschaft vorgelegt worden. Professor J. Lupas[193] hat begonnen, seine vielen Studien, Vorträge und wissenschaftlichen Mitteilungen gesammelt herauszugeben. Mit der Kunst der Siebenbürger Rumänen befaßt sich Coriolan Petranu[194] in vielen Einzelarbeiten. Die wirtschaftliche Bedeutung der wandernden rumänischen Kaufleute aus Siebenbürgen unterstreicht J. Haseganu[195]. Die Kirchengeschichte der Rumänen im Erzgebirge hat neuerlich Stefan Lupaș[195a] dargestellt.

Der volkspolitische Kampf um Siebenbürgen wird nie zur Ruhe kommen. Als schlagendster Beweis wird oft die bevölkerungspolitische Lage von heute herangezogen. In diesem Sinne zeichnet Sabin Manuilă[196] 1938 das bevölkerungspolitische Gesicht Siebenbürgens auf Grund der Zählergebnisse der allgemeinen rumänischen Volkszählung von 1930; in einer anderen Studie geht er auf die bevölkerungspolitische Entwicklung der Städte und Volksgruppen in Siebenbürgen ein[197]. Das völkische Gesicht Siebenbürgens beschreibt Silviu Dragomir[198]. In einem großen Sammelband versucht die rumänische Akademie in Zusammenarbeit mit dem Klausenburger Institut für nationale Geschichte die rumänischen Belange in Siebenbürgen in einer für die Rumänen vorteilhaften Art in französischer Sprache zur Darstellung zu

---

[188] Adolf Schullerus, Siebenbürgisch-sächsische Volkskunde. Leipzig, Quelle & Meyer, 1926, 179 S.

[189] Heinrich Siegmund, Deutschen-Dämmerung in Siebenbürgen. Hermannstadt, Honterus 1931, 239 S.

[190] Alfred Csallner, Die volksbiologische Forschung unter den Siebenbürger Sachsen und ihre Auswirkung auf das Leben dieser Volksgruppe. Schriften zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien, Bd. 4. Leipzig, Hirzel 1940, SA., 11 S. aus: Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung, Jg. 2, 1938 u. Jg. 3, 1939.

[191] György Kristof, Az erdélyi magyar vidéki hirlapirodalom története a kiegyezésig (Geschichte der siebenb. madjar. Provinzjournalistik bis zum Ausgleich). Erdélyi Tudomanyos Füzetek, 109. Klausenburg, Erdélyi Muzéum-Egyesület 1939, 29 S.

[192] K. Sulica, A magyar irodalom és müvelödes hatésa a román irodalom és müvelödésére (Der Einfluß der madjar. Literatur und Kunst auf die rumän. Literatur und Kunst). Szegedin 1937.

[193] J. Lupaș, Studii, Conferințe și comunicări istorice (Geschichtliche Studien, Vorträge u. Mitteilungen), Bd. 2. Klausenburg 1940, 305 S.

[194] Coriolan Petranu, Die Kunstdenkmäler der Siebenbürger Rumänen im Lichte der bisherigen Forschung. In: Mélanges d'histoire géneral, Inst. de Ist. univ. al Universität II din Cluj, 1928, bespr. in: An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 5, 1928—1930, S. 698/99. Derselbe, L'art roumain de Transylvanie, Bd. I. Text-Auszug aus dem Gesamtwerk „La Transylvanie". Monitorul oficial și imprimeriile statului. Imprimeria națională. 98 S., bespr. in Jahrb. f. Gesch. Osteuropas, Jg. 5, 1940, S. 249—251.

[195] J. Haseganu, Mărginenii în viața economică a Transilvaniei și a Vechiului Regat. 1942?

[195a] Stefan Lupaș, Istoria bisericească a Românilor bihorani (Kirchengeschichte der Bihorer Rumänen). Bd. 1 bis 1829. Großwardein 1935, bespr. in An. Inst. de Ist. Nat., Bd. 6, 1931—1935, S. 615—618.

[196] Sabin Manuilă, Aspects démographiques de la Transylvanie. Bukarest 1938, 97 S.

[197] Sabin Manuilă, Evolutia demografică a orașelor și minorităților etnice din Ardeal (Die demographische Entwicklung der Städte und Minderheiten in Siebenbürgen). In: Arhiva pentru Știință si Reformă Socială, Jg. VIII, 1929, Nr. 1—3, S. 91—211.

[198] Silviu Dragomir, La Transylvanie Roumaine et ses Minorités Ethniques. Bukarest 1934, 281 S.

bringen[199]. Dieselbe Stellung kommt auf ungarischer Seite dem Prachtband der ungarisch-historischen Gesellschaft „Siebenbürgen“[200] zu, in dem die bedeutendsten ungarischen Wissenschaftler von heute mit je einem Artikel über eine Einzelfrage aus Siebenbürgen zur Sprache kommen. Weiter sei noch das Buch von E. Sassu, Rumänen und Ungarn[201], und die Gegenüberstellung der beiden Männer Tisza und Maniu durch E. Tăsläuanu[202] erwähnt und im übrigen auf die Zusammenstellung des Kampfschrifttums über Siebenbürgen von der rumänischen und ungarischen Seite durch Georg Stadtmüller[203] verwiesen.

Eine wertvolle Reisebeschreibung hat Helene Voigt-Diederichs[204] Siebenbürgen gewidmet. Trefflich gelangt die ganze Problematik Siebenbürgens in dem Siebenbürgen-Bändchen von Andreas Matthiae[205] zur Darstellung, in der er den Rumänen, Madjaren und Sachsen gerecht zu werden sucht.

---

[199] La Transylvanie. Ouvrage publié par l'Institut d'Histoire Nationale de Cluj. Académie Roumaine, Connaissance de la Terre et de la Pensée Roumaine, II. Bukarest, 1938, 856 S.

[200] Siebenbürgen, hrsg. v. Ungarische Hist. Gesellsch. Budapest 1940.

[201] E. Sassu, Rumänen und Ungarn. Geschichtliche Voraussetzungen ihrer Beziehungen. Bukarest, Cugetarea, 1940, 193 S.

[202] E. Octavian Tăsläuanu, Lupta între două neamuri. Politica lui St. Tisza şi politica lui I. Maniu. O Paralelă istorică (Der Kampf zwischen zwei Völkern. Die Politik St. Tiszas und J. Manius. Eine historische Parallele). In: Conv. Literare, LXXVI, 1940, S. 981—1005.

[203] Georg Stadtmüller, Völkische Gegenwartsfragen im Spiegel der rumänischen und ungarischen Thesen. In: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, Bd. 6, 1942, S. 214—216.

[204] Helene Voigt-Diederichs, Gast in Siebenbürgen. Jena, Diederichs Verlag 1936, 2. Auflage, 114 S. bespr. in: Ungarische Jahrbücher. Berlin, Bd. 20, 1940, S. 365.

[205] Andreas Matthiae, Siebenbürgen. Reihe Südost, 1. Folge, Nr. 18. Wien-Leipzig, Adolf Luser-Verlag 1939, 75 S.

Zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte des Bistums Lebus

Nicht eine Gesamtdarstellung der Bistumsgeschichte, sondern gediegene und sauber gearbeitete Einzeluntersuchungen über das Bistum Lebus bietet H. Ludat in seinem neuen Buch, dessen Anfänge bis in die Jahre 1935/36 zurückreichen[1]. Angeregt wurden diese Studien durch die Auffindung eines Lebuser Stiftsregisters aus dem 15. Jahrhundert — über deren nähere Umstände uns Ludat leider im Unklaren läßt —, das zuerst bearbeitet wurde und auf Anregung von Prof. Bujak in den Abhandlungen der Lemberger Gelehrten Gesellschaft veröffentlicht werden sollte. Dieser Plan zerschlug sich jedoch. Und so wird diese wertvolle Quelle zur Wirtschafts-, Sozial- und Volkstumsgeschichte der deutsch-slawischen Mischzone im zweiten Teil des Buches zum erstenmal der Wissenschaft allgemein zugänglich gemacht und im ersten Buchteil in mehreren Untersuchungen ausgewertet. Es ist verständlich, daß sich von deutscher Seite im wesentlichen nur die brandenburgische Landesforschung, von polnischer Seite aber die gesamte national ausgerichtete mittelalterliche Staats- und Kirchengeschichte mit der Problematik dieses Oderbistums beschäftigt hat, dessen militärisch-politische Bedeutung eben für den frühmittelalterlichen polnischen Staat ungleich größer als für die Ostausbreitung des deutschen Staats- und Volksraumes zu bewerten war. Ob allerdings „hier an der Oder über mehrere Jahrhunderte hin Deutschtum und Polentum um die Vorherrschaft und zugleich um die zukünftige politische Gestaltung Europas rangen", soll in dieser Formulierung dahingestellt bleiben. Nur so ist eine gewisse Vernachlässigung von deutscher und die intensive Forschungstätigkeit von polnischer Seite zu verstehen. Über das Bistum Lebus im Lichte der bisherigen Forschung unterrichtet das erste Kapitel. Den Thesen T. Wojciechowskis und W. Abrahams ist von deutscher Seite kaum etwas Gleichwertiges entgegengesetzt worden. Maßgebend war immer noch das Werk W. Wohlbrücks. Hier bedeuten nun H. Ludats Untersuchungen einen großen Schritt vorwärts. In der Frage der kolonisatorischen Leistung der Lebuser Bischöfe auf ihren weitverstreuten und zersplitterten Besitzungen bieten sie vom Standpunkt moderner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Erstmaliges. Dort, wo sie zum Hauptproblem, nämlich der Gründung des Bistums, nichts Neues an Quellen und Überlieferungen bieten konnten, unterziehen sie den in Rede stehenden Problemkreis wenigstens „einer kritischen Überprüfung oder völligen Neubearbeitung". Dies stets vom Stiftsregister aus, über das im 2. Kapitel eingehend gehandelt wird. Es ist ein Besitz- und Zehntregister, das „ein geschlossenes Bild von Zustand, Umfang, Größe und Wert der Güter" des ostdeutsch-polnischen Bistums Lebus bietet und die Erschließung der territorialen Abgrenzung und Einteilung der Diözese ermöglicht. Durch die Veröffentlichung des Registers erfährt die polnisch-deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte eine bedeutsame Bereicherung, stammt es doch etwa aus den Jahren 1462—1467 und ist somit das älteste überlieferte Güterverzeichnis des polnischen Forschungsbereiches überhaupt. Es ist in einem „Catastrum ecclesiae Lubucensis" betitelten Sammelband enthalten und liegt im Geh. Staatsarchiv in Berlin-Dahlem. Seine Sprache ist lateinisch. Der Schreiber „war zweifellos ein Deutscher". Es ist eine Abschrift eines Zehntregisters und eines älteren Besitzinventars, „die beide aus dem Jahre 1405 stammen und mit einer Reihe von Nachträgen und Ergänzungen aus den folgenden Jahren versehen sind". Von

[1] Herbert Ludat, Bistum Lebus. Studien zur Gründungsfrage und zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte seiner schlesisch-polnischen Besitzungen. Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar 1942. VIII, 398 S.

wesentlicher Bedeutung für die Bewertung vieler Forschungsergebnisse sind nun die Beziehungen von Długoß' „Liber beneficiorum" aus den 70er Jahren des 15. Jahrhunderts zu diesem Stiftsregister, wozu Ludat wichtige Beiträge liefern kann. Beide Quellen gehen auf eine gemeinsame Quelle, nämlich das Stiftsregister Johanns von Borschnitz aus dem Jahre 1405, zurück. Das umfangreichste und auch inhaltlich zweifellos aufschlußreichste Kapitel III bietet eine Darstellung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Besitzungen des Bistums auf Grund des Stiftsregisters, und zwar jeweils getrennt für den schlesischen, kleinpolnischen und großpolnischen Anteil. Die kleinpolnischen Güter waren am meisten geschlossen und der wertvollste Teil. Aus der Fülle des hier Gebotenen über die Bodennutzungen, die Bevölkerung, ihre Abgaben und Dienstleistungen und die Leistungen an die Kirche sei die Aufmerksamkeit der Leser insbesondere auf die Frage der deutschen und polnischen Bevölkerung gelenkt, stellt doch „das Stiftsregister für die historische Siedlungs- und Volkstumsforschung mit seinem wertvollen Namenmaterial eine erstrangige Quelle dar. Für 30 Ortschaften, über Schlesien, Groß- und Kleinpolen verteilt, sind meist geschlossene Einwohnerverzeichnisse für den Anfang des 15. Jahrhunderts in ihm enthalten". Im Lebuser Güterverzeichnis treten uns die ersten umfangreichen Namenlisten der ländlichen Bevölkerung im polnischen Siedlungsgebiet überhaupt entgegen. Von ihnen aus können Fragen, wie die von völkischer und rechtlicher Kolonisation, Entstehung und Bildung der ältesten östlichen Bauernnamen u. ä., einer Beantwortung nähergebracht werden. Für Schlesien ist leider nur das Namenmaterial zweier Dörfer überliefert. Am vollständigsten sind die kleinpolnischen Besitzungen vertreten. In den Dörfern um Opatów betrug das deutsche Bevölkerungselement bestenfalls 10 v. H.; in den Neugründungen an der polnisch-rotreußischen Grenze dagegen mindestens 75 v. H. „Alle einwandfrei identifizierbaren Herkunftsnamen" dieser Gebiete weisen auf Schlesien, insbesondere Oberschlesien, hin. In den großpolnischen Besitzungen gab es nur vereinzelte deutsche Volkssplitter. Ludat beschließt dieses Kapitel mit einer „Darstellung der Leistung und Wirkung der deutschrechtlichen Siedlung im Bereich der lebusischen Besitzungen". Die Lebuser Bischöfe verfolgten keine Germanisierungsabsichten. Ihre Siedel- und Wirtschaftsmethoden unterschieden sich nicht von denen der anderen polnischen Kirchenfürsten. Im IV. Kapitel, das von der Geschichte des Lebuser Bistumsbesitzes handelt, ist die kritische Auseinandersetzung mit einer Untersuchung W. Kuhns über die deutschen Siedlungen um Brzostek am bemerkenswertesten. Ludat vermag mit Hilfe des Stiftsregisters die Irrtümer und Flüchtigkeiten dieser Arbeit richtigzustellen. Zahlreiche neue Ergebnisse werden auch über die Herkunft und den Zerfall des lebusischen Güterbesitzes geboten. Die Reihe dieser klaren und ergebnisreichen Untersuchungen wird im V. Kapitel mit dem äußerst schwierigen Hauptproblem über „Die Anfänge des Bistums Lebus" beschlossen. Die Gründung des Bistums „fällt in die Zeit der Erstarkung des polnischen Staates unter Boleslaw III., dessen wichtigstes Ziel die Eroberung Pommerns und das Vorrücken der polnischen Grenzen nach Norden und Nordwesten über die untere Oder hinaus war". Unbeantwortet bleibt die Frage: „Wurde das Bistum Lebus aus Rotreußen an die Oder verpflanzt", weil ein ungenügender Quellenbestand mehr oder weniger phantasievollen Konstruktionen Tür und Tor öffnet. Drei Exkurse beschließen den ersten Teil des Buches. Der zweite Teil bietet die gewissenhafte Edition der Hauptquelle, des „Stiftsregisters des Bistums Lebus aus dem 15. Jahrhundert für die schlesischen und polnischen Besitzungen", das damit nicht nur der Forschung, sondern auch dem akademischen Lehr- und Seminarbetrieb erschlossen wird. Hierfür müssen wir Ludat besonders dankbar sein. Zu bedauern bleibt das kriegsbedingte Fehlen der Kartenbeilagen.

Herbert Schlenger, z. Z. Wehrmacht.

Der Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas 1814/15
Die europäischen Großmächte und die deutsche Revolution 1848—1851[1])

Die beiden Werke von K. Griewank und A. Scharff, die im Rahmen des Kriegseinsatzes der deutschen Geisteswissenschaft geschrieben wurden, sind berufen, eine seit langem fühlbare Lücke zu schließen. Die Geschichte der Neuordnung Europas von 1814/15, vor allem durch Srbiks „Metternich" mannigfach gefördert, ist seit Treitschke nicht mehr zusammenfassend und von Grund auf neubearbeitet worden. Für die deutsche Revolution von 1848—1851 fehlt die Gesamtdarstellung ihrer außenpolitischen, europäischen Zusammenhänge. Es bedarf keines Hinweises, daß die gegenwärtige Neugeburt Europas unter deutscher Führung nicht allein ein tiefes, echtes Interesse an den Kämpfen um die deutsche und die europäische Ordnung im 19. Jahrhundert begründet, sondern auch zu einer Fülle neuer fruchtbarer Gesichtspunkte führte und den Blick für die europafeindliche Politik der Gegenmächte in Ost und West schärfte. Beide Werke zeugen davon. Der Rückgriff auf archivalische Quellen ist, für 1814/15 mehr noch als für 1848—1851, fruchtbar und lohnend gewesen.

Die Epochen von 1814/15 und 1848—1851 haben, vom Ganzen der deutschen Geschichte her gesehen, viele gemeinsame Züge. In beiden Epochen wurden die deutschen und die europäischen Probleme, die zur Lösung anstanden, machtpolitisch und gedanklich nicht aus der deutschen schöpferischen Eigenkraft der europäischen Mitte gelöst, sondern unter dem beherrschenden Einfluß der europäischen Randmächte im Westen und im Osten entschieden. Die Tatsache, daß die deutschen Probleme ihrer Natur nach europäische sind, jener unwiderlegliche Beweis der Geschichte, daß das deutsche Volk das „Herzvolk und Kernvolk Europas" (Scharff) ist, wirkte sich 1814/15 und 1848—1851 wie zu allen Zeiten deutscher Schwäche nur nach der negativen Seite aus: als Grundlage der Einmischung der europäischen Mächte. Der Einfluß der Randmächte auf die deutschen Angelegenheiten wurde 1814/15 von neuem legalisiert. Das Vertragswerk des Wiener Kongresses befindet sich bei allem Unterschied der deutschen Lage hierin durchaus noch auf der Linie von 1648. Die Verträge von 1815 bildeten die unmittelbare Grundlage für die Kämpfe der Jahre 1848—1851. Die Erhebung des deutschen Volkes richtete sich nach innen und außen gegen die Fesseln von 1815, und die Verträge von 1815 dienten den auswärtigen Mächten, teils zu Recht, teils zu Unrecht, zur Stütze ihres Eingreifens. In beiden Epochen wirkte sich der Dualismus zwischen Österreich und Preußen, trotz der Wahrung deutscher Positionen, die beide Mächte in ihrem Bereiche erzielten, als unüberwindliches Hemmnis für einen gemeinsamen deutschen Einsatz und als Einfallstor für den Einfluß der europäischen Randmächte aus. In beiden Epochen zog Österreich dank der überragenden staatsmännischen Persönlichkeit hier Metternichs, dort Schwarzenbergs mehr Vorteil aus dem europäischen Mächtespiel als Preußen, im ganzen nicht zum Nutzen der gesamtdeutschen Zukunft. Beide Epochen endlich lehrten, daß die Lösung des deutschen Problems und damit die Voraussetzung für eine wahrhafte europäische Ordnung nur im Ringen mit den europäischen Randmächten und durch den gesammelten Einsatz deutscher Kraft erreicht werden konnte.

Griewank beginnt mit der belangreichen und gewichtigen Vorgeschichte der Wiener Verhandlungen in der Zeit von 1792 bis zum ersten Pariser Frieden. Der wahren Verteilung der Gewichte folgend, stellte er die Europapolitik Großbritanniens, Frankreichs, sodann Rußlands, die bei allen Gegensätzen gemeinsam zum Ziele haben, die Mitte Europas in ihrer Zerspaltenheit und Schwäche zu belassen, in den Mittelpunkt der eindringlichen Darstellung. Besonders zu Pitts Europaplänen wird der Blick immer wieder zurückgelenkt. Die Lehre vom „Gleichgewicht", auf die auch Metternich seine österreichisch-europäische Politik gründete, war

---

[1] Karl Griewank, Der Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas 1814/15, 327 S.; Alexander Scharff, Die europäischen Großmächte und die deutsche Revolution. Deutsche Einheit und europäische Ordnung 1848—51, 314 S. Beide: Leipzig, Köhler und Amelang, 1942 = Das Reich und Europa. Gemeinschaftsarbeit deutscher Historiker, hrsg. von Theodor Mayer und Walter Platzhoff.

das beherrschende Prinzip für Denken und Handeln der Staatsmänner, die in Wien zur Ordnung Europas zusammentraten.

Mit einer ausführlichen, gehaltreichen Charakterisierung der „Gestalten und Probleme des Wiener Kongresses" führt Griewank mitten hinein in das Wiener diplomatische Getriebe. Es ist ihm gelungen, die Schwierigkeiten, die das vielverschlungene Gewirr der Wiener Verhandlungen mit seinen zahllosen Problemen, Krisen und Aktionen der Bearbeitung bietet, sachlich und darstellerisch zu meistern. Er hat die entscheidenden Aktionen und den Hauptablauf der Verhandlungen klar herausgehoben, ohne auf die knappe Klärung der zahlreichen Einzelprobleme aller Art zu verzichten. Es ist im ganzen und im einzelnen überraschend, wieviel Unklarheiten und Fehler der bisherigen Forschung von Griewank getilgt, wie oft Zweifelsfragen geklärt und Probleme neu beleuchtet werden konnten; es ist unmöglich, diese Ergebnisse im einzelnen aufzuführen. Sorgfältig sind die grundlegenden politischen Begriffe der Zeit behandelt. Der Wunsch bleibt offen, die Hauptkrise des Kongresses in der polnisch-sächsischen Frage noch schärfer beleuchtet und das Gesamtwerk von 1814/15 im Rahmen der deutschen Geschichte noch tiefer und grundsätzlicher beurteilt zu sehen.

Die Ausbeute aus den Berliner, Wiener und Pariser Archiven hat zu den Erfolgen des Werkes hervorragend beigetragen. Eine Auswahl aus den zahlreichen bisher unbekannten oder nur unvollständig ausgewerteten Aktenstücken ist im Anhang des Buches abgedruckt[2].

Griewanks Werk bietet der deutschen Wissenschaft wertvollstes Rüstzeug und bildet die Arbeitsgrundlage für jede weitere Erforschung der deutschen und europäischen Probleme von 1814/15. Leider fehlen Register und Schrifttumsverzeichnis, denen bei der Stoffülle des Werkes ein besonderer Wert zugekommen wäre.

Es gehört zum Kern der in Wien besiegelten Ordnung Europas von 1814/15, daß die großen volks- und grenzpolitischen Probleme Deutschlands und Mitteleuropas, die mit der Neuordnung Europas verbunden waren, überhaupt nicht als solche gesehen und behandelt, geschweige denn nach volklich-nationalen Gesichtspunkten oder gar nach den Wünschen der Völker entschieden wurden. Siegreich blieb im großen und im kleinen das dem Gleichgewichtsprinzip zugrunde liegende System der Staatenmechanik, das Grenzen zog und Staaten bildete nach „Konvenienzen und Interessen", nach Sicherheits- und Garantiebedürfnissen und folgerichtig in einen „Seelenhandel" mündete, in dem schließlich Seelenzahlen von 50 000 und weniger hier zugezählt, dort abgezogen wurden. Den Gewinn aus dieser Lage trugen die Westmächte England und Frankreich und Rußland als Großmacht des Ostens davon, die Kosten trug geistig und politisch die deutsche Mitte Europas. Der Freiheitskrieg gegen Napoleon, der ohne den Einsatz preußisch-deutscher nationaler Führungskraft und ohne die „Bewegung im Geiste der Völker" nicht zu gewinnen gewesen war, endete in einer „Spätblüte der absolutistischen Kabinettspolitik"; er endete, wie Griewank unterstreicht, mit einem Diplomatenkongreß, „auf dem niemals vom deutschen Volke, nur nebenher von Deutschland und wesentlich vom System der Einzelstaaten und der Territorialverteilung nach abstrakten Strategemen und Seelenzahlen die Rede war" (S. 248). „Die Restauration von 1814/15 ließ die Nationen nur als Wechselbegriff für die überkommenen Staaten gelten" (S. 294). „Der europäische Staatenmechanismus schien darauf aufgebaut zu sein, daß die staatliche Uneinheit der mitteleuropäischen Völker verewigt wurde und ein Nebeneinander mittelgroßer, in sich konzentrierter Staaten enthielt" (S. 295). Für Deutschland gab es keine Wiederherstellung oder Neuschöpfung des Reiches, sondern die Aufteilung in „Teil- und Großstaaten" (S. 294) ohne eine starke Bundesorganisation. Die ausländischen Mächte blieben Garanten für Deutschlands Schwäche und Ohnmacht (S. 244). Für Preußen, das widerwillig an den Rhein ging, und für Österreich, das auf seine alte Reichsaufgabe Verzicht leistete, war ein neuer Spannungszustand angelegt (S. 280). Das einzelstaatliche Denken, das den fremden Mächten nützlich war, siegte. Das Wort vom corps germanique im Sinne von 1648 tauchte im Munde von Castlereagh wieder auf (S. 268).

---

[2] Siehe auch Griewank „Preußische Neuordnungspläne für Mitteleuropa aus dem Jahre 1814". Deutsches Archiv f. Landes- u. Volksforschung, 6. Jg., 1942, S. 342 ff.

Die Grenzziehung zu Lasten Deutschlands trug bittere Früchte. Was es für die gesamtdeutsche und europäische Zukunft bedeutete, daß die alten Vorlande des Reiches, die Niederlande mit Belgien und Luxemburg in ihrer sonderstaatlichen Existenz Deutschland weiter entfremdet und zum Vorfeld der Westmächte wurden (S. 213), blieb damals und auf lange hinaus dem deutschen politischen Denken verborgen. Die Fernhaltung Preußens von der Maas brachte den Verlust alten deutschen Volksbodens, die Rückforderung der Südwestbastion des Reiches im Elsaß und in Lothringen endete in einem „Festungshandel". Die polnische Frage blieb unter Einmischung aller Mächte im ganzen ungelöst. Italien blieb bei Vorherrschaft des österreichischen Einflusses aufgeteilt.

Scharff nimmt den Faden der Darstellung in dem geschichtlichen Augenblick wieder auf, in dem im Zuge der gesamteuropäischen Erschütterung des Revolutionsjahres 1848 die deutschen und mitteleuropäischen Probleme, die auf dem Wiener Kongreß ungelöst geblieben waren, durch revolutionäre Volksbewegungen von neuem aufgeworfen wurden.

Die deutsche Revolution von 1848, die von Scharff trotz allen ihren zwiespältigen Zügen mit Recht als gesamtdeutsche Bewegung aus gesamtdeutschem Ursprung und mit gesamtdeutschen Zielen gesehen wird, stand mit ihrem Kampf für die deutsche Einheit nach innen und außen von Beginn an notwendig in europäischen Zusammenhängen. Auf dem engeren mitteleuropäischen Felde schloß die deutsche Erhebung die Auseinandersetzung mit den Bewegungen unter den Italienern und Südslawen, unter den Madjaren und Tschechen, die Auseinandersetzung mit den Polen und Dänen in sich. Entscheidend für die europäische Verflechtung der deutschen Erhebung war die Tatsache, daß der Kampf für die Erneuerung und Einigung Deutschlands zugleich ein Kampf für die wahrhafte europäische Ordnung war, der nur im außenpolitischen Ringen mit den europäischen Randmächten zu gewinnen war, die an der Niederhaltung einer starken deutschen Mitte Europas interessiert waren.

Die Möglichkeit der Entstehung einer starken „durch die Verträge nicht vorgesehenen Macht, einer Nation von 45 Millionen Menschen im Herzen Europas", die „jedes Gleichgewicht" stören würde, wie es der russische Kanzler Nesselrode im August 1848 formulierte (S. 88) — diese Möglichkeit war es, gegen die sich der Widerstand Rußlands, Frankreichs und Englands richtete. Ihre Einwirkung hat das Schicksal der deutschen Erhebung in den Jahren 1848 bis 1851 entscheidend mitbestimmt.

In dieser Sicht hat Scharff das Verhältnis der europäischen Großmächte zum Kampf um die deutsche Einheit von 1848—1851 von neuem untersucht und die Kämpfe dieser Jahre von der Außenpolitik her zum Gegenstand seiner neuen Gesamtdarstellung gemacht. Dabei konnte der Wunsch, den Erich Marcks in seinem Akademievortrag von 1931 über „die europäischen Mächte und die 48er Revolution" aussprach, nämlich „eine vollere aktenmäßige Darstellung, womöglich eine umfassende Publikation, zum mindesten aus Berlin, Wien, Petersburg-Moskau, London und Paris, ergänzt aus deutschen Einzelarchiven", inmitten dieses Krieges naturgemäß nicht das Ziel sein. Es ist Scharff gelungen, aus dem verfügbaren Material, erweitert durch die Ausbeute aus Berliner Akten und dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, ein eindringliches, auch in den Einzelzügen durchweg klares Bild von der vielfältig ineinander verflochtenen Politik der einzelnen Großmächte gegenüber dem deutschen Problem zu zeichnen und die bleibenden Züge und Methoden ihrer Europapolitik, frei von Überspitzungen überzeugend darzustellen. Schrifttumsverzeichnis und Personenverzeichnis erhöhen den Wert der Leistung.

Von den ersten außenpolitischen Krisenherden traten die Polenfrage und das italienische Problem im Lauf der Entwicklung in den Hintergrund zurück. Scharff zeigt die Unaufrichtigkeit der Polenpolitik Lamartines; ihr Eintreten für die Wiederherstellung Polens verband sich mit Versuchen, auf dem Rücken der Polen ein französisch-russisches Bündnis gegen Deutschland anzubahnen (S. 18f.). Weder Palmerstones noch Frankreichs Italienpolitik waren entgegen aller propagandistischen Verkleidung fähig und willens, eine eigenständige Ordnung der italienischen Verhältnisse herbeizuführen. Beherrschend blieb der Kampf gegen die deutschen Ansprüche in Schleswig-Holstein im Spiel.

Mit der schleswig-holsteinischen Erhebung vollzog sich „ein Stück gesamtdeutscher Volksgeschichte", das sich leuchtend abhob von der allgemeinen deutschen Zerrissenheit dieser Jahre. Die außenpolitische Last trug Preußen. Gegen das deutsche Recht verband sich über alle ihre

Gegensätze hinweg das legitimistische Rußland mit den Westmächten, die in ihrer außenpolitischen Propaganda Völkerfreiheit und nationale Selbstbestimmung verkündeten, aber hier wie anderwärts ihrer eigenen Parole beispielhaft zuwiderhandelten. Alle Mächte beriefen sich auf die Verträge von 1815 und die Störung des „Gleichgewichts", sie zeigten sich entschlossen, eine Erweiterung der deutschen Macht auf der alten Länderbrücke zwischen Deutschland und dem Norden zu verhindern: Rußland, um seine Vorherrschaft im baltischen Raum zu sichern, England aus handelspolitischen Motiven und machtpolitischen Gründen der Europabeherrschung, Frankreich in alter voller Feindseligkeit gegen jeden Fortschritt des deutschen Einheits- und Volksgedankens. Die Presse der Westmächte assistierte mit Verleumdungen gegen die Prinzipien deutscher Politik. Disraeli sprach im schleswig-holsteinischen Zusammenhange von „diesem traumhaften und gefährlichen Unsinn, genannt deutsche Nationalität" (S. 39).

Scharff verfolgt die Stellungnahme der Mächte zur deutschen Bewegung und dem Ringen Österreichs und Preußens um die Lösung der deutschen Frage mit großer Sorgfalt in jeder Phase der Entwicklung und in allen ihren Schattierungen; er ist dabei genötigt, tief in die deutsche Auseinandersetzung hineinzusteigen. Seine Darstellung erhärtet von neuem, daß in keinem Stadium die Möglichkeit bestand, unter freiwilliger Anerkennung oder auch nur Duldung der Mächte das deutsche Problem zu lösen. Die Einmischung der Mächte war in jedem Augenblick ein fester Bestandteil der Entwicklung und von maßgeblichem Einfluß auf den Ablauf der Ereignisse. Bei allen Unterschieden der Politik der Mächte, bei ihren Gegensätzen untereinander und bei ihrer abweichenden Haltung zu Österreich oder Preußen war ihnen Wunsch und Wille gemeinsam, daß die Gespaltenheit der deutschen Mitte Europas weiter zu den Spielregeln der europäischen Politik gehören müsse und Deutschland stets durch mehrere, gegeneinander auszuspielende Steine auf dem Spielbrett vertreten bleibe. Damit war die Errichtung einer wahrhaften Ordnung Europas verneint.

Die russische Politik, vom brutalen russischen Machtinteresse bestimmt und ihrer legitimistischen Grundhaltung folgend, unter der wendigen und skrupellosen Führung durch den Zaren jedoch auch um den Einsatz anderer Mittel nicht verlegen, für Österreich und gegen Preußen eingenommen, ist eifersüchtig und erfolgreich tätig, den Schiedsrichter Europas zu machen; sie erreicht ihr Ziel. Hinter der französischen Politik, die je nach ihrem Vorteil als Anwalt der Ordnung von 1815 auftritt oder ihre Zerstörung betreibt und teils mit Preußen, teils mit den Mittelstaaten anzuknüpfen sucht, zeigt Scharff die alte Tendenz wirksam, aus der Zerspaltung Deutschlands Vorteil zu ziehen; „alles, was die Zerreißung der großen Völker aufrecht erhält, ist uns nützlich", erklärte Drouyn de Lhuys im August 1849 (S. 157). Schroff wird der deutsche Einheitsgedanke abgelehnt, „in dem man die Einheit von Rasse und Sprache zur Grundlage der deutschen Einheit nimmt" (Bastide im Mai 1848, S. 84). In dem politischen Spiel, das Louis Napoleon mit Preußen zu spielen gedenkt, bricht bereits die Absicht durch, Kompensationen zu gewinnen. Die englische Gleichgewichtspolitik sieht in diesem Zeitabschnitt ihren begründeten Vorteil in der Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen in Mitteleuropa; sie widersetzt sich vor allem Schwarzenbergs und Brucks großem Mitteleuropaplan, durch den es seine handelspolitische Macht eingeschränkt sieht. Die freundlichere Einstellung der englischen Politik zu Preußen widerspricht, wie Scharff hervorhebt, nicht ihrer Grundtendenz, Mitteleuropa politisch und wirtschaftlich geteilt zu erhalten und die Möglichkeiten einer deutschen Politik zu begrenzen und zu beschneiden. Die Liberalisierung Preußens, wie sie Victoria und Prinz Albert empfahlen, hätte dem preußischen Staate das Mark aus den Knochen gesogen und ihn für seine Zukunftsaufgabe unfähig gemacht. Es liegt in dem Gesamtverhältnis, in dem die deutschen Angelegenheiten zu den europäischen Mächten standen, begründet, daß sich der außenpolitische Widerstand jeweils gegenüber dem Lösungsversuche des deutschen Problems verdichtete, der in den Vordergrund trat und aus der deutschen Zerrissenheit herausgeführt hätte; so geschah es mit der bundesstaatlichen Lösung Preußens, so mit Schwarzenbergs Mitteleuropaplan. Bis in die Tage nach Olmütz beschäftigte der Plan, deutsche Angelegenheiten auf einem europäischen Mächtekongreß zu entscheiden, die europäischen Kabinette.

Die innere und äußere Unreife und Unfertigkeit der deutschen Zustände und der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, der in jeder deutschen politischen Aktion wirksam war, bestimmten das Ausmaß der Einwirkung der Randmächte Europas auf die deutschen Geschicke.

Die Ausblicke, die Griewank und Scharff geben, führen zu Bismarck. Seine politische Meisterschaft beendete die Epoche der deutschen Geschichte, für die die vergeblichen Kämpfe von 1814/15 und 1848—1851 um eine deutsche und europäische Ordnung kennzeichnend sind, und schuf zugleich entscheidende Voraussetzungen für den gegenwärtigen Kampf des geeinten deutschen Volkes um ein neues Europa. K. Utermann, Berlin.

Bemerkungen zu einem Beitrag über die kroatischsprechende Bevölkerung in Niederdonau und Steiermark

Bogumil Andraševič, ein Mitarbeiter des Breslauer Osteuropa-Institutes, unternimmt es, im Jahrbuch des Institutes[1] einen Überblick über Siedlungsraum, Geschichte, Bevölkerungsentwicklung, Siedlungsstruktur, wirtschaftliche Lage, kulturelle Verhältnisse und politische Haltung der kroatischsprechenden Bevölkerung des ehemaligen Burgenlandes zu geben, die bekanntlich seit dem Beginn ihrer Ansiedlung vor vierhundert Jahren eine vom geschlossenen kroatischen Siedlungsraum in jeder Hinsicht völlig unterschiedliche Entwicklung genommen hat. Hierbei stützt sich Andraševič fast ausschließlich auf bisher erschienene Arbeiten, so insbesondere auf die ungedruckte Wiener Dissertation von Josef Breu über „Die Kroatensiedlungen im südostdeutschen Grenzraum" (Wien, 1937), die diese Frage unter Heranziehung aller erreichbarer Quellen in wissenschaftlich einwandfreier Weise erforschte. Außerdem schöpft der Verfasser seine Kenntnisse über die burgenländischen Kroaten aus den bisher über dieses Thema erschienenen — vornehmlich kroatischen — Arbeiten, so insbesondere aus M. Ujević, Gradišćanski Hrvati (Die burgenländischen Kroaten), Agram 1934, und L. Trnjegorski, Jugoslavenske manjine u inostranstvu (Südslawische Minderheiten im Ausland), Belgrad 1938, sowie den jüngeren Arbeiten von Lj. St. Kosier, Großdeutschland und Jugoslawien, Berlin 1939, und Ml. Lorković, Narod i zemlja Hrvata (Volk und Land der Kroaten), Agram 1939. Bei der politischen Einstellung des Verfassers, der sich betont zur deutsch-kroatischen Schicksalsgemeinschaft bekennt, nimmt die weitgehende Heranziehung der Darstellungen von Ujević und Trnjegorski, die noch im Banne der „jugoslawischen" Ideologie stehen, wunder. Darauf scheinen auch zahlreiche Unrichtigkeiten und Irrtümer, die der Aufsatz enthält, zurückzugehen.

Einleitend umschreibt Andraševič das zu behandelnde Gebiet (also das ehemalige österreichische Bundesland Burgenland) geographisch. Die im allgemeinen richtige Abgrenzung des Gebietes enthält folgenden unverständlichen Satz: „In der heutigen Slowakei im Westen grenzen die burgenländischen Kroatensiedlungen an Niederösterreich (Gau Niederdonau) und die Steiermark." Auch die darauffolgende Behauptung, daß „hier" die geschlossenen kroatischen Mehrheitsgemeinden bis Wien reichen, ist unrichtig. Anschließend folgt ein kurzer Hinweis auf die Geschichte des burgenländischen Grenzraumes. Bei der Darstellung der Siedlungsgeschichte folgt Andraševič ziemlich stark dem madjarischen Forscher Elémér Moór und übernimmt dessen Behauptung, daß die Dörfer in der Umgebung von Güns und im Wulkabecken, die schon vor den Türkenkriegen von Kroaten bewohnt gewesen seien, ihr Kroatentum bis heute erhalten hätten. Diese Auffassung ist — zumindestens in dieser Form — unrichtig, denn bei den wenigen nachweisbaren kroatischen Ansiedlungen aus der Zeit vor den Türkenkriegen handelt es sich durchwegs um Einzelniederlassungen, während die größeren Zusiedlungen von Kroaten in unser Gebiet erst durchwegs in der Mitte des 16. Jahrhunderts beginnen.

Auch die folgende Behauptung, es seien im ausgehenden 16. Jahrhundert im Burgenland 200 Kroatensiedlungen entstanden, ist unrichtig. Der Verfasser folgt hier Hubert Lendl, Das

[1] Bogumil Andraševič, Die Burgenländer Kroaten. In: Jahrbuch des Osteuropa-Institutes zu Breslau (II). Breslau 1942.

gesellschaftliche Gefüge des Landvolks im deutsch-madjarischen Grenzraum[2], nur daß die bestimmte Zahl von 200 Dörfern eingeschaltet ist, was ungefähr der Zahl aller ehemaligen kroatischen Dörfer sowohl an der deutsch-madjarischen Volksgrenze, wie auch in der Slowakei, in Niederösterreich und Südmähren entsprach. Diese Darstellung läßt so irrtümlich auf 200 Kroatengemeinden im burgenländischen Grenzraum schließen. Außerdem handelte es sich nicht um eine „Entstehung" kroatischer Gemeinden, denn die kroatischen Zuwanderer siedelten sich fast durchwegs in bereits bestehende entsiedelte deutsche Dörfer oder Hausstellen ein. Nach Aufzählung der einzelnen kroatischen Siedlungsgruppen führt Andrašević die Gründe für die kroatischen Ansiedlungen an. Wenn er in diesem Zusammenhang meint, daß die kroatische Besiedlung im Jahre 1600 im wesentlichen bereits überall abgeschlossen gewesen sei, so ist darauf zu verweisen, daß aus den Forschungen Breus ausdrücklich hervorgeht, daß in zahlreichen Dörfern Kroaten über das 17. Jahrhundert zurück überhaupt nicht festgestellt werden können. Aus den Arbeiten von Breu und Lendl gibt der Aufsatz einige Angaben über die sprachlichen Verhältnisse in verschiedenen Gemeinden auf Grund der Konskriptionen und Visitationsprotokolle wieder, wobei es freilich nicht zulässig erscheint, den burgenländischen Grenzraum als „deutsch-ungarisches Mischungsgebiet" zu bezeichnen, denn es ist längst erwiesen, daß die deutsche Besiedlung des Burgenlandes zu Ende des 13. Jahrhunderts im wesentlichen abgeschlossen war. Sehr bemerkenswert erscheint die Feststellung des Verfassers, daß durch die Kroatenansiedlungen einige deutsche Siedlungen an Bedeutung verloren hätten und die Kroatisierung deutscher Siedlungen aus der verhältnismäßig hohen Zahl der deutschnamigen Familien in kroatischen Dörfern nach den Konskriptionen der Jahre 1715 und 1720 zu erkennen sei. Diese Tatsache scheint mir bisher viel zu wenig beachtet worden zu sein, obwohl sie ein Fingerzeig dafür ist, ein wie bedeutender deutscher Blutsanteil in der Bevölkerung einer Reihe von Gemeinden steckt, die heute eine kroatische Sprachmehrheit aufweisen. Untersuchungen der Familiennamen in grundherrschaftlichen Urbaren, die ich in der letzten Zeit durchführen ließ, haben die Richtigkeit dieser Auffassung ergeben. Hierfür seien nur einige Beispiele angeführt: Oslip: Urbar 1675: 25 v. H. deutschnamige Lehensfamilien, Volkszählung 1934: 7,9 v. H. deutschsprachig, Steuerliste 1938: 47 v. H. deutsche Namen. Wulkaprodersdorf: Urbar 1589: 51 v. H. deutschnamige Lehensfamilien, Konskription 1715: 33 v. H. deutschnamige Familien, Volkszählung 1934: 9,8 v. H. deutschsprachig, Steuerliste 1938: 48 v. H. deutsche Namen. Großwarasdorf: Urbar 1569: 47,1 v. H. deutschnamige Lehensfamilien, Urbar 1675: 53,5 v. H. deutschnamige Lehensfamilien, Konskription 1720: 22,2 v. H. deutschnamige Familien, Volkszählung 1934: 4,1 v. H. deutschsprachig. Da die Ansiedlung der Kroaten nicht vor dem 3. Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts erfolgte, können die Ende des 16. Jahrhunderts in den Urbaren erscheinenden Träger deutscher Namen mit Sicherheit als deutsche Volkszugehörige angesehen werden, aber auch für spätere Zeiten sagt die Namenanalyse, wie der Prager Forscher Valentin Müller[3] nachweist, hinreichend Sicheres über die Herkunft des Ahnenerbes des Namenträgers aus, wenn, wie in unserem Falle, die Namen in größeren Durchschnitten gezählt wurden.

In der weiteren Folge gibt Andrašević einen Überblick über die Zahl der Kroaten in den Komitaten Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg in den Jahren 1840, 1857 und 1880—1910; ihm folgt eine Tabelle der Wohnbevölkerung der Gemeinden nach der sprachlichen Zugehörigkeit auf Grund der österreichischen Volkszählung 1934, wobei in die Tabelle alle Gemeinden mit über 5 Einwohnern kroatischer Muttersprache aufgenommen wurden. Diese Zusammenstellung weist eine Reihe von Unrichtigkeiten auf, so ist die Zahl der für Klingenbach angeführten Deutschen mit jener von Neufeld a. d. L. und auch die Gesamtzahl der Wohnbevölkerung und der deutschen Inländer zwischen Rauhriegel-Allersgraben und Podler untereinander verwechselt. Der Verfasser behandelt sodann die Ursachen des stetigen Rückganges der kroatischsprechenden Bevölkerung seit 1900, für den er außer der natürlichen Assimilation, die Auswanderung (insbesondere nach Übersee 1922—1934) und die verhältnismäßig große Sterblichkeit verantwortlich macht. Der anschließende Überblick über die burgenländischen

[2] Deutsches Archiv f. Landes- u. Volksforschung, Jg. 2. 1938, S. 800—835.

[3] Die Bedeutung des deutschen Leistungserbgutes im tschechischen Volkstum. In: Forschungen u. Fortschritte. Jg. 17, 1941, Nr. 31—32.

Kroatensiedlungen folgt sowohl was die Einteilung als auch die Einzelheiten betrifft, weitgehend der bereits erwähnten Darstellung von Ujević. Das hat zur Folge, daß dieser Abschnitt eine Fülle von Fehlern und Unrichtigkeiten aufweist, was sicherlich vermeidbar gewesen wäre, wenn sich der Verfasser selbst eingehender mit der Materie befaßt hätte. Dazu kommen noch viele störende Druckfehler bei den Ortsnamen. Es seien im folgenden nur einige Unrichtigkeiten herausgegriffen. Die Gemeinde Welten wird nach Ujević vom Verfasser als noch im vorigen Jahrhundert überwiegend kroatisch bezeichnet, wofür nicht der geringste Anhaltspunkt vorliegt. Jedenfalls war dieses Dorf seit 1623 rein deutsch. Petrovo Selo und St. Kathrein liegen nach dem Verfasser „auf der ungarischen Seite". Diese Bezeichnung ist ungenau. Bei Petrovo Selo handelt es sich um das knapp an der Reichsgrenze gelegene Postrum, während St. Kathrein im Reichsgebiet liegt. Es fällt überhaupt auf, daß Andrašević die deutschen Ortsbezeichnungen nicht zu kennen scheint, denn er führt ein und denselben Ort einmal als Schachendorf und dann wieder als Cajta an. Durch diese Unkenntnis vermehrt er auch die Zahl der kroatischen Siedlungen künstlich! So werden Sabara und Zuberbach getrennt aufgezählt, obwohl es sich um ein und denselben Ort handelt, Hunzberg wird als kroatische Siedlung angeführt, obwohl diese schon im 19. Jahrhundert abgestiftet wurde und nur mehr im Meierhof Stefanshof weiterlebt; Parapatič-Brig wird ebenfalls als eigenes Dorf aufgezählt, obwohl es sich nur um einen kleinen Weiler handelt, der zur Gemeinde Weiden bei Rechnitz gehört. Bei der Behandlung der Kroaten im Kreis Oberpullendorf gibt der Verfasser „wohlhabende und volksbewußte kroatische Bauern" als Bewohner deutscher Gemeinden an, so bei Strebersdorf, Klostermarienberg, Kobersdorf; sämtliche kroatische Gemeinden des Kreises Eisenstadt verlegt Andrašević in den Kreis Bruck. Schließlich stempelt er u. a. noch folgende Gemeinden des Burgenlandes zu kroatischen, obwohl es sich um deutsche bzw. eingedeutschte Siedlungen handelt: Spitzzicken, Kleinpetersdorf, Kleinzicken, Unterfrauenhaid, Dörfl, Siegleß, Potzneusiedl, Gattendorf, Kittsee. Die nördlichste Gruppe der burgenländischen Kroaten verlegt der Verfasser in die „Gegend von Hienzen" und ist sich dabei nicht bewußt, daß es sich bei den Heanzen um eine burgenländische Mundartgruppe im steirischen (südlichen) Burgenland handelt und nicht um eine Gegend im Kreis Bruck! Die ehemaligen Kroatensiedlungen im seinerzeitigen Niederdonau werden nach einer Zusammenstellung, die Breu für das Jahr 1851 gibt, gebracht, doch sind die Angaben für Mannersdorf a. d. L. mit jenen von Sommerein a. d. L. und die für Kroat. Haslau mit jenen von Wildungsmauer vertauscht. Ebenso ist es unrichtig, daß *heute* noch Kroaten in Au a. d. L., Hof und Mannersdorf leben.

Im Abschnitt über die *Herkunft* und den *Ansiedlungsvorgang* wiederholt der Verfasser die aus der Literatur bekannten Auffassungen über die Herkunft und die Ansiedlungsgeschichte der burgenländischen Kroaten, ohne einen neuen Gesichtspunkt zur Klärung dieser Probleme beizubringen. Das Bild, das Andrašević über die *Siedlungsstruktur* der burgenländischen Kroatengemeinden gibt, ist zutreffend, insbesondere wenn er darauf hinweist, daß das Siedlungsbild von dem der umliegenden deutschen Siedlungen nicht abweicht, und diese Erscheinung darauf zurückführt, daß die kroatischen Ansiedler die deutsche Sozialverfassung übernahmen. Freilich ist die Behauptung, die Streckhöfe, in denen zwei oder mehrere Familien zusammenwohnen, stellten eine soziologische Besonderheit der burgenländischen Kroaten dar, unrichtig. Solche Streckhöfe, die ihre typische Ausprägung in der deutschen Weinbauerngemeinde Mörbisch finden, sind in den meisten deutschen Gemeinden vorhanden. Das was über die *Wirtschaftsstruktur* gesagt wird, ist keineswegs für die Kroaten charakteristisch. Die gemachten Angaben (einschließlich der Tabellen) treffen für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesamtbevölkerung zu, wobei zu betonen ist, daß das jahrhundertelange Zusammenleben von Kroaten und Deutschen jeglichen völkischen Unterschied in der Wirtschaftsstruktur eben aufgehoben hat. Es gibt daher auch keine auf nationaler Basis organisierten kroatischen Wirtschaftsverbände, sondern es handelt sich bei den vom Verfasser aufgezählten Winzerverbänden, Obstbaugenossenschaften usw. um Vereinigungen, die Mitglieder kroatischer Muttersprache aufweisen. Aus diesen Gründen erscheint es — bei aller Würdigung der Leistungen und des Fleißes der kroatischen Bauern und Arbeiter — völlig abwegig, wenn der Verfasser eine Reihe von burgenländischen Wirtschaftsbetrieben und Produktionsstätten, die noch dazu in deutschen Gemeinden ihren Standort haben, für die Kroaten in Anspruch nimmt, so auch der Hin-

weis, daß „Neufeld a. d. L. die bedeutendste Industrieortschaft mit kroatischen Einwohnern" ist, wenn man bedenkt, daß in dieser Gemeinde im Jahre 1934 insgesamt 9 Kroaten lebten. Ebensowenig können die ehemaligen Braunkohlengruben in Neufeld und Pöttsching, das Asbestwerk in Schlaining, die Dampfmühle in Stegersbach und die Ziegeleien in Güssing, Mattersburg, Kittsee und Neusiedl am See als kroatische Wirtschaftsunternehmungen aufgezählt werden, wie es sich auch bei den Steinberger Handwerkern und Rechnitzer Stiefelschustern nicht um Kroaten handelt. Falsch ist es auch von „Basaltsteinbrüchen der kroatischen (!) Gemeinde Oberpullendorf" zu sprechen.

In den beiden letzten Abschnitten befaßt sich Andrašević mit der kulturellen Lage und der politischen Haltung der burgenländischen Kroaten. Hiebei würdigt der Verfasser die Besserung der kulturellen Verhältnisse der kroatischen Bevölkerung nach der Angliederung des Burgenlandes an Deutsch-Österreich, wobei er auch einen Rückblick über die Madjarisierung des burgenländischen Schulwesens gibt. Diese Ausführungen beruhen vornehmlich auf der Darstellung Lögers über die Geschichte des burgenländischen Schulwesens[4]. Andrašević behandelt dabei besonders das konfessionelle burgenländische Volksschulgesetz, das bekanntlich nach dem Umbruch im Jahre 1938 außer Kraft gesetzt wurde. Auf Grund der Arbeit von Ujević gibt er einen Abriß über die kirchlichen Einrichtungen der Kroaten. Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß es seit jeher das Bestreben der kroatischen Geistlichkeit war, auch völkisch-gemischte Pfarren mit kroatischen Pfarrern zu besetzen. Die Angabe, es gäbe in Wien ein eigens kroatisches Priesterseminar, ist unrichtig.

Anschließend gibt der Verfasser einen Überblick über die Literatur der burgenländischen Kroaten, aus dem hervorgeht, daß es sich überwiegend um kirchliches Schrifttum, das von kroatischen Pfarrern herausgegeben wurde, handelt. Wenn der Verfasser darauf hinweist, daß der Kroatische Kulturverein hohe Verdienste um die Pflege des kroatischen Schrifttums habe, so ist zu sagen, daß sich diese Bestrebungen wie die Tätigkeit dieses Vereines überhaupt nur auf einen engen Kreis von kroatischen Intellektuellen beschränkte. Einen ganz kurzen Abschnitt widmet Andrašević auch der Volksdichtung, die im wesentlichen durch Volkslieder repräsentiert wird. In diesem Zusammenhang wird neuerlich die Vermutung ausgesprochen, daß Joseph Haydn, der nach Andrašević als „Musiklehrer auf dem Schloß des Grafen Esterhazy in Eisenstadt beschäftigt war", bei der Komposition des Deutschlandliedes eine burgenländisch-kroatische Melodie übernommen habe, obwohl doch diese Behauptung Kuhacs schon längst widerlegt wurde[5]. Auf die wichtige Frage der eigenständigen burgenländisch-kroatischen Haussprache, die den Zusammenhang mit der kroatischen Hochsprache weitgehend verloren hat, ging der Verfasser leider überhaupt nicht ein.

Im Schlußabschnitt, der die politische Haltung der burgenländischen Kroaten behandelt, erwähnt Andrašević die Bildung einer eigenen kroatischen Partei im Jahre 1923, ohne jedoch hinzuzufügen, daß diese Partei nicht einmal soviel Stimmen aufbringen konnte, um einen einzigen Sitz im burgenländischen Landtag zu erobern. Soweit Kroaten in der demokratischen Ära gesetzgebenden Körperschaften angehörten, waren sie auf Wahllisten deutscher Parteien gewählt worden. Die Angaben über die vereinsmäßigen Organisationen der burgenländischen Kroaten beruhen auf den Ausführungen von Ujević und sind daher überholt. Wenn der Verfasser abschließend die Schicksalsverbundenheit zwischen der deutschen und kroatischsprechenden Bevölkerung des ehemaligen Burgenlandes, die durch den Einsatz der burgenländischen Kroaten in diesem Ringen um die Freiheit Europas aufs neue besiegelt wurde, betont, so ist ihm völlig beizupflichten.

Heinrich Kunnert, Eisenstadt.

---

[4] Ernst Löger: Zur Geschichte des burgenl. Schulwesens. In: Südostdeutsche Forschungen, Bd. I, 1936. S. 194—223.

[5] K. M. Klier: Haydn und das Volkslied seiner Heimat. In: Burgenl. Heimatblätter, Bd. I 1932, S. 29 f.

Die Gründungshandfesten Lublins

Für die Entwicklung der Stadt Lublin hat vor allem die 1342 von König Kasimir vorgenommene Neugründung Bedeutung gewonnen. Die 600. Wiederkehr dieses Aktes bot E. Hoff den Anlaß, zwei noch im Original erhaltene Urkunden, das Lokationsprivileg des Herzogs Ladislaus Ellenlang vom 15. August 1317 und die Urkunde König Kasimirs vom 25. Januar 1342 über den Verkauf der Lubliner Vogtei an den Mainzer Bürger Franz einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen[1], die „den uralten deutschen Anspruch auf die Führerstellung in diesem Raum einer irgendwie noch für geschichtliche Wahrheit empfänglichen Welt nach und nach klarmachen" soll. Er beschreibt einleitend die Urkunden und druckt sie — mit einer deutschen Übersetzung — nahezu fehlerfrei ab. Der Nachweis, daß beide Originale Kanzleiausfertigungen sind, darf als geglückt gelten, obzwar es bedenklich ist, den Nachweis der Schriftgleichheit so stark auf Großbuchstaben aufzubauen, wie Hoff es tut. Damit ist die Echtheit gesichert. Die Siegel sind im vergangenen Jahrhundert abgeschnitten worden, ein „Siegelproblem" besteht nicht. Was unter dieser Überschrift geboten wird, sind Ausführungen über die in den Zeiten Ladislaus Ellenlangs und Kasimirs gebrauchten Siegelstempel und ihre Verwendungsdauer, die z. T. auf polnischem Schrifttum beruhen. Zu dem Kasimirsiegel, das an der Urkunde von 1342 angebracht gewesen sein muß, bemerkt Hoff mit Recht, daß die deutschen Einflüsse weit stärker sind, als die polnische Forschung zugeben wollte. Seine Darlegungen regen zu einer zusammenfassenden und abschließenden Untersuchung der polnischen, böhmischen und ungarischen Herrschersiegel an. Dann wird sich wohl erweisen, ob der Siegelschneider des Kasimirsiegels ein Italiener oder ein über Italien geschulter Goldschmied war, wie Hoff vermutet.

Der Abschnitt über die inneren Merkmale mußte dürftig ausfallen, weil keine Vorarbeiten vorliegen, die eine Zuweisung des Diktats beider Urkunden gestatten würden. Für die Zeugen und für Mathias von Opatowiec, den Lokator von Lublin, hat Hoff aus anderen Urkunden weitere Belege zusammengestellt, bei Franz von Mainz ist es nicht gelungen, Beziehungen zu anderen Trägern dieses Namens aufzudecken. Abschließend bespricht Hoff den Rechtsinhalt beider Urkunden. Dieser Teil ist schwächer ausgefallen; die Urkunden sind zudem keine Gründungshandfesten. Auf einer Reihe von Tafeln sind der Arbeit Abbildungen von Urkunden, Proben aus Handschriften, von Siegeln und Münzen beigegeben, darunter auf Tafel 21 und 23 die hier zur Erörterung stehenden Urkunden. H. Zatschek, Prag.

[1] Erwin Hoff, Lublins Gründungshandfesten zu deutschem Recht 1317/1342. Mit Beiträgen zur Schrift- und Siegelentwicklung unter den letzten Piasten in Polen. Schriftenreihe des Instituts für deutsche Ostarbeit Krakau. Sektion Geschichte. Bd. 2. Krakau 1942.

Schrifttum über Mähren 1901—1942

Ein Ausschnitt

Von Fritz Koberg, Prag

Vor allem ist deutsches Schrifttum berücksichtigt worden, nur ergänzend ein Stück des tschechischen. Nicht Vollständigkeit war zu erstreben, sondern besonders Beispielhaftes aufzuzeichnen. Die Zusammenstellung entstand aus der Arbeit eines Mannes, der selber während der letzten Jahrzehnte im Volkstumskampf stand. Diese Haltung bestimmte die Auswahl besonders aus dem zeitgenössischen Presseschrifttum.

Weit mehr als die Hälfte des hier Verzeichneten ist noch in keiner Bibliographie vermerkt gewesen, zumal ich Zeitschriften und Zeitungen sowie kleine Gelegenheitsschriften stark ausgewertet, auf manch allgemein Bekanntes aber verzichtet habe. Mit Rücksicht auf teils vorrätige, teils anzulegende Sonderbibliographien sind hier mehr oder minder unberücksichtigt geblieben: landschaftlich: das Kuhländchen, der Schönhengstgau, beide jetzt im Sudetengau, ferner vom Protektorat die deutsche Volkstumsinsel um Iglau, bibliographisch bearbeitet von Hans Krcal; die Gebiete Mährens, die heute zum Sudetengau oder zu Niederdonau gehören, soweit nicht das betreffende Schrifttum für ganz Mähren oder doch für das heutige Protektoratsgebiet Mährens, etwa durch Nachbarschaftsbeziehungen und Überschneidungen, von besonderer Bedeutung ist.

Mähren

Allgemeines, Statistik und Bevölkerungspolitik

Altrichter, Anton: Mähren. In: Deutsche Heimat. 1928. S. 65—66.

— Die engere Heimat im Geschichtsunterricht. Beispiele aus Mähren. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1940. S. 169—183.
Übersichtlicher, inhaltsreicher Aufriß der deutschen Geschichte Mährens.

— Geschichtliche Notwendigkeit. Betrachtungen zur Geschichte des böhmisch-mährischen Raumes. In: Brünner Tagblatt, 9. Nov. 1941.

Blaschka, Anton: Die Personenstandsregister im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Sudetendt. histor. Archiv. 1940. 154 S. und 1 Taf.

— Die Personenstandsregister in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 230—232.

Blau, Josef: Landes- und Volkskunde der tschechoslowakischen Republik. 2. verm. Aufl. Reichenberg 1927. 384 S., 5 Ktn.

Böckler, Erich: Vom Städtebau in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 196—207.

Craemer, Rudolf: Böhmen und Mähren im deutschen Reichsraum. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 10—12.

Deutschmähren in Wort und Bild. Brünn 1934. 36 S.

Das Durchgangsland Mähren. In: Ostland. 1940. S. 481—483.

Die geschichtliche Entwicklung des Brückenlandes Mähren. In: Ostland. 1940. S. 503—507.

Felzmann, Hans: J. A. Comenius und die erste tschechische Auslandpropaganda. In: Heimatbildung. 1933. S. 25—29.

Finckh, Ludwig: Sudetendeutsche Streife. Dresden 1924. 96 S., 10 Taf. und 1 Kt.
Die Abschnitte Komensky, Ullersdorf, Zwievolkland, der Blumenabt, Rassengegensatz und Volksverschmelzung und „Am Wunderglas" führen nach Mähren.

Fischl, Alfred: Das österreichische Sprachenrecht. 2. Aufl., Brünn 1910. 357 S.
Der Verfasser ist Brünner Jude.

Fischer, Erika: Soziologie Mährens in der 2. Hälfte des 19. Jahrh. Als Hintergrund die Werke Marie von Ebner-Eschenbach. Leipzig 1939. 119 S. Diss.

Fischer, Richard: Oprava volebního řádu v obcích na Moravě. [Die Gemeindewahlreform in Mähren.] Prag 1913. 160 S.

— Okresní zastupitelstva na Moravě. [Die Bezirksvertretungen in Mähren.] Olmütz 1912. 50 S.

Frank, Karl Hermann: Böhmen und Mähren im Reich. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 6—7.

Fochler-Hauke, Gustav: Deutscher Volksboden und deutsches Volkstum in der Tschechoslowakei. Eine geographisch-geopolitische Zusammenschau. Heidelberg 1937. 325 S. u. 6 Ktn.

— Deutsche Volksgruppe und deutsche Arbeit in Böhmen, Mähren und der Slowakei. In: Deutsche Volksforschung. 1939. S. 1—17.

Freudenfeld, Franz: Bodenreformgesetze. Übernahme des beschlagnahmten Grundbesitzes durch den Staat. Brünn 1922. 187 S.

Gierach, Erich und Karl Christian **von Loesch**: Böhmen und Mähren im Deutschen Reich. München 1939. 136 S.

Gierach, Erich: Sudetendeutscher Katechismus. 1. Aufl. Eger 1919. 7. Aufl. Leipzig 1938. 32 S.

Göß, Franz und Walter **Michalitschke**: In Bild und Wort durch Böhmen und Mähren. Berlin 1940. 125 S.

Mährisch-schlesische Heimathefte. Brünn 1931—37. H. 1—12.

Sudetendeutscher Hochschulführer 1925/26. Brünn 1925. 239 S.

Hüfner, A.: Siedlungsdichte und räumliche Verteilung der deutschen Bevölkerung in den Sudetenländern. In: Archiv f. Bevölkerungswissensch. u. Bevölkerungspolitik. 1936. S. 257—261.

Janiczek, Margarete: Neueste Bevölkerungsentwicklung der Deutschen und Tschechen innerhalb der Sudetenländer. Eger 1924. 8 S.
Namentlich in Mähren hatte das Deutschtum ungleich stärkere Weltkriegsverluste als das Slawentum.

Isbert, Otto Albrecht: Der böhmisch-mährische Raum in seinen Beziehungen zu Mittel- und Südosteuropa. In: Böhmen und Mähren. 1942. S. 268—269.

Jungbauer, Gustav: Der Wiener Kulturraum und die Sudetendeutschen. In: Der Ackermann aus Böhmen. 1934. S. 112—124.

Koberg, Fritz: Das Protektorat Böhmen und Mähren. In: Deutsche Monatshefte. 1942/43. S. 1—48.

Lange, Friedrich: Mähren, Mitteleuropas Mitte. Leipzig 1940. 73 S.

Muntendorf, Otto: Volk ohne Zukunft. Groß-Ullersdorf 1937. 40 S., 2 Abb.
Beleuchtung der bevölkerungspolitischen Lage des Sudetendeutschtums.

Nelböck, Friedrich: Mähren im Großdeutschen Reich. In: Jahrb. d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 17—18.

Oberschall, Albin: Der politische Besitzstand der Deutschen in den Sudetenländern. Eger 1922. 33 S.

— Berufliche und soziale Schichtung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Teplitz-Schönau 1937. 59 S.

— Die Sprachengebiete der Tschechoslowakei. Teplitz-Schönau 1932. 24 S.

— Das deutsche und tschechische Schulwesen in der Tschechoslowakischen Republik. Reichenberg 1922. 67 S.

— Die Deutschen der Sudetenländer 1880—1920. Reichenberg 1923. 23 S. mit 1 Kt. u. einem Diagr.

Amtliches deutsches Ortsbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren. Hrsg. vom Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. 2. Aufl. Prag 1940. 434 S.

Pfitzner, Josef: Das Sudetendeutschtum. Köln 1938. 63 S.

Preibsch, Hubert: Deutschmähren stirbt. In: Deutsch-mähr.-schles. Heimat. 1933. S. 57—59.

— Die Zukunft Deutschmährens. Brünn 1931. 18 S.

Raynoschek, Gustav: Die Abwanderung aus den Sudetenländern nach Wien und deren völkische Bedeutung. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. Olmütz. 1908. S. 54—57.

Reutter, Hans: Mähren und das Reich. Brünn 1941. 21 S.

— Geopolitik Mährens. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1940. S. 87—102.

Schwarz, Ernst: Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle. München 1931. 507 S., 13 Abb., 1 Grundkte. u. 10 Deckbl.

Neue Sprachenregelung im Protektorat. In: Ostland. 1939. S. 409—410.

Uderstedt, E. R.: Das Protektorat Böhmen und Mähren und der Schutzstaat Slowakei. Berlin 1939. 53 S.

Winter, Eduard: Böhmen und Mähren im geistigen Raum des Reiches. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 42—46.

Wolters, E.: Zur Bevölkerungsbewegung der einzelnen Völker und Volksgruppen n der Tschechoslowakei. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksf. 1937. S. 332—343.

Wotawa, August: Die Nationalitätenzählung 1910. In: Deutsche soziale Rundschau, 1912; dazu 1912: „Alpendeutsche und Sudetendeutsche nach der Volkszählung 1910". Auch für Mähren sehr wichtig.

Zatschek, Heinz: Volksforschung und Volksgeschichte in den Sudetenländern. In: Dt. Volksforschung in Böhmen u. Mähren. 1939/40. S. 17—29.

Ziegler, Heinz Otto: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Brünn 1936. 284 S.

Schrifttumsverzeichnisse, Zeitschriften, Zeitungen u. dgl.

Altrichter, Anton: Die deutsche Heimatforschung in Mähren. In: Festschrift für Erich Gierach „Wissenschaft im Volkstumskampf". Reichenberg 1941. S. 87—101.

Böhmen und Mähren. Monatsschrift. Hrsg. von Karl Hermann Frank. Prag 1940ff.

Bundes-Zeitweiser, ab 1929: Bundes-Kalender. Hrsg. vom Bund der Deutschen Nordmährens. Olmütz 1927—33.

Časopis Matice Moravské. Brünn 1869—1940.
Tschechische Geschichtszeitschrift für Mähren.

Der junge Deutsche. Halbmonatsschrift der sudetendeutschen Jugend- und Erneuerungsbewegung. Hrsg. von Fritz Burschofsky. Hohenstadt 1922—1933.

Fischer, Erika: Die Sudetenländer im Schrifttum. Eine Bibliographie. Heidelberg 1941. 36 S.

Hammer und Schlägel. Hrsg. vom Verband der Bergbau- u. Hüttenangestellten. Mähr.-Ostrau. 1923—1938.

Deutschmährische Heimat. Brünn 1914—1927.

Deutsch-mährisch-schlesische Heimat. Brünn 1928—1938. Forts. der „Deutschmährischen Heimat".

Aus Heimat und Ferne. Monatschrift. Hrsg. von Fritz Koberg. Wien 1913—1914.

Heimatbildung. Monatsbläter für heimatliches Volksbildungswesen. Hrsg. von Emil Lehmann, später von Ernst Lehmann. Reichenberg 1919—1937.

Heimatblätter für die Olmützer Sprachinsel und das Odergebirge. Hrsg. Julius Röder. Olmütz 1933/34—1935/36.

Hobinka, Edgar: Bibliographie der deutschen Volkskunde in Mähren und Schlesien. Reichenberg 1928. 124 S.
Verzeichnet 1500 Nummern und hat 2 Register.

Krcal, Hans: Bibliographie der Iglauer Volksinsel 1918—1940. Auswahl. In: Dt. Archiv f. Landes- und Volksforschung. 1940. S. 359—376.

Sudetendeutscher Landbote, Wochenblatt. Hrsg. von Georg Hanreich. Brünn 1928ff.

Das Mährisch-Neustädter Ländchen. Blätter für Heimatkunde. Beil. der Nordmährischen Rundschau. Mähr.-Neustadt. Ab 5. September 1920. Inhaltsverz. in der Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1940. S. 113—120.

Mährisch-schlesische Landeszeitung. Mähr.-Ostrau. Ab 1939.

Die Landsgemeinde. Eine landständische Vjschrift. Hrsg. von der deutschen Bauernschule zu Bad-Ullersdorf, Nordmähren. 1928—1936.

Mitteilungen des Bundes der Deutschen Nordmährens. Olmütz 1901—1921.

Mitteilungen des mährischen Gewerbe-Museums. Brünn. Jg. 1901ff.

Mitteilungen. Zeitschr. der Ortsgruppe Mähr.-Ostrau des D.H.V. Hrsg. von Emil Beier. Troppau 1929ff.

Mitteilungen, hrsg. vom Brünner Schubertbund. Brünn 1925ff.

Morgenzeitung. Mährisch-Ostrau 1913ff. Jüdisch geleitet.

Deutsches Nordmährerblatt. Olmütz 1899ff. Als alldeutsche Zeitung gegründet.

Nordmährerland. Hefte für Kultur und Wirtschaft. Hrsg. von Walter Haage. Olmütz 1940ff.

Prinzhorn, Fritz: Reichsgau Sudetenland-Protektorat Böhmen und Mähren. Eine Bibliographie. 1940. 98 S. 1941/42. 122 S., 1943. Neue Folge, Bd. 1, Heft 1—3, April 1943. 83 S.

Deutsche soziale Rundschau. Halbmonatsschrift. Hrsg. von Franz Jesser. Wien 1911/12 bis 1918/19. Ab 1. 12. 1914 vereinigt mit der früheren Wochenschrift „Deutsch-Österreich", gegründet von Paul Samassa. Weitergeführt u. d. T. „Deutsch-österreich — Deutsche soziale Rundschau".

Slavische Rundschau. Zeitschr. Hrsg. von Franz Spina und Gerhard Gesemann. Berlin 1929—1940.

Schram, Wilhelm: Moravica in deutschen Jahrbüchern, Akademieschriften, Zeitschriften und Schulprogrammen der Jahre 1901 bis inklusive 1904. Zeitschr. d. Mähr. Landesmus., 1907, S. 134—156. Mit Namen- und Sachregister.

— Meine literarische Tätigkeit in den letzten 36 Jahren. Brünn 1910. 12 S.

Deutschmährisches Schulblatt. Hrsg. vom deutschen Volksschulverband für Mähren. Brünn 1898 ff.

Deutscher Schulwart. Monatsschrift. Brünn 1906—1913.

Mährisches Tagblatt. Olmütz. Seit 1880; jüdische Gründung.

Sloschek, Erich: Inhaltsverzeichnis zu den Bänden 23—38, 1919—1936 der Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1937. S. 21—47.

Teßtal. Mitteilungen für Heimatkunde im Landkreis Mährisch-Schönberg. Monatl. Beilage zum Mähr. Grenzboten. Seit April 1941 ff.

Volk an der Arbeit. Kulturpolitische Monatsblätter. Fortsetzung der „Heimatbildung". Hrsg. von Arthur Herr. Reichenberg 1937/38.

Volk und Gemeinde. Monatsblätter für Nationalsozialismus und Gemeindepolitik. Hrsg. von Rudolf Jung. Troppau 1919—1933.
Enthält auch viel aus dem zum heutigen Protektoratsgebiet zählenden Te ile Mährens.

Deutsche Warte. Deutschvölkische Wochenschrift. Olmütz 1900—1902.

Zeitschrift des deutschen Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens. Brünn 1899—1942. Ab 1943 als „Z. f. Gesch. u. Landeskunde Mährens.

Zeitschrift des Mährischen Landesmuseum. Hrsg. von der Museumsgesellschaft. Brünn 1901 ff.

Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte. Hrsg. von Wilhelm Wostry. Brünn 1937 ff.

Sudetendeutsche Zeitschrift für Volkskunde. Hrsg. von Gustav Jungbauer. Prag 1928 bis 1938.

Deutsche Zeitung, Olmütz. Tagblatt. 1919 ff.

Lebensbilder, Familiengeschichte, Sippenforschung, Anthropologie

Adolph, Rudolf: Heinrich Laus. Ein Leben für die Wissenschaft. In: Nordmährerland. 1942. S. 38—44 u. 2 Taf.
Darstellung des Lebenswerkes des Naturwissenschaftlers Heinrich Laus, der für die Pflanzenkunde Mährens und namentlich für die Sammlung und Ordnung der Naturdenkmale des Olmützer Kreises bahnbrechend gewirkt hat.

Anton Altrichter. Des Iglauer Volksforschers Leben und Schaffen. Zu seinem 60. Geburtstag hrsg. von Ignaz Göth. Iglau 1942. 110, S. und 1 Taf.

— Karl Hans Strobl. Ein Lebens- und Schaffensbild. Leipzig 1927. 125 S. u. 7 Taf.

Braß, Hermann. Biographische Hefte, Prag 1935. S. 7—24.
Darstellung des Lebens und Wirkens des nordmährischen Deutschtumsführers Hermann Braß.

Doerrich, Frimmel und **Staffe:** Abt Gregor Mendel. Brünn 1938. 30 S.

Eis, Gerhard: Hans Molisch, ein großer Deutschmährer. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1935. S. 537—577.

Fischer, Richard: Cesta mého života. [Der Weg meines Lebens.] Olmütz 1934. Bd. 1. 2.
Fischer, Tschechenführer Nordmährens und lange Jahre Bürgermeister von Olmütz, Rechtsanwalt.

Föhner, Josef: Theodor Knaute. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. Olmütz. 1916. S. 4—6.
Im gleichen Heft auch verschiedene andere Aufsätze über den um das Deutschtum Mährens hochverdienten Knaute, so von Josef Ad. Manda, Angela Drechsler, Hans Krick u. a.

Nordmährens Geschichtsschreiber Dr. Hans Kux. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 77—81.

Glück, Guido: Der mährische Volksschriftsteller Karl Josef Jurende. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1941. S. 290—292.
Jurende hat in den Tagen Bonapartes von Brünn aus entschieden die deutsche Idee verfochten; in seinen Kalendern „Der mährische Wanderer" und „Vaterländischer Pilger" hat er gemeinnützige Kenntnisse zu verbreiten gesucht.

Görlich, E.: Wenzel Cäsar Messenhauser. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1938. S. 213—216.
Ein Lebensbild dieses Deutschen aus Proßnitz i. M., der 1848 als Kommandant der Nationalgarde zu Wien standrechtlich erschossen wurde.

Grögler, Alfred: Verdiente mährische Forstwirte. In: Nordmährerland. 1942. S. 62—64, 133—136.

Wilhelm Güntschel. Zu seinem 50. Geburtstag. In: Deutschmährische Heimat. 1923. S. 104—106.
Güntschel hat Nordmährens Deutschtum als Wanderlehrer wecken und schulen helfen; von Hermann Braß als Wanderlehrer zum Bund der Deutschen Nordmährens berufen.

Jelinek, Hans: Karl Norbert Mrasek, ein Brünner Dichter. In: Deutschmährische Heimat. 1928. S. 69—72.

Karger, Karl: Hermann August Schnaufert. Ein Nachruf. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. Olmütz. 1907. S. 204—206.
Schnaufert, ein jung verstorbener alldeutscher Kämpfer, ursprünglich Schriftsetzer, dann Schriftleiter und Wanderlehrer beim Bund der Deutschen Nordmährens.

Klein, Friedrich: Die Nachfahren des Heinrich Wagner aus Nebes in Mähren. Zöptau 1930. 76 S. u. 11 Taf.

Knoebl, Adolf: Untersuchungen in drei nordmährischen Dörfern: Benke, Liebesdorf, Strupschein. Jena 1931. 69 S. = Anthropologische Untersuchungen in den Sudetenländern. Bd. 1.

— Untersuchungen in weiteren 18 nordmährischen Dörfern. Jena 1934. 181 S., 32 Taf. Mit einem Anhang: Gödl, H.: Neudorff in Nordmähren. = Anthropologische Untersuchungen in den Sudetenländern. Bd. 2.

— Der nordmährische Mensch. Ergebnisse anthropologischer Studien in 44 Dörfern Nordmährens. In: Deutschmähr.-schl. Heimat. 1937. S. 141—149.

Koberg, Fritz: Hermann Braß gestorben. In: Tagesbote, 20. Oktober 1938.

Koberg, Karl: Dr. Arthur Herr 50 Jahre alt. In: Nordmährerland. 1941. S. 151 bis 154.

Kornauth, Egon: Versuch eines Selbstbildnisses. In: Nordmährerland. 1941. S. 46 bis 48.

Krinninger, Joseph: Eine altmährische Gerberfamilie. Brünn 1931. 21 S.

Kühn, Karl: Ernst Machs Herkunft und Abstammung. In: Volk an der Arbeit. 1938. S. 268—269.
E. M. stammt aus Chirlitz bei Turas, das nun in Brünn eingemeindet ist, und ist deutscher Herkunft.

Kühnert, Otto: Karl Klement. Ein Lebensbild. In: Deutschmährische Heimat. 1923. S. 208—216.
Über den 1905 verstorbenen nordmährischen Geschichtsforscher.

— und Herbert **Schlusche**: Stadtarchivar Dr. med. Hans Kux. In: Amtsblatt der Hauptstadt Olmütz. 1940. S. 231—234.
Mit einer Kux-Bibliographie.

Lebens- und Arbeitsbilder sudetendeutscherLehrer. Pohrlitz 1932/33. Bd. 1. 2.
Darin auch weit über 100 dem Lehrerstand angehörige oder aus ihm hervorgegangene Deutschmährer behandelt, so Josef Adolf Manda, Kurt Jesser, Theodor Knaute, Grete Roller, Karl Schirmeisen, Heinrich Laus, Ignaz Göth, Vitus Stanzel, Franz Habermann, Johann Horntrich, Rudolf Maurer, Alois Naske, Josef Föhner usf.

Sudetendeutsche Lebensbilder. Hrsg. von Erich Gierach. Reichenberg 1926—1934. Bd. 1—3.
Darin auch verschiedene Mährer behandelt, so Karl Postl, Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach, Gregor Mendel, Oswald Ottendorfer usw.

Lick, Carl: Deutschmährisch-schlesische Heimat. 1930. S. 9—12.
Darstellung des Lebensganges und Werkes des Heimatforschers aus Zwittau i. M., der zur Geschichtsforschung seiner Vaterstadt Wesentliches beigetragen hat.

— Ein großer Zwittauer-Oswald Ottendorfer. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1928. S. 160—166.

— Oswald Ottendorfer. Das Lebensbild eines Wohltäters. Zwittau 1923.

Markus-Radkowich, Anton: Geschichte der Familie Markus schlesisch-mährischen Ursprungs. Neutitschein 1931. 80 S., 3 Tafeln und 37 Bilder.

Josef Matzura: Zur Vollendung seines 80. Lebensjahres. Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1931. S. 29—32.
M. hat um die Erforschung des deutschen Volkstums von Brünn, Wischau und Südmähren, wo er in Nikolsburg jahrzehntelang die Schloßbibliothek Dietrichsteins geleitet hat, Verdienste.

Müller von Asow, E. H.: Egon Kornauth. Wien 1941. 96 S.

Pilnáček, Josef: Staromoravští rodové. [Altmährische Geschlechter.] Wien 1901. 639 S. Mit vielen Tafeln, Stammbäumen u. Wappen.
3170 altmährische, vorwiegend adlige Familien werden behandelt.

Raab, Adolf: Die bürgerlichen Familien vom Turm in Böhmen und Mähren. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1904. S. 447—464.

Röder, Julius: Familienforschung vom 17. bis 19. Jahrhundert. In: Sudetendt. Familienforschung. 1932/33. S. 1—6.
Darin auch aus Kojetein in Mähren ein Beispiel.

— Die Nachkommen von Moses (Josef) Zweig. Eine Nachfahrenliste. Olmütz 1932. 29 S. und 6 Stammtafeln.
Aufschlußreich über das in Proßnitz, Olmütz und Brünn seinerzeit mächtige Judentum, das u. a. die Malzindustrie beherrschte. Der Proßnitzer Moses Zweig (1750—1840) war der Stammvater von Familien in Wien, Olmütz, Brünn, Salzburg und Jerusalem, unter anderen des Dichters Stefan Zweig.

Saliger, Richard: Dem Gedenken Theodor Knautes. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1936. S. 2—3.

Schaukal, Richard: Meine Kindheit. In: Deutsche Heimat. 1931. S. 556—560.
Brünn als Heimatstadt des Dichters Schaukal.

— Herkunft und Anfänge. Kennzeichen. Eine Selbstdarstellung. In: „Deutschmährische Blätter". Nr. 3. Mittn. der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst in Brünn. Beilage zum „Tagesboten", 21. April 1929.

Schneeweiß, Eduard: Biographie des P. Magnus Ziegelbauer. 1688—1750. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1916. S. 126—159.

Sedlatschek, Erich: Walther Hensel, ein Fünfziger. In: Volk an der Arbeit. 1937, S. 310—312.
Stammt Hensel auch aus dem Schönhengstgau, so war doch sein Volksliedersammeln und seine Finkensteiner Singbewegung für ganz Deutschmähren hoch bedeutsam.

Soffeé, Emil: Josef Viktor Widmann. Brünn 1917. 34 S.
Der Schweizer Dichter Widmann stammte aus Nennowitz bei Brünn.

— Charles Sealsfield. Karl Postl. Brünn 1922. 66 S.

— Peter Ritter von Chlumecky. Brünn 1903. 50 S.
Über einen wichtigen, 1863 im Alter von erst 38 Jahren verstorbenen Geschichtsforscher Mährens, dem wir ein großes Werk über Karl von Zierotin (mit einem Beilagenband) und eine gut kommentierte Ausgabe der Chronik des Brünner Apothekers und Ratsmitgliedes Georg Ludwig (1555—1609) verdanken.

— Der Brünner Theaterdirektor Heinrich Schmidt. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schl. 1903. S. 357—369.

Stauf von der March, Ottokar: Der Hexendechant von Mährisch-Schönberg. Kulturgeschichtlicher Heimatroman. Freudenthal 1924.
Der 1868 zu Olmütz gebürtige, 1941 in Wien verstorbene Dichter und Schriftsteller behandelt hier die auch stark nach Olmütz hineinspielenden Hexenverfolgungen der letzten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts und den damals verbrannten Pfarrer Lautner.

— Lebensbild zu seinem 55. Geburtstag. In: Deutschmährische Heimat. 1923. S. 145—147.

Steiger, Anton: Dipl.-Ing. Karl Koberg 50 Jahre alt. In: Nordmährerland. 1941. S. 248 bis 250.

— Zum 50. Geburtstag des Reichskommissars Reichministers Dr. Artur Seyß-Inquart. Erinnerungen an seine Olmützer Jugendzeit. In: Nordmährerland. 1942. S. 266—272.

Stolz, Hans: Der große deutschmährische Chemiker Anton Schrötter. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1935. S. 546—547.

Strobl, Karl Hans: Karl Norbert Mrasek. Ein Brünner Dichter. In: Der Ackermann aus Böhmen. 1934. S. 561—565.

Strzemcha, Paul und Paul **Kirsch:** Dr. Wilhelm C. Schram. Ein Gruß zum 75. Geburtstage. In: Deutschmährische Heimat. 1925. S. 49—52.

— Hugo Franz Altgraf zu Salm. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1916. S. 14—31.
Ein hochverdienter deutscher Patriot Mährens aus den Tagen Napoleons I. Bonaparte wird hier dargestellt, zugleich ein Bahnbrecher der Landeskultur und der Industrie in Mähren.

— Der mährische Literaturhistoriker Julius Feifalik. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1907. S. 224—238.

Der Sudetendeutsche. Mitteilungen des Sudetendeutschen Heimatbundes. Berlin 1937 und 1938.

Thum, Hugo: Ottokar Stauf von der March. Ein Gedenken. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1941. S. 440—442.

— Ottokar Stauf v. d. March. Ein nordmährischer Dichter. In: Nordmährerland. 1942. S. 70—73.

Uhlirz, Mathilde: Johann Loserth zum 80. Geburtstag. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1926. S. 1—8.
Der aus Mähren stammende Historiker Loserth hat auch über Mährens Deutschtum viel geforscht, namentlich über die Täufer.

Unserem Knaute zum Gedächtnis. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1916. S. 10 bis 13.
Theodor Knaute, Olmütz, im Volkstumskampf Mährens einer der führenden deutschen Männer von 1886 bis zu seinem Tode am Weihnachtsabend 1915.

Viktor Wall. Lebensbild. In: Deutsche Heimat. 1928. S. 307.
Der Dichter Wall war gebürtiger Mährer.

Wenzelides, Otto: Hermann Braß, der Älteste der sudetendeutschen Schutzarbeit. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1935. S. 67—69.

— Hermann Braß. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1938. S. 644—645.

Zimprich, Richard: Gedenkblatt für Dr. Johann Kux. In: Sudetendeutsche Monatshefte, 1940. S. 364—366.

— Franz Spunda. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1940. S. 23—25.
Beim Dichter Spunda ist „die fruchtbare Einbeziehung der deutschen Vergangenheit in das drängende völkische Leben der Gegenwart als das dichterisch überhöhte Erlebnis seiner alten und heißumkämpften Vaterstadt (Olmütz) anzusehen."

— Dr. Richard Purschke zum Gedächtnis. In: Nordmährerland. 1941. S. 150—151.

Kulturgeschichtliches, Volksbildung, Wohlfahrtspflege

Altrichter, Anton: Karl Hans Strobl und seine mährische Heimat. In: Deutschmährische Heimat. 1923. S. 41—47.

— Tribus saeculis peractis, 1631—1931. Festschrift des Staatsrealgymnasiums in Nikolsburg. Nikolsburg 1931. 143 S.
Gut ausgewählte Bilder aus der Entwicklung des Oberschulwesens in den letzten drei Jahrhunderten, die für ganz Mährens Geistes- und Kulturgeschichte aufschlußreich sind.

— F. J. Schwoy, der Vater der mährischen Heimatforschung. Zu seinem 200. Geburtstag. In: Brünner Tagblatt, 10. Dezember 1942.

Autonomie. Brünner Montagsblatt, 20. u. 27. März und 3. April 1916.
Gegen die Länderautonomie für nationale Selbstverwaltung durch Scheidung der beiden Volksstämme.

Baeran, Alois: Die staatlichen Lesebücher. In: Brünner Montagsblatt 5. und 19. Dezember 1921.
Gegen verlogene Verhetzung der Schulkinder.

— An mein Enkelkind. Gedichte. Berlin 1937. 159 S.
Baeran, der Brünner Obermagistratsrat und deutsche Abgeordnete, den die tschechische Regierung als angeblichen deutschen Spion mit jahrelanger schwerer Kerkerhaft gepeinigt hatte.

— Deutsches Hochschulwesen in der Tschechoslowakei. In: Bayrische Hochschulzeitung, 10. Januar 1933.
Darin wird auch die Brünner deutsche technische Hochschule behandelt.

Bittner, Konrad: Deutsche und Tschechen. Zur Geistesgeschichte des böhmischen Raumes. Brünn 1936. 256 S.
Bd. 1: Von den Anfängen zur hussitischen Kirchenerneuerung. Bittner ist Mährer und sein „böhmischer Raum" umfaßt auch Mähren.

Freising, Josef: Vor 300 Jahren. Aus schwerster Kriegsnot der Heimat. In: Südmährische Bilder aus der Zeit des 30jährigen Krieges. 48 S.

Freude, Felix: Eine verschollene Schrift des Freiherrn von Petrasch. In: Zeitschr. d. mähr. Landesmus. Brünn 1908, S. 121—138.

Grolig, Moriz: Die Freimaurerbibliothek des mähr. Landesmuseums. 1908.

Haas, Gustav: Der Buchhandel in Mähren und Schlesien bis 1848. Der Buchhändler. Reichenberg. 1925. S. 13—15.

Herr, Artur: Kulturdemokratie. Zu Dr. Hodžas Brünner Kongreßrede. In: Bohemia, 12. Juli 1928, auch in der „Sudetendeutschen Tageszeitung" usf.

— Mehr Gemeinsinn! Gegen den Mährisch-Ostrauer Ramschbuchhandel. In: Gemeindebücherei. Teplitz 1935, Aprilheft.

Ja, in Mähren ist's ganz anders. In: Deutsches Blatt, 16. Februar 1901.
Leitaufsatz über zum Tschechentum übergelaufene Deutsche und Halbdeutsche in führenden politischen Stellungen Mährens.

Fünf Jahre deutscher Bauernschularbeit. Bad Ullersdorf 1929. 128 S.
Gottfried Erhard Bürger, Friedrich Bürger und Franz Künzel berichten über Tätigkeit, Zielsetzung und Erfolge des Ullersdorfer Erziehungswerkes für die deutsche Bauernschaft Mährens.

Jesser, Franz: 18 Jahre Volksbildungsarbeit! In: Deutsche soziale Rundschau. 1911/12. S. 232—241.
Behandelt die „Ottendorfersche freie Volksbibliothek und Lesehalle" in Zwittau in Mähren.

— Sudetendeutsche und tschechische Kultur. In: Bohemia, 7. März 1922.

— Heimatkundliche Volkserziehung. In: Deutsche Zeitung, 15. August 1919.

— Die deutschösterreichische Provinz und die geistige Oberschicht. In: Deutsche Arbeit, 1916/17. S. 275—279.

— Anteil der Tschechen an der Weltkultur. In: Deutsche Arbeit, 1917/18. S. 143 bis 149.

Koberg, Fritz: Johann Kopp aus Hohenfluß, ein Heimatbildner aus Nordmähren. Reichenberg 1923. 12 S.
Über einen 1917 verstorbenen Sonderling, der für sein heimatliches oberes Marchtal Volkserzieher und Organisator geworden war.

— Kulturleistungen deutscher Mährer und Schlesier. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1937. S. 16—23.

Koberg, Karl: Zur Stilkunde des Kirchenlebens im Sudetenraum. Eine Betrachtung zu Winters „1000 Jahre Geisteskampf im Sudetenraum". In: Der Ackermann aus Böhmen. 1938. S. 419—423.

Kubelka, Franz: Zur Fortbildungsschulreform in Mähren. In: Deutsche soziale Rundschau. 1912. S. 268—274.

Kulturfreunde an der Arbeit. In: Brünner Monatsblatt, 29. September 1919.
Gegen die Unterdrückung der deutschen Schulen in Mähren.

Lehmann, Emil: Heimatkundliche Volkserziehung. Gedanken und Wege zur Heimatbildung in den deutschen Sudetenlanden. Reichenberg 1921. 103 S.

Los von Rom, Herr Pfarrer! Deutsches Blatt, 4. März 1902.
Leitaufsatz. Aus der Wischauer deutschen Volkstumsinsel. Gegen tschechische Pfarrereinflüsse und tschechische Lehrer an den deutschen Schulen in Kutscherau und Hobitschau.

Manda, Josef: Unser deutschmährischer Lehrerbund. Dreißig Jahre Geschichte seines Ringens und Schaffens. Brünn 1913. 183 S.

— Deutsche Antwort auf die Angriffe der Gegner. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1906. Beilage zu Nr. 13.

Míchal, E.: Nejstarší moravské noviny z r. 1590. [Die älteste mährische Zeitung aus dem Jahre 1590.] Olmütz 1930. 4. S.

Parnaß. Mährisch-schlesischer Almanach für Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft. Hrsg. von Wilhelm Kosch und August Potuczek. Brünn 1930.

Preibsch, Hubert: Der unsterbliche Bauer. Brünn 1933. 64 S.

Raab, Adolf: Die mährischen Kirchen, ihre Namen und die kulturgeschichtliche Bedeutung derselben. In: Zeitschr. d. mähr. Landesmus. 1909. S. 68—91.

Röder, Julius: Judentaufen in Mähren-Schlesien während der letzten Regierungsjahre Maria Theresias. In: Sudetendeutsche Familienforschung. 1935/36. S. 142—146.

— Zur Geschichte des Volksschulwesens im Vormärz. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge. 1935/36. S. 14—22.

Roller, Grete: Was müßte jeder Deutsche in Mähren wissen. In: Deutschmährische Heimat. 1928. S. 266.
Über die Notwendigkeit des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge.

— Deutsche Fürsorgearbeit in Mähren. In: Deutsche Arbeit. 1913/14. S. 544—546.

Ferdinand von Saar, dem Dichter der mährischen Heimat. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1906. S. 193—200.

Saliger, Richard: Ein Beitrag zur Schulgeschichte der Heimat. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1936. S. 71—73.
Über die Wirksamkeit Jurendes in Kunewald.

Schmidtmayer, Alfred: Comenius und seine Zeit. In: Der Ackermann aus Böhmen, 1933. S. 549—564.

— Martin Nessel, ein vergessener Poet des 17. Jahrhunderts. In: Der Ackermann aus Böhmen. 1933. S. 241—247.
Nessel stammte aus Mährisch-Weißkirchen und wirkte gegen Ende seines Lebens in Brünn.

Schollich, Ernst: Kramarsch-Tusar-Czerny. Brünner Montagsblatt, 18. Okt. 1920.
Über die Einsichts- und Aussichtslosigkeit der tschechischen Gewaltpolitik.

Scholtis, August: Das Eisenwerk. Roman. Berlin 1939. 357 S.
Gemeint ist wohl das Eisenwerk Witkowitz in Mähren, hart an der Grenze Schlesiens und des Hultschiner Ländchens. Der Roman spielt in der Vorkriegszeit und zeigt die Industrialisierung.

Mährens Schulwesen im Schuljahr 1901/02. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1903. S. 125—126.
Mähren hatte damals 63 deutsche und 73 tschechische Bürgerschulen, 701 deutsche, 1733 tschechische und 11 zweisprachige Volksschulen — bei deutscher Landtagsmehrheit!

Skutil, Josef: Moravská musea. [Die mährischen Museen.] Brünn 1941. 191 S.

Spina, Franz: Beiträge zu den deutsch-slawischen Literaturbeziehungen. Die alttschechische Schelmenzunft. Prag 1909. Bd. 1.
In der Einleitung Allgemeines über die deutsch-tschechischen Kulturbeziehungen, für die namentlich Mähren eine Brücke gewesen ist.

— Die altčechische Katharinenlegende der Stockholm-Brünner Handschrift. Einleitung. Text mit Quellen. Wörterbuch. Prag 1913. Bd. 1—3.

Steiger, Anton: Kremsier, das mährische Athen. In: Mährisch-schles. Landesztg., 18. Juli 1942.

Stowitschek, Franz: Vampyr- und Hexenglaube in der Heimat. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 135—143, 1927. S. 17—22, S. 49—53, 82—86.

Stuckenschmidt, H. H.: Musik in Böhmen und Mähren. In: Ostland. 1940, S. 194—198.

Strzemcha, Paul: Die Olmützer Dichterschule. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1908. S. 278—299.
Vor allem wird Josef Leonhard Knoll (1775—1841) behandelt, dann dessen Schüler Michael Franz von Canaval und Johann Schön. 1909. S. 50—66: Die jüngere Generation.

Teichmann, Hedwig: Er kam zu uns. Roman. Müglitz 1935. 320 S.
Bischof Bruno von Schaumburg und sein Werk deutscher Siedlung in Mähren.

Wenzelides, Otto: Das Altvater-Beskidenland und seine geistige Leistung für das deutsche Volk. Troppau 1941. 122 S. und 1 Kt.

Widdel, Wilhelm: Deutsches Theater in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 25—29, S. 61—66.

— Deutsches Theaterleben in Mährisch-Ostrau. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 232—234.

Winter, Eduard: 1000 Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Das religiöse Ringen zweier Völker. Salzburg 1938. 442 S.

Zatschek, Heinz: Ein deutsches Vorbild für die mährische Urkundenschrift. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1938. S. 176—182.

Zimprich, Richard: Das deutsche Handelsschulwesen in Böhmen und Mähren. In: Die deutsche Berufserziehung. Ausgabe B: Kaufmännisches Schulwesen. Jg. 20 S. 133—135.

— Vergessene Erzählungen aus Nordmährens deutscher Vergangenheit. In: Olmützer Monatsprogramm. Sept. 1941. S. 18.

— Die ostdeutsche Sendung des mährischen Raumes. In: Nordmährerland. 1941, S. 171—174.

— Der mährische Anteil an der Entfaltung und Verbreitung der Buchdruckerkunst. In: Olmützer Monatsprogramm. Juni 1940. S. 3—5.

Nationaler Kampf, deutsche und tschechische Volkstumsarbeit und Politik

Vergleiche die Abschnitte Olmütz und Brünn!

Altrichter, Anton: Der Volkstumskampf in Mähren. St. Pölten 1940. 32 S.

Altvaterbote. Monatsschrift für die deutsche Schutzarbeit in Mähren und Schlesien. Hrsg. von Fritz Burschofsky. Hohenstadt 1924ff.

Sudetendeutsche Arbeit. Hrsg. vom Verband christlicher Gewerkschaften. Zwittau 1925—1938.
Im Heft 4 des Jg. 1928 dieser „Schriftenreihe für die Bestrebung christlicher Sozialreform" eine Bilanz der sudetendeutschen Entwicklung 1918—1928 im Leitaufsatz von Franz Jesser „Politische Jubiläums-Gedanken".

Aus den Leiden eines deutschen Minoritätsschullehrers. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1906. S. 290.

Baeran, Alois: Zur Lex Perek. In: Brünner Vortragsblatt. 2. Dezember 1918.

— Viator Secundus: Briefe an Masaryk. Heidelberg 1933. 211 S.

— Protest und Bitte. Nördlingen o. J. 8 S.

— Tschechische Justiz. Ein offener Brief an den Prager Justizminister. Münchenberg o. J. 47 S.

— Alois Baeran, ehem. Obermagistratsrat und Abgeordneter der Stadt Brünn. Kulmbach 1929. 10 S.

Baeran, Alois: Abg. Dr. Alois Baeran vor dem Prager Schwurgerichte. Brünn 1923. 263 S. mit 1 Beil.

Tschechische Begehrlichkeit. In: Deutsche Zeitung, 23. August 1919,
Darlegung der tschechischen Bestrebungen nach deutschem Boden Mährens im Zuge der „Bodenreform".

Bericht 1932 des Bundes der Deutschen Nordmährens. Olmütz 1933. 32 S.

Deutsche Bevölkerungsbilanz in Mähren. In: Deutsche Arbeit. 1927. S. 317—323.

Burschofsky, Ferdinand: Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung in Österreich. Hohenstadt 1913. Bd. 1. 2.
1898—1904 besteht der „Reichsverband deutscher Gehilfen- und Arbeiter-Vereinigungen Österreichs" mit dem Sitze in Mährisch-Trübau, ein namentlich in Nordmähren zeitweise starker Ansatz für das Gedankengut der späteren DNSAP. und der NSDAP.

Der Fall von Mährisch-Weißkirchen. In: Deutsches Blatt, 4. Dezember 1912.
Die liberale Verwirtschaftung einer deutschen Stadt wird aufgezeigt.

Finger, A.: Die Justiz gegen die sudetendeutschen Äußerungen zum Brünner Volkssportprozeß. Halle 1933. 50 S.

Fischer, Richard: Loštice ve svém národním, kulturním a hospodářském vývoji od r. 1848. [Loschitz in seiner nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Jahre 1848.] Olmütz 1914/16. Bd. 1, 2.

Flugblätter für Deutschösterreichs Recht. Hrsg. von Dr. A. (R. v.) Wotawa. Wien 1919. Nr. 14: Denkschrift der Deutschen Mittelmährens, unterbreitet der Friedenstagung zu Paris. Nr. 20: Die Olmützer Sprachinsel. Mit 1 Kt. Nr. 21: Deutschsüdmähren an Wilson. Nr. 22: Das ostmährisch-schlesische Industriegebiet — eine selbständige neutrale Republik?

Frank, Karl Hermann: Von der Verpflichtung der Deutschen in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 425—426.

Die Frage der Autonomie der Hochschulen. Stellungnahme des Professorenkollegiums d. Deutschen techn. Hochschule in Brünn. Brünn 1931. 46 S.

Freising, Josef: Der Turngau Südmährens und seine Geschichte. Znaim 1938. 119 S.

25 Jahre Nordmährerbund. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1911. S. 261—262.

Gans, H.: Die Entwicklung der Sprachgrenze westwärts und ostwärts der Oderpforte im Laufe eines Jahrhunderts. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1937. S. 258—260.

Das schwarz-weiße Gespenst. Ein tschechisches Sendschreiben. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. Olmütz. 1907. S. 274—276.
Übersetzung einer vom tschechischen Handelsverein für Mähren in Hunderttausenden von Stücken an Schulkinder verteilten Hetzschrift gegen die deutsche Wirtschaft, das Gespenst der Preußenherrschaft.

Tschechische Gewaltherrschaft in den ehemals deutschen Städten Mährens. In: Deutsches Nordmährerblatt. 1904. 2. Januar: Kremsier. 9. Januar: Wischau. 16. Januar: Littau. 23. Januar: Proßnitz.

Neue Gewalttaten gegen deutsche Minderheitsschulen im Lande des Musterausgleichs. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1912. S. 282—284.
Fortdauer des Schulkampfes zu Markt Türnau, Sperrung der deutschen Schulvereinsschule dort, trotz des mährischen Ausgleichs von 1905: Achtzig deutsche Schulkinder ohne deutschen Unterricht! Übergriffe gegen die deutschen Schulen auch in Eibenschitz, Sebrowitz bei Brünn, Schimitz bei Brünn, Wallachisch-Meseritsch usf.

Gewitsch. Was sich die Tschechen heute alles erlauben dürfen. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1901. S. 244.
Bericht über die Knebelung der deutschen Bürgerschule zu Gewitsch, von der man bald würde sagen können: „Sie ist gewesen!" Dazu der Schluß über die Deutschliberalen Mährens „Und im Landtage haben die Deutschen — so sagt man — die Mehrheit! Man sieht es an den Früchten, wie sehr diesen Herren das Heil und die Größe ihres Volkes am Herzen lag. Wo ist der Retter mit dem eisernen Besen?"

Güntschel, Wilhelm: Bericht des Wanderlehrers, erstattet bei der Hauptversammlung (des Bundes der Deutschen Nordmährens) in Brünn am 6. Juli 1924. Olmütz 1924. 7 S.

Hartmann, Hugo: Die deutsche Volksschule der Sudetenländer Böhmen, Mähren, Schlesien in ihrem Werdegange 1918/19—1928/29. In: Der Weg. 1930. S. 97—103.

— Im Kampfe um deutsche Schule und Scholle. Markt Türnau 1913. 36 S.
Packende Schilderung der Leidensgeschichte der deutschen Schule zu Markt Türnau in Mähren.

Heger, Franz: Volkstum auf Vorposten. Dux 1936. 112 S. und zahlreiche Bilder und Kartenskizzen.
Die deutschen Sprachinseln in der tschechosl. Republik, namentlich die in Mähren, werden bündig und klar dargestellt.

Hirth, Fritz und Hermann **Braß**: Der mährische Landtag 1906—1912. Hohenstadt 1913. 48 S.
Rechenschaftsbericht mit Verteidigung des mähr. Ausgleichs von 1905.

Hýsek, Miroslav: Dějiny t. zv. moravského separatismu. [Geschichte des sogenannten mährischen Separatismus.] Brünn 1909. 52 S.

Jesser, Franz: Nationale Autonomie? In: Deutschösterreich — Deutsche soziale Rundschau. 1917. S. 1—8.
Gegen die Gewährung der nationalen Autonomie in Österreich.

— Der Nationalstaatsgedanke. In: Deutschösterreich — Deutsche soziale Rundschau. 1916. S. 45—48.

— Österreichische Kulturpolitik! In: Deutschösterreich — Deutsche soziale Rundschau. 1915. S. 125—132.

— Deutschnationale Politik und österreichische Staatspolitik. In: Deutschösterreich — Deutsche soziale Rundschau. 1915. S. 4—9.

— Ausgleich und nationale Autonomie. In: Deutsche soziale Rundschau. 1913. S. 137 bis 141.

— Wir und die Tschechen. In: Deutscher Volksbote. 29. August 1909.

— Zwanglose Bemerkungen zur nationalen Frage in den Sudetenländern. In: Deutsche soziale Rundschau. 1912. S. 193—200, 229—240.

— Aufbau der völkischen Organisation. In: Deutsche Zeitung. 13. April 1921.

— Bedenkliche Erscheinungen in der deutschen Nationalpolitik. In: Tagesbote, 21. Juli 1917.

— Der deutschösterreichische Erbfehler. In: Tagesbote, 15. Mai 1917.

— Die sozialen Motive der tschechischen Politik. In: Tagesbote, 19. Juli 1922.

— Traum vom tschechischen Paradies. In: Deutsche Zeitung, 14. Sept. 1919.

— Randdeutsche und Inseldeutsche. In: Bohemia, 22. Juni 1919.

— Das tschechisch-deutsche Problem als ein europäisches Problem. In: Bohemia, 11. Jan. 1919.

Jesser, Franz: Die Deutschen und der tschechische Staat. In: Deutsche Zeitung, 3. Aug. 1919.

— Die Provinz Deutsch-Mähren. In: Zwittauer Nachrichten, 22. Juni 1918.

— Nationaler Sozialismus als Zeitwende. Rede zu Mährisch-Ostrau. In: Deutsche Post, 14. März 1933.

— Jahresbilanz der Ústřední matice školská. In: Deutscher Volksbote, 6. März 1902.

— Abermals Bilanz der Jednota. In: Deutscher Volksbote, 27. Juli 1902.

— Alpenländer und Sudetenländer. In: Österreichische Volkszeitung, 25. Juli 1912.

— Schutzverein, Schutzarbeit und Arbeiter. In: Altvaterbote, 1928. S. 133—135.

— Die Schutzvereine und die nationale Frage. In: Deutscher Volksbote, 22. Mai 1910.

— Zur Gründungsgeschichte des deutschen Volksrates. In: Deutscher Volksbote, 21. Januar 1906.

— Elemente der österreichischen Politik. In: Österreichische Rundschau, 15. Juni 1915.
Nach einer Rede im Konzerthaussaal zu Wien, umgearbeitet dann als Denkschrift übergeben an Freiherrn von Chlumetzky und durch diesen an Kaiser Franz Josef.

— Die Deutschen in Mähren und die nationale Autonomie. In: Deutsche Arbeit, 1917/18. S. 342—344.

— Rede am Parteitag der DNSAP in Mährisch-Schönberg. In: Neue Zeit, 22. Mai 1926.

— Mehr soziale Arbeit in den Schutzvereinen. In: Deutscher Volksbote, 31. Juli. 1910.

— Matice gegen das Brünner Theater. In: Deutscher Volksbote, 16. November 1902.

— Von der nationalen Autonomie zum Völkerbundesstaat. In: Tagesbote, 26. Juni 1917.

— Deutschtum auf Kündigung! In: Deutsches Nordmährerblatt, 12. Okt. 1912.
Leitaufsatz; gegen Treibereien klassenegoistischer Art.

Im goldenen Zeitalter der lex Perek. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1906. S. 271 bis 272, 286—288.
Schilderung mährischer Schulzustände in den Städten mit deutscher Minderheit Trebitsch und Littau.

Jury, Hugo: Die NSDAP. in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 286—287.

Schulsprengelfremde deutsche Kinder. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1913, Beilage zu Nr. 18, S. 8—9.

Klepetář, Harry (Jude): Der Sprachenkampf in den Sudetenländern. Warnsdorf 1930. 152 S.
Schon das Leitwort von Masaryk „Sprachenrecht ist eine Verkehrsfrage" zeigt die oberflächliche Auffassung, an der das deutschfreundliche Getue nichts ändert. Koerbers Sprachengesetzentwurf für Mähren vom 8. Mai 1900 S. 115ff., der mährische Ausgleich S. 123—124.

Knaute, Theodor: Eine Bombe? Deutschmährisches Schulblatt. 1901. S. 277—278.
Scharfe Zurückweisung des Internationalismus in der Lehrerschaft, da „selbst die tschechischen Sozialdemokraten sich zu ihrem Volkstum bekennen, während es leider Deutsche genug gibt, die im Allerweltsdusel ihr Volkstum verraten."

Koberg, Fritz: Der beispiellose Aufstieg der Tschechen. In: Deutsche Heimat. 1928. S. 452—456.

— Zum Gautag des deutschen Kulturverbandes. In: Tagesbote, 22. Oktober 1932. S. 3.
Darin Bericht über den Kampf gegen die Vertschechung der Kinder in Mähren und über den Schulschutz.

— Der Aufstieg der Tschechen in den letzten hundert Jahren. 62 S. Reichenberg 1929.
Behandelt auch die Entwicklung in Mähren, namentlich die im 19. Jahrhundert: S. 44—47.

— Auf des Messers Schneide. In: Deutsche Zeitung, 30. Juni 1920.
Leitaufsatz gegen Gewalttaten der Legionäre in Mähren.

— Deutsche Gewinn- und Verlustliste für Mähren 1908. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. Olmütz, 1909. S. 2—4.

Krebs, Hans: Der „Volkssport-Prozeß." Ein Tatsachenbericht über die Brünner Gerichtsverhandlung vom 8. Aug. bis 14. Sept. 1932. Aussig 1932. 472 S.

Kubelka, Franz: Zur Frage der nationalen Teilung auf dem Gebiete der gewerblichen Organisation in Mähren. In: Deutsche soziale Rundschau. 1913. S. 247—252.

— Gewerbliche Mittelstandspolitik und nationale Autonomie in Mähren. In: Deutsche soziale Rundschau. 1912. S. 444—451.

Kubis, Adolf: Čechové a Němci na Moravě. [Tschechen und Deutsche in Mähren.] Olmütz 1914. 19 S.

— Pro očistu Moravy. [Um die Reinigung Mährens.] Olmütz 1907. 40 S.
„Reinigung" heißt für Tschechen vom Schlage des Kubis: Deutsche hinaus!

Kudela, Josef: Brno v boji za svobodu. [Brünn im Kampfe für die Freiheit.] Brünn 1935. 156 S.

Lehmann, Emil: Deutsches Volkstum auf Vorposten. Leipzig 1918. 44 S.

Die „Lex Perek" vor dem Verwaltungsgerichtshof. In: Deutscher Schulwart. 1908/9. S. 269—270.
Entgegen der Gesetzesverordnung „Perek" von 1905 erklärte in Einzelfällen der Verwaltungsgerichtshof den Vaterwillen bei Schuleinschreibungen als maßgebend, nicht das Sprachkönnen des Kindes.

List, Rudolf: Der große Gesang. Eine mährische Rhapsodie. Brünn 1941. 195 S.
Südmährischer Roman aus den nationalen Kampftagen 1933—1938.

Mängel in der Wertung Böhmens und Mährens. In: Ostland. 1942. S. 190—193.

Das Märchen der tschechischen Großmutter. Wie der tschechischen Schuljugend der Deutschenhaß eingeimpft wird. In: Tagesbote, 19. Januar 1928. S. 3—4.

Übersetzung aus einem in Prag erschienen tschechischenen Schulhandbuch für den Tschechischunterricht, das in 4. Auflage erschienen und auch in Mähren verbreitet war, mit dem Aufsatz: „Ein Märchen, das die Großmutter nach 100 Jahren ihren Enkeln erzählen wird: Es war einmal ein großes Reich und darin herrschte ein hundertköpfiger Drache ... Man nannte ihn Germania. Er ... erwürgte ganze Völker, die an sein Reich grenzten. Teile unterwarf er sich und machte sie zu seinen Knechten. Da bekam er auch Lust nach einem kleinen Ländchen ... usw. Thomas, der Sohn eines armen Kutschers aus diesem Ländchen, tötet dann den Drachen, der die ganze Welt zu unterjochen in den Kampf gezogen war. Die Köpfe des Drachens Germania aber hätten geheißen: Lüge, Neid, Gewalt, Roheit, sklavische Unterjochung, Unehrlichkeit usw."

Auch eine Maßregelung. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1901. S. 39—40.
Bericht über den Ausschluß von vier deutschen Lehrern aus dem liberalen „Verein fortschrittlicher Lehrer und Schulfreunde in Brünn" wegen ihrer Zugehörigkeit zum nationalen „Brünner Lehrerverein".

Völkisches Merkblatt für Mähren. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr., Olmütz. 1907. S. 73—74.
Über tschechisches Vordringen in Brünn und Olmütz, Schulkampf in Littau, Mährisch-Kromau, Nebotein u. a. S. 162—163. Über Schulkampf, Ämtervertschechung usf. 1908, über das 2. Halbjahr 1907, S. 1—4.

Deutsche Minderheitsschulen in Mähren. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1908. S. 264—265, 311—312.
Behandelt die deutschen Volksschulen in Wischau, Prerau und Ungarisch-Hradisch.

Müller, Karl Valentin: Umvolkungsvorgänge im Sudetenraum. In: Deutsche Volksforschung. Brünn, 1939. S. 30—51.

Oberschall, Albin: Die gegenwärtige Stärke der politischen Parteien aller Völker der tschechosl. Republik. Auf Grund der Wahlen in den Jahren 1923 und 1924. Prag 1925. 51 S.

Pfitzner, Josef: Sudetendeutsche Einheitsbewegung. Karlsbad 1937. 105 S.

Proßnitz. Bericht. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1906, S. 209.
Der Oberlehrer der deutschen Knabenvolksschule Tscheche; bei der Werbung für die Einschreibungen wurde den Eltern der Schüler als der Wille des Kaisers selbst vorgespiegelt, daß nun alle Kinder in die tschechischen Schulen gehen sollten.

Raynoschek, Gustav: Übersichtstafel über die Tätigkeit der deutschen Schutzvereine und der tschechischen Gegenvereine in Mähren nach ihren letzten Jahreberichten. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. Olmütz. 1909. S. 31—34.

Rechtskampf der sudetendeutschen Hochschulen. Brünn 1937. 108 S.
Der Verband deutscher Akademiker, Brünn, berichtet über die Einspruchskundgebungen gegen tschechische Hochschulgesetzentwürfe.

Reinold, Karl: Tschechisches Staatsrecht. In: Deutsch-Österreich — Deutsche soziale Rundschau. 1917. S. 155—161.

Schnaufert, Hermann August: Deutsche Gewinn- und Verlustliste für Mähren 1905/6. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. 1907. S. 1—4.

Schollich, Ernst: Die deutschvölkische Jungmannenbewegung in Mähren. In: Deutsche Arbeit. 1913/14. S. 503—508.

— Der Nordmährerbund. In: Altvaterbote. 1936. S. 207—213.

Schubert, Anton: Zur Frage der Errichtung einer deutschen Universität in Mähren und Schlesien. Brünn 1901. 22 S.

Die Schülereinschreibungen an deutschen Minderheitsschulen Mährens. In: Deutschmährisches Schulblatt. 1906. S. 219—224.

Mährische Schulzustände. In: Deutschmährisches Schulblatt. 8. September 1901.
Leitaufsatz. Gegen den Unterricht an Klassen mit mehr als 80 Schülern.

Der 22. September 1901. Ein Denkmal tschechischer Kultur. In: Deutsche Warte. 28. September 1901.
Leitaufsatz über tschechische Ausschreitungen in Littau gegen das große deutsche Fest anläßlich der Einweihung des zweiten deutschen Kindergartens von Littau.

Sieber, Josef: Der mährische „Ausgleich" von 1905. In: Volksdeutsche Zeitung, 5. November 1939.

Skene, Alfred: Der nationale Ausgleich in Mähren 1905. Wien 1910. 98 S.

Spann, Othmar: Über einige wirtschaftliche Bedingungen des Nationalitätenkampfes. In: Deutsche soziale Rundschau. 1913. S. 577—581.
Mähren hatte damals, was Spann aufzeigt und beleuchtet, an Eheschließungen bei den Tschechen ein Mehr von 40 vom Tausend, aber Kindersterblichkeit in den deutschen Bezirken 262 vom Tausend, in den tschechischen 225 vom Tausend.

Spina, Franz: Etwas deutsch-mährische Statistik in tschechischer Beleuchtung. In: Deutsche Arbeit. 1913/14. S. 642—643.
Über die Ergebnisse der Volkszählung in Olmütz in den Jahren 1890, 1900 und 1910 und den Zuwachs des Tschechentums, das zur Mehrheit wird.

Steiger, Anton: Nordmähren, das klassische Land der Schutzarbeit. In: Olmützer Monatsprogramm. Sept. 1941. S. 8—11.

Trunz, Ada: 50 Jahre Nordmährerbund. In: Altvaterbote. 1936. S. 131—136.

— Gründung des Nordmährerbundes vor 55 Jahren. Aus seiner Arbeit. In: Nordmährerland. 1942. S. 6—12.

Tschechische Trutzschulen. In: Deutscher Schulwart. Brünn. 1908/9. S. 270—271.

Zur Tschechisierung Mährens. Deutsche Warte. 13. Jan. 1900.
Über tschechische Lehrer an deutschen Schulen.

Undeutsches aus Stefanau. Deutsche Warte. 13. April 1901.
Bericht über einen deutschen Gesangverein, der zwei Tschechen in die Leitung gewählt hat, usf.

Das Urteil im „Volkssport-Prozeß“ vom 24. Sept. 1932 zu Brünn. Aussig 1932. 48 S.

Vertschechung durch die Staatsbahn. In: Deutsches Blatt, 23. Juli 1902.

Die Vertschechung zweier deutscher Städte Mährens. In: Deutsche Warte. 1900. S. 4.
Kurzer Bericht über Littau und Wischau mit Angabe der Reihenfolge der Vertschechung der Städte Mährens und Voraussage einer solchen für Mährisch-Ostrau, Witkowitz, Weißkirchen, Leipnik, Göding, Lundenburg und Olmütz.

Der Volkssport-Prozeß. Ein Tatsachenbericht über die Brünner Gerichtsverhandlung vom 8. Aug. bis 14. Sept. 1932. Aussig 1932. 472 S.

Von Kampf und Arbeit der Sudetendeutschen. Berlin 1930. 48 S.
Die Mehrzahl der 6 Mitarbeiter dieser Schrift stammt aus Mähren, das daher besonders berücksichtigt wird. Franz Jesser behandelt die sudetendeutsche Kultur- und Sozialentwicklung seit 1919, Hans Neuwirth die suddt. Innenpolitik, Franz Hilmer das deutsche Bauerntum in Böhmen, Mähren und Schlesien, H. O. Wagner die sudetend. Industrie, Hermann Ullmann das Sudetendeutschtum im Gesamtdeutschtum und Fritz Koberg die Tschechen.

Weese, Emil: Aus den Anfängen des Nationalsozialismus im sudetenschlesischen Raum. In: Schlesisches Jahrbuch. 1940. S. 195—207.

Mährisch-Weißkirchen wieder deutsch geleitet. In: Mähr.-schles. Landesztg., 26. Febr. 1941.

Wie man in Proßnitz „das Volk“ zählt. In: Mitt. d. Bundes d. Dt. Nordmähr. 1902. S. 17—18.

Zimprich, Richard: Der mährische Volkstumskampf in Ferdinand von Saars Dichtung. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1939. S. 262—268.

Geschichte und Rechtsgeschichte

Vergleiche auch den nächsten Abschnitt und die Sonderabschnitte Olmütz und Brünn

Altrichter, Anton: Mähren in der deutschen Geschichte. In: Volksdeutsche Zeitung, 5. November 1939.

Altrichter, Anton: Johannes von Gelnhausen. In: Sudetendeutsche Lebensbilder. Bd. 2. S. 67—69.

Bauch, Gustav: Zu Augustinus Olomucensis. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1904. S. 119—136.

Blaschke, Johann: Nordmähren vor sechshundert Jahren. Hohenstadt 1933.

Brauner, Heinz: Mähren als reichsunmittelbare Markgrafschaft. In: Ostland. 1941. S. 284—286.

— Mähren in der Zeit Friedrichs des Großen. In: Ostland. 1941. S. 173—176.

Bretholz, Bertold (Jude): Lese- und Quellenbuch zur böhmisch-mährischen Geschichte. Augsburg 1927. 391 S.

— Das mährische Landesarchiv, seine Geschichte, seine Bestände. Brünn 1908. 161 S.

— Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Jahre 1306. Leipzig 1912. 550 S.

— Geschichte Böhmens und Mährens. Reichenberg 1922—1925.
Bd. 1. Bis 1419. Bd. 2. Bis 1620. Bd. 3. Bis 1792. Bd. 4. 1793—1914.

— Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter. Brünn 1934.
T. 1. Bis zum Jahre 1350.

Ciller, Alois: Sudetendeutschlands Märzgefallenen! Gedenkblätter f. d. Opfer d. Kampfes um dt. Freiheit u. Einheit. Wien 1928. 45 S.

Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae. Bd. 14—15. Hrsg. v. Berthold Bretholz. Brünn 1903.

Dedic, Paul: Mährische Wiedertäufer in der Steiermark. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1938. S. 22—27.

Dvořák, Rudolf: Poslední robotní vzpoura na Moravě roku 1821. [Der letzte Fronbauernaufstand in Mähren im Jahre 1821.] Brünn 1907. 287 S.

— Dějiny Moravy. Bd. 1—5 u. 1. Reg.Bd. Brünn 1899—1914.

— Jednání sněmů moravských v letech 1835—1848. [Die mährischen Landtagsverhandlungen in den Jahren 1835—1848.] Brünn 1906. 333 S.

— Jednání sněmů moravských v letech 1792—1835. [Die mährischen Landtagsverhandlungen in den Jahren 1792—1835.] Brünn 1904. 261 S.

— Dějiny markrabství moravského. [Geschichte der Markgrafschaft Mähren.] Brünn 1906. 509 S.

Fritsch, Wilhelm: Zur Geschichte der Fronablösung in Mähren. In: Zeitschr. d. Mähr. Landesmus. 1907. S. 79—93.

Henlein, Konrad: Um die europäische Neuordnung. Der Schicksalskampf des Sudetendeutschtums. In: Volk und Reich. 1939. S. 251—259.

Houdek, Vítězslav: Moravské vývody erbovní. [Die mährischen Wappenausführungen.] Brünn 1917. 720 S.

Hrubý, František: Karl der Ältere von Zierotin. Ein Vortrag. Brünn 1936. 21 S.

— Die Wiedertäufer in Mähren. Leipzig 1935. 160 S. Abdruck a.: Archiv für Reformationsgeschichte. Bd. 30—32.
Aufschlußreich und fesselnd, auch über die Keramik dieser Täufer, die zum Großteil aus Südwestdeutschland nach Mähren eingewandert waren und um 1600 mindestens ein Zehntel der Landesbewohnerschaft, d. i. ein Drittel der Deutschen Mährens, stellten.

— Církevní zřízení v Čechách a na Moravě od X.—XIII. století a jeho poměr ke státu. [Die Kirchenverfassung in Böhmen und Mähren vom 10.—13. Jahrhundert und ihr Verhältnis zum Staate.] Brünn 1917. 150 S.

Hübel, Ignaz: Beziehungen Mährens zu den deutschen Universitäten im 16. Jahrhundert. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1927. S. 157—198.
Beilagen dazu S. 1—40 im Heft des 30. Jg. 1928, das „Verzeichnis der Studenten aus Mähren an den deutschen Universitäten im 16. Jahrhundert."

Hurt, Rudolf: Zemský archiv v Brně. [Das Landesarchiv in Brünn.] Brünn 1940. 22 S.

— Dějiny cisterciátského kláštera na Velehradě. [Geschichte des Zisterzienserkloster auf dem Welehrad.] Bd. 1: 1250—1650. Olmütz 1934. 440 S. und 1 Kt.

Jindra, Bohumír: Odboj města Hranic 1620—1627 a jeho potrestání. [Der Aufstand der Stadt Mährich-Weißkirchen 1620—1627 und seine Bestrafung.] Olmütz 1940. 44 S.

Juritsch, Georg: Die Deutschen und ihre Rechte in Böhmen und Mähren im 13. und 14. Jahrhundert. Wien 1905. 183 S.

Koberg, Fritz: Brünn, Iglau, Olmütz. In: Die Zeit, 17. März 1939.

— Deutschmährens Volksgeschichte im Volksliedswort. In: Deutschmährische Heimat. 1928. S. 62—69.

Lukas, Oskar: 4. März 1919. Karlsbad-Drahowitz 1939. 144 S.
Auch Sternberg in Mähren hat am 4. 3. 1919 Blutzeugen für deutschen Freiheitswillen gestellt, die dies Gedenkbuch an die Todesopfer der Idee der Selbstbestimmung feiert.

Kux, Hans: Nordmährische Erbhöfe. In: Neues Tagblatt, 25. März 1934.

— Die einstige böhmisch-polnische Straße. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1925. S. 64—69.
Von Prag über Leitomischl und über Olmütz und Mährisch-Weißkirchen nach Bielitz gab es schon vor 700 Jahren eine Straße, die im großen und ganzen mit der späteren „Kaiserstraße" sich deckt. Die Art der Abweichungen in Mähren zeigt und begründet Kux.

— Heinrich Sdik, der Freund des Hohenstaufen Konrad III. In: Nordmährerland. 1941. S. 87—92.

Leder, Karl: Der 4. März 1919 in Sternberg. In: Nordmährerland. 1942. S. 73—77.
Über 80 Deutsche sind damals aus Sternberg vom tschechischen Militär als Geiseln nach Olmütz gebracht, 16 Deutsche bei ihrer Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht erschossen und viele verletzt worden.

Lexikon Mennonitisches. Hrsg. v. Chr. Hege u. Chr. Neff. Frankfurt a. M. 1913ff.
Für Mährens Geschichte im 16. u. 17. Jahrhundert wichtig.

Loserth, Johann: Zur Geschichte des Wiclifismus in Mähren. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1913. S. 190—205.

Meister, Oskar: Realschankrechte im politischen Bezirke Wischau. Ein Beitrag zur mährischen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1923. S. 109—118.

Meltzer, Franz: Die Ostraumpolitik König Johanns von Böhmen. Jena 1940. 406 S.
Mähren kommt darin oft vor, so auf den Seiten 160, 175, 239, 339, 341 und 347.

Molisch, Paul: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918—1919. Wien 1932. 191 S.

— Vom Kampf der Tschechen um ihren Staat. Wien 1929. 164 S.

Müller, Willibald: Urkundliche Beiträge zur Geschichte der mährischen Judenschaft im 17. und 18. Jahrhundert. Leipzig 1903. 198 S.

Neumann, Augustin: Nové prameny k dějinám husitství na Moravě. [Neue Quellen zur Hussitengeschichte in Mähren.] Olmütz 1930. 289 S.

— Die Chroniken der mährischen Minoriten. Olmütz 1936.

Oberdorfer, Kurt: Das Sudetenland in der deutschen Geschichte. Jena 1938. 42 S.

Oberleitner, Adalbert: Aus Mähren-Schlesiens Vergangenheit. Ein kleines Büchlein Geschichte und Kulturgeschichte. Brünn 1931. 41 S.

Odloížlek, Otakar: Karel Starší ze Žerotína 1564—1636. [Karl der Ältere von Zierotin.] Prag 1936. 197 S.

— Z počátků husitství na Moravě. Simon z Tišnova a Jan Vavříncův z Račic. [Vom Anfang der Hussitenbewegung in Mähren. Simon von Tischnowitz und Jan Vavříncův aus Ratschitz.] Brünn 1925. 170 S.

Pfitzner, Josef: Die Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung und der Sudetenraum. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1941/42. S. 199—240. Mit 1 Kt. u. 1 Tab.

— Sudetendeutsche Geschichte. 2., erg. Aufl. Reichenberg 1937. 96 S.

— Besiedlungs-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes. Teil 1. Reichenberg 1926. 423 S.
Starke Beziehungen zu Mähren.

Pirchan, Gustav: Böhmen-Mähren und Italien im Zeitalter Karls IV. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 216—218.

— **Weizsäcker,** Wilhelm und Heinz **Zatschek**: Das Sudetendeutschtum. Brünn 1937 bis 1940.
Bd. 1: Mittelalter. Bd. 2: Neuzeit.

Prameny dějin moravských. [Quellen der mährischen Geschichte.] Brünn 1910—1923. Bd. 1—4.

Reuter, Hans: Stadtgründungen in Mähren und Schlesien. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1933. S. 99—117.

Schier, Otto: Die mährische Wehrverfassung aus dem Jahre 1612. Brünn 1914. 273 S.

Schram, Wilhelm: Vaterländische Denkwürdigkeiten. Ein Buch für mährische Geschichtsfreunde. Brünn 1906/07. Bd. 1. 2.

— Bilder aus mährischer Vergangenheit. Brünn 1903.
Darin u. a. von Christian d'Elvert eine Abhandlung über den Bischof Johann den Eisernen von Olmütz, von Schram Aufsätze über die Gesellschaft der Unbekannten (zur Förderung der deutschen Literatur in Mähren im 18. Jahrhundert), über die Olmützer Studentenunruhen von 1719, eine Olmützer Fastnachtsfeier aus dem 18. Jahrhundert usf.

— Beitrag zur Kritik moderner Urkundenfälschungen im mährischen Diplomatar. Codex Tischnovicensis. Programm der Staatsrealschule in Pilsen. 1903. 23 S.

Schulz, Hans: Zierotinfunde. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1902. S. 47—58.
Briefe aus dem Jahre 1613, deutsch geschrieben zu Rossitz in Mähren.

Schwab, Emanuel: Wandlungen und Gegensätze in der böhmisch-mährischen Geschichtsschreibung. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1913. S. 235—250.
Trotz Überschätzung des Juden Bretholz in der klaren Beurteilung der Vorgänger Palackys überaus aufschlußreich.

Šebánek, Jindřich: Archivy zrušených klášterů moravských a slezských. [Die Archive der aufgelösten mährischen und schlesischen Klöster.] Brünn 1932. Bd. 1.

Slavík, František: Staré znaky a pečeti městské a vesnické na Moravě a v jejich obvodech ve Slezsku. [Alte Zeichen und Siegel von Städten und Dörfern in Mähren und in seiner schlesischen Nachbarschaft.] Brünn 1906. 100 S. u. 15 Taf.

Sloschek, Erich: Die Geschichte des Augustinerklosters in Mähr.-Kromau. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1934. S. 84—90, 117—135.
S. 117—135.

Snopek, Fr.: Die Slavenapostel. Kritische Studien. Kremsier 1918. 488 S.

Soukal, Josef: Pani z Pernšteina. [Die Herren von Pernstein.] Brünn 1913. 48 S.

Spunda, Anna: Aus Mährens deutscher Vergangenheit. 2. verb. Aufl. Eger 1923. (Böhmerland-Flugschrift Nr 27.)

Strakosch-Graßmann (Halbjude?): Die deutsche Auswanderung aus Mähren in der Vergangenheit. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1916. S. 141—197.

Swientek, Horst Oskar: Das Archivwesen in Böhmen und Mähren nach der staatlichen Neuordnung 1938/39. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschg. 1941. S. 358—367.

Tenora, Jan: František kardinál Dietrichštein. [Franz Kardinal Dietrichstein.] Brünn 1906. 74 S.

Trampler, R.: Die Herren von Holstein. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1903. S. 47—118, mit Stammtafel.
Das Geschlecht der Holstein hatte nördlich und nordöstlich von Brünn im 13. Jahrhundert deutsche Dörfer angelegt; noch 1349 führen fast alle diese Dörfer deutsche Namen.

Vogt, Karl: Stand und Aufgaben der Burgenforschung in den Sudetenländern. In: Deutsche Volksforschung in Böhmen u. Mähren. 1939. S. 140—147.

— Die Burgen Böhmens und Mährens als Zeugen deutscher Kultur. In: Böhmen und Mähren, 1940. S. 156—169.

Weinelt, Herbert: Befestigte Kirchen in Mähren. In: Dt. Mähr.-Schles. Heimat. 1937. S. 63—68, 8 Abb.

Weizsäcker, Wilhelm: Eindringen und Verbreitung der deutschen Stadtrechte in Böhmen und Mähren. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschg. 1937. S. 95 bis 109.

— Die Entstehung des böhmisch-mährischen Lehnwesens im Lichte der germanistischen Forschung. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1917. S. 207—238.

— Geschichte des Bergbaues in den Sudetenländern. Prag 1928. 28 S.

Winter, Eduard: Italiens Beziehungen zu Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 214—215.

Wolkan, Rudolf: Geschichtsbuch der Hutterischen Brüder. Hrsg. von den Hutt. Brüdern in Amerika. Alta, Kanada 1923. 738 S.
Die Geschichte Mährens im 16. Jahrhundert und die damalige starke deutsche Zuwanderung von Täufern nach Mähren haben hier einen wichtigen Quellenbeitrag.

— Die Hutterer. Österreichische Wiedertäufer und Kommunisten in Amerika. Wien 1918. 200 S., 3 Taf. und 1 Kt.

— Die Lieder der Wiedertäufer. Ein Beitrag zur deutschen und niederländischen Literatur- und Kirchengeschichte. Berlin 1903.

Zankl, Anton: Die Habaner in Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 259 bis 264.

Zatschek, Heinz: Das Werden des deutschen Volkstums in Böhmen und Mähren. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1940/41. S. 241—257.

— Beiträge zur Diplomatik der mährischen Immunitätsurkunden. Prag 1931. 80 S. u. 5 Taf.

Landeskunde, Ortskunde, Siedlungsgeschichte, Sprachforschung usf.

Vergleiche auch die Abschnitte Olmütz und Brünn.

Adamus, R.: Dějiny města Ostravy v přehledu až do r. 1860. [Geschichte der Stadt Ostrau in einer Rückschau bis zum Jahre 1860.] Mährisch-Ostrau 1927.

— Z dějin Ostravy. [Zur Geschichte Ostraus.] Mährisch-Ostrau 1934.

Altrichter, Anton: Von den ältesten Karten Mährens. In: Brünner Tagblatt, 19. Juni 1941.

Bartovský, Vladimír Vojtěch: Hranický okres. [Der Grenzbezirk. D. i. Mähr.-Weißkirchen.] Brünn 1909. 308 S.

Beranek, Franz: Lundenburg. Eine namen- und siedlungskundliche Studie. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1941/42. S. 51—82; mit 1 Kt.

— J.: Die Mundart von Südmähren. Reichenberg 1936. 298 S.

— J.: Sudetendeutsche Siedlung im 18. Jahrhundert. In: Ostland. 1940. S. 241—245.
In Mähren sind solche Siedlungen Maxdorf nächst Brünn und die Ansiedlung deutscher Textilarbeiter in Alexowitz bei Brünn.

Berger, Karl: Die Kolonisation der deutschen Dörfer Nordmährens. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1905. S. 1—69.

— Die Besiedlung des deutschen Nordmährens im 13. und 14. Jahrhundert. Brünn 1935. 475 S.

— Geschichte der Stadt Bärn. Brünn 1901. 320 S.

Bergmann, Luis und **Lachnit,** Emil: Deutsche Bauernhäuser aus Mähren. Olmütz 1937. 12 S. u. 12 Taf.

Bieberle, Emil: An der Wiege der Oder. In: Nordmährerland. 1941. S. 196—199.

Bittner, Konrad: Die Mährische Slowakei. In: Ostland, 1940. S. 17—19.

— Die mährischen Slowaken. In: Volksforschung, 1940. S. 43—48.

Bloesl, Joachim: Die Sprachinsel Deutsch-Brodek-Wachtl. Landskron 1927. Bd. 1. 2.

Brandt, Bernhard: Eine neue Bevölkerungskarte der Sudetenländer. Reichenberg 1929.

Bürger, Gottfried Erhard: Aufriß einer vergleichenden Naturgeschichte der deutschen Dörfer Mährens. In: Deutschmährische Heimat. 1928. S. 19—21, 80—82, 319—323. 1929. S. 11—14, 67—70, 114—119.

Burian, Bohumil: Konický okres. [Der Bezirk Konitz.] Brünn 1939. 244 S.

Cerha, J.: Hinter den Mauern einer Kleinstadt. Troppau 1938. 112 S.
Sammlung merkwürdiger Erinnerungen an düstere Jugendjahre in Littau; nach Johanna Spunda, „eine Anklage des absterbenden deutschen Bürgertums im vorigen Jahrhundert".

Demel, Otto: Mundartliches aus Nordmähren. In: Nordmährerland. 1941. S. 201—207.

Drapala, Richard: Geschichte der Stadt Mährisch-Ostrau. Mährisch-Ostrau 1933.

— Führer durch Mährisch-Ostrau und Umgebung. Mährisch-Ostrau 1941. 110 S., 3 Ktn., viele Abb.

— Sagen und Geschichten aus der Kohlenheimat. Freudenthal 1925. 48 S.

Dvořák, Karel: Ze staré Třebíče. Kniha vzpomínek z let 1864—1880. [Aus dem alten Trebitsch. Ein Erinnerungsbuch aus den Jahren 1864—1880.] Prag 1939. 174 S.

Dvorsýk, František: Strážnický okres. [Der Bezirk Straßnitz.] Brünn 1914. 490 S.

— Náměstský okres. [Der Bezirk Namiescht in der Hanna.] Brünn 1908. 342 S.

Eis, Gerhard: Die deutschen Familiennamen in Böhmen und Mähren. In: Sudetendt. Familienforschung. 1935/36. S. 1—6, 41—45.

— Die deutschen Familiennamen in Böhmen und Mähren. In: Heimatbildung. 1936. S. 55—58.

Exler, Heinrich: Die Deutschen in Mähren 1880—1921. Untersuchung aus dem Statistischen Minderheitsinstitut der Universität Wien. In: Böhmerland-Jahrbuch. 1924. S. 69—75.

Die Entwicklung noch ungünstiger als die der Deutschen in Böhmen, die Verluste durch Abwanderung und Kriegsverluste dreimal so hoch als im tschechischen Gebiet.

Falz, Leopold: Geschichte der Stadt Hohenstadt. Hohenstadt 1920. 297 S.

Felix, Jiří: Frenštátský okres. [Der Frankstädter Kreis.] Brünn 1908. 220 S., 2 Taf.

— Město Frenštát pod Radhoštem. [Die Stadt Frankstadt unter dem Radhoscht.] Frankstadt unter dem Radhoscht 1904. 214 S.

Festschrift zur Erinnerung an die Feier des 50jährigen Bestandes der deutschen Staatsrealschule in Mährisch-Ostrau 1877—1927. Mährisch-Ostrau 1927. 164 S.

Fischer, Richard: 50 let činnosti silničního výboru mohelnického okresu (1865—1915). [50 Jahre Tätigkeit des Müglitzer Bezirks-Straßenausschusses.] Hohenstadt 1915. 183 S. u. 1. Taf.

Fuchs, Karl: Geschichte der deutschen Ordensburg Busau. Wien 1905. 200 S.

Führlich, Ernst: Familiennamen tschechischer Herkunft bei den Deutschen in den Sudetenländern. In: Sudetendt. Z. f. Volkskunde. 1934. S. 41—53.

Gallina, Johann: Historisch-statistischer Überblick des Staatsgymnasiums (mit deutscher Unterrichtssprache) in Ungarisch-Hradisch. Programm der Anstalt. Ungarisch-Hradisch 1904/05. 42, 38 S.

Gierach, Erich: Altdeutsche Namen in den Sudetenländern. Reichenberg 1923. 20 S.

Girth, Maximilian: Proßnitz im Umbruch. In: Nordmährerland. 1942. S. 46—48.

Haage, Walter: Abriß der Geschichte der Stadt Kremsier. Bis 1850. Olmütz 1942. 24 S., 17 Taf.

Hanák, Josef: Paměti města Bzence. [Gedenkblätter der Stadt Bisenz.] Brünn 1919. 65 S.

— Dějiny vinařství v Bzenci. [Geschichte des Weinbaues in Bisenz.] Ungarisch-Hradisch 1922. 73 S., 1 Kte. und 1 Taf.

Harrer, Franz: Geschichte der Stadt Mährisch-Schönberg. M.-Schönberg 1923. 430 S.

Hassinger, Hugo: Die Tschechoslowakei. Wien 1925. 618 S., 2 Ktn.

— Die mährische Pforte und ihre benachbarten Landschaften. (Abhandlungen der k. k. geogr. Gesellschaft in Wien. 1914. 313 S.

Heimat und Volk. Festschrift für Prof. Dr. Wostry. Brünn 1937. 602 S., 33 Tafeln u. 2 Karten.

Darin: Maydell, Die ländlichen Siedlungsformen Nordwestschlesiens und ihre Bedeutung als Geschichtsquelle. Sie reichen nach Mähren hinein. Nachtmann, Die wirtschaftliche und soziale Lage Brünns im Revolutionsjahr 1848/49.

Helbok, Adolf: Die Germanen in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 208—210.

Held, Franz: Das deutsche Sprachgebiet von Nordmähren und Schlesien am 31. Dezember 1890. Karte. Brünn 1896. Neuauflage. Brünn 1930.

Herz, Hugo (Jude): Untersuchungen über die Statistik des Bevölkerungsstandes der Nationalitäten in Mähren und Schlesien. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1910. S. 1—49. 1914. S. 1—51, 187—226.
Behandelt auch die in Mähren starke Wanderbewegung; 39 v. H. der heimatberechtigten Bevölkerung hat die Heimatgemeinde verlassen.

Hertl, Jan: Von der Hanna und den Hannaken. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 256—258.

Hesky, Ludwig: Die Bergstadt Ostrau, der Hauptort des Beskidenlandes. In: Nordmährerland. 1942. S. 164—172.

Hosák, Ladislav: Historický místopis země Moravskoslezské. Brünn 1938. 1144 S. und 1 Kt. [Historische Topographie des Landes Mähren-Schlesien.]
Nennt alle Orte, nach den alten im Anfang von 1747 verzeichneten Kreisen gegliedert, und die sie betreffenden Quellenstellen.

— Dějiny Boskovska. [Geschichte von Boskowitz.] Brünn 1931.
1. Do válek husititských [Bis zu den Hussitenkriegen.] 71 S. 1 Kt.

— Dějiny města a panství Břeclavě. [Geschichte von Stadt und Herrschaft Lundenburg.] Lundenburg 1926. 113 S.

Hruschka, Rudolf: Verschollene Siedlungen in Südwestmähren. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1938. S. 89—98.

Humpolík, Antonín Konečný Petr: Střední Morava. Kulturní obraz kraje. [Mittelmähren. Kulturgemälde der Landschaft.] Brünn 1940. 91 S.

100 Jahre deutsches Kasino in Ungarisch-Hradisch. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 7. März 1941.

Hurt, Rudolf u. **Svoboda,** Karel: Hrad Cimburk u Koryčan. [Die Burg Zinnburg bei Koritschan.] Prerau 1940. 96 S. und 18 Taf. u. 1 Kt.

Jelinek, F.: Mittelhochdeutsches Wörterbuch zu den deutschen Sprachdenkmälern Böhmens und der mährischen Städte Brünn, Iglau und Olmütz. Heidelberg 1911.

Jesser, Franz: Kulturgeographie der deutsch-slavischen Sprachgrenze. In: Deutsche soziale Rundschau. 1913. S. 544—551.

Die Juden und Judengemeinden Mährens in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Sammelwerk, hrsg. von Hugo Gold (Jude). Brünn 1929. 623 S.

Judex, Felix: Ortsgeschichte von Mödritz bei Brünn. Brünn 1939. 55 S.

Kaulich, Johann: Landeskunde von Mähren. 2. Aufl. Wien 1903. 101 S. und 1 Kt.

Klitzner, Julius: Das Mährisch-Ostrauer Industriegebiet in raum- und rassengeschichtlicher Hinsicht. Brünn 1942. In: Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde Mährens. 1942. S. 183—199.

— Deutscher Volksboden zwischen Oder und Ostrawitza. In: Nordmährerland, 1942. S. 278—283.

Knies, Jan: Blanský okres. [Der Kreis Blansko.] Brünn 1902. 210 S., 2 Ktn., 2 Beil.

— Boskovský okres. [Der Kreis Boskowitz.] Brünn 1904. 226 S., 2 Ktn.

Koberg, Fritz: Das deutsche Volkstum bei Wischau. Berlin 1942. 23 S.

— Die mennonitischen deutschen Siedler. In: Deutsche Welt. 1930. S. 49—53.
Starke Bezugnahme auf Mähren.

Kozel, J.: Mährisch-Ostrau. M.-Ostrau 1925. 32 S. und 1 Kt.
Mit einem Anhang über Ausflüge und Bergwanderungen in den Beskiden. Aus dem Tschechischen ins Deutsche übersetzt von Theodor Kleinwächter. Werbeschrift für Fremdenverkehr.

Kramolis, Čeněk: Bučovský okres. [Der Bezirk Butschowitz.] Brünn 1901. 162 S.

— Rožnovský okres. [Der Bezirk Rosenau.] Brünn 1907. 228 S. und 1 Kt.

Kratochvil, Augustín: Židlochovský okres. [Der Bezirk Seelowitz.] Brünn 1910. 361 S.

— Ivančický okres. [Der Bezirk Eibenschütz.] Brünn 1904. 308 S., 2 Taf.

Krschek, Franz: Die Lautscher Höhlen. In: Nordmährerland. 1942. S. 48—51.

Kubitza, Franz: Burgengeographie Nordmährens und Sudetenschlesiens. In: Deutschmährisch-schlesische Heimat. 1938. S. 149—167, 197—209.
Auch als Einzelschrift erschienen. Brünn 1938. 36 S. mit 22 Abb. u. 2 Ktn.

Kübeck, Blanche: Mährische Heimat. Brünn 1934. 151 S. und 7 Taf.

Kühn, Karl: Ansichten mährisch-böhmischer Städte . . . aus der Zeit der schlesischen Kriege von 1742—1745. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1940. S. 45—62, mit 1 Kt.

Kühndel, Jan: Pravovárečné měštanstvo v Prostějově. [Die brauberechtigte Bürgerschaft in Proßnitz.] Sonderabdruck aus dem Jahrbuch des Museums der Stadt Proßnitz. 1931. 34 S.

Kühnert, Otto: Pirnik, die Geschichte eines Dorfes. Mährisch-Neustadt 1926. 71 S.
Wenngleich Pirnik im Sudetengau liegt, so ist es doch nächst der Sprachgrenze und ist in manchem für andere deutsche Dörfer Mährens, dem es stets angehört hat, beispielhaft.

— Der Schönhengster Anteil an der Ostkolonisation. In: Nordmährerland. 1942. S. 148—150.

— 500 Jahre Wachsstockfest in Mährisch-Neustadt. Mähr.-Neustadt 1924. 23 S.

Kux, Hans: Das Kirchspiel Meedl am Eingang des 20. Jahrhunderts. Festschrift. Mährisch-Neustadt 1902. 332 S.

— Zur Ortsgeschichte von Starnow bei Sternberg. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1928. S. 13—17.
Untergegangenes Deutschtum.

— Geschichte der königl. Stadt Mähr.-Neustadt. Zu deren 700-Jahr-Feier der Verleihung deutschen Rechtes. Mährisch-Neustadt 1923. 317 S. und 11 Tafeln.

— Geschichte der Stadt Littau von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1848. Brünn 1900. 256 S.

Langer, Ernst: Die Mährische Walachei. In: Ostland. 1940. S. 47—50.

Lechner, Karl: Ein Waisenregister oder Währungsbuch von Deutsch-Pruß. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1904. S. 175—200.

Leipnik wieder deutsch geleitet. In: Mähr.-schles. Landesztg., 8. Januar 1941.

Leiter, Hermann: Deutsch-Liebau. Heimatbuch. Deutsch-Liebau 1935. 365 S.

Lick, Carl: Deutsche Kolonisation in Böhmen und Mähren im 13. Jahrhundert. In: Deutsche soziale Rundschau. 1914. S. 368—374, 394—40.

— Alter bäuerlicher Besitz und alte Bauerngeschlechter im Zwittauer Gebiete. In: Deutschmährisch-schlesische Heimat. 1930. S. 12—19.
Der behandelte Teil des Schönhengstgaues hat zum heutigen Protektoratsgebiet unlösliche Landschafts-, Geschichts- und Stammesbeziehungen.

— Beiträge zur Geschichte der Stadt Zwittau und ihrer Umgebung. Zwittau 1937. 243 S.

Linhart, František: Místecký okres. [Der Bezirk Friedberg.] Brünn 1915. 247 S., 1 Kt.

Die Lieder der Hutterischen Brüder. Scotdale in Pennsylvanien 1914.
Die Hutterischen Brüder, bis zur Gegenreformation ein volles Jahrhundert hindurch in Mähren ansässig, waren Tausende Deutsche, zumeist alpenländischer Herkunft, kommunistische Täufer, die nach langen Wanderungen (über Rußland) zum Teile nach Amerika auswanderten, wo sie heute noch Lieder aus ihrer mährischen Blutzeugenzeit singen.

Littau. Wie die Tschechen in Littau arbeiten. In: Deutsche Warte. 7. Dez. 1901.
Bericht über Maßnahmen der tschechischen Gemeindevertretung gegen den deutschen Stadtarzt Dr. Kux usf.

Loesch, Karl C. von: Böhmen und Mähren in der deutschen Landschaft. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 36—45.

Loserth, Johann: Aus dem Liederschatz der Mährischen Wiedertäufer. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1925. S. 46—51.

— Über die Beziehungen der Mährischen Wiedertäufer zu ihren Glaubensgenossen in Augsburg und in Graubündten. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1925. S. 48—50.

Lucera, Roman: Der Brünner Karst von außen. 20 Lichtbilder mit erklärendem Begleittext. Dauba 1925.

Machatschek, Fritz: Die Tschechoslowakei. Berlin 1928. 79 S. und 5 Ktn. (Weltpolitische Bücherei. Bd. 8.)

— Landeskunde der Sudeten- und Westkarpathenländer. Stuttgart 1927. 440 S. u. 17 Taf.

Maydell, Kurt von: Die Gelängeflur in den Sudetenländern. In: Mähr.-schles. Heimat. 1937. S. 149—153.

— Forschungen zur Siedlungsgeschichte und zu den Siedlungsformen der Sudetenländer. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. 1938. S. 212—239.

— Die Siedlungsformen Mährens. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 242—249.

Mayer, Anton: Das Deutschtum auf der Saarer Herrschaft im 15. und 16. Jahrhundert. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1931. S. 153—170.

— Mittelalterliche Weltkarten aus Olmütz. Prag 1937. 7 S. u. 2 Taf.

Mekiska, Fritz: Die Littauer Schützengehänge. In: Nordmährerland. 1941. S. 140—142.

Merian, Matthäus: Topographie von Mähren. Faksimileausgabe. Brünn 1930. 29 S. und 5 Taf.

Michalitschke, Walter: Mährisch-Ostrau. Ein Jahr im Großdeutschen Reich. Mährisch-Ostrau 1940. 128 S.

Mikula, Hermann: Zur Siedlungsgeographie des Gesenkes. In: Mittn. d. Geogr. Gesellschaft Wien. 1941. S. 222—227.

— Die Pollauer Berge als Landschaft. In: Mittn. d. Geogr. Gesellschaft Wien. 1927. S. 306—327.

— Zur Kulturgeographie des Sudetenraums. In: Mittn. der Geogr. Gesellsch. Wien. 1941. S. 433/34.

— Zur Siedlungsgeographie des südöstlichen Mitteleuropa. In: Mittn. d. Geogr. Gesellsch. Wien. 1940. S. 144—152.

Mistek. Tschechische Herausforderung in der Kirche. In: Deutsche Warte. 1900. S. 6.
Ortsbericht über den Sang des tschechischen Trutzliedes Hej Slovane = „Auf ihr Slawen!", oft gesungen mit der umgedichteten Schlußformel „Hrom a peklo na ty Němci" = Donner und Hölle auf die Deutschen!" in der röm.-kath. Kirche des ostmährischen Städtchens. (Mistek heißt heute wieder wie in seinen deutschen Gründungstagen Friedberg.)

Moravská Jména Mistní. Výklady filologické. [Mährische Ortsnamen. Philologische Erklärungen.] Brünn 1907. 286 S.
Beilage zur Zeitschrift Časopis Matice Moravské.

Nather, Wilhelm: Die Burgruine Helfenstein bei Leipnik. In: Nordmährerland. 1941. S. 97—104.

Neumann, Augustín Alois: Z dějin jihozápadní Moravy v době husitské. [Zur Geschichte Südwestmährens in der Hussitenzeit.] Olmütz 1937. 15 S.

Noháč, Jan: Břeclavský okres. [Der Bezirk Lundenburg.] Brünn 1911. 276 S., 1 Kt.

Oberleitner, Adalbert: Kleine Landeskunde von Mähren-Schlesien. Brünn 1930. 44 S., 1 Kt. und 1 Taf.

Opletal, Josef: Z minulosti Pivína. [Aus der Vergangenheit von Piwin, Bezirk Kojetein-Kremsier.] 1940. 221 S.

Oppitz, Hubert: Wanderungen in Mähren und Schlesien. Olmütz 1923. 20 S.

Peřinka, František Václav: Zdounecký okres. [Der Bezirk Zdounek.] Brünn 1910. 460 S. und 1 Kt.

Peřinka, František: Dějiny města Kroměříže. [Geschichte der Stadt Kremsier.] Kremsier 1913. 544 S. und 13 Taf.

— Vizovský okres. [Der Bezirk Wisowitz.] Brünn 1907. 257 S. und 2 Ktn.

— Valašsko Kloboucký okres. [Der Bezirk Wallachisch-Klobouk.] Brünn 1905. 277 S. und 1 Kt.

— Jaroslavský okres. [Der Bezirk Jaroslawitz (Zlia).] Brünn 1905. 141 S.

Pinkava, Viktor: Die Deutschordensburg Busau in Mähren. Litau 1926. 15 S. m. Abb.

Preuß, Ludwig: Geschichte Lundenburgs bis zum 14. Jahrhundert. Programm des Kommunalgymnasiums in Lundenburg. 1902/04. T. 1—3.

Reimer, Vinzenz: Die Ursache der Gründung von Mährisch-Neustadt. In: Deutschmährische Heimat. 1923. S. 190—208.

Reutter, Hans: Das Siedlungswesen der Deutschen in Mähren und Schlesien bis zum 14. Jahrhundert. Prag 1917. 164 S. (Aus Österreichs Vergangenheit, Nr. 14.)

— Geschichte der Stadt Zlabings. Brünn 1913. 296 S.

Rieger, Alfred: Die Mundart der Bezirke Römerstadt und Sternberg. Lautlehre. Reichenberg 1937.

Röder, Julius: Die Waldflurnamen im Odergebirge. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge. 1933/34. S. 55—61.

— 500 Jahre Blatta-Streit. Zeitgemäße Betrachtungen zur bevorstehenden Blatta-Regulierung. In: Deutsche Zeitung, 1927, Nr. 78 und 79.

— Aus der Vergangenheit des Kirchspieles Bodenstadt. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge. 1933/34. S. 61—65.

Schaukal, Richard: Mährische Landschaft. In: Deutsche Heimat. 1928. S. 150.
Vier Gedichte.

Schier, Bruno: Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa. Reichenberg 1932. 464 S., 8 Ktn. und 2 O.-Taf.

— Böhmen und Mähren im Kraftfeld der deutschen Hausformen. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 79—85.

Schindler, Hermann: Klimatographie von Mähren und Schlesien. Wien 1918. 125 S. und 1 Kt.

Schleser, Friedrich: Die verkehrsgeographische Bedeutung der Mährischen Pforte. In: Nordmährerland. 1941. S. 115—118.

Schnabel, Eduard: Geologie Moravy. [Geologie von Mähren.] Prag 1928. 200 S. T. 1. Geologie des südmährischen Beckens.

Schön, Julius: Die Sprachinsel Wachtl-Deutsch-Brodek. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1939. S. 350—357.
Obwohl das genannte gebirgige Gebiet heute zum Sudetengau gehört, ist es wirtschaftlich mit den benachbarten vorwiegend slawischen Städten des Protektorats Mähren Proßnitz und Gewitsch nach wie vor stark verbunden.

Schwab, Emanuel: Beiträge zur mährischen Siedlungsgeschichte. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1911. S. 154—221.
Mit Stammestafeln, Robotlisten und anderen urkundlichen Belegen; aufschlußreich vor allem für die Neuzeit.

— Die deutsche Besiedlung der Sudetenländer. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1924. S. 67—81.

Schwarz, Ernst: Die Volkstumsverhältnisse in Böhmen-Mähren um 1400. In: Ostland. 1940. S. 541—549.

— Untergegangenes Deutschtum in Mähren. In: Ostland. 1939. S. 534—536.
Mähren „ein Gebiet jahrhundertelanger Umvolkungsprozesse".

— Sudetendeutsche Sprachräume. München 1935. 321 S.

— Wiedererweckung alter deutscher Ortsnamen. In: Ostland. 1940. S. 148—151.

— Ergebnisse und Aufgaben deutscher Volksforschung in Mähren. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung 1940. S. 93—109.

— Untersuchungen zur deutschen Sprach- und Volkstumsgeschichte Mittelmährens. Brünn 1939. 74 S.

— Deutsche Sprachlandschaften in Mähren. In: Böhmen u. Mähren. 1942. S. 282—284.

— Zur Namenforschung und Siedlungsgeschichte in den Sudetenländern. Reichenberg 1923. 123 S.

Sedlmeyer, Karl Ad.: Die Teiche der Sudetenländer und ihre klimatische Bedeutung. In: Zeitschr. f. Erdkunde. 1942. S. 577—590.
Enthält eine kurze Geschichte der Teiche, deren es in der Hanna, einer heute fast teichlosen Ackerbaulandschaft, in den 2 Jahrhunderten nach den Hussitenkriegen sehr viele und große gegeben hat.

— Die natürlichen Landschaften der Sudetenländer. (Abhandl. d. Geogr. Ges. Wien.) 1941.

— Böhmen und Mähren im Kartenbild. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 51—57.

Slavik, František Augustín: Moravské Slovensko od XVII. stol. [Die mährische Slowakei seit dem 17. Jahrhundert.] Göding 1903. 80 S.

Sloschek, Erich: Geschichte der Stadt Mährisch-Kromau. M.-Kromau 1938. 200 S.

— Kromauer Bürgernamen 1596—1675. In: Familienforschung 1933. S. 1—12. (Beilage zur Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1933.)

Die Mährische Slowakei. In: Ostland. 1940. S. 17—18.

Smarda, Jan: Tišnovsko. [Das Gebiet um Tischnowitz bei Brünn.] Tischnowitz 1936. 47 S. und 2 Taf.

Smercek, Laura: Aus Weißkirchens Vergangenheit. In: Nordmährerland. 1941. S. 34—42.

Die Sprachinsel bei Wischau. Brünn 1930. 121 S. (Mährisch-schles. Heimathefte Nr. 3.)

Spreitzer, Hans: Die March. Geographische Grundzüge ihres Flußsystems. In: Böhmen und Mähren. 1942. S. 274—276.

Spunda, Anna: Mährisch-Ostrau. Reichenberg 1922. 20 S. mit Bildern.

Stadt-Archiv Mährisch-Ostrau. Mährisch-Ostrau 1942. 28 S.

Stadt-Museum Mährisch-Ostrau. Mährisch-Ostrau 1942. 28 S.

Stauf von der March, Ottokar: Die nordmährischen Mundarten nebst Wörterverzeichnis. Brünn 1927.
Unwissenschaftlich, doch ohne wissenschaftliches Gegenstück, was das Wörterverzeichnis anbelangt.

Steiger, Anton: Der Kremsierer Bezirk hat die meisten Schlösser. In: Mähr.-schles. Landesztg., 14. Januar 1941.

Steiger, Anton: Prerau, eine der ältesten Städte Mährens. In: Mähr.-schles. Landesztg., 26. August 1942.

Steis, A.: Die Erbhöfe im Gerichtsbezirk Zwittau. Brünn 1935.

Stief, Wilhelm: Geschichte der Stadt Sternberg in Mähren. Schaffhausen 1934. 557 S.

Strobl, Karl Hermann: Mährische Wanderungen. Brünn 1909. 132 S.

Stummer, Ed.: Niederschlag, Abfluß und Verdunstung im Marchgebiet. In: Geograph. Jahresb. in Österr. über d. J. 1907. Wien 1908. S. 1—68.

Süssemilch, Gustav: Siedlung, Hof und Haus in den deutschen Volksinseln bei Wischau. In: Dt. Mähr.-schles. Heimat. 1937. S. 297—299.

— Mährens Landschaft und Raumbedingungen. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 236—241.

— [unter dem Namen Gustav Walter]: Die deutschen Sprachinseln bei Wischau und Neu-Raußnitz in Mähren und ihre Landschaft. In: Zeitschr. für Erdkunde. 1937. S. 305—326; 10 Ktn.

Teichmann, Eduard: Geschichte der Stadt Müglitz bis zur Heimkehr ins Reich. Müglitz 1941. 221 S.
Müglitz in Mähren, im Sudetenland hart an der Protektoratsgrenze gelegen, ist eng verbunden mit Olmütz in Schicksal und Volkstumskampf.

— Renaissance und Hexenwahn mit besonderer Berücksichtigung der Verbrennung Lauttners in Müglitz. Hohenstadt 1932. 73 S.

— Die Deutschritterordensburg Busau und die Höhlen von Jaworitsch. In: Nordmährerland. 1941. S. 25—30.

Tenora, Jan: Kunštátský okres. [Der Bezirk Kunstadt.] Brünn 1903. 195 S., 1 Kt.

Trampler, R.: Der mährische Karst in der Geschichte. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1922. S. 263—273.

Treixler, Gustav: Geschichte der Stadt Göding bis zum 18. Jahrhundert. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1919, S. 39—81. 1926, S. 9—26.

Turek, Adolf: Chorvátská kolonisace na Moravě. [Die kroatische Kolonisation in Mähren.] Brünn 1937. 70 S.
Schon 1539 erfolgte die Kroatenansiedlung in Südmähren.

Tutsch, Emil: Regesty listin městského archivu v Jevíčku. [Urkundenregister des Stadtarchivs in Gewitsch.] Gewitsch 1940. 20 S.

Valazza, Karl: Paul Kirsch. Zu seinem 80. Geburtstag. In: Deutschmährische Heimat. 1924. S. 221—228.
Ein mährischer Schulmann und Schriftsteller.

40 Jahre deutscher Turnverein Mährisch-Ostrau 1893—1933. Mährisch-Ostrau 1933. 64 S.

Vogt, Ernst: Die Landwirtschaft in der Wischauer Sprachinsel. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1930. S. 295—298.

Die Volkstumsverhältnisse in Böhmen und Mähren um 1400. In: Ostland. 1940. S. 541.

Vrbka, Anton: Gedenkbuch der Stadt Znaim 1226—1926. Nikolsburg 1927. 618 S., 8 Taf. im Text und 63 Bilder als Anhang.

Walter, Gustav: Siehe Süssemilch.

Weigner, Karl: Kleine Heimatkunde von Mähren. Ein Wiederholungsbüchlein für Volksschüler. Wien 1908. Mit 4 Kartenskizzen und 11 Ansichten.

Weil, Fritz (Jude): Tschechoslowakei. Gotha 1924. 186 S. (Perthes. Kleine Völker- und Länderkunde. Bd. 11.)

Weinelt, Herbert: Zum bayrischen Einfluß im südschlesischen Raum. In: Dt. Volksforschung i. Böhmen u. Mähren. 1939. S. 109—127. Mit 3 Ktn.
Mittelmährens Deutschtum, doch auch noch ein Teil des nordmährischen Deutschtums, bayrischen Ursprungs.

— Forschungen zur Volkstumsgeographie des südschlesischen Stammgebietes Brünn. 1940. 246 S. und 11 Tafeln.
Behandelt auch das untergegangene Deutschtum Mährens östlich und nördlich von Olmütz.

— Das deutsche Volkstum auf der böhmisch-mährischen Höhe. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 94—99.

— Verlorener deutscher Volksboden in Mähren und Sudetenschlesien. Berlin 1941. 32 S. mit 6 Ktn. (Schriftenreihe des BDO.)

— Mähren als Brücke zwischen den schlesischen und den bayrischen Stammesgebieten. Mit 1 Kt. In: Volksforschung. 1939. S. 245—253.

— Volkstumsverschiebungen in Mähren und Sudetenschlesien. In: Volksforschung 1938. S. 321—343.

— Ein nordmährisches Bergbuch als Quelle zur Volkstumsgeschichte. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1941/42. S. 184—197.

— Untergegangenes Deutschtum in Mähren. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung 1941. S. 315—337.

— Siedlungsgeschichtliche Probleme um zwei nordmährische Burgen. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1941/42. S. 83—92. Mit 2 Skizzen.
Das Burgstadl in Römerstadt und das Wüste Schloß bei Reschen.

— Die Deutschtumsinsel bei Wischau. Ostland. 1940. S. 316ff.

Weiser, Franz: Lautgeographie der schlesischen Mundart des nördlichen Nordmährens und des Adlergebirges. Brünn 1937. 126 S. und 24 Ktn.

Wenzelides, Otto: Etwas über die Heimatarbeit und Heimatforschung in Schlesien und Nordmähren. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1928. S. 252—256.

Winkler, Erwin: Nationalitätenkarte der Sudetenländer. Verbesserte Ausgabe der Sprachenkarte Dr. Albin Oberschalls. Karlsbad 1937. Maßstab: 1 : 750000.

Wischau-Heft der Deutschmährisch-schles. Heimat. 1930. S. 213—267.
Darin unter anderem: Eßler, Ernst, Geologischer Aufbau der Sprachinsel (S. 217); Freising, Hans: Vor- und frühgeschichtliche Funde aus der Wisch. (S. 217—221); Dosoudil, Josef, Die Besitzverhältnisse der Wisch. Spr. im 17. und 18. Jahrhundert (S. 221—241); Bestandesaufnahme der deutschen Bevölkerung in der Sprachinsel bei Wischau im Mai 1930 (S. 244 bis 258); Preibsch, Hubert, Die bevölkerungspolitische Lage des Wisch. (S. 259/60); Die Sprachinselsöhne in der Fremde (S. 265—267).

Aus der Wischauer Sprachinsel. In: Deutsche Warte. 1900. S. 5.
Bericht namentlich über den Einfluß des tschechischen Pfarrers von Kutscherau und des tschechischen Lehrers an der deutschen Schule in Lissowitz.

Zankl, Anton: In der Wischau. In: Böhmen u. Mähren. 1941. S. 285—287.

Zapletal, Florian: Z minulosti Hostyna a Bystřice. [Aus der Vergangenheit des Hostein und von Bistritz.] Unter-Aujezd bei Leipnik 1939. 31 S.

— Z minulosti Hranici nad Bečvou. [Aus der Vergangenheit von Mährisch-Weißkirchen.] Prerau 1939. 15 S.

Zwierzina, L.: Geschichte von Mähr.-Ostrau-Wischkowitz. Brünn 1942. In: Zeitschr. für Geschichte und Landeskunde Mährens. 1942. S. 200—203.

Vor- und Frühgeschichte

Beniger, Eduard und **Freising,** Hans: Germanische Bodenfunde in Mähren. Reichenberg 1933. 124 S., 4 Taf. und 2 Ktn.

Černý, František: Morava v době pravěké. [Mähren in der Urzeit.] Prag 1914. 30 S.

— Pravěké doby Moravy. [Die Urzeit Mährens.] Brünn 1908. 51 S.

Červinka, J. L.: Morava za pravěku. [Mähren in der Urzeit.] Brünn 1902. 368 S., 52 Taf., 4 Ktn.

Mayer, Anton: Völkerverschiebungen in Böhmen und Mähren mit besonderer Berücksichtigung der markomannischen Frage. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. u. Schles. 1924, S. 19—50. 1925, S. 1—35 und 1926, S. 70—79.

— Ein altes Germanennest im Herzen Mährens. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1928. S. 18—24.
Nördlich von Brünn bei Blansko um die Burg Holenstein Orte mit deutschen Namen vom 8. bis 14. Jahrhundert bezeugt.

Schirmeisen, Karl: Der nordische Anteil an Mährens Vorzeit. In: Festschrift für Erich Gierach „Wissenschaft im Volkstumskampf". Reichenberg 1941. S. 115 bis 131.

— Vorgeschichtsfunde aus Mähren. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1931. S. 75—81.

Zotz, Lothar F.: Ist Böhmen-Mähren die Urheimat der Tschechen? Leipzig 1940. 66 S.

— Völker und Funde an den Ufern der March. In: Böhmen und Mähren. 1944. S. 278—281.

Volkskunde

Bergmann, Luis: Aus der deutschen Sprachinsel bei Wischau in Mähren. Brauchtum im Jahreslauf. Olmütz 1939. 20 S. und 9 Taf.

Eßler, Ernst: Hochzeitsbräuche in der Wischauer Sprachinsel. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde. 1931. S. 106—107.

Fylgie. Die älteste deutsch-mährische Volksliedersammlung. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1939. S. 145—148.
Über J. G. Meinert und seine „Sammlung alter deutscher Volkslieder in der Mundart des Kuhländchens", die 1817 unter dem zweiten Titel „Der Fylgje" erschienen ist.

— **Neudruck** der „Alten teutschen Volkslieder in der Mundart des Kuhländchens". Bd. 1. Hrsg. von Meinert 1817. Neudruck besorgt von Josef Götz. Brünn 1909. 384 S.

Götz, Franz: Totenbräuche aus Ostmähren. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde. 1931. S. 159—164.

— Sagen des Bezirkes Mährisch-Weißkirchen. Leipnik 1932. 46 S.

Hanika, Anton: Die Tracht der Wischauer Volksinsel. Mit 7 farbigen Trachtenbildern von Fritzi Maly. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 288—296.

Hanika, Josef: Mähren in Tracht. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 250—255.

— Sudetendeutsche Volkstrachten. 1. Grundlagen der weiblichen Tracht. Brünn 1937. 289 S.

Hirth, Fritz: Liederbuch für die deutsche Jugend. 41.—45. Aufl. Neutitschein 1920. 240 S.
In Hunderttausenden von Stücken unter Mährens Deutschen beliebt und verbreitet gewesen und daher für sie bezeichnend.

— Liederbuch für deutsche Studenten und Turner. 37. Aufl. Neutitschein 1916. 240 S.

Horntrich, Herbert: Das Sprachinselerlebnis im Volkslied. In: Volksdienst. 1938. S. 151.
Vor allem Lieder aus den deutschen Volkstumsinseln um Wachtl-Deutsch-Brodek und um Wischau.

— Das Sudetendeutschtum im Spiegel seiner Volkslieder. In: Volksdienst. 1937, 1. Dez. S. 2—3.
Durchzugsgebiet, zeigt mitteldeutsche und Wiener Einflüsse.

— Volkslied und Brauchtum. In: Volksdienst. 1. Nov. 1937, S. 2.
Starke Bezugnahme auf Südmähren und auf die Wischauer deutsche Volkstumsinsel.

Hoyer, Ernst: Altgermanisches in den Hochzeitsbräuchen der Wischauer Sprachinsel. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde. 1931. S. 164—165.

Jarosch, Günther: Brauchtum, Volksglaube und Volkswesen in der deutschen Volksinsel bei Wischau. In: Mitteldeutsche Blätter für Volkskunde. 1939. S. 127—135.

John, Romuald: „Pfeifenschneiden." In: Deutschmährische Heimat. 1925. S. 52—55.
Darin auch aus dem Wischauer und dem Brünner Spracheiland Bastlösereime.

— Das Brauchtum der Wischauer Sprachinsel. In: Deutsche Zeitung. 1920. Nr. 168.

— Heimische Wiegenlieder. In: Deutsche Zeitung. 1921. Nr. 73.
Aus der Gegend um Wischau, Deutsch-Brodek, Iglau, dem Schönhengstgau, Südmähren u. a.

Jungbauer, Gustav: Die Volkskunde bei den Tschechen und Slowaken. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde, 1928. S. 26—29, 71—74, 11—115, 155—159 und 208—215.

— Alte Weihnachtsbräuche in Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 339—341.

Jungbauer-Horntrich: Die Volkslieder der Sudetendeutschen. Prag 1938ff.

Jungwirth, Ernst: Zur Psychologie der nordmährisch-schlesischen Hirtendichtung. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde. 1928. S. 9—12 und 55—58.

Koberg, Fritz: Das Lied als Spiegel des Volkes. In: Volksdienst. 15. Sept. 1937. S. 5/6.
Zwei Absätze behandeln die Volksliedpflege und das deutsche Volkslied als Zeugnis in Mähren.

— Der walachische Schäfer. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde. 1937. S. 18—20.
Aus der Walachei in Ostmähren.

Lachmayer, Rudolf: Die Flurnamen der Sprachinsel bei Wischau. In: Deutschm.-schles. Heimat. 1930. S. 307—312.

Lachnit, Emil: Altdeutscher Götterglaube in Brauch und Sitte Nordmährens. In: Nordmährerland. Olmütz. 1942. S. 232—237.

Lehmann, Emil: Deutsche Bauernkultur im mährischen Land. Von der Wischauer Volksinsel. In: Hochschulblatt Grenzland Sachsen. 1939. S. 55—57.

— Volkserbe der Sudetendeutschen. Dresden 1939/40. 71 S.
Bd. 1. Märchen, Sagen, Schwänke.
Bd. 2. Jahreslauf und Lebensgang in Sprüchen und Reimen.
Darin auch Verschiedenes aus Mähren.

— Sudetendeutsche Volkskunde. Leipzig 1926. 229 S. und 24 Tafeln.

Maier, Leontine: Auszählreime in Olmütz. In: Deutschmährische Heimat. 1927. S. 54.

Mally, Fritz: Deutsche Trachten aus Mähren. Mit einer Einführung von Jos. Hanika. Prag 1942. 2 S., 8 Farbenbilder,

Novotný, František: Národopisné obrazy z Moravy. [Volkskundliche Bilder aus Mähren.] Olmütz 1940. 78 S.

Oberleitner, Adalbert: Mährisch-schlesische Sagen. Eine Auswahl für den Unterricht. Brünn 1931. 48 S.

— Landes- und Volkskunde von Mähren. Nikolsburg 1925. 183 S.

Rotter, Friedrich Carl: Hermesdorfer Weihnachtsspiel. Mährisch-Schönberg 1930. 32 S. Text mit Noten.
Aus Nordmähren.

Schneeweiß, Edmund: Zur Volkskunde der mährischen Slowaken. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 299—306.

Skála, Antonín: Západní Morava. Pohledy do kulturního života Moravského Horácka. [Westmähren. Blicke in das Kulturleben der mährischen Horaken.] Trebitsch 1940. 116 S.

Stolz, Hans: Liederhannes. Volkslieder aus Nordmähren, Westschlesien und Ostböhmen. 1924. 122 S. mit Noten.

Tejessy, Fritz: Deutsche Lieder in alten Handschriften der Pfarrbibliothek von St. Jakob in Brünn. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1914. S. 383—393.

Tilscher, Georg: Die Pflanzen im Volksleben der Sprachinsel Deutsch-Brodek-Wachtl. In: Sudetendt. Zeitschr. f. Volkskunde. 1931. S. 233—246.

Deutsch-mährische Volkskunde im 18. Jahrhundert. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1939. S. 275—277.
Der tschechische Bibliothekar Johann Alois Hanke hat 1786 in einer „Mährischen Staatskunde" viel Volkskundliches über die Deutschen und Slawen Mährens mitgeteilt.

Zawadil, Walter: Bibliographie der sudetendeutschen Volkstänze. Prag 1933. 30 S.

Zimprich, Richard: Volkskunde im Aufbruch. Olmütz 1938. 16 S.

Wirtschaft und Verkehr

Vergleiche die Abschnitte Brünn und Olmütz.

Adamus, A.: Hundert Jahre Ferdinand-Nordbahn 1836—1936. Mähr.-Ostrau 1936. 117 S. und 8 Taf.

Berichte des Vereines der Wollindustriellen Mährens. Brünn 1931 ff.

Bericht des Verbandes mährischer Industrieller in Brünn über das Vereinsjahr 1932. Brünn 1933. 152 S.

Bertsch, Hans: Lebensraum Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 22—23.

Betrachtung der engen Verbundenheit der tschechischen Wirtschaft mit der deutschen.

Brauner, Heinz: Verkehrsentwicklung in Böhmen und Mähren im 19. Jahrhundert. In: Ostland. 1940. S. 483—486.

Denkschrift anläßlich des 20jährigen Bestandes des Mährischen Landesgewerberates 1907—1927. Brünn 1927. 256 S.

Fischer, Richard: Domácí průmysl na Moravě. [Heimarbeit in Mähren.] Olmütz 1902. 61 S.

— Počátky průmyslu na severní Moravě. Historické drobnosti. Otisk z čas. Proudy. [Die Anfänge der Industrie in Nordmähren. Geschichtliche Miniaturen. Abdruck aus der Zeitschr. Proudy.] Olmütz 1916. 60 S.

Fischer, Wilhelm: Die Wirtschaft in Böhmen und Mähren in Geschichte und Gegenwart. In: Böhmen und Mähren. 1941. S. 109—113.

— Böhmen und Mähren als Verkehrsraum. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 217—222.

Florovskij, Anton Vasiljevič: Obchodní styky Čech a Moravy s Východní Evropou v 16.—17. stol. [Handelsbeziehungen Böhmens und Mährens zu Osteuropa im 16. u. 17. Jahrhundert.] Prag 1938. 14 S.

35 Jahre Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens, Schlesiens und der Slowakei, zugleich Bericht über die Geschäftsjahre 1926 und 1927. Brünn 1928. 148 S.

Deutschmährisches Genossenschaftsblatt. Hrsg. vom Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens, später auch Schlesiens und der Slowakei. Zweimal monatlich. Brünn 1903 ff.

Grögler, Alfred: Von der wirtschaftlichen Bedeutung der nordmährischen Forste. In: Nordmährerland. 1941. S. 183—187.

Haas, Gustav: Zur Geschichte der deutschen Industrie in Mähren-Schlesien. In: Heimatbildung. 1930. S. 165—174.

— Zur Geschichte der Industrie in Nordmähren. In: Nordmährerland. 1942. S. 292—298.

Haasler, Walter: Der Donau-Oder-Kanal. In: Böhmen und Mähren. 1942. S. 284/85.

Heilig, Bernhard: Die Vorläufer der mährischen Konfektionsindustrie in ihrem Kampfe mit den Zünften. Prag 1931. 144 S. Sonderabdruck aus dem Jahrbuch für Geschichte der Juden in der tschechosl. Republik.

Das Judentum Mährens, vor allem in Proßnitz, reißt schon in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts den Handel mit billiger Neukleidung für die Bauern an sich, ferner die Kleidererzeugung auf Vorrat aus mit Baumwolle gemischten billigen Stoffen und die Fabriks- und Konfektionsindustrie, zum Teil gestützt auf Heimarbeit von Tschechen und Deutschen.

Hilmer, Franz: Die Landwirtschaft und ihre Berufsorganisation in Mähren im Wirtschaftsjahr 1933/34. Brünn 1934. 117 S.

Hilmer, Franz: 20 Jahre wirtschaftlicher Landvolksarbeit in Deutschmähren. Brünn 1929. 144 S.

— Das Raiffeisensche Genossenschaftswesen im Protektorat Böhmen und Mähren. Brünn 1939. 84 S. mit Abb.

— Das Genossenschaftswesen in der Wischauer Sprachinsel. In: Deutschmährisch-schlesische Heimat. 1939. S. 298—304.

— Landwirtschaft und Genossenschaftswesen. Brünn 1930. 87 S.

Hödl, A.: Die Maschinenindustrie Brünns. In: Jahrbuch d. Landeshauptstadt Brünn 1941/42. S. 184—187.

Jesser, Franz: Innere Kolonisation. In: Deutsche soziale Rundschau. 1913. S. 740 bis 747. 1913. S. 7—13, 73—80.
Berücksichtigt namentlich Mähren, wo der Landeskulturrat am 30. März 1912 den Antrag auf Errichtung kleiner Rentengüter zur Milderung des Arbeitermangels beraten hatte.

— Soll unsere Jugend sich der Beamtenlaufbahn widmen? In: Der Deutsche Volksbote, 21. Juli 1901.
Erschreckender Mangel an deutschen Beamten, auch in Mähren, wird festgestellt.

— Die Deutschen und die Wirtschaftslage des tschechischen Staates. In: Tagesbote, 12. August 1919.

Jeuthner, Hermann: Deutsche Betriebe des Kreises Olmütz auf dem Wege zu Musterbetrieben. In: Nordmährerland. 1941. S. 144—150.

Krick, Hans: Geschichte und Bedeutung der Olmützer Handels- und Gewerbekammer als Vertretungskörper der nordmährischen Wirtschaft. In: Nordmährerland. 1941. S. 221—226.

Kux, Hans: Über mährisches Geldwesen. In: Deutschmährische Heimat. 1925. S. 11—15.

— Der Gemeindehaushalt der Stadt Müglitz im Jahre 1569. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1904. S. 367—387.

Lachnit, Kurt: Die Leistung unseres nordmährischen Handwerks im Kriege. In: Nordmährerland. 1942. S. 298—301.

Lehmann, Alfred: 100 Jahre nordmährische Eisenbahn. In: Nordmährerland. 1941. S. 174—183.

Leibrock, Fr. Otto: Böhmen und Mähren in den großdeutschen Wirtschaftsbeziehungen. In: Böhmen und Mähren. 1942. S. 270—271.

Maschke, Wilhelm: Die sudetendeutsche Wirtschaft. Die sudetendeutsche Not. Wien 1938. 24 S.

Mayer, Robert: Mährische Landesfinanzen. In: Deutsche soziale Rundschau. 1913. S. 433—438.

Meister, Oskar: Johann Leopold Köffiler und die Anfänge der Brünner Tuchindustrie. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1916. S. 57—86.

Moscheles, Julie (Jüdin): Wirtschaftsgeographie der Tschechoslowakischen Republik. Wien 1922. 162 S.

Müller, Bruno: Wirtschaftsgeologie der tschechoslowakischen Republik. Reichenberg 1921. 256 S., eine geologische Wirtschaftskarte u. 2 Einzelkarten.

Müller, Friedrich: Währungsfragen im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 60—62.

Naske, Alois: Festschrift des Mährischen Gewerbevereines anläßlich seines 70jährigen Bestandes. Brünn 1931. 56 S.

Nevoral, Alfred: Das deutsche Gewerbe in Mähren und seine nationale Sendung. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 176—77.

Preibsch, Hubert: Arbeitsziele für die deutsch-mährische Landwirtschaft. Brünn 1927. 72 S.

Reinfuß, Josef: Die erste Mährische Sparkasse in Brünn. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 188—192.

Reinhold, Karl: Von den tschechischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. In: Deutsche Arbeit. 1913/14. S. 747—753.

Rippel, Hermann: Wasserwirtschaftsfragen unseres Raumes. In: Nordmährerland. Olmütz 1942. S. 154—159.

Schirek, Karl: Die k. k. Majolika-Geschirrfabrik in Holitsch. Materialien zu ihrer Geschichte. Mittlgn d. Mähr. Gewerbe-Mus. 1902, S. 97ff., 116ff., 124ff., 130ff., 138ff., 146ff., 153ff., 166ff., 174ff., 180ff., 185ff. 1903, S. 85ff., S. 89ff., 105ff., 115ff., 121f., 129ff., 140ff., 145ff., 156ff. und 162ff.

Schurius, Josef: Denkschrift anläßlich des 40jährigen Bestandes der Spar- und Darlehnskasse Hobitschau. Hobitschau 1932. 52 S., 2 Taf.

Seidl, Ferdinand: Zielbewußte Finanz- und Wirtschaftspolitik. In: Deutsches Nordmährerblatt, 3. August 1901.
Behandelt Bestrebungen tschechischer Kreditgenossenschaften, deutschen Besitz zu erwerben.

Trunz, Ada: Wirtschaftliche Not, nationale Not. In: Deutsches Nordmährerblatt, 18. Januar 1913.
Behandelt besonders das Kinderelend beim Zwirnknopfnähen in Nordmähren.

Valach, František: Západní Morava. Hospodářský obraz. [Westmähren. Ein Wirtschaftsbild.] Brünn 1936. 79 S.

Die Brünner Wollindustrie. Aus Anlaß d. Ausst. f. zeitgenöss. Kultur veröffentl. vom Verein d. Wollindustriellen Mährens. Brünn 1928. 71 S., 12 Taf.

Kunstgeschichte

Vergleiche die Abschnitte Brünn und Olmütz

Bachmann, Erich: Spätstaufische Bauströmungen im Sudetenraum. In: Deutsche Volksforschung i. Böhm. u. Mähr. 1939. S. 85—109 und 1 Kt.
Von mährischen Kirchenbauten werden unter anderen Tischnowitz, Trebitsch, Oslawan, Saar, Kremsier und Iglau behandelt.

— Vorstufen parlerischer Wölbformen im Sudetenraum. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1941/42. S. 93—109; mit 8 Skizzen u. 3 Abb.

Fischer, Karl: Ein bedeutender nordmährischer Landschaftsmaler. Arnold Berger zum Gedächtnis. In: Nordmährerland. 1941. S. 214—215.

Franz, Alois: Mitteilungen aus den kunsthistorischen Sammlungen des Franzensmuseums. Alte Ofenkacheln. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1903. S. 123—188. Mit 56 Abb.

— Trinkgeräte der Zünfte in Mähren. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1902. S. 96—174. Mit 66 Abb.

— Mährische Zunfttruhen. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1901. S. 77—135. Mit vielen Abb.

Große, Friedrich: Georg Flegel. In: Mährisches Tagblatt. 9. November 1929.

Ingrisch, Franz: Prof. Rudolf Mather. In: Deutschmährisch-schlesische Heimat. 1929. S. 5/6.

Jurditsch, Fritz: Eine Sammlung mährischer Musikdenkmäler. In: Deutschmähr.-schles. Heimat. 1935. S. 102—105.
Von der Musikgeschichte Mährens und dem Musikarchiv des Landesmuseums in Brünn.

Kletzl, Otto: Von deutscher Kultur in der Tschechoslowakei. Aus Anlaß der Ausstellung für zeitgemäße Kultur in Brünn 1928. Kassel 1928. 223 S., 1 Kt., 36 Taf.

Kutal, Albert: Příspěvek k znalosti sochařství 14. stol. na Moravě. [Ein Beitrag zur Kenntnis der Plastik des 14. Jahrh. in Mähren.] In: „Volné Směry" [d. i. die tschechische Kunstzeitschrift „Freie Richtung".] 1935/36.

Leisching, Julius: Die Romantik in Mähren. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1924. S. 38—42.

— Das Porzellanzimmer im Graf Guido Dubskyschen Palaste zu Brünn. In: Mittlgn d. Mähr. Gewerbe-Mus. 1901. S. 65—70 und 73—80.

— Das Souches-Grabmal in der Brünner Jakobskirche. In: Mittlgn d. Mähr. Gewerbe-Mus. 1901. S. 1—8 und S. 13—15.

— Kunstgeschichte Mährens. Brünn 1932. 196 S. mit 20 Abb.

Michalik, Rudolf: Karl Knecht. — Ein Wiener Maler in Olmütz. In: Nordmährerland. 1942. S. 304/5.

Mikula, Hermann: Ein Beitrag zur Kunstgeographie Mährens. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1941. S. 174—177.
Mit zwei Bildern vom Zwettler Altar in Adamstal.

Nettl, Paul (Jude): Beiträge zur böhmischen und mährischen Musikgeschichte. Brünn 1927. 91 S.
Mähren wird nur in den Abschnitten „Opernaufführung zu Znaim anno 1723" (S. 14—17) und „Zur Geschichte der Musikkapelle des Fürstbischofs Karl Liechtenstein-Kastelkorn von Olmütz (S. 40—52) behandelt.

Prokop, August: Die Markgrafschaft Mähren in kunstgeschichtlicher Beziehung. Grundzüge einer Kunstgeschichte d. Landes mit bes. Berücksichtigung der Baukunst. Wien 1904. Ill. Bd. 1—4.

Röder, Julius: Johann Christoph Handkes Nachlaß. In: Nordmährerland. 1942. S. 215—222.

Salm-Reifferscheidt, Christian: Die romanischen Rundkirchen Mährens mit besonderer Berücksichtigung ihrer Beziehung zum Wehrbau. In: Der Burgwart. 1936. S. 62—70.

Schram, Wilhelm: Der Kupferstecher Josef Axmann. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 166—169.

— Einige handschriftliche Quellen zur mährischen Kunstgeschichte. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1904. S. 71—88.

— Die Porträt-Lithographien der mähr. Landesbibliothek. In: Z. d. Mähr. Landesmuseums. 1910. S. 15—50.

— Die Ansichtensammlung der mährischen Landesbibliothek. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1909. S. 17—67.
Verzeichnet 634 Ansichten, nach Orten alphabetisch geordnet, darunter 256 von Brünn, auch Pläne.

Swoboda, Karl M.: Zum deutschen Anteil an der Kunst der Sudetenländer. Brünn 1938. 51 S. 35 Abb.

— Die Kunst des deutschen Hochbarock in Böhmen und Mähren. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1941/42. S. 151—171.

— Mährens Anteil an der deutschen Kunst. In: Ostland. 1941. S. 170—173.

— Italien und die Baukunst in Böhmen und Mähren. In: Böhmen u. Mähren. 1941. S. 219—223.

Von unseren deutschen bildenden Künstlern in Mähren und Schlesien. Brünn 1929. 46 S. und 48 Taf.

Welzl, Hans: Kleiner Beitrag zur Kunstgeschichte unseres Heimatlandes. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1906. S. 15—86.

Alphabetisches Namensverzeichnis von Künstlern mit ihren Schöpfungen in Mähren nach den Werken von Gr. Wolny „Die Markgrafschaft Mähren" (1835—1842) und „Kirchliche Topographie von Mähren" (1885—1863).

Wenzel, Alfred: Die Baugeschichte der Klosterkirche zu Trebitsch und die Wanderung der Werkstätten im Osten. In: Sudetendeutsches Jahrbuch. Kassel 1928. S. 73—89. Mit 4 Taf.

Brünn

Allgemeines, Wirtschaft und Kulturgeschichte

Der deutsche Angestellte. Ortsgruppe Brünn des DHV. Jg. 1ff. 1927ff.

Bison, Wilhelm: Die Kirche von St. Jacob in Brünn. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 97—106.

Blätter aus der Geschichte des Brünner Handels. Hrsg. vom Handelsgremium in Brünn. Brünn 1928. 231 S.

Übersetzt von Dr. E. Bilich. Darin: Mayer, Jindřich, Die Wirtschaftsentwicklung Brünns seit 1740. Balbinger, Karl, Geschichte des Brünner Handelsgremiums.

Brünn und Umgebung in Wort und Bild. Brünn 1939. 80 S.

Brünn, die Hauptstadt von Mähren. Prag 1928. 150 S.

Dosoudil, Josef: Ein Plan zur Errichtung einer Tuchfabrik und Schönfärberei in Seelowitz im Jahre 1719. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1924. S. 187—191.

Unter den Gutachten von damals das des Olmützer Magistrats, rund 7000 Weber der beiden Olmützer Kreise würden bei der Fabrikerrichtung brotlos; ähnlich verwahrten sich der Magistrat von Mähr. Neustadt und die Zechmeister und Besitzer der Stadt Brünn.

Führer durch Groß-Brünn und seine Umgebung. Hrsg. vom Zweig Brünn d. Mähr.-schles. Sudetengebirgsvereines, ehemals Verein Dt. Touristen. 3. Aufl. Brünn 1935. 176 S. m. Abb. u. 2. Ktn.

Großer, Alfred Johann: Brünn als Großstadt. Brünn 1908. 45 S.

— Das tausendjährige Brünn. Brünn 1933. 81 S.

Handels- u. Gewerbekammer in Brünn 1850—1900. Handels- u. Gewerbekammer, Brünn 1900. 16 S.

Brünner Hochschulführer 1940/41. Brünn 1940. 106 S. und 3 Taf.

Jahrbuch der Landeshauptstadt Brünn 1941/42. Hrsg. von Oskar Judex. Prag 1941. 220 S. und viele Taf.

Längere Beiträge darin u. a.: Karl Hans Strobl, „Morgenröte über Brünn" (S. 21—24); Karl Schirmeisen, „Die Brünner Talbucht zur Vorzeit" (S. 25—37); Emil Strecker, „Johann Gregor Mendel" (S. 38—42); Viktor Wildometz, „Die Entstehung Brünns" (S. 43—49); Karl Norbert Mrasek, „Der Baugrund nationalsozialistischer Kulturarbeit in Brünn" (S. 50

bis 52); Anton Altrichter, „Eine Rückschau vom Spielberg" (S. 53—55); Karl Kriso, „Die deutsche technische Hochschule in Brünn" (S. 56—64); Hans Felkl, „Deutsches Bauernland bei Brünn" (S. 65—73); Modes „Das Theater der Stadt Brünn" (S. 74—79); August Fiedler, „Die Bürgermeister Brünns 1851—1918" (S. 90—91); Kudrnatsch, „Brünn und die Autobahnen" (S. 92—93); Hans Stolz, „Alte Brünner 2, = und Aufschriften" (S. 100—109); O. Richter, „Hans Molisch" (S. 110—121); Karl Kühn, „Böhmens kunstgeschichtliche Bedeutung" (S. 132—140); Freising, „Brünn als Stützpunkt des völkischen Schaffens der Heimat" (S. 148—152); Franz Hilmer, „Landwirtschaft und Gartenbau um Brünn!" (S. 163/64) und Walter Mühlinghaus, „Die Brünner Wollindustrie" (S. 179—183).

Kozisek, Alois: Brno město a okolí. [Brünn. Stadt und Umgebung.] Brünn 1938. 340 S.

Kožíšek, Václav: Zemské hlavní město Brno. [Die Landeshauptstadt Brünn.] Prag. 224 S.

Kühn, Karl H.: Die Thomaskirche in Brünn. Ein Werk der Parlerhütte. Brünn 1942. 80 S.

Kutal, Albert: Pieta z kostela svatého Tomáše v Brně. [Die Pieta an der Kirche zum heiligen Thomas in Brünn.] Brünn 1937. 36 S. 1 Taf.

Leisching, Julius: Das älteste Brünner Bürgerbuch. In: Mittlgn des Mähr. Gewerbe-Mus. 1901. S. 57—64 und S. 71—72.

Mendl, Bedřich: Knihy počtů města Brna z let 1343—1365. [Rechnungsbücher der Stadt Brünn aus den Jahren 1343—1365.] Brünn 1935. 789 S. und 12 Taf.

Mikula, Hermann: Zur Bevölkerungsentwicklung von Groß-Brünn. In: Mittlgn d. Geogr. Gesellschaft Wien. 1942. S. 213—216.

Mühlwasser, Hans: 450 Ausflüge in der Umgebung von Brünn. 4. Aufl. Brünn 1922. 169 S.

Raab, Adolf: Brünner Votivbilder. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1904. S. 19—38.

— Der Adler des römisch-deutschen Reiches, das Quaternionensystem und die Bogenlaube im Brünner Rathause. Mit 2 Textfig. In: Z. d. Mähr. Landesmus. 1907. S. 62—78.

Rohrer, Rudolf M.: Schlußsteinlegung. 5. April 1906. Brünn 1906. 24 S.

Anderthalb Jahrhunderte Rudolf M. Rohrer. 1786—1936. Die Geschichte einer deutschen Drucker- und Verlegerfamilie, Brünn 1937. 146 S., 6 Taf.

Schleger, Ferdinand: Brünn, die Landeshauptstadt. Aus dem Tschechischen übersetzt. Prag.

Schram, Wilhelm: Ein Buch für jeden Brünner. Brünn 1901/05. Bd. 1— 5.
Quellenmäßige Darstellung beachtenswerter Ereignisse aus der Ortsgeschichte.

Um Millionen: Brünner Montagsblatt. 1914. Nr. 102ff.
Hinweis auf die Schädigung des österreichischen Heeres um viele Millionen Gulden durch betrügerische jüdische Tuchlieferungen aus Brünn; Hauptschuldige Isidor Butschowitz, Besitzer des Franz Josef-Ordens, und Karl Löw.

Nationaler Kampf

An den Pranger! In: Brünner Montagsblatt, 9. Jan. und 16. Jan. 1922.
Gegen Spitzelumtriebe in Brünn.

Baeran, Alois: Noch einmal ums Wort! In: Brünner Montagsblatt, vom 16. März 1914.
Gegen die liberale Brünner Rathausverwaltung.

Bulin, Hynek: Besední dům v Brně 1872—1922. [Die Beseda (= tschechischer Geselligkeitsverein) in Brünn von 1872—1922.] Brünn 1922. 28 S.

Erwache, du Brünner Michel, aus deiner Lethargie! In: Brünner Montagsblatt, 22. Dez. 1913.
Darlegung der judenliberalen Gemeinde-Mißwirtschaft, bei der ein jüdischer Inhaber von 12 Schnapskonzessionen, Lustig, Ehrenbürger von Brünn wurde, Koks allen Nichtjuden arg verteuert und das deutsche Gewerbe geschädigt wurde.

In Acht und Bann. Brünner Montagsblatt, 31. Jan. 1922.
Über das Verfahren gegen Dr. Alois Baeran nach seinem Wurf einer Stinkbombe im Prager Parlament.

Koberg, Fritz: Die Brünner deutsche Volkstumsinsel. Berlin 1940. 23 S.

Kudela, Josef: Brno v boji za svobodu. [Brünn im Kampfe um die Freiheit.] Brünn 1935/37. Bd. 1. 2.
Gemäß dem Standpunkt der tschechischen Legionäre heißt hier der Umsturz vom Herbst 1918 Sieg der Freiheit.

Brünner Montagsblatt. Brünn 1912ff.
Dem Abgeordneten Dr. Alois Baeran nahestehend.

Morgenpost. Brünn 1876ff.
Bis 1938 im tschechischen Sinn geleitetes, deutschgeschriebenes Tagblatt.

Navrátil, Emil: Památník padesátileté práce a činnosti Národní jednoty pro jz. Moravu v Brně 1886—1936. [Gedenkbuch der 50jährigen Arbeit und Tätigkeit der Národní Jednota für Südwestmähren in Brünn.] Brünn 1936. 107 S.

Netopil, Franz: Brünn und seine Vororte. Brünn 1921. 41 S.

Raub. In: Brünner Montagsblatt, 12. Febr. 1918.
Leitaufsatz. Gegen das Deutschgetue der volksfremden Brünner Rathausliberalen.

Der Schülerstreik in Brünn. In: Brünner Montagsblatt, 30. März 1914.
680 tschechische Schulkinder in Brünn haben zwecks Erreichung einer weiteren tschechischen Schulgründung gestreikt; Betrachtungen dazu und zur unaufrichtigen liberalen Brünner Rathauspolitik.

Sie betonten fortwährend das Deutschtum. In: Deutsches Blatt, Brünn, 13. August 1901.

Ein Brünner Skandal. In: Brünner Montagsblatt, 20. August 1917.
Gegen judenliberale Schiebungen und Ungerechtigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und Fleischzuteilung in Brünn.

Brünner deutsche Sprachinsel. In: Volksdienst. 1. Mai 1934. S. 7/8.

Versinkende deutsche Städte. In: Deutschmähr.-schles. Heimat. 1935. S. 132.
Über die Eroberung des Schulwesens in Brünn durch die Tschechen.

Ein Brünner Streiter für das Reich. Zum Gedenken an Dr. Alois Baeran. In: Volksdeutsche Zeitung, 18. März 1939.

Süttung, Hellmuth: Brünn als deutscher Vorort. In: Tagesbote, Abendblatt, 9. Febr. 1939.

Tschechisierung Brünns. In: Brünner Montagsblatt, 16. Dez. 1918.

Tschechischer Überfall auf Dr. Baeran. In: Brünner Montagsblatt, 31. Mai 1920.

Uher, Leopold: Abg. Dr. Alois Baeran vor dem Prager Schwurgericht. Brünn 1923. 263 S.

Eine tschechische Universität in Brünn? In: Deutsches Blatt, 23. Juli 1902.

Eine Wanderung durch die tschechische Erdkunde. In: Deutsches Blatt, 2. September.
Für deutsche Ortsnamen der Brünner Umgebung.

Wie es gekommen. In: Deutsches Blatt, 22. Juli 1902.
Über die Anfänge des Tschechentums in Brünn in den Jahren 1862 und 1863.

Kulturgeschichtliches, Ortskundliches und Siedlungsgeschichtliches auch aus der Umgebung

Altrichter, Anton: Bauern auf dem Brünner Spielberg: In: Deutsche Heimat, 1928. S. 328.

— 360 Jahre Brünner Gymnasium. In: Tagesbote, 9. April 1938.

— Mähren und Brünn im Kulturleben. In: Tagesbote, 15. Mai 1937.

Bondi, Gustav (Jude): Geschichte des Brünner deutschen Theaters 1600—1924. Brünn 1924. 226 S.

Brandt, Guido: Schöllschitz. Eine Dorfchronik. Brünn 1926. 75 S.

Bretholz, Bertold (Jude): Brünn. Geschichte und Kultur. Brünn 1938. 326 S. und 8 Taf.
Reicht nur bis 1848.

— Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom 11. bis zum 15. Jahrhundert. 1067—1411. Prag 1935. 384 S.

Dosoudil, Josef: Die Brünner Frühdrucke. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1942/43. S. 170—173.

— Die Brünner Bürgeraufnahmen 1559—1849. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schl. 1929—1937 in der Beilage „Familienforschung".

Einst und heute. In: Deutsches Blatt, 3. Jan. 1902.
Leitaufsatz. Gegen das Verkommen der Brünner deutschen Bühne, die Schiller, Grillparzer, Anzengruber usf. ganz vernachlässige.

Felkl, Hans: Die Brünner deutsche Sprachinsel. In: Deutsch. mährisch-schles. Heimat. 1930. S. 66—70.

— Kumrowitz. Geschichtlicher Werdegang des Ortes. Brünn 1934. 24 S.

— Heimatbüchlein der Brünner deutschen Sprachinsel. Brünn 1924/1926. H. 1—3.

Festschrift zur Erinnerung an die Feier des 50jähr. Bestandes der deutschen Staats-Oberrealschule in Brünn. Brünn 1902. 336 S.

— zur Erinnerung an den 50jährigen Bestand der deutschen Staatsgewerbeschule in Brünn. Brünn 1934.

— zur Feier des 75jährigen Bestandes der deutschen Technischen Hochschule in Brünn. Brünn 1924. 278 S.

— zur Feier des 350jährigen Bestandes des deutschen Staatsgymnasiums in Brünn. Brünn 1928. 97 S.

— zur Feier des 70jährigen Bestandes des Brünner Turnvereins 1861. Brünn 1931. 36 S.

Freising, Josef: Das Landesmuseum in Brünn. In: Volksdeutsche Zeitung, 1. Okt. 1939.

Fürst, František: Brno. Stručný jeho dějepis. [Brünn. Ein Abriß seiner Geschichte.] Brünn 1935. 86 S.

Glück, Guido: Brünner Schulstreit im 15. Jahrhundert als Hebel päpstlicher Machtpolitik. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1940. S. 388—391.

Habermann, Franz: Das deutsche Fortbildungsschulwesen der Stadt Brünn. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 178—179.

— Zur Geschichte des Brünner Volksschulwesens. In: Deutscher Schulwart. 1912/13. S. 159—162; S. 172—176; S. 203—209.

Hiller, Franz: Das Obrawatal. Anteil der Gemeinden Schöllschitz und Morbes. Brünn 1939. 24 S.

Kuthan, Jindřich: Z historie kralovopolského kláštera kartuziánů. [Aus der Geschichte der Kartause Königsfeld.] Brünn 1936. 103 S.

Masur, Leopold: Brünner Sagen. Brünn 1935. 76 S.

Neumann, Augustín Alois: 150 let biskupství brněnského. [150 Jahre Bistum Brünn.] Brünn 1927. 48 S.

Raab, Adolf: Das Stadtgut Gurein. In: Deutschmährische Heimat. 1920. S. 6/7.

Reutter, Hans: 100 Jahre Eisenbahn in Brünn. In: Volksdeutsche Zeitung, 5. Juli 1939.

— Drei Jahrhunderte Brünner Bürgertum 1559—1843. Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft und Volkstumsforschung in Mähren hrsg. v. A. Altrichter. Brünn 1942. 62 S., 5 Ktn., 1 Taf.
Ansteigen des Tschechentums seit 1771 mit der Industrie; vorher nur ein Zehntel der Brünner Zuzug von Tschechen.

Schwarz, Ernst: Altbrünner Herkunftsfamilien und deutsche Volkstumsgeschichte. In: Z. f. Ortsnamenforschg 1940. S. 3—24.

— Brünner Rechnungsbücher. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1938. S. 30.
Besprechung des tschechischen Buches: Mendl, Bedřich, Knihy počtů města Brna z let 1343—1365. Brünn. 184, 605 S.

Šigut, František: Zrušení kláštera Králové na Starém Brně. [Die Aufhebung des Königsklosters in Alt-Brünn.] Brünn 1935. 28 S.

Sloschek, Erich: Die Brünner Schwarzfärberzunft. In: Familienforschung. 1934. S. 9—11. (Beilage zur Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles.)

Sonnek, Karl Josef: Brünner Handwerk und Zunftwesen im Mittelalter. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 174—175.

Steiger, Anton: Überführung der Olmützer Archive nach Brünn. In: Nordmährerland. 1942. S. 189—190.

Stolz, Hans: Brünner Auszählverse. In: Deutschmährische Heimat. 1927, S. 159 bis 164.

— Brünner Flurnamen als Zeugen deutscher Vergangenheit. In: Jahrbuch d. Landeshauptst. Brünn 1941/42. S. 154—158.

— Alte Brünner Inschriften. In: Deutschmährische Heimat. 1923. S. 258/259.

Strobl, Karl Hans: Mödritzer Kirtag von 30 Jahren. In: Volksdeutsche Zeitung, 5. Nov. 1939. S. 24/25.

Süß, Luise: Die Volkszugehörigkeit der Bevölkerung Brünns im Jahre 1348. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1937. S. 269—280.

Tauš, Karl: K padesátiletému jubileu českého divadla v Brně. [Zum 50jähr. Jubiläum des tschechischen Theaters in Brünn.] 1884—1934. Brünn 1934. 107 S.

Tengler, Eduard: Brünner Hochschulführer 1933/34. Brünn 1933. 100 S.

Tenora, Jan: Statek sv. Petra v Brně. [Das Gut des heiligen Peters in Brünn.] Brünn 1934/37. Teil 1, 2.
Teil 1. Bis zum Jahre 1757. T. 2. Bis zum Jahre 1848.

— K dějinám Brna v nejstarší době. Brno a „burgus" brněnský. [Zur Geschichte Brünns in der ältesten Zeit. Brünner Burg, Brünn und der Brünner „burgus".] „Hlidka" 1921.

Unsere Theaterpreise. In: Brünner Montagsblatt, 4. Okt. 1915.
Leitaufsatz. Gegen die jüdische Wirtschaft, Leitung und Preistreiberei im Brünner deutschen Theater.

Tittor, Walther: Brünn ist nit hin! Volkslieder aus der Brünner und Wischauer Sprachinsel. Reichenberg 1939. 18 S.

Trauenfels, Hans: Brünner Vornamen vom 14. bis 19. Jahrhundert. Olmütz 1906. 2. Aufl. Olmütz 1914. 39 S.

Trübswasser, Wolfgang Günther: Brünn — allzeit deutsch und getreu. In: Volksdeutsche Zeitung, 5. Nov. 1939. S. 21/22.

Verhandlungen des naturforschenden Vereins in Brünn. Bd. 70 für das Jahr 1938. Brünn 1939.

Welzl, Hans: Brünn im 14. Jahrhundert. In: Zeitschr. d. Mähr. Landesmus. 1902, S. 75—95.

— Brünn am Ausgange des Mittelalters. In: Zeitschr. d. Mähr. Landesmus. 1901. S. 68—76.

— Brünn im 17. Jahrhundert. In: Zeitschr. d. Mähr. Landesmus. 1903, S. 1—17.

— Brünn im 16. Jahrhundert. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1903. S. 370—382.

— Brünner Chronik des Peter Freiherrn von Forgatsch. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1910. S. 264—336.

— Brünn im 15. Jahrhundert. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1902. S. 59—71.

Zatschek, Heinz: Die Namengebung der Brünner Bürger 1343—1348. In: Z. f. sudetendt. Gesch. 1937/38. S. 256—268.

Olmütz

Allgemeines, Statistik, Wirtschaft und Bevölkerungswesen

Amtsblatt der Hauptstadt Olmütz. Olmütz 1939 und 1940.

Olmützer Anzeiger. Olmütz 1933—1938.

Ausstellungsanzeiger der II. Industrie- und Gewerbeausstellung in Olmütz. Olmütz 1902.

Bernt, Alois: Altdeutsches Recht in Böhmen und Mähren. Reichenberg 1925. 544 S.

Biehal, Karl: Das deutsche Gemüseland um Olmütz. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 281.

Czermak, Fritz: Das Stadtbild in Olmütz einst und jetzt. In: Nordmährerland. 1941. S. 92—93.

Dvorský, Konrad: Hospodářská jednota v Olomouci 1861—1931. [Der Wirtschaftsverein in Olmütz 1861—1931.] Prerau 1931. 52 S.
Tschechische Nationalwirtschaft durch freiwilligen Zusammenschluß von den kleinsten Anfängen her, allmählich mächtig erstarkend.

Dworschak, Hans: Der Gemüsebau in der Olmützer Sprachinsel. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 74—76.

Fischel Alfred (Jude): Die Olmützer Gerichtsordnung Brünn 1903. (90 S.)

Fischer, Richard: Chudinství v Olomouci. [Das Armenwesen in Olmütz.] Olmütz 1924. 38 S.

— Česká svépomoc hospodářská na Severní Moravě. [Tschechische wirtschaftliche Selbsthilfe in Nordmähren.] Prag 1902. 60 S.

Fischer, Richard: Rozpočet města Olomouce na r. 1910. [Der Voranschlag der Stadt Olmütz f. d. Jahr 1910.] Olmütz 1910. 35 S.

Höhner, Josef: Olmützer Erinnerungen. Olmütz 1930. 176 S.

Große, Friedrich: Das Stadtbild von Olmütz. In: Mährisches Tagblatt. 10. und 14. März 1931.

— Meister Wenzel von Olmütz. In: Mährisches Tagblatt. 26. März und 2. April 1932.

Hein, Max: Geschichte des Handels und Gewerbes von Olmütz im Mittelalter. Olmütz 1935. 111 S. und 4 Taf.

Krick, Hans: Die Beziehungen der Handels- und Gewerbekammer zur Stadt Olmütz. In: Nordmährerland. 1942. S. 159—164.

Die Olmützer Kunstuhr. Olmütz 1928. 20 S.

Kux, Hans: Die Olmützer Goldschmiede vom Mittelalter bis zum Jahre 1700. In: Festschrift für E. W. Braun. Augsburg 1931. S. 19—30.

— Die Olmützer Gemeindefinanzen 1530—1630. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1916. S. 322—378 und 1917. S. 59—100, 263—289.

Mather, Rudolf: Alt-Olmütz. 6 Blätter nach Federzeichnungen. Olmütz 1922.

Mikula, Hermann: Zur Entwicklung des Stadtgrund- und des Stadtaufrisses von Olmütz. In: Mitteil. d. Geogr. Gesellsch. Wien. 1939. S. 222—227.

— Geographische Studien im Olmützer Becken und an seinen Flanken. In: Mitteil. der Geogr. Gesellsch. Wien. 1926. S. 7—51.

Olmützer Monatsprogramm. Kreispropagandaamt der NSDAP. Olmütz 1940ff.

Nešpor, Václav: Die Olmützer Kunstuhr. Olmütz 1941. 29 S.

Olmütz, Hauptstadt von Mähren. Olmütz 1941. 102 S.

Olomouc. Město i okres. [Olmütz. Stadt und Bezirk.] Brünn 1930. 152 S.
Eine nationalwirtschaftliche tschechische Werbeschrift mit vielen schönen Bildern und zahlreichen Aufschlüssen und Zahlen über die tschechische Industrie und das tschechische Kapital in und rings um Olmütz sowie über die Olmützer Gemeindeunternehmungen.

Pozor, Olmütz. Tschechische Zeitung, seit 1894.

Rippel, Hermann: Olmütz — eine wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung. In: Nordmährerland. 1941. S. 42—44.

Röder, Julius: Die Homboker Gemeindefinanzen 1693—1743. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 2—8.

Stade, Ernst: Olmütz und die nordmährische Wirtschaft. In: Nordmährerland. 1942. S. 151—154.

Steiger, Anton: 90 Jahre Olmützer Handelskammer. In: Mähr.-schl. Landeszeitung, 9. Febr. 1941.

Janoušek, Vojtěch: Nejstarší urbář pánů Olomočanů. [Das älteste Urbar der Olmützer Herren.] In: Časopis vlasten. musejního spolku. 1928. S. 77—90.

Krick, Julius: Stadt an der March. Alte Olmützer Geschichten. Olmütz 1942. 300 S.
Um 1886.

Kühndel, Jan: Vývoj olomouckých řemeslnických Čechů, do začátku 17. st. [Die Entwicklung der Olmützer Handwerkszechen bis in den Beginn des 17. Jahrh.] Olmütz. 160 S.

Kux, Hans: Das Olmützer Judenregister vom Jahre 1413—1420. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1905. S. 385—423.
Aufschlußreich auch über die vielen deutschen und slawischen Schuldner und Schuldbürgen der Juden, deren ausführliches Namensregister beigefügt ist; die deutschen Namen herrschen darin vor.

— Verwaltungsgeschichte der Stadt Olmütz. Olmütz 1942. 335 S. und 12 Taf.
Eindeutiger Nachweis, daß Olmütz seit jeher eine deutsche Stadt gewesen.

Kwičala, Leopold: Ein deutscher Vierkanthof in Olmütz-Neustift. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1933/34. S. 8/9.

Lechner, Karl: Die ältesten Belehnungs- und Lehensgerichtsbücher des Bistums Olmütz. Brünn 1902. 475 S. und 8 Taf.

Nather, Wilhelm: Der Werdegang des Lehrlings zum Meister in den Olmützer Zünften. In: Nordmährerland. 1942. S. 23—25.

Olmütz, eine deutsche Stadt in Mähren. Von Max Hein u. a. Hrsg. von Luis Bergmann. Olmütz 1939. 38 S., 12 Taf. (Bücher deutscher Volkheit aus den Sudeten- und Karpathenländern. Bd. 14.)

Röder, Julius: Olmützer Neubürger aus Deutschland 1668—1848. In: Sudetendt. Familienforschung. 1937/38. S. 20—24, 63—65 u. 143—148.

— Olmützer Neubürger aus Österreich. In: Sudetendeutsche Familienforschung. 1933/34. S. 103—105, 144—148.

— Ein halbes Jahrtausend deutscher Personennamen in Schnobolin. In: Deutsche Zeitung, 1931, Nr. 151.

— Reichsdeutsche Convertiten in der Erzdiözese Olmütz. Archiv für Sippenforschung. 1929. S. 22—26, 129—132.

— Olmützer Neubürger aus Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei 1668—1848. In: Sudetendeutsche Familienforschung. 1930/31, S. 120—123, 164—168. 131/32, S. 24—28, 76—79, 175—179. 1932/33, S. 35—39, 81—86, 163—168.

— Alteingesessene Familien im Kirchspiel Olmütz-Neustift-Powel. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 15—20.

— Wohin die Odergebirgler vor 100 Jahren wanderten. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 13—18.
Das Odergebirge, einen schwachen Tagmarsch von Olmütz entfernt, hatte um 1830 Abwanderung vorwiegend nach Olmütz, Brünn, Wien, Sternberg und Znaim.

— Die Besitzfolgen der Ansässigkeiten im Dorfe Böhmisch-Powel. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 4—10.
Es handelt sich um ein in der Mitte des 18. Jahrhunderts im Krieg geräumtes, ausweislich der Besitzernamen seiner Insassen reindeutsches Dorf im Bereich der heutigen Gemeinde Olmütz.

— Die Neboteiner Hausnamen. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1933/34. S. 133—137.

— Die Zustände auf der Herrschaft Groß-Wisternitz im Jahre 1677. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1933/34. S. 107—112.

— Wie die Schnoboliner zu den „Hoferben" kamen. In: Deutsche Zeitung, 1926, Nr. 188 und 192.

Sach, Eduard: Bauerntum von morgen. In: Nordmährerland. 1942. S. 12—17.
Bringt Beachtliches zur Geschichte und Lage der deutschen Bauern im Kreise Olmütz.

Schlusche, Herbert: Olmützer Buchdruckerwerkstätten. In: Amtsblatt Olmütz. 1940, H. 12/13.

Schünke, Robert: Kranken- und Armenfürsorge in Alt-Olmütz. Olmütz 1905.

Slavík, Karel: Příručka vlastivědy venkovského okresu olomouckého. [Handbuch der Heimatkunde für den Landkreis Olmütz.] Olmütz 1933. 120 S.

Sponer, Franz: Der Straßenbau zu allen Zeiten im Olmützer Kreis. In: Nordmährerland. 1942. S. 19—22.

Spunda, Johanna: Heimatbüchlein für den Olmützer Kreis. Prag 1927. 58 S.

— Frauenarbeit im Kreis Olmütz. In: Nordmährerland. 1942. S. 90—91.

Steiger, Anton: Olmütz, die Stadt an der March. In: Böhmen und Mähren. 1941, S. 286—288.

Weber, Otto: Versuch einer Volksgrenzbeschreibung. In: Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren. 1940. S. 237—251.
Behandelt Olmütz und die Olmützer Volksinsel.

Weinelt, Herbert: Die Olmützer Deutschtumsinsel als Brückenkopf des bayerischen Volkstums im nördlichen Mähren. In: Nordmährerland. 1942. S. 204—209.

Zimprich, Richard: Die königliche Hauptstadt Olmütz als deutsche Hochschulstadt. In: Der Protektoratsbeamte. Nationalsozialistische Beamtenzeitung. 1940, Nr. 22. S. 4ff.

— und **Hein,** Max: Olmütz, eine deutsche Stadt in Mähren. Eine Sammlung von Aufsätzen. Olmütz 1940. 42 S., 12 Taf.

Nationaler Kampf

Also wirklich: 15 deutsche Schulklassen will man uns rauben! In: Deutsche Zeitung. 24. Juli 1920.

Das Anwachsen des Tschechentums in Olmütz. In: Deutsches Nordmährerblatt. 13. Oktober 1907.
Tschechische Fortschrittsberichte, gekürzt nach dem „Pozor", der abschließend dazu betont hatte: „Wohl keine andere Stadt kann eine solch ungewöhnliche Ausbreitung des Tschechentums aufweisen . . ."

Ausschreitungen aufgehetzter Legionäre in Olmütz. In: Deutsche Zeitung, 1919, 23. August.

Arge Ausschreitungen in Olmütz. In: Deutsche Zeitung, 4. März 1920,
Bericht an leitender Stelle über bolschewistisch-tschechische Unruhen; darin die Sätze: „Arbeit und Ordnung, ungesäumter Anschluß an das große mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet, vollste Selbstbestimmung für uns Deutsche, volle Einlösung der Kriegsanleihe bei gleichzeitiger Berufung der Deutschen und Slowaken ans Staatsruder könnten vielleicht in letzter Stunde noch helfen. Oder ist es schon zu spät?"

Die Olmützer Denkschrift gegen die Volkszählung. In: Deutsche Zeitung, 26. u. 27. März 1921.
Aufschlußreich, vor allem durch Beispiele der tschechischen Zählungsmethoden.

Fischer, Richard: Zaniklé české spolky v Olomouci. [Die eingegangenen tschechischen Vereine in Olmütz.] Olmütz 1923.

— Padesát let Národní jednoty v Olomouci. Kronika. [50 Jahre Národní Jednota in Olmütz. Chronik.] Olmütz 1935.
Teil 1: 1885—1895. Teil 2: 1896—1906. Teil 3: 1907—1918. Teil 4: 1919—1935. Wichtig und aufschlußreich.

— Česká účast při obecních volbách v Olomouci. [Die tschechische Teilnahme an den Gemeindewahlen in Olmütz.] Olmütz 1932. 24 S.

Fischer, Richard: Političtí vězni v Olomouci od r. 1851—1857. [Die politischen Häftlinge in Olmütz in den Jahren 1851—1857.] Olmütz 1931. 56 S. und 1 Taf.

— České noviny a novináři v Olomouci 1848—1918. [Tschech. Zeitungen u. Zeitungswesen in Olmütz.] Olmütz 1938. 76 S.

— Počátky obchodní a živnostenské komory v Olomouci 1851—1861. Dvacet let české menšiny v Olomoucké komoře. Naps. Aug. Wüst. [Die Anfänge der Handels- und Gewerbekammer in Olmütz 1851—1861. Zwanzig Jahre tschechischer Minderheit in der Olmützer Kammer. Bericht. Aug. Wüst.] Olmütz 1923. 101 S.

— Olomoucký památník. [Olmützer Gedenkbuch 1848—1918.] Olmütz 1938. 383 S.

— Olomoucký vývoj. [Die Entwicklung von Olmütz.] Prerau 1933. 40 S.
Behandelt die Eroberung der Stadt Olmütz durch die Tschechen, bzw. deren Aufstieg in Olmütz von 1864 bis 1918.

— Národní dům v Olomouci, jeho vznik a dějiny. [Das Nationalhaus in Olmütz, seine Entstehung und Geschichte.] Olmütz 1933. 131 S.

Olmützer Gemeinderat. Exodus der Deutschen. In: Deutsche Zeitung, 9. Juli 1920.
Anläßlich des Beschlusses einsprachig-tschechischer Straßentafeln für Olmütz.

Die neueste tschechische Heldentat. In: Deutsche Warte, 25. Oktober 1902.
Bericht über die Sitzung der Olmützer Handelskammer, in der die 48 deutschen Mitgliedern gegenüberstehenden 10 tschechischen Mitglieder Giftbomben schleuderten, so daß der Sekretär der Kammer, Max Hoenig, in Ohnmacht fiel und schwer erkrankte.

Hoyer, Josef: Deutsche Volksgenossen der Olmützer Sprachinsel! In: Deutsches Nordmährerblatt. 13. Sept. 1902.
Aufruf anläßlich der tschechischen Schulgründung in Nebotein zum deutschen Trutzfest in dieser Gemeinde.

Die Hussiten in Neustift. In: Deutsches Nordmährerblatt. 29. August 1909.
Leitaufsatz über einen tschechischen Festzug durch die deutsche Gemeinde Neustift bei Olmütz.

Jubelfest des Olmützer Männergesang-Vereines. Bericht mit der die nationale Lage kennzeichnenden Rede Rudolf Sommers. In: Deutsches Nordmährerblatt. 22. Juni 1901.

Der Kampf um Olmütz. In: Deutsche Zeitung, 13. Februar 1921.

Knechtl, Bohumír: Třicet let našeho zápasu v Olomouci. [30 Jahre unseres Kampfes zu Olmütz.] Olmütz 1923. 291 S.

Koberg, Fritz: Die deutsche Volkstumsinsel Olmütz. Berlin 1940. 24 S.

— Wie Olmütz tschechisch ward. In: Olmützer Anzeiger, 17. Juli 1937.

Krick, Hans: Das völkische Gesicht von Olmütz im Zeichen des Poststempels. In: Nordmährerland. 1942. S. 301—302.

Liberales aus Olmütz. In: Deutsches Blatt, 31. Mai 1902.
Leitaufsatz gegen die liberale Olmützer Rathausherrschaft und ihre Einflußnahme auf die Olmützer Handelsakademie bei der Wahl des Direktors.

Der Massenaustritt aus dem Olmützer Juden-Turnverein. In: Deutsches Nordmährerblatt, 1. Februar 1902.
Vom Kampf, den deutschen Turnverein judenrein zu gestalten, der damals noch nicht zum Sieg, sondern zur Mitgliederflucht geführt hatte.

Die Protestversammlung gegen die tschechische Universität. In: Deutsches Nordmährerblatt, 23. November 1901.
Bericht an leitender Stelle mit der Einspruchsentschließung und der Rede des Dr. Rudolf Sommer.

— Vom Schanzengrasel zum Volkstumskämpfer. Berichte von kämpferischer Jugend. In: Nordmährerland. 1942. S. 284—292.

Seidl, Ferdinand: Tschechische Überhebung. In: Deutsches Nordmährerblatt, 27. Juli 1901.

— Handelskammerwahlen und Antisemitismus der Tschechen. In: Deutsches Nordmährerblatt, 11. Januar 1902.

— Erste Eindrücke. In: Deutsches Nordmährerblatt, 8. Juni 1901.
Olmützer erste Eindrücke des späteren Reichstagsabgeordneten der deutschen Arbeiterpartei, der 1914 als Kriegsfreiwilliger fiel.

Sommer, Rudolf: Der tschechische Wirtschaftskrieg gegen das Olmützer Deutschtum. Rede, wiedergegeben in: Deutsches Nordmährerblatt, 30. März und 7. April 1901, im Bericht „Deutscher Familienabend in Olmütz".

— Rede zu den Olmützer Gemeinderatswahlen. In: Deutsches Nordmährerblatt, 4. Okt. 1902.
Aufschlußreich über die Deutschliberalen in Olmütz und ihren Geschäftsliberalismus.

— Der Antisemitismus in Olmütz. In: Deutsches Nordmährerblatt, 8. Februar 1902.

— Die Juden als „Bundesgenossen" der Deutschen. In: Deutsches Nordmährerblatt, 8. März 1902.
Anläßlich des Sieges der vereinigten nationalen Tschechen und Juden in der Gehilfenversammlung des Olmützer Handelsgremiums.

Die Olmützer Sprachinsel. Mit 1 Kt. Wien 1919. (Flugblätter für Deutschösterr. Recht. Nr. 20.)

Steiger, Anton: Schönerer in der Olmützer Gegend. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 17. Juli 1942.

Undeutsches. In: Deutsche Warte. 1901. S. 5.
Bericht über das Vorwiegen tschechischer Arbeiter bei den Unternehmungen der deutschen Stadtgemeinde Olmütz.

Eine merkwürdige Volkszählung. In: Deutsche Zeitung, 24. Februar 1921.
Tschechische Volkszählungsmethoden in Olmütz.

Wie es deutschen Genossenschaftsmitgliedern unter tschechischer Genossenschaftsleitung ergeht. Deutsches Nordmährerblatt. Olmütz 1912.
Beilage zu Nr. 6 vom 3. Februar. 2 S. Bericht über die Gastwirte-Genossenschaft für den Landbezirk Olmütz und deren rücksichtslose Tschechisierung.

Wies gemacht wird. In: Deutsche Warte. 1903. S. 3.
Über die amtliche Tschechisierung der Staatsbahndirektion Olmütz.

Zimprich, Richard: Der Kampf um das deutsche Schulwesen im Kreise Olmütz. In: Olmützer Monatsprogramm. Juni 1941. S. 6.

Siedlungs-, Orts-, Kultur- und Kunstgeschichte

Adolph, Rudolf: Der Schöpfer des Mendelismus und Olmütz. In: Olmützer Monatsprogramm. Oktober 1941. S. 16—18.

Unsere Arbeit. Bericht über die ländlichen Wohlfahrts-, Kultur- und Selbsthilfebestrebungen im Olmützer Landbezirk. Hrsg. vom Deutschen landwirtschaftlichen Bezirksverein Olmütz, Sitz Schnobolin. Olmütz 1925/27. Jg. 1—3.

Barchanek, Klemens: Zur Geschichte der Lehranstalt. Programm der Staatsrealschule mit deutscher Unterrichtssprache in Olmütz. 1902. 98 S.

Olomoucká bible 1417. [Die Olmützer Bibel von 1417.] Prag 1933. 166 S.

Bieberle, Emil: Das Wirtshausschild in Paulowitz. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge. 1935/36. S. 1—4.

Cinek, František: Matricula Academiae Olomucensis. Olmütz 1929.
Die Matrikel der Olmützer Jesuitenakademie 1576—1631.

Czepiczka, J.: Von den „Olmützer Quargeln". In: Nordmährerland. 1942. S. 83—85.

Dedic, Paul: Die Geschichte des Protestantismus in Olmütz. (Jahrbuch der Gesellschaft f. d. Gesch. d. Prot. im ehem. Österreich.) Wien 1931.

Dolezil, Hubert: Politické a kulturní dějiny král. hlavního města Olomouce. [Politische und kulturelle Geschichte der königl. Hauptstadt Olmütz.] Olmütz 1903—1906. 305 S.

Drechsler, Angela: Mozart in Olmütz. In: Nordmährerland. 1941. S. 207—210.

Eder, K.: Zur Geschichte der Olmützer Monumentalbrunnen. In: Amtsblatt. Olmütz. 1940, H. 3 und 4/5.

Ehrle, Kurt: Deutsches Theater der Hauptstadt Olmütz. Aufbau im erweiterten Aufgabenkreis 1942/43. In: Olmützer Monatsprogramm. Olmütz. Sept. 1942. S. 20—22.

Festschrift anläßlich des 35jährigen Bestandes des deutschen landwirtschaftlichen Bezirksvereines Olmütz. 1888—1923. Olmütz 1923. 8 S.

— aus Anlaß der 70-Jahrfeier des Bestehens der Mauritz-Schule in Olmütz als öffentliche Schule. 1867—1937. Olmütz 1937. 17 S.

zur Erinnerung an die Feier des 50jährigen Bestandes der k. k. Staats-Oberrealschule in Olmütz 1854—1904. Olmütz 1904. 374 S. 12 Tln.

— zur 800Jahrfeier der Gemeinde Schnobolin. Schnobolin 1931. 7 S.

Fladerer, Oswald: Olmützer Liederblatt. Sternberg 1925. 24 S.

— Volkstanz, Volkslied und Volksschauspiel in Mähren. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1929. S. 7—10.

— Das Olmützer Weihnachtsspiel. Ein religiöses Volksschauspiel aus Neugasse bei Olmütz. Olmütz 1925. 8 S.

Haage, Walter: Fahrt ins Leben. Gedichte. Olmütz 1941. 66 S.

Die Nimlauer Heide. In: Deutsche Zeitung, 21. Juli 1921.

Heimatgruß. Geschichten und Gedichte von Ed. Sach, Franz Spunda, Edwin Skrobanek und Hedwig Steiner. Hrsg. Fritz Koberg. Olmütz 1920. 28 S.

Hein, Max: Die Besetzungsform des Bistums Olmütz in der Zeit von 1063 bis 1207. Brünn 1912/13. T. 1. 2. (In den Jahresberichten der k. k. deutschen Staatsrealschule in Brünn.)

— Tetzel und Siebenaicher, zwei Kloster-Hradischer Chronisten. In: Z. d. dt. Ver. f d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1931. S. 133—152.

— Die Gründung von Kloster Hradisch bei Olmütz. Brünn 1930. 213 S.

Herr, Artur: Deutsche Gemeindebücherei Olmütz. Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1923. Olmütz 1924.

— Rudolf Mather. Olmütz 1943. 20 S. und Tafeln.

— Künstler und Publikum. Betrachtungen zur Olmützer Ausstellung des Metznerbundes. In: Mährisches Tagblatt, 2. Dezember 1922.

— Olmützer Denkmalpflege. In: Mährisches Tagblatt, 24. Dezember 1924.

— Deutscher Büchereirat Olmütz. Bericht über die Tätigkeit der Olmützer deutschen Gemeindebücherei im Jahre 1922. Olmütz 1923. 12 S. Dasselbe, im Jahre 1923. Olmütz 1924. 13 S. Dasselbe, im Jahre 1924. Olmütz 1925. 8 S.

Heuertz: Das Olmützer Theater- und Konzertwesen in der Spielzeit 1941/42. In: Nordmährerland. 1942. S. 272—278.

Hirmke, Paul: Erstes Gastspiel der Exl-Bühne in Olmütz. 1907. In: Nordmährerland. 1942. S. 197.

Kachnik, Josef: Die Metropolitanerkirche zu St. Wenzel in Olmütz. Übers. von Schinzel. Olmütz 1931. 55 S.

Koberg, Fritz: Der erste Monat meiner Suevenzeit. In: Neues Leben. 1. August 1908. S. 21/22.
In das Jahr 1904 (= 2017 n. N.) zurückführende jugendlich ungerechte Schilderung von nationalpolitisch interessanten Gymnasialverbindungstagen in Olmütz.

— Professor Ryba und andere Gymnasialgeschichten. Olmütz 1938. 46 S.
Aus dem Olmützer deutschen Gymnasium um 1905.

Král, Josef: Po stopách tisícileté kultury v Olomouci. Místopisný průvodce. [Auf den Spuren tausendjähriger Kultur in Olmütz. Ein topographischer Führer.] Olmütz 1939. 75 S.

Olmützer Künstler. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 83—86.

Kullil, Otto: Rudolf Mather. Ein kurzes Lebensbild des bekannten nordmährischen Künstlers. In: Deutsche Heimat. 1928. S. 83—86.

Kux, Hans: Über den Einfluß von Alt-Olmütz auf Nordmähren. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 2—6.

— Geschichte der königlichen Hauptstadt Olmütz bis zum Umsturz 1918. Reichenberg 1937. 542 S. und 22 Taf.

— und Max **Kreß**: Das Rathaus zu Olmütz. Ein Gedenkblatt zu seiner Wiederherstellung. Olmütz 1904. 200 S., 40 Bilder.

— Das k. k. priv. bewaffnete Bürgerkorps in Olmütz. Zur 150. Jubelfeier. Olmütz 1908. 213 S.

— Geschichte der Olmützer Sprachinsel. Olmütz 1942. 706 S. und 40 Taf.

— Heilkunde in Alt-Olmütz. In: Mährisches Tagblatt, 7. April 1934 und 9. Juni 1935.

— Aus den Anfängen der Olmützer Sprachinsel. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 2—9.

— Der Ullersdorfer Hexenprozeß im Olmützer Stadtrate. In: Neues Tagblatt, 8. Juni 1935.

— Altbürgermeister Karl Brandhuber. In: Neues Tagblatt, 18. August 1934.

— Bilder aus Olmütz. In: Deutsche Heimat. 1928. S. 91—93.

— Die Wiederherstellung der St. Mauritzkirche 1875—1908. Olmütz 1908. 72 S.
Tätigkeitsbericht des Bauvereines an der St. Mauritzkirche.

Lachnik, Josef: Beschreibung und Wertung der Ölgemälde und Fresken in der Garnisonkirche Maria Schnee zu Olmütz. Olmütz 1917.

Laus, Heinrich: Bedrohte Naturdenkmale vor den Toren von Olmütz. In: Nordmährerland. 1941. S. 110/115.

— Das Erzherzog Josef Ferdinand-Museum in Olmütz. Olmütz 1910.

Matzura, Josef: Der Dom-Chor in Olmütz und seine Bauherrn: Kardinal Franz, Fürst Max und Ferdinand von Dietrichstein. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1931. S. 91—115.

Michalik, Rudolf: Unser größter Barockmaler Johann Christoph Handke. In: Nordmährerland. 1942. S. 65—70.
Mit 2 Bildtafeln und einem Faksimile aus der Konsignation Handkes über die Olmützer Kunstuhr vom Jahre 1746.

Michalik, Rudolf: Friedrich Großes kunstschriftstellerischer Nachlaß. In: Nordmährerland. 1942. S. 190.

— Die bildenden Künstler des Kulturkreises Olmütz. In: Nordmährerland. 1941. S. 210—213.

— Der Bildhauer Josef Polzer. In: Nordmährerland. 1942. S. 182.

— Neuerwerbungen des Olmützer Stadtmuseums. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 28. Febr. 1942.

Modes, Th. A.: Carl Seydelmann. Die ehrwürdigste Gestalt in der Geschichte des Olmützer Theaters. In: Nordmährerland. 1942. S. 116—121.

Müller, Friedrich: Aus der Geschichte des Protestantismus in Olmütz. Olmütz 1927. 35 S.

Müller, Willibald: Der Ratsherr von Olmütz. Eine Stadtgeschichte aus der Schwedenzeit. 2. Aufl. Olmütz 1911. 280 S.

— Geschichte der k. k. Studienbibliothek in Olmütz nach den Bibliotheksakten. Brünn 1901. 85 S.

— Um Sprache und Glauben. Roman. Olmütz 1905. 2. Aufl. 1911.

Navrátil, Bohumil: Jesuité olomoučtí za protireformace. Akty a listiny z let 1538—1619. [Die Olmützer Jesuiten während der Gegenreformation. Akten und Urkunden aus den Jahren 1538—1619.] Brünn 1916. 593 S.

Nešpor, Václav: Ohlasy revoluce roku 1848 v Olomouci. [Der Widerhall der Revolution des Jahres 1848 in Olmütz.] Olmütz 1937. 31 S.

— Dějiny města Olomouce. [Geschichte der Stadt Olmütz.] Brünn 1938. 351 S., 92 Taf und 4 Kt.

Panagl, Franz: Das deutsche Gymnasium in Olmütz. Geschichtlicher Rückblick. Jahresbericht des deutschen Staatsgymnasiums in Olmütz. Olmütz 1925. 9 S.

— Das deutsche Gymnasium in Olmütz von 1848—1925. Jahresbericht des deutschen Staatsgymnasiums in Olmütz. Olmütz 1926. 5 S.

Parsch, F. J.: Das Stadtarchiv zu Olmütz. Olmütz 1901.

Pechhold, Rudolf: Der Kampf um Olmütz vor 300 Jahren. In: Nordmährerland, 1942. S. 222—224. Schwedenkrieg.

Pohl, Kurt: Beiträge zur Geschichte der Bischöfe von Olmütz im Mittelalter. Dissertation Breslau. 110 S.

Prokisch, Eduard: Das Städtchen Giebau. 1941. 345 S. und 17 Taf.
Wenngleich Giebau nicht im Protektorat liegt, so ist doch seine Geschichte von der von Olmütz nicht zu trennen.

Richter, Oskar: Olmützer Sagenbuch. Olmütz 1931. 74 S.

Röder, Julius: Die Geschichte des Olmützer Stadthauses Oberring 21. Zur Feier des hundertjährigen Bestandes des Kaffeehauses Rupprecht (Hirsch). Olmütz 1933. 26 S.

— 800-Jahrfeier in Schnobolin bei Olmütz. Ein geschichtlicher Rückblick. In: Deutsche Zeitung, 1931, Nr. 207.

— Zur Tagung der Volkskundler und Heimatforscher am 7. November 1937 in Olmütz. In: Olmützer Anzeiger vom 6. November 1937.

— Familiengeschichtliche Quellen in Olmütz. 1.: Die Grundbücher. In: Sudetendeutsche Familienforschung. 1932/33. S. 54—57.

Röder, Julius: Die Olmützer Künstler und Kunsthandwerker des Barock. Olmütz 1934. 164 S. 1.: Maler, Bildhauer, Goldschmiede.
Biographisch-genealogische Darstellung.

— Siedlungsarbeit 1742. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 81—83.
Über Neustift und Powel bei Olmütz, auch über die schon 1520 erwähnte Fischerzunft von Neustift.

— Zur Geschichte des Theaters in Olmütz. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 9—14.

— Die Auswirkung des ungarischen Aufstandes und des spanischen Erbfolgekrieges auf den Olmützer Kreis. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 5—14, S. 9—12.

— Die Orts- und Flurnamen in der Olmützer Sprachinsel. Nimlau, Gießhübl und Schnobolin. In: Deutsche Zeitung, 1926, Folge 93, 99 und 104.

— Beiträge zur Kenntnis der Vergangenheit der Olmützer Vorstädte, Geschichte von Neustift 1314—1642. In: Deutsche Zeitung, 1926, Nr. 51, 63, 69 und 75.

— Verlorenes deutsches Siedlungsgebiet im Gebirgsvorlande östlich von Olmütz. In: Heimatblätter d. f. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1933/34. S. 5—8, S. 11—13.

— Nimlau vor 200 Jahren. In: Deutsche Zeitung, 1926, Nr. 33, 34 und 35.

— Geschichte der Vorstadt-Pfarrkirche „S. S. Ap. Philippe et Jacobi" in Olmütz-Neustift. Olmütz-Neustift 1925. 163 S. und 21 Abb. und 4 Ktn.

— Geschichte der Olmützer Schützengesellschaft. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1933/34. S. 79—100, S. 167—183.

Sach, Eduard: Die Neboteiner Mundart. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 23—24.

— Schnoboliner Mundart. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel u. d. Odergebirge 1935/36. S. 23—24, S. 20—23.

— Recht zu Gießhübl. Dorfchronik. Olmütz 1940. S. 108 u. 7 Taf.
Lebendige Geschichte dieser kleinen deutschen Ortschaft nahe Olmütz und ihrer Häuser in Mundart.

— Leute, Sitte und Brauch in der Olmützer Sprachinsel. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 66—74.

— Ein Jahr rollt über das Dorf. In: Nordmährerland. 1941. S. 104—110.
Volkskundliches aus deutschen Dörfern bei Olmütz.

— Über die Anfänge der Olmützer Dorfgemeinden im Mittelalter. In: Nordmährerland. 1941. S. 19—25.

— Olmützer Dörfer und ihre Ehre. In: Olmützer Monatsprogramm. Oktober 1940. S. 8—10.

Saliger, Richard: Olmütz, eine Mozartgedenkstätte. In: Olmützer Anzeiger, 16. Oktober 1937.

Schinzel, Josef: Maximilian Joseph Freiherr von Somerau-Beeckh. Kardinal-Fürsterzbischof von Olmütz 1836—1851. Olbersdorf 1912. 213 S.

Schlusche, Herbert: Zur Musikgeschichte der Stadt Olmütz im 16. Jahrhundert. Die Stadtpfeifer. In: Amtsblatt. 1940. S. 13. 79. Schule und Kirche zu St. Mauritz.

— Schuldrama und Volksspiele im 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Theatergeschichte der Stadt Olmütz. Nordmährerland. 1942. S. 209—214.

Schubert, Anton: Die Wiegendrucke der k. k. Studienbibliothek zu Olmütz vor 1501. Olmütz 1901. 700 S.

Schünke, Robert: Kapellen in Alt-Olmütz. Olmütz 1906.

— Beiträge zur kirchlichen Kunst- und Kulturgeschichte von Olmütz. Neutitschein 1916.

Schwarz, Ernst: Die Ortsnamen des Olmützer Ländchens. In: Nordmährerland. 1941. S. 83—86.

— Der Olmützer deutsche Volksboden. In: Böhmen und Mähren. 1940. S. 307—309.

Seefried, Franz: Die Entstehung und Entwicklung des deutschen Handelsschulwesens in Olmütz. In: Nordmährerland. 1941. S. 129—135.

Spacek, Johann: Die große Orgel bei St. Mauritz in Olmütz. Olmütz 1924. 27 S.

Spunda, Franz: Gruß an Olmütz. In: Nordmährerland. 1941. S. 187.
Gedicht.

— Wenzels Taufe. In: Nordmährerland 1941. S. 2—11, S. 69—82.

Spunda, Anna: Denkmale der Kunst in Alt-Olmütz. In: Deutschmährische Heimat. 1926. S. 57—65.

Spunda, Johanna: Rückblick auf das Jahr 1941 in der Deutschen Stadtbücherei. In: Nordmährerland. 1942. S. 88/89.
Olmützer Arbeit der Bücherei, die 1180 Leser zählt, d. s. 8 v. H. der Olmützer Deutschen.

Steiger, Anton: Kornauth, Bahnbrecher deutscher Musik in drei Weltteilen. In: Mähr.-schles. Landesztg., 13. Mai 1941.

— Die Lyzeums-, Universitäts-, Studienbibliothek in Olmütz. In: Nordmährerland. Jg. 1942, H. 4.

— Muster einer Dorfauflockerung. Schnobolin. In: Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 27. September 1942.

— Olmützer Brief. In: Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 2. November (über Mozarts Besuch in Olmütz vor 175 Jahren), 7. Juni (über Musikleben in Mähren), 2. August 1942.
Über die Olmützer Universität und die ersten Universitätsspiele.

— Eine Petrarca-Handschrift im Olmützer Domkapitel-Archiv. In: Mähr.-schles. Landesztg., 26. September 1941.

— Mährens großer Germanenfriedhof bei Kosteletz. In: Mähr.-schles. Landesztg., 1. Dezember 1941.

— Musikpflege in Mähren im Barockzeitalter. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 23. Februar 1941.
Olmütz, Wischau, Kremsier mit ihren Schlössern des Erzbischofs, Musensitze.

— Der Olmützer Barockkünstler Josef Winterhalder. In: Nordmährerland. 1942. S. 183—184.

— Mährische Burgen und Schlösser. Wartburg- und italienische Einflüsse auf die Olmützer Herzogsburg. In: Nordmährerland. 1942. S. 125—130.

— Die älteste Schule Mährens in Olmütz. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 15. Dezember 1940.

— Das älteste Gymnasium Mährens. Olmütz. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 16. Juli 1942.

— Die Schweden in Olmütz. In: Nordmährerland. 1942. S. 226—232.

Steiger, Anton: Erinnerungsjahr Friedrichs des Großen. In: Nordmährerland. 1942. S. 77—79.
Friedrich der Große weilte 1742 8 Tage in Olmütz, 1758 vor Olmütz.

— Studenten im Dienste des Volkstums. In: Mitteilungen des Bundes d. Dt. Nordmähr. 1914. S. 6—9.
Über die Arbeit der „Freien studentischen Vereinigung für Volksbildung und Volkswohlfahrt im Olmützer Kreise".

— Als Krakau vom Olmützer Theater bespielt wurde. Ein Rückblick auf die Spielzeit vor 100 Jahren. In: Olmützer Monatsprogramm. Mai 1941. S. 11—13.

— Bischof Bruno von Schaumburg. In: Nordmährerland. 1942. S. 12—18.

Steinbrucker, Charlotte: Der Maler Georg Flegel aus Olmütz. In: Sudetendt. Monatshefte. 1940. S. 52—55.

— Kunstschaffen in Mähren. In: Deutschmährisch-schles. Heimat. 1938. S. 176—181.

Suchanek, Heinrich: Olmütz und das deutsche Geistesleben der Gegenwart. In: Mährisches Tagblatt, 9. Dezember 1933.

— Olmützer Theater vor hundert Jahren. In: Nordmährerland. 1942. S. 179—181.

Svoboda, Alois: Studium na universitě olomoucké 1740—1760. [Das Studium an der Olmützer Universität 1740—1760.] Olmütz 1935. 22 S.

Tenora, Jan: Jan Sarkander. [Johann Sarkander.] Olmütz 1920. 74 S.

Tittel, Josef: Die Restaurierung der Maria-Schneekirche (Garnisonkirche) in Olmütz in den Jahren 1916—1918. Olmütz 1919. 24 S. und 32 Kunstblätter.

Tögel, Wilhelm: Das Olmützer Puppentheater. In: Olmützer Monatsprogramm. Oktober 1941. S. 13/14.

Tomek, Ferdinand: Dr. Anton Dvořák a olomoucký Žerotín. [Dr. Anton Dvořák und der Olmützer Zierotin.] Olmütz 1929.

Tschochner, Albert: Das deutsche Gymnasium in Olmütz. Geschichtlicher Rückblick. Jahresberichte des k. k. deutschen Staatsgymnasiums in Olmütz. Olmütz 1902, 1903, 1904, 1905 und 1907.
Reicht nur bis zum Jahre 1700.

Volker, Leopold: Lebendige deutsche Mundart zu Olmütz-Powel. In: Nordmährerland. 1942. S. 143—145.

Vybíral, Bohuš: České husovské rukopisy c. k. studijní knihovny v Olomouci. [Die tschechischen hussitischen Handschriften in der k. k. Studienbibliothek in Olmütz.] Olmütz 1914. 36 S.

Wallner, Julius: Geschichte des Conviktes in Olmütz von der Gründung bis zur Vereinigung mit der k. k. Theresianischen Akademie in Wien, 1566—1782. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1902. S. 219—262 und 1903. S. 77—162.

Weizsäcker, Wilhelm: Olmützer Lehenswesen unter Bischof Bruno. In: Z. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 1916. S. 32—56.

Winkler-Winkenau, Franz: Zur Hebung des Olmützer Theaters. In: Deutsches Nordmährerblatt. 19. März 1911.

Wünsch, Ernst: Die Ritterakademie in Olmütz. In: Nordmährerland. 1942. S. 108 bis 111.

Zela, Stanislav: Náboženské poměry v Olomouci za biskupa Marka Kuena 1553 až 1565. [Die religiösen Verhältnisse in Olmütz unter Bischof Markus Kuen 1553 bis 1565.] Olmütz 1931.

Zemánek, Antonín: Olomouc. [Olmütz] 1937.
Eine tschechiche Geschichte der Stadt Olmütz.

Zerbe, Gerhard: Gregor Mendel in Olmütz. Aus einem Roman „Der Sieger von Brünn". In: Nordmährerland. 1942. S. 34—38.

Zimmermann, F. X.: Otto Emil Krick. Sein Leben und seine Schriften. Saaz 1915. 157 S.
O. E. Krick, 1875 zu Olmütz geboren, Schriftleiter und Schriftsteller, 1911 verstorben.

Zimprich, Richard: Olmützer Theaterspielzeit 1940/41. In: Mähr.-schles. Landeszeitung, 23. Mai 1941.

— Die königliche Hauptstadt Olmütz als deutsche Hochschulstadt. In: Amtsblatt 1940. S. 2—4.

— Von der Olmützer deutschen Universität. In: Nordmährerland. 1941. S. 118—129.

— Das Deutschtum von Olmütz im Lauf der Jahrhunderte. In: Sudetendeutsche Monatshefte. 1941. S. 484—486.

— Zur Geschichte der Lehrerbildung in Olmütz. In: Nordmährerland. 1942. S.112 bis 116.

— Olmütz als Theaterstadt im Wandel der Jahrhunderte. In: Nordmährerland. 1941. S. 30—34.

— Zur Frage der Kulturzeitschrift in Olmütz. In: Olmützer Monatsprogramm. Mai 1941. S. 8—10.

— Ulrich von Hutten in Olmütz. In: Volk an der Arbeit. 1939. S. 144—45.

— Der Olmützer Graphiker Rudolf Mather. In: Nordmährerland. 1941. S. 48—50.

— Der Olmützer Kunsthistoriker Rudolf Eitelberger, Edler von Edelberg. In: Olmützer Monatsprogramm. April 1942. S. 9.

Zirm, Eduard: Zur Geschichte der Olmützer Augenabteilung in der Landeskrankenanstalt. In: Nordmährerland. 1941. S. 227—231.

Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung

Herausgegeben von E. Meynen/Berlin

in Verbindung mit

A. Brackmann/Berlin – H. Hassinger/Wien

Fr. Metz/Freiburg i. Br. – A. Rein/Hamburg

Br. Schier/Leipzig und R. Wittram/Posen

7. Jahrgang 1943

Mit 13 Textabbildungen,
6 Bildtafeln, 9 Textkarten und 9 Kartenbeilagen

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

Printed in Germany

Druck von A. Heine GmbH., Gräfenhainichen

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Seite

Aschkewitz, Max: Geschichte des Dobriner Landes . . . . . 261—316

Baumgarten, Karl: Scheunenforschung in Mecklenburg . . . . . 105—112

Goeßler, Peter: Die Alamannen und ihr Siedlungsgebiet . . . . . 113—152

Horwath, Walter: Die Deutschordensburgen des Burzenlandes . . . . . 446—452

Kallbrunner, Josef: Die Planung der deutschen Siedlung im Banat unter Mercy und Maria Theresia . . . . . 453—458

Klostermann, R. A.: Deutsche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen (3. Folge) . 502—526

Krallert, Wilfried: Die Planmäßigkeit auf dem Gebiet sowjetrussischer kartographischer Arbeiten . . . . . 12—44

Krischan, Alexander: Das Kolonisationspatent Maria Theresias vom 25. Februar 1763 als Beitrag zur Besiedlungsgeschichte des altungarischen Raumes . . . . . 99—104

Paschinger, Viktor: Die geographische Struktur Oberkrains in Sektorendarstellung 439—445

Petri, Franz: Die Niederlande und das Deutsche Reich . . . . . 1—11

Roth, Alfred: Deutschrechtliche Ansiedlung und Gemeinschaftsbildung in Ungarn 403—413

Roth, Alfred: Die Geschichtsschreibung Siebenbürgens . . . . . 527—542

Sander, Erich: Die Juden und das deutsche Heerwesen . . . . . 317—350, 459—501

Schier, Bruno: Aufbau der slowakischen Volkskultur. Eine volkskundliche Skizze . . 227—260

Suchan-Galow, Erika: Hamburger Quellen zur Auswandererforschung . . . . . 90—98

Wachtsmuth, Wolfgang: Von deutscher Schulpolitik und Schularbeit im baltischen Raum, von ihren Anfängen bis 1939 . . . . . 45—89, 351—396

Walter, Karl: Die Brüder Stöber und der alemannisch-schwäbische Kulturkreis . . 427—438

Zimmermann, Fritz: Die Entstehung deutscher Ortsnamen in der Schwäbischen Türkei 397—402

Neues Schrifttum

Neue Forschung über die Ansiedlung der privaten Grundherrschaften der Schwäbischen Türkei in Ungarn im 18. Jahrhundert (Irma Steinsch, Die Ansiedlung der privaten Grundherrschaften der Schwäbischen Türkei in Ungarn im 18. Jahrhundert, Budapest 1942), besprochen von J. Kallbrunner, Wien . . . . . 153—155

Neue Wege der Erforschung der Stammesgruppen und der Führungsschicht der Polen (H. J. Beyer, Das Schicksal der Polen, Leipzig 1942), besprochen von H. Brauner, Breslau . . . . . 155—157

Die Einwanderung der Sachsen, Angeln und Jüten nach England (E. Riemann, Germanen erobern Britannien, Königsberg 1940), besprochen von H. Lehmann, Berlin 157—158

Neuzeitliche deutsche Siedlung im östlichen Wartheland (W. Maas, Von der Provinz Südpreußen zum Reichsgau Wartheland, Leipzig 1942 — O. Reiser, Lebensraum der Deutschen im Kalischer Land, Leipzig 1942) — E. O. Koßmann, Die Anfänge des Deutschtums im Litzmannstädter Raum, Leipzig 1942), besprochen von W. Kohte, Berlin 158—162

Ein flämischer Beitrag zur Erforschung der germanisch-romanischen Sprachgrenze in Belgien (H. Draye, De Studie Van De Vlaamsch-Waalsche Taalgrenslijn In Belgie Gedurende De Hedendagsche Periode, Brüssel 1942), besprochen von E. Ennen, Bonn . . . . . 162—163

Seite

Zur deutschen Antlitzkunde (Willy Hellpach, Deutsche Physiognomik. Grundlegung einer Naturgeschichte der Nationalgesichter, Berlin 1942), besprochen von M. Wähler, Frankfurt a. M. . . . . 414—420

Eine Darstellung der Wirtschaft in Elsaß und Lothringen (Albert Bleicher, Elsaß und Lothringen, wirtschaftlich gesehen, Berlin 1942), besprochen von W. Herrmann, z. Z. Wehrmacht . . . . . 420—421

Geschichtliche Kräfte im Sudetenraum (Hermann Aubin, Leipzig 1941 — Wissenschaft im Volkstumskampf. Festschrift Erich Gierach zu seinem 60. Geburtstage überreicht von Freunden, Schülern und Fachgenossen, Reichenberg 1941), besprochen von Heinz Brauner, z. Z. im Felde . . . . . 421—426

Zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte des Bistums Lebus (H. Ludat, Bistum Lebus. Studien zur Gründungsfrage und zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte seiner schlesisch-polnischen Besitzungen, Weimar, 1942), besprochen von H. Schlenger, Breslau, z. Z. Wehrmacht . . . . . 543—544

Der Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas 1814/15. Die europäischen Großmächte und die deutsche Revolution 1848—1851. (K. Griewank, Leipzig 1942 — A. Scharff, Leipzig 1942), besprochen von K. Utermann, Berlin . . . . . 545—549

Bemerkungen zu einem Beitrag über die kroatischsprechende Bevölkerung in Niederdonau und Steiermark (Bogumil Andrašević, Die Burgenländer Kroaten. In: Jahrbuch des Osteuropa-Institutes zu Breslau (II). Breslau 1942, besprochen von H. Kunnert, Eisenstadt . . . . . 549—552

Die Gründungshandfesten Lublins (E. Hoff, Lublins Gründungshandfesten zu deutschem Recht 1317/1342, Krakau 1942), besprochen von H. Zatschek, Prag 553

Bibliographien

Straßburgische Bibliographie. Vorgelegt von Anneli Alexander mit einer Einführung von Paul Wentzcke . . . . . 164—226

Schrifttum über Mähren 1901—1942. Ein Ausschnitt. Von Fritz Koberg . . . . . 554—609

Karten

Die alten russischen Werstkarten (Beispielausschnitte) . . . . . Tafel 1

Einwerstkarte 1 : 42000. Blatt LXXXVII—10. Ausgabe 1914—1916, ber. 1931.

Zweiwerstkarte 1 : 84000. Blatt XXV—21. Ausgabe 1910—1911, ber. 1930.

Dreiwerstkarte 1 : 126000. Blatt XX—5. Ausgabe 1887.

Zehnwerstkarte 1 : 420000. Blatt 16. Ausgabe 1934—1935.

Die neuen Sowjetkarten (Beispielausschnitte) . . . . . Tafel 1

Karte 1 : 50000. Blatt M—35—18—A. Ausgabe 1938.

Karte 1 : 100000. Blatt M—35—18. Ausgabe 1936.

Karte 1 : 200000. Blatt M—35—II. Ausgabe 1932.

Karte 1 : 500000. Blatt M—35—A. Ausgabe 1937.

Karte 1 : 1000000. Blatt M—35. Ausgabe 1940, ohne Wald.

Karte 1 : 1000000. Blatt M 35. Ausgabe 1940, mit Wald.

Schema der kartographischen Arbeiten des 2. Fünfjahresplanes (1933—1937) an der Karte im Maßstab 1 : 200000 . . . . . Tafel 2

Schema der kartographischen Arbeiten des 2. Fünfjahresplanes (1933—1937) an der Karte im Maßstab 1 : 500000 . . . . . Tafel 3
Schema der kartographischen Arbeiten des 2. Fünfjahresplanes (1933—1937) an der Karte im Maßstab 1 : 1000000 . . . . . Tafel 4
1939—1941 fertiggestellte Blätter der Karte 1 : 500000 nach der Bibliographie der sowjet. kartogr. Arbeiten . . . . . Tafel 5
1939—1941 fertiggestellte Blätter der Karte 1 : 1000000 nach der Bibliographie der sowjet. kartogr. Arbeiten . . . . . Tafel 6
Das Dobriner Land im Mittelalter. 1 : 300000. Entworfen von M. Aschkewitz . . . . . Karte 1
Deutsche Siedlung des 17. und 18. Jahrhunderts im Dobriner Land. 1 : 300000. Entworfen von M. Aschkewitz . . . . . Karte 2

Textkarten

Seite
Deutsche Zentralorganisationen in Estland 1929 89
Deutsche Erziehungs- und Bildungsanstalten in Estland 1929 377
Deutsche Zentralorganisationen in Lettland 1929 89
Deutsche Erziehungs- und Bildungsanstalten in Lettland 1929 377
Stadtgrundriß von Dobrin a. d. Weichsel nach einem Plan aus dem Jahre 1804 290
Stadtgrundriß von Leipe 290
Stadtgrundriß von Rippin aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts 291
Stadtgrundriß von Beberen (Bobrowniki) nach einer Rekonstruktion von A. Thiersch . . . 291
Die Ordensburgen des Burzenlandes. Von Walter Horwath 446

Textskizzen und Schaubilder

Sowjetunion (UdSSR), Verwaltungseinteilung. März 1941 . . . . . Tafel 7
Oberkrain: Maßstabgetreue Sektorendarstellung. Entworfen von Viktor Paschinger . . 440
Oberkrain: Diagramm der Seehöhe. Entworfen von Viktor Paschinger 440
Oberkrain: Diagramm der Bodennutzung. Entworfen von Viktor Paschinger 441
Oberkrain: Diagramm der Bevölkerungsdichte. Entworfen von Viktor Paschinger 441
Ordensburg Marienburg im Burzenland, 1211/25 . . . . . vor 447
Ordensburg Schwarzburg im Burzenland, 1211/25 . . . . . vor 447
Ordensburg Heldenburg im Burzenland, 1211/25 . . . . . vor 447
Ordensburg Kreuzburg im Burzenland, 1211/25 448
Ordensburg bei Rucăr im Burzenland 448
Ordensburg Engelsburg in Preußen, 1230/60 449
Ordensburg Roggenhausen in Ostpreußen, 1230/60 450
Ordensburg Balga in Ostpreußen, 1230/60 451
Ordensburg Montfort in Syrien, 1228 451

Mitarbeiter

Alexander, A. Dr., Frankfurt a. Main.
Aschkewitz, M., Dr., Danzig-Oliva.
Baumgarten, K., Federow.
Brauner, H., Dr., Breslau.
Ennen, E., Dr., Bonn a. Rh.
Goeßler, P., Prof. Dr., Tübingen.
Herrmann, W., Prof. Dr., Köln-Sülz.
Horwath, W., Kronstadt.
Kallbrunner, J., Generalstaatsarchivar, Wien.
Klostermann, R. A., Dr., Berlin.
Koberg, Fr., Dr., Prag.
Kohte, W., Staatsarchivrat Dr., Berlin.
Krallert, W., Dr., Wien.
Krischan, A., cand. rer. pol., Wien.
Kunnert, H., Landesbibliothekar Dr., Eisenstadt.
Lehmann, H., Prof. Dr., Berlin.
Paschinger, V., Prof. Dr., Klagenfurt.
Petri, Fr., Prof. Dr., Köln.
Roth, A., Dr., Wien.
Sander, E., Studienrat, Berlin.
Schier, Br., Prof. Dr., Leipzig.
Schlenger, H., Prof. Dr., Breslau.
Suchan-Galow, E., Dr., Hamburg.
Utermann, K., Dr., Berlin.
Wachtsmuth, W., Min.Dir. i. R. Dr., Posen.
Wähler, M., Prof. Dr., Erfurt.
Walter, K., Stuttgart.
Wentzcke, P., Prof. Dr., Frankfurt a. Main.
Zatschek, H., Prof. Dr., Prag.
Zimmermann, Fr., Wien.

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA

Anschriften der Mitarbeiter von Heft 4, 1943:

Forstingenieur W. Horwath, Braşov-Kronstadt/Rumänien Castelului 74 — Generalstaatsarchivar, Dr. J. Kallbrunner, Hofkammerarchiv, Wien I, Johannesgasse 6 — Dr. K. A. Klostermann, Berlin-Wilmersdorf, Günzelstr. 35 — Dr. F. Koberg, Prag III, Spornergasse 25 — Landesbibliothekar Dr. Kunnert, Abteilung für Volkstumsforschung Eisenstadt, Adolf-Hitler-Platz 1 — Prof. Dr. V. Paschinger, Klagenfurt, Landesmuseum, Lexergasse 15 — Dr. A. Roth, Wien 71, Währingerstr. 39II — Studienrat E. Sander, Berlin-Friedenau, Sieglindestr. 4 — Regierungsrat a. Kr. Dr. H. Schlenger, Krakau, Wehrmachtstr. 22, Luftgaukommando VIII, 1 W. — Dr. H. Utermann, Berlin NW 87, Altonaer Str. 32 — K. Walter, Stuttgart S, Arnimstr. 17
Prof. Dr. H. Zatschek, Prag II, Apollinarisgasse 6

Die Volkstumskarte

Voraussetzungen und Gestaltung

Von Prof. Dr. Erich Röhr †

139 Seiten, 72 Abbildungen. Gr.-8°. 1939. Kart. 7,— RM.

*

Die Kenntnis der Baugesetze einer Volkstumskarte ist die Voraussetzung für die volkstumsgeographische Arbeit. Der Verfasser hat als Mitherausgeber des „Atlas der deutschen Volkskunde" seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Volkstumsgeographie übersichtlich und in eindringlicher Weise in diesem Bande zusammengefaßt. Bei der Bedeutung, die heute der kartenmäßigen Darstellung von wissenschaftlichen Quellen zukommt, ist dieses Buch für jede Forschungsarbeit, die sich der Karte bedient, ein wichtiger Wegweiser.

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

Prof. Dr. Erich Keyser

Bevölkerungsgeschichte Deutschlands

3. umgearbeitete und erweiterte Auflage

XVI, 594 Seiten, Gr.-8°. 1943. Gebunden 14,— RM.

Dem Fortschritt der Forschung folgend wurde die ursprüngliche Fassung wesentlich umgestaltet und erweitert. Der Ursprung und die Ausbreitung der ersten Menschen in Deutschland, die früheste Geschichte der deutschen Stämme und ihre Ausbreitung im Frühen Mittelalter, die Rodungs- und Siedlungstätigkeit der Grundherren und Bauern im Hohen Mittelalter, die deutsche Ostsiedlung im 12.—15. Jahrhundert samt der Einwanderung der Deutschen in die Karpathenländer, nach dem Wartheland, oberen Weichselland und nach den baltischen Ländern, ferner die Bevölkerungsgeschichte der deutschen Städte im Mittelalter und die Entstehung des Bürgertums, die zweite deutsche Ostsiedlung in den neuen Ostgebieten des Reiches vom Baltenland bis nach Galizien, Bessarabien, Siebenbürgen und dem Banat, die deutschen Stämme im Urteil ihrer Zeit um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, die Entwicklung der Großstädte und des Bauerntums sowie die Bevölkerungsgeschichte der letzten hundert Jahre, diese und andere bevölkerungsgeschichtliche Fragen, Tatsachen und Erkenntnisse werden in dem klaren Licht jener immer tiefer schürfenden Forschung behandelt, die zum Ziel hat: die Veränderung des deutschen Menschen im Ablauf der Jahrtausende zu ergründen und damit der Erkenntnis deutschen Wesens und Werdens zu dienen.

Danzig und der Weichselhandel

in seiner Blütezeit vom 16. zum 17. Jahrhundert

(Deutschland und der Osten, Band 19)

Von Dr. DETLEF KRANNHALS

XV, 143 Seiten mit 42 Abbildungen im Text und auf 12 Tafeln.
Gr.-8°. 1943. Kart. 8,50 RM, geb. 10,— RM.

Dank der großzügigen Bereitstellung aller Materialien und Hilfsmittel des Staatsarchivs der Freien Stadt Danzig ist es dem Verfasser durch Erschließung neuen Quellenmaterials gelungen, in einen wichtigen und folgereichen Zeitabschnitt der Geschichte des Danziger Land- und Seehandels und in die wirtschaftlichen Beziehungen Danzigs zu seinem Hinterland Licht zu bringen.

Kopernikus-Forschungen

(Deutschland und der Osten, Band 22)

Herausgegeben von Staatsarchivdirektor Dr. J. PAPRITZ (Berlin)

und Stud.-Rat Dozent Dr. H. SCHMAUCH (Marienburg)

VIII, 233 Seiten, mit 39 Abb. auf 31 Tafeln und zwei graphischen Darstellungen.
Gr.-8°. 1943. Kart 10.— RM., geb. 12,— RM.

Inhalt: H. Schmauch, Nikolaus Kopernikus — ein Deutscher. E. Brachvogel, Nikolaus Kopernikus in der Entwicklung des deutschen Geisteslebens. H. Schmauch, Die Jugend des Nikolaus Kopernikus. Joh. Papritz, Die Nachfahrentafel des Lukas Watzenrode. Fr. Schwarz, Kopernikus-Bildnisse. A. Berg, Der Arzt Nikolaus Kopernikus und die Medizin des ausgehenden Mittelalters. H. Schmauch, Nikolaus Kopernikus und der Deutsche Ritterorden. K. Forstreuter, Fabian von Loßainen und der Deutsche Orden.

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

Druck von A. Heine GmbH., Gräfenhainichen